universität wien

Dissertation

Titel der Dissertation

Der Priesterpolitiker Ignaz Seipel und der Heilige Stuhl. Ein Konflikt der Loyalitäten?

Verfasser

Mag. phil. Jürgen Steinmair

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, im November 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 092 312
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	Geschichte
Betreuerin / Betreuer:	ao. Univ.-Prof. MMag. DDr. Rupert Klieber

für Anna Minichberger

DANKSAGUNG

Es ist unmöglich, eine Arbeit mit diesem Umfang ohne jegliche Unterstützung zu verfassen. Dies beginnt bei der Quellenrecherche in den Archiven, wo einem Archivare ihr Fachwissen zur Verfügung stellen, auf unvermutete Bestände aufmerksam machen, bei Besucherzeiten und Benutzungsordnungen entgegenkommen, vergessene Dokumente kopieren und einem dadurch Zeit und Geld sparen. Für solche und etliche andere Dienste möchte ich mich bei Gianfranco Armando, Michael Fliri, Dieter Lautner und Johann Weissensteiner herzlich bedanken. An dieser Stelle sei auch Christine Grafinger und Rainer Murauer gedankt, welche mich mit den Gepflogenheiten des Vatikanischen Geheimarchives vertraut gemacht haben.

Da sich die Arbeit die Auswertung vorwiegend vatikanischer Quellen zum Ziel setzte und ich nur die Grundlagen der italienischen Sprache beherrsche, war ich wiederholte Male auf professionelle Sprachkenntnisse angewiesen. Für die diversen Übersetzungsdienste danke ich Gabriele Hössinger, Marco P., Elke Schiebl-van Veen, David Schobesberger und Johannes Schwaiger. In sprachlicher Hinsicht machten sich auch Leopold Harant, Anna Minichberger und Elisabeth Steinmair um die Arbeit verdient, indem sie mir beim Korrekturlesen zur Seite standen.

Ein ganz besonderer Dank gilt Johannes Schwaiger, der sich nicht nur durch seine Italienisch-Kenntnisse als große Stütze erwies, sondern mich auch auf wichtige Quellen aufmerksam machte, für mich im Vatikanischen Archiv Kopieraufträge abwickelte, in zahlreichen langen Gesprächen der Arbeit wichtige Impulse gab und mir in unserer gemeinsamen Privatissimus-Zeit zu einem guten Freund wurde.

Einen ebenso bedeutenden Beitrag macht natürlich die wissenschaftliche Betreuung der Arbeit aus. Hier konnte ich jederzeit auf die fachkundige Unterstützung von Rupert Klieber zählen, der das Dissertationsprojekt mit viel Geduld begleitet hat. Ihm verdanke ich vier entbehrungsreiche, aber auch sehr lehrreiche und schöne Jahre.

Dank gilt aber auch meiner Familie und meinen Freunden, die mich in den letzten Jahren unterstützt haben und stets dafür Verständnis hatten, dass ich sie wegen meines Forschungsdranges vernachlässigen musste.

INHALT

EINLEITUNG 1

Zum Forschungsstand 5

Zur Quellenlage 10

1. DIE VÖLKERRECHTLICHE STELLUNG DES HEILIGEN STUHLS UND SEINE DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZU ÖSTERREICH (1922 – 1932) 15

1.1. Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls bis 1929 16

1.1.1. Gefangen im Vatikan – die völkerrechtliche Situation bis 1929 16

1.1.2. Die Klärung der „Römischen Frage“ und die zentralen Bestimmungen der Lateranverträge 22

1.2. Die religiösen und politischen Ziele des Heiligen Stuhls 30

1.2.1. Das theologische Selbstverständnis der päpstlichen Autorität bis Pius XI. 30

1.2.2. Der Heilige Stuhl und Österreich 38

1.3. Das außenpolitische Entscheidungssystem des Heiligen Stuhls 53

1.3.1. Die grundlegenden Entscheidungsstrukturen und ihr institutioneller Aufbau 53

1.3.2. Der Apostolische Nuntius als zentrale Schnittstelle der vatikanisch-österreichischen Diplomatie in der Ära Seipel 60

2. DIE KATHOLISCHE KIRCHE UND IHR VERHÄLTNIS ZUM ÖSTERREICHISCHEN STAAT AM BEGINN DER ERSTEN REPUBLIK – EINE BESTANDSAUFNAHME BIS 1922 86

2.1. Der Politische Katholizismus am Übergang von Monarchie zur Republik 87

2.1.1. Der katholische Aufbruch 87

2.1.2. Die Formierung des christlichsozialen Lagers unter Ignaz Seipel 106

2.2. Politik unter anderen Vorzeichen: Die Katholische Kirche in der Ersten Republik. 126

2.2.1. Vom Fluch und Segen der Republik 126

2.2.2. Verschränkung von Politik und Kirche 135

3. SUB AUSPICIIS PAPAE – STATIONEN EINES POLITISCHEN LEBENS AUS VATIKANISCHER PERSPEKTIVE 151

3.1. Erste Kanzlerschaft und die Unterzeichnung der Genfer Protokolle 152

3.2. Das Attentat 169

3.3. Der überraschende Rücktritt 180

3.4. Die Ausschreitungen vom 15. Juli 1927 186

3.5. Die Kirchenaustritte 192

3.6. Zwischen Christlichsozialer Partei und Heimwehren 205

3.7. Die Bundespräsidentenwahl 1931 239

3.8. Als Erzbischof von Wien? 245

3.9. Der Tod Seipels 260

4. ZWISCHEN KIRCHLICHER EINFLUSSNAHME UND GELOBTER TREUE ZUR REPUBLIK 265

4.1. Im Dienste des Heiligen Stuhls – Beispiele vatikanischer Interventionsversuche 266

4.1.1. Ein Befehlsempfänger in Wien? 266

4.1.2. Ein besserer Nuntius? 276

4.2. Ein „Diener zweier Herren“ – Loyalitätskonflikte eines christlichen Staatsmannes 291

4.2.1. Nie gegen die Interessen Österreichs 291

4.2.2. Dem Papst treu ergeben 304

4.3. Ein höchst selbständiger Arbeiter im “Weinstock des Herren“ 314

4.3.1. Der Heilige Stuhl im politischen Kalkül Seipels 314

4.3.2. Konfessionelle Politik aus Berufung 331

IGNAZ SEIPEL – EIN „MANN ROMS“ IM BUNDESKANZLERAMT? ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK 342

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS 360

Abstract/deutsch 389

Abstract/englisch 390

Lebenslauf 391

EINLEITUNG

Im öffentlichen Bewusstsein werden die spannungsgeladenen Ereignisse der Ersten Republik von den Verbrechen des Nationalsozialismus und der Katastrophe eines Weltkrieges überschattet. Einen gebührenderen Platz findet die Zwischenkriegszeit in der österreichischen Zeitgeschichtsforschung. Zwar gehört auch hier die Zeit des Nationalsozialismus – gemessen am Umfang der Publikationen – zu den am besten erforschten Epochen der Geschichte überhaupt, doch weist der dazugehörige historische Diskurs bei weitem nicht jenen kontroversiellen Charakter auf, wie ihn die Auseinandersetzung mit der politischen Geschichte der Ersten Republik kennt.[1] Bei diesen akademischen Geplänkel stehen allerdings nicht so sehr die historischen Fakten zur Debatte, als vielmehr deren Gewichtung von Seiten der Forschung. Abweichende Auslegungen bestehen vornehmlich im Bereich der politischen Geschichte. Da die Konfliktlinien oft entlang der parteipolitischen Gegensätze verlaufen, wird in Fachkreisen von einer Politisierung der zeitgeschichtlichen Forschung in Österreich gesprochen.[2] Auch die neuere Forschung kann sich diesem ideologisch hochaufgeladenen Diskurs nur schwer entziehen. Denn gerade weil die Erste Republik von politisch-weltanschaulichen Auseinandersetzungen dominiert war, kann auch die historische Diskussion darüber nicht ideologisch neutral verlaufen. Die Gefahr einer tendenziösen Verzehrung ist vor allem bei der Beurteilung politischer Protagonisten gegeben. Noch schwerer wird es, wenn diese Person, wie im Falle des österreichischen Bundeskanzlers und Prälaten Ignaz Seipel (1878-1932), schon Zeit seines Lebens kontroversiell wahrgenommen wurde. Auf diese Politisierung der Geschichte verweist Karl Vocelka, wenn er bewusst überzogen feststellt, dass Seipel „von den Forschern – je nach ihrem eigenen Standpunkt – entweder als großer Intellektueller und Retter Österreichs aus wirtschaftlicher Not, gläubiger Katholik und großer Staatsmann oder aber als dämonischer schwarzer Mann, als Symbol für klerikalen Faschismus und als Vertreter antidemo-

[1] Als bezeichnendes Beispiel der jüngeren Vergangenheit ist hier die Rede Otto Habsburgs bei der ÖVP-Gedenkfeier zum Anschlussjahr 1938 im März 2008 zu nennen, wo er im Parlament die Meinung vertrat, dass kein anderes Land mehr das Recht hätte, sich als NS-Opfer zu sehen als Österreich. Daraufhin entbrannte eine kurze aber leidenschaftlich geführte Diskussion zwischen Vertretern der beiden Großparteien. Vgl. *Die Presse*, 12. März 2008, 3.

[2] Vgl. Ernst Hanisch, Zeitgeschichte als politischer Auftrag, in: Zeitgeschichte 13/3 (1985), 83. Waldenegg spricht von einer „nicht nur ‘vermutete[n]‘, sondern ‘tatsächlich‘ vorhandene[n] ‘Politisierung‘ insbesondere der zeitgeschichtlichen Forschung: Diese auch von der Öffentlichkeit als solche ‘wahrgenommene' Politisierung wird von Historikern unterschiedlicher Richtung nicht bestritten. Sie manifestiert sich in mehrfacher Hinsicht, sowohl direkt als auch indirekt.“ Als Beispiele dafür nennt er Historiker, die parteipolitisch engagiert sind, als auch Politiker, welche an der historischen Diskussion aktiv teilnehmen. Georg C. Berger-Waldenegg, Das große Tabu! Historiker-Kontroversen in Österreich nach 1945 über die nationale Vergangenheit, http://www.eforum-zeitgeschichte.at/1_2002a2.html (28.06.2010), 7-12.

kratischer Ideen gesehen wird.“[3] Diese überspitzte Aussage ist vor allem vor dem Hintergrund der Ablösung der Demokratie und der darauffolgenden Errichtung eines autoritären Ständestaates[4] in den Jahren 1933/34 zu sehen, an der die Forschung Seipel eine geistige Wegbereiterrolle zuschreibt. Denn tatsächlich erfährt die Frage nach dem Verhältnis des Priesterpolitikers zur Demokratie in der jüngeren Literatur eine deutliche Überbetonung.[5]

An diese Forschungstradition wollte die vorliegende Arbeit nicht anknüpfen, weshalb das politische Moment in Seipels Biographie von einer anderen Seite beleuchtet werden soll. Im Vordergrund des Forschungsinteresses stand vielmehr das Spannungsfeld zwischen Religion und Politik, in welchem Ignaz Seipel als katholischer Priester und Bundeskanzler agieren musste. Auch damit beschreitet die Arbeit keineswegs historiographisches Neuland. Schon Generationen von Historikern hatten dieses Spannungsfeld ausgemacht. Allerdings wurde die politische Tätigkeit Seipels nicht immer als Konkurrenz zu seinem Priestertum wahrgenommen, wie unten noch zu sehen sein wird. Für Blüml bildete das Priestertum gar „den bestimmenden und maßgebenden Faktor“ in Seipels Leben. Im politischen Amt, das er als Dienst an der Allgemeinheit verstand, sah er dessen priesterlichen Tugenden nur bestätigt. Infolgedessen interpretierte er Seipels gesamtes politisches Wirken aus dessen Priestertum. Entsprechend idealisiert fällt auch die Beschreibung von Seipels Verhältnis zu seinen kirchlichen Vorgesetzten aus. In dem von Blüml gezeichneten Seipelbild, das einen prinzipientreuen und gehorsamen Priester zum Vorbild hatte, war

[3] Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur Gesellschaft Politik, 2. Aufl., München 2002, 286.

[4] In der neueren Forschung ist die ursprünglich verwendete Definition „Austrofaschismus“ zur Beschreibung des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes umstritten. Schon Gerhard Botz hielt es für angebrachter, das ständestaatliche Regime im Vergleich mit den Faschismen in Deutschland und Italien, allenfalls als „halbfaschistische autoritäre Diktatur“ anzusehen. Auch Ernst Hanisch war die Faschismus-Definition zu „hart“ gegriffen, weshalb er von einem „faschistisch verkleideten autoritären Regime“ sprach. Vgl. Kurt Bauer, „Austrofaschismus“, nein danke, in: *Der Standard*, 30. September 2011,(29.09.2011) http://derstandard.at/1317018853516/Dollfuss-Debatte-Austrofaschismus-nein-danke (31.12.2011). Helmut Wohnout hat zur Sprachschärfung deshalb den Fachterminus „Regierungsdiktatur“ angeregt. Vgl. Helmut Wohnout, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich, Wien u. Graz 1993.

[5] Intensiv setzte sich Johann Auer in seiner Dissertation mit der Frage nach Seipels Einstellung zur parlamentarischen Demokratie auseinander. Eine wiederkehrende Behandlung erfährt diese Fragestellung auch bei Anton Staudinger, der sich in zahlreichen Abhandlungen um die Geschichte der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik verdient gemacht hat. Vgl. Johann Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie und autoritärer Staatsführung. phil. Diss., Universität Wien 1963; Anton Staudinger, Die Mitwirkung der christlichsozialen Partei an der Errichtung des autoritären Ständestaates, in: Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien. 23. bis 28. Oktober 1972, Wien 1973, 68-75; Ders., Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates" in Österreich, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 65-81; Ders., Christlichsoziale Partei und Heimwehren bis 1927, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 110-136; Ders., Konzentrationsregierung, Bürgerblock oder präsidiales Minderheitsregime? Zum angeblichen Koalitionsangebot Ignaz Seipels an die Sozialdemokratie im Juni 1931, in: Zeitgeschichte 12/1 (1984), 1-18.

kein Platz für mögliche Interessenskonflikte.[6] Auch in den modernen Biographien fand das „Aufeinander-bezogen-Sein seiner verschiedenen Berufungen" nur ansatzweise eine kritische Beurteilung, im Hinblick auf innere Konflikte. In erster Linie wurde Seipel als „Prototyp jenes katholischen Führers des 20. Jahrhunderts" wahrgenommen, „der die Politik in die Prämissen seines Glaubens zu integrieren versuchte." Dass Seipels „ideologisches Führertum" (Klemens Klemperer) stets dem Widerstreit zwischen „Gesinnungs- und Verantwortungsethik" (Max Weber) ausgesetzt war, wurde zwar erkannt, stand aber nicht im Zentrum der Untersuchungen.[7] Selbst in den neuesten biographischen Abhandlungen folgte man der Annahme, dass Seipels gesamtes politisches Wirken durch religiöse Überzeugungen bestimmt war, ohne den 'Priester-Politiker-Konflikt' weiter zu vertiefen.[8] Damit verbunden ist die Frage nach Seipels Beziehungen zur katholischen Hierarchie. Ohne konkrete Ergebnisse lässt sich nur schwer sagen, inwieweit Seipels konfessionelle Politik im Sinne der kirchlichen Obrigkeit war. Seit der Öffnung der Archivbestände für das Pontifikat Pius' XI. (1922-1939) durch das Vatikanische Geheimarchiv im Herbst 2006 steht der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung jedoch eine Fülle bedeutender, bisher unbearbeiteter Quellen zur Verfügung, die dazu Antworten versprechen.[9] Dieser historiographische Glücksfall bot der vorliegenden Untersuchung die Möglichkeit, eine bisher unbeachtete Dimension im Verhältnis des Priesterpolitikers zum Heiligen Stuhl herauszuarbeiten. Als Bundeskanzler war Seipel ausschließlich dem Rechtsstaat und seinen Prinzipien verpflichtet, gleichzeitig unterstand er als Weltpriester auch der Autorität der katholischen Kirche. Seipel sah sich in seiner Tätigkeit als Bundeskanzler mit unterschiedlichen Stellen der kirchlichen Hierarchie konfrontiert, welche theoretisch seine Loyalität einfordern konnten. Das Hauptaugenmerk galt deshalb der Frage, inwiefern der Priester Seipel bedingt durch seine politische Tätigkeit Loyalitätskonflikten ausgesetzt war. Im Abschnitt 3 werden dazu markante Zäsuren und ausgewählte Sequenzen im politischen Lebenslauf des Priesters herausgegriffen und um die römische Perspektive ergänzt. Dieser Perspektivenwechsel erlaubte die Qualität der Beziehungen Seipels zur römischen Kirchenleitung neu zu beurteilen.

[6] Vgl. Rudolf Blüml, Ignaz Seipel. Mensch, Christ, Priester in seinem Tagebuch, Wien 1933, 22.
[7] Klemens Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit., Graz u.a. 1976, 22f.
[8] Siehe John W. Boyer, Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf, Wien u.a. 2010, 413-456.
[9] Auf die Bedeutung der vatikanischen Bestände verwies der am 30. Jänner 2009 in Wien stattfindende Workshop „Pius XI. und Österreich". Siehe WWW Homepage H-Soz-u-Kult, Tagungsbericht: Pius XI. und Österreich. 30.01.2009, Wien, (20.02.2009) http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2531> (15.09.2001).

Noch weiter in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rücken Fragen nach Loyalitätskonflikten schließlich im vierten Kapitel. Dieser Abschnitt beschränkt sich nicht nur auf die reine Dokumentation der Interaktionen zwischen Rom und Wien, sondern formuliert darüber hinaus auch Gesetzmäßigkeiten, die sich auf das Zustandekommen von Interessenskonflikten begünstigend auswirkten. Die Arbeit versprach sich von dieser Schwerpunktsetzung neue Erkenntnisse über das Ausmaß und die Form von möglichen Vereinnahmungen des Priesterkanzlers von Seiten des Heiligen Stuhls.

Diesen beiden Ergebniskapiteln gehen zwei literaturgestützte Abschnitte voraus, die die Forschungsmaterie in einen theoretischen Rahmen einbetten. Im ersten Kapitel werden die kurialen Einrichtungen und außenpolitischen Entscheidungsträger des Heiligen Stuhls vorgestellt, zumal die Beziehungen Seipels zur Kurie auf diplomatischem Wege erfolgten. Auf eine Beschreibung der österreichischen Behörden wurde hingegen verzichtet, da die Kommunikation zwischen Wien und Rom in der Ära Seipel vornehmlich über die Apostolische Nuntiatur lief. Den diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl folgt im zweiten Abschnitt ein Überblick über die Entstehungsgeschichte des Politischen Katholizismus in Österreich aus der Perspektive seines institutionellen Wirkens. Diese Betrachtungen widmen sich deshalb vorrangig der Genese der Christlichsozialen Partei und ihren Verflechtungen mit der katholischen Kirche.

Zum Forschungsstand

Ignaz Seipel gehört zweifellos zu den am besten erforschten Persönlichkeiten der Ersten Republik. Noch zu seinen Lebzeiten entstanden die ersten Werke über den bedeutenden Priesterpolitiker.[10] Nach seinem Tod im Jahr 1932 intensivierte sich die Beschäftigung mit dem Geistlichen zusehends. Diese erste Tranche von Werken stammte vorwiegend aus dem parteinahen Milieu und war von der Absicht geleitet, dem Kanzler ein verdienstvolles Denkmal zu setzen.[11] Tendenziell ist dies auch mit der Absicht verbunden, den Staatsmann für die eigenen politischen Zwecke zu vereinnahmen.[12] Die frühe Literatur genügt deshalb den aktuellen historiographischen Maßstäben nur in Ansätzen. In ihrer offen zur Schau gestellten Parteinahme erhalten sie jedoch den Status von Sekundärquellen.[13] Ähnlich verhält es sich mit den zahlreichen Werken aus der Feder Ignaz Seipels selbst.[14]

Während das Gros der älteren Arbeiten dem politischen Wirken Seipels nachging, brachte Blüml eine neue Sichtweise in den Diskurs ein. Der Priester und persönliche Bekannte Seipels erkannte früh den historischen Wert von dessen Tagebüchern.[15] In einer bis heute gültigen Analyse widmete er sich vornehmlich dem äußeren Aufbau der Tagebuchführung. Inhaltlich setzte er als Geistlicher den Schwerpunkt seiner Untersuchung allerdings auf das priesterlich-spirituelle Moment in Seipels Biographie.[16] Die neuere Forschung schenkte dieser einzigartigen Quelle hingegen nur wenig Aufmerksamkeit. Die Aufzeichnungen Seipels, der über alle Kontakte eines Tages akribisch Buch führte, wurden bisher nur als ergänzende Quelle herangezogen. Sie waren aber mit wenigen, kaum rezipierten

[10] Siehe Rudolf Blüml, Prälat Dr. Ignaz Seipel. Ein großes Leben in kleinen Bildern, Klagenfurt u. Rosenheim 1933, 9f.
[11] Siehe Werner Thormann, Ignaz Seipel, der europäische Staatsmann. Frankfurt am Main 1932; Bernhard Birk, Dr. Ignaz Seipel. Ein österreichisches und europäisches Schicksal, Regensburg 1932.
[12] Diese Absicht beschränkte sich nicht alleine auf das parteinahe Umfeld. Der nationalsozialistisch gesinnte Poukar wollte in Seipel beispielsweise einen Wegbereiter des Nationalsozialimsus sehen. Vgl. Raimund Poukar, Dr. Ignaz Seipel. 2. Aufl., Wien 1935.
[13] Vgl. u.a. Werner Thormann, Ignaz Seipel, der europäische Staatsmann. Frankfurt a.M. 1932; Richard Schmitz, Ignaz Seipel. Gedenkblätter, Wien 1946.
[14] Mit *Nation und Staat* gelang Ignaz Seipel 1916 der wissenschaftliche Durchbruch, weshalb es zu Recht als sein Hauptwerk bezeichnet werden kann. Im Hinblick auf die politische Geschichte der Ersten Republik kommt hingegen seinem *Der Kampf um die österreichische Verfassung* eine größere Bedeutung zu. Siehe Ignaz Seipel, Nation und Staat, Wien 1916; Ders., Der Kampf um die österreichische Verfassung, Wien 1930. Eine ausführliche Bibliographie zu seinem theologisch-wissenschaftlichen Oeuvre liegt im Diözesanarchiv Wien vor. Siehe DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. „*Seipel- Bibliographie*".
[15] Rudolf Blüml unternahm während seines Aufenthaltes in Wien gelegentlich Spaziergänge und kleinere Ausflüge mit dem Politiker. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 8, 171 u. 173.
[16] Siehe Blüml, Ignaz Seipel. Mensch, Christ, Priester in seinem Tagebuch, 1933.

Ausnahmen nie selbst Forschungsgegenstand.[17] Gerade im Hinblick auf die Elitenforschung in der Ersten Republik können hier noch große Potentiale ausgemacht werden. Eine systematische Auswertung der Tagebücher würde die Vernetzung des langjährigen christlichsozialen Parteiobmanns mit den Machtzirkeln des Landes offenlegen. Mit der Edition der Tagebücher durch das Institut für Kirchengeschichte in Graz wurde bereits ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung gesetzt.[18]

Die bitteren Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur und des Weltkrieges verrückten in der Zweiten Republik den Blick auf den prominenten Bundeskanzler. Allerdings machte der großkoalitionäre Geist der Nachkriegsjahre auch vor der Geschichtsschreibung nicht Halt. Im Interesse eines erfolgreichen Wiederaufbaus schlossen die beiden Großparteien einen vorübergehenden „Burgfrieden", der die Ausblendung sämtlicher ideologischer Differenzen zum Ziel hatte. Im Vordergrund stand, ein konsensfähiges Bild von der Geschichte zu entwerfen, weshalb man den Ereignissen rund um die Ausschaltung des Parlaments und dem damit einhergehenden Verfassungsbruch mit der anschließenden Errichtung einer Regierungsdiktatur mit der These der „geteilten Schuld" begegnete, welche beide Parteien gleichermaßen in die Verantwortung für die Entwicklungen der Zwischenkriegszeit nahm.[19]

In den 1960er und 1970er Jahren begann man die Rolle Seipels bei der Zurückdrängung des Parlamentarismus zunehmend kritisch zu betrachten. Vornehmlich in akademischen Schriften interessierte man sich für das ambivalente Verhältnis des Priesterkanzlers zur Demokratie.[20] Parallel dazu entstanden auch die großen Biographien über die christlichsoziale Galionsfigur der Zwischenkriegszeit. Den Anfang machte der Journalist Viktor Reimanm mit einer Gegenüberstellung der beiden schärfsten politischen Widersacher der Ersten Republik: Otto Bauer[21] (1881-1938) und Ignaz Seipel.[22] Ihm folgte 1972 der

[17] Siehe Annemarie Fenzl, Ignaz Seipel. Priester und Politiker, Gedanken und Reflexionen aus seinen Tagebüchern, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 33 (1992), 17-20.
[18] Unter der Leitung von Michaela Sohn-Kronthaler wird derzeit am Institut für Kirchengeschichte der Universität Graz an der Edition der Seipel-Tagebücher gearbeitet. Das Projekt geht noch auf Maximilian Liebmann zurück. Laut Institutshomepage hätte die Edition bereits 2009 zum Abschluss gebracht werden sollen. Vgl. WWW Homepage des Instituts für Kirchengeschichte der Universität Graz, Wissensbilanz der Akademischen Einheit https://online.unigraz.at/kfu_online/wbldb.displayOrgLeisttypListe?pMode=O&pOrgNr=14047&pLstTypNr=32&pJahr= (31.12.2011).
[19] Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2005, Wien 2005, 402.
[20] Siehe Johann Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie und autoritärer Staatsführung. phil. Diss., Universität Wien 1963; Werner Dallamaßl, Seipels Rücktritt und die Regierung Streeruwitz. phil. Diss., Universität Wien 1965.
[21] Im Jahr 2011 wurde von Ernst Hanisch eine umfassende und kritische Biographie zu Otto Bauer herausgegeben. Siehe Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien, Köln u. Weimar 2011.

deutsch-amerikanische Klemens von Klemperer mit der ersten, den modernen wissenschaftlichen Ansprüchen entsprechenden Biographie. Die deutsche Übersetzung des ursprünglich in Englisch herausgegebenen Werkes erschien vier Jahre später unter dem Titel „Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit".[23] Kurz darauf veröffentlichte Friedrich Rennhofer sein 800 Seiten umfassendes Opus magnus, welches noch heute durch eine äußerst penible Quellenarbeit besticht.[24] Einen vorläufigen Schlussstrich unter die biographische Forschung setzte Ludwig Reichhold mit einer Kurzbiographie, die den bis dahin bestehenden Forschungsstand gut zusammenfasst.[25] Gemeinsam ist diesen Arbeiten der Versuch, eine möglichst gesamtheitliche Beurteilung der Person Seipel vorzunehmen. Dazu thematisieren sie erstmals im größeren Stil das Spannungsverhältnis von Religion und Politik, in welchem Seipel agierte. Von wissenschaftlicher Seite fanden diese Anstrengungen ob ihrer fundierten Befunde durchaus Würdigung, wenngleich sich Rennhofer die Kritik gefallen lassen musste, zu wenig hart mit Seipels autoritären Ambitionen 'ins Gericht gegangen zu sein'.[26]

Zusätzliche an Schärfe gewann das von der Geschichtswissenschaft gezeichnete Seipel-Bild durch zahlreiche Einzelstudien, die Aspekte aus der Biographie des Priesters herausgriffen. Damit wurde eine Forschungsphase eingeleitet, in der großflächige Betrachtungen von Untersuchungen stark abgegrenzter Themenfelder abgelöst wurden. Diese reichten vom Frauenbild Seipels[27] bis hin zu seiner Finanz-[28] und Außenpolitik[29]. Nicht außer Acht gelassen werden darf die allgemeine Literatur zur politischen Geschichte der Ersten Republik, welcher ebenfalls ein maßgeblicher Anteil am aktuellen Forschungsstand zu-

---

[22] Vgl. Viktor Reimann, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik, Wien, Frankfurt a. M. u. Zürich 1968.
[23] Siehe Klemens Klemperer, Ignaz Seipel. Christian Statesman in a Time of Crisis. Princeton 1972.
[24] Vgl. Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann; eine biographische Dokumentation, Graz, Köln u. Wien 1978. Ein eindrucksvolles Zeugnis über die aufwendige Quellenrecherche Rennhofers legt darüber hinaus das dem Wiener Diözesanarchiv hinterlassene Archiv seiner Seipelforschung ab. Den Auftakt zu Rennhofers wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Ignaz Seipel bildete ein Aufsatz im Jahr 1966. Vgl. Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel zum Gedenken, in: Österreich in Geschichte und Literatur 10/9 (1966), 469-472.
[25] Vgl. Ludwig Reichhold, Ignaz Seipel. Die Bewahrung der österreichischen Identität, Reihe Kurzbiographien, Karl von Vogelsang-Institut, Wien 1988.
[26] Siehe Ernst Hanisch, Anmerkungen zu Klemens von Klemperers Seipel-Biographie, in: Zeitgeschichte 4 (1977), 9/10, 359-362; Hedwig Pfarrhofer, Bemerkungen zu Rennhofers Seipel-Biographie, in: Zeitgeschichte 7/2 (1979), 73-77.
[27] Siehe Maximilian Liebmann, Bundeskanzler Seipels Frauenbild, in: Christliche Demokratie 2/1 (1984), 253-261.
[28] Siehe Karl Bachinger u. Peter Berger, Das Sanierungswerk 1922, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 197-274.
[29] Siehe Walter Rauscher, Ignaz Seipel, Edvard Beneš und der Mitteleuropagedanke in den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen 1927-1929, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 43 (1993), 342-365; Siegfried Beer, Die Außenpolitik, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 223-232.

kommt.[30] Das gilt im gleichen Maße auch für die Forschung zum Politischen Katholizismus.[31] Mehrheitlich schreibt die neuere zeitgeschichtliche Literatur in ihrer ausgeprägt politischen Akzentsetzung Seipel eine entscheidende Rolle bei der Ausrichtung der christlichsozialen Partei auf einen antiparlamentarischen Kurs zu und sieht in dem langjährigen Parteivorsitzenden somit einen Wegbereiter des ständestaatlichen Regimes.[32] Gemeinsam ist diesen Studien, dass sie in Seipel ausschließlich den Priester sehen, der eine kompromisslose Interessenspolitik zugunsten der katholischen Kirche betrieb. Dies geschieht in der älteren Literatur entweder in idealisierter Weise oder in äußerst kritischer Betrachtung des Klerikalismus durch die neuere Geschichte.[33] Nicht einmal in den Biographien wird aber nach einer möglichen Konfliktlinie zwischen Seipel und der kirchlichen Obrigkeit (und hier vor allem dem Heiligen Stuhl) gesucht. In der bisherigen Literatur wird dem Priester zwar immer ein gutes Verhältnis zu Rom attestiert, doch überprüfbare Belege werden nur selten angeführt. Selbst in Engel-Janosis Standardwerk über die österreichisch-vatikanischen Beziehungen findet das Verhältnis des geistlichen Regierungschefs zur römischen Kirchenleitung keine nennenswerte Berücksichtigung.[34] Erst Rupert Klieber macht in einem Aufsatz auf die Brisanz dieser außergewöhnlichen Konstellation aufmerksam, als er anhand eines Fallbeispiels nachweisen konnte, wie weit sich die österreichische Diplomatie unter Bundeskanzler Ignaz Seipel in den Dienst des Heiligen Stuhls nehmen ließ. Das Ergebnis der Studie zeigte, dass Interventionen in diese Richtung sehr

[30] Die Zahl der akzentsetzenden Literatur zur politischen Geschichte der Ersten Republik ist Legion. Als Standardwerke zählen u.a.: Charles A. Gulicks in fünf Bänden erschiene Geschichte der Zwischenkriegszeit „Österreich von Habsburg zu Hitler", Erika Weinzierl und Kurt Skalniks zweibändiges "Österreich 1918-1938", Walter Goldingers Republiksgeschichte „Geschichte der Republik Österreich", Ernst Hanischs „Langer Schatten des Staates" sowie die gemeinsam mit Dieter A. Binder verfasste "Neuauflage" von 1992.
[31] Siehe Viktor Reimann, Ignaz Seipel und der politische Katholizismus der Zwischenkriegszeit, in: Norbert Leser, Hg., Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, Wien u. München 1984, 261-273; Ernst Hanisch, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938. Veröffentlichungen des Instituts für Kirchliche Zeitgeschichte am Internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg, Salzburg u. Wien 1977; Michaela Sohn-Kronthaler, Entwicklungsphasen des politschen Katholizismus in Österreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Historicum. Zeitschrift für Geschichte (1995/96), 29-32; Maximilian Liebmann, Vom politischen Katholizismus zum Pastoralkatholizismus, in: Franz Schausberger, Hg., Geschichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag, Wien u.a. 2008, 255-269. John W. Boyer, Catholics, Christians and the Challanges of Democracy. The Heritage of the Nineteenth Century, in: Michael Gehler u. Wolfram Kaiser, Hg., Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien u.a. 2001, 23-59; Gerhard Hartmann, Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, 4. Aufl., Kevelaer 2011.
[32] Vgl. Gudula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß. Arbeitermörder oder Heldenkanzler? Wien 2004, 176f.; Emmerich Talos u. Walter Manoschek, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, in: Emmerich Talos u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Austrofaschismus. Politik Ökonomie Kultur 1933-1938, 5. Aufl., Wien 2005, 9.
[33] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 455.
[34] Siehe Friedrich Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe. Vatikanische Gespräche 1918 bis 1938, Wien 1971.

diskret aber doch erfolgt sind, jedoch immer an den staatlichen Interessen Österreichs ihre Grenze fanden.[35]

In jüngeren Jahren ging die Anzahl an einschlägigen Publikationen über Ignaz Seipel spürbar zurück. Eine Trendumkehr verspricht jedoch die Wiederentdeckung der christlichsozialen Parteigeschichte vonseiten der Zeitgeschichtsforschung.[36] Das gegenwärtige Forschungsinteresse richtet sich zwar vorwiegend auf das katholische Vereinswesen, doch John Boyer hat gezeigt, dass auch bei der Entstehungsgeschichte der Christlichsozialen Partei noch Forschungsbedarf besteht.[37] Aus seiner Feder stammen auch die neuesten biographischen Abhandlungen zu dem christlichsozialen Frontmann.[38] Noch einladender für die Historikerzunft dürfte sich allerdings die Aussicht auf die nun durch das päpstliche Geheimarchiv zugänglich gemachten Akten aus der Zeit 1922 bis 1939 erweisen.[39] In Österreich unternahm Rupert Klieber (Universität Wien) erste wissenschaftliche Vorstöße in diese Richtung. Gemeinsam mit Werner Drobesch (Universität Klagenfurt), Andreas Gottsmann (Akademie der Wissenschaften) und Johann Weissensteiner (Diözesanarchiv Wien) rief er das Forschungsprojekt „Pius XI. und Österreich" ins Leben. Ziel des Projekts ist die koordinierte Aufbereitung des für Österreich relevanten vatikanischen Quellenmaterials. Es ist daher absehbar, dass aus dieser akademischen Zusammenarbeit noch weitere Publikationen zu erwarten sind.[40] Doch auch außerhalb dieser Kooperation haben Historiker die Bedeutung der Archivöffnung für die österreichische Zeitgeschichtsfor-

[35] Siehe Rupert Klieber, Bundeskanzler Seipel und die österreichische Diplomatie der Ersten Republik: Im Dienste von Interessen des Heiligen Stuhles in der Sowjetunion? in: Römische Historische Mitteilungen 47 (2005), 477-502.

[36] In Oberösterreich steht beispielsweise die Erforschung des christlichsozialen Vereinswesens noch am Anfang. Auf dieses Versäumen verwies explizit Brigitte Kepplinger während ihres Vortrags „Politischer Katholizismus in Oberösterreich 1918-1938" bei dem vom 16. bis 18. Februar 2011 stattfindenden Symposium „Oberösterreich 1918 bis 1938" des Oberösterreichischen Landesarchives. Siehe WWW Homepage des Landesarchives Oberösterreich, Laufende Projekte, Forschungsprojekt „Erste Republik http://www.landesarchiv-ooe.at/xchg/SID-FFCEF468-6A8C5DAA/hs.xsl/2330_DEU_HTML.htm (15.09.2011).

[37] Vgl. Boyer, Catholics, Christians and the Challanges of Democracy, 2001, 23-59; John W. Boyer, Political Catholicism in Austria 1880-1960, in: Günter Bischof, Anton Pelinka u. Hermann Denz, Hg., Religion in Austria. Contemporary Austrian Studies 13, Innsbruck 2005, 6-36; John W. Boyer, Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf, Wien u.a. 2010.

[38] Siehe John W. Boyer, Wiener Konservativismus vom Reich zur Republik. Ignaz Seipel und die österreichische Politik, in: Ulrich E. Zellenberg, Hg., Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz u. Stuttgart 2003, 341-361. Auch in der vorhin schon angeführten Lueger-Biographie widmete Boyer dem Priesterkanzler ein ausführliches Kapitel.

[39] Vgl. Klieber, Bundeskanzler Seipel und die österreichische Diplomatie der Ersten Republik, 2005, 477-502; Walter M. Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus der Christlichsozialen Partei 1918-1934, in: Römische Historische Mitteilungen 49 (2007), 511-540.

[40] Weiterführende Informationen zum „Pius XI. und Österreich"-Projekt finden sich unter WWW Homepage Pius XI. und Österreich, Institut für Kirchengeschichte, Universität Wien, www.piusxi.univie.ac.at (15.09.2011). Die vorliegende Untersuchung entsteht neben weiteren Dissertationen ebenfalls im Rahmen dieses Forschungsprojektes.

schung erkannt. Für Walter Iber bot sich dadurch die Gelegenheit, gezielt nach dem Ausmaß der ‘kirchlichen‘ Einflussnahme auf die programmatische Ausrichtung der Christlichsozialen Partei zu fragen. In Seipel sieht Iber den großen Dirigenten des Politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit, der im völligen Einklang mit Rom der Partei bereits jenen Weg vorgibt, der unter Dollfuß lediglich seine Fortsetzung findet.[41]

Zur Quellenlage

Wie bereits eingangs erwähnt, erreichten alle Forschungsbemühungen, die dem Verhältnis des Prälatenkanzlers zur römischen Kurie nachgehen wollten, ihr Ende spätestens an den Pforten des Vatikanischen Geheimarchives. Ohne eine weitreichende Einsichtnahme in das diplomatische Aktengut des Heiligen Stuhls, ließ sich eine dahingehende Untersuchung nicht anstellen. Mit der von Historikern lange ersehnten Bestandsfreigabe des Pontifikats Pius‘ XI. ist diese Barriere nun endgültig gefallen. Mit einem Schlag taten sich der historischen Disziplin plötzlich zahlreiche neue Arbeitsfelder und Betrachtungsperspektiven auf. Insbesondere die Erforschung der bilateralen Verhältnisse des Heiligen Stuhls zu den europäischen Staaten stieß auf ein breites akademisches Interesse. Von größter Relevanz für die eigene Forschung waren deshalb die Bestände der *Affari Ecclesiastici Straordinarii*. Dieses im frühen 19. Jahrhundert eingerichtete „zentrale Beratungsgremium des Papstes in außenpolitischen Angelegenheiten“ wurde mit der Kurienreform von 1908 in das päpstliche Staatssekretariat eingegliedert, welches fortan in drei Kompetenzsektionen aufgeteilt wurde. Als nunmehr erste Sektion unterstand dieser Einrichtung fortan die gesamte vatikanische Diplomatie.[42] Ihre Bestände beherbergen auch die originalen Nuntiaturberichte, zu deren Erstellung die päpstlichen Gesandten von Amtswegen verpflichtet waren. Diese in regelmäßigen Abständen nach Rom gesandten Berichte bilden bis heute die wichtigste Beurteilungsgrundlage des Heiligen Stuhls für die kirchenpolitischen Ver-

[41] Siehe Walter M. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers. Die Christlichsoziale Partei in der Ersten Republik Österreich, in: Hubert Wolf, Hg., Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 121), Paderborn u.a. 2012, 269-272. Bereits in der Untersuchung des christlichsozialen Antisozialismus griff Iber auf vatikanische Quellen zurück. Vgl. Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus der Christlichsozialen Partei, 2007, 511-540. Auf ideologiegeschichtliches Terrain begibt sich auch das Dissertationsprojekt von Katharina Ebner. Nach eigenen Angaben befasst sich ihre Untersuchung mit der Rezeption der faschistischen Ideologie innerhalb der katholischen Kirche und ihrer Rolle beim Ideologietransfer zwischen Österreich und Italien.

[42] Vgl. Andreas Gottsmann, Archivbericht: „Finis Austriae" im Archiv der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten (Affari Ecclesiastici Straordinarii), in: Römische Historische Mitteilungen 50 (2008), 545.

hältnisse eines Landes.[43] Abgelegt wurden die Akten nach nationalen Gesichtspunkten. Eine klare Trennung zwischen ordentlicher und außerordentlicher Kirchenangelegenheit konnte allerdings nicht immer scharf gezogen werden, weshalb sich mancher Rapport auch in die zweite Sektion verirrte.[44] Was hingegen diese zweite Sektion des Staatssekretariats angeht, gestaltet sich eine Recherche sehr mühsam. Im Gegensatz zu den *Affari Ecclesiastici Straordinarii*, welche über sehr brauchbare Findbücher verfügen, sind die Bestände der zweiten Sektion ungleich größer und nur über ihre Aktenzahl erschlossen

Zusätzlich zu diesen beiden Bestandsgruppen wurde für die Recherche im *Archivium Secretum* auch noch das Archiv der päpstlichen Vertretung in Wien herangezogen. Da die Apostolische Nuntiatur vornehmlich als Kommunikationsdrehscheibe zwischen Österreich und dem Vatikan fungierte, enthält ihr Archiv nur wenige Originalakten. Zumindest die für die Untersuchung unverzichtbaren Nuntiaturberichte liegen hier nur in Abschriften oder Entwürfen vor. Dennoch sind die Ausmaße des Bestands gewaltig, dessen Akten bis zu den Anfängen der Nuntiatur in Wien zurückreichen. Insgesamt wurden 23 Kartons für die Untersuchung durchgesehen. Eine ausführliche Übersicht findet sich im Literaturverzeichnis. Da die Systematik des Nuntiaturarchives keiner äußeren Ordnung folgt, stellt das 2008 erschienene Inventar die einzige Erschließung des Quellenkorpus dar, wenngleich es aufgrund der sehr oberflächigen Bestandsbeschreibung nur eine grobe Orientierung gibt.[45]

Im Verhältnis dazu fällt der archivarische Bestandsumfang der österreichischen Vertretungsbehörde beim Heiligen Stuhl geradezu bescheiden aus. Das dort angefallene Aktenmaterial verteilt sich für den gleichen Zeitraum gerade einmal auf 9 Kartons, deren Provenienzen größtenteils aus dem Bundesministerium für Äußeres (1920-1923) und dem Bundeskanzleramt (1925-1938) stammen.[46] Den Kernbestand bilden auch hier Gesandt-

[43] Über die historiographische Bedeutung der Nuntiaturberichte und ihrer Forschung siehe Heinrich Lutz, Die Bedeutung der Nuntiaturberichte für die europäische Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung, in: Deutsches Historisches Institut in Rom, Hg., Nuntiaturberichte und Nuntiaturforschung. Kritische Bestandsaufnahme und neue Perspektiven, Sonderausgabe aus Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, Rom 1976, 152-167; Peter Schmidt, 100 Jahre Forschung zur päpstlichen Politik und Diplomatie (1500-1800), in: Alexander Koller, Hg., Kurie und Politik. Stand und Perspektiven der Nuntiaturberichtsforschung**,** Rom 1998, 395-412.

[44] Vgl. Gottsmann, Archivbericht: „Finis Austriae“, 2008, 545.

[45] Siehe Tomislav Mrkonjic, Archivio della Nuntiatur apostolica di Vienna. Cancelleria e Segreteria, Città del Vaticano 2008.

[46] Die ausländischen Vertretungsbehörden waren bis 1923 dem Bundesministerium für Äußeres unterstellt. Im Zuge der Einsparungen unter Bundeskanzler Ignaz Seipel wurde die Anzahl der Bundesministerien im Jahr 1923 auf sieben reduziert. Davon betroffen war auch das Außenamt, welches dem Bundeskanzleramt als Sektion für Auswärtige Angelegenheiten angeschlossen wurde. Vgl. Michaela Follner, Gruppe 01: Auswärtige Angelegenheiten, in: Manfred Fink, Hg., Das Archiv der Republik und seine Bestände. Das

schaftsberichte (Abschriften) und politische Korrespondenz. Anders als im Archiv der päpstlichen Vertretungsbehörde, wo die Nuntiaturberichte bedingt durch ein thematisches Ablagesystem verstreut sind[47], erfreuen sich die österreichischen Rapporte einer chronologischen Archivierung durch das österreichische Staatsarchiv. Dies trifft im gleichen Maße auf die Weisungen der zuständigen Sektion in Wien zu, die bei den Konzepten der Gesandtschaftsberichte abgelegt sind.[48] Die Originalberichte sind hingegen alphabetisch nach Herkunftsorten (Länderliassen), und innerhalb dieser Ordnung chronologisch, im Neuen Politischen Archiv verwahrt. Diese Berichtsammlung kann als nützliche Ergänzung zu den teilweise bruchstückhaft vorhandenen Berichten in den Gesandtschaftsarchiven dienen.[49] Darüber hinaus musste das Staatsarchiv auch noch für weitere Bestände konsultiert werden. In den Reihen des Allgemeinen Verwaltungsarchives befinden sich zahlreiche sogenannter „Schreibtischnachlässe". Dabei handelt es sich um die amtlichen Hinterlassenschaften hoher Beamter (Sektionschefs, Minister u.ä.). Für die Untersuchung waren die Nachlässe Richard Schmitz' und Friedrich Funders von Bedeutung.[50]

Der weit aus bedeutendere Nachlass Seipels befindet sich allerdings im Wiener Diözesanarchiv. Neben einer beachtlichen Korrespondenz, persönlichen Dokumenten und wissenschaftlichen Manuskripten enthält der auf fünf Kartons aufgeteilte Nachlass Seipel die von der Forschung bisher noch sehr vernachlässigten Tagebücher des Priesterpolitikers.[51] Ihr besonderer Wert liegt in der peniblen Erfassung der täglichen Begegnungen, weshalb sie für die Untersuchung der gesellschaftlichen Vernetzung des Kanzlers unverzichtbar sind. Zu diesem persönlichen Nachlass des katholischen Priesters gesellt sich noch der umfangreiche 'Forschungsnachlass' Friedrich Rennhofers. Mit dem insgesamt fünf Kartons umfassenden Material wurde ursprünglich die Bibliothek des Wiener Priesterseminars bedacht. Diese übergab den Bestand schließlich dem zuständigen Diözesanarchiv,

---

Archivgut der 1. Republik und aus der Zeit von 1938 bis 1945, Teil 1 (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Inventare 2), Horn u. Wien 1996, 4.

[47] Da beginnend mit Nuntius Enrico Sibilia ein Protokollbuch geführt wurde, lässt sich die genaue Zahl der Nuntiaturberichte zwar feststellen. Über ihren genauen Verbleib in der Archivordnung gibt allerdings kein Findbehelf Auskunft. Das macht eine Gesamtschau der Nuntiaturberichte schwierig. Eine Edition der Berichte wie sie etwa in Deutschland im großen Stile durchgeführt wird, wäre deshalb unbedingt erforderlich.

[48] Vgl. Follner, Gruppe 01: Auswärtige Angelegenheiten, 1996, 98.

[49] Ebda., 10.

[50] Siehe ÖSTA/AVA, E/1781 (Nachlass Friedrich Funder) Karton 152-155; ÖSTA/AVA, E/1786 (Nachlass Richard Schmitz), Karton 31-35.

[51] Die erhaltene Korrespondenz findet sich gemeinsam mit persönlichen Dokumenten in Karton 1. Karton 2 enthält die Tage- und Reisetagebücher Seipels. Im dritten Karton wurden Predigten und Ansprachen abgelegt. Die beiden restlichen Schachteln bergen Materialsammlungen und Manuskripte. Siehe DAW, Nachlass Seipel, Karton 1-3.

wo er seither als Selekte „Seipelforschung Rennhofer“ geführt wird.[52] In diesem Zusammenhang sei auch auf die umfangreiche Materialsammlung Rennhofers aufmerksam gemacht, welche heute dem Institut für Zeitgeschichte in Wien vorliegt.[53] Das Wiener Diözesanarchiv war darüber hinaus auch noch wegen weiterer Bestände für die Untersuchung von Bedeutung. Denn die Untersuchung der Beziehungen des Priesterpolitikers zum Heiligen Stuhl sollte nicht nur auf die amtlichen Dokumente beschränkt bleiben. Für einen Angehörigen des geistlichen Standes muss angenommen werden, dass Interaktionen zwischen Rom und Wien auch über kirchliche Kanäle zustande gekommen sind. Aus diesem Grund fanden in der Untersuchung auch die Bischofsakten von Friedrich Gustav Kardinal Piffl (1864 – 1932) Berücksichtigung. Mit dem Wiener Erzbischof stand der christlichsoziale Politiker in engem Kontakt. Zudem war er sein direkter kirchlicher Vorgesetzter.[54] Die Bischofsakten entsprechen grob gesprochen dem „Schreibtischnachlass“ des Oberhirten. Ihr Inhalt trägt dementsprechend einen amtlichen Charakter. Dazu zählt etwa der Schriftverkehr mit dem bischöflichen Amtskollegen und anderen herausragenden Exponenten des katholischen Lagers. Diese Akten sind abgesehen von einer einfachen chronologischen Ordnung unsortiert und durch keinerlei Findbehelfe erschlossen. Für den Untersuchungszeitraum 1922 bis 1932 macht der Bestand drei Kartons aus. Zusätzlich verfügten die Wiener Erzbischöfe bis 1930 über eine eigene Registratur, die vom bischöflichen Sekretär unabhängig von der zentralen Ordinariatskanzlei geführt wurde. Bei den sogenannten Präsidialakten handelt es sich um das ‘private‘ Archiv des Bischofs. Hier wurden Akten mit vertraulichen und prioritären Betreffen abgelegt bzw. Dokumente, die alleine in die Zuständigkeit des Bischofs fielen. Darunter befindet sich auch Korrespondenz mit römischen Stellen, wobei hier Formalschreiben wie Huldigungsadressen und Glückwunschreiben überwiegen. Die insgesamt zwei Kartons umfassenden Schriftstücke wurden allesamt protokollarisch erfasst. Eine weitere unumgängliche Bestandsgruppe des Wiener Diözesanarchivs bilden die Bischofskonferenz-Akten. Sie beinhalten jenes Schriftgut, welches im Zuge der jährlichen Bischofsversammlungen angefallen ist. Da die Bischofskonferenz in der Zwischenkriegszeit noch über kein ständiges Sekretariat verfügte, erfolgte auch die Archivierung unsystematisch und dezentral. Die Bestände zerfallen deshalb in die Referatsbereiche und persönlichen Mitschriften der einzelnen Bischöfe, wo

[52] Siehe DAW, „Seipelforschung Rennhofer“, Karton 1-5.
[53] Dabei handelt es sich um eine akribische Aufzeichnung sämtlicher österreichischer Zeitungsartikel, die von Ignaz Seipel handeln. Siehe Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte**,** MM (Memoiren, unveröffentlichte Manuskripte, Tagebücher), Materialsammlung Seipel-Dokumentation (DO 924).
[54] Vgl. Martin Krexner, Hirte an der Zeitenwende. Kardinal Friedrich Gustav Piffl und seine Zeit, Wien 1988, 265.

sie mit Ausnahme von Wien in den jeweiligen Bischofsarchiven angesiedelt sind. Da der Wiener Ordinarius aufgrund der Kardinalswürde den Vorsitz der Bischofskonferenz innehatte, sind die in der Bundeshauptstadt verbliebenen Rudimente umfassender als die der anderen Ordinariate. Die größere Dichte – drei Kartons umfasst das Aktengut der Zwischenkriegszeit – ist damit zu begründen, dass der Wiener Erzbischof in seiner Funktion als Vorsitzender den Gesamtepiskopat nach außen hin zu vertreten hatte. Zusätzlich oblag ihm die gesamte Koordination der jährlich stattfindenden Bischofstagungen. Ihm stand es damit zu, die Tagesordnung festzulegen und Referatsthemen zu delegieren. Die einzige Konstante innerhalb dieser stark fragmentierten Bestände bilden die Bischofskonferenzprotokolle. Anhand der darin festgehaltenen Tagesordnungspunkte und der dazu beschlossenen Ergebnisse, lassen sich die oft losen Akten in einen Kontext bringen. Nachdem die Schriftführung Bischof Michael Memelauer aus St. Pölten innehatte, waren auch dessen Bischofsakten für die Untersuchung von Bedeutung. Weiters wurden noch die Ordinariatsarchive von Graz, Gurk, Linz, Salzburg und Vorarlberg konsultiert.

1. DIE VÖLKERRECHTLICHE STELLUNG DES HEILIGEN STUHLS UND SEINE DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZU ÖSTERREICH (1922 – 1932)

1.1. Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls bis 1929

1.1.1. Gefangen im Vatikan – die völkerrechtliche Situation bis 1929

> „*Mit klarem Blick erkannte die päpstliche Politik, daß diesem Rechtsbruche gegenüber nur eine Haltung möglich und geboten sei und proklamierte vor der ganzen Welt, daß der Papst nunmehr als Gefangener im Vatikan weile.*“[55]
>
> Max Hussarek-Heinlein

Unmittelbar nach der Eroberung Roms sah sich der junge italienische Nationalstaat mit einem die eigene Stabilität gefährdenden Rechtsstreit konfrontiert, welcher als die „Römische Frage“ in den Geschichtsbüchern Einzug gefunden hat.[56] Mit der Besetzung des Kirchenstaates durch Italien trat 1870 faktisch eine Debellation ein, also die vollständige Niederringung eines Staates, was formaljuristisch den Verlust der eigenständigen Völkerrechtspersönlichkeit bedeutete.[57] Die Beraubung des staatlichen Territoriums warf die Frage auf, inwiefern der Papst noch als weltlicher Souverän anzusehen war oder bloß nur mehr als geistliche Autorität zu gelten habe.[58] Denn bis ins frühe 20. Jahrhundert schrieben Staatsrechtler die Völkerrechtspersönlichkeit nur Staaten zu.[59] Der Heilige Stuhl trotzte jedoch dieser Rechtsauffassung und unterhielt ungeachtet der unfreiwilligen Vereinigung mit dem Königreich Italien weiterhin diplomatische Beziehungen mit zahlreichen Ländern.[60] Es wurden sogar Konkordate und andere Abkommen mit ihm unter-

[55] Max Hussarek-Heinlein, Die weltgeschichtliche Bedeutung des Pontifikates Pius XI., in: *Reichspost*, 16. Juni 1929, 2.

[56] Infolge des deutsch-französischen Krieges zog Frankreich seine im Kirchenstaat stationierte Schutzmacht im Sommer 1870 ab. Den italienischen Vereinigungsbestrebungen kam dieser Konflikt sehr gelegen. Nach der Niederlage Frankreichs marschierten Anfang September italienische Verbände unter Erklärung der Nichtigkeit der „Septemberkonvention“ in den Kirchenstaat ein. Am 20. September 1870 wurde Rom nach einem letzten symbolischen Widerstand genommen. Vgl. Ralph Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls. Eine Einführung, Wiesbaden 2007, 35f. Die militärische Intervention wurde im Nachhinein durch eine Volksabstimmung legitimiert. Der Volksentscheid Anfang Oktober 1870 ergab eine breite Zustimmung für die Vereinigung des Kirchenstaates mit dem Königreich Italien unter Viktor Emanuel II. Damit hörte der Kirchenstaat offiziell zu existieren auf. Vgl. Jean-Marie Mayeur, Die Kirche und die internationalen Beziehungen, in: Jean-Marie Mayeur u.a., Hgg., Erster und Zweiter Weltkrieg, Demokratien und totalitäre Systeme (1914-1958) (Die Geschichte des Christentums 12), Freiburg i.B. 1992, 374.

[57] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 58.

[58] Vgl. Michael F. Feldkamp, Geheim und effektiv. Über 1000 Jahre Diplomatie der Päpste, Augsburg 2010, 125.

[59] Vgl. Romuald R. Haule, Der Heilige Stuhl. Vatikanstaat im Völkerrecht, Lohmar u.a. 2006, 14. Doch auch heute ist die völkerrechtliche Subjektivität des Heiligen Stuhls nicht unumstritten. Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 57.

[60] Der Heilige Stuhl und der Vatikan bzw. Vatikanstaat werden fälschlicherweise häufig als identisch betrachtet. Tatsächlich handelt es sich dabei um zwei verschiedene Entitäten mit eigener Völkerrechtssubjektivität, die in unterschiedlicher Weise international aktiv sind. Unter dem Heiligen bzw. Apostolischen

zeichnet, während Juristen noch über die völkerrechtliche Souveränität des Heiligen Stuhls stritten. [61]

Die Päpste begegneten dem neuen Status quo mit einer selbst gewählten Isolation. Indem sich Pius IX. (1792-1878) als „Gefangener im eigenen Hause“ bezeichnete, versuchte er auf das Unrecht der Annexion aufmerksam machen.[62] In den Enzykliken *Respicientes* und *Ubi nos* verurteilte Pius IX. die Verletzung der kirchlichen Souveränität mit harten Worten vor der ganzen Welt. Zudem wurden die Verantwortlichen der Eroberung Roms exkommuniziert. Politisch schwerer wog jedoch der demonstrative Rückzug des Pontifex in den Vatikan. Hinter dieser vermeintlich symbolischen Geste der Päpste – bis Pius XI. (1857-1939) wollte kein Papst mehr den Vatikan verlassen, solange für die Enteignung nicht Satisfaktion geleistet wurde – verbarg sich ein bedeutendes politisches Druckmittel. Denn die Klärung der „Römischen Frage“ tangierte nicht nur die italienische Innenpolitik, sondern erwies sich schon bald von enormer außenpolitischer Relevanz. Die ungeklärte Situation des Papstes erregte nicht nur bei den italienischen Katholiken Unmut, sondern löste in der gesamten katholischen Welt heftige Proteste aus. Die Folge war, dass zahlreiche Länder, darunter Deutschland und Österreich-Ungarn, Druck auf das italienische Königreich ausübten und auf eine Beilegung des Rechtsstreites drängten.[63] Genau darin lag das politische Kalkül des vatikanischen Protestes. Ohne umfassende Konzessionen und großzügige Entschädigung wollte man sich keine Anerkennung des neuen Status quo abringen lassen. Die italienische Regierung sollte tief in die Taschen greifen, wollte sie einen nahhaltigen Ausgleich mit dem Vatikan anstreben. Im „Garantiegesetz“ vom 13. Mai 1871 unternahm man staatlicherseits den ersten Anlauf, einen neuen modus vivendi mit dem katholischen Oberhaupt zu finden. Der italienische Staat verpflichtete sich in dem Verfassungsgesetz dem Papst die Ehrenrechte eines Souveräns mit samt den gesetzlichen Vorrechten, wie die Unverletzlichkeit, rechtliche Unverantwortlichkeit und Immunität

---

Stuhl versteht das Kirchenrecht im engeren Sinne den Papst als *summus pontifex* und im weiteren Sinne den Papst mit den Kongregationen und dem päpstlichen Staatssekretariat im weiteren Sinn. Völkerrechtlich gesehen ist der Heilige Stuhl eine juristische Person und ein Subjekt. Vom Papst zu unterscheiden ist der Staat der Vatikanstadt. Dieses durch den Lateranvertrag gegründete Hoheitsgebiet, ist wie jeder andere Staat der Welt ein eigenes Völkerrechtssubjekt. Dass die katholische Leitungsinstitution in zwei unterschiedliche Völkerrechtssubjekte zerfällt, geht u.a. auf die Zeit der „vatikanischen Gefangenschaft“ zurück, als der Heilige Stuhl zwar kein offizielles Territorium mehr besaß, aber aufgrund der Tatsache, ungebrochen diplomatische Beziehungen unterhalten zu haben, weiterhin als Völkerrechtssubjekt existierte. Vgl. Haule, Der Heilige Stuhl, 2006,1-3.

[61] Vgl. Heribert F. Köck, Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls. Dargestellt an seinen Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen, Berlin 1975, 244-250.

[62] Vgl. Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 125.

[63] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 36.

zukommen zu lassen. Damit verbunden war auch ein aktives und passives Gesandtschaftsrecht, in der Weise, dass den beim päpstlichen Stuhl beglaubigten Gesandten dieselben Privilegien gewährt würden wie den bei der italienischen Regierung akkreditierten Vertretern auswärtiger Staaten. Darüber hinaus sollte die katholische Religion als Staatsreligion festgelegt werden. Als Entschädigung für den Verlust des Kirchenstaates und den dadurch ausbleibenden Einnahmen legte man eine jährliche Rente von 3,25 Millionen Lire fest.[64] Pius IX. als auch seine Nachfolger weigerten sich jedoch beharrlich, dieses Gesetz bzw. den italienischen Staat anzuerkennen. Im Vatikan vertrat man den Standpunkt, dass es sich dabei um eine einseitige Verpflichtung der italienischen Regierung handeln würde, dessen Annahme einer Abhängigkeit des Heiligen Stuhls von Italien gleichkäme.[65] Diese Sichtweise war nicht unbegründet, immerhin versuchte die italienische Regierung in der Folge alle Bestrebungen des Heiligen Stuhls zur Betonung der eigenen Souveränität zu konterkarieren.[66] Der dadurch bedingte Aufschub für die Neudefinition des päpstlichen Rechtsstatus entwuchs so zu einem über fünfzig Jahre schwelenden Konflikt mit Italien, was wiederholt Anlass zu diplomatischen Verstimmungen bot.[67]

Mit dem Wegfall der weltlich-territorialen Verpflichtungen ging gleichzeitig das paradoxe Phänomen der innerkirchlichen Erstarkung des Papsttums einher.[68] Die dafür nötigen kirchenrechtlichen Voraussetzungen waren freilich mit dem Ausbau der päpstlichen Jurisdiktionsgewalt schon durch das Erste Vatikanische Konzil geschaffen worden.[69] Zu dieser systeminhärenten Voraussetzung trat nach der Eroberung Roms die Betroffenheit der gesamten katholischen Welt. Mobilisiert von einem jungen und selbstbewussten konfessionellen Pressewesen formierte sich unter den Katholiken eine breite Front der Soli-

[64] Vgl. Rudolf Zinnhobler, Von Pius IX. zu Benedikt XV., in: Josef Lenzenweger u.a., Hgg., Geschichte der Katholischen Kirche, 3. Aufl., Graz, Wien u. Köln 1995, 431.
[65] Vgl. Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 75.
[66] Vgl. Ludwig Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan. Päpste machen Politik, München 2004, 59. Italien versuchte mit allen diplomatischen Mitteln die internationale Aufwertung des Heiligen Stuhls zu verhindern. Beispielsweise scheiterte die Teilnahme päpstlicher Vertreter an der Haager Abrüstungskonferenzen 1899 und 1907 an der Opposition Italiens, das mit seiner Nichtbeteiligung drohte. Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 41.
[67] Diese Rechtsunsicherheit bekam Bundeskanzler Ignaz Seipel 1923 während einer Romvisite am eigenen Leib zu spüren. Siehe Kapitel 4.2.1., 295ff.
[68] Vgl. Gerhard Besier, "Berufständische Ordnung" und autoritäre Diktaturen. Zur politischen Umsetzung einer „klassenfreien" katholischen Gesellschaftsordnung in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Gerhard Besier u. Hermann Lübbe, Hg., Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit, Göttingen 2005, 79. Hanisch formulierte dieses Phänomen mit folgenden Worten: „Je stärker die soziopolitische Stellung der Kirche war, desto schwächer war ihr moralisch-intellektuelles Ansehen." Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus", in: Emmerich Tálos u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Austrofaschismus. Politik Ökonomie Kultur, 1933-1938, 5. Aufl., Wien 2005, 80.
[69] Vgl. Kapitel 1.2.1., 31f.

darität für den römischen Bischof.[70] Die kirchlichen Massenmedien kanalisierten dabei nicht nur den katholischen Protest, sondern erhöhten zugleich die Präsenz des Kirchenoberhaupts im religiösen Bewusstsein der Gläubigen. Der Papst rückte dadurch in einer bisher nicht gekannten Weise in die Glaubenswelt der Katholiken. Mehr als je zuvor erhöhte die römische Zentralbehörde ihre Einflussnahme auf die nationalen Katholizismen durch eine gezielte Anwendung von kirchenrechtlichen, lehramtlichen und symbolischen Mitteln.[71]

> „In Rom sollte der Fokus der Verteidigung, Propagierung und Definition des katholischen Glaubens liegen. Von hier aus sollte die katholische Kirche administrativ, ideologisch und emotional geführt werden; hier saßen die Wächter des wahren Glaubens, aber auch die Erneuerer. Zug um Zug wurde eine absolute Monarchie des christlichen Glaubens errichtet, die als supranaturale Bastion den [sic!] anbrandenden Modernismus trotzen wollte. Mit Hilfe päpstlicher Enzykliken umspannte die katholische Lehre nahezu alle politischen, sozialen und kulturellen Bereiche, menschlichen Lebens. Für die Gläubigen gab es bald keine Lebensfelder mehr, die ihre Kirche ihnen nicht vorgeordnet hätte.“[72]

Einen wesentlichen Beitrag zur Etablierung des Heiligen Stuhls „als moralische Institution jenseits parteipolitischer und nationaler Interessen“ leistete die Enzyklika *Rerum novarum* von 1891.[73] Mit diesem römischen Rundschreiben formulierte Leo XIII. (1878-1903) nicht nur die Grundzüge der katholischen Soziallehre, sondern er führte darin seine bereits in der Enzyklika *Immortale Dei* erhobenen Forderungen nach kirchlicher Unabhängigkeit vom Staat fort. Demnach leite sich für die Kirche die Legitimation eines Staates nicht von der Regierungsform ab, sondern von dessen Bereitschaft, dem Allgemeinwohl zu dienen.[74] Im Rundschreiben *Libertas* ging er noch einen Schritt weiter und setzte die alten Monarchien auf die gleiche Stufe wie jede andere Regierungsform.[75] Dahinter stand der Versuch, die seit Jahrhunderten bestehende Allianz zwischen Thron und Altar vor-

[70] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 36.
[71] Dieser römische Zentralismus war nicht zuletzt Auslöser des deutschen Kulturkampfes. Vgl. ebda., 37.
[72] Besier, “Berufständische Ordnung” und autoritäre Diktaturen, 2005, 79f.
[73] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 38.
[74] Papst Leo XIII. im originalen Wortlaut: „*Ius autem imperii per se non est cum ulla reipublicae forma necessario copulatum: aliam sibi vel aliam assumere recte potest, modo utilitatis bonique communis reapse efficientem*.“ Eigene Übersetzung: „*Die Herrschergewalt wird aber nicht notwendig von einer bestimmten Regierungsform legitimiert: diese kann die eine oder andere Form annehmen, wenn diese das gemeinsame Wohl und Gedeihen wirksam fördert.*“ Heinrich Denzinger u. Adolf Schönmetzer, Enchiridion Symbolorum definitionum et Declarationum de rebus fidei et morum, Freiburg i.B. 1967, 618.
[75] Vgl., Zinnhobler, Von Pius IX. zu Benedikt XV., 1995, 439.

sichtig aufzukündigen, um einen Modus vivendi mit dem gesellschaftlichen Pluralismus zu finden.[76]

Einen der letzten großen Schritte zur innerkirchlichen Konsolidierung setzte Pius X. (1835-1914) mit einer umfassenden Kurienreform und der Neukodifizierung des Kanonischen Rechts, was unter anderem die Abschaffung des Exklusive zur Folge hatte. Damit beseitigte er ein altes Veto-Recht, welches katholischen Monarchen bis zuletzt den Ausschluss unliebsamer Kardinäle beim Konklave ermöglicht hatte. Dieser Schritt ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass er seine Wahl selbst einer weltlichen Intervention zu verdanken hatte.[77] Damit war formell jede machtpolitische Einmischung von außen beseitigte und die Unabhängigkeit des Papstes von den Großmächten weitgehend gewährleistet.[78] Neben der innerkirchlichen Konsolidierung hatte die kuriale Politik des späten 19. Jahrhunderts die Aufrechterhaltung der völkerrechtlichen Souveränität des Heiligen Stuhls und die Reanimierung der vatikanischen Diplomatie zum Ziel. Bereits unter Pius IX. begann man mit dem kontinuierlichen Ausbau von Nuntiaturen. Systematisch wurden diplomatische Beziehungen zu Ländern in aller Welt neu oder wieder aufgenommen. Am Ende des Pontifikat Pius‘ XI. unterhielt der Heilige Stuhl 37 Nuntiaturen und 23 Apostolische Delegaturen. Gleichzeitig waren 36 Botschafter bzw. Gesandte beim Papst akkreditiert.[79] Nach einigen Vermittlungstätigkeiten in zwischenstaatlichen Konflikten gelang es dem Papsttum trotz des nicht immer friktionsfreien Verhältnisses zu einzelnen Nationalstaaten, sich allmählich wieder als internationaler Schiedsrichter zu etablieren.[80] Indem man „nunmehr als Vertreter geistlich-moralischer Werte in Erscheinung trat und nicht als Fürst mit territorialen Eigeninteressen“, war der Blick auf den Papst als glaubwürdigen

[76] Wilhelm Weber, Statistik: Weltbevölkerungsstatistik, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, in: Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Hg., Die Weltkirche im 20. Jahrhundert, (Handbuch der Kirchengeschichte 7) Freiburg i.B. 1979, 203.

[77] Nach dem Tod von Leo XIII. wurde die Exklusive letztmals von Kaiser Franz Josef gegen Kardinal Mariano Rampolla del Tindaro vorgebracht, welchem man gute Aussichten auf die Tiara nachsagte. Daraufhin wurde der Patriarch von Venedig Giuseppe Sarto als Pius X. gewählt.

[78] Vgl. Georg Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert. 2. Aufl., München 1999, 127.

[79] Hubert Jedin, Die Päpste Benedikt XV., Pius XI. und Pius XII. Biographie und innerkirchliches Wirken, in: Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Hg., Die Weltkirche im 20. Jahrhundert. (Handbuch der Kirchengeschichte 7), Freiburg i.B. 1985, 30.

[80] Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 40. Die schwerste Auseinandersetzung hatte der Heilige Stuhl mit Preußen während des Kulturkampfes auszufechten. Die Beilegung des Konfliktes zu Bedingungen, welche beiden Parteien verhalfen ihr Gesicht zu bewahren, bedeutete für den Heiligen Stuhl einen internationalen Achtungserfolg, der wesentlich dazu beitrug, die päpstliche Diplomatie wieder auf eine respektable und international anerkannte Position zu bringen. Der Erfolg bestand vor allem darin, dass nach der Beilegung des Konfliktes das protestantische Preußen im Jahr 1882 wieder eine Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl einrichtete. Der wichtigste Teilstaat des Deutschen Reiches ging damit diplomatische Beziehungen zu einer Institution ein, die über keinen eigenen Staat mehr verfügte. Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 57.

Vermittler freigestellt.[81] Spätestens mit Benedikt XV. (1854-1922) wurde die außenpolitische Neutralität zum erklärten Ziel des Heiligen Stuhls. In der päpstlichen Allokution vom 22. Januar 1915 nahm Benedikt für sich in Anspruch *summus interpres et vindex legis aeternae* zu sein.[82] Auch die europäischen Großmächte waren der Etablierung einer neutralen Instanz nicht abgeneigt. Allerdings musste die vatikanische Diplomatie auch einige Niederlagen einstecken.[83] Als erfolglos erwiesen sich vor allem die Vermittlungsversuche zwischen den europäischen Staaten im Jahr 1914. Der Heilige Stuhl konnte den „Großen Krieg" trotz aller diplomatischen Anstrengungen nicht abwenden und hatte Mühe, sich nicht von einer Seite vereinnahmen zu lassen. Denn verständlicherweise hatten die Kriegsteilnehmer Interesse an einer moralischen Legitimation des Krieges. Die Mittelmächte versuchten sogar, sich die Gunst des Papstes mit finanziellen Zuwendungen zu „erkaufen".[84] Dem Heiligen Stuhl gelang es aber nicht zuletzt aufgrund des humanitären Engagements, seine neutrale Position weitgehend zu wahren.[85] Auch nach dem Krieg blieb dem Vatikan eine aktive Beteiligung an den Friedensverhandlungen verwehrt. Zu groß waren bei den Siegermächten die Vorbehalte gegenüber der Überparteilichkeit des Papstes. Außerdem fürchtete Italien, eine Teilnahme des Heiligen Stuhls könnte dessen internationale Aufwertung zur Folge haben und würde dadurch die Frage der Souveränität des Kirchenstaates aufs Tapet bringen.[86] Obwohl die päpstlichen Vermittlungsversuche am Ende des Ersten Weltkriegs Schiffbruch erlitten, schadete die faktische Ausgrenzung dem Apostolischen Stuhl mittelfristig nur wenig. „Politisch gesehen setzte sich der Heilige Stuhl damit zunächst ins Abseits, doch der Papst vermied umgekehrt eine einseitige Vereinnahmung und konnte seine Neutralität und Überparteilichkeit weiter unter Beweis stellen."[87] Alles in allem ging das Papsttum aus der „vatikanischen Gefangenschaft" gestärkt hervor, indem es die Phase der Konsolidierung nutzte, die moralische Autorität des Amtes hervorzustreichen, den innerkirchlichen Führungsanspruch untermauerte und die diplomatischen Beziehungen weiter ausbaute.

---

[81] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 39.
[82] Vgl. Konrad Repgen, Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege, in: Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Die Weltkirche im 20. Jahrhundert. (Handbuch der Kirchengeschichte 7), Freiburg i.B. 1985, 40.
[83] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 58f.
[84] Ring-Eifel bezeichnete es allerdings als „moralisch bedenklich", dass man die deutschen Finanzspritzen dennoch angenommen hatte. Er räumt jedoch ein, dass die humanitären Bemühungen die finanziellen Reserven des Papstes so sehr strapazierten, „dass der Heilige Stuhl zeitweise kurz vor dem Bankrott stand." Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 63.
[85] Vgl. Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 132.
[86] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 64.
[87] Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 133.

1.1.2. Die Klärung der „Römischen Frage“ und die zentralen Bestimmungen der Lateranverträge

> *„Ich selbst habe die Beendigung des seit 1870 dauernden anormalen Zustandes in Rom sehr begrüßt. Es ist eine Freude, Zeitgenosse einer solchen Tat zu sein. Die einzige Besorgnis, daß die durch den bisherigen Zustand erleichterte Unabhängigkeit des hl. Stuhles gefährdet sein könnte, teile ich nicht. Es werden aber die Menschen um so unabhängiger sein müssen.“*[88]
>
> Ignaz Seipel

Mit der Aufhebung der Bulle *Non expedit* am 11. November 1919, jenem Erlass Pius‘ IX., welcher italienischen Katholiken als Protest gegen die Annexion des Kirchenstaates die politische Beteiligung im Staat untersagte, schienen nach knapp 50jährigen päpstlichen Widerstand nach dem Ersten Weltkrieg die nötigen Voraussetzungen geschaffen, an eine ernsthafte Klärung der „Römische Frage“ heranzugehen.[89] Benedikt XV. gab mit diesem historischen Schritt die politische Opposition gegen den italienischen Staat unwiderruflich auf. Die endgültige Beilegung des leidigen Rechtsstreites war ihm allerdings nicht mehr gegönnt.[90] Dass sein Nachfolger auch in dieser Frage die außenpolitische Richtung des ‘Friedenspapstes‘beibehalten wollte, stellte er gleich nach seiner Wahl mit einer eindrucksvollen symbolischen Geste unter Beweis. Nach mehr als einem halben Jahrhundert spendete Pius XI. erstmals wieder den Segen „Urbi et Orbi“ vom Segnungsbalkon des Petersdoms.[91] In seiner Antrittsenzyklika hielt er zwar offiziell am päpstlichen Protest gegen die Besetzung des Kirchenstaates weiter fest[92], doch machte er in den Folgejahren keinen Hehl aus seiner Unzufriedenheit, „die Schwellen des Vatikans nicht überschreiten zu können.“ [93] In nationalen Kreisen deutete man diverse Gesten des neuen

[88] ÖSTA/AVA, E/1781 (Nachlass Friedrich Funder), Karton 154, Fasz. 1, fol. 194. Ignaz Seipel an F.X. Zimmermann, 8. März 1929, Abschrift.
[89] Zu den Hintergründen und Folgen des „Non expedit“ siehe Mario Bendiscioli, Die italienischen Katholiken zwischen dem Vatikan und dem Quirinal. Das „Non expedit“ zur Zeit Leox XIII., in: Hubert Jedin, Hg., Die Kirche in der Gegenwart. Die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand (Handbuch der Kirchengeschichte 6/2), Freiburg i.B. 1985, 86-100.
[90] Am Rande der Pariser Friedenskonferenz im Juni 1919 kam es zwischen dem italienischen Regierungschef Vittorio Orlando und Kardinal Bonaventura Cerretti zu ernsthaften Gesprächen über einen italienisch-vatikanischen Ausgleich. Die auf Kardinalstaatssekretär Gasparri zurückgehende Verhandlungsgrundlage Cerettis sah u.a. eine Revision des Garantiegesetzes vom 13. Mai 1871 und die völkerrechtliche Anerkennung des Vatikanstaates durch Italien vor. Eine Umsetzung scheiterte jedoch am Widerstand des italienischen Königs. Vgl. Konrad Repgen, Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege, in: Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Die Weltkirche im 20. Jahrhundert. (Handbuch der Kirchengeschichte 7), Freiburg i.B. 1985, 52.
[91] Jedin, Die Päpste Benedikt XV., Pius XI. und Pius XII.., 1985, 27.
[92] Ebda., 52.
[93] Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 66f.

Papstes nicht zu Unrecht als „Einladung zum Verhandeln".[94] Die Weichen für die Öffnung waren allerdings schon in den vorangehenden Pontifikaten gestellt worden. Mit Voranschreiten der Jahre verlor die „Römische Frage" zusehends an innenpolitischer Bedeutung. Obwohl dem Vatikan dadurch ein Druckmittel verloren ging, stiegen im Gegenzug die Chancen für eine sachliche Lösung des Problems. Als förderlich erwies sich die trotz des päpstlichen Verbotes schrittweise einsetzende politische Organisierung der katholischen Gruppierungen.[95] Dieses zögerliche Hineinwachsen der Katholiken in den neuen Einheitsstaat, öffnete auch dem Papsttum auf indirektem Wege, einen Übertritt in die neuen politischen Verhältnisse.[96] Gerade die kontrollierte Aufweichung des Erlasses *Non expedit* verdeutlicht, wie sich die Päpste in Anpassung an die geänderten Gegebenheiten, still und heimlich von der intransigenten Haltung, also der strikten Ablehnung des italienischen Staates bei gleichzeitiger Verteidigung der weltlichen Herrschaft des Papsttums, verabschiedeten.[97]

[94] Jutta Bohn, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933), Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, zugl. phil. Diss., Universität Freiburg, Frankfurt a.M. 1992, 68.

[95] In welcher Form die von der Kurie verordnete politische Enthaltsamkeit (*astensionismo*) erfolgen sollte, spaltete die italienischen Katholiken jedoch in zwei Lager. Die Intransigenten hielten sich streng an die päpstliche Weisung und enthielten sich jeder Zusammenarbeit mit dem laizistischen Staat. Sie richteten ihre gesamten Energien auf rein religiöse Tätigkeiten. Die transigente Position fühlte sich zwar ebenfalls dem religiösen Gewissen verpflichtet, lehnte jedoch eine strikte Abgrenzung von der Welt und ihren Entwicklungen ab. Dieses Lager versuchte, die neuen Wirklichkeiten von innen her katholisch zu erneuern und umging das „Non expedit" durch ein starkes sozialpolitisches Engagement. Vgl. Bendiscioli, Die italienischen Katholiken zwischen dem Vatikan und dem Quirinal, 1985, 93-96.

[96] Vgl. Karl-Egon Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1986, 207-215. Bereits im Pontifikat Leo XIII. sind Anzeichen zu erkennen, sich von der starren intransigenten Position lösen zu wollen. Obwohl Leo XIII. das „Non expedit" seines Vorgängers nicht zurücknahm, erkannte er, dass die fehlenden katholischen Einflüsse auf die staatlichen Entscheidungsprozesse dem Staat eine einseitige Ausrichtung verliehen, welche der Kirche unweigerlich schadete. In weiser Voraussicht setzte er deshalb auf eine Doppelstrategie, indem er einerseits den christlich-demokratischen Flügel der Katholiken gewähren ließ und diesem auf lehramtlichem Wege sehr entgegenkam, andererseits aber den formalen Protest gegen Italien nicht aufgab. Als sich die christlich-demokratische Bewegung „kritisch gegen das herrschende bürgerlich-liberale System und seine Sozial- und Wirtschaftsordnung wandte", sah er sich 1901 veranlasst, die Notbremse zu ziehen und entzog der mittlerweile zunehmend politisierten Bewegung die Unterstützung. Ebda., 211.

[97] Pius X. erkannte als erster der „gefangenen" Päpste, dass sich über die katholischen Abgeordneten auch Politik betreiben ließe, wodurch in behutsamer Weise auf staatliche Entwicklungen Einfluss genommen werden konnte. 1904 lockerte er deshalb das *Non expedit* dahingehend, dass Katholiken bei Parlamentswahlen mit Zustimmung der kirchlichen Hierarchie aufgefordert wurden, für „akzeptable" liberale Kandidaten zu stimmen, um somit einen Sieg der Linken zu verhindern. Vgl. Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, 1986, 211; Jacques Gadille, Die Päpste und die antiklerikale Krise, in: Martin Greschat, Hg., Liberalismus, Industrialisierung, Expansion Europas (1830-1914) (Die Geschichte des Christentums 11), Freiburg i.B. 1997, 471f.

Auch auf staatlicher Seite stellten sich in der Zwischenzeit neue politische Konstellationen ein, welche auf die Lösung der „Römische Frage“ begünstigend wirkten.[98] Nur wenige Monate nach Pius' XI. Amtsantritt kam Benito Mussolini (1883-1945) samt seiner militanten Bewegung an die Macht. Der rasante Aufstieg der Faschisten blieb für die italienische Parteienlandschaft nicht ohne Auswirkungen. Als besonders folgenschwer erwies er sich für die katholische Volkspartei (*Partito Popolare Italiano,* kurz PPI). Die *Popolari* drohten langfristig zwischen dem rechten und linken Lager aufgerieben zu werden.[99] Die Partei Sturzos konnte dabei aber nur in geringem Ausmaß mit der Unterstützung des Heiligen Stuhls rechnen. Anstelle der kirchennahen Partei den Rücken zu stärken, berief man sich auf die politische Überparteilichkeit. Somit konnten die Faschisten ungestört die Demontage der *Popolari* fortsetzen. Dazu bedienten sie sich einer raffinierten Kirchenpolitik. Mussolinis Strategie setzte auf eine weitestgehende Absorption der Volkspartei. Der Heilige Stuhl scheute aber eine direkte Konfrontation mit den Faschisten und reagierte tatenlos auf die Notlage der katholischen Partei. Mussolini verfuhr mit der katholischen Kirche auf eine sehr widersprüchliche Weise. „Kirchenfreundliche Maßnahmen standen neben Stoßtruppgewalt.“ [100] Zugleich war Mussolini der erste Ministerpräsident, der sich die Lösung der „Römische Frage“ offiziell auf seine Fahnen geheftet hatte.[101] Ihm war klar, wollte er sich die Gunst der konservativen Kreise langfristig sichern, bedurfte es eines Zugehens auf die katholische Kirche. Deshalb war seine Machtergreifung „wesentlich geprägt durch Zurückdrängung der revolutionär-radikalen, eigentlichen faschistischen Elementen und durch Konzessionen“ an die konservativen Kräfte.[102] Teil dieser Kehrtwende war beispielsweise die Zurücknahme antiklerikaler Gesetze aus der liberalen Ära. Indem die Rücknahme vorwiegend Gesetze mit starkem Symbolcharakter betraf, verschaffte sich Mussolini ohne große Anstrengungen auch über die Grenzen Italiens Anerkennung in klerikalen Kreisen. Mit sichtlicher Zufriedenheit zeigte auch der österreichische Gesandte beim Vatikan, Ludwig Pastor, seiner Regierung die positive

[98] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 42.
[99] Verstärkt wurde dies auch noch durch die interne Führungskrise der Partei. Ein Flügel der Partei ging in starke Opposition zu Mussolini, während das größere Parteilager für eine parlamentarische Unterstützung der Faschisten eintrat. Als man dann in Don Sturzo endlich einen mehrheitsfähigen Parteiführer gefunden hatte, meldete sich der Vatikan mit dem Verweis zu Wort, dass man in einer solchen angespannten Lage keine Priester in hohen politischen Ämtern haben wolle. Über das Dilemma des Partito Populare vgl. Bohn, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat, 1992, 45-53.
[100] Repgen, Die Außenpolitik der Päpste, 1979, 53.
[101] Vgl. Peter C. Kent, The Pope and the Duce. The International Impact of the Lateran Agreements, London u.a. 1981, 6f.
[102] Repgen, Die Außenpolitik der Päpste, 1979, 54f. Der Ausgleich mit dem Papst gehörte zu Mussolinis Plan, eine feste Machtbasis im eigenen Land aufzubauen. Zu diesen Absichten zählte auch die Einberufung einer Kommission für die Revision des Staatskirchenrechtes im Jahr 1925. Vgl. ebda., 55.

Reaktion des Heiligen Stuhls auf die entgegenkommende Geste des italienischen Ministerpräsidenten an:

> „*Grossen Eindruck hat es gemacht, dass er* [Mussolini] *in allen Schulen wieder das Crucifix anbringen ließ, was der Minister der Popolari während seiner Amtstätigkeit noch nicht gewagt hatte. Ungemein erfreut ist man in den Kreisen des Clerus auch darüber, dass ihm der einstweilige Fortbezug der erhöhten Congrua zugesichert wurde*. (…) *Jedem aufmerksamen Beobachter des italienischen Lebens kann es nicht entgehen, dass nach dem Krieg eine bedeutsame Wandlung zu Gunsten der Katholiken eingetreten ist. Grosse Prozessionen, die seit 1870 in allen grossen Städten abgekommen waren, können jetzt ohne irgend wie* [sic!] *belästigt zu werden sich durch die Strassen bewegen. Der Antiklerikalismus hat keine Zugkraft mehr*."[103]

Als die von den Faschisten zunehmend bedrängte Volkspartei Zuflucht ins linke Lager nahm und dadurch einer weiteren Ausbreitung des Faschismus mit einer Koalition mit den Sozialisten vorbeugen wollte, hagelte es heftige Proteste aus dem Vatikan. Der Papst persönlich verurteilte die angestrebte Zusammenarbeit als „Übel" und gab der Partei zu verstehen, dass „es etwas anderes sei, eine bereits an der Macht befindliche Partei zu unterstützen oder ihr erst den Weg zu bahnen."[104] Angesichts der Umstände, bedeutete diese einseitige Exponierung des Vatikans den Todesstoß für die *Popolari*.[105]

Eine direkte Annäherung des Vatikans an Mussolini geschah nur zaghaft und anfänglich über Mittelsmänner.[106] In ernste Verhandlungen trat man schließlich im August 1926.[107] Beide Parteien gingen mit unterschiedlichen Bedingungen in die Verhandlungen. Der Heilige Stuhl bestand auf der unangefochtenen Souveränität und damit der Anerkennung als eigenständiges Völkerrechtssubjekt. Der italienischen Regierung lag hingegen an der unwiderruflichen Beilegung der „Römische Frage". Sie machte deshalb das Akzeptieren des Verlustes des Kirchenstaates zur wesentlichen Bedingung für eine Übereinkunft.[108] Die Verhandlungen drehten sich folglich um die Frage, zu „welchen Bedingungen das

[103] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 367r-v. Z. 197 P., Gesandtschaftsbericht, 31. Dezember 1922.
[104] Bohn, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat, 1992, 93.
[105] Vgl. Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, 1986, 258; Anthony Rhodes, Der Papst und die Diktaturen. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus, Graz 1980, 24-25.
[106] Vgl. Repgen, Die Außenpolitik der Päpste, 1979, 54. Bohn, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat, 1992, 96ff.
[107] Vgl. Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 138; Ludwig Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan. Päpste machen Politik, München 2004, 68. Erste Anläufe einer Einigung scheiterten am Widerstand des Papstes. Mussolini berief 1925 eine Kommission für die Revision des Staatskirchenrechtes ein, welche den päpstlich-kurialen Interessen weit entgegenkam. Trotz der positiven Reaktion des italienischen Episkopates lehnte Pius XI. den Abschlussbericht der Kommisssion aber ab und „stellte so ein Junktim zwischen dieser Novellierung und einer vertraglichen Regelung der „Römischen Frage" her." Vgl. Repgen, Die Außenpolitik der Päpste, 1979, 55.
[108] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 49.

Papsttum den 1870 erlittenen Verlust des alten Kirchenstaats und der Stadt Rom“ akzeptieren würde.[109] Am Ende der zweieinhalbjährigen Verhandlungen stand ein dreiteiliges Vertragswerk, welches am 10. Februar 1929 im römischen Lateranpalast von Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri[110] (1852-1934) und Ministerpräsident Benito Mussolini unterzeichnet wurde. Die Lateranverträge setzen sich aus drei Hauptteilen zusammen:

1) Staatsvertrag („*Trattato di Stato*“): Dieses Abkommen beinhaltet die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung des Königreichs Italien und des Heiligen Stuhls.[111] Der Vertrag liefert zugleich die Rechtsgrundlage für den Vatikanstaat, welcher jedoch nicht die Voraussetzungen für die Souveränität schuf, sondern sie nur unterstreichen sollte.[112] Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde die „Römische Frage“ endgültig aus der Welt geschafft.
2) Konkordat („*Concordato*“): Der Staatskirchenvertrag regelt die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Italien.[113]
3) Finanzabkommen („*Convenzione finanziaria*“): In diesem Vertrag wurden die Entschädigungen für den Verlust des Kirchenstaats geregelt.[114]

[109] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 67.
[110] Pietro Gasparri wurde 1877 zum Priester geweiht und trat 1896 als Diplomat in den päpstlichen Dienst. Es folgte 1898 die Bestellung als Apostolischer Delegat für diverse südamerikanische Länder. Von 1901 bis 1907 war Gasparri Sekretär der Kongregation für außerordentliche Angelegenheiten. Ab 1904 wurde er zudem an die Spitze der von Pius X. eingerichteten Kommission für die Neugestaltung des kanonischen Rechts berufen. Drei Jahre später erfolgte die Erhebung in den Kardinalsrang. Von 1914 bis 1930 stand er dem Staatssekretariat des Heiligen Stuhles vor. Friedrich W. Bautz, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 2, Herzberg 1990, 180f.
[111] „Sie [die italienisch-vatikanische Übereinkunft in den Lateranverträgen] ist so angelegt, dass ‘der Vatikan‘ unter zwei klar unterscheidbaren Aspekten auftritt. Der Heilige Stuhl, also der Papst als Oberhaupt der katholischen Weltkirche mitsamt seinem Apparat, der ‘Römischen Kurie‘, wurde von Italien als eigenständiges Subjekt des Völkerrechts anerkannt. Diese Institution hat das Recht, diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten zu unterhalten bzw. aufzunehmen. Zugleich gestand Italien dem Heiligen Stuhl eine 0,44 Quadratkilometer große staatliche Basis zu […] Der Papst erkannte seinerseits den italienischen Staat, das Königshaus und Rom als Hauptstadt des Königreichs an und verpflichtete sich zu außenpolitischer Neutralität.“ Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 68.
[112] Von kirchlicher Seite legte man großen Wert darauf, dass die völkerrechtliche Souveränität des Heiligen Stuhls auch ohne eine territoriale Grandlage auskommt. Deshalb sei die Errichtung des Staates der Vatikanstadt lediglich eine „Folge der wesenhaften Souveränität der Kirche.“ Jean-Marie Mayeur, Die Kirche und die internationalen Beziehungen, in: Jean-Marie Mayeur u.a., Hgg., Erster und Zweiter Weltkrieg, Demokratien und totalitäre Systeme (1914-1958) (Die Geschichte des Christentums 12), Freiburg i.B. 1992, 375. Der spätere Kardinalsstaatssekretär Agostino Casaroli bezeichnete in diesem Zusammenhang den päpstlichen Zwergenstaat als unbedeutenden Sockel, „auf welchem allerdings eine unabhängige und souveräne Macht sitzt, die ihre Flügel ausbreitet.“ Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 73.
[113] Dieses Konkordat bildete zugleich die Vorlage für zahlreiche andere Konkordate mit autoritären Regimen. Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 45.
[114] Über die genauen Bestimmungen der Lateranverträge siehe Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls. 2007, 44-46; Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 68f.; Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 137-140.

Mit dem Ergebnis konnten beide Seiten zufrieden sein. Das Papsttum erlangte durch die Lateranverträge wieder uneingeschränkte völkerrechtliche Souveränität auf staatlicher Grundlage.[115] Gleichzeitig wurde das Verhältnis von Kirche und Staat rechtlich neu geordnet, was sich in den Folgejahren als ausreichend wirksamer Schutz gegen Übergriffe des faschistischen Regimes erweisen sollte.[116] Umgekehrt zog auch die Regierung kurzfristige Vorteile aus der Übereinkunft mit dem Papst. Nach mehr als einem halben Jahrhundert gelang es Benito Mussolini als ersten Ministerpräsidenten diesen gordischen Knoten zu lösen. Indem er die „Römische Frage" ohne Gewalt, auf diplomatischem Weg beilegte, konnte der bis dahin als gefährlicher Umstürzler geltende Regierungschef öffentlichkeitswirksam seine staatsmännischen Qualitäten unter Beweis stellen.[117] Eine Imagekorrektur kam Mussolini sehr gelegen, denn das 'faschistische Experiment' war innerhalb der Staatengemeinschaft nicht unumstritten. Von der Anerkennung durch die päpstliche Autorität erhoffte man nach außen, eine moralische Legitimation für das Regime ableiten zu können.[118] Nebenbei verfolgte das faschistische Regime mit dem italienisch-vatikanischen Abkommen eine innenpolitische Stabilisierung, „ohne dass letztlich eine tatsächliche Autonomie der katholischen Kirche gegenüber dem faschistischen Staat in Kauf genommen werden musste."[119] Denn obwohl dieser seit fast sechs Jahrzehnten schwelende Konflikt mit dem Papst durch die politische Integration der Katholiken allmählich an Schärfe verloren hatte, verfügte er noch immer über das emotionale Potential, die politischen Lager zu spalten.[120] Der gesellschaftliche Ausgleich sollte dem Regime die nötige Machtbasis verschaffen, um sich dem ehrgeizigen außenpolitischen Programm widmen zu können.[121] Dass der Heilige Stuhl über diese taktischen Überlegungen hin-

[115] Durch die Lateranverträge wurde der Papst zum Oberhaupt zweier Völkerrechtssubjekte: des Heiligen Stuhls und des Vatikanstaates. Vgl. Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 235. Die katholische Kirche verfügt dadurch als einzige Religionsgemeinschaft der Welt über eine völkerrechtlich institutionalisierte Administration, wodurch sich ihre religiöse Leitung in Gestalt des Papstes jeder staatlichen Obrigkeit entzieht. Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls. 2007, 54f.
[116] Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 54f.
[117] Als sich in den Verhandlungen mit der Kurie ein Erfolg abzuzeichnen begann, übernahm Mussolini in weiser Voraussicht selbst die Verhandlungsführerschaft. Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 68f.
[118] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 70.
[119] Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 43. Für Rotte blieb der Heilige Stuhl auch nach den Lateranverträgen in weiten Teilen abhängig von Italien. Wie weiter unten noch zu sehen sein wird, genoss der Heilige Stuhl zwar formaljuristisch weitestgehende Freiräume, doch in der Praxis hing dieser Rechtsschutz oft von der Rechtsauslegung des Regimes ab, welches weiterhin antiklerikal eingestellt blieb.
[120] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 42; Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 67.
[121] Der faschistische Imperialismus zielte auf eine territoriale Expansionspolitik und die langfristige Behauptung als Kolonialmacht im Mittelmeerraum ab. Der Hegemonial-Anspruch über das Mittelmeer mani-

wegsah und sich dennoch auf einen Ausgleich mit einem totalitären System einließ, hinterließ nicht nur bei den Regimegegnern einen fahlen Beigeschmack.[122]

Doch mit der „*Conciliazione*“[123] von 1929 setzte „keineswegs der Beginn einer uneingeschränkten Freundschaft“ ein, denn der Burgfriede mit dem Regime währte nicht lange.[124] Als die Faschisten in ihren totalitären Bestrebungen versuchten, den staatlichen Einfluss auf sämtliche Lebensbereiche auszudehnen, war ein Zerwürfnis mit der katholischen Kirche vorprogrammiert. Zum Stein des Anstoßes wurde die Absicht, die gesamte Jugenderziehung unter staatlicher Flagge zusammenzuführen. Ebenso gab es Versuche, entgegen den Vereinbarungen des Konkordats, den Handlungsspielraum der *Katholischen Aktion* drastisch zu beschneiden. Nach einem intensiven Notenwechsel meldete sich der Papst am 29. Juni 1931, auf dem Höhepunkt dieses Konfliktes, mit der Enzyklika *Non abbiamo bisogno* entschieden gegen die staatlichen Vertragsverletzungen zu Wort. Zwar folgte der päpstlichen Stellungnahme eine beiderseitige Übereinkunft, welche in Anlehnung an die Lateranverträge als „Reconciliazione“ bezeichnet wurde, doch ging der Friede zu Lasten der kirchlichen Autonomien.[125] 1938 musste der Papst neuerlich zur Kenntnis nehmen, dass sich die 1929 garantierten Freiheiten in einem totalitären Staat als Chimäre erwiesen. Als ähnlich belastend für vatikanisch-italienischen Beziehungen stellte sich die Übernahme der nationalsozialistischen Rassengesetze durch die italienische Regierung heraus. Die Anpassung an die deutsche Rechtslage zog u.a. aufgrund der entsprechenden Novel-

---

festierte sich schon in der Diktion. In Anlehnung an die römische Vergangenheit bezeichnete man das Mittelmeer als „mare nostrum“. Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 43.

[122] Vor allem in der neueren historischen Literatur beurteilte man die „grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft“ (Feldkamp) des Heiligen Stuhls mit totalitären Regierungen sehr kritisch. Für manche Autoren verlor der Vatikanstaat angesichts der vorherrschenden Umstände mit diesem Vertragsabschluss „gewissermaßen schon in der Geburtsstunde seine Unschuld.“ Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan. 2004, 70. Im Vatikan vertrat man jedoch die Ansicht, den Katholiken in totalitären Systemen zumindest mit der Einführung gesetzlicher Mindeststandards die Lage erträglich machen zu müssen. Deshalb trat der Heilige Stuhl auch mit den sowjetischen Machthabern in Geheimverhandlungen. Vgl. Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 135-137. In einem vom *Osservatore Romano* veröffentlichten Zitat Pius‘ XI. wird diese Haltung pointiert zusammengefasst: „Wenn es sich darum handeln würde, auch nur eine einzige Seele zu retten oder einen größeren Schaden von den Seelen abzuwenden, so würden wir den Mut haben, auch mit dem Teufel in Person zu verhandeln.“ Zit. nach Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 71. Doch die Ansicht, eine kontrollierte Katholisierung könnte in diktatorischen Regimen ein Korrektiv bilden, bewahrheitete sich kurzfristig weder in Deutschland noch in Italien. Vgl. Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 139.

[123] Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 139.

[124] Bereits bei der Ratifizierungsdebatte im italienischen Parlament schlug Mussolini wieder andere Töne an. Polternd versuchte er den Ausgleich mit dem Papsttum herunterzuspielen: „Wir haben ihnen [den Päpsten] so viel Territorium überlassen, wie wir brauchen, um ihren Leichnam zu begraben.“ Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 70.

[125] Indem sich die katholische Kirche in der Einigung auf eine Festlegung der Organisation und Aufgaben der konkordatär geschützten Verbände einließ, gab sie ein Stück weit ihre autonome Leitungsgewalt preis. In der Folge wurde die *Katholische Aktion* in 250 juristisch voneinander unabhängige Diözesanverbände unterteilt. Damit wurde ihre Schlagkraft und Mobilisierungsstärke erheblich dezimiert. Vgl. Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 139.

lierung des Ehegesetzes eine Konkordatsverletzung nach sich. Diesmal blieb der einsetzende kirchliche Protest von Mussolini ungehört. Für eine Aufkündigung der Beziehungen zum Faschistenstaat war es jedoch zu spät.[126]

[126] Die Angst vor einem neuerlichen Verlust der staatlichen Souveränität hinderte den Heiligen Stuhl jedoch an einer Aufkündigung der Beziehungen zu Mussolini. Ohne juristische Absicherung wäre man staatlichen Übergriffen noch ungeschützter ausgesetzt gewesen. Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 71.

1.2. Die religiösen und politischen Ziele des Heiligen Stuhls

1.2.1. Das theologische Selbstverständnis der päpstlichen Autorität bis Pius XI.

> *„...ideoque eiusmodi Romani pontificis definitiones ex sese, non autem ex consensu ecclesiae irreformabiles esse.“*[127]

Die Basis für das päpstliche Selbstverständnis kann nicht losgelöst vom Selbstbild der katholischen Kirche als Ganzes gesehen werden. Die zentrale Grundlage für die Selbstwahrnehmung liefert die als Offenbarung Gottes verstandene Heilige Schrift. Der göttliche Auftrag impliziert sowohl die Verkündigung von der Kirche als auch ihre Gründung selbst.[128] Im Spiegel ihrer biblischen Bezeugung versteht sich die Kirche somit selbst als Teil der Offenbarung Gottes.[129] Ihre Gründung geschah demnach durch Christus als Vollzieher des göttlichen Willens, auch wenn ihr Ursprung in Gott selbst liegt. Ausgestattet mit dem Heiligen Geist, „auf daß er die Kirche immerfort heilige“ und die Kirche nicht alleine in der Welt belasse, vertraut sie bei ihrer Sendung auf göttliche Führung und Lenkung.[130]

> *„So hat Jesus selbst die sichtbare religiöse Gesellschaft gegründet, unter hierarchischer (heiliger, d.h. von Gott kommender u. zu Gott führender) u. monarchischer Autorität, die er seine K.* [Kirche] *nennen konnte. u. wirklich genannt hat. Dieser Kirche kommt gemäß dem Bisherigen Unvergänglichkeit zu, da sie nach Christi Willen wesentl. unverändert fortdauern soll bis zum Eintritt des vollkommenen Gottesreiches zu dem sie hinführt. Seine Sendung erstreckt sich ja auf alle Menschen. Das universelle Gottesreich, die Ämter, in denen diese Sendung weiterlebt u. wirkt, der Beistand Christi u. das Wirken des Hl. Geistes sollen dauern bis zum Ende der*

[127] Formel für die Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit. Zit. nach Rudolf Zinnhobler, Von Pius IX. zu Benedikt XV., in: Josef Lenzenweger u.a., Hgg., Geschichte der Katholischen Kirche, 3. Aufl., Graz, Wien u. Köln 1995, 435. Eigene Übersetzung: „*… und daher sind solche Definitionen des Römischen Pontifex aus sich und nicht aber aufgrund der Übereinstimmung mit der Kirche unfehlbar.*“

[128] Vgl. Ecclesia Catholica, Katechismus der Katholischen Kirche, München 1993, 257; Ludwig Kösters, Kirche, in: Michael Buchberger, Hg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 5, Freiburg 1933, 975.

[129] Im Lexikon für Theologie und Kirche aus dem Jahr 1933 heißt es dazu: *„Die kath. K. erhebt den Anspruch, die einzige wahre K. Christi u. die unfehlbare Lehrerin seiner Wahrheit zu sein. Diesen Anspruch hat Gott worauf sich die K. auch ausdrückl. beruft, ständig bestätigt. Denn ihr Werden, Sein u. Wirken läßt sich, bei Abwägung aller günstigen u. ungünstigen Einflüsse, nicht natürlich erklären.“* Ebda., 969.

[130] Vgl. Ecclesia Catholica, Katechismus der Katholischen Kirche, 1993, 229, Nr. 767-768.

Zeiten, bis Christus „das Reich Gott dem Vater übergibt…damit Gott sei alles in allem“.[131]

Der *theo*logischen entspricht so auch eine *christo*logische Begründung der Kirche. Aus diesem transzendenten Verständnis, versteht sich die Kirche zwar als institutionell im Diesseits verwurzelte aber zugleich ins Transzendente überlaufende Gemeinschaft des Gottes Volkes. So wie der Gottessohn selbst ganz Mensch und ganz Gott war, verfügt auch die Kirche, die nach seinem Urbild geschaffen wurde[132], über einen Bereich, der nur „mit den Augen des Glaubens“ gesehen werden kann.[133] Die Kirche selbst ist dieser Logik folgend das Mysterium der Vereinigung der Menschen mit Gott. Am deutlichsten kommt dieser Gemeinschaftscharakter in der Metapher der Kirche als Leib Christi zum Ausdruck.

> „Der Vergleich der Kirche mit dem Leib wirft Licht auf die innige Verbindung zwischen der Kirche und Christus. Die Kirche ist nicht nur *um ihn* versammelt, sondern *in ihm*, in seinem Leib geeint. Drei Aspekte der Kirche als des Leibes Christi sind besonders hervorzuheben: die Einheit aller Glieder untereinander durch ihre Vereinigung mit Christus; Christus als das Haupt des Leibes; die Kirche als Braut Chrsti.“[134]

Christus und seine Kirche ergeben somit den „ganzen Christus“ (Christus totus). Christus ist das Haupt des Leibes, während die Kirche seinen Leib bildet. Die Deutung des Leibes als die Gemeinschaft der Christusgläubigen aller Zeiten, führte zur trichodomischen Terminologie einer *leidenden*, *triumphierenden* und *streitenden* Kirche.[135] Die *streitende* Kirche ist dabei jener Teil des Leibes, der auf die sichtbare Kirche der Gegenwart beschränkt ist. In der Leib-Christi-Metapher begründet sich auch ein hierarchischer Aufbau der Kirche. Denn die angesprochene Einheit des Leibes hebt die Verschiedenheit der einzelnen Glieder nicht auf, sondern hebt sie mit Verweis auf die organische Struktur zusätzlich hervor. Als der Papst durch das Erste Vatikanische Konzil zum Haupt der *streitenden* Kirche erklärt wurde, knüpfte man an ein komplexes ekklesiologisches Gedankengebäude

---

[131] Kösters, Kirche, 1933, 972f.
[132] In kirchlichen Texten findet sich zur Beschreibung des Wesens der Kirche immer wieder die Metapher des Leibes Christi. Diesem Gleichnis zufolge ist das gesamte Gottesvolk nicht nur organisch gegliedert, sondern zugleich Nachfolger Christi auf Erden selbst. In der Enzyklika *mystici corpori* spricht Pius XII. von der Kirche als Analogie der Inkarnation. Vgl. Erika Weinzierl, Das Selbstverständnis der päpstlichen Autorität bei Pius XII., in: Erika Weinzierl, Hg., Die päpstliche Autorität im katholischen Selbstverständnis des 19. und 20. Jahrhunderts, München u. Salzburg 1970, 133.
[133] Im Katechismus heißt es zu diesem theologischen Dualismus: „Nur ‘mit den Augen des Glaubens‘ (Catech. R. 1,10,20) vermag man in ihrer sichtbaren Wirklichkeit auch eine geistige Wirklichkeit wahrzunehmen, die Trägerin göttlichen Lebens ist.“ Ecclesia Catholica, Katechismus der Katholischen Kirche, München 1993, 231, Nr. 770.
[134] Ebda., 237, Nr. 790.
[135] Vgl. Kösters, Kirche, 1933, 968.

an, dass aufgrund seiner innigen Stimmigkeit in der Lage war, einen kirchenrechtlichen Ausbau des päpstlichen Primats zu stützen. Mit der Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit erfolgte die feierliche Besiegelung eines seit frühchristlicher Zeit anhaltenden theologischen Disputs nicht zufällig zu einer Zeit der großen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen. In einer vehementen Ablehnung des liberalen Zeitgeists rückte die gesamte Kirche näher an das Papsttum heran und schottete sich so noch stärker von der Außenwelt ab, wodurch die Voraussetzungen für die Überhöhung des Papstamtes durch das Erste Vatikanum erst möglich wurden. Der römische Zentralismus erstarkte in der Folge „wie nie zuvor in der Geschichte".[136]

Am 18. Juli 1870 verabschiedete das Vatikanische Konzil die dogmatische Konstitution *Pastor Aeternus,* welche sofort vom anwesenden Papst bestätigt wurde. Darin formulierte man die Definition der lehramtlichen Unfehlbarkeit des Papstes sowie eine umfangreiche Erweiterung des päpstlichen Primates. In zwei zentralen Sätzen wurde die Lehre der päpstlichen Jurisdiktionsgewalt und der Unfehlbarkeit dogmatisch festgelegt.[137] In den Worten des Konzils hieß es, dass „der Heilige Apostolische Stuhl und der Papst zu Rom den Vorrang innehaben über den ganzen Erdkreis und daß eben der römische Papst Nachfolger des heiligen Apostelfürsten Petrus, der wahre Stellvertreter Chrsiti und als das Haupt der ganzen Kirche auch der Vater und Lehrer aller Christen sei; und daß demselben im heiligen Petrus die volle Gewalt, die ganze Kirche zu weiden, zu regieren und zu verwalten, von unserem Herrn Jesus Christus übertragen sei, so wie es auch in den Akten der Allgemeinen Konzilien und in den heiligen Canones enthalten ist." [138]

> „Praktisch bedeutete das, daß die Päpste von nun an und anders als vor 1848 ohne Behinderung durch die jeweilige staatliche Gewalt in den einzelnen Territorien und Diözesen amtshandeln konnten, etwa durch Veröffentlichung einer päpstlichen Bul-

[136] Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert, 1999, 196. Für Schwaiger sind Vorbereitung, Ablauf und Lehraussagen des Ersten Vatikanums nur aus der bedrängten Situation des Papsttums im 19. Jahrhundert zu verstehen. Angesichts des drohenden Verlustes des Kirchenstaates und damit der weltlichen Souveränität wollte man die Geschlossenheit im Papsttum feierlich dokumentieren. Vgl. ebda., 41.

[137] „a) Christus hat (gemäß Mt 16,16ff u. Jo. 21,15ff) den Petrus so zum Apostelfürsten u. sichtbaren Haupt der streitenden Kirche bestellt, daß er ihm unmittelbar den Jurisdiktionsprimat über die ganze Kirche im wahren u. eigentl. Sinn gegeben hat; b) Christus will, daß Petrus in diesem Primat ständige Nachfolger haben soll, u. zwar auf dem bischöfl. Stuhl v. Rom. Voraussetzung ist das rein historische Faktum der Anwesenheit des hl. Petrus in Rom u. der Leitung der dortigen Kirche durch ihn. Da es göttliche Anordnung ist, daß Petrus als Oberhaupt der Kirche Nachfolger hat, u. da tatsächlich nur die Bischöfe v. Rom Petri Nachfolger sind, so folgt, daß nach göttlicher Anordnung nur der Papst sein kann, der auch Bischof von Rom ist." Ludwig Kösters, Papst, in: Buchberger, Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 7, 1935, 928f.

[138] Zit. nach Georg Schwaiger, Päpstlicher Primat und Autorität der allgemeinen Konzilien im Spiegel der Geschichte. Paderborn u.a. 1977, 13. Das Dokument *Pastor Aeternus* enhielt somit zwei zentrale Bestimmungen: „die Lehre vom päpstlichen Jurisdiktionsprimat und die der 'Irreformabilität' von feierlichen päpstlichen Kathedralentscheidungen über Fragen des Glaubens und der Sittlichkeit." Gerhard B. Winkler, Das Papsttum. Entwicklung der Amtsgewalt von der Antike bis zur Gegenwart, Innsbruck 2002, 106.

> le, später durch Kodifizierung des Kirchenrechtes und die zunehmende Praxis päpstlicher Lehr- und Rundschreiben. Die Vollmacht sollte sowohl verwaltungsmäßig etwa bei der freien Besetzung der Bischofsstellen als auch richterlich durch entsprechende Sprüche und deren kanonische Einforderung ausgeübt werden."[139]

Der Papst stellte sich mittels dogmatischer Bestätigung nun endgültig über das gesamte Apostelkollegium und nahm fortan eine unumstrittenene Vorrangstellung innerhalb der Universalkirche ein. Pius IX. hinterließ seinen Nachfolgern trotz dieses beachtlichen Machtgewinnes dennoch ein schweres Erbe.

> „Bei seinem Tod stand die katholische Kirche wohl innerlich gefestigt, im Papsttum konzentriert, doch isoliert in einer feindlich gesinnten Welt. (…) Das Papsttum schien gegenüber den modernen Strömungen einseitig auf die Haltung feindseliger Abwehr festgelegt zu sein. Diese vorwiegend verurteilende Einstellung mußte auf die Dauer in eine lebensgefährliche Isolierung der katholischen Kirchenleitung in der modernen Welt führen."[140]

Die kirchenrechtliche Ausformulierung dieser Hinterlassenschaft fand in der Überarbeitung des *Codex Iuris Canonici* von 1917 ihren Abschluss.[141] Infolge der Erhöhung des Papstamtes durch die Annahme des Unfehlbarkeitsdogmas hatte sich seine Stellung innerhalb des kirchlichen Machtgefüges deutlich geändert. Es kam zu einer spürbaren Aufwertung des Papstes gegenüber dem Allgemeinen Konzil und dem bischöflichen Kollegium.[142] Während ein Großteil der Bischöfe des Ersten Vatikanischen Konzils von einer solchen Unterordnung noch nichts wissen wollte, und den Papst als *primus inter pares* ansah, erfuhr die päpstliche Vormachtsstellung kontinuierlich an Akzeptanz. In einem von den deutschen Bischöfen herausgegebenen Schulkatechismus des Jahres 1924 konnte bereits ein Abrücken von dieser Position festgestellt werden. Auf die Frage nach den Vorstehern der Kirche antwortete der Katechismus nunmehr: „*Der Papst und die ihm untergeordneten Bischöfe sind die Vorsteher der Kirche.*"[143]

---

[139] Ebda., 107.
[140] Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert. 1999, 44.
[141] Schwaiger hält den *Codec Iuris Canonici* (kurz CIC) von 1917 aufgrund des enormen Zeitdrucks unter dem er entstand, für nicht sonderlich ausgereift und schreibt ihm „erhebliche formale Mängel" zu. Um aber die Struktur der katholischen Kirche des 20. Jahrhunderts zu verstehen, ist der CIC dennoch eine unerlässliche Schlüsselquelle. Vgl. Schwaiger, Päpstlicher Primat und Autorität der allgemeinen Konzilien, 1977, 15.
[142] Vgl. ebda., 12. Das Lexikon für Theologie und Kirche aus dem Jahr 1935 setzt Bischöfe und Papst in ein eindeutiges Verhältnis. Demnach „erfreuen sich [die Bischöfe] vielmehr einer unmittelbaren u. ordentlichen bischöfl. Jurisdiktionsgewalt, durch die sie als vom Hl. Geist bestellte Nachfolger der Apostel, als wahre Hirten die ihnen anvertrauten Herden kraft göttl. Rechts (Agp 20,28) als einzelne Teile der Kirche so regieren wie der P.[Papst] das Ganze". Kösters, Papst, 1935, 933.
[143] Deutsche Bischöfe, Katholischer Katechismus für den Religionsunterricht an den Volksschulen, Regensburg 1924, 25.

Noch stärker manifestierte sich der Zuwachs päpstlicher Autorität im Verhältnis zu der Beschlusskraft eines Allgemeinen Konzils. Wurde das Allgemeine Konzil in frühchristlicher Zeit noch als die höchste Autorität der Kirche betrachtet, stellte sich auch hier eine deutliche Verschiebung der Gewichtung ein. Zwar wurde darauf verwiesen, dass einer solchen Kirchenversammlung weiterhin die höchste Gewalt in der gesamten Kirche zukommt, indem die gesamte Konzilsorganisation aber unter die Leitung des Papstes gestellt wurde, kam es de facto zu einer erstaunlichen Aushöhlung und Entmachtung der Konzilsautorität durch den *Codex Iuris Canonici* von 1917. Oder anders ausgedrückt: der *Codex Iuris Canonici* gestand dem Konzil zwar weiterhin die höchste kirchliche Gewalt zu, allerdings nur solange es mit dem Papst inhaltlich übereinstimmte, was der Umgestaltung in eine „ausschließlich päpstlich-kuriale Veranstaltung“[144] gleichkam. Denn nur dem Papst oblag es fortan, allgemeine Konzilien einzuberufen, zu leiten und aufzulösen.[145] Die Amtsauffassung von Pius XI.[146] muss deshalb im Spiegel des päpstlichen und kirchlichen Selbstverständnisses seiner Zeit gesehen werden. Als Stellvertreter Christi konnte sich der Papst auf einen Jurisdiktionsprimat stützen, der gemessen an seinen innerkirchlichen Machtbefugnissen gerade im Zenit stand. Gleichzeitig entzog die Auflösung des Kirchenstaates dem Papsttum eine wesentliche Grundlage des weltlichen Machtanspruchs. Treffend zum Ausdruck brachte dies der maßgeblich am Zustandekommen des Kirchenrechtskodex von 1917 verantwortliche Kardinal Pietro Gasparri. In einem längeren Ge-

[144] Schwaiger, Päpstlicher Primat und Autorität der allgemeinen Konzilien, 1977, 17.

[145] Auf die Beschlüsse des Ersten Vatikanums zu sprechen kommend, räumt auch das Lexikon für Theologie und Kirche eine gewisse Unschärfe im Verhältnis von Papst und Konzil ein. „Die weitere Frage, ob es in der Kirche nur *einen* Träger der Unfehlbarkeit geben od. 2 inadäquat verschiedene (P. u. Gesamtheit der Bischöfe mit dem P.), ist strittig. e) Die auf göttlichem Recht beruhende Aufgabe u. Machtvollkommenheit des P. bedingt, daß der P. in Ausübung seines Amtes von jeder ird. Macht unabhängig ist u. sein muß. f) Als oberste Autorität ist der P. innerhalb der Kirche ‘der höchste Richter der Gläubigen‘, an den in allen kirchlichen Fragen jeder appellieren kann u. über den hinaus jede Appellation unmöglich ist. Auch das allg. Konzil steht nicht über dem P.: denn er ist das Haupt der versammelten Bischöfe.“ Kösters, Papst, 1935, 924.

[146] Papst Pius XI. wurde 1857 als Achille Ratti in Desio bei Monza geboren, wo sein Vater eine Seidenspinnerei leitete. Nach Studien an den Seminaren in Seveso und Mailand studierte Ratti an der römischen Gregoriana. Nach seiner Rückkehr nach Mailand wurde er 1882 Theologieprofessor am dortigen Seminar. 1888 wurde er Bibliothekar an der berühmten Ambrosiana in Mailand, zu dessen Präfekten er 1907 ernannt wurde. Schnell machte er sich als Bibliothekar und Historiker einen Namen. Besonders seine Quelleneditionen fanden reichliches Ansehen in akademischen Kreisen. Es folgte eine Karriere in der Vatikanischen Bibliothek, wo er auf Vorschlag des Präfekten Kardinal Ehrle 1912 Propräfekt wurde und 1914 ihm ganz nachfolgte. Mit der Übersiedelung nach Rom war zugleich der Grundstein für seinen zukünftigen vatikanischen Aufstieg gelegt. Als Apostolischer Visitator war er erstmals 1918 im diplomatischen Auftrag für den Heiligen Stuhl unterwegs. Der diplomatische Dienst schien im gelegen zu sein, da er bereits ein Jahr später als Nuntius für Polen bestellt wurde. Kurz darauf erfolgte seine Weihe zum Mailänder Erzbischof im Jahr 1921. Fünf Monate später wurde er schließlich zum neuen Papst gewählt. Vgl. Jean-Marie Mayeur, Drei Päpste: Benedikt XV., Pius XI., Pius XII., in: Jean-Marie Mayeur u.a., Hgg., Erster und Zweiter Weltkrieg, Demokratien und totalitäre Systeme (1914-1958) (Die Geschichte des Christentums 12), Freiburg i.B. 1992, 11-17.

spräch offenbarte er dem österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl wie er die päpstlichen Rechtsansprüche des Kirchenrechts in Bezug auf die „Römischen Frage“ verstanden wissen wollte.

> „Die dem Papst von Christus übertragenen geistlichen Weisungen für die ganze Welt gibt ihm bei Ausübung derselben das Recht voller Freiheit und Unabhängigkeit von jeder bürgerlichen Macht; gleichzeitig legt sie ihm die Pflicht auf, die Verwirklichung dieses Rechtes zu beanspruchen; somit würde der Papst einen schweren Verstoß seiner Mission gegenüber begehen, falls er sich mit einer untergeordneten Stellung zufrieden gäbe. Diese Pflicht geht auch klar aus einer weiteren Betrachtung hervor. Die katholische Kirche ist in allen Nationen verbreitet, in einigen bilden die Katholiken die ungefähre Gesamtheit oder die Mehrheit. Es ist leicht verständlich, daß die verschiedenen Regierungen es nicht gerne sehen würden, wenn der Papst von einer Civilmacht abhängig wäre, der die Gewissen so vieler Untertanen regiert, wie ausdrücklich im englischen Unterhause der protestantische Staatsmann Disraeli erklärt hat. Auch genügt nicht eine Freiheit und Unabhängigkeit de facto, die aus freier Verfügung der herrschenden Civilmacht geleistet wird, es wird vielmehr eine juristische Stellung beansprucht, die von „rechtswegen“ zugestanden ist, was wohl unter den gegenwärtigen Umständen nicht ohne eine territoriale Grundlage möglich zu sein scheint.“[147]

Trotz der drückenden Außeneinwirkung durch die Totalitarismen der Zeit, mit denen die katholische Kirche bisher noch keinerlei Erfahrungen gemacht hatte, lag das Schwergewicht des Pontifikats auf innerkirchliche ‘Belange‘. Pius XI. gilt daher zurecht als ‘religiöser‘ Papst, dessen zahlreiche Enzykliken sich vorwiegend auf die Festigung und Ausbreitung seines geistlichen Programms, der Ausbreitung des Reiches Christi, beschränkten. Dass es dabei dennoch zu Reibeflächen mit den säkularen Weltanschauungen (Nationalsozialismus, Sozialismus, Kommunismus usw.) kam, war angesichts ihres totalitären Geltungsdranges unvermeidlich.[148] Bereits in seiner ersten Enzyklika *Ubi arcano Dei* gab der Papst sein zukünftiges Programm in Ansätzen bekannt: „*Pax Christi in regno Christi*“. Darin rief er gemäß seines Wahlspruches zur Errichtung des Friedens Christi und zum Ausbau des Reiches Christi durch die katholische Kirche auf. Damit setzte er die Linie seines Vorgängers im Wesentlichen fort und verlieh dem Amt dadurch Kontinuität und Stabilität, die der vom Weltkrieg und den nationalen Konflikten erschütterten Welt gerade fehlten. Die Friedenspolitik spielte somit bei der nachhaltigen Festigung des Papsttums eine nicht unwesentliche Rolle. Das Eintreten für einen gerechten Frieden, als solcher wurden die Pariser Friedensverträge vom Papst nicht betrachtet, war gleichzeitig der Versuch, das Papsttum wieder als überparteiische Institution zu etablieren. Nachhaltigen

[147] Wilhelm Wühr, Hg., Ludwig von Pastor. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Heidelberg 1950, 712f.
[148] Vgl. Gottfried Maron, Die römisch-katholische Kirche von 1870 bis 1970, Göttingen 1972, 218.

Frieden konnte nach Meinung des Papstes nur die Wiederherstellung einer ‘verchristlichten‘ Gesellschaft erzeugen. Davon versprach man sich nicht nur die Rückkehr zu einer ‘gottgewollten‘ Ordnung, sondern auch die einzig wahre Grundlage zur Bewältigung der sozialen und politischen Konflikte der Zeit. Dem Völkerhass sollte die Liebe Christi entgegengestellt werden. In der feierlichen Betonung der Königsherrschaft Christi sollte der Menschen daran erinnert werden, dass er nicht in weltlichen Verheißungen die endgültige Heilserwartung sehen darf. Es war also der Versuch, den Mensch aus der Weltlichkeit zu lösen und ihn wieder an die katholische Heilslehre zu binden. Seiner eigenen Programmatik treu bleibend, führte er 1925 das Christkönigsfest ein, was geradezu der liturgischen Krönung seiner Akzentsetzung gleichkam.[149] Unmissverständlich machte der Pontifex damit klar, welche Rolle er der weltlichen Herrschaft im Vergleich zur Königsherrschaft Chrsiti zudachte. Durch eine Überbetonung des kirchlichen Wahrheitsanspruchs sollte dem Säkularismus die Stirn geboten werden. Da die Errichtung dieses Festes in bewusster Opposition zu den konkurrierenden politischen Ideologien erfolgte, die immer stärker in das Religiöse eindrangen und sich als eine Art weltlicher Messianismus zu etablieren versuchten, geschah für Gerhard Besier die Festtagsgründung aus „liturgiefernen Gründen“. Das Fest kann daher als die katholische Antwort auf eine fortschreitende Säkularisierung der Gesellschaft verstanden werden.[150] Als großes Hindernis für die europäische Aussöhnung wurde dabei der Nationalismus gesehen. Zwar hatte die Kirche schon im 19. Jahrhundert Erfahrung mit dieser Geistesströmung machen können, doch im 20. Jahrhundert schien sie durch den Wegbruch der großen Monarchien vollends Gestalt angenommen zu haben. In seinem Tagebuch notierte Pastor, dass der Papst im übersteigertem Nationalismus ein Hauptübel der Zeit sah, und er „*glaubt, daß es seine heiligste Pflicht sei, gegen die große Häresie des XX. Jahrhunderts, den übertriebenen Nationalismus, seine Stimme zu erheben.*“[151] Wie ernst es dem Papst bei der Zurückdrängung des Nationalismus war, zeigt auch sein kompromissloses Vorgehen gegen die französische *Action francais*.[152]

[149] Vgl. Mayeur, Drei Päpste: Benedikt XV., Pius XI., Pius XII., 1992, 114. In der Enzyklika *Quas primas* kündigt Pius XI. die Einsetzung des Christkönigsfestes feierlich an.
[150] Besier, “Berufständische Ordnung” und autoritäre Diktaturen, 2005, 82.
[151] Zit. nach Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 78.
[152] Als Auswuchs dieses irrenden Nationalismus mit religiöser Konnotation wurde die katholische *Action francais* angesehen. Die Verurteilung dieser Bewegung durch den Papst führte zu einer schweren Erschütterung der katholischen Kirche in Frankreich. Obwohl sich die *Action francais* auch bei einem beachtlichen Teil des Klerus großer Beliebtheit erfreute, scheute der Papst den offenen Konflikt nicht, als er die Bewegung am 5. September 1926 als „atheistisch und neuheidnisch“ bezeichnete. Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert, 1999, 254.

Für die Umsetzung dieses theologischen Aufbauplans genügte es aber nicht, sich nur auf die moralische Kraft des Papstamts zu stützen. Pius XI. wusste, dass die Umsetzung einer Christusherrschaft nicht ohne die Mitwirkung der Laien auskommen würde. Eine solche Kraftanstrengung konnte nicht nur vom Klerus alleine erbracht werden, sondern bedurfte einer verinnerlichten Überzeugung der gesamten Kirchenbasis. Als geeignetes organisatorisches Instrument erschien ihm dafür die *Katholische Aktion*.[153] In zentralistischer Weise sollte die „Mitarbeit und Teilhabe der Laien am hierarchischen Apostolat der Kirche" von Rom aus gesteuert werden.[154] Mit der *Katholischen Aktion* wurde eine der Kirchenhierarchie unterstellte Einrichtung geschaffen, die erstmals alle Katholiken erfassen sollte. Ihre systematische Förderung durch Pius XI. war von der Absicht beseelt, auch die entferntesten Bereiche der Gesellschaft mit dem kirchlichen Lehramt zu durchdringen, umso die Katholiken vor den politischen Ideologien zu 'immunisieren'.

[153] Die *Katholische Aktion* verstand sich im Sinne des Papstes als das von Laien mitgestaltete Apostolat zur Förderung der Gottesreich-Vorstellung. Vgl. Maron, Die römisch-katholische Kirche von 1870 bis 1970, 1972, 217. Ihren Anfängen in Österreich schenkte die historische Forschung bisher kaum Beachtung. Es fehlt besonders an einer vergleichenden Untersuchung über ihre Entstehung in den einzelnen Bundesländern. Neueste Erkenntnisse über die *Katholische Aktion* in der Zwischenkriegszeit verspricht das Dissertationsprojekt von Johannes Schwaiger, mit dessen Fertigstellung im Jahr 2014 gerechnet wird.
[154] Vgl. Maron, Die römisch-katholische Kirche von 1870 bis 1970, 1972, 217.

1.2.2. Der Heilige Stuhl und Österreich

„An dem armen Österreich ist ein Verbrechen (delitto) begangen worden."[155]
Pietro Kardinal Gasparri

Der Erste Weltkrieg hat die bestehende Ordnung in Europa grundlegend verändert. Eine Verschiebung des europäischen Kräfteverhältnisses resultierte insbesondere aus dem Sturz der großen Monarchien in Deutschland, Österreich und Russland. Folglich war gerade in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Kaiserreiche die politische Orientierungslosigkeit besonders groß. Verschärft wurde die Situation noch durch die verheerende soziale und wirtschaftliche Lage. Dieses Elend öffnete materialistischen Ideologien von links und rechts Tür und Tor, zumal diese vorgaben über wirksame Lösungskonzepte zu verfügen. Hinzu kamen die unverarbeiteten psychologischen Auswirkungen. Die Jahre des Krieges fügten den verfeindeten Staaten tiefe Wunden zu, welche sich in einem noch nicht gekannten Völkerhass und nach dem Krieg in maßlosen Rachegefühlen manifestierten. Die Pariser Friedensverträge, deren eigentliche Aufgabe die Friedenssicherung hätte sein sollen, verpassten durch das voreilige Streben, die neu entstandene Machtbalance völkerrechtlich zu fixieren, die Gelegenheit, einen wahren europäischen Ausgleich zu schaffen und bestärkten dadurch die Unterlegenen in ihrem Wunsch nach Vergeltung noch zusätzlich.[156]

Der Heilige Stuhl wurde von den Siegermächten bei den Friedensverhandlungen bewusst aus dem Spiel gelassen.[157] Die Kränkung, in einem so wesentlichen Schritt wie der europäischen Neuformierung, nicht miteinbezogen worden zu sein, mag sicher eine Rolle bei der vehementen Ablehnung der Verträge gespielt haben. Doch wenn man den Berichten der Gesandten Österreichs beim Heiligen Stuhle Glauben schenkt, war es vor allem das Fehlen jeder ernst gemeinten Versöhnungsabsicht, worauf sich die römische Kritik bezog. In der heftigen Verurteilung der Pariser Friedensverträge bewies der Heilige Stuhl einen bemerkenswerten Weitblick. Bereits in den Jahren 1920 bis 1923 sah man die zukünftige Entwicklung Europas bei einer weiterhin strikten Einhaltung der diktierten Friedensvereinbarungen in eine Katastrophe münden. So war Kardinal Gasparri beispielsweise davon

[155] Zit. nach Ludwig Pastor, in: ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA-Präs. 46, fol. 131. Z. 130 P., Gesandtschaftsbericht, 9. Dezember 1921.
[156] Vgl. Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert, 1999, 196.
[157] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004. 64.

überzeugt, dass sich Deutschland und Russland erholen und dann gemeinsam gegen Polen vorgehen würden.[158] Beinahe prophetisch waren auch die Aussagen des päpstlichen Staatssekretärs im Hinblick auf den deutsch-französischen Konflikt. Für Gasparri stand schon in den frühen 1920er Jahren außer Frage, dass die harten Friedensbestimmungen den Völkerhass weiter anheizen und fatale Folgen für ganz Europa haben würden.

> „*Es sei erschreckend, daß auch gute Katholiken in Deutschland von diesem Hass ergriffen würden"; unter solchen Umständen müsse der nächste Krieg „ein kannibalischer" werden.*"[159]

Besonders die unnachgiebige Position Frankreichs fand wiederholt eine scharfe Verurteilung durch den Kardinal. Anlässlich der Ruhrbesetzung Frankreichs im Jänner 1923 warnte er sogar vor einem weiteren deutsch-französischen Krieg:

> „*Das Vorgehen der Franzosen müsse von den nachteiligsten Folgen für ganz Europa und auch Frankreich selbst begleitet sein. Wenn man Deutschland wirtschaftlich zerstöre, so beraube man sich selbst der Möglichkeit, jemals die Reparationsgelder zu erhalten, und wie könne man glauben, mit Gewalt und Hunger ein Volk von 60 Millionen zu bezwingen. Man bedenke in Paris nicht, welche Unsumme von Hass man in Deutschland ansammele. Jn* [sic!] *10 Jahren könne eine vollständig andere politische Situation sein und dann werde Deutschland nicht zögern Revanche zu nehmen*."[160]

In der vatikanischen Beurteilung lag das Hauptübel der europäischen Nachkriegssituation eindeutig im Pariser Friedenswerk. In seiner moralischen Unzulänglichkeit ortete man das unüberbrückbare Hindernis eines fairen Neuanfangs. Der vatikanischen Führung fehlte in den Verträgen ein echter Wille zur Versöhnung. Die diktierten Friedensbedingungen würden demnach nur weiteres Unrecht produzieren.

> „Frankreich hat den großen Krieg gewonnen, aber den Frieden verloren", so lautete das Urteil des Staatssekretärs zur Zeit von Locarno. Es habe den Frieden verloren, weil es kein Maß halte in seinem Revanchebestreben gegen Deutschland, wofür Poincaré Symbol sei, und weil es sich widerstandslos von den Forderungen der Linken treiben lasse – sogar in ein Bündnis mit Russland."[161]

---

[158] Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 39.
[159] Zit. nach ebda., 61f.
[160] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 392v. Z. 10 P., Gesandtschaftsbericht, 20. Jänner 1923. Als Deutschland den Reparationszahlungen Anfang 1923 nicht mehr nachkam, besetzte Frankreich am 11. Jänner 1923 das Ruhrgebiet mit Militärgewalt, um sich die dortige Kohle- und Koksproduktion als „produktives Pfand" zur Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu sichern. Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3/1, Paderborn u.a. 2003, 276-280.
[161] Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 63.

Dieses Zitat fasst die zwei großen Bedenken des Heiligen Stuhls prägnant zusammen. Zum einen war man darauf bedacht, ein Überschwappen der Russischen Revolution auf das restliche Europa (und die Ausbreitung des Kommunismus) zu verhindern. Jede Annäherung an Russland sah man deshalb mit größter Skepsis. Auf der anderen Seite wusste man, dass mit den Friedensverträgen ein Ungleichgewicht geschaffen wurde, dass auf die Dauer nicht von Bestand sein werde. Das harte Vorgehen der Kriegsgewinner zwinge die Unterlegenen geradezu in neue Bündnisse, wodurch sie entweder zwangsläufig in die Arme der Sowjetunion oder in einen weiteren Krieg getrieben würden. Im Falle Österreichs, so kritisierte Staatssekretär Gasparri, würden dem Staat durch diese harte Siegerpolitik sämtliche Entwicklungsperspektiven geraubt.[162]

> „*Die Zerschlagung des alten Österreichs war ein ungeheurer Fehler, der sich noch furchtbar rächen wird. Wenn die französische Regierung den Anschluss an Deutschland nicht erlauben will so bleibt nur die Errichtung einer Donau-Konföderation in irgendeiner Form. So schwierig die Schaffung einer solchen Föderation auch sein mag, versucht muß sie werden, denn so wie Österreich aus dem Frieden von S. Germain hervorgegangen ist, kann es nicht leben, das erkennt alle Welt.*“[163]

Angesichts der großen Notlage in Österreich hielt der Wiener Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani im Dezember 1920 die „Lebensfähigkeit“ noch für völlig aussichtslos, zumal sich eine langfristige finanzielle Unterstützung (durch die Entente) noch nicht abgezeichnet hatte.[164] Im Staatssekretariat, wo man sich klar auf die Seite Österreichs schlug – laut Gasparri hätte die Entente „[a]*n dem armen Oesterreich ... ein Verbrechen*

---

[162] In größter Offenheit vertraute Kardinalstaatssekretär Gasparri dem Gesandten Pastor im Jänner 1923 seine außenpolitischen Ängste mit. Sollte Frankreich sein unverhältnismäßiges Vorgehen gegen Deutschland nicht einstellen, fürchtete der Kardinal, so komme es „*zu einer Allianz zwischen Deutschland und Russland, so entstehe für ganz Europa die Gefahr des Eindringens des Bolschewismus, dann werde auch Italien in den Strudel hineingezogen.*“ ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920 – 1923“, fol. 386. Z. 5 P., Gesandtschaftsbericht, 12. Jänner 1923.

[163] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 4, Fasz. „pol. Berichte 1920“. Z. 30 P., Gesandtschaftsbericht, 31. Mai 1920, Abschrift. Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri gegenüber dem Gesandten Ludwig Pastor.

[164] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1488, Fasz. 615, fol. 3f. N° 61, Nuntiaturbericht, 29. Dezember 1920. In diesem umfassenden Bericht über die wirtschaftliche Situation Österreichs konstatierte der Nuntius, dass es ohne ausländische Finanzhilfe für Österreich nur noch zwei Möglichkeiten gebe: die Donauföderation und den Anschluss. Beide Optionen würden aber nach gegenwärtigen Voraussetzungen als nicht umsetzbar eingeschätzt, da die Entente einem Anschluss entgegenstehe und auch die Donauföderation nicht die nötige Zustimmung von Tschechien und Ungarn finde. Italien, dessen Haltung noch ausschlaggebender in diesem Punkt sei, trete ebenfalls gegen eine solche Konföderation auf. Deshalb wäre eine ausländische Finanzhilfe für den Moment die aussichtsreichste Lösungsvariante. Diese von der Entente schon lange versprochenen Hilfsmaßnahmen hätten aber noch keine konkrete Form angenommen. Für den Nuntius war dennoch klar, dass eine Vergabe einer Anleihe nur dann erfolgen wird, sobald die Anschlussbewegung gezügelt würde. Derzeit wäre man noch weit davon entfernt, da sich mit Ausnahme der Christlichsozialen alle Großparteien für den Anschluss aussprächen. Und selbst die Christlichsozialen wären in dieser Frage in sich gespalten.

(delitto) begangen“ –, machte man dafür die „*Verschleppung der Kredite*“ verantwortlich.[165]

Die Außenpolitik der letzten Amtsjahre Benedikts XV. war geprägt von dem Bestreben, die Ergebnisse der Friedensverträge zurückzunehmen und sie diplomatisch so gut es ginge zu unterlaufen. Dazu gehörte besonders die Restauration einer europäischen Zentralmacht. Aus diesem Grund unterstützte man grundsätzlich alle Vorhaben, die in diese Richtung tendierten. Im Hinblick auf Österreich schienen dem Heiligen Stuhl drei Zukunftsszenarien möglich. Da es den Gesandtschaftsberichten zufolge den Anschein hatte, als würde man sich in Rom alle Optionen offen halten, kann über die konkreten vatikanischen Präferenzen nur spekuliert werden. Zur Debatte stand neben dem schon erwähnten Anschluss an Deutschland und der Errichtung einer Donauföderation auch noch die Restaurierung der österreich-ungarischen Doppelmonarchie.[166] Die Unabhängigkeit Österreichs, wie sie die Friedensbestimmungen von St. Germain vorsahen[167], scheint aufgrund der Zweifel über seine Lebensfähigkeit als mögliche Option vorerst noch keine Rolle gespielt haben. Da man sich in den diplomatischen Gesprächen nicht mit Details aufhielt, kann auch hier über die vatikanischen Anschauungen nur sehr allgemein gesprochen werden. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die Restaurierung der österreich-ungarischen Monarchie die Wunschoption des Heiligen Stuhls gewesen ist. Zumindest schien man sich dafür größere Chancen als für einen Anschluss ausgerechnet zu haben. Über den Anschluss selbst fehlt für die frühen 1920er Jahren eine klare Positionierung des Heiligen Stuhls, aber da von Seite der Entente hier die meiste Gegenwehr zu erwarten war, nahm man von dieser Option auch den größten Abstand. Dass man aber diesem Szenario etwas Positives abringen konnte, zeigt die Meinung des Wiener Nuntius Marchetti-Salveggiani. Für den päpstlichen Vertreter in Wien hätten sich in einer Fusion der beiden deutschen Staaten die vatikanischen Wünsche nach einer nachhaltigen Befriedung Europas am ehes-

[165] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923“, fol. 146rf. Z. 130 P., Gesandtschaftsbericht, 9. Dezember 1921.

[166] Der Wiener Nuntius schätzte die außenpolitischen Verhältnisse sehr realistisch ein. Nüchtern stellte er seiner Regierung die Optionen Österreichs vor. Seinen Einschätzungen zufolge herrschte in Österreich zu Beginn des Jahres 1921 die Meinung, dass die einzige gangbare Abhilfe der Anschluss an Deutschland sein würde. Doch von französischer Seite gab es für solche Pläne keine Unterstützung. Italien, das einem Anschluss nicht so ablehnend gegenüber stand, widersetzte sich hingegen entschieden einer möglichen Donauföderation. Also richteten sich alle Augen in Richtung Tschechoslowakei, welche man für ein Produkt Wilsons und der französischen Protektion hielt, dem man auch die Lebensfähigkeit Österreichs opfern würde. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1488, Fasz. 615, fol. 7. N° 141, Nuntiaturbericht, 17. Jänner 1921.

[167] Vgl. Arnold Suppan, Österreich und seine Nachbarn 1918-1938, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 502.

ten erfüllt, da das österreichische und süddeutsche Element helfen könnte, den kriegerischen preußischen Geist zu neutralisieren.[168]

> „*Per parte mia sebbene per molte ragioni preferirei vedere l'Austria restare indipendente e godere di sufficiente prosperità, sono inclinato a credere che veramente l'Austria unita alla Germania potrebbe assai contribuire al vero pacificamento della Francia colla Germania, e qunidi dell'Europa*."[169]

Ebenfalls schwierig schätzte der Nuntius die Chancen auf Verwirklichung einer Donauföderation ein, die einer Zustimmung der ehemaligen Kronländer bedurft hätte. Angesichts des Bündnissystems in Osteuropa (Kleine Entente), das vorrangig einer Restaurierung der Habsburgermonarchie verhindern sollte, hätte eine solche Lösung nicht nur das Mächteverhältnis noch weiter zu Gunsten Frankreichs verschoben, weshalb auch Italien ein Gegner dieser Variante war, sondern auch jede Hoffnung auf die Wiedererrichtung der Monarchie endgültig zerstört. Der außenpolitische Spielraum Österreichs am Anfang der Ersten Republik war trotz seiner formellen Unabhängigkeit „im Wesentlichen fremdbestimmt."[170] Eine selbstständige Existenz Österreichs unter den damaligen Voraussetzungen wurde in Rom nicht diskutiert.[171]

In Österreich hielt man die Rückkehr der Monarchie schon sehr bald für aussichtslos. Bereits am Tage der Republiksausrufung erließ Kardinal Piffl eine Kundmachung an den eigenen Klerus, wonach die Gläubigen zur Treue gegenüber der Republik ermutigen seien. Diese Entscheidung war für die anderen Bischöfe richtungsweisend. Für Rom, wo

---

[168] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1488, Fasz. 615, fol. 16. N° 294, Gesandtschaftsbericht, 13. Februar 1921. Wörtlich schreibt der Nuntius: „*…l'unione dell'Austria alla Germania sarebbe nei veri interessi della Francia, poiché l'elemento austriaco unito al bavarese e a quello delgi Stati germanici del Sud servirebbe a neutralizzare lo spirito bellicoso prussiano, e potrebbe assai contribuire a far si che col tempo si stabilissero buone relazioni di vicinanza tra la Francia e la Germania, cosa assai utile se non necessario per la pace dell'Europa*." Eigene Übersetzung: „*...der Anschluss Österreichs an Deutschland würde zu den eigentlichsten Interessen Frankreichs gehören, weil das österreichische Element, angeschlossen an Bayern und den anderen süddeutschen Ländern, helfen würde, den kriegerischen, preußischen Geist zu neutralisieren und so wesentlich dazu beitragen könnte, das Nachbarschaftsverhältnis von Frankreich und Deutschland mit der Zeit zu stabilisieren, und wäre dadurch auch nützlich, wenn nicht sogar notwendig, für den Frieden Europas*."

[169] Ebda., fol. 16. N° 294, Gesandtschaftsbericht, 13. Februar 1921. Eigene Übersetzung: „*Obwohl es meiner Meinung nach viele Gründe gibt Österreich unabhängig und in ausreichendem Wohlstand sehen zu wollen, bin ich geneigt zu glauben, dass ein an Deutschland angeschlossenes Österreich wesentlich zu einer Befriedung zwischen Frankreich und Deutschland, und somit ganz Europas, beitragen könnte*."

[170] Arnold Suppan, Österreich und seine Nachbarn 1918-1938, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 499.

[171] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1488, Fasz. 615, fol. 15v. N° 294, Gesandtschaftsbericht, 13. Februar 1921. Engel-Janosi vermutet, dass in den ersten Jahren nach dem Kriegsende im Vatikan Unentschlossenheit über die weitere Zukunft Österreichs herrschte. Vgl. Friedrich Engel-Janosi, Die diplomatische Mission Ludwig von Pastors beim heiligen Stuhle 1920-1928. Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien u.a. 1968, 8.

man sich in der Frage der Staatsform noch keine endgültige Meinung gebildet hatte, vollzogen sich dieser Schritt der Bischöfe zu schnell, als dass eine Beeinflussung des Episkopates in dieser Frage möglich gewesen wäre.[172] Auch gegenüber dem Gesandten Pastor wurde die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung Österreichs nur indirekt angesprochen. In der Regel dominierte die gravierende Wirtschaftslage Österreichs die bilaterale Verständigung. Dabei zeigten sich die offiziellen Stellen stets sehr anteilnehmend am Schicksal Österreichs.[173] Der Vatikan ließ es deshalb auch nicht an materieller Unterstützung fehlen, wobei man sich bewusst war, dass diese Zuwendungen „nur ein Almosen" sein könnten. Wirkungsvollere Abhilfen versprach man sich von Spendensammlungen. Zu diesem Zweck rief der Papst im Jänner 1921 die ganze katholische Welt in einem Rundschreiben zur finanziellen Unterstützung Österreichs auf. Auch der Wiener Nuntius erwies sich tatkräftig im Lukrieren von Spendengeldern.[174] Der Wiener Nuntius Marchetti-Selvaggiani ging nach Meinung des Papstes dabei so eifrig vor, dass er ihn scherzhaft mit einem „*Almosen sammelnde*[n] *Kapuziner*" verglich.[175] Tatsächlich machen Suppliken und Bittschreiben nach finanzieller Unterstützung gemeinsam mit den dazugehörigen Bestätigungsschreiben einen großen Teil des Nuntiaturbestandes aus.[176] Die große Aufmerksamkeit, die der Vatikan Österreich angedeihen ließ, stieß in Diplomatenkreisen auch auf Kritik. Vor allem in Frankreich verstand man nicht, weshalb der Vatikan an einem der Hauptverantwortlichen des Krieges solchen Gefallen gefunden hatte.[177] An die-

[172] Vgl. Maximilian Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche zu freien Kirchen im freien Staat – vom Wiener Kongreß 1815 bis zur Gegenwart, in: Rudolf Leeb u.a., Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte hrsg. von Herwig Wolfram), Wien 2003, 395; Erika Weinzierl, Kirche und Politik, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz, Köln u. Wien 1983, 452.

[173] Besonders bei den Privataudienzen der Jahre 1920 und 1921 zeigte sich der Papst immer sehr betroffen von dem Leid der Österreicher. Vgl. ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 4, Fasz. „pol. Berichte 1921". Z. 103 P., Gesandtschaftsbericht, 10. Oktober 1921, Abschrift.

[174] Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 46.

[175] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 113r, Z. 102 P., Gesandtschaftsbericht, 7. Oktober 1921.

[176] Gefördert wurden fast ausschließlich katholische Einrichtungen und Orden. Der Heilige Stuhl erwies sich dabei als äußerst großzügig. Dem Wiener Kardinal Piffl wurde etwa am Ende des Jahres 1921 eine halbe Million Lire zur Verfügung gestellt. Auch der Nuntius erhielt immer wieder kleinere Beträge, die er für entsprechende Anliegen überweisen sollte. So wurden zu Weihnachten 1921 15.000 Lire für Wiener Kinder zur Verfügung gestellt. Vgl. ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 4, Fasz. „pol. Berichte 1921". Z. 130 P., Gesandtschaftsbericht, 9. Dezember 1921.

[177] Diese Informationen erhielt der Gesandte Pastor vom Papst höchstpersönlich. Sie sind im Zusammenhang mit dem erwähnten päpstlichen Unterstützungsaufruf vom Jänner 1921 zu sehen, der bei manchen Nationen für Unmut sorgte. Am 13. März 1921 berichtete der Diplomat nach Wien: „*Hinsichtlich des Briefes an Cardinal Gasparri teilte mir der Papst vertraulich mit, dass der Gesandte von Monaco sich beschwert habe, dass dieses allen Gesandten übergebene Schriftstück keine Bemerkung über die Schuld Österreichs am Kriege enthalten habe. Es ist doch stark fügte der Papst hinzu, dass man vollständig übersieht, dass die Bevölkerung Österreichs keine Schuld am Ausbruch des Krieges hat und dass die gegenwärtige Regierung der Repiblick* [sic!] *doch nicht für die Fehler der früheren Regierung verantwortlich gemacht*

sem Beispiel wird ersichtlich, wie man in Rom auf äußerst subtile Weise den Status Quo des Friedenswerkes durch eine gezielte Förderung der ehemaligen Mittelmächte aufzubrechen versuchte. Die Stabilisierung der Verliererstaaten sah man dazu als einen ersten wichtigen Schritt an. In diesem Kontext müssen auch die Worte Gasparris verstanden werden, als er kurz nach der Unterzeichnung der Genfer Protokolle seiner Hoffnung Ausdruck gab, dass „*auch der zweite Teil des grossen Werkes der Rettung Oesterreichs gelingen werde, wovon die Zukunft Mittel-Europas abhänge.*“[178]

Innerhalb der österreichischen Bevölkerung hielt sich die Begeisterung für die Monarchie jedoch in Grenzen. Die wirtschaftliche Notlage und dazu die Anschlusspropaganda der Deutschnationalen und Sozialdemokraten ließen über die Lebensfähigkeit dieses neuen Staates ernste Zweifel aufkommen. Nur wenige glaubten, dass durch eine Wiedereinführung der Monarchie die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden könnten. Eine Linderung der Lage versprach man sich vielmehr von einem Anschluss an Deutschland. Als Pastor im Kardinalstaatssekretariat auf die Volksabstimmungen über den Anschluss in Tirol und Salzburg zu sprechen kam[179], stieß er dort auf größtes Interesse. Während sich Kardinal Gasparri in dieser Frage sehr zurückhaltend zeigte, mahnte der ebenfalls anwesende Kardinal Bonaventura Ceretti die österreichische Regierung zu größter Zurückhaltung. Er bezeichnete öffentliche Anschlussbestrebungen im Hinblick auf mögliche bevorstehende Hilfsaktionen der Entente als inopportun und kontraproduktiv.[180] Einen Monat später kamen Pastor und der päpstliche Staatssekretär erneut auf die Anschlusspropaganda zu sprechen. Dieses Mal wurde der Kardinal überraschend konkret:

> „*Er bezeichnet es als sehr signifikant, dass diese Bewegung so viele Anhänger habe indem daraus hervorgehe, wie groß die Notlage Oesterreichs und wie gering die Zahl der Anhänger an die frühere Dynastie sei. Jetzt glaube auch er, dass eine monarchistische Restauration nur mehr in Ungarn möglich sei. Für die Notlage Oesterreichs könne die Tiroler Abstimmung eventuell von günstigen Folgen sein, denn nun werde man auch in Frankreich einsehen, dass Oesterreich unter allen Umstän-*

---

werden kann. Auch in der nun folgenden Audienz bei Cardinal Gasparri wurde der Schritt des Gesandten von Monaco besprochen wobei der Cardinal bemerkte, der Papst wird sich auch in Zukunft nicht abhalten lassen für Österreich seine Stimme zu erheben. Über den Ursprung des Schrittes des Gesandten von Monaco bemerkte Cardinal Gasparri „on sent la Palais Farnese (Barrere).“ ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 4, Z. 24 P., 13. März 1921, Abschrift.

[178] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923“, fol. 315f. Z. 161 P., Gesandtschaftsbericht, 13. Oktober. 1922.

[179] Vgl. Anm. 183.

[180] Vgl. ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923“, fol. 65r. Z. 47 P., Gesandtschaftsbericht, 30. April 1921.

den geholfen werden müsse, da sonst der Anschluss an Deutschland mit einer Art von Naturnotwendigkeit erfolgen werde."[181]

Nach dem gescheiterten Restaurationsversuch in Ungarn[182] und den eindeutigen Ergebnissen der Volksabstimmungen vom April und Mai 1921[183] schien in der römischen Kirchenführung ein Umdenken stattgefunden zu haben. Man hatte eingesehen, dass eine Wiedereinführung der Monarchie in weite Ferne gerückt war. Wenige Monate später erklärte Gasparri, dass nun die schleunige Konsolidierung Österreichs im Vordergrund stehen müsse. Er empfahl dazu den „*Abschluss einer wirtschaftlichen Donau-Konföderation*", denn „*der Anschluss an Deutschland sei dermalen ummöglich*." [184] Im gleichen Gespräch erkundigte sich der Kardinal dann dennoch über die monarchistische Bewegung in Österreich, woraufhin ihn Pastor über die unbedeutende Größe dieser Gruppierung aufklärte. Durch die Ungarnreise des Kaisers wurde die Restaurationsfrage noch einmal kurz aufgeworfen, doch das Scheitern dieser Bestrebungen nahm man schließlich zum Anlass, sich von diesem Gedanken vorerst zu trennen. Allerdings wurde der Restaurationsgedanke nicht ohne saftige Kritik am „ungeschickten" Vorgehen Karls und seiner Berater verworfen.[185] Nach seiner Einschätzung hätte der Kaiser „*durch sein unbesonnenes Unternehmen, nicht nur sich selbst, sondern auch den monarchistischen Gedanken schwer geschädigt*".[186] Die Idee eines unabhängigen Österreich lag demnach auch weiterhin außerhalb der Vorstellungswelt der vatikanischen Verantwortungsträger. Den An-

[181] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 73. Z. 52 P., Gesandtschaftsbericht, 6. Mai 1921.
[182] Siehe Klaus Berchthold, Verfassungsgeschichte der Republik Österreich. Bd. 1, Wien 1998, 304.
[183] Der Tiroler Landtag ließ am 24. April 1921 eine Abstimmung durchführen, bei der sich eine Mehrheit von über 98 Prozent der abgegebenen Stimmen für den „Zusammenschluss" mit Deutschland aussprach. Vgl. Rolf Steininger, Deutschland – der große Nachbar, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 514. Ähnlich eindeutig fiel das Ergebnis der am 29. Mai 1921 in Salzburg abgehaltenen Abstimmung aus. Weitere Abstimmungen wurden durch Eingreifen der alliierten Garantiemächte unterbunden. Vgl. Hellwig Valentin, Vom Länderpartikularismus zum föderalen Bundesstaat, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 43f.
[184] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 113r. Z. 102 P., Gesandtschaftsbericht, 7. Oktober 1921.
[185] Zu dieser Einschätzung gelangte der Kardinalstaatssekretär während des Diplomatenempfanges am 11. November 1921: „*Die Umgebung des Königs hatte diesen vorgespiegelt, dass er in Ungarn mit offenen Armen empfangen werde. Dass* [sic!] *war nur bei einem ganz kleinen Teil der Bevölkerung der Fall, wo Zauber und Nimbus des königlichen Namens noch wirkte. Sobald man erfuhr, dass die Regierung in Budapest und die Entente mit der Rückkehr des Königs nicht einverstanden sei, wandte man sich von diesem ab. Bei der Auslieferung des Königs rührte sich keine Hand für ihn. Budapest blieb vollständig ruhig. Den Beratern des Königs kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, dass sie mit den Interessen des Landes ein unverantwortliches Spiel getrieben haben."* ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 131f. Z. 119 P., Gesandtschaftsbericht, 11. November 1921.
[186] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 127v. Z. 116 P., Gesandtschaftsbericht, 4. November 1921.

schluss hielt man hingegen für eine Alternative, die sich zwangläufig von selbst einstellen würde. Nur so sind die Worte des Kardinalstaatssekretärs zu verstehen, als er im Jahr 1927 anlässlich des Besuchs des deutschen Reichskanzlers in Wien meinte, „*wenn es einmal zum Krieg kommt, wird sich dieser Anschluss von selbst vollziehen*."[187] Diese neuerlich sehr prophetische Ankündigung Gasparris gehörte zu den wenigen eindeutigen Aussagen, die man aus der Kurie zur Anschlussfrage erhalten hat. Denn in offiziellen Mitteilungen hielt sich der Heilige Stuhl mit prononcierten Stellungnahmen zurück, da man wusste, dass dieses Thema für Frankreich ein rotes Tuch darstellte. Nach Meinung Frankreichs verhielt sich der Papst im Ersten Weltkrieg nicht neutral und stand auf Seite der Mittelmächte. Solche Vorwürfe liefen den außenpolitischen Zielen des Heiligen Stuhls zu wider, die eine Schärfung des Profils als unparteiischer Vermittler verfolgten.[188]

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ignaz Seipel erhielt das Land sowohl innen- als auch außenpolitisch neue Akzentsetzungen. Die Regierung des Geistlichen stieß vor allem bei der Entente auf breite Anerkennung. Denn mit Seipel stand nun ein Mann an der österreichischen Staatsspitze, der bei den Siegermächten als „anschlusskritisch" galt.[189] In Rom wurde der Regierungsantritt eines Geistlichen zunächst zurückhaltend aufgenommen. Möglicherweise war die Kirchenführung zu dieser Zeit zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Denn den Veränderungen an der österreichischen Regierungsspitze war ein Führungswechsel im Apostolischen Palast unmittelbar vorausgegangen.[190] Der neue Papst führte zwar die Friedenspolitik seines Vorgängers fort und setzte auch in anderen Dingen auf Kontinuität, wie schon die Beibehaltung des Kardinalstaatssekretärs gezeigt hatte. Doch ihm war ebenso bewusste, dass man die Ergebnisse der Pariser Friedensverträge nicht einfach ignorieren konnte. Nach außen gab der Heilige Stuhl seinen Protest gegen die Vertragsbeschlüsse dennoch nicht auf, in der außenpolitischen Planung der Kurie fand sich aber insoweit ein Umdenken statt, als die neue geschaffenen Realtitäten langfristig berücksichtigt wurden.[191] So war man in Zentral- und Osteuropa sehr da-

[187] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, fasz. „Rom Vat 1927", fol. 374v. Z. 101 P., Gesandtschaftsbericht,
2. Dezember 1927.
[188] Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 196.
[189] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 848 P.O., Fasz. 20, fol. 64. N° 302/9522, Nuntiaturbericht, 25. Oktober 1927.
[190] Achille Ratti ging bereits nach dem 14. Wahlgang am 6. Februar 1922 als Papst Pius XI. aus dem Konklave hervor.
[191] Da die neuen Grenzverläufe ein Ergebnis der Pariser Friedensverträge waren, weigerte sich Benedikt XV. diese auch anzuerkennen. Es musste daher ständig darauf Bedacht genommen werden, nie den Eindruck zu erwecken, die Verträge durch eigene Entscheidungen zu bestätigen. Zwar wurden mit den neuen Grenzen Realitäten geschaffen, denen man sich nur schwer entziehen konnte, doch fand man in Rom Wege

rum bemüht, die katholische Kirche in den bereits im Gang befindlichen Staatsbildungsprozess verfassungsrechtlich einzubinden.[192] Um bei der politischen Reorganisation Mittel- und Osteuropas gröbere Verschiebungen im Verhältnis von Kirche und Staat zu verhindern, erforderte es die rechtliche Absicherung der katholischen Kirche in den einzelnen Ländern. Zwar fielen die ersten Konkordatsvorbereitungen noch in das Pontifikat Benedikt XV., die endgültige Umsetzung erfolgte aber unter Pius XI. Mit den Kardinalstaatssekretären Pietro Gasparri (1852-1934) und Eugenio Pacelli (1876-1958) standen ihm dabei zwei erfahrene Kanonisten zur Seite, die für den Abschluss einer Reihe von Konkordaten verantwortlich waren.[193] Im Sekretariat der Kongregation für außerordentliche Kirchenangelegenheiten stöhnte man bereits: „*Ogni mese faciamo un concordato*“.[194] Zwar handelte es sich bei dieser Äußerung nur um eine scherzhafte Übertreibung, dennoch war die Zahl der abgeschlossenen Konkordate beachtlich.[195] Mit dem Abschluss von Konkordaten sollte aber nicht nur der Besitzstand der katholischen Kirche sichergestellt werden. „Sie besaßen auch eine offensive Funktion, indem sie die nationalen Episkopate stärker an Rom banden und direkte Arrangements zwischen den Nationalstaaten und den nationalen Kirchentümern praktisch ausschlossen.“[196] Pius XI. war somit ein Stück weit mehr Realpolitiker als sein Vorgänger. Dementsprechend pragmatischer fiel auch seine Beurteilung der außenpolitischen Situation Österreichs aus. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger hatte sich Pius auch in Österreich mit dem Status quo abgefunden. Allerdings hatte sich die Ausgangslage seit dem Pontifikatswechsel gewandelt. Während Benedikt noch den Überlebenskampf Österreichs vor Augen hatte, taten sich unter seinem Nach-

---

diese zu umgehen. Ein gutes Beispiel stellt hier die Teilung der Diözese Brixen dar. So wurde dem neuen Grenzverlauf zwischen Österreich und Italien und der damit verbundenen Teilung der Diözese Brixen in der Form Rechnung getragen, dass die Errichtung einer apostolischen Administration für Nord-, Osttirol und Vorarlberg als Verwaltung der nördlichen Gebiete des Bistums Brixen deklariert wurden. Unter Piux XI. gab man diese starre Haltung auf und erkannte den Status Quo schließlich insgeheim an. Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 49-50.

[192] Im Donauraum entstanden für die katholische Kirche die größten nachhaltigen Schäden. Die Zerschlagung der Donaumonarchie hinterließ neben den politischen Umwälzungen auch ein kirchenpolitisches Chaos. Aus dem Habsburgerreich gingen zahlreiche Einzelstaaten hervor, was eine grundlegende Neuordnung der kirchlichen Strukturen erforderte. Die politische Reorganisation führte unvermeidlich auch zu Verlusten an Kirchenbesitz und schweren Verschiebungen im Verhältnis von Kirche und Staat.

[193] Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 89

[194] Ebda., 89. Eigene Übersetzung: „*Jedes Monat machen wir ein Konkordat*.“

[195] In der Zeit von 1922 bis 1935 „schloss Pius XI. Konkordate mit Lettland (3. November 1922), Bayern (29. März 1924), Polen (10. Februar 1925), Rumänien (10. Mai 1927), Litauen (27. September 1927), Italien (11. Februar 1929), Preußen (14. Juni 1929), Baden (12. Oktober 1932), Österreich (5. Juni 1933), Deutschland (20. Juli 1933) und Jugoslawien (1935).“ Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert, 1999, 263.

[196] Gerhard Besier, “Berufständische Ordnung” und autoritäre Diktaturen. Zur politischen Umsetzung einer „klassenfreien“ katholischen Gesellschaftsordnung in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Gerhard Besier u. Hermann Lübbe, Hg., Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit, Göttingen 2005, 81.

folger bereits neue Perspektiven für den ‘Rumpfstaat‘ auf. Ausgerechnet unter der Führung eines katholischen Priesters begann sich das Land wieder aufzurichten. Ob es Seipel auch gelang, den Glauben an die selbstständige Existenz Österreichs als gleichwertiges Zukunftsszenario in die außenpolitische Planung des Vatikans zu verankern, sei dahin gestellt.[197] Er schaffte es jedenfalls, aus der außenpolitischen Not eine Tugend zu machen. Die vermeintlich ausweglose Situation, inmitten von Bündnisstrukturen, denen Österreich aufgrund der instabilen Kräftebalance aber nicht beitreten konnte[198], veranlasste Seipel einen Verbündeten auf supranationaler Ebene zu suchen. Diesen glaubte er im Völkerbund gefunden zu haben.[199] Zuvor wusste er bei seinen geschickt inszenierten Reisen jedoch die Rolle Österreichs als Zünglein an der Wage überzeugend zu spielen, um die Großmächte davon zu überzeugen, dass ein finanziell ausgeglichenes Österreich am ehesten ihren strategischen Interessen entsprach. Doch auch im Umgang mit dem Heiligen Stuhl bewies der Priesterpolitiker viel diplomatisches Fingerspitzengefühl. Der Untergang der Donaumonarchie hatte zu einer Reihe von heiklen kirchenpolitischen Problemstellungen geführt, die auf ihre Lösung warteten. Besonders starke mediale Resonanz erfuhr dabei die ‘Südtirolfrage‘[200], sowie die nach wie vor ungeklärten diözesanen Grenz-

[197] Über die vatikanische Wahrnehmung der Regierungsjahre Seipels informiert das Kapitel 3 im Detail.

[198] Einem Anschluss stimmten die Garantiemächte der Friedensverträge bekanntlich nicht zu. Besonders Frankreich war ein strikter Gegner einer solchen Lösung. Auch die Ausblicke in den Osten waren nicht aussichtsreicher. Hier hatte sich ein Bündnis zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien unter der Aufsicht Polens und Frankreichs etabliert, welches neben wirtschaftlichen Interessen v.a. die Festigung des Status Quo im Donauraum verfolgte. Indirektes Ziel dieser sogenannten Kleinen Entente war auch die Verhinderung einer neuerlichen Habsburgrestauration. Die österreichische Wirtschaft war jedoch auf den Osten ausgerichtet und strebte nach einer „Donaukonföderation“. Eine nachhaltige Annäherung an die Tschechoslowakei scheiterte aber an Ungarn und Italien. Der außenpolitische Spielraum Österreichs war also sehr eng gesteckt. Arnold Suppan bezeichnete deshalb die österreichische Außenpolitik zwischen 1918 und 1938 als „im Wesentlichen fremdbestimmt.“ Denn von November 1918 bis März 1938 bestimmten meist mehrere Großmächte direkt oder indirekt die Geschicke der Alpenrepublik. Waren es nach dem Ersten Weltkrieg zunächst die Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA, die Einfluss auf die außenpolitische Ausrichtung Österreichs nahmen, so ging diese Rolle in den 1930er Jahren auf die faschistischen Regierungen Italiens und Deutschlands über. Suppan, Österreich und seine Nachbarn 1918-1938, 2008, 499.

[199] Vgl. Reinhard Richter, Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik. zugl. phil. Diss., Universität Bochum, Münster 2000, 100. Seipel setzte aber auch aus friedenspolitischen Gründen große Hoffnungen in den Völkerbund. In einem Briefwechsel mit Hans Erhard Lauer bekannte er sich zu einem vereinigten Europa: „*Mir ist die Idee der Einigung Europas schon wegen der Verhütung neuer Kriege so wichtig, daß ich mich gewaltsam von der Vorliebe für eine bestimmte Art dieser Einigung losreiße. Ich sympathisiere mit Bewußtsein mit allen Ideologien, die das Gemeinsame über das Trennende stellen, weil vielleicht eine von ihnen rascher zünden könnte als die andern u. mir der Effekt wichtiger ist als die formelle Richtigkeit der Lösung*.“ ÖSTA/AVA, E/1781 (Nachlass Friedrich Funder), Karton 155, fol. 560. Ignaz Seipel an Hans Erhard Lauer, 2. September 1929, Abschrift.

[200] Die Südtirolfrage tangierte das Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich eigentlich nur indirekt, dennoch emotionalisierte sie die Bevölkerung mehr als die Diözesanaufteilung. Österreich verstand sich nach wie vor als Schutzmacht Südtirols und hoffte auf eine Revision der Teilung. Seipel ließ etwa Italien wissen, dass „ein wirklich freundschaftliches und ungestörtes Zusammenwirken zwischen Österreich und Italien erst nach Herstellung eines modus vivendi im Alto Adige möglich sei.“ Dass er dabei

streitigkeiten.[201] Daneben gab es noch andere heiße Eisen wie den deutsch-österreichischen Streit um die Ansprüche auf die Deutsche Nationalstiftung Santa Maria dell'Anima in Rom[202] oder Sachverhalte, die das Verhältnis von Kirche und Staat im Allgemeinen betrafen. Da es sich bei Letzteren um Angelegenheiten von vorwiegend innenpolitischer Bedeutung handelte, erfolgt deren Behandlung an anderer Stelle. Es sei hier aber vorweggenommen, dass sich das Engagement Seipels in diesen Angelegenheiten überraschend zurückhielt. Vielmehr hat es den Anschein, dass dem Gesandten Pastor eine bislang zu wenig gewürdigte Rolle zukommt. Als Pastor im Frühjahr 1923 die deutschen Ansprüche auf die Anima und das dazugehörende Priesterkolleg erfolgreich abwehren konnte, lobte der Bundeskanzler den Gesandten in höchsten Tönen:

> „*Die schwierige Diözesanangelegenheit des Burgenlandes hat Pastor ebenso wie das Verbleiben Nordtirols bei Brixen glücklich gelöst; und nun die Anima. Er ist entschieden der erfolgreichste von allen unseren Gesandten*."[203]

Im Jahr 1926 wurde die Anschlussfrage vom Vatikan ohne ersichtlichen Grund wieder neu aufgerollt. Der *Daily Telegraph* meldete am 26. März 1926, dass sich der Heilige Stuhl von einem Anschluss eine Stärkung des deutschen Zentrums erhofft hätte.[204] Sehr viel konkreter wurde in diesem Zusammenhang Ludwig Pastor, der über die diesbezügliche Offenheit des Papstes während einer Audienz im November 1926 selbst überrascht schien:

---

von Alto Adige sprach, war allerdings bezeichnend für die Halbherzigkeit des österreichischen Engagements. Rolf Steininger, Südtirol in der Ersten und Zweiten Republik, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 172. Als die italienischen Zwangsmaßnahmen auch nicht vor dem religiösen Leben der Südtiroler halt machten, wandten sich die österreichischen Bischöfe wiederholt an den Papst. Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 95; DAI, Waitz-Akten, Karton „10-14", Fasz. 12a, o.fol. Über die Lage der Katholiken Südtirols während des Faschismus siehe Josef Gelmi, Kirchengeschichte Tirols. Innsbruck u. Wien 1986, 241-254. Doch den Pontifex brachte dieses Thema ebensosehr in Bedrängnis, weshalb es von Rom nur mit Glacéehandschuhen angefasst wurde. Der österreichische Gesandte Ludwig Pastor sprach sichtlich aus Erfahrung, als er bezüglich dieses vatikanischen Zwiespaltes notierte: „Einerseits ging es um eine der am meisten umkämpften Bestimmungen des vom Vatikan immer wieder verurteilten Pariser Friedenswerkes, andererseits war dies ein Artikel, an dem der faschistische, von ihm so vielfach begünstigte Staat mit besonderer Zähigkeit festhielt. Der Heilige Stuhl, so fasste Pastor die Situation zusammen, will „ängstlich jeden Anschein vermeiden, als nähme er für die deutsche Opposition in den italienischen gewordenen Teilen Tirols Partei". Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 71 u. 95.

[201] Der im Vertrag von St. Germain festgelegte Grenzverlauf führte zur Abtrennung einiger österreichischer Diözesen. Betroffen waren davon die Diözesen Brixen, Seckau, Gurk und für das neu hinzugekomme Burgenland musste eine eigene Lösung getroffen werden.

[202] Als 'Anima-Streit' wird der Konflikt um die Protektoratsansprüche auf die deutsche Nationalstiftung Santa Maria dell'Anima in Rom zwischen Deutschland und Österreich bezeichnet. Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 75-77.

[203] Zit. nach Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 23. Nach Angaben Pastors hat Seipel diese Worte in Anwesenheit des damaligen Rektors Alois Hudal geäußert.

[204] Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie und autoritärer Staatsführung, 82.

„*Auffallend war mir* [Ludwig Pastor]*, dass der Papst, ohne dass ich irgend eine Veranlassung dazu gegeben hätte, eine Reihe von Fragen über die Stimmung in Oesterreich betreffs der Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland an mich stellte. Als ich bemerkte, diese Frage sei angesichts des entschiedenen Vetos von Frankreich und Jtalien* [sic!] *dermalen wohl nicht brennend, bemerkte der Hl. Vater „das Veto kann aber jeden Augenblick aufgehoben werden." Jm* [sic!] *weiteren Verlauf der Unterhaltung konnte ich feststellen, dass der Papst von einem Anschluss an Deutschland grosse Vorteile für die katholische Kirche erhofft; er meinte dadurch könne der radikale Wiener Sozialismus eingedämmt werden, jedenfalls aber würden dann die deutschen Katholiken eine imponierende Zahl darstellen, auch könnten die oesterreichischen Katholiken von den in dem Kulturkampf geschulten deutschen Katholiken Vieles lernen*."[205]

Diese Haltung widersprach gänzlich den politischen Überzeugungen Seipels. Bei einer Rede am 1. Dezember 1926 im Finanzausschuss machte er seine Meinung zum Anschluss noch einmal in aller Klarheit deutlich. Der Bundeskanzler blieb bei seiner bekannten Forderung, Realpolitik zu betreiben, anstatt sich aussichtlosen Träumereien hinzugeben.[206] Diese Rede fand aber nicht nur innerhalb der eigenen Partei Anerkennung, sondern stieß auch überraschender Weise in Rom auf viel Beachtung, wie sich der österreichische Gesandte selbst überzeugen konnte:

„*Cardinalsstaatssekretär Gasparri kam heute auf die Rede Eurer Excellenz vom 1. Dezember zu sprechen, die er mit dem grössten Jnteresse mehrmals gelesen habe, namentlich die Ausführungen über die Anschlussfrage bezeichnete er als sehr bemerkenswert. Seine eigene Stellung in dieser Frage charakterisierte Seine Eminenz dahin, dass er sich darin neutral verhalte, es sprächen viele Gründe dafür, aber auch manche dagegen.*"[207]

Wie diese neuerliche Thematisierung der Anschlussfrage zu verstehen, lässt sich schwer sagen. Es war aber bestimmt kein Zufall, dass der Papst kurz nach der Aufhebung der Völkerbundkontrolle, wodurch Österreich wieder seine vollständige Unabhängigkeit erlangt hatte, auf den Anschluss zu sprechen kam.[208] Folglich war die Eigenständigkeit Österreichs auch nach der Sanierung des Staatshaushaltes keine Option für den Heiligen Stuhl. Nach wie vor schien man in der Kurie den Anschluss als eine „Naturnotwendigkeit" betrachtet zu haben. An dieser Haltung änderte auch die auf Selbständigkeit abzielende Politik Seipels nichts.

---

[205] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1926", fol. 191vf. Z. 122 P., 9. November 1926.
[206] Vgl. *Reichspost*, 2. Dezember 1926, 2.
[207] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1926", fol. 228r. Z. 141 P., 10. Dezember 1926. In derselben Rede ging der Bundeskanzler auch auf die Südtirolfrage ein. Seipel legte darin klar, dass man sich nicht in inneritalienische Angelegenheiten einmischen könne, auch wenn es noch so schmerzhaft sei. Vgl. *Reichspost*, 2. Dezember 1926, 2. Damit nahm er einen Standpunkt ein, der auch ganz im Sinne des Vatikans war, saß man doch in der Südtirolfrage selber zwischen zwei Stühlen. Vgl. Anm. 200.
[208] Vgl. Suppan, Österreich und seine Nachbarn 1918-1938, 2008, 499.

In der Zeit von 1928 bis 1932 nahm das außenpolitische Interesse des Heiligen Stuhls an Österreich spürbar ab. Diese Zäsur war umso markanter, als Österreich 1928 seinen bestens akzeptieren Diplomaten verlor. Mit dem Tod Ludwig Pastors rissen wertvolle Kontakte in die Kurie ab, die von seinem Nachfolger Rudolf Kohlruß (1884-1958) nur unzureichend kompensiert werden konnte.[209] Ebenso trugen auch die Vorbereitungen für die Lateranverträge dazu bei, dass man in Rom die Außenpolitik etwas aus den Augen verloren hatte. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass man sich mit der Rolle Österreichs als eigenständigen Staat vorerst abgefunden hatte und ihm außenpolitisch jene Bedeutung beimaß, die ihm als Kleinstaat letztlich zukam. Die innenpolitischen Entwicklungen Österreichs verfolgte der Heilige Stuhl jedoch weiterhin mit großer Aufmerksamkeit. Unter Ignaz Seipel entwickelte sich die Republik immerhin zu einem ‚katholischen Musterstaat", der nach Meinung Gerhad Besiers von der vatikanischen Führung als „Ausgangspunkt und Zentrum einer katholischen Restauration in Mitteleuropa" auserkoren wurde. Als ‘staatstheoretischer Unterbau‘ sollte dazu die Enzyklika *Quadragesimo anno* dienen, in welcher man einen ‘goldenen Mittelweg‘ zwischen den „Schattenseiten der Demokratie" und den „Überspitzheiten des Totaltitätsstaates" gefunden zu haben glaubte.[210]

Will man die Haltung des Heiligen Stuhls gegenüber der österreichischen Außenpolitik verstehen, kommt man nicht ohne die Beschreibung der europäischen Situation als Ganzes aus, da der Blick aus Rom immer im gesamteuropäischen Kontext zu sehen ist. Diese Perspektive erlaubt der österreichischen Geschichtsforschung über den heimischen Tellerrand zu blicken und bestimmte historische Entwicklungen nicht mehr nur als absolute Größen sondern sie in Relation zum gesamteuropäischen Rahmen zu betrachten. Als Beispiel sei hier die in ganz Europa einsetzende Parlamentarismuskritik zu nennen, die in einigen Ländern autoritäre bis faschistische Regierungen hervorbrachte. Dass es im Vati-

[209] Rudolf Kohlruss folgte Pastor als Geschäftsträger der österreichischen Vertretung beim Heiligen Stuhl. Seine diplomatischen Sporen verdiente sich Kohlruss, „der die orientalische Abteilung der österreichischen Konsularakademie absolvierte, wo er den Kaiserpreis erhalten hatte", am Balkan. Ausschlaggebend für seine Bestellung dürfte seine tiefe Religiosität gewesen sein. Wie sein Vorgänger war er ein praktizierender Katholik. Kohlruss fehlte zwar die gute Vernetzung Pastors, allerdings verfügte er über eine gute Gesprächsbasis mit Staatssekretär Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII. Mit Pacelli führte der österreichische Gesandte gerne philosophische Gespräche. Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 23f. Repgen beschrieb den österreichischen Vatikanbotschafter als einen „kauzigen Mann mit einer skurrilen Vorliebe für gedrechselte Satzbauten, umständliche Formulierungen, und ausgefallene Worte, der aber gewohnt war, den Motiven der handelnden Personen auf den Grund zu sehen". Konrad Repgen, Zur vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31/3 (1983), 517. Seine Vorliebe für komplizierte Formulierungen veranlasste seine Vorgesetzten am Ballhausplatz gelegentlich zu sarkastischen Randbemerkungen in seinen Berichten. Auch dem Ministerium war nicht entgangen, dass „glatt gefeilte Sätze" und „blendende Antithesen" nicht zu seinen Stärken zählten. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 24.

[210] Besier, "Berufständische Ordnung" und autoritäre Diktaturen, 2005, 95.

kan zu einer ambivalenten Beurteilung dieser politischen Strömungen kam, ist besonders im Zusammenhang mit der oben angesprochenen ‘diktierten‘ Friedenspolitik der Siegermächte zu sehen. Der aufkommende Antiparlamentarismus dürfte in Rom als Vorbote für das endgültige Scheitern der Pariser Friedensverträge interpretiert worden sein. Inwiefern die verhaltenen Sympathien für die faschistischen Strömungen vom Wunsch getragen wurden, mit ihrer Instrumentalisierung eine ‘Richtigstellung‘ des europäischen Friedenswerkes nach katholischen Überzeugungen zu ermöglichen, wozu die nationalen Parlamente niemals in der Lage gewesen wären, bleibt weiterhin unbeantwortet, doch soll im Verlauf der Arbeit nicht ganz aus den Augen verloren werden.

1.3. Das außenpolitische Entscheidungssystem des Heiligen Stuhls

1.3.1. Die grundlegenden Entscheidungsstrukturen und ihr institutioneller Aufbau

> „Die Geschichte der päpstlichen Diplomatie ist ein zentrales Thema der Kirchengeschichte, denn in der Tätigkeit der päpstlichen Gesandten spiegeln sich die wechselnden und vielseitigen Interessen des Papstes wider. Das durchaus individuelle Selbstverständnis des Papstes wird nirgends deutlicher als in seinem Gesandtschaftswesen; seine Diplomaten sind die Transformationsriemen des päpstlichen Selbstbildnisses.“[211]
>
> Michael F. Feldkamp

Die Doppelgleisigkeit, sowohl Oberhaupt einer Religionsgemeinschaft als auch eines souveränen Staates zu sein, bedingt, dass sich die vatikanische Kirchenführung sowohl mit politischen als auch kirchlichen Aufgaben konfrontiert sieht.[212] Die Bewältigung dieser Herausforderung erfolgt durch ein und dieselbe Organisation.[213] Obwohl der Vatikanstaat nur ein Kleinstaat ist, verfügt er über ein außenpolitisches Entscheidungssystem, dass sich durchaus mit jenem von Großmächten messen kann.[214] Die nötigen Voraussetzungen für dessen Entstehung schuf paradoxerweise der Verlust der territorialen Verpflichtungen 1870, wodurch die Kirchenführung gezwungen war, sich ganz auf ihre geistlichen Leitungsaufgaben zu konzentrieren und sich in der Folge auch ihres weltkirchlichen Führungsanspruches stärker bewusst wurde.[215] Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch beinahe weltweit existierende Kirchenstrukturen auf nationaler Ebene, auf welche sich die völkerrechtlich autarke römische Führung und ihr außenpolitischer Apparat abstützen können. Die katholische Universalkirche verfügt heute über eine straff organisierte pyramidenförmige Hierarchie, welche vom Papst an der Spitze bis zum Landpfarrer an der Basis reicht.

---

[211] Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 9.
[212] Vgl. ebda., 8f.
[213] Nach katholischer Auffassung übt der Papst das Recht der Gesandtschaft auf Grund eines zweifachen juristischen Titels aus: sowohl als weltlicher Souverän als auch infolge seiner geistlichen Souveränität. „Deshalb würde man ein doppeltes System der Vertretung, geistlich und weltlich, erwarten. Aber in der Praxis werden die normalen repräsentativen Funktionen der zwei Souveränitäten von einem einzigen diplomatischen Gesandten ausgeübt, der ständig oder vorläufig bestellt ist, wie es der jeweilige Fall erfordert.“ Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 213.
[214] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 18.
[215] In das Pontifikat Pius‘ XI. fiel beispielsweise die Anschaffung einer modernen Telefonanlage im Vatikanstaat. Vgl. ebda., 69.

„Vom organisationssoziologischen Gesichtspunkt aus könnte man das traditionelle Organisationsgerüst der katholischen Kirche schwerpunktmäßig als ein „Linien-System“ bezeichnen, bei dem, im allgemeinen mit schwacher Rückkoppelung an die jeweils nachgeordneten Instanzen, im wesentlichen Anordnungen „von oben nach unten“ gegeben wurden, während erst seit dem Konzil dieses traditionelle Organisationsmuster allmählich durch Elemente eines „Stabs-Systems“ auf verschiedenen Ebenen des Linien-Systems ergänzt wird („Räte“ vom Pfarrgemeinderat herauf bis zum „Rat der Laien“ in Rom).“[216]

Um diese Organisation aufrecht zu erhalten, bedarf es neben den institutionellen Anforderungen ein ausgefeiltes internes Regelwerk, welches die einzelnen Instanzen zusammenhält und es der römischen Leitung ermöglicht, „auf Veränderungen an der Basis zu reagieren und doch klare Richtlinien vorzugeben“.[217] Mit der Neukodifizierung des Kirchenrechtes im Jahr 1917 wurde die entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen.

a) Der Papst als Oberhaupt der Katholischen Kirche und der römischen Kurie

Der Papst steht als Nachfolger des Apostels Petrus an der Spitze der katholischen Kirche. Das Kirchenrecht sieht zwar jure divino den Gesamtepiskopat als Träger der kirchlichen Autorität, schreibt aber dem Papst innerhalb des bischöflichen Kollegiums eindeutig eine Sonderrolle zu, da er die einzige Person innerhalb der katholischen Kirche ist, „die diese Autorität in ganzer Fülle besitzt“.[218] Die Zuspitzung der Leitungskompetenzen auf ein Amt erfordert die Beiseitestellung eines leistungsfähigen Verwaltungsapparates. Dieser ist dem Papst durch die Römische Kurie gegeben. Die dem Papst weisungsgebundene Kurie besteht aus dem Staatssekretariat, den Kongregationen, den Gerichtshöfen und sonstigen vom Papst eingerichteten, zentralen Behörden oder Kommissionen.[219] Die wichtigsten Dikasterien (Ämter) der Kurie machen die Kongregationen aus. Dabei handelt es sich um „ständige, aus einer gewissen Anzahl von Kardinälen bestehenden kollegial verfaßte[n] Behörden mit einem gesetzlich festgelegten Inhalt von Aufgaben und Vollmachten zur Regierung der Gesamtkirche.“[220] Diese lassen sich am ehesten als

[216] Weber, Statistik: Weltbevölkerung, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, 1979, 11, Anm. 11.
[217] Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 21.
[218] Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 70. Der *Codex Iuris Canonici* von 1917 ist hier noch eindeutiger. Die Bischöfe üben in der älteren Fassung des Kirchenrechts ihre Leitungsgewalt „*sub auctoritate Romani Pontificis*“ aus. Benedictus/Papa XV., Hg., Codex iuris canonici. Romae 1917, 70, can. 329 § 1.
[219] Vgl. Weber, Statistik: Weltbevölkerung, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, 1979, 12.
[220] Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 76. „Grundsätzlich wird jede Dikasterie von einem Kardinalpräfekten oder vorsitzenden Erzbischof geleitet. Ihr gehört eine zunächst unbestimmte Zahl von Kardinälen und Bischöfen an; außerdem verfügt sie über ein Sekretariat, Berater und eine

Fachministerien beschreiben. Da sie für die vorliegende Arbeit eher von nachrangiger Bedeutung sind, begnügt sich die Abhandlung mit einer einfachen Aufzählung der Kurienkongregationen während des Pontifikats Pius‘ XI:[221]

Sacra Congregatio Sancti Officii (Kongregation für die Glaubenslehre)[222]

- *Consistorialis* (Kongregation für die Bischöfe)
- *de Propaganda Fide pro negotiis Rituum Orientalium* (Kongregation für die Orientalischen Kirchen)[223]
- *de Disciplina Sacramentorum* (Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung)
- *Concilii* (Kongregation für den Klerus)
- *Negotiis religiosorum sodalium praeposita* (Kongregation für Institute geweihten Lebens und Gesellschaften apostolischen Lebens)
- *de Propaganda Fide* (Kongregation für die Evangelisierung der Völker)
- *Rituum* (Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse)
- *Caeremonialis* (1967 aufgehoben)[224]
- *pro Negotiis Ecclesiasticis extraordinariis* (1967 aufgehoben)[225]
- *de Seminariis et Universitatibus studiorum* (Kongregation für das katholische Bildungswesen)

Nach außen wird der päpstliche Primat durch seine originäre Völkerrechtssubjektivität unterstrichen. Qua Amt ist der römische Bischof mit zwei Souveränitäten ausgestattet. Als Staatsoberhaupt des Vatikanstaates, dem der Papst als gewählter absolutistischer Monarch vorsteht, kommt ihm zunächst eine weltliche Souveränität zu. Seine originäre Sou-

---

Verwaltung (Art. 4 § 1 PB). Die Mitglieder der Dikasterien werden vom Papst auf fünf Jahre ernannt; die Amtszeit endet in der Regel alternativ mit dem Tod des Papstes (…) Verbindliche Gesetzeskraft erhalten die Beschlüsse der Dikasterien nur mit spezieller Zustimmung des Papstes, dem gegenüber sie außerdem eine umfassende Informationspflicht haben (Art. 18 PB).“ Ebda., 76. Im Gegensatz zu den Kongregationen sind die kurialen Ämter aber ausschließlich mit Verwaltungsaufgaben betraut. Außerdem besitzen sie keine kollegiale sondern eine monokratische Verfassung. Weber, Statistik: Weltbevölkerung, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, 1979, 14.

[221] Siehe Weber, Statistik: Weltbevölkerung, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, 1979, 1979, 12f.

[222] Bis zum Zweiten Vatikanum hatte die heutige Glaubenskongregation als Suprema Congregatio den Vorrang gegenüber den übrigen Kongregationen. Als Kontrollinstanz nimmt das vormalige Heilige Offizium aber bis zum heutigen Tage eine Sonderstellung ein.

[223] Ab 1938 lautete der offizielle Name *Sacra Congregatio pro Ecclesia Orientali*.

[224] 1967 nahm Paul VI. eine kleine Kurienreform vor. Weber, Statistik: Weltbevölkerung, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, 1979, 14.

[225] 1967 wurde die Kongregation aufgehoben und ihre Zuständigkeit dem Staatssekretariat übergeben.

veränität liegt hingegen in der geistlichen Autorität des Amtes begründet.[226] Als einzigem Religionsoberhaupt ist es ihm dadurch möglich, die eigene Konfession als Völkerrechtssubjekt gegenüber Staaten und internationalen Organisationen zu vertreten. Der Papst tritt dabei nicht als natürliche Person, sondern gestützt durch den kurialen Apparat als juristische Person in Erscheinung. In diesem Zusammenhang ist dann vom Heiligen bzw. Apostolischen Stuhl die Rede.[227] Zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele macht der Heilige Stuhl vom aktiven und passiven Gesandtschaftsrecht Gebrauch. Ausländische Diplomaten sind folglich nicht beim Vatikanstaat, sondern beim Heiligen Stuhl akkreditiert. Dies resultiert daraus, dass die originäre Souveränität des Papstes nicht im Kirchenstaat, sondern in seinem Amt begründet liegt.[228]

> „Wenngleich dieser Komplex [das vatikanische Gesandtschaftswesen] nicht direkt zur formalen Organisation der Gesamtkirche gehört, so sind doch zumindest die aktiven Träger der diplomatischen Beziehungen seitens des Heiligen Stuhls dennoch auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Hierarchie bzw. zum Bischofskollegium und auf Grund ihrer faktischen Einflußnahme auf formale Träger der kirchlichen Organisation (z.B. Mitwirkung bei der Ernennung neuer Bischöfe) auch für die Leitung der Gesamtkirche nicht unbedeutend.“[229]

Institutionell koordiniert wird die außenpolitische Tätigkeit des Heiligen Stuhls vom Staatssekretariat. Allerdings waren die entsprechenden Zuständigkeiten im Laufe der jüngeren Geschichte einem steten Wandel unterworfen. In den Jahren 1922 bis 1939 übernahm die Koordinierung der ausländischen Vatikanvertretungen die Kongregation *pro Negotiis Ecclesiasticis extraordinariis,* welche zugleich die erste Sektion des Staatssekretariats bildete. Ihr stand der Sekretär der Kongregation vor, der oft auch als vatikanischer Außenminister bezeichnet wird.[230]

[226] Vgl. Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 212f. Die Anerkennung der päpstlichen Souveränität ist allerdings bis heute nicht unumstritten.
[227] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 70.
[228] Nach der Erfahrung von 1870 wollte man die Dauerhaftigkeit der diplomatischen Beziehungen sichern, indem man sie der „permanenten Entität“ des Heiligen Stuhls und nicht der „weltlichen Entität“ des Vatikanstaates zuordnete. Vgl. Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 230.
[229] Weber, Statistik: Weltbevölkerung, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, 1979, 11.
[230] Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 30-35.

b) Das Staatssekretariat

Das *Secretariatus Status* [231] ist die zentrale Verwaltungsbehörde des Heiligen Stuhls. Sie steht an der Spitze der kurialen Dikasterien und entspricht aufgrund ihrer Zuständigkeiten einer Kombination aus Bundeskanzleramt und Außenministerium.[232] Innerhalb der römischen Kurie bildet sie jene Behörde, „die am engsten dem Papst bei der Ausübung seiner höchsten Gewalt zur Seite steht.“[233] Als ‘zweitem Mann‘ nach dem Papst obliegt dem Kardinalstaatssekretär als ihrem Leiter die Vertretung des Pontifex nach innen und außen.[234] Diese Stellung wird schon dadurch sichtbar, dass er bei Staatsbesuchen „gleich nach dem Papst die politischen Gespräche mit dem ausländischen Gast führt.“ Ebenso unterschreibt er im Auftrag des Papstes sämtliche offizielle Noten, Dokumente und Telegramme.[235] Seit der Kurienreform von 1908 ist das Staatssekretariat in drei Sektionen unterteilt.[236] Die erste Sektion bildete wie bereits oben erwähnt die *Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten*. In ihren Zuständigkeitsbereich fallen alle außenpolitischen Fragen. Dazu zählte die Pflege der diplomatischen Beziehungen zu den anderen Staaten, die Vorbereitung von völkerrechtlichen Abkommen, die Teilnahme an internationalen Konferenzen aber auch Bischofsernennungen. Diese Sektion trug auch die Verantwortung für die Auswertung der politischen Nuntiaturberichte. Folglich fiel dieser Abteilung auch die Ausgabe und Weitergabe der entsprechenden Weisungen an die päpstlichen Auslandsvertretungen zu.[237] Die zweite Sektion befasste sich mit den ordentlichen

---

[231] Da diese Einrichtung traditionell von Kardinälen bekleidet wird, hat sich die Bezeichnung Kardinalstaatssekretariat eingebürgert.

[232] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 76.

[233] WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Die Römische Kurie, Staatssekretariat, http://www.vatican.va/roman_curia/secretariat_state/documents/rc_seg-st_12101998_profile_ge.html (09.10.2011).

[234] Vgl. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls, 2007, 76.

[235] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 31.

[236] „Am 19. Juli 1814 rief Pius VII. die *Heilige Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten* ins Leben und erweiterte somit die Kongregation *Super negotiis ecclesiasticis regni Galliarum*, die von Pius VI. im Jahre 1793 gegründet worden war. Papst Pius X. hat mit der Apostolischen Konstitution *Sapienti Consilio* vom 29. Juni 1908 die *Heilige Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten* aufgeteilt und die jeweiligen Kompetenzen der drei Sektionen festgelegt: die erste Sektion war wesentlich für die außerordentlichen Angelegenheiten zuständig, die zweite für die ordentlichen Angelegenheiten, die dritte schließlich, die früher eine eigenständige Behörde gewesen war *(Kanzlei der Apostolischen Breven)*, hatte die Aufgabe, die Päpstlichen Breven vorzubereiten und zu versenden.“ WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Die Römische Kurie, Staatssekretariat, http://www.vatican.va/roman_curia/secretariat_state/documents/rc_seg-st_12101998_profile_ge.html (09.10.2011).

[237] Da man die Nuntien nach kirchlichem Verständnis nicht vorrangig als Botschafter, sondern als Teil der Hierarchie sieht – „sie handeln gleichzeitig in der weltweiten kirchlichen Binnenstruktur als verlängerter Arm des Kirchenoberhaupts gegenüber den jeweiligen Ortskirchen“ – unterstehen sie der zweiten Sektion des Staatssekretariats. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 31.

kirchlichen Angelegenheiten. Unter der Leitung des sogenannten Substituts kümmerte sie sich um die Bewältigung der alltäglichen Amtsgeschäfte. In ihre Zuständigkeit fiel auch die Veröffentlichung der *Acta Apostolicae Sedis* sowie des *Annuario Pontificio*. Neben diesen innerkirchlichen Aufgaben regelte sie zudem den Verkehr mit den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaften. Der dritten Sektion kam die Vorbereitung und Versendung der päpstlichen Breven zu. Diese Untergliederung des Staatsekretariats hatte bis zur kleinen Kurienreform von Paul VI. bestand.[238]

c) Die Nuntiatur

Schon seit dem frühen 16. Jahrhundert übt der Heilige Stuhl das aktive Gesandtschaftsrecht durch die Entsendung von Vertretern für diplomatische Tätigkeiten in verschiedene Staaten aus.[239] Den ordentlichen, ständigen Vertreter des Heiligen Stuhls bei der Regierung eines anderen Staates nennt man Apostolischen Nuntius. Er steht im Rang eines bevollmächtigten Ministers. Der Heilige Stuhl unterscheidet zudem noch zwischen Inter- bzw. Pronuntien und Apostolischen Delegaten.[240] Die Nuntien werden vom Staatssekretariat ausgewählt, dem sie für die Dauer ihrer diplomatischen Tätigkeit auch verantwortlich sind. Man greift dabei mit Vorliebe auf ein Reservoir an Absolventen der päpstlichen diplomatischen Akademie zurück. Eine vatikanische Kaderschmiede, aus der bereits mehr als 80 Kardinäle und fünf Päpste hervorgegangen sind.[241]

Entsprechend der Doppelköpfigkeit des Heiligen Stuhls als kirchliche und quasi-staatliche Einrichtung ist auch der Amtscharakter des Nuntius mehrdeutig. Als päpstliche

---

[238] Vgl. Heribert F. Köck, Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls. Dargestellt an seinen Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen, Berlin 1975, 166-168. Paul VI. kam mit der Apostolischen Konstitution *Regimini Ecclesiae Universae* vom 15. August 1967 den Richtlinien des Zweiten Vatikanischen Konzils nach und reformierte die Kurie grundlegend. Im Zuge dieser Reform erhielt auch das Staatssekretariat ein neues Gesicht. So wurde die dritte Sektion *(Kanzlei der Apostolischen Breven)* aufgehoben, und die frühere erste Sektion, die *Heilige Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten* in eine vom Staatssekretariat zwar unterschiedene, aber mit ihm eng verbundene Behörde umgewandelt. Diese erhielt den Namen *Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche.* Johannes Paul II. hat am 28. Juni 1988 die Apostolische Konstitution *Pastor Bonus* promulgiert, mit der er im Zuge einer Kurienreform das Staatssekretariat in zwei Sektionen unterteilte: Die *Sektion für die Allgemeinen Angelegenheiten* und die *Sektion für die Beziehungen mit den Staaten*; in diese ist der *Rat für die Öffentlichen Angelegenheiten der Kirche* aufgegangen. Auf diese Weise wurden einerseits die Einzigartigkeit, andererseits die differenzierte Eigenart des Dienstes, den das Staatssekretariat dem Papst zu leisten hat, gewährleistet. WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Die Römische Kurie, Staatssekretariat, http://www.vatican.va/roman_curia/secretariat_state/documents/rc_seg-st_12101998_profile_ge.html (09.10.2011).

[239] Vgl. Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 214.

[240] Vgl. Weber, Statistik: Weltbevölkerung, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, 1979, 20.

[241] Vgl. Feldkamp, Geheim und effektiv, 2010, 100. Die *Accademia dei Nobili Ecclesiastici,* welche als „Westpoint des vatikanischen Beamtentums" gilt, wurde 1701 gegründet. Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhl, 2007, 85.

Instanz vor Ort ist er die zentrale Anlaufstelle für alle kirchlichen Angelegenheiten, die einer Behandlung in Rom bedürfen. Das Kirchenrecht von 1917 gibt zudem unverhohlen zu verstehen, dass der Apostolischen Vertretung auch eine Kontrollfunktion zukommt: „*In territorio sibi assignato advigilare debent in Ecclesiarum statum et Romanum Pontificem de eodem certiorem reddere*."[242] Die Nuntien fungieren somit als nationale Verlängerung der Kirchenspitze und veretreten den Papst als religiöses Oberhaupt der Katholiken vor Ort. Sie nehmen deshalb in der kirchlichen Hierarchie eine Art Bindeglied zwischen weltkirchlicher und diözesaner bzw. nationaler Ebene ein. Zugleich sind sie auch Teil der offiziellen vatikanischen Diplomatie und als Gesandte des Heiligen Stuhls wie jeder andere Botschafter bei der entsprechenden Regierung akkreditiert, wo sie traditionell als Doyen des diplomatischen Corps auftreten.[243] Hudal beschreibt die päpstlichen Nuntien daher als „*Zwittergestalten mit halb religiösem, halb politischem Auftrag*".[244]

Unterstützt werden die Nuntien in ihrer Tätigkeit von vorhandenen katholischen Einrichtungen. Darin liegt die Besonderheit der päpstlichen Diplomatie. In Staaten, zu denen der Heilige Stuhl keine diplomatischen Beziehungen unterhält, verfügt der Heilige Stuhl schon alleine durch die kirchliche Infrastruktur – sofern vorhanden – über die Möglichkeit, diplomatische Kontakte zur jeweiligen Regierung herzustellen oder landesspezifische Informationen zu beschaffen. So sind die katholischen Oberhirten in jedem Land der Erde angehalten, mindestens alle fünf Jahre dem Papst einen *ad-limina*-Besuch abzustatten.[245] Bei dieser Gelegenheit unterrichten sie den Papst über die neuesten Entwicklungen in ihren Diözesen. Die Ergebnisse werden dem Papst in Form eines Quinquennalberichts schriftlich hinterlegt. Dieses Zusammenspiel von kirchlicher und diplomatischer Infrastruktur ist möglicherweise der Grund, weshalb die personellen Ressourcen im diplomatischen Dienst sehr knapp bemessen sind. Nicht zuletzt wegen dieser im Vergleich zu den Botschaften der meisten Staaten dünnen Personaldecke „hängen Informationsbeschaffung, Lagebeurteilungen, Verhandlungen und letztlich auch außenpolitische Entscheidungen … von zufälligen persönlichen Qualitäten einzelner Diplomaten ab." [246]

---

[242] Benedictus/Papa XV, Codex iuris canonici. 1917, 59, can. 267 § 1/2. Eigene Übersetzung: „*Sie müssen in dem ihnen zugeteilten Territorium den Zustand der Kirche beobachten und dem Papst darüber gewissenhaft berichten*."

[243] Haule spricht sogar von einer dreifachen Vertretung: „Er vertritt den Papst nicht nur als Oberhaupt des Heiligen Stuhls und des Vatikanstaats, sondern er repräsentiert den Papst auch als Oberhaupt der Katholischen Kirche in der lokalen Katholischen Kirche." Haule, Der Heilige Stuhl, 2006, 217f.

[244] Alois Hudal, Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs, Graz u. Stuttgart 1976, 269.

[245] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 26.

[246] Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls. 2007, 84; Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan. 2004, 25.

1.3.2. Der Apostolische Nuntius als zentrale Schnittstelle der vatikanisch-österreichischen Diplomatie in der Ära Seipel

> „*Il nuovo Nunzio non mancherà di tener pure informata la Santa Sede sulla situazione generale del paese nei suoi riflessi con gl'interessi della Chiesa*."[247]

Als Engel-Janosi in seinem Standardwerk „Vom Chaos zur Katastrophe" meinte, die österreichischen Diplomaten wären nicht die einzige Verbindung zwischen dem Heiligen Stuhl und Wien gewesen und dabei auf die Apostolischen Nuntien verwies, deutete er bereits den historischen Wert der Nuntiaturarchive an. Der damalige Forschungsstand und die Unzugänglichkeit der Bestände ließen tiefgreifendere Untersuchungen allerdings ins Leere laufen, weshalb Janosi in Bezug auf den internen Schriftverkehr des Heiligen Stuhls resignierend feststellte: „ignoramus et ignorabimus".[248] Die Öffnung des Archivs von Pius XI. im Jahr 2006 hat die historiographische Ausgangslage nun deutlich verändert. Doch trotz des mittlerweile ungehinderten Quellenzugangs stellen sich der jüngeren Vatikanforschung Hindernisse in den Weg. Der gewaltige Quellenkorpus ist noch unzureichend erschlossen, weshalb es an Referenzwerken mangelt. Diese bestehen aufgrund der Exklusivität eines so großen Quellenkorpus in einem noch sehr bescheidenen aktuellen Forschungsstand. Es mangelt vor allem an grundlegenden behördengeschichtlichen Untersuchungen zur römischen Kirchenzentrale und ihren Auslandsvertretungen in der Zwischenkriegszeit. Indessen hat gerade die Stellung des Apostolischen Nuntius in der vatikanischen Außenpolitik großen Einfluss auf die einzelnen nationalen Vatikanbeziehungen. Ein wichtiger Teil des diplomatischen Auftrages bestand in der Beobachtung der landesinternen Entwicklungen. Die Nuntien waren angehalten, den Heiligen Stuhl ständig über die neuesten Entwicklungen in Kenntnis zu setzen. Nach welchen Gesichtspunkten sie dabei vorgingen, ist aufgrund von erhaltenen Instruktionen für die Nuntien Francesco Marchetti-Selvaggiani[249] (1871-1951) und Enrico Sibilia[250] (1861-1948) leicht nachvoll-

[247] ASV/AdNdV, Karton 860, fol. 91v. Auszug aus den Instruktionen an Nuntius Enrico Sibilia. Eigene Übersetzung: „*Der neue Nuntius wird es nicht unterlassen, den Heiligen Stuhl über die allgemeine Lage des Landes mit ihren Auswirkungen auf die Interessen der Kirche zu unterrichten.*"

[248] Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 26.

[249] Francesco Marchetti-Selvaggiani schlug nach dem Universitätsstudium der Mathematik eine priesterliche Laufbahn ein und studierte Theologie im Collegio Capranica, wo er ein Studienkollege Eugenio Pacellis war. Unmittelbar nach der Priesterweihe folgte der Eintritt in den diplomatischen Dienst. Seine erste Station war Washington. Danach blieb er längere Zeit im deutschsprachigen Raum. Zunächst als Auditor in der Nuntiatur München, von dort wechselte er als Nuntius nach Bern und bis 1922 vertrat er den Heiligen

ziehbar.[251] Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass ein derartiges Vademekum aber keineswegs zur offiziellen Ausstattung eines Nuntius gehörte.[252] Auch für den letzten österreichischen Nuntius der Zwischenkriegszeit, Gaetano Cicognani, lassen sich keine vergleichbaren Anleitungen des Heiligen Stuhls dokumentieren. Weshalb gerade diese beiden Nuntien mit Instruktionen auf ihre Aufgabe vorbereitet wurden, ist unklar. Immerhin handelte es sich dabei um sehr brauchbare Informationen über das Land und seine spezifischen Besonderheiten, die jedem Gesandten zum Vorteil gereicht hätten.[253] Beide Instruktionen weisen dabei sichtbare Parallelen auf und ähneln sich auch im inhaltlichen Aufbau, wodurch davon ausgegangen werden kann, dass die jüngeren Instruktionen eine Aktualisierung der älteren darstellten. Enrico Sibilia bekam zum Antritt seiner diplomatischen Mission gleich zwei Instruktionen mit. Neben seinen eigenen überreichte man ihm auch jene seines Vorgängers zur Lektüre, um sich bestmöglich auf die vorherrschenden Bedingungen einstellen zu können.[254] Den ersten Teil bildet ein kurzer historischer Abriss vom Zusammenbruch der Monarchie bis zur aktuellen politischen Situation der jungen Republik. Die historische Darstellung fiel trotz ihres Umfangs nur sehr allgemein aus und war um eine ausgeglichene Sachverhaltsdarstellung bemüht. Ebenso enthielten die Instruktionen eine Beschreibung des politischen Systems, um den Nuntius mit den rechtsstaatlichen Einrichtungen der Republik vertraut zu machen. Danach widmete sich das vatikanische Dokument jenen Aspekten, die in den Berichten des Nuntius besondere Berücksichtigung finden sollten. Der Gesandte sollte sein Hauptaugenmerk auf folgende Bereiche legen: *I. Relazioni tra Chiesa e Stato, II. Sistemazione delle Diocesi, III. Brevi*

Stuhl in Wien. Im selben Jahr wurde er zum Sekretär der Kongregation *Propaganda Fide* ernannt. Nach der Kardinalsernennung im Jahr 1930 wurde er 1948 Dekan des Kardinalkollegiums. Ekkart Sauser, Francesco Marchetti-Selvaggiani, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 17, Herzberg 2000, 1286f.

[250] Enrico Sibilia stammte aus einer hochkirchlich gut vernetzten Familie und genoss eine aristokratische Ausbildung. Die Priesterweihe erhielt er 1884 durch seinen Onkel Biegio Sibilia. Erste diplomatische Erfahrungen sammelte Sibilia mit wenig Erfolg in Südamerika. Aufgrund von gesellschaftlichen Spannungen folgte 1913 seine Abberufung aus Chile. Von 1914 bis 1922 wirkte er als Vikar des Erzpriesters von Santa Maria Maggiore. 1922 wurde er in die Nuntiatur Wien berufen. Dort blieb er bis 1936 im Amt und kehrte mit allen Ehren zurück nach Rom. Im Konsistorium vom 1935 wurde er zum Kardinal erhoben. Die Aufsetzung des Biretts nahm der österreichische Bundespräsident Wilhelm Miklas vor. Ekkart Sauser, Enrico Sibilia, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 17, Herzberg 2000, 1292-1293.

[251] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1399-1404, Fasz. 558, fol. 4ff.; ASV/AdNdV, Karton 860, fol. 87ff.

[252] Diese Erkenntnis verdankt der Verfasser einem Gespräch mit dem ausgezeichneten Kenner der deutschen Bestände des Vatikanischen Geheimarchivs Thomas Brechenmacher.

[253] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 860, fol. 90ff. N° 12339, Instruktionen für Nuntius Enrico Sibilia, 17. Jänner 1923.

[254] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 860, fol. 89. Msgr. Pietro Ciriaci an Nuntius Enrico Sibilia, 15. Jänner 1923. Beilage dieses Schreibens waren die besagten Instruktionen.

ecclesiastici, IV. Azione cattolica, V. Partito cristiano-sociale, VI. Interessamento della S.Sede per l'Austria.[255]

> „Daran angeschlossen wurden zwei weitere Anweisungen, die für Nuntius Sibilia neu angefertigt worden waren: Gaetano Kardinal De Lai (+1928) schärfte namens der Konsistorialkongregation dem neuen Botschafter auf vier Seiten ein, angesichts eines bedrohlichen Furors der Kirchengegner und einer deplorablen sittlichen Lage den Eifer des österreichischen Episkopats und Klerus nach Kräften anzufeuern – man war an der Kurie offensichtlich der Meinung, dass die österreichische Kirche eines solchen römischen Ansporns bedurfte. Staatssekretär Gasparri ergänzte die Ausführungen auf weiteren sechs Seiten um Hinweise auf aktuellste Entwicklungen im Land: wie die Bemühungen Bundeskanzler Ignaz Seipels um eine Stabilisierung der Finanzen sowie den Stand der Verhandlungen um die Diözese Brixen. Beide Gutachten beschworen die Gefahr „di socializzazione e di laicizzazione" Österreichs."[256]

Auffallend ist an den vatikanischen Vorgaben, dass sie dem Nuntius bei der Bewerkstelligung seiner Arbeit weitgehend freie Hand ließen. Die Instruktionen waren demnach mehr als Leitfäden denn als konkrete Dienstanweisungen konzipiert. Es finden sich dementsprechend weder formale Auflagen für die Berichtabfassung, noch Kriterien, was die Intensität der Berichterstattung anging. Der hohe Grad an Selbstständigkeit der Nuntien schlug sich auch im gesamten Prozess der Berichterstattung nieder. Die Berichte waren mangels interner Korrektiven und nicht zuletzt aufgrund der sehr dünnen Personalausstattung stark von den individuellen Qualitäten der jeweiligen Geschäftsträger abhängig.[257] Diese große Gestaltungsfreiheit der Gesandten hatte nicht nur Auswirkungen auf die Qualität der Berichte, sondern betraf auch alle vorausgehenden Tätigkeiten wie die Informationsbeschaffung. Aufgrund fehlender normativer Richtlinien lassen sich deshalb über den gesamten Geschäftsgang und insbesondere die Meldetätigkeit nur sehr wenig gesicherte Aussagen treffen. Da die komparative Nuntiaturforschung für diesen Zeitabschnitt noch in den Kinderschuhen steckt, sind wissenschaftliche Erkenntnisse vorerst noch ausstehend.[258] Zu den wichtigsten Informationsquellen der Nuntien zählten zweifellos die Zei-

---

[255] „*I) Beziehung zwischen Kirche und Staat, II) Diözesanordnungen, III) kirchliche Briefe und Schreiben, IV) Katholische Aktion, V) Christlichsoziale Partei, VI) Bemühungen des Heiligen Stuhls für Österreich*". ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1399-1404, Fasz. 558, fol. 12v. Die beiden Instruktionen sind weitgehend ident unterscheiden sich aber in einigen Punkten. Die angeführte Aufzählung befand sich etwa nur in den Instruktionen für Marchetti-Selvaggiani.

[256] Rupert Klieber, Repräsentanten, Impulsgeber, Störenfriede? Die Nuntien der Ära Papst Pius XI. in Wien, in: Hubert Wolf, Hg., Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 121), Paderborn u.a. 2012, 136.

[257] Vgl. Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan, 2004, 25; Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls. Eine Einführung, 2007, 84.

[258] An dieser Stelle sei noch einmal auf den bereits zitierten Tagungsband Hubert Wolfs verwiesen, der sich vertiefend mit dieser Thematik beschäftigt und auch auf Österreich Bezug nimmt. Siehe Hubert Wolf, Hg.,

tungen, in welchen sich die öffentliche Meinung am einfachsten einfangen ließ. Nicht minder bedeutend war das Zusammenspiel mit den Mitarbeitern vor Ort. Als Außenposten „in fremder Umgebung" war der Nuntius in hohem Maße auf „Insiderwissen und Informationen" seiner lokalen „Untergebenen" angewiesen. Wie die Verfolgung des Tagesgeschehens in der Praxis tatsächlich abgelaufen ist – insbesondere die persönliche Zusammenarbeit mit seinem wichtigsten Mitarbeiter, dem Auditore –, kann nur im Rahmen einer behördengeschichtlichen Untersuchung der Wiener Nuntiatur geklärt werden, wozu es bisher ebenfalls noch nicht gekommen ist.[259] Historisch am besten fassbar bleibt deshalb der Nuntius selbst, weshalb die vorliegende Arbeit einen sehr personenbezogenen Zugang aufweist. Der gesamte administratorische Apparat, der dem Nuntius zugearbeitet hatte, entzieht sich somit weiterhin einer wissenschaftlichen Betrachtung, wodurch der Konzentration auf den päpstlichen Gesandten noch größere Bedeutung zukommt. Gerade die neuzeitliche Nuntiatur-Forschung hat aber gezeigt, wie wertvoll eine biographische und netzwerksgeschichtliche Annäherung hierbei sein kann.[260] Im weiteren Verlauf der Arbeit wird an einer Reihe von Beispielen zu sehen sein, welch eminenten Einfluss das persönliche Moment im Verhältnis des Nuntius zu Seipel auf die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl haben konnte.

In der Zeit als Ignaz Seipel der Christlichsozialen Partei als Parteiobmann und der österreichischen Bundesregierung als Bundeskanzler vorstand, übten Marchetti-Selvaggiani und Enrico Sibilia ihr Amt als Nuntius in Österreich aus.[261] Die beiden Italiener entstammten alten Adelsfamilien. Der Aufenthalt des späteren Kardinaldekans Marchetti-Selvaggiani in Wien war allerdings nur ein kurzes Gastspiel. In seiner Amtszeit begleitete er die junge Republik durch die Phase der mühevollen wirtschaftlichen Konsolidierung. Deren vorläufigen Abschluss mit der Genfer Sanierung erlebte er als Nuntius allerdings

---

Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 121), Paderborn u.a. 2012.

[259] Vgl. Roger Liggenstorfer, Netzwerke, Strategien und Risiken von Nuntien – das Beispiel Domenico Passionei, in: Daniel Büchel u. Volker Reinhard, Hg., Die Kreise der Nepoten. Neue Forschungen zu alten und neuen Eliten Roms in der frühen Neuzeit (Freiburger Studien zur Frühen Neuzeit 5), Bern u.a. 2001, 49. Einen idealtypischen Eindruck über den Arbeitsalltag Nuntius Sibilias erhält man in der Weihnachtsbeilage des Neuigkeits-Welt-Blattes (Seite 7). Siehe DAW, Bischofsakten Innitzer, Kass. 15, Fasz. 8.

[260] Vgl. Liggenstorfer, Netzwerke, Strategien und Risiken von Nuntien, 2001, 54.

[261] Zu den Wiener Nuntien existieren kaum biographische Aufzeichnungen. Grundlegendes findet sich bei Donato Squicciarini, Die Apostolischen Nuntien in Wien. 2. Aufl., Vatikanstadt 2000. Zusätzlich gibt es eine kurze italienische Biographie zu Enrico Sibilia. Da diese aus der Feder seines Neffen stammte, ist für die historische Interpretation Vorsicht geboten. Siehe Salvatore Sibilia, Il Cardinale Enrico Sibilia. Un diplomatico della Santa Sede (1861-1948), Roma 1960. Die neueste biographische Abhandlung über die Wiener Nuntien während des Pontifikats Pius' XI. stammt von Rupert Klieber. Siehe Ders., Repräsentanten, Impulsgeber, Störenfriede, 2012, 129-144.

nicht mehr mit. Ende 1922 wurde er in die *Sacra Congregatio de Propaganda Fide* berufen.[262] Seine fachliche Kompetenz erlaubte ihm innerhalb von nur zwei Jahren zu einem Kenner der österreichischen Verhältnisse zu werden, auf dessen Urteil die Kurie gelegentlich vertraute.[263] Von Vorteil waren ihm dabei seine Deutschkenntnisse.[264] Entsprechend der kriegsbedingten Notlage Österreichs, thematisierte er in seinen Berichten vorwiegend die wirtschaftliche Verfassung des Landes. Die detaillierten Auseinandersetzungen deuten auf ein großes wirtschaftliches Verständnis des Nuntius hin. Einen großen Stellenwert nahmen in seinen Schilderungen auch außenpolitische Aspekte ein. Es gelang ihm, die schwierige Lage Österreichs innerhalb des neuen europäischen Staatengefüges plausibel darzulegen. Häufig legt er seinen Berichten auch Zeitungsartikel bei. Nicht selten finden sich darunter auch ausländische Blätter. Marchetti-Selvaggiani bewies zugleich eine hohe Sensibilität bei der Einschätzung der politischen Lage Österreichs. Besonders die heftige Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung im Zuge der Währungssanierung verfolgte er wachsam. Mit erstaunlichem Weitblick stufte er die Qualität der politischen Auseinandersetzung bereits 1922 als besorgniserregend ein und warnte vor einer Radikalisierung und einer falschen Weichenstellung. Indirekt verantwortlich für diese Entwicklungen machte er die Präsenz eines Geistlichen in höchsten Regierungsämtern. Ausschlaggebend für diese Haltung waren aber weniger politische Überlegungen als die Erkenntnis, dass Seipel aufgrund seines Priesterstandes zu einer noch stärkeren Polarisierung der Lager beitragen könnte. Im Kapitel 3.1. wird der Wahrnehmung des politischen Aufstieg Seipels aus der Sicht des vatikanischen Diplomaten noch ausführlicher nachgegangen werden. Es darf allerdings vorweggenommen werden, dass Marchetti diese Meinung gegen die Haltung des Kardinalstaatssekretariats vertreten hat.[265] Dass dieser Warnung möglicherweise auch persönliche Motive zugrunde lagen, kann nicht ausgeschlossen werden. Allerdings gibt es für eine solche Annahme keinerlei Hinweise. Quellenbelege, die über das persönliche Verhältnis der beiden Würdenträger Auskunft geben, sind leider äußerst dünn gesät. Den Seipeltagebüchern zufolge, kamen persönliche Kontakte meist nur im Rahmen offizieller Veranstaltungen vor. Da sich sowohl im Seipelnachlass

[262] Vgl. Squicciarini, Die Apostolischen Nuntien in Wien, 2000, 302.
[263] Siehe Kapitel 3.8., 251.
[264] Bezeugt werden können seine Sprachkenntnisse durch das Urgieren der bayerischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl, welche bei der Neubesetzung für die Münchner Nuntiatur einen deutschsprechenden Diplomaten bevorzugt hatte und in diesem Zusammenhang Marchetti vorschlug. Vgl. Georg Franz-Willing, Die bayerische Vatikangesandtschaft 1803-1934. München 1965, 141.
[265] Siehe Kapitel 3.1., 168; ASV/AES Austria-Ungheria, Pos. 818 P.O., Fasz. 14, fol. 23r-24r. N° 3068, Nuntiaturbericht, 24. Oktober 1922; Ebda., fol. 25. N° 9160, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 3. November 1922.

als auch im Nuntiaturarchiv keine persönliche Korrespondenz finden lässt, dürfte das Verhältnis Seipels zu Marchetti-Selvaggiani über den formellen Rahmen nicht hinaus gekommen sein.

In diesem Punkt unterschied er sich deutlich von seinem Nachfolger. Enrico Sibilia entwickelte sich sehr rasch zu einem großen Bewunderer des österreichischen Bundeskanzlers. Die Berichte des Nuntius lesen sich deshalb an manchen Stellen wie Loblieder auf den politischen Führer des österreichischen Katholizismus.[266] Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich in den Nuntiaturberichten seiner gesamten Wirkperiode keine einzige Kritik am Priesterkanzler finden lässt. Die Hochachtung vor Seipel steht in engem Zusammenhang mit der gelungenen Konsolidierung der Staatsfinanzen. Dass dieses Werk von einem Geistlichen ausging, machte auf den Nuntius einen großen Eindruck. Hinzu kam eine breite Übereinstimmung in kirchenpolitischen Ansichten.[267] Diese Gesinnungsverwandtschaft spiegelte sich auch im Verhältnis der beiden Priester wider. Schon bei einer rein äußerlichen und quantitativen Betrachtung der Beziehung lassen sich eindeutige Unterschiede ausmachen. Während Treffen des Kanzlers mit Marchetti-Selvaggiani meist nur im Rahmen von kirchlichen Festlichkeiten und staatlichen Empfängen stattgefunden haben, blieb der Kontakt zu Enrico Siblia nicht nur auf offizielle Anlässe beschränkt. Zwar bewahrte sich das Verhältnis stets seinen ‘offiziellen‘ Charakter, doch entwickelte sich zwischen den beiden eine solide Vertrauensbasis. Dies lässt sich daran erkennen, dass der persönliche Kontakt auch nach Seipels ‚aktiver‘ Zeit als Politiker weiterhin aufrecht erhalten wurde.[268] Dass die persönliche Komponente im Verhältnis zum Nuntius eine wesentliche Rolle spielte, lässt sich auch aus der privaten Korrespondenz ablesen. Die Briefe Sibilias an Seipel zeichneten sich allesamt durch wohlwollende Gesinnung und großen Respekt aus. Nicht selten trugen sie paternalistische-fürsorgliche Züge, wenn vom Gesundheitszustand des Prälaten die Rede war. Während einer Erkrankung ‘befahl‘ ihm der Nuntius sogar, nicht jeden Morgen das Haus zu verlassen, um die Heilige Messe zu zelebrieren! Stattdessen empfahl er dem Patienten die Messe im Zimmer zu bege-

[266] Im Jänner 1924 vermerkte er als Abschlussnotiz in einem Nuntiaturbericht: „*Del resto Mgr. Seipel si mostra sempre quale degnissimo ecclesiastico e come vero uomo di Stato*.” ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 516. N° 69/1830, Nuntiaturbericht, 28. Jänner 1924, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Im übrigen zeigt sich Msgr. Seipel immer als hochwürdigster Priester und wahrer Staatsmann*.“

[267] Über die politische Haltung des Nuntius vgl. Kapitel 3.6.

[268] Im Ergebniskapitel „Ignaz Seipel – Ein ‚Mann Roms‘ im Bundeskanzleramt?“ findet sich eine detaillierte Auflistung der wichtigsten Interaktionen zwischen Nuntius und Seipel.

hen.[269] Zudem riet er ihm die Anrufung des 1992 heiliggesprochenen Ezechiel Moreno.[270] In ähnlicher Weise nahm auch der Wiener Erzbischof am labilen Gesundheitszustand Seipels Anteil. Als es im Dezember 1930 darum ging den kränkelnden Prälaten zu strengerer Schonung zu ermahnen, fand Kardinal Piffl sehr eindringliche Worte: „*Folgen Sie mir nicht bloß als Ihrem aufrichtigen Freunde, der es immer mit Ihnen gut gemeint hat, folgen Sie diesmal auch im Gehorsam Ihrem Bischof, der um Ihre uns allen teure Gesundheit bangt u. der im Namen des Katholischen Volkes von Österreich diese Bitte an Sie stellt.*“[271] Verbunden waren diese gutgemeinten Ratschläge mit der Erinnerung, dass man in ihm „*ein direktes Werkzeug in der Hand der Vorsehung“* sehe, um *„Österreich vor dem sicheren Zerfalle“* zu bewahren.[272] Unverkennbar verbarg sich hinter dieser Beschwörung die Sorge, den begabten Priester für die Politik zu verlieren. Welche hohen Erwartungen der Nuntius in Seipel hatte, fasste er in einem Brief an den Politiker zusammen:

> „*Io penso che dell'opera tanto sapiente dell'E.V. ha molto bisogno ancora questa cara Nazione: ed è perciò che prego sempre il Signore affinché Le ridoni nuove forze e Le conceda lunga vita per potersi dedicare nuovamente come per il passato, al bene della Chiesa e dell'Austria.*“ [273]

Aus der Sicht Seipels lässt sich die Beziehung zum Nuntius hingegen schwieriger beurteilen. Eine Beschreibung des Apostolischen Nuntius durch Seipel ist nicht überliefert. In seinen Briefen an Sibilia begegnet er dem Ranghöheren stets mit dem geschuldeten Respekt und lässt dabei an formeller Höflichkeit nichts missen. Obwohl der Schriftverkehr streckenweise auch amikale Züge trägt, blieb es stets ein Arbeitsverhältnis. Dazu war das

---

[269] Zu dieser Mahnung wurde der Nuntius durch Seipels „*tanti e buoni amici di Vienna”* angeregt, welche Sibilia über die leichtsinnige Missachtung seiner Gesundheit informierten. Sie verlangten vom päpstlichen Vertreter, „*che io* [Enrico Sibilia] *Le* [Ignaz Seipel] *ordinassi di non uscire di Casa il mattino per celebrare la Santa Messa perché i Medici dicono esserLe ció dannoso.”* DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 44r-45v. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 17. Dezember 1930. Eigene Übersetzung: „*dass ich ihm befehlen solle, das Haus am Morgen nicht zu verlassen, um die Heilige Messe zu feiern, da die Ärzte dies für zu schädlich erachteten.*“

[270] Ezechiel Moreno y Dias (1848-1906) war ein spanischer Augustiner, der als Missionar zunächst auf den Phillippinen und dann in Kolumbien wirkte, wo er sich um die Beendigung des Bürgerkriegs vedient machte. Er wurde 1992 von Papst Johannes Paul II. heiliggesprochen. WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Ezechiele Moreno y Diaz (1848-1906), http://www.vatican.va/news_services/liturgy/saints/ns_lit_doc_19921011_moreno-y-diaz_it.html (17.4.2012).

[271] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 22v. Friedrich G. Kardinal Piffl an Ignaz Seipel, 9. Dezember 1930.

[272] Ebda., fol. 22r.

[273] Ebda., fol. 51. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 17. November 1929. Eigene Übersetzung: „*Ich denke, dass diese teure Nation noch immer sehr großen Bedarf an dem weisen Werk Eurer Exzellenz hat. Und deshalb bitte ich immer den Herrn, dass er Ihnen neue Kräfte schenke und ein langes Leben gewährte, um sich von Neuem, wie in der Vergangenheit, dem Wohl der Kirche und Österreichs widmen zu können.*“

Verhältnis zu sehr auf berufliche Belange beschränkt. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Einhaltung der Etikette nicht auch ein gewisses Vertrauensverhältnis zuließ. Die Nuntiaturberichte zeigen, dass Seipel dem Diplomaten tiefe Einblicke in seine Amtsgeschäfte gewährte. Außerdem hatte er auch keine Scheu, wenn es darum ging, dem Nuntius persönliche Dinge anzuvertrauen. So blieb es dem Vatikangesandten nicht verborgen, dass die vorangig gegen Seipel zielende Kirchenaustrittspropaganda dem Priester seelisch sehr zusetzte.[274]

Enrico Sibilia erwies sich somit in vielen Dingen für Ignaz Seipel geradezu als Idealbesetzung eines Nuntius. Mit Sibilia saß ein Mann in der päpstlichen Vertretung, der ihn beinahe verehrte und in kirchenpolitischen Dingen seine Ansichten teilte. Seipel konnte sich somit darauf verlassen, dass diese Haltung auch gegenüber der Kurie vertreten wurde. Diese Form der Zusammenarbeit erlaubte nicht nur der römischen Kirchenführung Einblicke in die österreichischen Regierungsgeschäfte, sondern bewirkte indirekt auch eine effektivere Feinabstimmung der politischen Vorhaben mit den Vorstellungen der Kurie. Zumindest erhöhte sich durch dieses Nahverhältnis Seipels Sensibilität für vatikanische Akzentsetzungen in politischen Fragen. Folglich ergaben sich für beide Seiten nützliche Synergien. Im Sinne einer objektiven und unabhängigen Berichterstattung konnte dieses Naheverhältnis für den Heiligen Stuhl auch von Nachteil sein. Nahm man dadurch nicht in Kauf, sich die Sicht zu sehr auf die Perspektive Seipels einschränken zu lassen? War nicht gerade Enrico Sibilia mit seiner großen Verehrung für den Priesterkanzler besonders gefährdet, seine kritische Distanz zu verlieren? Hinzu kam ein zweites Manko, welches den päpstlichen Repräsentanten für Beeinflussungen leicht anfällig werden ließ. Enrico Sibilia verfügte nur über unzureichende Deutschkenntnisse, was seine Kommunikation sehr einschränkte.[275] Gleichzeitig stieg dadurch die Abhängigkeit von seinen Beratern.[276] Er war dadurch nicht in der Lage, sich abseits von Seipels Einflusskreis ein persönliches Netzwerk aufzubauen und blieb daher oft auf die Meinungen seines Umfelds angewiesen.[277] Sehr eigenwillig ging der Nuntius hingegen bei der Beurteilung

[274] Vgl. Kapitel 4.3.1., 329.
[275] Klieber, Repräsentanten, Impulsgeber, Störenfriede, 2012, 136.
[276] In einem vertraulichen Brief an den Gurker Bischof Adam Hefter äußerte sich Alois Hudal sehr abwertend über das direkte Umfeld des Nuntius. Er sah Sibilia „*durch klerikale Intriganten beeinflusst*". ADG, Bischofsakten Hefter, Karton 20, Fasz. „Resignation", Alois Hudal an Bischof Adam Hefter, 23. Februar 1933.
[277] Vgl. Walter M. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, Die Christlichsoziale Partei in der Ersten Republik Österreich, in: Hubert Wolf, Hg., Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 121), Paderborn u.a. 2012, 267. Aufgrund fehlender personengeschichtlicher Untersuchungen ist über das soziale

von Personen vor. Um etwa die Qualifikation von Politikern zu bewerten, genügte dem Nuntius als entscheidendes Kriterium „*il punto religioso*“. Wie fixiert Sibilia auf die Religiosität einer Person bei der Beurteilung war, zeigt seine Beschreibung des von Seipel sehr geschätzten Sektionschefs Schüller.

> „*Capo Sezione nel detto Ministero per gli affari commerciali, ebreo, ma un buon ebreo con tendenza a farsi cattolico, come già ha fatto un suo fratello. Fu lo Schüller che per ordine di Mgr. Seipel si occupò con intelletto d'amore della riduzione ferroviaria a favore dei poveri bambini ungheresi nel 1924.*“[278]

Um die Katholizität einer Person zu beschreiben, kannte Sibilia sogar eigene Beurteilungskategorien. Diese reichten vom praktizierenden Katholiken, über den „*buono cattolico*“ oder „*eccellente cattolico*“ zum „*ottimo cattolico*“. Eine Steigerung war nur einem Politiker vorbehalten, dessen Religiosität außer Frage stand. Einzig Ignaz Seipel wurde der Superlativ „*ottimo prelato*“ zuteil.[279]

Über diese Unzulänglichkeiten des eigenen Abgesandten war man sich in Rom wohl bewusst. Es gibt zumindest Anzeichen dafür, dass Sibilias Berichte nicht immer für bare Münze genommen wurden. Bis sich diese Einsicht im Vatikan aber durchgesetzt hatte, sollte noch einige Zeit verstreichen. Erst 1928 wurde die Kirchenleitung in Rom aufgerüttelt. Auslöser war ein Artikel in der französischen Zeitschrift *Nouvelles religieuses* vom 1. Juli 1928, der ein düsteres Bild über die religiöse Situation Wiens malte.[280] Darin wurden die bisherigen Darstellungen des Nuntius, der diesem Thema bisher nur sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatte, geradezu konterkariert. Richtig losgetreten wurde die Angelegenheit allerdings erst, nachdem sich auch die *Reichspost*[281] diesem Thema an-

---

Umfeld Enrico Sibilias nur wenig bekannt. Quellen- und Literaturbefunde lassen jedoch darauf schließen, dass P. Konstantin Hohenlohe (vgl. Anm. 1253) und P. Josef Tongelen zu den engsten Vertrauten des Diplomaten zählten. Anlässlich des Endes der diplomatischen Mission Sibilias, kam eine kirchliche Zeitschrift auf diese Kontakte zu sprechen. Dort hieß es u.a.: „*Auch Kardinal Sibilia war immer froh, daß unser Meister Tongelen ihm so manchen Dienst leistete in der Betreuung zahlreicher Angelegenheiten der Apostolischen Nuntiatur*.“ DAW, Innitzer Kass. 15, Fasz. 8 (Nuntiatur), Fasz. „*1936 der neue Nuntius Cigognani*“. Zeitungsausschnitt. Über Sibilias Verhältnis zu Tongelen vgl. Sibilia, Il Cardinale Enrico Sibilia, 1960, 113-115.

[278] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 8. o.Nr., Nuntiaturbericht, 26. Jänner 1930. Eigene Übersetzung: „*Der Sektionschef im besagten Handelsministerium, Jude, aber ein guter Jude mit der Tendenz katholisch zu werden, wie es schon sein Bruder gemacht hat. Es war Schüller, der im Auftrag Msgr. Seipels sich mit herzhafter Intelligenz für die Ermäßigung der Eisenbahn für die armen ungarischen Kinder 1924 eingesetzt hat.*“

[279] Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 266.

[280] Das Staatssekretariat konfrontierte den Nuntius erst im September 1928 mit diesem Artikel. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 4. N° 2023/28, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 9. September 1928.

[281] Die *Reichspost* war das christlichsoziale Pendant zur *Arbeiterzeitung*. Obwohl sie sich im Gegensatz zum sozialdemokratischen Blatt nicht im Eigentum der Partei befand, macht ein Blick auf die Besitzverhältnisse ihre politische Nähe deutlich. „Die *Reichspost* erfuhr seit 1905 massive finanzielle Unterstützung

nahm und am 4. Jänner 1929 offizielle Zahlen über die Kirchenaustritte veröffentlichte.[282] Dieser und ein am selben Tag im Abendblatt der *Neuen Freien Presse* erschienener Artikel veranlassten den chilenischen Gesandten in Österreich, einen mit 12. Jänner 1929 datierten Bericht über die "antireligiöse Bewegung" Wiens an sein Außenamt zu verfassen.[283] Dort übergab man den Bericht „*El movimento antireligioso en Viena*" an die Nuntiatur in Santiago de Chile, von wo das Schreiben am 18. März 1929 an das Kardinalstaatssekretariat weitergeleitet wurde. Der chilenische Nuntius zeigte sich über die antiklerikale Berichterstattung sehr verwundert, die behauptet hatte, dass die katholische Kirche in Frankreich und Deutschland die zivile Ehescheidung bereits akzeptiert hätte.[284] In Rom dürfte man über die Wiener Verhältnisse bereits unterrichtet gewesen sein. Denn am 23. März 1929, also noch bevor das Schreiben aus Chile in Rom eintraf, wurde Nuntius Sibilia ein „*promemoria riguardante la situazione religiosa a Vienna*" mit der Aufforderung zugeschickt, es auf seine Richtigkeit hin zu überprüfen.[285] Abgesehen davon, dass man sich von der Begutachtung des Lageberichtes durch den Nuntius eine Zweitmeinung einholen wollte, hatte die Konfrontation mit dem Material wohl auch einen 'pädagogischen Zweck' zu erfüllen. Auch wenn die Dienstanweisung aus Rom ohne Zurechtweisungen auskam, verbarg sich dahinter gleichsam ein Fingerzeig, dass auch Nuntien einer Aufsicht unterlagen. Zumindest lässt sich aus der weiteren Reaktion Sibilias ableiten, dass er sich durch die ihm zugespielten Dokumente herausgefordert fühlte. Bei der besag-

---

durch den österreichischen Pius-Verein, der auf Initiative des Jesuitenpaters Viktor Kolb ins Leben gerufen worden war. [...] Im Handelsregister firmierte die *Reichspost* als 'Verein Herold'; Ehrenpräsident dieses Vereins war Kardinal Piffl, Vorsitzender seit 1919 kein geringerer als Prälat Ignaz Seipel persönlich. Chefredakteur Funder, selbst ein ehemaliger Priesterseminarist, wurde bald zum loyalen Gefolgsmann Seipels, später unterstützte er die autoritäre Linie von Dollfuß." Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 266.

[282] Vgl. *Reichspost*, 4. Jänner 1929, 1. Dieser Artikel wurde von der nationalen Presse freudig aufgegriffen und sorgte sogar im Ausland für Aufsehen. Vgl. Kapitel 3.5., 197f.

[283] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 388ff. Chilenische Gesandtschaft in Wien an das Außenministerium in Santiago, 12. Jänner 1929, Abschrift.

[284] Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1929, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 13. N° 1380, Nuntiaturbericht (Chile), 18. März 1929. Der chilenische Nuntius bezog sich hierbei auf die *Neue Freie Presse*, welche angesichts der alarmierenden Austrittszahlen in der Abendausgabe vom 4. Jänner 1929 die österreichische Kirchenführung mit der Frage konfrontierte, „*ob nicht ein zeitgemäßes Entgegenkommen in manchen Fragen, die in anderen Ländern bereits längst gelöst worden sind, am Platze wäre.*" Gleich im Nachsatz wird klar, dass dieser Appell auf die Einführung der Scheidung abzielte. „*Schließlich hat sich die katholische Kirche sowohl in Deutschland wie in Frankreich mit zeitgemäßen Ehegesetzen abgefunden. Dort hat sich die Möglichkeit ergeben, zwar die religiösen Ideale aufrechtzuerhalten und trotzdem eine innere Versöhnung mit den fortschrittlichen Strömungen anzubahnen." Neue Freie Presse*, Abendblatt, 4. Jänner 1929, 1. Der Wiener Nuntius vermutete hinter dieser Aktion des chilenischen Botschafters den versteckten Versuch, die Scheidung auch in Chile einführen zu wollen. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 385-387, N° 387/10920, Nuntiaturbericht, 15. Mai 1929, Abschrift.

[285] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 377. N° 78458, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 23. März 1929. In der Beilage des Schreibens befand sich das besagte Promemoria. Dabei handelte es sich um einen italienischen Bericht mit dem Titel „*Critica situazione religiosa a Vienna*". Der Bericht wurde mit dem handschriftlichen Vermerk „A" versehen.

ten Beilage (Beilage A) handelte es sich um einen unsignierten Bericht vom März 1929 mit dem Titel „*Critica situazione religiosa a Vienna – i pericoli del bolscevismo – rimedi*“. In den Regesten des entsprechenden Faszikels der Staatssekretariatsbestände wird das Dokument jedoch Luigi Faidutti[286] (1861-1931) zugeschrieben.[287] In weiterer Folge wurden noch weitere Dokumente nach Wien gesandt, die zu den religiösen Verhältnissen Wiens Stellung nahmen. Um Verwechslungen zu verhindern, versah man die vier, dem Nuntius zur Beurteilung vorgelegten Schriftstücke mit roten handgeschriebenen Buchstaben von A bis D, die in weiterer Folge als Gutachten A, B, C oder D bezeichnet werden. Das Gutachten A langte mit dem Schreiben vom 23. März als erste der Beilagen in Wien ein. Faidutti beschrieb darin die derzeitige Wiener Situation mit sehr drastischen Worten. Die religiöse als auch politische Stabilität Wiens sah er durch einen langsam um sich greifenden Bolschewismus stark bedroht. In einem historischen Vergleich mit der Türkenbelagerung bezeichnete Faidutti die Kommunisten als die Türken der Gegenwart, „*che con intendimenti e violenze anche peggiori, al soldo del bolscevismo russo, tendono a ridurre Vienna e l'Austria al giogo bolscevica per farne un centro formidabile e favorevolissimo di feroce dominio ed di sfacciata propaganda all'Estero.*“[288] Der Verfasser unterschied dabei nicht zwischen Kommunisten, Bolschewisten, Sozialisten oder Sozialdemokraten, da er die verschiedenen Definitionen ohnehin nur für graduelle Abstufungen der gleichen dahinterstehenden Ideologie hielt. Denn auch die Sozialdemokraten des rechten Flügels „*sono essi pure bolscevichi nell'anima, e la logica inesorabile delle dottrine, ... e la forza*

[286] Luigi Faidutti war ein italienisch-österreichischer Priester und Politiker. Nach der Eingliederung von Venetien und Friaul in das italienische Königreich wurde er italienischer Staatsbürger. 1880 wurde er in das Zentralseminar in Görz aufgenommen, wodurch er auch in den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft kam. 1884 erfolgte die Priesterweihe. Von 1885 bis 1888 wurde er durch seinen Bischof ins Frintaneum entsandt. 1888 promovierte er an der Universität Wien zum Doktor der Theologie. Später war er Professor am Seminar in Görz. Nebenbei engagierte er sich politisch in der christlichsozialen Bewegung in Görz, wo er sich sehr bald zur führenden Persönlichkeit herausbildete. Er gründete zunächst eine Raiffeisenbank in Capriva und wurde 1900 erster Präsident der *Banca friulana*. Ab 1907 war er Abgeordneter des Reichsrates in Wien für die Christlichsoziale Reichspartei. Diese Funktion hatte er bis zum Ende der Monarchie inne. 1913 wurde er zum Landeshauptmann von Görz gewählt. Während des Krieges engagierte er sich in der Flüchtlingshilfe. Am Ende des Krieges verweigerten ihm italienische Nationalliberale und Faschisten die Einreise nach Friaul. 1924 wurde er vom Heiligen Stuhl als Uditore für die Nuntiatur in Kaunas, Litauen, bestellt. Vgl. Heinz Frankl u. Peter G. Tropper, Hg., Das „Frintaneum“ in Wien und seine Mitglieder aus den Kirchenprovinzen Wien, Salzburg und Görz (1816-1918). Ein biographisches Lexikon, Klagenfurt, Laibach u. Wien 2006, 222-224.

[287] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, 846, 847, 848 P.O., Fasz. 20, fol. 67. Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1929, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 17r-20v. N° 78458, „*Critica Situazione religiosa a Vienna"* (Beilage A), März 1929.

[288] Ebda., fol 17r. Eigene Übersetzung: „*die mit Absicht und Gewalt, vom Geld des russischen Bolschewismus unterstützt, Wien und Österreich unter das bolschewistische Joch zu zwingen versuchen, um daraus ein außergewöhnliches und günstiges Zentrum einer schrecklichen Herrschaft und unverschämter Propaganda für das Ausland machen wollen.*“

dell'oro, che Mosca profonde a piene mani, faranno il resto."[289] Langsam aber stetig würde der schädliche Einfluss des Bolschewismus so immer tiefer in die österreichische Gesellschaft eindringen und dabei in Konkurrenz zu den katholischen Strukturen treten. Zuletzt hätten die Sozialisten sogar versucht, an den Universitäten Fuß zu fassen. Besonders beängstigend hielt der Bericht jedoch die Versuche, die Schul- und Jugenderziehung unter sozialdemokratische Kontrolle zu bekommen, was einem das Herz Bluten lassen würde („*fanno sanguinare il cuore*").[290] Mangels finanzieller Mittel sei es aber schwierig, den Sozialdemokraten wirkungsvoll entgegenzutreten. Danach beurteilte der Bericht die Regierungsarbeit Ignaz Seipels. Dem Bundeskanzler wurde angerechnet, dass er die Gefahr erkannt habe und auch gewillt sei, dagegen vorzugehen. Der deutschnationale Koalitionspartner würde ihn in kirchenpolitischen Fragen jedoch weitgehend behindern, wodurch seine Verbesserungsvorschläge in den Kommissionen stecken blieben („*migliori proposte di sanamento si arenano nelle comissioni*").[291]

Ein ebenfalls positives Zeugnis wurde dem österreichischen Episkopat ausgestellt. Dieser hätte nach Meinung des Verfassers die Schwierigkeit der Lage gut eingeschätzt und sei auch bereit, sich der Bedrohung entgegenzustellen. Besondere Erwähnung fand die Maßnahme Kardinal Piffls, in allen Kirchen Wiens gleichzeitig Messen lesen zu lassen und die Gläubigen zum Gebet für die Kirche aufzurufen. Positiv äußerte sich der Bericht auch über die Tätigkeit der *Katholischen Aktion*, die er mit einer Phalanx für den Glauben verglich. Ungeachtet dieser Bemühungen wollte Faidutti auch die Schattenseiten nicht verschweigen. Er bezeichnete den steigenden sozialdemokratischen Einfluss als ausgestreutes Gift mit nachhaltigen Folgen. So hätten seit dem Kriegsende bereits 130.000 Gläubige die katholische Kirche verlassen. Begünstigt würde diese Entwicklung in Wien durch einen erheblichen Mangel an religiöser Infrastruktur. In manchen Bezirken sei das Seelsorger-Gläubige-Verhältnis so schlecht, dass man von einer Seelsorge gar nicht mehr sprechen könnte („*è difficile parlare d'una cura d'anime nel vero senso*"). Kranke und Sterbende könnten nicht einmal mehr seelsorgerisch betreut werden, weshalb der Bischof begonnen habe, die Pfarren neu zu strukturieren. Angesichts dieser Zustände wäre es umso notwendiger, dass diese Mängel mit Hilfe der Laien kompensiert würden. Bei dieser Gelegenheit hob Faidutti noch einmal die Notwendigkeit der *Katholischen Aktion* hervor,

[289] Ebda., fol. 17rf. Eigene Übersetzung: „*sind im Innersten reine Bolschewisten, und die hoffnungslose Logik ihrer Lehren ... und die Kraft des Goldes, das Moskau aus vollen Händen um sich wirft, wird den Rest erledigen*."
[290] Ebda., fol. 17v.
[291] Vgl. ebda., fol. 18.

welche die Seelsorger spürbar entlasten würde. Zum Abschluss erinnerte der Bericht an das bevorstehenden 300jährige Jubiläum Marco Avians, an den sich immer mehr Wiener wenden würden, um für den Glauben des Landes zu beten.[292]

Nur wenige Wochen später wurde Sibilia abermals mit einer ähnlich pessimistischen Einschätzung der Wiener Verhältnisse (Beilage B) konfrontiert.[293] Gemeinsam mit dem bereits erwähnten chilenischen Gesandtschaftsbericht (Beilage C) und dem Brief des chilenischen Außenministeriums an die Nuntiatur in Santiage de Chile (Beilage D) fand der mehrseitige Bericht über die religiöse Situation in der österreichischen Bundeshauptstadt in der Weisung vom 18. April 1929 seinen Weg in die Wiener Nuntiatur. Erneut wurde Sibilia vom Staatssekretariat um eine Stellungnahme in dieser Causa angehalten.[294] Der mehrseitige italienische Lagebericht (in weiterer Folge als Gutachten B bezeichnet) stieß in dasselbe Horn wie Beilage A (bzw. Gutachten A). Wie ernst der unbekannte Gutachter die Lage in Wien beurteilte, kommt schon im ersten Satz zum Ausdruck, als der Verfasser feststellte: „*Il socialismo viennese é marxismo e bolscevismo*."[295] Dieser Befund bezog sich auf eine Aussage Otto Bauers, wonach 9 % der Forderungen und Grundlagen der Sozialdemokraten marxistisch seien. Die Wiener Sozialisten waren für den Verfasser die 'Musterschüler Moskaus', welche mit dem Ziel einer „*totale bolscevicizzazione*" einen systematischen Terrorismus in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens betreiben würden.[296] In diesem Zusammenhang nannte der Bericht die gezielte Kirchenaustrittspropaganda der linken Presse, welcher bereits 130.000 Katholiken gefolgt wären. Ebenso wurde der prekären Wiener Seelsorge-Situation eine Mitverantwortung für diesen hohen Katholikenschwund zugeschrieben. Neben den kämpferischen Parolen, die sich vorwiegend gegen die Sozialdemokratie richteten, schlug das Gutachten aber auch optimistische Töne an. So zog der Bericht große Hoffnungen aus einer im Entstehen befindlichen religiösen Erneuerung Wiens, die sich im gut besuchten Kirchgang bemerkbar gemacht hätte.

---

[292] Vgl. ASV/ Segreteria di Stato, 1929, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 19r-20v. N° 78458, „*Critica Situazione religiosa a Vienna"* (Beilage A)*,* März 1929.
[293] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 380-381v. „*La situazione a Vienna"* (Beilage B), o.D., Abschrift.
[294] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 384. N° 79124, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 18. April 1929. Dass die Schriftstücke C und D ebenfalls Beilagen derselben Weisung waren, geht aus dem Folgebericht des Wiener Nuntius hervor. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 385. N° 387/10920, Nuntiaturbericht, 15. Mai 1929, Abschrift.
[295] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 380. „*La situazione a Vienna* (Beilage B), o.D., Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Der Wiener Sozialismus ist Marxismus und Bolschewismus.*"
[296] Sibilia ortete diesen sozialdemokratischen 'Terrorismus' in folgenden Bereichen: „*Lo provano: il terrorismo nel Parlamento, al Comune, nelle amministrazioni, nelle scuole, negli ospedali, nelle associazioni, nelle pubbliche vie e piazze …*" Eigene Übersetzung: „*Sie proben den Terrorismus im Parlament, in der Gemeinde, in der Verwaltung, in den Schulen, in den Krankenhäusern, in Vereinen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen…*" Ebda., fol. 380.

Ungeachtet dessen würde es in Wien weiterhin an Priestern und Kirchen fehlen. In diesem Befund stimmte der Bericht mit Gutachten A überein. Auch im Hinblick auf die *Katholischen Aktion* kam die Expertise zu einer ähnlichen Beurteilung. Lobend wurden ihre unterstützenden Leistungen im Bereich der Seelsorge herausgestrichen. Dennoch ging der Verfasser nicht davon aus, dass die Katholiken die genannten Bedrohungen alleine bewältigen werden können. Seiner Meinung nach bedürfte es einer tatkräftigen Unterstützung von Seite der Politik. Die Beschreibung der politischen Verhältnisse nahm folglich den größten Teil des Berichts in Anspruch. Als Hauptproblem sieht der Verfasser die Schwächung der Christlichsozialen Partei nach dem Untergang des Habsburgerreiches, wodurch es den Sozialisten möglich wurde, ins Wiener Rathaus einzuziehen. Dementsprechend gäbe die derzeitige politische Lage wenig Anlass zur Freude. Umso bedauerlicher wäre deshalb der Rücktritt Seipels. Die Ursachen für die Demission schrieb der Verfasser in erster Linie der mit satanischem Eifer („*con zelo satanico*") geführten Kirchenaustrittspropaganda der Sozialdemokraten zu, welche diesen folgeschweren Schritt des Priesters verursacht hätte. Dass die kirchenfeindliche Propaganda nach seinem Abgang Seipels tatsächlich eingestellt werde, wie von oppositioneller Seite avisiert worden sei, wollte der Verfasser nicht glauben. Allerdings stand der Bericht auch dem Kurs des Priesterkanzlers nicht ganz kritiklos gegenüber: [297]

> „*Mgr. Seipel, integro e indefesso, salvò più volte il partito e la situazione, ma, o perchè non abbastanza sicuro della compattezza dei suoi, e molto meno degli alleati del momento, o perché il suo carattere mite ed ottimista lo induceva ad evitare nuovi conflitti, ed a blandire piuttosto che a mortificare gli avversarii, si limetava alla difesa delle posizioni e del programma quando sarebbe stato opportuno concedere alla vivacità degli elementi giovanili più ampia libertà d'azione, sia pure all'infuori del Parlamento e dei partiti.*"[298]

Nicht, wie man annehmen könnte, warf man dem Altkanzler ein zu hartes und unnachgiebiges Vorgehen gegen die Sozialdemokraten vor, sondern im Gegenteil, man attestierte ihm vielmehr Konfliktscheu im Umgang mit dem ideologischen Gegner. Gerade was die Verteidigung religiöser Interessen betraf, wünschte sich der Bericht mehr als das blo-

[297] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 381rf. Im Kapitel 3.3. wird noch ausführlicher vom Rücktritt Seipels die Rede sein.

[298] Ebda., fol. 380v. Eigene Übersetzung: „*Msgr. Seipel, anständig und unermüdlich, rettete schon viele Male die Partei und die Situation, aber ,sei es, weil der Zusammenhalt seiner Parteigänger unsicher ist und noch mehr jener mit den derzeitigen Verbündeten, oder weil er wegen seines friedliebenden und optimistischen Charakters dazu neigte, einerseits weitere Konflikte zu vermeiden,und andererseits dem Gegner eher zu schmeicheln als ihn zu demütigen, beschränkte er sich jedenfalls darauf, nur Positionen und das Parteiprogramm zu verteidigen, obwohl es von Vorteil gewesen wäre, der vitalen Energie der jüngeren Elemente einen breiteren Betätigungsrahmen zu gönnen, und sei es nur außerhalb des Parlaments oder der Partei*."

ße Halten alter Positionen, zumal er den Spielraum für eine offensive Kirchenpolitik aufgrund des gegebenen Rückhalts durch Episkopat und Apostolischen Nuntius für groß genug befand.

> „*Nè è a dire, che in una lotta così decisiva circa beni supremi, Mgr. Seipel abbia potuto contare sull'aiuto dell'Em.mo Card. Piffl e degli altri Ecc.mi Vescovi, evitando anche da questo lato l'isolamento, che opprime e sconforta. Se è in quanto poi gli sia stato dato di profittare dei consigli dell'Ecc.mo Monsignor Nunzio ciò poteva e doveva dipendere dalla natura delle questioni e dal prudente consiglio di entrambi; ma è certo che in così difficili contingenze, se Mgr. Seipel ha curato i necessari contatti, data anche la sua indole e la docibilità, difficilmente avrà potuto mancargli il prezioso ausilio di direttive e norme di sì autorevole fonte.*"[299]

Die Wiener Nuntiatur reagierte auf diese Kritik vorerst mit Schweigen. Erst als man Sibilia am 6. Mai per Telegramm anwies, endlich auf die beiden Gutachten (Beilage A und B) zu reagieren, kam Bewegung in die Sache.[300] Noch am selben Tag verfasste der Säumige die eingeforderte Stellungnahme.[301] Wenig überraschend, spielte Sibilia die Glaubwürdigkeit der beiden Berichte entschieden herunter und ging selbst in die Offensive über. Er bezeichnete die Argumentation der beiden Dokumente für stark übertrieben, wobei er Beilage B für besonders überzogen hielt. Jede andere Reaktion des Nuntius wäre schier einem Teilgeständnis gleichgekommen, oder hätte ihn zumindest in erheblichen Erklärungsnotstand gebracht. Schließlich hatte Sibilia in seinen Berichten die religiöse Situation Wiens bisher nur wenig und auch dann nur auf Nachfrage berührt.[302] Indem er beiden Gutachten aber unterstellte, den Heiligen Stuhl absichtlich in die Irre führen zu wollen, griff er zum schwersten Geschütz, welches ihm zur Verfügung stand. Diese aggressive Vorgehensweise zeigt letztlich, wie sehr der Nuntius mit dem Rücken zur Wand stand.

> „*... e sembrerebbe diretta da entrambi ad impressionare la Santa sede per fini o scopi reconditi, orpellandoli con la lotta che dovrebbe intraprendersi contro il bolscevismo viennese. Non so, e non desidero saperlo, che ne siano gli autori sebbene questa circostanza renda più difficile scoprirne o indovinarne il loro vero scopo.*

[299] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 380v. Eigene Übersetzung: „*Dazu ist zu sagen, dass Msgr. Seipel in einem so entscheidenden Kampf um die höchsten Güter mit der Hilfe des hochwürdigsten Kardinal Piffls und der anderen hochwürdigen Bischöfe hat rechnen können, um auch von dieser Seite eine bedrückende und entmutigende Isolation zu vermeiden. Ob und inwiefern ihm dann die Ratschläge des hochwürdigen Msgr. Nuntius zuteil wurden, dies konnte und musste abhängen von der Natur der Fragen und vom umsichtigen Rat beider; es ist aber sicher, dass in solch schwierigen Umständen, wenn Msgr. Seipel die nötigen Kontakte gepflegt hat, was angesichts seines Wesens und Folgsamkeit gegeben ist, ihm die unbezahlbare Hilfe der Führung und Anweisung einer so autoritativen Quelle schwer hätte fehlen können.*"

[300] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 391. N° 10886, Telegramm: Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Nuntius Enrico Sibilia, 6. Mai 1929, Abschrift.

[301] Der betreffende Nuntiaturbericht ist wie die telegraphische Aufforderung mit 6. Mai 1929 datiert. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 392. N° 386/10890, Nuntiaturbericht, 6. Mai 1929, Abschrift.

[302] Der Nuntius nahm zu den Austrittszahlen erstmals am 15. Dezember 1928 Stellung. Schon damals kam der Bericht nur infolge des Drängens Roms zustande. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 385.

(…) *e forse anche fra loro d'intesa – il primo più apertamente, il secondo alquanto meno – sull'imperiosa necessità di aver abbondanti mezzi pecuniarli dall'estero per fronteggiare la propaganda bolscevica a Vienna: ma nel B trasluce ancor più un qualche altro obbiettivo (oltre quello personale comune a entrambi) diretto forse a vantaggio di qualche Congregazione Religosa in Vienna e questo dubbio sarebbe vieppiù fondato nel caso che B ne fosse un membro.*"[303]

Besonders hart ging er mit dem B-Dokument ins Gericht. Mit diesem vordergründig sachlich argumentierenden Bericht glaubte er hinsichtlich der Glaubwürdigkeit in größter Konkurrenz zu stehen, weshalb er ihn als hinterlistigen Versuch einer geistlichen Kongregation aus Wien zu demaskieren versuchte, auf unlautere Weise finanzielle Mittel im Kampf gegen den Bolschewismus lukrieren zu wollen. Inhaltlich ging er trotz der geharnischten Kritik nur wenig auf den Bericht ein. Demonstrativ zerpflückte er aber den einleitenden Satz der Beilage B, wonach der Wiener Sozialismus nichts anderes als Bolschewismus wäre. Der ansonst um ähnliche Vergleiche nicht verlegene Nuntius, hielt dem entgegen: „*Tale tesi con tutta certezza può qualificarsi per erronea, o per lo meno assolutamente esagerata.*"[304] Denn unter Berufung auf Altkanzler Seipel, Bundepräsident Miklas und Erzbischof Piffl könne er mit ruhigem Gewissen sagen, dass der Bolschewismus in Wien „*è ben lontano dal raggiungere i suoi ideali su Vienna*".[305] Vielmehr sei das Gegenteil der Fall. Von einigen Ordensvertretern ließ sich der vatikanische Diplomat bestätigen, dass es sogar erste Anzeichen für ein neues religiöses Erwachen in Wien geben würde. Somit bräuchten auch die Kirchenaustrittszahlen, die von der sozialistischen Presse künstlich aufgebauscht würden, nicht zu alarmieren. Außerdem erinnerte der Nuntius daran, dass „*è la scoria che esce*".[306] In ähnlich aggressiver Manier fiel auch die Stellungnahme des Nuntius zu den Beilagen C und D aus. Schützend stellte sich Sibilia vor Österreich und trat vehement gegen alles auf, was man in Rom nur ansatzweise als Kritik an den derzeitigen politischen Verhältnissen verstehen könnte. Dass Enrico Sibilia

[303] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 392f. N° 386/10890, Nuntiaturbericht, 6. Mai 1929, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*…und es scheint direkt von beiden, als wolle man den Hl. Stuhl mit verborgenen Absichten und Zwecken erschüttern, geblendet vom Kampf, der gegen den Wiener Bolschewismus geführt werden sollte. Ich weiß nicht und will es auch nicht wissen, wer die Autoren dieser Schreiben waren, obwohl dieser Umstand es erschwert, ihren wahren Zweck besser aufdecken zu können. (…) und vielleicht sind beide darauf aus – beim Ersten offensichtlicher, beim Zweiten etwas weniger – mit gebieterischer Notwendigkeit, reichlich finanzielle Mittel aus dem Ausland zu erlangen, um der bolschewistischen Propaganda in Wien entgegentreten zu können: aber in B scheint noch ein anderer Zweck durch (zusätzlich zu dem, der beiden* [Dokumenten] *gemeinsam ist), vielleicht zum Vorteil für irgendeine religiöse Kongregation in Wien; dieser Zweifel ist mehr für B begründet, wo es scheint, dass es sich um ein Mitglied handelt.*"

[304] Ebda., fol. 393. Eigene Übersetzung: „*Diese Behauptung kann mit größter Sicherheit als falsch oder zumindest völlig übertrieben betrachtet werden.*"

[305] Ebda., fol. 394. Eigene Übersetzung: „*weit davon entfernt ist, seine Ideale umzusetzen.*"

[306] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 394. Eigene Übersetzung: „*es ist der Abschaum, der geht*"

dadurch seinen diplomatischen Auftrag etwas aus den Augen verloren hatte, kann auch mit Hilfe eines weiteren Quellenbeispiels nachgewiesen werden.

Anlässlich der Absetzung des Wiener Schottenabtes Amand Oppitz infolge einer 1928 stattfindenden Apostolischen Visitation der österreichischen Benediktinerklöster[307] kam es zu einer handfesten Auseinandersetzung zwischen dem österreichischen Nuntius und den von Rom eingesetzten Visitatoren. Die vatikanische Untersuchung, welche von den deutschen Äbten Laurentius Zeller und Simon Landersdorfer im Auftrag der Religiosenkongregation durchgeführt wurde, beanstandete in ihrem Bericht neben zahlreichen klosterinternen Missständen erhebliche Widerstände bei der Durchsetzung der verordneten Reformvorgaben in den österreichischen Klöstern. Die römische Kirchenleitung blieb daraufhin nicht untätig und bereitete alles vor, um gegen die konstatierten Missstände vorzugehen. Nachdem Abt Amand Oppitz, der zugleich Abtpraeses der österreichischen Immakulatakongregation[308] war, abgesetzt wurde, bestellte man die beiden Visitatoren anstelle seiner zu Apostolischen Administratoren „*ad nutum Sanctae Sedis*". Ausgestattet mit allen Vollmachten sollten sie die Umsetzung des Reformdekretes von 1924, den Zusammenschluss aller Benediktinerabteien zu einer Kongregation und die Neukodifizierung der Kongregationsstatuten umsetzen.[309] Der Nuntius wurde über diesen Schritt am 5.

[307] Der Grund für die Visitation war die Überprüfung der Umsetzung des von der Religiosenkongregation 1924 verabschiedeten Reformdekretes. Diese Reform zielte auf eine Verschärfung der Klosterdisziplin und eine Beseitigung der „überholten Erscheinungsformen des barocken Lebensstils" ab. August Leidl, Simon Konrad Landersdorfer (Taufname: Josef) (1880-1971), in: Erwin Gatz, Hg., Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1983, 430. Zu den verordneten Maßnahmen zählte u.a. die Reduzierung der inkorporierten Pfarren, die Errichtung eines eigenen Noviziates, das Tragen des Ordenskleides, eine strenge Klausur usw. Dass es um die Sitten in den österreichischen Klöstern angeblich nicht gut bestellt war, wusste die Religiosenkongregation bereits im Jahr 1923. Diverse Meldungen über die Missstände veranlassten die römische Dikasterie bereits in den Jahren 1923 und 1924 zum Erlass von Dekreten, die die Klosterdisziplin heben sollten. Neben diversen Forderungen erhob man mittels Fragebögen die Zustände vor Ort. Diese eingesandten Antworten waren letztlich ausschlaggebend für die Anordnung der Visitation durch Papst Pius XI. im Jahr 1928. Zu diesem Zeitpunkt stand in Rom schon fest, dass die beiden bestehenden Benediktinerkongregationen zu einer einzigen zusammengefasst werden sollten. Als Visitatoren wurden die Äbte Laurentius Zeller (St. Matthias in Trier) und Simon Landersdorfer (Schleyern) bestellt. Korbinian Birnbacher u. Friedrich Hermann, Die österreichische Benediktinerkongregation vom hl. Joseph 1889-1930, in: Bayerische Benediktinerakademie München, Hg., Germania Benedictina. Die Reformverbände und Kongregationen der Benediktiner im deutschen Sprachraum, Bd. 1., München 1999, 764-767. Neueste Erkenntnisse über die Apostolischen Visitationen in Österreich während des Pontifikats Pius' XI. lässt die Dissertation von Dominik Lorenz erwarten.

[308] Der vollständige Name lautet *Congregatio Austro-Benedictina sub titulo Immaculatae Conceptionis Beatae Maria Virginis* (Österreichische Kongregation von der unbefleckten Empfängnis). Siehe Clemens Lashofer, Die österreichische Kongregation von der unbefleckten Empfängnis (1889 bis 1930). in: Bayerische Benediktinerakademie München, Hg., Germania Benedictina. Die Reformverbände und Kongregationen der Benediktiner im deutschen Sprachraum, Bd. 1., München 1999, 755.

[309] Aufbauend auf den Visitationsergebnissen sollten die beiden Administratoren eine Neuorgansiation der benediktinischen Ordensstrukturen durchführen. Dazu mussten zunächst die beiden bestehenden Kongregationen der Benediktiner, St. Josef und Immakulata, zu einer einheitlichen zusammen geschmolzen werden. Danach sollte ihnen die Administration der neuen Organisation obliegen und mit Hilfe neuer Statuten die

Dezember 1929 in Kenntnis gesetzt. In dem Schreiben begründete man diese Maßnahme mit den „*tristisime condizioni religiose e morali, in cui versa al presente la Repubblica austriaca*“.[310] Noch nie zuvor hatte sich der Heilige Stuhl zu so deutlichen Worten über die Verhältnisse in Österreich hinreißen lassen. Man wollte im Vatikan nicht länger zuwarten, und sah die Zeit reif für einen „*impulso alla rinascità spirituale della intera nazione*“.[311] Ausgangspunkt dieser spirituellen Reform sollten die Benediktinerklöster sein. Im Vatikan versprach man sich von der Intensivierung des kontemplativen Geistes eine neue religiöse Strahlkraft der Klöster, welche auf die restliche Bevölkerung übergehen sollte. Mit besonderem Nachdruck ließ man den Nuntius noch wissen, „*che è volontà del Santo Padre che Ella appoggi validamente l'opera che i sullodati ammistratori svolgeranno in esenzione del sovrano incarico ricevuto*.“[312] Die Eindringlichkeit mit der man dem Vertreter in Wien auf die Angelegenheit eingestimmt hat, spricht dafür, dass man offenbar schon vorab mit erheblichem Widerstand gerechnet hatte. Immerhin warnte bereits der Visitationsbericht des Vorjahres vor subversiven Kräften „*con l'aiuto di persone influenti; per la stampa, e forse anche col l'appoggio di qualche Verscovi*“[313], die gegen die Reform opponieren würden. Man verlangte deshalb von dem Diplomaten in Wien, bei jeder Gelegenheit die Entschlossenheit, mit der der Heilige Stuhl hinter dieser Reform stehe, hervorzustreichen und sich selbst „*energicamente la voluntà del Santo Padre*“[314] verschreiben zu wollen. Die Kurie sollte mit ihren Bedenken hinsichtlich der österreichi-

---

Orden in eine strengere kontemplative Ausrichtung bringen. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 31-33. Promemoria, o.D.

[310] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 20. N° 2779/29, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 5. Dezember 1929. Eigene Übersetzung: „*traurigen, religiösen und moralischen Bedingungen, in welcher sich zur Zeit die Republik Österreich befinde*“ Weiters hieß es in der Weisung: „*L'abbandono sempre piu crescente della chiesa, la dissoluzione della familia, lo sfrenato dilagare del mal costume, l'aromusta spaventoso die casi di apostasia, la propaganda sempre piu andare ed insidiosa delle idee sovversive, rappresentano un tale e si grave pericolo che, se non vi si oppone pronto col energico rimedio minaccia inminute una rovina completa col irreparabile.*“ Eigene Übersetzung: „*Die wachsende Entfremdung von der Kirche, die Auflösung der Familie, das zügellose Grassieren der schlechten Sitten, die erschreckenden Glaubensabfälle und die weiter zunehmende und gefährliche Propaganda von umstürzlerischen Ideen stellen eine solche Gefahr dar, die, wenn man sich ihr nicht sofort mit energischen Mitteln entgegenstellt, eine irreparible Ruine zu hinterlassen droht.*“ Ebda., fol. 20.

[311] Ebda., fol. 20v. Eigene Übersetzung: „*Impuls zur spirituellen Wiedergeburt der ganzen Nation*“

[312] Vgl. ebda., fol. 21v. Eigene Übersetzung: „*dass es der Wille des Heiligen Vaters ist, dass Sie* [der Nuntius] *tüchtig das Werk, das die oben genannten Administratoren entsprechend der Freistellung des souveränen erhaltenen Auftrags ausüben, unterstützen.*“

[313] Vgl. ebda., fol. 21v. Eigene Übersetzung: „*mit Hilfe von einflussreichen Personen; mit der Presse und vielleicht auch der Unterstützung einiger Bischöfe*“ Diese Dienstanweisung ist im Wesentlichen eine Adaption des Visitationsberichtes aus dem Jahr 1929. Viele Passagen des Berichts wurden zeichenident übernommen. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 15-19. N° 2779/29, Promemoria zum Visitationsbericht, 28. November 1929.

[314] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 21v, N° 2779/29, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 5. Dezember 1929. Eigene Übersetzung: „*energisch dem Willen des Heiligen Vaters*“

schen Vorbehalte Recht behalten. Bereits die Antwort des Nuntius vom 20. Dezember 1929 gab einen Vorgeschmack auf die in Österreich vorherrschenden Vorbehalte gegen die Reform. Zunächst meldete der Nuntius Bedenken an, dass die frisch bestellten Administratoren die österreichischen Behörden nicht über ihre zukünftige Tätigkeit in Kenntnis gesetzt hätten. Um einen schlechten Einstand zu verhindern, riet er unbedingt zu einem solchen Vorgehen an. Ein weiterer österreichischer Einwand, den er sichtlich ernst zu nehmen schien, war der Umstand, dass es sich bei den beiden Administratoren um deutsche Staatsbürger handelte![315] Offensichtlich gründeten diese Ressentiments auf österreichischen Argumenten. Auch die nachfolgenden Schilderungen Sibilias über den Zustand der österreichischen Benediktinerklöster sind getragen von einem dezent ablehnenden Unterton im Hinblick auf die bevorstehende benediktinische Strukturreform. So räumt er zwar ein, dass es in einigen Klöstern zu disziplinären Schwierigkeiten gekommen sei, doch hob er dabei den vornehmlich internen Charakter dieser Missstände hervor. Auch von einer breiten Ablehnung des Klerus gegen die Reform, wie es im Visitationsbericht zu lesen sei, hatte der Nuntius nichts mitbekommen. Im Gegenteil, er hatte sogar den Eindruck, dass einige Mönche die Reform freudig begrüßen würden. Geradezu unbegründet empfand er hingegen die Angst, die ihm gegenüber Abt Zeller ausgesprochen hatte, dass einige Bischöfe gegen die Reform mobil machen könnten.[316] Die dramatische Einschätzung der österreichischen Verhältnisse durch die Kurie (Weisung vom 5. Dezember 1929) traf beim Nuntius einen wunden Punkt. Als fühlte er sich dadurch herausgefordert, setzt er zu einer langen Klarstellung an. Der raue Ton verrät dabei, dass hier gewiss auch persönliche Animositäten im Spiel waren.[317] Die Beurteilung der österreichischen Lage durch das Staatssekretariat wies er „*come non imparziale, abbastanza inesatto, molto esagerato, e certamente incompleto*“ zurück.[318]

---

[315] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 24v. N° 432/11495, 20. Dezember 1929. Nuntiaturbericht.

[316] Vgl. ebda., fol. 24v.

[317] Es ist anzunehmen, dass Sibilia die beiden Administratoren hinter den Schilderungen vermutete, denn nur so lässt sich die aggressive Abwehrhaltung des Nuntius erklären. Gegenüber seinen Vorgesetzten hätte er bestimmt einen anderen Ton angeschlagen. Wobei die Annahme, dass der Heilige Stuhl mit der Visitation auch ein anderes Ziel zu verfolgen schien, nicht ganz abwegig erscheint. Der Aufenthalt der beiden deutschen Äbte in Österreich fällt genau in jene Zeit, als der Heilige Stuhl das höchste Interesse für die Vorgänge in Österreich bekundete. Vgl. Kapitel 3.6., 227ff.

[318] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 24-25v. N° 432/11495, Nuntiaturbericht, 20. Dezember 1929. Eigene Übersetzung: „*als nicht unparteiisch, ziemlich ungenau, sehr übertrieben und sicherlich unvollständig.*“ Vehement und detailliert begründete er dabei sein Urteil. Er warf darin sämtlichen pessimistischen Analysen vor, einen ausschließlich zentralistischen Blick zu haben. Die Überbetonung der Probleme Wiens würde demanch zu einem verzerrten Bild führen. *„Inesatto, perche la gravità del male propria di questa sola Capitale si da a credere come estesa all'intera Nazione; mentre invece tutta l'Austria, compresi i poteri centrali di Vienna, sta nelle mani di buoni cattolici e di persone ben pensanti,*

Wie erwartet, ließ man auch von staatlicher Seite nichts unversucht, um sich gegen die beabsichtigte Reform zur Wehr zu setzen. Spätestens als dieses Thema auch die diplomatischen Stellen erreicht hatte, wurde aus einer anfänglich innerkirchlichen Angelegenheit ein Politikum. Die österreichischen Benediktiner verdankten das große politische Interesse für ihr Anliegen weniger einer starken Lobby als vielmehr der Tatsache, dass die Reform tatsächlich auch Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis von Kirche und Staat hatte, wodurch sich auch die Regierung Schober verpflichtet fühlte, gegen Teile des Maßnahmenkatalogs in Rom Protest anzumelden. Lässt man die diplomatischen Höflichkeiten außer Acht, liest sich die dem Heiligen Stuhl unterbreitete Note als eine klare Abfuhr für die vatikanischen Reformpläne. Um keinen Zweifel am österreichischen Missfallen aufkommen zu lassen, warnte man Rom vor der ungeheuren finanziellen Belastung, die der Rückzug aus der Seelsorge für die reformierten Klöster bedeuten würde, da sie in der Folge die Kosten für die Weltpriester selbst aufbringen müssten. Ebenso wurde dem Heiligen Stuhl ins Gedächtnis gerufen, dass die österreichischen Gesetze betreffend der äußeren Rechtsverhältnisse der klösterlichen Gemeinschaften lückenhaft und, da aus der Zeit der Monarchie stammend, zum Vorteil der katholischen Kirche seien. Jede Beharrlichkeit des Vatikans könnte daher zum Anlass genommen werden, um den Kulturkampf in Österreich aufs Neue anzuheizen.[319]

---

con eccezione del solo Municipio di Vienna, dove certamente impera il terrorismo marxist-massonico, validamente appoggiato dalla terza internazionale franco-laburista-bolscevica; esagerato, perche tale terrorismo può considerarsi, piuttosto decrescente, e decrescerà ancora, se, come si spera, cesserà la tirannica ed incredibile oppressione economica del laborismo inglese, il quale già trovasi in istato di cadere;" Ebda., fol. 25v. Eigene Übersetzung: „*Ungenau, weil man glaubt, die Schwere des Übels seiner Hauptstadt auf die gesamte Nation ausweiten zu müssen, während dagegen ganz Österreich, inbegriffen die zentralen Mächte von Wien, sich in den Händen guter Katholiken und gut denkender Personen befindet; mit Ausnahme des Rathauses von Wien, wo gewiss der marxistisch-freimaurerische Terrorismus herrscht, wirksam unterstützt von der dritten franco-labour-bolschewistisch Internationalen; übertrieben, weil man diesen Terrorismus im Abnehmen betrachten kann, und er noch weiter abnehmen wird, wenn – so hofft man – die Tyrannei und die unglaubliche wirtschaftliche Unterdrückung des englischen Labourismus aufhört, welcher sich schon im Stadium des Verfalls befindet.*" Diese hier eingeforderte Ausgewogenheit der Berichterstattung lässt Sibilia in seinen Berichten hingegen oft vermissen.

[319] Der österreichische Vatikanbotschafter Kohlruss wurde instruiert, gegenüber der Kurie darauf hinzuweisen, dass es sich bei der geplanten Reform nicht nur um eine kircheninterne Angelegenheit handle, da „*diese dem Vernehmen nach vorliegendenfalls geplanten Massnahmen* [sic!] *derart einschneidender Natur sind, dass sie offensichtlich wohl kaum durchgeführt werden können, ohne dass dadurch auch staatliche Belange berührt werden und die Gefahr unliebsamer Weiterungen auf diesem Gebiet heraufbeschworen wird."* Deshalb müsse es die Aufgabe der österreichischen Regierung sein, so behutsam als möglich, „*dem Hl. Stuhl all jene Momente vor Augen zu führen, die in diesem Zusammenhange die Gefahr von Reibungen in sich bergen und zweifelt die Regierung nicht, dass es der erleuchteten Weisheit des hl. Stuhles gelingen wird, bei Bedachtnahme auf die gegebenen lokalen und staatspolitischerelevanten* [sic!] *Verhältnisse die geplante Aktion in Bahnen zu lenken, die Gewähr bieten, dass dieselbe bei Ausschaltung derartiger Schwierigkeiten zum Besten der geistlichen Stifte ausschlagen werden.*" Dazu gehöre zum Beispiel die Inkenntnissetzung der rechtlichen Bedeutungslosigkeit einer neuen Kongregation. Diese neu entstandene Gesamtorganisation habe keine Chancen auf rechtliche Anerkennung, weshalb „*wenn sie nach aussen hin in rechtlicher Beziehung Wirkungen zu äussern bestimmt wäre, mit den geltenden Bestimmungen des österreichi-*

„Die österreichische Regierung konnte sich bisher damit begnügen hinsichtlich dieser Gesetzeslücke den Standpunkt einzunehmen, dass die seinerzeit während des Konkordates in der einschlägigen Materie erlassenen staatlichen Vorschriften auch heute noch ausreichen. Diese von der Regierung sehr wohlwollend gehandhabten Vorschriften würden aber von gegnerischer Seite, wenn diese Frage wieder einmal die Öffentlichkeit bewegt, kaum als ausreichen [sic!] *befunden und die Frage der Erlassung eines Klostergesetzes wohl von neuem auf die Tagesordnung gestellt werden. Bei der gegenwärtigen Situation im österreichischen Parlament darf aber nicht verkannt werden, dass es weder im staatlichen noch kirchlichen Interesse gelegen wäre, augenblicklich derartige Probleme zur Diskussion zu stellen.“*[320]

Der Heilige Stuhl dachte jedoch nicht daran, seine Entscheidungen zurückzunehmen und hielt weiterhin an der Reform fest. Mit der Absetzung des Schottenabtes Amand Oppitz spitzte sich der Konflikt sogar noch weiter zu. Dem Nuntiaturbericht vom 10. April zufolge suchten die Apostolischen Administratoren Sibilia am Vortag auf, um ihn von der Einsetzung eines Koadjutors in der Schottenabtei in Kenntnis zu setzen. Ihre Wahl fiel auf Pater Peichl, gegen den der Nuntius auch keinerlei Einwände hatte. Er hielt jedoch die Vorgehensweise für völlig unangebracht. Denn die Einsetzung des Koadjutors mit Nachfolgerecht erfolgte ohne Abstimmung des Kapitels. Dieselbe Meinung vertraten nach Meinung des Nuntius auch der Wiener Erzbischof und der Unterrichts- und Kultusminister, welche die deutschen Äbte ebenfalls über Neubesetzung in Kenntnis setzten. Außerdem ließ Sibilia das Staatssekretariat wissen, dass es auch von Seiten des Bundeskanzleramtes starke Vorbehalte gegen diese grobe Maßnahme gebe, die eine lebhafte Erschütterung der öffentlichen Meinung („*ripercussione nel gran pubblico*“) verursachen könnte.[321] Nicht nur in den Zeitungen sondern auch im Parlament würde dieser Vorfall behandelt werden und womöglich zu einer Diskussion über die rechtliche Stellung aller religiö-

---

schen Rechtes nicht vereinbar und sicherlich geeignet, in der weiteren Durchführung heute noch nicht absehbare Schwierigkeiten auszulösen.“ Abschließend erlaubte man sich die innerkirchliche Einwände, wonach ein eine stärkere kontemplative Ausrichtung, den Klöstern ihre *„traditionelle Lebens= und Existenzbedingung zu beseitigen geeignet ist und auch in diesem Belange nicht ohne Rückwirkung auf die staatsrechtlichen Verhältnisse bleiben könnte.*“ ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 30-35. Instruktionen des österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl.

[320] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 35.

[321] Eine ganz ähnliche Beurteilung findet die Absetzung des Abtes in den Stiftschroniken. Ohne auf die Gründe für die Visitation einzugehen, schildert Cölestin Rapf die Abberufung wie folgt: „Die Regierungszeit dieses Abtes fand 1930 ein vorzeitiges Ende; er wurde von den päpstlichen Visitatoren … genötigt, um einen Abtkoadjutor anszusuchen, weil er die seit 1924 angeordnete Klosterreform nicht in der von Rom erwarteten Art und Weise durchgeführt hatte. Der Koadjutor wurde ihm von den Visitatoren in der Person des zweiundvierzigjährigen Religionsprofessors Dr. P. Hermann Peichl *cum jure successionis* zur Seite gegeben und ihm selbst bedeutet, daß er das Stift zu verlassen habe und sich auswärts einen Wohnsitz wählen könne. (…) Diese rigorose Maßnahme wurde in den Tagesblättern fast ausschließlich zugunsten des „gemaßregelten Abtes“ interpretiert.“ Cölestin R. Rapf, Das Schottenstift. Wien u. Hamburg 1974, 86f.

sen Einrichtungen in Österreich führen.[322] Mit dieser Argumentation schlug Sibilia in dieselbe Kerbe wie die staatliche Note. Er gab sich deshalb äußerst pessimistisch, was das weitere Voranschreiten der Reform betraf. Offen ließ er seinen Gedanken freien Lauf:

> „*Tutto considerato, penso che i Rev.mi PP. Abati sullodati non abbiano seguito un buon cammino per iniziare la riforma. Credo subordinatamente che, attese le attuali circostanze, converrebbe restringere la riforma alla sola vita interna dei Monasterie Benedettini…*"[323]

Darüber dürfte man im Staatssekretariat nicht schlecht gestaunt haben. Der eigene Nuntius empfiehlt unverblümt ein gänzliches Umdenken in der 'Reform-Sache', noch dazu, wo man ihn noch im Dezember des vorigen Jahres von der Wichtigkeit dieser Reform informiert hatte. Für sein Verhalten gibt es daher nur zwei Erklärungen. Entweder er glaubte tatsächlich, dass die Reform unter diesen Umständen nicht durchführbar war und wollte deshalb eine Alternative vorschlagen, oder aber er versuchte, die Benediktinerreform gänzlich zu hintertreiben. Der immer stärker werdende Widerstand gegen die Absetzung Oppitz verlangte schließlich eine Suspendierung vorläufigen Beschlusses und die sofortige Rückkehr der Administratoren nach Rom. Dort wurde aufgrund der entstandenen Komplikationen das weitere Vorgehen mit Abtprimas Stotzingen abgestimmt. Begründet wurde dieser drastische Schritt gegenüber dem Kardinalstaatssekretär „*per la forte opposizione specialmente da parte del Governo e la minaccia di gravi complicazioni politiche*"[324]. Von der offiziellen Nominierung Hermann Peichls zum Koadjutor wurde vorerst noch abgesehen. Doch Stotzingen machte Kardinalstaatssekretär Pacelli am 11. April deutlich, dass hier eine rasche Lösung angebracht sei, die gänzlich von der vatikanischen Führung mitgetragen werden müsste. Denn, darin zeigten sich die beiden Administratoren in einem internen Promemoria überzeugt, stehe und falle die gesamte Benediktinerreform mit der Absetzung des Schottenabtes („[é] *fuori ogni dubbio che l'opera della riforma dei monasteri benedettini in Austria ora sta e cade con la causa della badia degli Scozze-*

[322] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 38, N° 456/11808, Nuntiaturbericht, 10. April 1930.
[323] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 38f. N° 456/11808, Nuntiaturbericht, 10. April 1930. Eigene Übersetzung: „*Alles in allem, glaube ich, dass die hochwürdigsten Äbte keinen guten Weg eingeschlagen haben, um die Reform zu beginnen. Ich glaube untertänigst, dass es angesichts der aktuellen Umstände besser wäre, die Reform einzig auf das interne Leben der Benediktinerklöster zu beschränken…*"
[324] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 41. Abtprimas Fidelis Stotzingen an das Kardinalstaatssekretariat, 11. April 1930. Eigene Übersetzung: „*wegen der starken Opposition vor allem von der Regierung und der Gefahr schwerer politischer Komplikationen*"

si…").[325] Dieser Mahnung schloss sich noch die Bitte an, Simon Landersdorfer umgehend im Staatssekretariat zu empfangen, um das weitere Vorgehen mit der Kirchenführung koordinieren zu können:[326]

> „*Una decisione è urgentissima perchè tutta la riforma dell'Ordine, così energicamente voluto dal Santo Padre, è gravemente compromessa. Prima di riferire al Santo Padre pare necessario di sottomettere la gravissima decisione a Vostra Eminenza*."[327]

Im Staatssekretariat fiel das Ansinnen Stotzingens auf fruchtbaren Boden. Man ging sofort daran, ein längeres Telegramm für den Wiener Nuntius aufsetzen zu lassen. Der Note lässt sich entnehmen, dass ihr eine Unterhaltung zwischen Landersdorfer und Pacelli vorausgegangen war. Dabei stand gewiss auch die Rolle des Nuntius zur Diskussion. Immerhin konfrontierte man Sibilia kurz darauf mit neuen Dienstanweisungen, die ihm nur noch wenig Spielraum ließen. Der eigene Gesandte wurde darin einmal mehr an die umfassenden Befugnisse der beiden Administratoren erinnert. Daneben beinhaltete das Schreiben die Bestätigung der Ernennung Hermann Peichls zum „*Coadiutore con futura successione*" (Koadjutor mit Nachfolgerecht). Von dieser Entscheidung sollte Kardinal Piffl, der Schottenabt und die Bundesregierung umgehend informiert werden. Was die von Sibilia genannten Gefahren betraf, dabei bezog man sich auf seinen Nuntiaturbericht, wo er vor möglichen politischen Widerständen warnte, spielte man den Ball nach Wien zurück.

> „*Peraltro, attesi i pericoli prospettati nel Rapporto di V.E. faccio affidamento sulla di Lei opera abile e prudente, sia presso il Governo come presso la stampa cattolica, affinchè detti pericoli siano eliminati.*"[328]

---

[325] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 49, N° 1351/30, Promemoria *Badia benedittina degli Scozzesi …*, 12. April 1930. Bericht der Administratoren über die Absetzung von Abt Oppitz. Eigene Übersetzung: „*es steht außer Zweifel, dass das Werk der Reform der Benediktinerklöster in Österreich jetzt mit der Kausa der Schottenabtei steht oder fällt…*"

[326] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol.41. Abtprimas Fidelis Stotzingen an das Kardinalstaatssekretariat, 11. April 1930.

[327] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 41. Abtprimas Fidelis Stotzingen an das Kardinalstaatssekretariat, 11. April 1930. Eigene Übersetzung: „*Eine Entscheidung ist äußerst dringend, weil die gesamte Ordensreform, die ein so energischer Wille des Heiligen Vaters ist, schwer geschädigt ist. Bevor man dem Heiligen Vater davon berichtet, scheint es notwendig zu sein, diese schwere Entscheidung Ihrer Eminenz zu überlassen.*"

[328] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 42. Eigene Übersetzung: „*Übrigens, betreffend die Gefahren Ihres Berichts, verlasse ich mich auf Sie, geschickt und schlau zu handeln, sei es bei der Regierung als auch der katholischen Presse, damit die genannten Gefahren eliminiert werden.*"

In einem weiteren Schreiben an Kardinal Pacelli vom 14. April wiederholte der Abtprimas die Notwendigkeit einer sofortigen Bekanntgabe der getroffenen Maßnahme. [329] Der Grund für sein Insistieren war ein großes Misstrauen gegenüber dem Apostolischen Nuntius in Wien. Die deutschen Benediktiner befürchteten, Enrico Sibilia könnte seiner Pflicht nicht nachkommen:

> „*Il Revmo Padre Abate D. Simon Landersdorfer teme, che l'Ecc.mo Monsignor Nunzio dimentichi di farlo e che in conseguenza il nuovo Coadiutore si trovi in una situazione molto imbarazzante."*[330]

Zwischen den Zeilen gelesen kann dies als Appell verstanden werden, der Nuntius könnte die Personalentscheidung absichtlich hintertreiben oder gar auf der gegnerischen Seite stehen. Doch auch auf der Gegenseite begann man mit härteren Bandagen zu kämpfen. In seiner Antwort vom 16. April goss der Nuntius weiter Öl ins Feuer. Ebenfalls per Telegramm machte er das Staatssekretariat darauf aufmerksam, dass gerade die derzeitige Situation, die Anwesenheit der Apostolischen Administratoren dringend erfordern würde. Ihre Abwesenheit tadelt er als „*ingiustificabile*" (unentschuldbar).[331]

Einige Tage später erhielt Nuntius Sibilia mächtige Rückendeckung aus Wien. In einem mit 16. April datierten Schreiben äußerte der Wiener Erzbischof ebenfalls scharfe Kritik an der Vorgehensweise der deutschen Administratoren. Als Anlass für sein Schreiben nannte Piffl die Benachrichtigung von der Nominierung Hermann Peichls als Koadjutor durch den Apostolischen Nuntius. Besonders stieß er sich aber an der Darstellung der Ereignisse, wie sie ihm vom Heiligen Stuhl (basierend auf dem Bericht der Administratoren) mitgeteilt wurde, weshalb er sich zu einer Gegendarstellung der Vorfälle aus seiner Perspektive veranlasst fühlte. Darin stellte der Kardinal die Glaubwürdigkeit der vatikanischen Beauftragten massiv in Frage.[332] Neuerliche Kritik an den Administratoren hagelte

---

[329] Das Schreiben ist mit 14. April 1929 datiert. Das Telegramm trägt hingegen den 13. April als Ausstellungsdatum. Aufgrund der Übereinstimmungen dürften sich die beiden Dokumente aufeinander beziehen. Einem der beiden Verfasser scheint jedoch ein Fehler beim Datum unterlaufen zu sein.

[330] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 44. Eigene Übersetzung: „*Der hochwürdigste Pater Abt Simon Landersdorfer fürchtet, dass Exz. Msgr. Nuntius es zu machen vergisst und der neue Koadjutor sich in der Folge in einer sehr peinlichen Situation befindet.*"

[331] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 43.

[332] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 51r-51v. Friedrich Gustav Piffl an das Kardinalstaatssekretariat, 16. April 1930. Laut Kardinal Piffl sei die offizielle Mitteilung des Heiligen Stuhls, wonach die beiden Administratoren aus Schonung vor den Verdiensten des alten Abtes die Ernennung eines Koadjutors nicht intimiert hätten, unrichtig. Denn die beiden hätten ihm schon vor einer Woche unmissverständlich die Bestellung Pater Peichls mitgeteilt. „*Als sie dann sahen, dass die Verfügung in dieser harten Form die für den in Wien in allen Gesellschaftskreisen hochgeschätzten Abt eine wirklich unverdiente Kränkung u. Bloßstellung in der Öffentlichkeit bedeutet, sehr unliebsame Weiterungen haben könnte suspendierten sie ihre dem Schottenabt gemachte Enunciation u. reisten von Wien ab, nachdem sie noch*

es nur wenige Tage später auch im Folgebericht des Nuntius. Der Nuntius warnte vor einer weiteren Verschlechterung der ohnehin schon angespannten politischen Situation in Österreich aufgrund der bisherigen Vorgehensweise in der Benediktinerreform. Mit Verweis auf die knappen Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat, empfahl er, in dieser Sache nicht unnötig weiteren Staub aufzuwerfen. In einer äußerst scharfen Kritik versuchte er die Kurie von der Unfähigkeit der beiden Administratoren zu überzeugen. Sein Protest gegen die Benediktineräbte konzentrierte sich auf fünf Punkte:

1) Die Absetzung von Abt Amand Oppitz ist in äußerst 'brutaler' („*brutalmente"*) und in nicht angebrachter Weise erfolgt und hat große Unruhe im Konvent hervorgerufen.
2) Die Apostolischen Administratoren haben den Heiligen Stuhl falsch über ihr Vorgehen informiert. Ihre Darstellung der Ereignisse, wie sie ihm vom Kardinalstaatssekretär übermittelt wurden, würde „*ogni fondamento di verità*" fehlen.
3) Den Grund weshalb Laurentius Zeller weder vom Bundeskanzler noch von Altkanzler Seipel in Empfang genommen wurde, führte der Nuntius auf dessen unangenehme Persönlichkeit zurück. Demnach scheiterte ein Treffen *„...per ritenerlo non compos sui, senza tatto ed imprudente, e per avere manifestate altre mire totalmente estranee alla riforma dei Benedettini in Austria, cui la parola „riforma" fa da coperchio.*"[333]
4) Baron Egon Leobenstein nannte das Auftreten Zellers im Unterrichts- bzw. Kultusministerium als *„scandalizzato".*
5) Die Apostolischen Administratoren haben durch ihr Verhalten die Ziele der Reform schwer kompromittiert.[334]

Mit diesen schweren Anschuldigungen erreichten die klerikalen Grabenkämpfe eine neue Dimension und es dauerte folglich nicht lange bis auch von der Gegenseite scharf geschossen wurde. In den Darstellungen der Administratoren ergab sich freilich ein anderes Bild des Konfliktes. Von besonderer Brisanz sind dabei die Gesprächsnotizen Laurentius Zellers, die dem Kardinalstaatssekretariat von Abtprimas Stotzingen übermittelt wurden.

---

vorher dem Herrn Dr. Huemer, Redakteur der „Reichspost" gegenüber äußerten, die Ernennung des Koadjutors sei nur ein Gerücht oder werde vielleicht später einmal verfügt werden." Ebda., fol. 51v.

[333] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30., fol. 55v. N° 11848/457, Nuntiaturbericht, 18. April 1930. Eigene Übersetzung: „*...weil sie ihn nicht ganz bei Sinnen halten, ohne jeden Takt und unvorsichtig, und weil er betreffend der Benediktinerreform in Österreich noch andere total fremde, Ziele geäußert hat, denen das Wort 'Reform' als Deckmantel dient.*"

[334] Vgl. ebda., fol. 54-55v,

In diesen Aufzeichnungen erinnerte sich der Benediktinerabt an seine Unterredung mit Amand Oppitz vom 11. April. Das Gespräch wurde streng vertraulich geführt und wirft kein besonders gutes Licht auf den Wiener Erzbischof.

> *„Da es sich aber um die größten Interessen des Ordens handelt, glaube ich, dass mich dieses Versprechen dem hl. Stuhl gegenüber nicht bindet. Abt Amandus Oppitz sagte mir, dass der Herr Kardinal Piffl ihm gesagt habe, er solle die Administration sich nicht gefallen lassen und auf die Antwort, es lasse sich nichts machen, habe er ihm Hilfe versprochen. Der Kardinal habe dann mit der Regierung (Bundeskanzler Schober, Unterrichtsminister Srbik und Sektionschef Baron von Loebenstein) verhandelt und eine Note verfasst, die der Herr Bundeskanzler bei seinem Besuche in Rom durch den Gesandten dem Staatssekretär überreichen liess. Eine Abschrift der Note hat uns Abt Oppitz lesen lassen. Sie ist voll von Unrichtigkeiten und zeigt, mit welchen Mitteln man in Österreich gegen die Reform arbeitet. Ferner teilte mir Abt Oppitz mit, dass Kardinal Piffl auch Kard. Seredi ersucht habe, gegen mich persönlich an Kardinal Pacelli und Lepicier zu schreiben. Selbst der Nuntius Sibilia sei für die Sache gewonnen und habe nach Rom geschrieben, ich sei ein Ultrarigorista.“*[335]

Ob diese Erinnerungen Zellers wirklich den Tatsachen entsprochen haben, lässt sich nicht mehr eindeutig nachweisen. Entscheidender für die folgende Analyse ist aber die Frage, welcher Seite man im Kardinalstaatssekretariat eher Glauben geschenkt hatte. Nachdem der Heilige Stuhl die Umsetzung der Reform nach den Vorstellungen der Apostolischen Administratoren unterstützte, kann davon ausgegangen werden, dass man sich auch ihrer Beurteilungen angeschlossen hat. Zudem wurde Simon Landerdorfer unmittelbar nach der Beendigung seines Apostolischen Auftrages zum Bischof von Passau bestellt.[336] In Rom dürfte es über die Qualifikation dieses Mannes wohl keinen Zweifel gegeben haben. Keine gute Figur machte hingegen der zuständige Nuntius. Sein Ansehen hat nach dieser Angelegenheit bestimmt Schaden davon getragen. Das Geständnis des Schottenabtes sprach die Rolle des Nuntius offen an. Demnach stand er eindeutig auf der Seite jener Kräfte im Land, die die Umsetzung der Reform unbedingt zu Fall bringen wollten. Damit missachtete er nicht nur die kurialen Vorgaben, sondern arbeitete sogar stillschweigend dagegen an. Dies ist umso erstaunlicher, zumal er sich dabei österreichischer Argumente bediente, die vornehmlich politisch motiviert waren.

[335] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30., fol. 64. Laurentius Zeller an Fidelis Stotzingen, 11. April 1930.
[336] Vgl. Leidl, Landersdorfer, Simon, 1983, 429f.

2. Die Katholische Kirche und ihr Verhältnis zum österreichischen Staat am Beginn der Ersten Republik – Eine Bestandsaufnahme bis 1922

2.1. Der Politische Katholizismus am Übergang von Monarchie zur Republik

2.1.1. Der katholische Aufbruch

> „*Die Geschichte der christlichsozialen Partei beginnt nicht mit einem Programm, nicht mit einem Manifest, nicht mit dem Beschluß einiger Unzufriedener oder Reformen, sondern mit einem Mann, mit Dr. Karl Lueger*."[337]
>
> Ignaz Seipel

Die gellenden Forderungen nach Trennung von Kirche und Staat sowie der wachsende Einfluss der Liberalen auf die Gesetzgebung holte die Katholiken in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus ihrer Defensive. Die liberalen Postulate ließen selbst unter den gemäßigten Katholiken eine emotional hochaufgeladene Kulturdebatte aufkommen. Eine politische Auseinandersetzung mit diesen Kräften scheiterte aber zunächst am mangelnden Organisationsgrad des katholischen Lagers. Mit Ausnahme der Amtskirche fehlte den Katholiken eine politisch einflussreiche Organisotion von überregionalem Rang. An katholischen Vereinen und Zusammenschlüssen auf lokaler Ebene mangelte es jedoch nicht, spätestens ab den 1880er und 1890er Jahren gab es derer „unvorstellbar großer Zahl".[338] Das katholische Vereinswesen erlebte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine wahre Hochblüte. Ein durchschnittlicher Katholik war oft in mehreren Vereinen gleichzeitig engagiert. Diese Vereine waren Orte sozialer Identitätsstiftung und zugleich Lebensmittelpunkte mehrerer Generationen. Politische Vereine auf überregionaler Ebene bildeten sich erst später.[339] Denn der Ausschluss des Großteils der Bevölkerung vom politischen Entscheidungsprozess aufgrund des Kurienwahlrechts erforderte die Entstehung solcher Vereine vorerst nicht. Die Formierung des christlichsozialen Lagers verlief aber auch aufgrund des breiten katholischen Spektrums der Donaumonarchie sehr „komplex und unsystematisch".[340] Im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei gab es kein kon-

[337] Ignaz Seipel zit. nach *Reichspost*, 19. September 1926, 2.
[338] Weinzierl, Kirche und Politik, 1983, 446.
[339] Der Ausbau des Vereinswesens erfolgte zeitgleich mit dem Aufstieg der Antisemiten – aus ihnen gehen später die Christlichsozialen hervor – in Wien. Bis 1901 wurden in der Reichshauptstadt ca. 500 katholische Vereine gegründet, 285 davon in den Jahren 1891 bis 1901. Vgl. Ernst Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, in: Niederösterreichisches Institut für Landeskunde, Hg., Niederösterreich 1918 bis 1922. Die Vorträge des 19. Symposions des NÖ-Instituts für Landeskunde, Obersiebenbrunn, 5. bis 8. Juli 1999, Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, St. Pölten 2007, 82.
[340] Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, (Österreichische Geschichte hrsg. von Herwig Wolfram) Wien 2005, 118.

stituierendes Ereignis, das den Anfang dieser politischen Bewegung kennzeichnen würde.[341] Die Entstehung der Christlichsozialen spielte sich nicht nur in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, sondern auch in gegensätzlichen Lebenswelten ab. Zum einen gab es die frühen politischen Organisationen in den alpenländischen Kronländern und zum anderen die relativ spät in die Gänge kommende Massenbewegung der Christlichsozialen in der Reichshauptstadt (und Niederösterreich). In den ländlichen Regionen scharten sich die ersten politischen Vereinigungen schon relativ früh um den alten Feudaladel und die amtskirchlichen Einrichtungen. Auch inhaltlich orientierten sich die in den späten 1860er und 1870er Jahren entstandenen Bewegungen eng an den kirchlichen Kernthemen. In der Literatur treten diese ersten „lose organisierte[n] politische[n] Ausschüsse"[342] als Katholisch-Konservative, Hohenwart-Klub oder Klerikale immer wieder in Erscheinung. Bis zur Gründung der Katholischen Volkspartei reichten diese Vereinigungen über den Status einer Honoratiorenpartei aber kaum hinaus.[343] Scherzhaft bezeichnete man die katholisch-konservativen Fraktionen auch als „Äbte-Partei", da ein Teil ihrer Mitglieder aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Wählerklasse der Großgrundbesitzer Klostervorsteher waren. Das Eintreten gegen den liberalen Zeitgeist verschaffte der Bewegung das Wohlwollen des österreichischen Episkopats.[344] Nach der Aufkündigung des Konkordats von 1855 beschränkte man sich in den kulturkämpferischen Auseinandersetzungen auf die Verteidigung der privilegierten Rechte und pochte weiterhin auf eine konfessionelle Gesetzgebung.[345] Trotz des erweiterten Mitbestimmungsrechtes blieb ein großer Teil der Bevölkerung aber nach wie vor vom politischen Geschehen ausgeschlossen. Politik war aufgrund des Kurienwahlrechts zu dieser Zeit noch keine „Breitenangelegenheit".

[341] Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die mit dem Hainfelder Parteitag ein nachweisbares Gründungsereignis vorweisen kann, fehlt der Christlichsozialen Partei ein zentrales Gründungsmoment. Vgl. Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei bis zum Ersten Weltkrieg, in: Christliche Demokratie 9/4 (1991/92), 343-368.
[342] Rupert Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*. Katholische Kirche und Katholizismus im alten und neuen Österreich bis 1938, in: Werner Drobesch u.a., Hgg., Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit, Klagenfurt u. Wien 2007, 21.
[343] Die Konservativen bildeten auf gesamtösterreichischer Ebene keinen besonderen Machtfaktor. Einzig in Tirol dominierten sie unumstritten und auch in Oberösterreich gelang es ihnen 1894 eine Mehrheit im Landtag zu erreichen. Vgl. Bruckmüller, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei, 1991/92, 346.
[344] Vgl. Gerhard Hartmann, Priester als Politiker in Österreich, in: Historicum. Zeitschrift für Geschichte (1995/96), 33f.
[345] Vgl. Michaela Sohn-Kronthaler, Entwicklungsphasen des politischen Katholizismus in Österreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Historicum. Zeitschrift für Geschichte (1995/96), 29.

In Wien ging die Politisierung breiter Bevölkerungskreise jedoch andere Wege. Hanisch beschreibt die Formierung der Christlichsozialen anhand des soziologischen Modells von Stein Rokkan, das Formierungsprozesse auf gesellschaftliche Konfliktfurchen zurückführt. Dieser Logik folgend stellt Hanisch an den Beginn der Christlichsozialen Bewegung die Gegensätzlichkeiten zwischen Gewerbe und Industrie.[346] Zweifelsohne waren für das Aufkommen der Christlichsozialen Bewegung in Wien wirtschaftliche Ursachen entscheidender als ideologische Motive. Die ersten politischen Formierungen stehen daher in engem Zusammenhang mit dem Niedergang des selbständigen Handwerkerstandes. Das Kleingewerbe kam durch die fortschreitende Industrialisierung zunehmend in Bedrängnis und kämpfte ums wirtschaftliche Überleben. Mit der schrittweisen Verdrängung vom Markt vollzog sich ein Strukturwandel, der das Kleinbürgertum in ganz Europa in Not brachte.[347] Die schwere Wirtschaftsdepression von 1873 verschärfte die Lage noch zusätzlich. So richtig zu spüren bekam das Kleingewerbe die Krise allerdings erst in den 1880er Jahren.[348] Die Kleinunternehmer waren den Gesetzen des freien Marktes auf Gedeih und Verderben ausgesetzt. Aus diesem Grund konnte sich gerade in diesem Milieu sehr früh eine Kapitalismus- und Liberalismuskritik entwickeln. Die schwere existenzielle Bedrängnis trieb die Systemkritik jedoch zusehends an und begünstigte die Radikalisierung eines ganzen Standes. Zuvor schöpfte man aber noch alle Möglichkeit aus, um den wachsenden Kostendruck bestmöglich abzuwälzen. Im Falle des handwerklichen Gewerbes betraf dies die unterste Stufe der Produktionshierarchie. Die angestellten Arbeiter verfügten aufgrund ihrer sozialen Stellung über keine Möglichkeit mehr, diese Kosten weiterzugeben. Trotz langer Arbeitszeiten für geringen Lohn waren sie dem ruinösen Wettbewerb schutzlos ausgeliefert. Ihrer wachsenden Unzufriedenheit konnten sie mangels adäquater Vertretungen vorerst noch nicht Ausdruck verleihen.

> „Um als unabhängiger Hersteller überhaupt überleben zu können, beuteten die Handwerkermeister oft genug die Arbeitskraft ihrer Gesellen und Lehrjungen aus. Gerade weil sich die Handwerker in unmittelbarer physischer Nähe zum Proletariat

[346] Vgl. Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 118. Ernst Bruckmüller vergleicht die christlichsoziale Bewegung hingegen mit einem breiten Strom, in dem sich viele kleinere Flüsse und Bäche vereinigten. Vgl. Bruckmüller, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei, 1991/92, 351.

[347] Als Beispiel nennt Boyer die von den wirtschaftlichen Umwälzungen besonders betroffene Textilindustrie. Die starke Konkurrenz in Böhmen bewirkte ein massenhaftes Verschwinden der in Wien ansässigen Seidenfabrikanten. 1850 gab es davon noch 452, die gemeinsam 8.616 Arbeiter beschäftigten. Im Jahr 1887 existierten nur mehr 83 Fabrikanten mit insgesamt 1.134 Arbeitern. Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf, Wien u.a. 2010, 25.

[348] Die sinkenden Preise in Folge der Depression brachten die mit ohnehin wenig Eigenkapital ausgestatteten Handwerker in eine prekäre Situation. Gleichzeitig bekamen sie neben den Fabriken auch noch Konkurrenz durch Heimarbeiter und Einzelhändler. Diese zwangen sie im Preiswettbewerb noch weiter nach unten zu gehen. Vgl. ebda., 26.

befanden, nahmen ihre politischen Konflikte mit der Arbeiterschaft eine persönliche, feindselige Note an, die im neutraleren – und arroganteren – Benehmen der wohlhabenderen Fabrikanten meist fehlte. Mochte der Handwerksmeister auch das Großkapital beneiden und verabscheuen, seine Angst galt der Gewerkschaftsbewegung als Kraft der sozialen und wirtschaftlichen Gleichmacherei.“[349]

Das kleingewerbliche Milieu entwickelte sich zu einem stark emotional aufgeladenen Nährboden, der für radikale Agitation leicht empfänglich wurde. Die Spannung wurde so groß, dass ein einziger Impuls genügte, um eine politische Entladung herbeizuführen. Dieser fand sich in der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs für eine Novellierung der Gewerbeordnung im Jahr 1879. Die Abhilfen die darin für das Kleingewerbe vorgesehen waren, wurden als unzureichend eingestuft und lösten einen ersten Sturm der Entrüstung aus. Wenn es ein Einzelereignis gegeben hat, mit dem man den Beginn der antisemitischen Bewegung datieren wollte, dann war es diese Gesetzesverabschiedung. In der intensiven Auseinandersetzung mit der Gewerbeordnung und der dazugehörenden Gesetzesvorlage begann die Politisierung der Gewerbetreibenden. Doch schon bald nahm diese Unzufriedenheit organisatorische Formen an und man erreichte 1880 sogar die Rücknahme des Entwurfs durch die Regierung.[350]

Zur weiteren Politisierung des Handwerkerstands trug die Erweiterung des parlamentarischen Stimmrechts auf alle männlichen Bürger mit einem Steueraufkommen von mehr als fünf Gulden im Jahr bei.[351] Durch diesen kaiserlichen Erlass vom Oktober 1882 waren Tausende von Handwerkern erstmals stimmberechtigt. Zuvor konnte ein Großteil der betroffenen Handwerker der steigenden Unzufriedenheit politisch nicht einmal Ausdruck verleihen. Die Euphorie hielt allerdings nicht lange an. Schon bald musste man feststellen, dass auch die neue Gewerbeordnung kein Allheilmittel war und die scheinbaren Verbesserungen nur kurzfristig wirkten. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht führte das

[349] Ebda., 28.
[350] Vgl. ebda., 31f. Es war gerade der sozialreformerische Elan der christlichsozialen Bewegung, der ihr einen so großen Zulauf innerhalb des städtischen Kleinbürgertums einbrachte. Vgl. Helmut Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche. Die Christlichsozialen in Österreich 1918-1934, in: Michael Gehler, Hg., Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Köln, Weimar u. Wien 2001, 181f. Ihre Politik sprach gezielt die ökonomischen Interessen der Modernisierungsverlierer (z.B. Agrarier, Gewerbetreibende, gewerbliche Arbeiter) an. Vgl. Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 21.
[351] In Österreich galt ab 1848 das Zensuswahlrecht. Wahlberechtigt waren dadurch nur Männer, die entweder eine bestimmte Mindeststeuerleistung (zehn Gulden) erbrachten oder einer bestimmten Berufsgruppen angehörten. Die Einteilung der Wahlbeteiligten erfolgte in vier Gruppen oder Kurien, weshalb man auch von Kurienwahlrecht spricht. Bis zum Jahr 1880 waren überhaupt nur 3,5 Prozent der Wiener Bevölkerung wahlberechtigt. Vgl. WWW Homepage „Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie“, Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien, http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=12239 (21.10.2011).

neue Gesetzeswerk zu keinen nennenswerten Verbesserungen der Handwerker. Wirkung zeigte hingegen die Aufwertung der Genossenschaften, aber auch hier nicht in Form der geplanten Zielsetzungen. Doch in geradezu „idealer Weise“ legten sie mit dem Ausbau der Zunftorganisation zu koordinierten Interessensvertretungen den Grundstein für den zukünftigen Einstieg der Handwerker in die Politik. Die gut dotierten Spitzenpositionen in den Genossenschaften boten dank ihrer effizienten Verwaltungsstrukturen die optimalen Voraussetzungen für die Vertretung der eigenen Klientel und erlaubten dadurch auch die Übernahme politischer Aufgaben. Besonders die Funktion des Zunftvorstehers diente dabei als Überleitung in die Parteipolitik.[352] Neben den selbständigen Handwerkern gab es ein zweites Bevölkerungssegment, das mit den gesellschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts nicht zu Rande kam. In erstaunlicher Weise gleichen sich dabei die Motive ihrer Unzufriedenheit. Auch der niedere katholische Klerus sah sich durch die liberalen Entwicklungen um seinen sozialen Status gebracht. Während der Episkopat noch am josephinischen Staatskatholizismus festhielt, waren die liberalen Kräfte darauf bedacht, die Kirche vom Staat zu trennen. Viele Maßnahmen der Liberalen zielten daher darauf ab, die in das kaiserliche Verwaltungssystem verwachsenen klerikalen Strukturen herauszulösen oder zunehmend zu isolieren, um so den traditionellen kirchlichen Einfluss auf den Staatsdienst zu überwinden.[353] Es ging dabei nicht so sehr um eine existenzielle Bedrohung, wie sie die Handwerker erlebten, doch erfuhr der Priesterstand eine schwer Diskreditierung durch die liberalen Zeitungen. Das Ansehen ihrer priesterlichen Tätigkeit sahen sie dadurch arg in Mitleidenschaft gezogen. Als bei den Verhandlungen über die Kongrua-Gesetze[354] keine Einigung auf eine Erhöhung der Priestergehälter in Sicht war, vernahm man das von Seite des niederen Klerus als sichtbarsten Ausdruck offenkundiger Geringschätzung.

[352] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010. 34 u. 47-49.
[353] Die Loslösung von den staatlichen Verbindlichkeiten hätte einem Großteil des niederen Klerus nur wenig ausgemacht. Schon lange beklagte die niedere Geistlichkeit die enge Verflechtung mit der staatlichen Verwaltung auf Kosten der Seelsorge. Es waren vor allem die Bischöfe, die am Staatskirchentum festhielten und sich als eine Stütze der Dynastie verstanden. Die antiklerikalen Anfeindungen, in denen die Forderungen nach Trennung von Staat und Kirche verpackt waren, bekamen aber die niederen Ränge zu spüren. Vgl. ebda., 54.
[354] Als Kongrua versteht man die Besoldung des Klerus aus staatlichen Zuschüssen. In Österreich trug der Staat bis 1939 subsidiär – mit Mitteln aus dem von Josef II. geschaffenen Religionsfonds – zur Unterhaltssicherung der Geistlichkeit bei. Vgl. Herbert Kalb, Kongrua, in: Walter Kasper u.a., Hgg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 6, Freiburg i.B. u.a. 1997, 252f.

> „Männer, die überzeugt waren, dass ihre Bildung und ihre Aufgabe in der Verwaltung des kulturellen Erbes sie für eine gehobene soziale Position qualifizierten, mussten das Fehlen einer angemessenen Kongrua als Hinweis auf ihre gesellschaftliche Marginalisierung verstehen."[355]

Was für die Handwerker die Auflehnung gegen die Gewerbeordnung war, sollte für die Priester der Kongrua-Streit werden. Neben der Unzufriedenheit mit der Besoldungslage war es vor allem auch die Empörung über die antiklerikalen Angriffe in der Presse, die dem Wunsch nach einer schlagkräftigeren Interessensvertretung eine Stimme gaben. An die Spitze der Bewegung stellten sich Kleriker aus dem Umfeld der Redaktion des *Correspondenz-Blattes für den katholischen Klerus*.[356] Die politische Mobilmachung des Klerus blieb aber nicht nur auf Wien und Niederösterreich beschränkt.[357] Die Voraussetzungen waren wie geschaffen dafür. Zunehmend verdrängt aus dem staatlichen Verwaltungsapparat war man ohnehin gerade dabei, eine neue öffentliche Rolle für sich zu finden. Die Parteipolitik erwies sich dabei als hervorragender Ersatz.[358] Das politische Spielfeld bot jungen, talentierten Klerikern neue „Entfaltungsmöglichkeiten, die ihnen kirchliche Spielregeln der Eliterekrutierung versagten". Nebenbei erlaubte ihnen die Ausführung von Führungspositionen in katholischen Vereinen oder Parteien Gestaltungsmöglichkeiten, die teilweise über jene ihrer Bischöfe hinausreichten. Dass damit auch eine Steigerung des sozialen Ansehens der Priester einherging, muss nicht eigens betont werden.[359] Die Priester fügten sich aber auch noch aus einem anderen Grund ganz gut ins Profil der im Entstehen befindlichen Bewegung. Der Antijudaismus gehörte schon seit Jahrhunderten

---

[355] Boyer, Karl Lueger, 2010, 58.

[356] Rupert Klieber, Verhinderte Priestergewerkschaften? Vom Schicksal ‚freier' Standesorganisationen österreichischer Kleriker 1869-1907, in: Bericht über den 23. Österreichischen Historikertag in Salzburg (veranstaltet vom Verband Österreichischer Historiker und Geschichtsvereine in der Zeit vom 24. bis 27. September 2002), Salzburg 2003, 303-305. Das *Correspondenzblatt* wurde von den Klosterneuburger Augustiner-Chorherren Berthold Egger und Roman Himmelbauer gegründet. Es beschäftigte sich mit den beruflichen Anliegen des österreichischen Klerus, finanzierte sich selbständig durch Anzeigen und Verkaufserlös und kam ohne Zuwendungen von Aristokratie oder Bischöfen aus. Damit leistete das Blatt Pionierarbeit als politisches Medium in der Gründungsphase der christlichsozialen Bewegung und sollte später der *Reichspost* als Vorbild dienen. 1888 hatte die Zeitung bereits knapp 7000 Abonnenten. Zu den bedeutendsten Mitarbeitern des Blattes gehörte der Priester Joseph Scheicher, ein wichtiger Wegbereiter der Christlichsozialen Partei. Boyer, Karl Lueger, 2010, 54-55.

[357] Dass sich vor allem der Klerus in Wien und Niederösterreich so leicht parteipolitisch begeistern ließ, erklärt Boyer mit dem liberalen Kurs der dortigen Bischöfe. Man vermied Konflikte mit der liberalen Regierung tunlichst, forderte vom niederen Klerus jedoch den geschuldeten Gehorsam ein. Deshalb sah man sich dort sehr schnell nach anderen Führungspersönlichkeiten um. Vgl. ebda., 56.

[358] Vgl. ebda., 54-59.

[359] Vgl. Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 22. Die positiven Auswirkungen des politischen Engagements auf das gesellschaftliche Ansehen beschrieb ein Priester mit folgenden Worten: „*Wir Priester bekommen jetzt nach und nach wieder die Möglichkeit mit Leuten zu sprechen, die Kraft der Wahrheit an solchen zu erproben, welche es bis jetzt fast als Schande betrachtet hätten, mit einem Geistlichen zu reden.*" Zit. nach Boyer, Karl Lueger, 2010, 62.

zum Grundrepertoire der katholischen Tradition. Auch wenn es sich dabei um einen betont religiösen Antisemitismus handelte, hielt man sich in den Anfangsjahren der christlichsozialen Bewegung wenig mit Definitionen auf. Es existierten Antisemitismen der verschiedensten Konnotationen innerhalb der Partei.[360] Erst mit dem Ausscheiden des deutschnationalen Flügels der Antisemiten, versuchte man sich von den Dissidenten durch die Hervorhebung des religiösen Aspektes abzugrenzen.[361]

Mit dem Eintreten der Kleriker in die antisemitische Koalition war auch eine Beschleunigung bei der programmatischen Ausrichtung festzustellen. Sie mochten zahlenmäßig zwar nur einen kleinen Teil der Bewegung ausmachen, doch bedeutete ihr Eintritt eine enorme Stärkung vor allem auf intellektuellem Gebiet. Ihre höhere Bildung erlaubte es der Parteiführung Kleriker als 'Allzweck-Agitatoren' einzusetzen.[362]

> „Der katholische Klerus war infolge seiner organisatorischen Ressourcen und seines traditionellen Antijudaismus für die Antisemiten nützlich. Nicht nur agierten manche Kleriker mit Geschick auf Bezirksebene, wo sie mit den Mitteln ihrer Freiwilligenorganisationen und Pfarreien die Arbeit der politischen Klubs und Bezirkskomitees der christlichsozialen Bewegung unterstützten; sie steuerten auch ein willkommenes Korrektiv für den exzessiven Radikalismus von Männern wie Schönerer bei. Mochten auch einzelne Kleriker durch ihr radikales Betragen auffällig werden, der Umstand, dass sie Repräsentanten einer großen, konservativen Organisation wie der Kirche waren, verlieh der Bewegung einen Anstrich von kultureller Solidarität und einen hyperpatriotischen Finis, dessen sie dringend bedurfte."[363]

Es stellte sich somit die paradoxe Situation ein, dass obwohl manche Kleriker zu den größten antisemitischen Scharfmachern der Bewegung zählten, diese dennoch dabei halfen, die Bewegung in „ein besser berechenbares, habsburgertreues Fahrwasser zu dirigieren."[364] Die Verbreiterung der antisemitischen Koalition durch den Eintritt unzufriedener Kleriker brachte langfristig eine gewisse Mäßigung und erhöhte zugleich aufgrund der

[360] Vgl. Anton Staudinger, Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik. in: Gerhard Botz u.a., Hgg., Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Wien 2002, 263f.
[361] Obgleich Staudinger darauf aufmerksam macht, dass sich der religiöse von dem „rassischen" Antisemitismus nur schwer trennen lässt, wurden dem christlichsozialen Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit doch seine „rassentheoretischen Giftzähne" gezogen. Insbesondere der langjährige Parteivorsitzende Seipel, dessen Ansichten „zu einem beträchtlichen Grad" Einfluss auf die antisemitische Ausrichtung der Partei nahmen, „dämpfte 1927 den Antisemitismus des neuen Parteiprogramms". Als strikter Gegner eines „rassischen" Antisemitismus ließ er sich in der Öffentlichkeit „niemals zu vulgären antisemitischen Ausbrüchen hinreißen", wenngleich er den Antisemitismus als „Waffe gegen die Sozialdemokraten" einzusetzen bereit war. Vgl. Ebda 264; Bruce F. Pauley, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Gerhard Botz u.a., Hgg., Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Wien 2002, 247.
[362] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 62.
[363] Ebda., 52f.
[364] Ebda., 53.

mitgeführten Infrastruktur den Organisationsgrad der Bewegung. Diese Stärkung der antisemitischen Front reichte dennoch nicht aus, um die liberalen Eliten in Wien ernsthaft herauszufordern. Zu diesem Zeitpunkt existierten weder eine einheitliche Parteistruktur noch eine gemeinsame ideologische Grundlage. Die Zünfte und Vereine wurden einzig durch den Antisemitismus und die Ablehnung der Liberalen, die man für die eigene Misere verantwortlich machte, zusammengehalten. Einen wesentlichen Beitrag zur Verschmelzung dieser unterschiedlichsten Gruppierungen leistete der Kreis um Karl von Vogelsang. Der Konvertit aus Mecklenburg war mit seinen sozialreformerischen Werken maßgeblich an der Formulierung eines ideologischen Minimalkonsens' der zukünftigen Partei beteiligt. In seinen Schriften setzt er sich intensiv mit den sozialpolitischen Auswirkungen der Industrialisierung auseinander und tritt in der Folge für Reformen in der Sozialgesetzgebung ein, um die geschaffenen Ungerechtigkeiten nachhaltig zu beseitigen. Als Orientierungshilfe galt ihm dabei die katholische Soziallehre. Dadurch sprach er nicht nur den bedrängten Handwerkerstand an, sondern fand auch bei der Arbeiterschaft großen Anklang.[365] Dabei beschränkte er sich jedoch nicht nur auf die bloße Ausformulierung neuer Gesetze, sondern erkannte die Soziale Frage als Folge (gesellschafts)struktureller Missstände, deren Korrektur durch die Gesetzgebung lediglich eine Symptombekämpfung bedeuten könnte. Zu seinen unbeabsichtigten Verdiensten gehörte folglich auch, dass er mit der vorangetriebenen Sensibilisierung für soziale Probleme wichtige Vorarbeit für den späteren Aufstieg der Sozialdemokratie geleistet hat. Anstelle der Klassentheorie, wie sie die marxistische Lehre verfocht, erhob er ein ständisches Gesellschaftsbild zum Ideal.[366] Damit schaffte er die ideologische Grundlage, die mit schwankender Konjunktur den politischen Bestrebungen der Christlichsozialen Partei bis 1938 entsprechen sollte. In der Verknüpfung von sozialpolitischer Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem und einem religiös konnotierten Gesellschafsbild gelang die Konstruktion jener theoretischen

[365] Otto Bauer würdigte an Vogelsang, dass er mit seiner „leidenschaftlichen Anklage zum ersten mal große Volksmassen in das politische Leben geführt" habe. Dadurch habe er mitgeholfen, den „volksfremden Liberalismus" zu stürzen, den Glauben an den Kapitalismus zu erschüttern und die großen sozialen Probleme auf die Tagesordnung zu stellen. Ebda., 72.

[366] In der marxistischen Theorie des Klassenkampfes sah Vogelsang ausschließlich revolutionäres Gedankengut, das einzig der Aufhetzung der einzelnen Klassen dienen sollte, um so die Voraussetzungen für eine Revolution zu schaffen. Mit dem Verweis auf die romantisch gedeutete Gesellschaft des Mittelalters, die aufgrund einer ständischen Ordnung noch frei war von Klassenkämpfen, glaubte er, eine friedliche Koexistenz der Gesellschaftselemente gefunden zu haben. Denn sowohl der verhasste Marxismus als auch der rücksichtslose Kapitalismus existierten in seiner verklärten Sozialromantik noch gar nicht. Antiliberalismus und Antimarxismus wurden dabei mit Hilfe des Antisemitismus eng in die Parteitradition gebunden. Vgl. Anton Staudinger, Wolfgang C. Müller u. Barbara Steininger, Die Christlichsoziale Partei, in: Emmerich Tálos u.a., Hgg., Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, 169f.

Klammern, die eine Umschließung der heterogenen antisemitischen Strömungen erlaubte, ohne jedoch selbst einen systeminhärenten Antisemitismus zu entwickeln. Dieses Programm war somit eine gelungene Verknüpfung von wirtschaftlichen Interessen mit konfessionell geprägten kulturpolitischen Anliegen.[367]

Noch fehlte es dieser Bewegung an einer koordinierten Führung und einer charismatischen Galionsfigur, um im politischen Wettbewerb bestehen zu können. Doch ehe Karl Lueger (1844-1910) diese Protestbewegung in eine staatstragende Partei umformte[368], waren die *Antisemiten* ein Konglomerat aus den verschiedensten antijudaistischen Gruppierungen. Die größte Splittergruppe war die von Georg (von) Schönerer[369] (1842–1921) und Josef Scheicher[370] (1842-1924) 1887 gegründeten *Vereinigten Christen*.[371] Ebenfalls im Jahr 1887 kam es zur Gründung des *Christlichsozialen Vereins*. Auch wenn sich seine Mitgliederzahlen in Grenzen hielten, fand er rasch in allen Bezirken eine organisatorische Verankerung, was sich für den weiteren strukturellen Aufbau der Partei als nützlich er-

[367] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 71-72. Boyer geht noch einen Schritt weiter, indem er die These vertritt, Vogelsang hätte wesentlich zur Entfesselung einer modernen ideologischen Politik beigetragen, weshalb er ihn zu den maßgeblichen Architekten „beim Aufbau der politischen Kultur des modernen Österreichs" zählt. Ebda., 72.

[368] Karl Lueger (1844-1910) kam ursprünglich vom „linken" demokratischen Flügel des Wiener Liberalismus und verschrieb sich zunächst dem Kampf gegen den „Korruptionismus". Nach zahlreichen politischen Misserfolgen geriet er ins heterogene Lager der Antisemiten. Dort stilisierte er sich Dank seines Charismas bald zur alleinigen Führungsperson hoch. Es gelang ihm, den losen Parteiorganismus zusammenzuhalten, ohne dabei das besondere Interesse zu entwickeln, die Partei fester und straffer zu organisieren. Vgl. Bruckmüller, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei, 1991/92, 353.

[369] Georg (Ritter von) Schönerer war Führer der deutschnationalen Bewegung bzw. der Alldeutschen in Österreich. Er vertrat einen radikalen rassischen Antisemitismus und stand aufgrund seiner propreußischen Haltung den Habsburgern und der katholischen Kirche sehr ablehnend gegenüber. Als Vorkämpfer der „Los-von-Rom-Bewegung" trat er selbst zum Protestantismus über. Bei der Umsetzung seiner Ziele griff er auch zu terroristischen Methoden (Überfall auf auf die Redaktion des *Neuen Wiener Tagblatts,* weil dieses den Tod Kaiser Wilhelms I. verfrüht gemeldet hatte). Dieser Anschlag hatte eine viermonatige Kerkerstrafe sowie den Verlust seines Reichstagsmandates und des Adelsprädikates zur Folge. Vgl. Christoph Mentschl u. Karl Vocelka, Schönerer Georg von, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 11, Wien 1999, 66-68.

[370] Josef Scheicher gilt als Mitbegründer der Christlichsozialen Partei. Aus einfachen Verhältnissen kommend, schaffte er es bis zum Professor für Moraltheologie am Priesterseminar in St. Pölten. Sehr bald begann er sich politisch zu engagieren und war führend bei der Politisierung des niederen Klerus in Niederösterreich beteiligt. Er schrieb für mehrere Zeitschriften und gründete verschiedene katholische Vereine. 1875 übernahm er die Redaktion des *St. Pöltener Boten*. Durch seine publizistische Tätigkeit gelang es Scheicher, beinahe den gesamten Pfarrklerus für die christlichsoziale Bewegung zu gewinnen. Der entschiedene Liberalismus-Gegner gehörte ab 1890 dem niederösterreichischen Landtag an. 1894 wurde er erstmals in den Reichstag gewählt. Vgl. Hermann Riepl, Scheicher Josef, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 10, Wien 1994, 61.

[371] Die *Vereinigten Christen* entstanden aus einem taktischen Wahlbündnis bei den niederösterreichischen Landtagswahlen 1887 zwischen deutschnationalen Schönerianern und Katholiken. Diese Koalition war allerdings „mehr ein politisches Forum als eine tatsächliche politische Partei". Sie verfügte weder über eine zentrale Führung noch über ein offizielles Programm. Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 61 u. 103f.

weisen sollte.[372] Ein wichtiger Schritt in Richtung Parteigründung war die temporäre Koalition zwischen Antisemiten und Demokraten bei den Gemeinderatswahlen 1886. Lueger sorgte mit dieser Allianz für lautstarke Aufregung bei den Liberalen, die in dieser Koalition einen Tabubruch orteten. Die Taktik ging jedoch voll auf. Mit 18 Abgeordneten schaffte Lueger den Einzug in den Gemeinderat. In der Folge schlossen sich Demokraten und Antisemiten zum Klub der *Demokratischen Linken* zusammen. Damit war die Keimzelle für die spätere Christlichsoziale Partei entstanden. 1888 vereinigten sich Demokraten, Antisemiten (Vereinigte Christen) und Konservative im Gemeinderat zum *Bürgerclub*.[373] Noch hatte aber die „alldeutsche" Gruppe um Schönerer, welche einen radikaleren rassischen Antisemitismus vertrat, das größere Gewicht in der heterogenen Protestbewegung. Durch Schönerers 'politische Selbstausschaltung' fiel Lueger aber unverhofft die Führungsrolle der *Vereinten Christen* zu. Im Gegensatz zu Schönerer führte er diese Gruppierung ohne offizielles Programm näher an Vogelsang und andere katholische Sozialreformer heran.[374] Dadurch bekam der rassische Antisemitismus der Schönerianer ein noch stärkeres klerikales Gegengewicht, was langfristig zum Bruch mit Schönerer führte. Es kam aber zu einem nicht ganz sauberen Bruch, wodurch weiterhin deutschnationale Elemente dem Lueger-Block erhalten blieben. Antiklerikalismus und Antisemitismus bestanden somit weiterhin nebeneinander innerhalb der Bewegung. In bewusster Abgrenzung zu Schönerer verlieh man sich in weiterer Folge das Attribut 'christlichsozial'. Mit diesem Manöver erhöhten die Wiener Antisemiten um Lueger die Zahl ihrer politischen Gegner schlagartig. Nicht nur die einstigen Weggefährten mit stark deutschnationaler Prägung schossen sich auf Lueger ein, sondern auch die katholisch Konservativen, die in der neuen Bewegung eine starke Konkurrenz erblickten.[375] Der politische Erfolg bestätigte jedoch Luegers Kurs. Die Wahl von 1889 endete mit einem Triumph. Sowohl in der

[372] Ludwig Psenner und der Priester Adam Latschka gründeten den *Christlichsozialen Verein* als Fortsetzung des antisemitischen Reformvereins. Dadurch konnte der Verein auf eine gewisse Tradition aufbauen, auch wenn seine Ausrichtung von nun an stärker religiös geprägt war. Vgl. ebda., 65f.
[373] Vgl. ebda., 100-104.
[374] Diese Annäherung kostete Lueger anfänglich Überwindung. Er fand aber bald Gefallen an den Lehren Vogelsangs, da er ihren praktischen Nutzen für die ideologische Selbstfindung der Bewegung erkannte. Bei seinem ersten Treffen mit Vogelsang meinte Lueger noch ablehnend, „*uns trennt eine ganze Weltanschauung*". Später nannte er Vogelsang hingegen den „*Altvater unserer Bewegung*". Vogelsang, nicht minder begeistert, glaubte im Gegenzug in Lueger, „*jetzt ... den Führer für die "Vereinigten Christen" gefunden*" zu haben. Ebda., 106.
[375] Sogar innerhalb der eigenen Bewegung beäugte man die ideologische Flexibilität Luegers kritisch. In diesem Zusammenhang ist auch das folgende Zitat zu sehen: „*Erst liberal, dann Demokrat, dann Volkspartei, dann Antisemit, dann clerical, und jetzt durch die Zustimmung zur Mandl Wahl* [sic!] *wieder liberal!*" Zit. nach Boyer, Karl Lueger, 2010, 109.

dritten als auch in der zweiten Kurie konnte man die Zahl der Sitze ausbauen. Damit war die Bewegung endgültig zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor aufgestiegen.[376]

Nach dem Tod Vogelsangs verschlechterte sich das Verhältnis zum österreichischen Episkopat und den klerikalen Konservativen empfindlich. War Vogelsang immer wieder als Vermittler zwischen den beiden Lagern aufgetreten, so fehlte nun eine schlichtende Stimme, die nach verbalen Entgleisungen, vor allem gegen Bischöfe, die man aufgrund ihr laxen Haltung gegenüber den Liberalen als deren Verbündete kritisierte, um einen Ausgleich bemüht war. Auf dem Katholikentag in Linz wurde diese Rivalität 1892 erstmals in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Der Bruch hatte die Gründung eines eigenen christlichsozialen Presseorgans zur Folge. Bis dahin fehlte der Bewegung eine eigene auflagenstarke Presse und man war auf kirchennahe, konservative Zeitungen angewiesen. Zunehmend bedrängt durch die Radikalität der Forderungen und die reformerische Kraft der Christlichsozialen, wandten sich die klerikalen Konservativen an die Bischöfe, um von den Oberhirten klare Worte gegen diese aggressiven Umtriebe zu verlangen.[377] Spätestens als sich auch der Kaiser über die aggressive Agitation in der Nationalitätenfrage besorgt zeigte, musste der Episkopat auf die politische Emanzipation des niederen Klerus reagieren.[378] Die Beziehungen zwischen den Christlichsozialen und der kirchlichen Leitung in Österreich nahmen dadurch allerdings schweren Schaden. Die Fronten verhärteten sich so sehr, dass beide Seiten den Konflikt an Rom herantrugen. Die Lueger-Bewegung verfügte durch ihren Parteiideologen Universitätsprofessor Franz Schindler, den spätere Mentor Ignaz Seipels, über gute Kontakte zum Apostolischen Nuntius. Diese Nähe zur päpstlichen Vertretung in Österreich machte sich bezahlt. In Nuntius Antonio Algiardi fanden die Christlichsozialen einen mächtigen Fürsprecher bei der römischen Kurie. Der vatikanische Gesandte empfand für den Elan der jungen Bewegung zweifelsfrei Sympathien; mehr noch verachtete er jedoch die Passivität der österreichischen Bischöfe gegenüber dem Liberalismus.[379]

[376] Vgl. ebda., 104-109.
[377] Vgl. ebda., 148ff.
[378] Nach einer besonders aggressiven Rede des Priesterpolitikers Scheicher im Parlament wandte sich Kaiser Franz Joseph 1894 an den zuständigen Diözesanbischof Rössler und wies ihn persönlich an, dem agitatorischen Treiben Scheichers ein Ende zu setzen. Im Kaiserhaus stieß man sich vor allem an der Hetzkampagne gegen Ungarn, die man als eine Bedrohung für die innere Stabilität des Vielvölkerstaates betrachtete. Vgl. ebda., 152.
[379] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 150.

> „Durch seine guten kurialen Kontakte und eine klug dosierte Informationspolitik konnte er ein Vorhaben durchkreuzen, auf das sich das gesamte konservative wie liberale politische und kirchliche Establishment Österreichs in seltener Eintracht verständigt hatten: eine kirchliche Verurteilung der dynamischen antisemitischen Bewegung der sog. Christlichsozialen zu erreichen."[380]

Der Heilige Stuhl schloss sich dieser Bewertung weitgehend an. Zwar warnte Rom vor einem zu aggressiven Antisemitismus, zeigte sich aber mit den Kernpunkten des Programms weitgehend zufrieden.[381] Die Christlichsozialen verstanden diese Geste öffentlichkeitswirksam als päpstliche Legitimation zu inszenieren. Dazu erbaten sie von Leo XIII. den päpstlichen Segen, welcher mit Zustimmung des Vatikans in ihrem offiziösen Organ, der neu gegründeten *Reichspost*, abgedruckt werden durfte. Die österreichischen Bischöfe fühlten sich nun endgültig herausgefordert und protestierten bei der Kurie gegen die vermeintliche Untergrabung ihrer Autorität. Ausgestattet mit drei Anliegen schickte man eine bischöfliche Delegation in den Vatikan. Dort wollte man einen mit Angriffen gegen die Christlichsozialen gespickten Hirtenbrief, eine Reihe von disziplinären Verhaltensregeln für den Klerus, welche vorangig darauf abzielten den Priestern die politische Tätigkeit zu erschweren, und ein Promemoria über die Soziale Frage gebilligt wissen. Um den Druck auf die Kurie zu erhöhen, erbat man sich noch zusätzlich vom Kaiser ein entsprechendes Memorandum. Darin fanden sich eine Verurteilung der Christlichsozialen sowie die Bitte an den Papst, mäßigend auf diese radikale Bewegung einzuwirken.[382] Trotz der Mühen blieb die Intervention erfolglos. Mehr als eine Aufforderung an die christlichsoziale Parteiführung, ihre Loyalität gegenüber kirchlicher und weltlicher Obrigkeit öffentlich zu bezeugen, sollte man aus Rom nicht bekommen.[383] Schon gar nicht kam es zu der gewünschten Verurteilung der Bewegung durch den Papst. Im Gegenteil, vielmehr kann man in der Reaktion eine Legitimation der Christlichsozialen durch die höchste kirchliche Instanz sehen. Langfristig zwang diese Entscheidung die österreichischen Bischöfe zu einer Aussöhnung mit der Lueger-Bewegung.[384]

---

[380] Klieber, Repräsentanten, Impulsgeber, Störenfriede, 2012, 131.
[381] Vgl. Gerhard Hartmann, Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, 4. Aufl., Kevelaer 2011, 52f.
[382] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 150-153.
[383] Auch wenn das forsche Auftreten gegen den Liberalismus in Rom Anklang gefunden hatte, wollte man auf keinen Fall die bestehende Ordnung, wonach sich Priester nur mit Zustimmung und unter Aufsicht ihres Bischofs parteipolitisch engagieren durften, aufs Spiel setzen. Deshalb verlangte man von den Parteiführern auch eine öffentliche Loyalitätserklärung, doch das war ein geringer Preis für den Erfolg der Partei. Dieser Anweisung kam Lueger auch tatsächlich nach, allerdings erst nach den Gemeinderatswahlen, also mit sechswöchiger Verspätung. Vgl. ebda., 155.
[384] Vgl. Bruckmüller, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei, 1991/92, 344.

In den 1890er Jahren begann sich allmählich aus dem bisher völlig losen Organisationskorpus eine handlungsfähige Parteistruktur herauszubilden, die zwar weiterhin aus einer Unzahl an Vereinen bestand, aber schon deutlich besser koordiniert war.[385] Die Steigerung der internen Kommunikation bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Effizienz. Zusätzlich ging man dazu über, auch einen intensiven Straßenwahlkampf zu betreiben.[386] Bei den Wahlen im September 1895 erreichte man schließlich in allen drei Kurien die Mehrheit.[387] Als Lueger am 29. Oktober 1895 mit 93 zu 41 Stimmen vom Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt wurde, schien man das lang ersehnte politische Ziel endlich erreicht zu haben. Die Wahl bedurfte zuvor aber noch der kaiserlichen Bestätigung. Als diese nicht erteilt wurde, nominierten die Christlichsozialen Lueger erneut als Bürgermeisterkandidaten.[388] Dieses Vorgehen stellte eine Verletzung der kaiserlichen Vorrechte dar, woraufhin der Gemeinderat aufgelöst und unter die Leitung einer provisorischen Verwaltung gestellt wurde. Die Ablehnung löste heftige Proteste und Demonstrationen der Wähler aus. Noch nie war die Wortwahl bei politischen Versammlungen so scharf wie in diesen Tagen. Die Neuwahlen wurden für den Februar 1896 ausgeschrieben. Diese Wahl brachte wenig überraschend ein weiteres Zulegen der Christlichsozialen. Auf Wunsch des Kaisers trat Lueger das Amt jedoch nicht an und überließ es seinem Parteikollegen Joseph Strobach. Ein Jahr später sollte er aber selbst die Regierung der Reichshauptstadt übernehmen. Diese Lösung ermöglichte beiden Seiten, ihr Gesicht zu wahren. Trotz der Erfolge beschränkte sich der Einfluss der Christlichsozialen auf Wien und Niederösterreich.[389] Es gab aber Stimmen in der Partei, welche die Bewegung nach außen, in die österreichischen Kronländer tragen wollten. Dazu gehörte insbesondere Albert Gessmann (1852-1920). Gessmann war ein langjähriger Wegbegleiter Karl Luegers und zählte zu seinen engsten Vertrauten. Was die zukünftige Ausrichtung der Partei betraf, hatten sie allerdings unterschiedliche Vorstellungen. Bereits 1901 hatte er eine einheitliche Reichsorganisation der Partei vorgeschlagen und wollte den Schritt auf die gesamtstaatliche Ebene wagen. Diesem Vorstoß folgten private Treffen mit Vertretern der alpenländischen

[385] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 115.
[386] Vgl. ebda., 165f.
[387] Den entscheidenden Wahlerfolg verdankte Lueger nicht der eigenen Klientel, sondern dem Übertritt einer beachtlichen Zahl von Beamten in sein Lager. Die Wahl der zweiten Kurie wurde dadurch zum Desaster für die Liberale Partei. Vgl. ebda., 156.
[388] Die Wahl des Wiener Bürgermeisters wurde erst mit der kaiserlichen Bestätigung rechtskräftig. Die Affirmation des Kaisers richtete sich wiederum an den Beschluss des kaiserlichen Ministerrates. Dieser sprach sich in der Mehrzahl zwar für Lueger aus, dieser Beschluss wurde allerdings von Ministerpräsident Badeni ignoriert. Der Kaiser folgte Badenis Rat und lehnte Lueger als Bürgermeister ab. Vgl. ebda., 169f.
[389] Vgl. ebda., 171-174.

Konservativen, wo bereits über eine mögliche Fusionierung gesprochen wurde.[390] Begründet hatte Gessmann seine diesbezüglichen Absichten (bei einem Vortrag vor der Leo-Gesellschaft) mit einem Argument, das auch aus der Ersten Republik stammen könnte: Die Fusion mit den klerikalen Konservativen sollte eine Hegemonie der Sozialdemokraten im neuen Parlament verhindern. Die Sozialdemokraten wurden von Gessmann weniger aufgrund ihrer ökonomischen Theorien attackiert (wie bisher üblich) als aus einer kulturpolitischen Ablehnung. Gessmann sah in der Arbeiterpartei ein „*furchtbare*[s] *Potenzial zur Zerstörung der österreichischen Zivilgesellschaft*". [391] Nur aus dieser Abwehrhaltung gegen die Sozialdemokratie heraus ist sein Konzept zu verstehen, die Partei als eine klassenübergreifende Volkspartei zu etablieren.[392] Auch wenn der Antimarxismus/Antisozialismus der Christlichsozialen Partei in erster Linie ideologisch begründet war, so wurde er erst unter Albert Gessmann als prioritäres Anliegen in die politische Programmatik aufgenommen. Beschleunigt wurden die Fusionsbestrebungen durch die Diskussionen rund um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer. Als dieses bei den Reichsratswahlen 1907 erstmals zur Geltung kam, ergab sich eine katholische Mandatsmehrheit im Parlament.[393] Gemeinsam mit der Katholischen Volkspartei[394] kam man auf 96 von 516 Abgeordneten und stellte die größte Fraktion im Reichsrat. Ohne die konservativen Abgeordneten hielt man noch immer bei stolzen 66 Mandaten, wovon die Hälfte aus ländlichen Wahlbezirken stammte. So konnte sich die Christlichsoziale Partei bereits vor der Fusion eine einflussreiche ländliche Basis aufbauen. Eine dominante Stellung nahmen dabei die Bauernbünde ein. Besonders der Niederösterreichische Bauernbund entwickelte sich in der Folge noch zu einem entscheidenden Machtfaktor der Partei. 1907 fielen auf ihn 79 Prozent der abgegebenen christlichsozialen Stimmen in Niederös-

[390] Vgl. ebda., 225.
[391] Zit. nach Boyer, Karl Lueger, 2010, 292-294.
[392] Gessmanns Vorstellungen bezüglich einer Neuausrichtung der Christlichsozialen Partei gingen noch einige Schritte weiter. Als Vorbild schwebte ihm das deutsche *Zentrum* vor. Allerdings wollte er den katholischen Charakter weniger stark betonen, da er befürchtete, der Klerikalismus könnte aufgrund seiner Vielschichtigkeit die Partei zu leicht spalten. Wie Seipel wollte er aus den Christlichsozialen eine breite Volkspartei machen. Vgl. ebda., 300; Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 1, Graz 1957, 432.
[393] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 281.
[394] Für Höbelt ist die Entwicklung der konservativen Honoratiorenparteien zur Katholischen Volkspartei ein sehr geradliniger Prozess. „Alle konservativen Abgeordneten, die nicht – wie die alpenländischen Prälaten oder die böhmischen Magnaten – aus dem Großgrundbesitz hervorgingen, bildeten im November 1895 die Katholische Volkspartei (KVP) unter Josef von DiPauli, Franz von Morsey und Alfred Ebenhoch bzw. schlossen sich ihr (wie die steirischen Nachzügler) spätestens nach den Wahlen vom Frühjahr 1897 an." Lothar Höbelt, Konservative und Christlichsoziale. Phasen des Übergangs – und seine Folgen, in: Ulfried Burz, Hg., Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag, Klagenfurt 2000, 346.

terreich, war der Partei eine zunehmend agrarische Prägung verlieh. Mit dem Zusammenschluss dieser beiden Parteien zur Christlichsozialen Reichspartei war die Parteienbildung fürs Erste abgeschlossen.[395]

Noch im Entstehen war hingegen ein Phänomen, das man später als Politischen Katholizismus bezeichnen wird.[396] Mit der bischöflichen Anerkennung der Christlichsozialen kam es zu einer ersten Annäherung der Partei an die Amtskirche. Den Anfang dieser zunächst von Rom vorgegebenen Aussöhnung machte Karl Lueger mit einer öffentlich abgegebenen Loyalitätserklärung. Die weiteren Schritte vollzogen sich in der Folge von selbst. Die einsetzende Verflechtung mit dem katholischen Vereinswesen sicherte der Partei ein breites Spektrum an Vorfeldorganisationen, was nicht ohne Folgen für ihre kulturpoltische Ausrichtung blieb. Die katholisch-politischen Vereine entwickelten „eigene religiös geprägte Fest- und Kommunikationskulturen" und trugen so wesentlich zur Förderung einer öffentlich gelebten 'Kirchlichkeit' bei."[397]

> „Im seit langem religiös eher indifferenten gewerblich-(klein)bürgerlichen Bevölkerungssegment der Städte entwickelte sich parallel zur christlichsozialen Mobilisierung eine neue Identifikation mit der Institution Kirche, was sich im Gottesdienstbesuch und Mäzenatentum für Kirchenausstattungen positiv zu Buche schlug. Politisch „eroberte" Stadtverwaltungen zelebrierten eine neue „Kirchlichkeit" (z.B. beim Einweihen von Gebäuden) und förderten großmütig kirchennahe Vereine sowie den Ausbau kirchlicher Infrastruktur. (…) Kardinal Anton Gruscha von Wien bemerkte anerkennend, dass die Christlichsozialen ihm wiederum die Kirchen gefüllt hätten."[398]

Trotz dieser konfessionellen Schlagseite kann Luegers Politik nur bedingt als klerikal bezeichnet werden. Auch persönlich war der Wiener Bürgermeister kein besonders gläubiger Katholik. Sein Verhältnis zum Episkopat kann man höchstens als kühl beschreiben. Er besaß jedoch das politische Talent, Machtfaktoren zu erkennen und mit ihnen umzugehen. Ebenso wie er es verstand, auf der antisemitischen Klaviatur zu spielen, wusste er

[395] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 283-300. Organisatorische Veränderungen der Parteistruktur fanden in großem Stil erst wieder in der Ersten Republik statt. Vgl. Staudinger, Müller u. Steininger, Die Christlichsoziale Partei, 1995, 165.
[396] Unter Politischem Katholizismus versteht man eine Sammelbezeichnung für die im 19. Jahrhundert einsetzenden Bestrebungen von Katholiken, „die Lage der meist staatlich kontrollierten Kirche durch politische Aktivität der Laien zu verbessern." Dabei erwiesen sich seine situationskonformen, pragmatisch konzipierten Ansätze oft als sehr erfolgreich in der Durchsetzung katholischer Interessen. Heinz Hürten, Politischer Katholizismus, in: Walter Kasper u.a., Hgg., Lexikon für Theologie und Kirche. Bd. 8, Freiburg u.a. 1999, 394f.
[397] Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 23.
[398] Ebda., 23.

die Religion geschickt zu seinen Gunsten zu instrumentalisieren.[399] Schon der Verweis auf die christliche Religion in der Parteibezeichnung war als bewusste Abgrenzung von allem Jüdischen gedacht. Im gleichen Sinne ist das Eintreten von katholischen Positionen bei kulturpolitischen Fragen zu verstehen. 'Christlich' war für ihn lediglich die positive Konnotation von 'nicht jüdisch' und sollte die kleinste gemeinsame Basis der antisemitischen Bewegung bilden, um so über ihre eigene Heterogenität hinwegzutäuschen. Die organisatorische Nähe zum katholischen Vereinswesen öffnete kirchlichen Einflüssen in die Christlichsoziale Partei Tür und Tor, wodurch sich in den letzten Jahren der Monarchie eine schleichende Klerikalisierung der Partei einstellte.[400] Besonders nach dem Ableben Karl Luegers und den damit verbundenen Wirren des Nachfolgestreits erstarkte eine Traditionslinie innerhalb der Wiener Christlichsozialen, die in der Ersten Republik tonangebend für die gesamte Partei werden sollte. Es handelte sich dabei um junge kämpferische Katholiken, die den Katholizismus nicht mehr bloß als nützliches Dekorationselement ansehen wollten, dessen man sich nach Belieben bedienen konnte, sondern ihn als Handlungsgrundlage der Parteipolitik propagierten. Damit verließen sie den Kurs der Gründerväter, denen eine allzu starke doktrinäre Ausprägung der Partei schon immer zuwider gelaufen ist. Wenig überraschend ist dabei, dass einige dieser Jungpolitiker aus dem Geltungsbereich Albert Gessmanns kamen.[401] An erster Stelle seien hier Richard Schmitz[402] (1885-1954) und Viktor Kienböck[403] (1873-1956) genannt. Wie viele andere

[399] Boyer attestierte Lueger „eine bewusst opportunistische Beziehung zur Religion". Boyer, Karl Lueger, 2010, 359.
[400] Vgl. ebda., 107.
[401] In diesem Zusammenhang dürfen die katholischen Studentenverbindungen nicht unerwähnt bleiben. Aus ihnen rekrutierte sich der überwiegende Teil der katholischen (Laien)Elite. Vgl. Hartmann, Der CV in Österreich, 2011, 53-55.
[402] Richard Schmitz begann seine Karriere nach juridischen und nationalökonomischen Studien als Journalist im katholischen Zeitungswesen. 1910 wechselte er in die Wirtschaftsredaktion der *Reichspost.* Schon zuvor wurde Albert Gessmann auf den jungen Juristen aufmerksam, der auch im *Katholischen Volksbund* aktiv war. 1913 übernahm Schmitz die Gesamtleitung des Volksbundes. Von 1920 bis 1934 war er Abgeordneter zum Nationalrat. Als Sozial- und Bildungsminister gehörte er bis 1930 beinahe jeder Regierung an. Schmitz, der sich in der Politik den Grundsätzen der christlichen Soziallehre verbunden fühlte, war ein konsequenter Parteigänger und enger Vertrauter Ignaz Seipels. 1930 wurde er für wenige Monate sogar Vizekanzler der Republik. In der Zeit des Ständestaates wurde er als Wiener Bürgermeister installiert. Unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde Schmitz verhaftet und bis 1945 im Konzentrationslager Dachau interniert. Vgl. Felix Czeike, Hg., Historisches Lexikon Wien, Bd. 5, Wien 1997, 113f.
[403] Viktor Kienböck übernahm nach dem Jusstudium die väterliche Anwaltskanzlei. Seit früher Jugend war er in der christlichen Arbeiterbewegung tätig. Nach dem Krieg trat er als Abgeordneter der Christlichsozialen Partei in den Wiener Gemeinderat ein. Von 1922 bis 1934 stellte er im Kabinett Seipel I. den Bundesfinanzminister, wodurch ihm ein führender Anteil an der großen Währungssanierung zukam. In den Jahren von 1926 bis 1929 übernahm er auf Wunsch Seipels erneut das Finanzressort. In diese Amtszeit fiel die Liquidierung des aufgeblähten Bankenapparats, dessen Strukturen noch auf die Donaumonarchie ausgerichtet waren. Von 1932 bis 1938 war Kienböck Präsident der Österreichischen Nationalbank, welche unter seiner Amtszeit errichtet wurde. Nach dem Weltkrieg fungierte Kienböck als Berater der Notenbank und

junge, katholische Intellektuelle knüpften sie in der Leo-Gesellschaft die entscheidenden Banden für die spätere Zukunft. Die Begegnung mit Gleichgesinnten war nicht nur hilfreich für den Aufbau von Netzwerken, sondern festigte zudem die eigenen weltanschaulichen Überzeugungen. Eine große Wirkung auf das politische Denken des katholischen Nachwuchses übte vor allem der Moraltheologe Franz M. Schindler aus. Die Leo-Gesellschaft entwickelte sich rasch zum wichtigsten Sammelbecken der katholischen Intelligenz. Einer aus diesem Kreis war der junge Richard Schmitz. Ab 1913 übernahm Schmitz die Gesamtleitung des *Volksbunds der Katholiken Österreichs*. Nach dem Vorbild des deutschen Volksvereins wollte er daraus eine schlagkräftige Kaderorganisation gestalten, deren langfristiges Ziel die Rekatholisierung Wiens sein sollte. Unter seiner Führung wuchs der *Volksbund* rasch zur Massenbewegung an und blieb schon bald nicht mehr auf Wien beschränkt. Von 4.200 Mitgliedern im Jahr 1910 stieg die Mitgliederzahl auf über 28.000 im Jahr 1914 an.[404]

> „Schmitz sah in seiner Arbeit beim Volksbund eine Möglichkeit, zur Verdichtung des programmatischen Inhalts der christlichsozialen Partei beizutragen; einer Partei, die sich bis jetzt in erster Linie demagogische Führer geleistet hatte, deren Stärke in einer gewissen rhetorischen Wendigkeit und der Bereitschaft lag, Grundsätze zugunsten kurzfristiger Vorteile über Bord zu werfen. Der Katholizismus war in Wien, wie Schmitz in seinem privaten Tagebuch vermerkte, einer apokalyptischen Bedrohung ausgesetzt: „Der tausendjährige Kampf der Feinde Christi gegen seine heilige Kirche lodert besonders in unseren Tagen mit erschreckender Heftigkeit auf.“ Es galt, ein Programm zu schmieden, das Waffen für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten lieferte; der Volksbund konnte einen entscheidenden Beitrag zur Heranbildung einer neuen, ideologisch versierten Parteielite spielen. Die Zwanglosigkeit der Ära Lueger musste abgelöst werden durch eine systematische soziale und kulturelle Erziehung, welche die Partei von sich aus nicht leisten konnte.“[405]

Dieses Bestreben nach ideologischer Vergewisserung scheint nur konsequent. Nach der Ära Lueger, der es gelungen war, die nach wie vor sehr lose organisierte Partei nur Kraft seiner Persönlichkeit zusammenzuhalten, musste nun eine politische Konsolidierung einsetzen, um einem drohenden Auseinanderbrechen Vorschub zu leisten. Mangels geeigneter Führungspersönlichkeiten konnte eine nachhaltige Neuausrichtung nur mit einer ideologischen Einheitlichkeit erreicht werden. Dem Katholizismus sollte nach Vorstellung

---

übernahm ab 1952 erneut deren Leitung, wenn auch nur als Vizepräsident. Vgl. Gustav Otruba, Kienböck, Viktor, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Hg., Neue Deutsche Bibliographie, Bd. 11, Berlin 1977, 583f.

[404] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 356. Für die politischen Gegner war der Ausbau des *Volksbundes* nur der Versuch, die Christlichsozialen noch mehr unter die Führung des Wiener Erzbischofs zu bringen.

[405] Ebda., 354f.

Schmitz diese vermittelnde Rolle zukommen. Die Führungsgarnitur der Lueger-Generation betrachtete diese Entwicklung voller Unbehagen und Misstrauen. Am Ende des Krieges standen sich innerhalb der Wiener Christlichsozialen zwei Strömungen gegenüber: die klassischen Parteieliten, die sich vorrangig aus bürgerlich-kommerziellen Interessensgruppen rekrutierten, und die betont katholischen Jungakademiker. Erst Seipel sollte es wieder gelingen, die Partei zusammenzuführen.[406] Gemeinsam mit der Parteienfusion von 1907 bewirkte diese programmatische Neuausrichtung bei der Christlichsozialen Partei eine entscheidende Akzentverschiebung vom „christlichen Sozialismus" hin zum „christlichen Konservativismus".[407] Von einem Transformationsprozess in der Parteiausrichtung spricht auch Höbelt. Dabei kam es zu einer fundamentalen Umpolung von 'links' nach 'rechts'. Wobei die Auswirkungen dieser Verkehrung erst in der Ersten Republik in voller Tragweite zur Geltung kamen.

> „Die Christlichsozialen der Ersten Republik waren in einem weit größere Ausmaß, als das gemeinhin rezipiert wird, „Konservative"-Konservative, nicht bloß als Ausdruck gesellschaftlichen Beharrungsvermögens oder – viel weniger schon – schwarz-gelber Nostalgie, sondern „Konservative" im Sinne von ehemaligen Angehörigen der Katholischen Volkspartei. (…) Auf die Tradition Luegers konnte sich mit Recht nur mehr eine Minderheit der Christlichsozialen berufen. Die Auswirkungen dieses Rechtsrucks jedoch waren paradox. Die Länder, wo dieses „linke" Erbe der alten Christlichsozialen eine Rolle spielte, zählten innerhalb der Christlichsozialen zum kämpferischen „rechten" Flügel. Auch monarchistische Strömungen spielten im „schwarzen" Lager fast nur dort eine größere Rolle. Dieser Befund ist nicht unbedingt so zu interpretieren, als ob der rechte Flügel der Zwischenkriegszeit notwendigerweise mit den alten Christlichsozialen der Jahrhundertwende ident wäre. Dafür waren die Vorgänge innerhalb der Partei in Tirol, Steiermark und Wien zu komplex. Anders gesagt: Hier herrschen noch große Desiderata vor."[408]

Umgekehrt wurde eine ausgleichs- und kompromissfreudige Politik, wie im nächsten Kapitel noch gezeigt werden wird, besonders dort gelebt, wo bis zur Fusionierung eine „eindeutige Hegemonie der Konservativen" vorherrschte. Höbelt schreibt den kantigeren politischen Stil nicht so sehr den Rekatholisierungsbestrebungen der neuen Politikergeneration zu als den internen Grabenkämpfen, die zu einer ideologischen Profilschärfung geführt haben.

[406] Vgl. ebda., 359.
[407] Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus, 2007, 521.
[408] Höbelt, Konservative und Christlichsoziale, 2000, 352.

> „Wer gerade erst einen konkurrierenden Flügel unter Berufung auf ideologische Linientreue aus dem Feld geschlagen hatte, sah sich gezwungen, auch in der „hohen Politik“ auf die „schärfere Tonart“ zu setzen.“[409]

Die Beschreibung des Politischen Katholizismus als ein dreigliedriges Phänomen bestehend aus katholischem Vereinswesen, Amtskirche und Christlichsozialer Partei[410], trifft erst für die Spätphase der Monarchie zu. Auch wenn Liebmann die Geburtsstunde des Politischen Katholizismus sehr viel früher ansiedelt, nämlich rund um die allgemeine katholische Auflehnung gegen die liberalen „Maigesetze“[411], kann man von einem handlungsfähigen parteipolitischen Katholizismus erst in den letzten Jahren der Donaumonarchie sprechen. Die politischen Umwälzungen infolge des Ersten Weltkrieges ließen die unterschiedlichen christlichsozialen Strömungen in der Republik noch enger zueinanderfinden. Besonders fatal wirkte sich dabei die Verschmelzung des wirtschaftlichen und kulturellen Antisozialismus zu einer neuen Parteilinie aus, die bisher immer in unterschiedliche Flügel aufgeteilt waren.

[409] Ebda., 352.
[410] Vgl. Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus, 2007, 521.
[411] Vgl. Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 386.

2.1.2. Die Formierung des christlichsozialen Lagers unter Ignaz Seipel

„Volles Interesse für die Politik gehört zum praktischen Christentum."[412]

Hildegard Burjan

Ignaz Seipel prägte die Ausrichtung der Parteilinie wie kein zweiter christlichsozialer Politiker der Ersten Republik. Dabei stellte sich die Neuorientierung in den Wirren der Nachkriegsmonate keineswegs als einfach heraus. Wie dem vorhergehenden Kapitel zu entnehmen war, wandelte sich die Christlichsoziale Partei am Ausgang der Monarchie von einer im städtischen Milieu entstandenen, polternden Protestpartei zu einer staatstragenden Massenpartei. Besonders in den Kriegsjahren positionierte sich die Partei als Stütze der scheidenden Monarchie.[413] Aber auch schon zuvor übernahmen die Christlichsozialen Regierungsverantwortung und stellten Minister in kaiserlichen Kabinetten.[414] Mit der Regierungsbeteiligung gelang es der Partei, sich zunehmend als verlässliche Staatspartei zu positionieren, wodurch sich auch eine Annäherung an den österreichischen Episkopat einstellte.[415] Gleichzeitig verlief dieses Unternehmen auf Kosten des ursprünglichen Reformgeistes der Bewegung.[416] Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Christlichsozialen mit dem politischen Systemwechsel (von der Monarchie zur Republik) von allen Parteien am meisten Probleme hatten. Überrumpelt von den Ereignissen galt es innerhalb weniger Wochen einen neuen Kurs einzuschlagen, der vom gesamten innerparteilichen Spektrum mitgetragen werden konnte.[417] Doch die Frage nach der zukünftigen Staatsform

[412] Zit. nach Ingeborg Schödl, Hildegard Burjan, in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Bd. 1, Wien 2000, 64.

[413] Die Christlichsoziale Partei unterstützte bis zum Kriegsende die kaiserlichen Regierungen, auch wenn sich im Laufe des Krieges ihre Unterstützung zunehmend abschwächte, da sich manche kriegsbedingten Maßnahmen direkt gegen die eigene Klientel richteten. Die Partei vermied es jedoch tunlichst, die Kritik an der Regierung öffentlich zu verbalisieren. In den Klubprotokollen ist der „fortschreitende Konsensverlust" aber deutlich zu vernehmen. Vgl. Anton Staudinger, Zur Entscheidung der christlichsozialen Abgeordneten für die Republik, in: Isabella Ackerl u. Rudolf Neck, Hg., Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik, Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978, Wien 1986, 169.

[414] Vgl. Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 181.Albert Gessmann und Alfred Ebenhoch waren die ersten christlichsozialen Minister in kaiserlichen Regierungen.

[415] In kulturpolitischen Belangen war die Politik der Christlichsozialen zwar vorwiegend kirchenfreundlich, doch gab es stets ein distanziertes Verhältnis zum Hochklerus. Vgl. Kapitel 2.1.1., 97.

[416] Vgl. Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 181f.

[417] Staudinger konnte nachweisen, dass sich selbst in den letzten Kriegsmonaten, als sich die militärische Niederlage bereits abgezeichnet hatte, Überlegungen und Planungen für die Zeit nach dem Krieg nur vereinzelt im christlichsozialen Klub angestellt wurden. Erst Ende September 1918 erkannte man die Unabwendbarkeit der drohenden Niederlage, welche zu lebhaften Diskussionen im christlichsozialen Klub über die Notwendigkeit eines Friedensschlusses in Verbindung mit einer Verfassungsreform geführt hatte, wobei

droht die Partei zu spalten. Vor allem die Wiener Gruppe um Parteiobmann Prinz Alois von Liechtenstein sowie die Reichsratsabgeordneten Ämilian Schöpfer und Wilhelm Miklas hielten an der monarchischen Staatsform fest. Der monarchistische Flügel empfand jedes Eintreten für die Republik als Verrat am Kaiserhaus. Alleine die Vorbereitung für die Konstituierung Deutschösterreichs ohne die Zustimmung des Kaisers rief in diesen Kreisen reichlich Unbehangen hervor.[418] Innerhalb des christlichsozialen Klubs der provisorischen Nationalversammlung kippte die Stimmung in den letzten Oktobertagen 1918 von einem Festhalten an der alten Ordnung, was von der *Reichspost*[419] tatkräftig unterstützt wurde, hin zu offenen republikanischen Tendenzen, wie sie vornehmlich von alpenländischen Abgeordneten vertreten wurden.[420] Die zunehmenden regionalen Partikularinteressen verstellten aber den Blick auf gesamtstaatliche Lösungsansätze, welche angesichts der Staatskrise unbedingt erforderlich gewesen wären. Mit der Gründung des Staates Deutschösterreich am 30. Oktober 1918 wurde der Untergang der Donaumonarchie für alle Anhänger einer Habsburger-Restauration zur traurigen Gewissheit. Die Frage nach der Staatsform blieb vorläufig noch offen (zumindest in der Christlichsozialen Partei).[421] Der Druck in Richtung Republik nahm aber täglich weiter zu.[422] Mit der Ausrufung der Republik in Deutschland am 9. November, schien auch in Österreich das Schicksal des Kaisers besiegelt worden zu sein.[423]

---

dies ausschließlich unter dem Aspekt der Rettung der Monarchie geschah. Vgl. Staudinger, Zur Entscheidung der christlichsozialen Abgeordneten für die Republik, 1986, 169f.

[418] Vgl. Staudinger, Zur Entscheidung der christlichsozialen Abgeordneten für die Republik, 1986, 171.

[419] Die *Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk*, so der vollständige Name der Zeitung, war das offiziöse Presseorgan der Christlichsozialen Partei. Den Eigentümerverhältnissen zufolge gehörte die Zeitung jedoch der Katholischen Kirche. Im Handelsregister firmierte die *Reichspost* als „Verein Herold", dessen Vereinspräsident der Wiener Erzbischof Friedrich Gustav Kardinal Piffl persönlich war. Den Vorsitz des Vereins hatte seit 1919 Ignaz Seipel inne. Vgl. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 267. Für die Blattlinie zeichnete sich ab 1904 Friedrich Funder verantwortlich. Er war von 1904 bis 1938 zugleich der Herausgeber der Zeitung. Funder war als einziger Nichtabgeordneter Mitglied des christlichsozialen Abgeordnetenklubs. Zu Republikszeiten gehörte er sogar mit beratender Stimme dem Klubvorstand an. Vgl. Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 182, Anm. 3. Funder selbst fühlte sich jedoch als unabhängig und wehrte sich dagegen, die *Reichspost* als Parteizeitung anzusehen. Auch Seipel sah die Zeitung im Gegensatz zur *Arbeiterzeitung* als unabhängig, da Funder nicht wie sein sozialdemokratisches Pendant Austerlitz Abgeordneter zum Nationalrat war. Vgl. Hedwig Pfarrhofer, Friedrich Funder. Ein Mann zwischen gestern und morgen, Graz, Köln u. Wien 1978, 111f.

[420] Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 75; Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 89.

[421] De facto war aber die von allen Abgeordneten der provisorischen Nationalversammlung angenommene provisorische Verfassung ihrem Wesen nach republikanisch. Vgl. Friedrich Weissensteiner, Der ungeliebte Staat. Österreich zwischen 1918 und 1938, Wien 1990, 36.

[422] Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte hrsg. von Herwig Wolfram), Wien 2005, 266.

[423] Die Ausrufung der Republik in Deutschland wirkte auf die österreichischen Entwicklungen beschleunigend. Die provisorischen Landesversammlungen von Tirol und Kärnten nahmen die Ereignisse in Deutschland zum Anlass, um ebenfalls die Republik einzufordern. Ähnliche Forderungen kamen in weiterer Folge

„Die Proklamierung eines deutsch-österreichischen Staates und dessen Anbindung an Deutschland hatte für den politischen Entscheidungsprozess in Wien erhebliche Konsequenzen. Die Ausrufung der Republik am 12. November 1918 war auch hier die einzige realistische politische Option, zumal man sich mit ihr auch einen mäßigenden Einfluss auf die revolutionäre Stimmung sowie ein größeres Wohlwollen der Alliierten bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen erhoffte. Als einzige der großen politischen Lager stellte die Entscheidung für die Republik die Christlichsozialen vor eine Zerreißprobe, die als Katalysator für den Aufstieg von Ignaz Seipel, der wohl bedeutendsten Persönlichkeit der Partei in der Zwischenkriegszeit, diente."[424]

Als am 12. November 1918 in der provisorischen Nationalversammlung über die zukünftige Staatsform abgestimmt werden sollte, entschied sich die Mehrheit der christlichsozialen Abgeordneten für die Republik. Damit erfolgte zwar ein erster wichtiger Schritt im republikanischen Selbstfindungsprozess der Partei, doch von einem gemeinsamen Kurs war man noch weit entfernt. Die Abstimmung hinterließ einen tiefen Riss innerhalb der Partei. Der monarchistische Flügel war überstimmt, aber nicht überzeugt worden.[425] Mehr als zuvor drohte die Frage der Staatsform, die Partei zu spalten. Begleitet wurde diese grundsätzliche Orientierungskrise von einer schon länger bestehenden Führungskrise, die durch den Rücktritt des Wiener und Gesamtparteiobmanns Prinz Alois von Liechtenstein noch verschärft wurde. An seine Stelle traten in der Bundeshauptstadt Richard Weiskirchner, und der oberösterreichische Landeshauptmann Prälat Johann Nepomuk Hauser folgte ihm als Obmann der Gesamtpartei.[426] Die Ursprünge der christlichsozialen Führungskrise reichen aber weiter zurück. Mit dem Tod Karl Luegers verlor die Partei nicht nur ihren charismatischsten Politiker sondern auch ihre wichtigste Integrationsfigur. Schaffte es Lueger noch, größte Teile des bürgerlichen Lagers[427] hinter sich zu scharen, so musste man bereits ein Jahr nach seinem Tod zusehen, wie die Wählerbasis zu schwinden begann. Bei den Reichsratswahlen 1911 verloren die Christlichsozialen die absolute Mehrheit im Wiener Rathaus.[428] Verursacht wurde dieser Verfall durch zwei

---

auch aus Ober- und Niederösterreich. Die Sozialdemokraten drängten hingegen zum Anschluss. Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 77.

[424] Robert Kriechbaumer, Paralyse, Neuorientierung, Staatspartei: die Christlichsoziale Partei 1918-1922, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 72f.

[425] Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 78.

[426] Am 26. November 1918 bestimmte man Hauser zum Parteiobmann und am 6. Dezember 1918 folgte Bürgermeister Weiskirchner Fürst Liechtenstein als Nachfolger im Amt des Wiener Parteiobmanns nach. Ebda., 81.

[427] Wenn in der Folge von bürgerlich gesprochen wird, passiert dies in Anlehnung an Johann Auer, der einer reduzierten, wirtschaftlichen Definition folgt, die man vereinfacht als 'eigentumsbejahend' bezeichnen könnte. Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 54.

[428] Vgl. Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 182.

parallel ablaufende parteiinterne Prozesse. Zum einen wurde der Wählerabfall durch einen soziologischen Wandel der Partei und ihrer Klientel verursacht. Der Verlust des „sozialreformerischen Impetus" der Gründungsphase machte die Christlichsozialen sowohl am Land wie auch in der Stadt zunehmend „zu einer Partei von Besitzenden." Zum anderen bewirkte der Wandel zur „Reichspartei" einen „Prozeß der weltanschaulichen Vereinheitlichung", worunter Wohnout eine „endgültige Festlegung der Partei auf einen dezidierten politischen Katholizismus" und die damit verbundene Konzentration auf eine Kernwählerschicht versteht.[429] Beide Prozesse fanden nach dem Krieg ihre Fortsetzung und verstärkten sich noch zusätzlich. Hinzu kam, dass sich nach den Reichsratswahlen 1907 und 1911 das parteiinterne Kräfteverhältnis „von der Reichshauptstadt, dem Ausgangspunkt der Partei", hin zu den Ländern verschob. Für die Wählerstruktur bedeutete dies eine Verlagerung „vom Kleinbürgertum [hin] zur konservativen Bauernschaft".[430] Der Verlust der Mandatsmehrheit in Wien führte dazu, „dass für viele Christlichsoziale künftig die Bundesländer die zentralen Bastionen ihres Einflusses bilden sollten."[431] Für die Wiener Christlichsozialen bedeutete besonders die Wahlniederlage im Mai 1919 (Verlust des Bürgermeisteramtes) mehr als nur eine Schwächung ihres bisherigen Führungsanspruchs innerhalb der Reichspartei. Sie verloren dadurch ihr traditionelles Kompetenzgebiet, woraufhin ihnen als eigentliches Betätigungsfeld nur noch die Bundespolitik blieb. Dadurch wurde der „Antagonismus" zwischen den Parteigruppen zusätzlich verschärft und sollte die Partei bis zur Errichtung des Ständestaates beschäftigen.[432] Einen Sonder-

[429] Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 182. Die kriegsbedingte Verarmung breiter bürgerlicher Schichten trieb noch zusätzlich Wähler in die Arme der Sozialdemokraten.
[430] Ebda., 182.
[431] Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 77.
[432] Dieser „so entstandene Antagonismus zwischen der Wiener 'Kerngruppe', die stark von der Persönlichkeit Ignaz Seipels geprägt war und zu der Richard Schmitz, Carl Vaugoin, Viktor Kienböck" sowie Friedrich Funder, der Chefredakteur der *Reichspost*, gehörten und „den Bundesländerrepräsentanten, wie dem Oberösterreicher Johann Nepomuk Hauser, dem Salzburger Rudolf Ramek oder den Vorarlbergern Jodok Fink und Otto Ender, sollte sich durch die gesamte Geschichte der Partei bis 1933 ziehen." Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 182. Auch in den Erinnerungen Jakob Frieds bestätigen sich diese Vorbehalte der 'Volksbund-Katholiken' gegenüber den alpenländischen Parteigenossen. „*Gemeinsam mit Dr. Seipel, Dr. Kienböck und Dr. Funder beriefen wir sofort eine Konferenz der Führer des katholischen Organisationslebens aus ganz Oesterreich nach Wien. Am 2. Sonntag im Oktober tagten wir in der Zentralstelle des katholischen Volksbundes in der Predigergasse. Wir beschlossen die entschiedenste Gegenwehr gegen die revolutionären Umtriebe, wir besprachen den Inhalt von Flugblättern, Zeitungsartikeln, von Versammlungsreden etz. Da uns die christlichsoziale Partei unter der Führung des Abg. Prälat Hauser nicht entschieden und fest genug erschien, forderten wir, dass die Partei keine Stellung beziehen, keinen wichtigen Beschluss fassen dürfe, ohne dass wir Gelegenheit gehabt hätten, dazu vorher unsere Meinung zu sagen und unsere Gründe darzulegen. Wir bildeten einen Ausschuss, der ständig alles wahrnehmen sollte, was im Augenblick notwendig war. Mitglieder dieses Ausschusses waren: Dr. Ignaz Seipel, Dr. Friedrich Funder, Richard Schmitz, Leopold Kunschak, Franz Spalowsky, Dr. Josef Pultar und ich, ferner Dr. Viktor Kienböck, Dr. Eduard Mayrhofer, Frau Dr. Hilde-*

weg gingen die Wiener auch hinsichtlich ihrer vehementen Ablehnung der Sozialdemokratie. Die ständigen weltanschaulichen Auseinandersetzungen mit der sozialdemokratischen Stadtverwaltung verliehen der Wiener Gruppe einen stark antisozialistischen Anstrich. Über den zunehmenden bundespolitischen Einfluss der Wiener hielt dieses Prinzip schließlich Einzug in die Bundesparteileitung.[433] Für die Sozialdemokraten ermöglichte die Erlangung des Bürgermeisterstuhls hingegen den Aufbau einer eigenen Hausmacht, wodurch der politische Kampf gegen die bürgerlichen Parteien in einer neuer Intensität geführt werden konnte. Die gesellschaftlichen Konfliktfelder waren somit auch geographisch klar abgegrenzt – da katholische Provinz, dort sozialistische Stadt – und verschärften die Gegensätzlichkeiten noch zusätzlich.[434] Die Überlegenheit in Wien bot der Arbeiterpartei zudem ein breites Rückzugsfeld, das ihr ungeachtet der Oppositionsrolle ausreichend Spielraum für politische Betätigung ließ. Beinahe ungestört konnte im „Roten Wien" an einem sozialistischen Gegenentwurf zur bürgerlichen Gesellschaft 'experimentiert' werden.[435]

Die christlichsoziale Ausgangslage nach dem Krieg war etwas komplexer. Wie im vorhergehenden Kapitel dargestellt wurde, bestand die Christlichsoziale Partei aus einem Geflecht verschiedenster Vereine und verfügte auch nach dem Krieg über keine einheitliche länderübergreifende Parteiorganisation.[436] Mit Ausnahme des Klubs der Reichstagsabgeordneten existierte aufgrund der bündischen Struktur keine österreichweite Parteiorganisation. Das Amt des Gesamtparteiobmanns gestaltete sich deshalb mangels Verfügungsgewalten anfänglich sehr zahnlos, womit auch der Führungsanspruch der Wiener Gruppe vorerst ohne realpolitische Auswirkungen blieb.[437] Genau dieses Machtvakuum am Ausgang des Krieges stellte den Nährboden für den politischen Aufstieg eines begabten Priesters mit idealistischen Zukunftsvisionen und ausgeprägtem Gestaltungswillen

gard Burian, August Schaurhofer." Franz Loidl, Hg., Prälat Jakob Fried. Erinnerungen aus meinem Leben (1885-1936), (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 30/2), Wien 1977, 80.

[433] Vgl. Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 184.

[434] Für Iber bildete sich erst durch das „Rote Wien" „die Front zwischen katholischer Provinz und roter Metropole" vollends heraus, wodurch „der milieubedingte Gegensatz zwischen Katholizismus und Antiklerikalismus zu seiner vollen Entfaltung kommen" konnte. Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus, 2007, 532f.

[435] Die nötigen Voraussetzungen wurden mit der Herauslösung Wiens aus Niederösterreich geschaffen. Seit 1923 war die Bundeshauptstadt sogleich ein eigenes Bundesland. Vgl. Friedrich Weissensteiner, Der ungeliebte Staat. Österreich zwischen 1918 und 1938, Wien 1990, 125f.

[436] Diese einzigartige Organisationsstruktur stellte Historiker bei der Untersuchung der „Haltung der Christlichsozialen Partei im Prozeß der Staatswerdung" vor die Schwierigkeit, „diese Christlichsoziale Partei abzugrenzen" und „festzustellen was sie ausmacht." Staudinger, Zur Entscheidung der christlichsozialen Abgeordneten für die Republik, 1986, 168.

[437] Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 81f.

dar. Ignaz Seipel schaffte es, sich als intellektueller Quereinsteiger ohne bedeutende Hausmacht innerhalb weniger Jahre an die Spitze der Partei zu stellen.[438] Dabei mussten auch Kritiker anerkennen, dass er diese eindrucksvolle Karriere nicht parteiinterner Protektion verdankte sondern einzig seinen persönlichen Fähigkeiten.[439] Ignaz Seipel kam über akademische Umwege in die Partei und durchlief deshalb auch nicht die klassische Ämterlaufbahn, welche im Falle der Christlichsozialen Partei für gewöhnlich im katholischen Vereinswesen ihren Anfang nahm. Maßgeblichen Einfluss auf die erste bedeutende Weichenstellung in seinem Leben hatte sein Mentor Franz Schindler[440]. Schindler lehrte in Wien Moraltheologie und hatte auf den jungen Geistlichen eine große Wirkung. Seipel kam durch diese Begegnungen erstmals mit sozioökonomischen Fragestellungen in Berührung. Schindler war es auch, der Seipel in die *Leo-Gesellschaft*[441] einführte, wo sich dann weitere zukunftsweisende Kontakte ergaben. Unter anderem entstand dadurch auch die Verbindung zur *Reichspost*, in der Seipel ab 1899 beginnt Artikel zu veröffentlichen.[442] In der Christlichsozialen Partei engagierte sich der junge Priester vorerst nicht. 1907 habilitierte sich Seipel mit einer Arbeit über die wirtschaftlichen Lehren der Kir-

[438] Seipel stand jenen einflussreichen Vereinen (z.B. Bauernbünde) fern, aus denen sich die traditionelle Parteispitze rekrutierte. Rückhalt fand er allerdings im *Katholischen Volksbund*, der zentralen Vertretung der Katholiken außerhalb des parteipolitischen Bereichs. Der Volksbund ging aus dem *Piusverein zur Förderung der katholischen Presse in Österreich* hervor. Er stand lange Jahre unter der Führung des Grafen Franz (von) Walterskirchen. Protektor des Vereins war der Wiener Erzbischof. Vgl. Gerhard Schultes, Der Episkopat und die katholischen Organisationen in der Ersten Republik. (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 57), Wien 1978, 18f.

[439] „Große Willenskraft, starker Charakter. Sein Kopf arbeitete wie eine Präzisionsmaschine. Er hatte keine wirtschaftlichen Kenntnisse. Aber wenn ich ihm eine Frage zehn Minuten erklärte, verstand er sie vollkommen, wobei er nicht selten zu einem anderen Resultat kam als ich und manchmal frappant Recht hatte." Mit diesen Worten beschrieb Sektionsrat Richard Schüller den Priesterkanzler. Jürgen Nautz, Hg., Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller, Wien 1990, 133. Die guten Kontakte zur *Reichspost* kamen dem Geistlichen bei seiner Karriere zweifelsfrei aber auch zugute. Immerhin war Seipel ab 1919 Vorsitzender des „Herold"-Vereins, also des Trägervereins der *Reichspost*. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 267. Aus einem anfänglich kühlen Verhältnis zu Funder entwickelte sich bald eine enge Zusammenarbeit. Funder stellte Seipel die *Reichspost* bereitwillig als Sprachrohr zur Verfügung. Seine Einflussnahme auf die Zeitung begann bereits Anfang 1918. Mit zunehmender Bedeutung Seipels wurden seine Anschauungen für die Linie des Blattes immer maßgebender. Vgl. Pfarrhofer, Friedrich Funder. 1978, 109.

[440] Franz Martin Schindler (1847-1922) war als Professor für Moraltheologie in Wien (1887-1922) einer der wichtigsten politischen Berater der Christlichsozialen Partei und maßgeblich für die Parteiprogrammatik verantwortlich. Zudem war er Mitbegründer und später auch Generalsekretär der „Leo-Gesellschaft". Wie Seipel trat er auch politisch in Erscheinung. Von 1907 bis 1918 war Schindler Mitglied des Herrenhauses. Vgl. Johannes Messner, Schindler Franz Martin, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 10, Wien 1994, 150.

[441] Die *Leo-Gesellschaft* war ein 1892 von J.A. Helfert in Wien gegründeter Verein zur Förderung katholischen Wissens. Namensgeber des Vereins war Papst Leo XIII. Zu seinen Spitzenzeiten gliederte sich der Verein in 13 Sektionen (Theologie, Philosophie, Geschichte, Naturwissenschaft usw.) und umfasste rund 1800 Mitglieder. Die *Leo-Gesellschaft* publizierte und organisierte akademische Veranstaltungen. 1938 wurde der Verein von den Nationalsozialisten aufgelöst. Vgl. Ernst Bruckmüller, Hg., Österreich Lexikon. Bd. 2, Wien 2004, 305.

[442] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 415.

chenväter an der Universität Wien, was ihm in weiterer Folge eine Professur für Moraltheologie an der katholisch-theologischen Fakultät in Salzburg einbrachte. Dort beschäftigte er sich ausführlich mit dem Nationalitätenproblem des Habsburger Vielvölkerreichs und den damit verbundenen konstitutionellen Herausforderungen. Sein Hauptwerk „Nation und Staat" fand in der akademischen Welt trotz kleinerer Schwächen reichlich Beachtung.[443] Als er 1917 Schindler als ordentlicher Professor für Moraltheologie in Wien folgte, schienen seine wissenschaftlichen Verdienste entsprechend honoriert worden zu sein. Im Jahr 1918 eröffnete sich für Seipel unerwartet eine kirchliche Karriere. Nach dem Tod von Erzbischof Balthasar Kaltner (1844-1918) zog ihn das Salzburger Domkapitel in die engere Auswahl und fragte inoffiziell um seine Zustimmung an. Obwohl er seine Wahl für unwahrscheinlich hielt (die ihm „*als eine Art Wunder erscheinen*" müsste), stellte er im Tagebuch ernsthafte Überlegungen an, welche „*Amtsführung*" Gott von ihm verlangen würde. Er kam zu dem Entschluss, dem Amt deutlich politische Akzente verleihen zu wollen. Als Erzbischof hatte er vor, seinen „*Platz im Herrenhause und im Landtag voll auszufüllen*" und sich „*nicht etwa nur auf die Wahrung rein kirchlicher Angelegenheiten zu beschränken*."[444] Die Möglichkeit sich politisch zu betätigen, sollte er schon bald haben. Entscheidend dafür war die Bekanntschaft mit Heinrich Lammasch (1852-1920)[445], der zweiten wichtigen Person seines frühen Lebenslaufes. Als Lammasch nur wenige Monate später, im Oktober 1918, mit der Bestellung des letzten kaiserlichen Kabinetts beauftragt wurde, schlug er dem Kaiser Ignaz Seipel für die Leitung des Sozialressorts vor.[446] Damit wurde der Grundstein für den Beginn einer großen politischen Laufbahn gelegt. Als Minister wurde Seipel erstmals auch einer breiten Bevölkerungsgruppe bekannt, auch wenn er das Amt nur wenige Tage bekleidet hatte.

Innerhalb der Christlichsozialen Partei machte Seipel durch seine Beteiligung am Zustandekommen der berühmten Verzichterklärung[447] Kaiser Karls auf sich aufmerksam. Erst

[443] Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 57.
[444] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 132f.
[445] Heinrich Lammasch (1853-1920) war Politiker und Universitätsprofessor für Staatsrecht in Innsbruck (1885) und Wien (1899). Als Ministerpräsident stand er dem letzten kaiserlichen Kabinett vor. (27.10.-11.11.1918). Lammasch gehörte der pazifistischen Meinl-Gruppe (Julius Meinl) an, die sich für die Beendigung des Krieges stark machte. Zuletzt war Lammasch Mitglied der österreichischen Delegation für den Friedensschluss von Saint-Germain (1919). Er trat für ein neutrales und unabhängiges Österreich ein. Vgl. Walter Goldinger u. Stefan Verosta, Lammasch Heinrich, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950, Bd. 4, Graz u. Wien 1969, 415f.
[446] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 416.
[447] Ernst Hanisch bezeichnet die Verzichtserklärung, die er Seipel zuschreibt, als „ein Meisterstück diplomatischer Mehrdeutigkeit". Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 266. Charles Gulick nannte sie ein „typisches Jesuitenstück" des Prälaten, der mit der vagen Formulierung eine Basis für künftige Restau-

der kaiserliche Verzicht auf die Regierungsgeschäfte ermöglichte einer breiten Mehrheit der christlichsozialen Abgeordneten einen Tag später in der provisorischen Nationalversammlung für die Republik zu stimmen. Denn die mehrdeutige Formulierung der "Quasi-Abdankung" hielt den Anspruch des Kaiserhauses auf Österreich weiter aufrecht und nahm so der bevorstehenden Abstimmung deutlich die Schärfe. Die Verzichtserklärung vermittelte sowohl dem Monarchen[448] als auch der von Loyalitätskonflikten geplagten Christlichsozialen Partei das Gefühl, nicht vor eine "Entweder-Oder-Wahl" gestellt zu sein, sondern erklärte die Entscheidung über die Staatsform vorerst für irrelevant. Damit war für die Christlichsozialen der Weg in die Republik frei. Noch Tage zuvor hatte mit diesem Ergebnis niemand gerechnet. Der Kaiser übte sogar noch gehörigen Druck auf die Partei aus. In einem Handschreiben an Kardinal Piffl bat er diesen, sich bei Parteibobmann Johann Hauser für eine Beibehaltung der Monarchie einzusetzen. Mit der Verzichterklärung fanden schließlich beide Seiten ihr Auskommen. Seipel bewies schon damals, ein prinzipientreuer Realpolitiker zu sein, wenn es um die Verteidigung von Grundsätzen ging.[449] Das Eintreten für die Republik war bestimmt kein Herzensanliegen des Prälaten, doch sah er keine Alternativen[450] zu ihr, wenn er nicht wollte, dass die Christlichsoziale Partei stark zerrüttet, gespalten oder vielleicht gar nicht in den Staatsbildungsprozess ein-

---

rationsbestrebungen offen halten wollte. Für Klemperer war es hingegen der ehrliche Versuch, dem monarchistischen Flügel mit diesem „Quasi"-Verzicht den Weg in die Republik zu ebnen. zit. nach Dieter A. Binder, Fresko in Schwarz? Das christlichsoziale Lager, in: Helmut Konrad u. Wolfgang Maderthaner, Hg., …der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 1., Wien 2008, 244. Die Rolle Seipels bei der Verzichterklärung wird in der Literatur höchst unterschiedlich bewertet. Bruckmüller gibt zu Bedenken, dass sein Einfluss darauf vielleicht sogar überschätzt wird, da bereits Renner und Seitz beim Besuch des kaiserlichen Ministerrates den Verzicht des Kaisers verlangten. Die Seipel zugeschriebene Verzichtserklärung würde sich nur in der Formulierung vom sozialdemokratischen Vorschlag unterscheiden. Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 78. Liebmann geht davon aus, dass auch Kardinal Piffl entscheidend an der Formulierung beteiligt war. Vgl. Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 395.

[448] Bei der kaiserlichen Familie war Seipel daraufhin „völlig persona grata". Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 80.

[449] Seipel begründete seine pro-republikanische Haltung nachträglich mit folgenden Worten „*Die Christlichsoziale Partei mußte sich entscheiden, ob sie sich einem vom Gesichtspunkt persönlicher Anhänglichkeit gewiß sehr idealen, aber politisch aussichtlosen und daher praktisch unbrauchbaren Legitimismus verschreiben und damit das Volk den anderen Parteien, die, durch ihre Tradition nicht gehemmt, völlig frei im Meer der Revolution hinaustreiben konnten, überlassen oder aber, die geänderten Tatsachen anerkennen, auch unter deren Herrschaft die Interessen des Volkes wie vorher vertreten sollte. Die Christlichsoziale Partei hat sich mit voller Klarheit für den zweiten Weg entschieden.*" Zit. nach Kriechbaumer, Paralyse, Neuorientierung, Staatspartei, 2008, 74. Wohnout sieht Seipels Flexibilität im Hinblick auf die Staatsform theologisch begründet. Die relative Leichtigkeit mit der Seipel und Kardinal Piffl für die Republik eingetreten waren, erklärte er mit ihrer „aus dem thomistischen Lehrgebäude abgeleiteten akkomodativen Einstellung". Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 191.

[450] Seipel musste sich wegen dieser Haltung den Vorwurf gefallen lassen, ein Vernunftrepublikaner zu sein, der nur deshalb immer vom Vaterland spreche, um nicht Republik sagen zu müssen. Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 426. Über Seipels Haltung zur Republik siehe auch Kriechbaumer, Paralyse, Neuorientierung, Staatspartei, 2008, 73; Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 91f.

gebunden würde.[451] Dadurch wären die bisher vertretenen Interessen schutzlos den politischen Kontrahenten ausgeliefert gewesen.[452] Eine solche Selbstaufgabe galt es um jeden Preis zu verhindern. Dass er auch das Heil der Katholischen Kirche als Interesse der Christlichsozialen Partei angesehen hatte, bezeugt sein gesamtes politisches Handeln. Die Partei war für ihn Schild und Schwert des Katholizismus, dessen politisches Programm es zu schützen und durchzusetzen galt.

> „Durch ihren realpolitischen Schwenk wurde die Christlichsoziale Partei zur letzten und letztlich stärksten Hoffnung des Bürgertums und einzigen Stütze der Katholischen Kirche, die, nunmehr des traditionellen Schutzes durch das Haus Habsburg beraubt, angesichts der revolutionären Umbruchsituation und des Platz greifenden Kulturkampfes der Sozialdemokratie eine neue politische Schutzmacht suchte und fand."[453]

Das Aufgeben des monarchischen Elements durch die Anerkennung der republikanischen Staatsform begünstigte folglich die Verflechtung der Christlichsozialen Partei mit der katholischen Kirche noch mehr. Anstelle des Monarchen fühlte sich nun die Partei für die politische Vertretung kirchlicher Interessen zuständig. Wer sich dabei stärker am Anderen 'festklammerte' ist schwer zu sagen, fest steht jedoch, dass man mit Ignaz Seipel einen idealen Vermittler beider Pole gefunden hatte. Er bewirkte als Vertreter beider Sphären zunächst eine institutionelle Annäherung und fungierte später gleichsam als Siegel dieser Verbindung.

> „Für die Christlichsoziale Partei galt es, durch die Politik die katholische Kirche zu schützen und ihren durch das „Staatskirchentum" der Monarchie sich auf weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erstreckenden Wirkungskreis möglichst unbeschadet zu erhalten. In der auf dem Gebiet des Kirchen- und Kulturkampfes immer radikalere Formen annehmenden Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie lag ein Grund, weshalb sich die Christlichsoziale Partei auch in ihrer sozialen Ausrichtung immer mehr von der Sozialdemokratischen Partei fortzuentwickeln begann und eine konsequent antimarxistische und kapitalistische Richtung einschlug."[454]

---

[451] Gegenüber dem französischen Jesuitenpater Victor Dillard brachte Seipel diese Ängste 1931 auf den Punkt. Er erklärte dem Franzosen, „dass es die Erinnerung an die Spaltung innerhalb der französischen Kirche während der Dritten Republik war, die ihn dazu bewog, für die Bejahung der Republik einzutreten, weil er die Gefahr sah, dass auch die österreichischen Katholiken sich heillos zerstreiten würden, sobald sie sich einem aussichtslosen Legitimismus verschrieben." Boyer, Karl Lueger, 2010, 416f.

[452] Sein Versuch eines "geordneten Übertritts" des christlichsozialen Lagers in die Republik wurde ihm vom monarchistischen Parteiflügel sehr übel genommen. Doch für Seipel war klar, dass es keine gangbare Alternative für die Partei geben könnte. Er hielt den Kaisertreuen deshalb entgegen: „*Was wäre geschehen, wenn die einzige konservative Partei Österreichs sich selbst ausgeschaltet hätte? Sie wäre heute darauf angewiesen, sich außerhalb des parlamentarischen Bodens Geltung zu verschaffen. Dann aber hätten wir den Bürgerkrieg*…." Zit. nach Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 80.

[453] Kriechbaumer, Paralyse, Neuorientierung, Staatspartei, 2008, 74.

[454] Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 187f.

Auch Boyer verweist darauf, dass der antisozialdemokratische Kurs bereits von Anfang an die Politik Seipels bestimmt hatte und weit vor den Bruch der großen Koalition 1920 zurückreichte. Es ist seiner Meinung nach daher nicht zulässig, den „guten, demokratischen" Seipel der frühen 1920er Jahre gegen den späteren „bösen Heimwehr-Seipel" auszuspielen, da der Prälat schon immer „ein militanter Gegner der Sozialdemokraten" war.[455] Demnach setzt für Boyer der Konfrontationskurs mit der Einflussnahme Seipels auf die Christlichsoziale Partei ein. Anfänglich, aufgrund der geschwächten Position, noch sehr zurückhaltend, doch ab dem Wahlerfolg von 1920 deutlich angriffiger und selbstbewusster. Die härtere Gangart in Seipels Politikstil lässt sich aber nicht alleine auf seine ausgeprägt antisozialistische Gesinnung zurückführen.[456] Mit Seipel beginnt sich der demokratiepolitische Grundkonsens in der Republik deutlich zu wandeln. Der Priesterpolitiker war ein hoch intellektueller Rationalist, der in seinem Handeln stets den Grundprinzipien seines ideologischen Weltbilds folgte und analog dazu Problemanalysen entwickelte, die dieses Gedankengebäude stützten. Das verlieh ihm eine ungeheure Konsequenz im Denken, machte ihn im Umgang mit anderen Ideologien aber sehr kompromisslos. Er verlagerte den politischen Diskurs dadurch auf die ideologische Ebene, wodurch unweigerlich ein ständiger Diskurs über die weltanschaulichen Letztbegründungen geführt wurde, mit der Absicht, das Gegenüber des Irrtums zu überführen. Damit wurde jede politische Diskussion zum ideologischen Überlebenskampf. Deshalb konnte er auch mit dem Stil der „kompromissbereiteren" Parteiführer[457] (Hauser und Fink) nur sehr wenig anfangen. Vor allem unterschied er sich von ihnen in der Anschauung, welche Rolle die Katholische Kirche künftig im neuen Staat einnehmen sollte. Seipel brachte den Katholizismus mit einer neuen Selbstverständlichkeit in die Politik. Er wirkte bei ihm nicht aufgesetzt, sondern verinnerlicht und war die entscheidende Triebfeder seines poli-

[455] Boyer, Karl Lueger, 2010, 553, Anm. 9. Aus seiner Ablehnung einer Koalition mit den Sozialdemokraten machte Seipel von Anfang an keinen Hehl. Auf eine solche Zusammenarbeit angesprochen meinte er: „*Ich bin, wie alle wissen, in diesem Staate einer von denjenigen, die für eine Koalition mit den Marxisten nicht zu haben sind*." *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 20. März 1923, 4.

[456] Der Antisozialismus hat für Boyer eine stark ausgeprägte irrationale Komponente, der man sich bisher zu wenig zugewandt hat. „Man kann die Geschichte des Christlichen Sozialismus in der Zwischenkriegszeit nur verstehen, wenn man sich den intensiven, ans Irrationale grenzenden viszeralen Hass vergegenwärtigt, den diese jungen Wiener Katholiken für die Sozialdemokraten empfanden, die ihrer Überzeugung nach ihr Wien systematisch zugrunde richteten." Boyer, Karl Lueger, 2010, 414f.

[457] Josef Honeder, Johann Nepomuk Hauser. Landeshauptmann von Oberösterreich (1866-1927), in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Bd. 7, Wien 2003, 82f. Hauser koalierte in Oberösterreich mit allen drei im Landtag vertretenen Parteien. Zum Landesparteivorsitzenden der Sozialisten verband ihn sogar eine tiefe Freundschaft.

tischen Handelns.[458] Gestützt von der Katholischen Kirche sollte die Christlichsoziale Partei seiner Vorstellung nach die abhanden gekommene Autorität des Kaisers ersetzen.[459]

Doch noch stand Seipel außerhalb der Partei, obgleich er bereits am 13. November 1918 „den christlichsozialen Programmberatungen beigezogen" wurde. Wie sein Mentor Schindler wurde er von christlichsozialen Parteispitzen häufig in Fragen der Wahlstrategie und der zukünftigen ideologischen Ausrichtung konsultiert.[460] Nach wie vor belastete die Partei die innere Gespaltenheit: Die legitimistischen Stimmen waren noch immer nicht verstummt. Um den Monarchisten den Übertritt in die Republik zu erleichtern, verfasste er auf Einladung Funders eine Artikelserie in der *Reichspost*. Darin versuchte er, die Katholiken von den Vorzügen der Republik zu überzeugen.[461] Nur einige Tage später folgte er einer Einladung der Parteileitung und stellte in 14 Punkten unabdingbare Grundsätze eines christlichsozialen Wahlprogrammes auf, so dass schon im Dezember 1918 auch außerhalb Wiens erkannt wurde, dass die Schärfung des Parteiprogramms, die zu einer engeren Anlehnung an den Katholizismus führte, auf Professor Seipel zurückging.[462] Danach ging alles ziemlich schnell. Für die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 kandidierte er erstmals selbst als Politiker und wurde auf Anhieb ins Parlament gewählt.[463] Dieser Erfolg war keine ausgemachte Sache. Der

[458] Boyer begründet dieses Selbstvertrauen mit dem Selbstbewusstsein der katholischen Kirche zu dieser Zeit. „Als Priester wuchs Seipel in einer für Katholiken faszinierenden Zeit auf. […] Die Jahre von 1890 bis 1914 waren in Wahrheit eine Zeit zunehmenden Selbstvertrauens und politischer Reife der Kirche in ganz Europa, gekennzeichnet von einem höheren Maß an Einigkeit, neu definierten Ansprüchen und klareren Zielen. Seipel gehörte einer Generation katholischer Priester an, die sich von dieser in der Kirche nach 1890 vorhandenen kulturellen Energie inspirieren ließen. In diesem Sinn war er ein Kind von Leo XIII., und der Umstand, dass Franz Martin Schindler sein intellektueller Ziehvater wurde, ließ schon früh ein starkes soziales Engagement auch in seinen wissenschaftlichen Arbeiten erwarten." Boyer, Karl Lueger, 2010, 422.
[459] Vgl. ebda., 413-422.
[460] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 155.
[461] In insgesamt vier Artikeln erinnerte Seipel an die Missstände des alten Regimes und hob die Vorteile der Republik hervor. Er gab zudem zu bedenken, dass auch der Kaiser dem Volk die Entscheidung über die Staatsform selbst überlassen hatte. Somit stellten die Artikel keinen eindeutigen Bruch mit dem Kaiserhaus dar. Seipel wollte den Monarchisten den Übertritt in die Republik erleichtern, indem er die Staatsform vorerst für unbedeutend bzw. nicht unwiderruflich erklärte. Er war der Meinung, dass, sobald sie die Republik einmal akzeptiert hätten, sich alles andere von selbst ergeben würde. Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 79. Die Artikel erschienen am 19., 20., 21. und 23. November 1918 in der *Reichspost*. Wenn man bedenkt, dass Funder im Oktober 1918 noch zu den entschiedensten Monarchisten des Landes gehörte, kann man diese Änderung in der Blattlinie auf den zunehmenden Einfluss Seipels zurückführen. Vgl. Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 109f.
[462] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 417.
[463] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 175-177. In der neugewählten konstituierenden Nationalversammlung gab es zwar eine bürgerliche Mehrheit (69 Christlichsoziale, 26 Deutschnationale), doch die Sozialdemokratie stellte mit 72 Mandaten die stärkste Fraktion. „Die Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung war zwar arithmetisch möglich, jedoch angesichts der politischen Problemlage realpolitisch unmöglich. Die schließlich gebildete Große Koalition unter sozialdemokratischer Führung litt

Wahl ging eine Auseinandersetzung mit dem Lueger-Nachfolger Weiskirchner voraus. Dieser sprach sich ausdrücklich gegen die Kandidatur Seipels aus.[464] Er wollte dadurch eine zu starke Einflussnahme der katholischen Kirche verhindern. Seipel vermutete hinter Weiskirchners ablehnender Haltung einerseits eine „*Scheu vor dem "Klerikalen*" und andererseits die Angst, „*die angestrebte Alleinherrschaft in der Partei*" zu verspielen.[465] Dass es abgesehen von diesem parteiinternen Machtkampf auch inhaltliche Differenzen gegeben hat, kann aus einem Artikel der *Arbeiterzeitung* anläßlich des Ablebens Weiskirchners geschlossen werden. Darin bewunderte das rote Presseorgan die Überparteilichkeit des Verstorbenen in seiner Funktion als Wiener Bürgermeister sowie seine oppositionelle Haltung gegenüber dem späteren Kurs Seipels.[466] Da man in Zeiten heftiger ideologischer Auseinandersetzungen mit Lob für den politischen Kontrahenten zurückhaltend war, folgte die Arbeiterzeitung in diesem Fall wohl dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund." Doch auch der ehemalige Parteiführer Weiskirchner vermochte Seipels Höhenflug nicht zu bremsen. Unmittelbar nach dem Scheitern der Koalition mit den Sozialdemokraten wurde Seipel im November 1920 zum Obmann des christlichsozialen Parlamentsklubs bestimmt. Seipel war zunächst ein Befürworter der Koalition mit den Sozialdemokraten, änderte aber gegen Ende der Koalition seine Haltung. Sein Eintreten für die innerhalb der Christlichsozialen sehr umstrittenen Sozialisierungen hatte das Koalitionsabkommen mit den Sozialdemokraten eigentlich erst möglich gemacht.[467] Dieses Entgegenkommen demonstriert einmal mehr sein realpolitisches Geschick. Angesichts der revolutionären Stimmung im Land war ihm klar, dass man an der Sozialdemokratie nicht vorbeiregieren konnte. Das bürgerliche Lager verhielt sich deshalb zunächst defen-

---

von Anfang an unter einem Mangel an Gemeinsamkeit und diametral entgegengesetzten Interessen, Werthaltungen und politischen Zielvorstellungen. Die Koalition war in beiden Parteien nicht beliebt und wurde als Not- und Zweckgemeinschaft verstanden." Kriechbaumer, Paralyse, Neuorientierung, Staatspartei, 2008, 76.

[464] Aufgrund der Intervention Weiskirchners wurde Seipel auch nur auf den zweiten Platz der Wahlliste gereiht. Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 553, Anm. 10. Wie schwer es war, Seipel dann doch noch auf den ersten Listenplatz zu reihen, beweisen auch die Erinnerungen von Jakob Fried: „*Interessant mag sein, dass es im Jänner 1919 sehr schwer war, den Minister Dr. Seipel als Kandidaten aufzustellen. Dr. Weiskirchner wehrte sich: Dr. Seipel ist Priester, Universitätsprofessor, kaiserlicher Minister. Wir* [Jakob Fried und nicht näher bestimmte Parteigänger Seipels] *gaben nicht nach – da man uns brauchte, hat man nach vielen Sitzungen endlich Dr. Seipel an zweiter Stelle nach Dr. Weiskirchner gereiht. Oesterreich hat durch unser entschiedenes Eintreten für Dr. Seipel in späteren Jahren nur den grössten Nutzen gehabt*." Zit. nach Franz Loidl, Hg., Prälat Jakob Fried. Erinnerungen aus meinem Leben (1885-1936), (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 30/2), Wien 1977, 85.

[465] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 172.

[466] Wörtlich heißt es in dem Artikel: „*Der alte Parteiführer war nicht der Mann, sich blind dem Diktat Seipels zu unterwerfen.*" Zit. nach Boyer, Karl Lueger, 2010, 455.

[467] Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 86.

siv. [468] Erst der Kapp-Putsch und die Demontage der Räterepubliken in Ungarn und Bayern gaben den bürgerlichen Parteien wieder Selbstvertrauen und neuen Aufschwung.[469] In der Bundesheer-Debatte stellten die Christlichsozialen dieses Selbstbewusstsein gleich unter Beweis. Das Heer, zunächst Volkswehr genannt, stand weitgehend unter Kontrolle der Sozialdemokraten.[470] Die Christlichsozialen setzten daher alles daran, auch selbst Einfluss auf die Armee zu erlangen.[471] Es war daher auch kein Zufall, dass der Streit um die Volkswehr zum Spaltpilz der Koalition wurde. Dennoch muss der Koalition hoch angerechnet werden, dass sie in dieser beeinträchtigen Stimmung, voll von gegenseitigem Misstrauen, noch einen brauchbaren Verfassungskompromiss zustande gebracht hat.[472] Das täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass sich in beiden Parteien die Koalitionsgegner durchgesetzt haben. Mit dem Ende der „Koalition des sozialreformerischen Flügels der Sozialdemokraten und des bäuerlichen Flügels der Christlichsozialen“[473] wurde eine neue Phase in der Ersten Republik eingeleitet. Zum einen ließ man die Jahre der provisorischen Konsolidierung hinter sich, und zum anderen endete die kurze Ära der Konsensdemokratie.[474]

[468] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 182.
[469] Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 88f.
[470] Während es bei Bürokratie und Polizei einen fließenden Übergang der rechtsstaatlichen Organe in den neuen Staat gab, fehlte bei der Armee diese Kontinuität. „Die alte Armee löste sich selbst auf oder wurde bewußt von der Sozialdemokratie zur Auflösung getrieben. Der ‘Reaktion‘ sollte ein Machtmittel für den Bürgerkrieg entzogen werden. An ihre Stelle trat die zunächst ziemlich unruhige republikanische Volkswehr, „ein von sozialistischem Geist erfülltes Heer“. Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 268.
[471] Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 88; Staudinger, Müller u. Steininger, Die Christlichsoziale Partei, 1995, 173.
[472] Die Koalition ging zwar im Juni 1920 in die Brüche, man überbrückte jedoch die immer größeren Gegensätzlichkeiten bis zum Beschluss über die Bundesverfassung am 1. Oktober 1920 „mit der seltsamen Konstruktion eines Proporzkabinetts unter nomineller Führung des christlichsozialen Abgeordneten Michael Mayr“. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 89.
[473] Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 269. Im Gegensatz zu Seipel war Kardinal Piffl ein entschiedener Anhänger dieser Koalition. Dem damaligen Unterstaatssekretär Miklas gegenüber soll er sich bei einer Unterredung „trotz des sozialdemokratischen Kulturkampfes, trotz der ständigen Beleidigungen seiner Person“ ganz vehement gegen einen Bruch der Koalition ausgesprochen haben. Dass sich Seipel schließlich durchsetzte kann als Indiz für seinen großen politischen Spielraum gewertet werden. Vgl. Maximilian Liebmann, Kirche und Politik in der Ersten Republik von 1918 bis 1938, in: Christliche Demokratie 2/1 (1984), 26.
[474] Hanisch zufolge ist dem Koalitionsbruch eine Machtverschiebung innerhalb der Christlichsozialen Partei vorausgegangen. „Der konfliktbereite, bürgerliche Flügel um Seipel und Kunschak setzte sich gegen den konsensbereiten, bäuerlichen Flügel um den Vermittler Jodok Fink durch.“ Vgl. Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 269.

Bei den kurz nach Koalitionsbruch stattfindenden Wahlen verschoben sich die parlamentarischen Verhältnisse grundlegend. Die Christlichsoziale Partei ging deutlich gestärkt aus den Wahlen hervor und erreichte beinahe 42 % der gültig abgegebenen Stimmen. Gestützt von den Großdeutschen errichtete man eine Art Beamtenkabinett unter der neuerlichen Führung Michael Mayrs. Die Regierung stürzte aber am 1. Juni 1921 über die Anschlussbestrebungen in den Ländern.[475] Auch die darauf folgende Regierung Schober konnte sich nicht lange im Amt halten. Nun schlug die Stunde Ignaz Seipels. Als Klubobmann und ab Juni 1921 auch als Parteiobmann schwor Seipel die Christlichsoziale Partei nun auf eine Zusammenarbeit mit den Großdeutschen ein. Unter tatkräftiger Mithilfe der *Reichspost* gelang es am Parteitag 1921 trotz Festhalten am föderalistischen Prinzip die Partikularinteressen der Länder zurückzudrängen. Anstelle des Anschlusses an Deutschland, der besonders in den westlichen Bundesländern gewünscht wurde, verlangte Seipel von seiner Partei einen „starken Glauben an Österreich".[476] In diesem verordneten Österreich-Patriotismus klang zunächst noch die alte katholisch-deutsche Reichsideologie aus Monarchiezeiten nach, die geprägt vom Nationalitätenstreit unbewusst deutschnationale Elemente in sich barg.[477] Gegenüber dem großdeutschen Partner gab man jedoch vor, an der bisherigen Anschlusspolitik festhalten zu wollen. Als Gegenleistung rang man den Nationalen jedoch das Zugeständnis ab, dass Fragen der Beziehungen zwischen Kirche und Staat nicht angeschnitten werden sollten.[478] Dies war zwar dem Verhältnis zum anschlussfreudigen Koalitionspartner nicht besonders zuträglich, aber für Seipel die entscheidende Voraussetzung aus der zweiten Reihe hervorzutreten und nach dem Sturz der Regierung Schober selbst die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Als Seipel Funder telefonisch davon informierte, selbst die Nachfolge Schobers antreten zu wollen, soll dieser ausgerufen haben: „*Exzellenz, das ist ein Unglück!*"[479]

[475] Vgl. Kriechbaumer, Paralyse, Neuorientierung, Staatspartei, 2008, 77.
[476] Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 110f.
[477] Seipels Skepsis gegenüber dem Anschluss mag nicht nur einer patriotisch-sentimentalen Herkunft entspringen, sondern war auch von kirchlichen Überlegungen begleitet worden. Der Katholizismus hätte in einem vereinten Deutschen Reich aufgrund des großen preußisch-protestantischen Gegengewichts nicht den gleichen Stellenwert gehabt, wie im kleinen Österreich. Vgl. Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus, 2007, 534f; Staudinger, Müller u. Steininger, Die Christlichsoziale Partei, 1995, 170.
[478] Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 148.
[479] Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 113. Die bürgerliche Presse begrüßte die Regierung hingegen freudig. Insbesondere in Frankreich war man erleichtert, einen Anschlussgegner im Kanzleramt zu wissen. Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 55.

„Von diesem Zeitpunkt an galt es für Funder und die *Reichspost* in verstärktem Maße, die Politik Seipels und des Flügels der Christlichsozialen Partei, dem er angehörte, also des Wiener konservativen, betont katholischen Kreises, dem auch Funder selbst zuzuordnen war, zu unterstützen und gegen Angriffe zu verteidigen."[480]

Viel größer waren die Bedenken über einen Priester an der Staatsspitze bei den Antiklerikalen im großdeutschen Lager; noch dazu wo er von der eigenen Partei mitgetragen werden musste.[481] Die Großdeutschen gaben mit dem Regierungseintritt aber auch ihre traditionelle parlamentarische Position der letzten Jahrzehnte auf. Sie verzichteten damit auf die bisher praktizierte „Politik der freien Hand", die es ihnen als unabhängigem politischen Lager ermöglichte, bei wichtigen Entscheidungen das Zünglein an der Waage zu sein, und mussten nun eindeutig Farbe bekennen.[482] Unter dem Diktat der galoppierenden Inflation rückten die Koalitionspartner noch enger zusammen. Einigkeit herrschte insbesondere über die Anwendung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes. Gemäß dem Motto „*Modo capitalistico vivit Ecclesia catholica*" [483] sah Seipel in der geteilten Auffassung über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die gemeinsame Basis der Koalition mit den Großdeutschen.[484] Zusätzlich festigte er die Koalition, indem er dem großdeutschen Partner mehr Gewicht in der Regierung verlieh, als dies der parlamentarischen Relation entsprochen hatte. Die antiklerikalen Deutschnationalen mussten sich allerdings in einem Regierungsabkommen verpflichten, kulturpoli-

[480] Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 114. Wie sehr die *Reichspost* zum medialen Instrument des Politischen Katholizismus geworden ist, beweist auch ein Brief Funders an den Wiener Kardinal vom 19. August 1922. Darin unterrichtete er den Bischof über die prekäre finanzielle Situation der Zeitung. „*So ergibt sich die Tatsache, dass wir durch die neue Teuerungswelle plötzlich für 1. September vor einem Auszahlungstermin stehen, der allein für die an diesem Tage fällig werdenden Löhne und Gehalte samt den bis dorthin notwendig werdenden Materialzahlungen eine Summe von 180 Millionen erfordert. Von dieser Summe sind rund 100 Millionen ungedeckt. 30 Millionen dieses Defizits werde ich durch die Hilfe des Herrn Prälaten Seipel decken*." Danach eröffnete er dem Kardinal, wie eine eventuelle Hilfe aussehen könnte, ohne jedoch darauf zu vergessen, an die Wichtigkeit der *Reichspost* für die 'katholische Sache' zu erinnern. „*Es ist mir wohl klar, dass diese grosse Inanspruchnahme der Mittel Eurer Eminenz von seiten des 'Herold'-Unternehmens auch eine geschäftliche Gegenlage erhalten muss. Ich denke daran, dass sich der Verein 'Herold' am besten dazu entschliessen wird, den Wert des Hauses für die erhaltenen Gelder irgendwie einzustellen. Es hätte ja für die Zukunft vielleicht sogar gewisse Vorteile, wenn zum Beispiel die Hälfte des Hauseigentums beim katholischen Zentralblatte in den Händen des hochwürdigsten Ordinarius der Wiener Erzdiözese liegen würde. Solche Fragen werden jetzt in nächster Zukunft wohl entschieden werden müssen, denn die Hauptsache ist doch wohl, dass wir mit den wichtigsten und lebensnotwendigsten Organen des katholischen Organismus diese entsetzliche Krise überstehen*." DAW, Bischofsakten Piffl 1921-1924, Fasz. 1922. Friedrich Funder an Kardinal Piffl, 19. August 1922.

[481] Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 553, Anm. 11.

[482] Höbelt, Vom ersten zum dritten Lager. Großdeutsche und Landbund in der Ersten Republik, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck, Wien u. Bozen 2008, 84.

[483] Ignaz Seipel, zit. nach Otto Schulmeister, Kirche, Ideologien und Parteien, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 223.

[484] Vgl. Höbelt, Vom ersten zum dritten Lager, 2008, 84; Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 54.

tische Agitationen zu unterlassen. Durch diese Vereinbarung schränkten sich aber sowohl die Christlichsozialen als auch die Großdeutschen in ihren Kernthemen ein. Besonders während der Währungssanierung wollte man aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung vorerst keine kulturpolitische Debatte aufkommen lassen.[485] Die Opposition erkannte jedoch genau hier die Schwachstelle der Koalition, weshalb sie zunähmend 'kulturkämpferisch' in Erscheinung trat. Denselben Zweck verfolgten die Sozialdemokraten mit einer bewusst anschlussafinen Rhetorik. Um den kleinen Koalitionspartner nicht zu verlieren, ging Seipel dazu über, das Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept der Sozialdemokraten als gemeinsames Feindbild zu installieren.[486] Das Ergebnis war ein bipolar ausgeformter christlichsozialer Antisozialismus mit einer kulturpolitischen und wirtschaftlichen Stoßrichtung. Beide Strömungen gehörten zwar schon zuvor zum Repertoire christlichsozialer Politik, doch marschierten sie niemals so sehr im Gleichschritt wie in den Amtsjahren Seipels.[487] Der Prälat wollte die Christlichsoziale Partei in eine konservative Volkspartei umformen, in der das gesamte bürgerliche Lager wieder seinen Platz finden sollte. Eine partielle Verbreiterung des Wählerspektrums gelang ihm vor allem deswegen, weil er es schaffte, eine traditionelle „Konfliktfurche" der christlichsozialen Bewegung einzuebnen. Er öffnete die Partei in Richtung Industrie und Hochfinanz.[488] Hierin findet sich neben der schleichend einsetzenden Klerikalisierung ein zweiter bedeu-

[485] Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 71f.
[486] Vgl. ebda., 50.
[487] Zum christlichsozialen Antisozialismus siehe Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus, 2007, 511-540. Iber zeigt darin auf, dass der Antisozialismus ein sehr vielschichtiges Phänomen innerhalb der Parteitradition darstellt. Die Grundlagen der ideologischen Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten reichen ins 19. Jahrhundert zurück und sind in erster Linie in den unterschiedlichen Gesellschaftsidealen begründet. Im Gegensatz zum Klassendenken vertraten katholische Gesellschaftsreformer eine ständische Gesellschaftsstruktur. Für Seipel gliederten die Stände die Gesellschaft vertikal, während die Klassen eine horizontale Gliederung darstellten. Das verstärkte Eintreten für eine ständische Gesellschaftsordnung muss daher auch im Zusammenhang mit einer Abgrenzung von der Sozialdemokratie verstanden werden. Wie schon im Kapitel 2.1.1. erwähnt wurde, steht Seipel viel eher in der politischen Tradition Gessmanns als in der Luegers. Zahlreiche ehemalige Schützlinge Gessmanns waren später enge Vertraute des Prälaten. Als Beispiele seien hier nur Viktor Kienböck, Richard Schmitz und Wilhelm Miklas genannt. Und auch in inhaltlichen Belangen gibt es zahlreiche Kontinuitäten zwischen den beiden Parteiführern. Bereits bei Gessmann findet sich die Idee einer Bürgerfront zum Schutz vor der Sozialdemokratie. Seine Warnungen vor der kulturpolitischen Bedrohung durch die Sozialdemokratie lesen sich wie spätere Reden Seipels. Doch im Gegensatz zum späteren Bundeskanzler war für Gessmann die starke katholische Ausprägung von sekundärer Bedeutung. Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 294-296.
[488] Vgl. Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 118. Für die zukünftige Ausrichtung der Partei bedeutete dieser Schritt eine zusätzliche Breitendiffusion auf Kosten der christlichsozialen Kernthemen. Damit ging aber zugleich eine Abschwächung des antisemitischen Profils der Partei einher. Vgl. Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, 2007, 81. Für Klemperer erfolgte diese Mäßigung aus taktischen Überlegungen. „Es ist klar erwiesen, daß Seipel seinen Einfluss geltend machte, um öffentlichen Angriffen auf das Judentum ihre Schärfe zu nehmen, und im Laufe der Zeit hat er vor allem die Angriffe auf den jüdischen Kapitalismus hintanzuhalten gesucht." Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 211.

tender Unterschied zur Lueger-Partei der Jahrhundertwende. Denn besonders die Finanzwirtschaft wurde von den Christlichsozialen ursprünglich erbittert bekämpft. Mit dieser Annäherung an das Großkapital wurde Seipel für die Sozialdemokraten endgültig zum Anziehungspunkt all ihrer Kritik. In ihm personifizierte sich gleichsam die sozialistische Antithese. Da sich die sozialistische Presse immer mehr auf Seipel einschoß, geriet auch die mit der Christlichsozialen Partei eng verflochtene katholische Kirche verstärkt ins Schussfeld der Kritik. So urteilte Otto Bauer über die Rolle der Kirche im Klassenkampf:

> „*Heute verteidigt die Kirche die Großbourgeoisie gegen die aufsteigende Arbeiterklasse; jetzt stellt sie die ihrem Einfluß untertanen Bauern und Kleinbürger in den Dienst der Großbourgeoisie gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft*." [489]

Der sozialistischen Klassentheorie zufolge standen sich mit der bürgerlichen Regierung nun zwei Klassen unversöhnlich im Parlament gegenüber: die Bourgeoisie in der Regierung und die mittellose Klasse, allen voran das Proletariat, in der Opposition. Auch Seipel war klar, dass damit der Klassenkampf nach sozialistischer Vorstellung eröffnet war. Seipel reagierte darauf mit der politischen Isolation des Gegners. Doch seine Versuche eine bürgerliche Einheitsliste zu errichten, scheiterten 1923 vorläufig noch.[490] Angesichts des kontinuierlichen roten Stimmenzuwachses bei den Wahlen, erhöhte sich der Druck auf das bürgerliche Lager, künftig enger zusammenzuarbeiten.[491] Denn im Gegensatz zu der sowohl organisatorisch als auch ideologisch homogenen Sozialdemokratie waren die Parteien rechts der Mitte inhaltlich und institutionell gespalten. Gemeinsam war ihnen nur der Antimarxismus, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Das Schreckgespenst einer sozialdemokratischen Machtübernahme sollte den nötigen Antrieb für die Organisation einer bürgerlichen Abwehrfront bilden. Die Einheitsfront bedeutete für die Christlichsozialen ein weiteres Zurückstellen in kulturpolitischen Fragen, um die Stabilität dieser antisozialdemokratischen Liga nicht zu gefährden. Mehr noch als bei den letzten Koalitionen trat die Verteidigung des Eigentums und der bestehenden Ordnung in den Mittelpunkt der Wahlagitation. Damit war der Klassenkampf voll angelaufen.[492] In Abgrenzung

[489] Zit. nach Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 70.
[490] Vgl. ebda., 59.
[491] 1920 gingen 35,91 Prozent der gültigen Stimmen an die Sozialdemokratische Partei. Bei der Nationalratswahl 1923 kam sie bereits auf 39,60 Protzent. Vgl. WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl, Historischer Rückblick, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx (28.12.2010).
[492] Bei einer Wahlkampfrede im April 1927 mahnte Seipel die Zuhörer, dass sie die Wahl zwischen einer bürgerlich-kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung, „*zwischen Privateigentum und Sozialisierung, zwischen Rechtsstaat und Diktatur des Proletariats*" hätten. Zit. nach Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 90.

zur Sozialdemokratie ist die Partei unter Seipel stärker als zuvor eine "Weltanschauungspartei" geworden, „*deren kulturelles Programm in enger Übereinstimmung mit der katholischen Kirche definiert wurde*." Am Parteikongress im Februar 1926 erklärte der Parteiobmann, dass sich die Christlichsozialen „*nicht ausschließlich vom politischen Tagesgeschäft und von rein politischen Erwägungen leiten*" lassen, sondern immer „*auch 'höhere Rücksichten' im Auge*" hätten, wie etwa das Schulwesen, die Ehegesetzgebung oder das Verhältnis der Kirche zum Staat.[493] Der Katholizismus sollte nach der Vorstellung Seipels das einigende Band dieser konservativen Sammelbewegung werden. Damit die konfessionellen Interessen aber von einer möglichst breiten bürgerlichen Basis mitgetragen werden konnten, sollte es sich um einen betont antisozialdemokratischen Katholizismus handeln, der die feindliche Ideologie nicht nur wegen ihres antireligiösen Moments sondern vor allem aufgrund ihrer sozioökonomischen Ausprägung ablehnte.

Der kompromisslose Kurs des Geistlichen stieß innerhalb der stark bündisch organisierten Partei nicht nur auf Zustimmung. Kritik blies dem Kanzler insbesondere von den Ländervetretern entgegen. Die Differenzen mit den Ländern waren allerdings weniger programmatischer Natur, sondern betrafen vorrangig die Finanzpolitik. Im Wissen, dass es zu seiner Regierung keine stabilen Alternativen gab, trat er im November 1924 kurzerhand zurück. Das Ergebnis des Seipelschen Interregnums war ein Scheitern seiner schärfsten parteiinternen Kritiker. Triumphierend konnte Seipel im Oktober 1926 wieder am Ballhausplatz einziehen. Niemals zuvor war seine Stellung innerhalb der Partei so gefestigt wie in diesem Kabinett.[494] Umgehend nützte er seine gefestigte Position, um der Bundesparteileitung mehr Gestaltungskompetenzen zu verleihen. Dies verschärfte den Antagonismus zwischen der Parteiführung und den Ländern noch zusätzlich, doch gab es vorerst keine Alternative zu Seipel. Für Boyer stellte die zentralistische Haltung Seipels ein Novum in der Parteitradition dar, da der politische Katholizismus „vor 1914 in erster Linie im Zusammenhang mit dem Föderalismus der alpenländischen Konservativen gedacht wurde, also einer politischen Tradition, die letzten Endes einer zentralen staatlichen Kontrolle entgegen lief."[495] Mit der *Reichspost* stand Ignaz Seipel ein wirksames Instrument für die Überwindung parteiinterner Hürden zur Seite. Die guten Kontakte zur Zeitung

[493] Zit. nach Boyer, Karl Lueger, 2010, 455.
[494] Die Literatur bewertet die Demission als geschickten Schachzug Seipels, um sich seiner innerparteilichen Gegner zu entledigen. Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 61 u. 78.
[495] Boyer, Karl Lueger, 2010, 414. Trat Seipel beim Aushandeln der Verfassung noch für eine föderalistische Staatsorganisation ein, so änderte sich dieser Standpunkt spätestens, als Wien ein eigenes Bundesland wurde. Denn nun profitierten die Sozialdemokraten vom föderalistischen Prinzip. Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 61.

sicherten dem Bundeskanzler eine loyale Hofberichterstattung.[496] Gerade bei innerparteilichen Kontroversthemen zeigte sich, dass die Blattlinie durchwegs den Positionen Seipels entsprach. Bei der zurückhaltenden Beurteilung der antiparlamentarischen Heimwehren kam die Nähe zum Kanzler besonders deutlich zum Tragen.[497] Wie Seipel beurteilte man den republikanischen Schutzbund als eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, wohingegen die Heimwehren als eine willkommene Ordnungsmacht begrüßt wurden. Denn während man den sozialdemokratischen Verbänden unterstellte, ausschließlich Parteiinteressen zu vertreten, würdigte man den Heimatschutz als überparteiliche Interessensvertretung. Trotz dieser medialen Unterstützung wurde der Heimwehrkurs Seipels von der Mehrheit des Christlichsozialen Parteiklubs nur bedingt mitgetragen.[498] Seipel gelang es zwar noch, die Wiener Christlichsozialen auf eine Resolution einzuschwören, die der Heimwehr im Kampf um die Verfassungsreform volle Unterstützung zusagte, doch den Korneuburger Eid empfand der überwiegende Teil des Christlichsozialen Klubs als unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei. Dessen ungeachtet stand die *Reichspost* weiterhin treu zum Priesterpolitiker:

> „Die Reichspost trachtete das Bekenntnis der Heimwehr zum Faschismus dahingehend abzuschwächen, daß die Sozialdemokraten seit Jahren die bürgerlichen Parteien pauschal als Faschisten bezeichnet und damit diese Bezeichnung zu einem leeren Schlagwort degradiert hätten – und nichts anderes als eine solche Phrase sei auch das Gelöbnis von Korneuburg. Im übrigen wurden die Ereignisse von Korneuburg als Folge der noch unausgegorenen, vom Sturm und Drang der Begeisterung getragenen Volksbewegung, wie es die Heimwehr sei, hinzustellen versucht.“[499]

Selbst die verzweifelten Versuche des innerhalb der Partei zusehends isolierten Seipel eine Verfassungsänderung mithilfe der Heimwehren herbeizuführen, wurden in der oben genannten Logik als demokratischer Akt interpretiert. Doch innerhalb der Christlichsozialen fand sich vorerst niemand, der die von ihm gewünschte Verfassungsreform auf illegalem Wege herbeiführen wollte. Die Anhänger Seipels fanden innerhalb der Partei erst dann wieder Gehör, als eine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament unausweichlich erschien. Als Dollfuß die Parteiführung 1932 übernahm[500] war die Partei aufgrund des jahrelang festgefahrenen Konfrontationskurses bereits in ein so antisozialdemokratisches Fahrwasser geraten, dass auch die um Deeskalation bemühten Kanzlerschaften Enders und Buresch keine grundsätzliche Richtungsänderung mehr vornehmen konnten.

---

[496] Zur Berichterstattung der *Reichspost* siehe Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 267.
[497] Vgl. Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 150f.
[498] Über den Heimwehr-Kurs Seipels wird noch ausführlich im Kapitel 3.6. berichtet.
[499] Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 147.
[500] Damit ist die Wahl zum Bundeskanzler im Mai 1932 gemeint. Formal war Dollfuß nie Parteiobmann.

Zudem ging ein so tiefer Riss durch die vom ideologischen Parteienhader aufgeputschte Gesellschaft, dass ihre diametral entgegensetzten Vorstellungen und Forderungen den parlamentarischen Konsens nachhaltig erschwerten. Hinzu kam, dass der Parlamentarismus aufgrund des paramilitärischen Kräftemessens schleichend untergraben worden ist. Inwiefern der Seipelsche Geist auf Dollfuß überging, muss aber unbeantwortet bleiben. Dollfuß war nie ein Parteigänger Seipels gewesen, womit die Vermutung nahe liegt, dass der *Reichspost* und dem Apostolischen Nuntius hier eine Vermittlerrolle zukam.[501]

[501] Diese These ist allerdings nicht neu. Bereits Otto Bauer war der Ansicht, dass Dollfuß neben Starhemberg vornehmlich von Nuntius Enrico Sibilia „in den Faschismus“ manövriert wurde. Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus", in: Tálos Emmerich u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 – 1938, 4. Aufl., Wien 1988, 53.

2.2. Politik unter anderen Vorzeichen: Die Katholische Kirche in der Ersten Republik.

2.2.1. Vom Fluch und Segen der Republik

> *„Es kann uns gewiß nicht gefallen, daß in diesem obersten Staatsgesetz nicht ein einziges Mal unser Herrgott genannt ist...“*[502]
>
> Ignaz Seipel

Während innerhalb der Christlichsozialen Partei die monarchistischen Restaurationsbestrebungen noch voll im Gange waren, bewies die katholische Hierarchie in Österreich eine fast pragmatische Flexibilität im Umgang mit dem epochalen Systemwechsel. Obgleich die Amtskirche das Ende der Monarchie innerlich wie ein Paukenschlag traf, wollte man sich den Schrecken im öffentlichen Auftreten nicht anmerken lassen.[503] Mit dem Verweis auf das Manifest des Kaisers vom 17. Oktober 1918, welches den „*österreichischen Völkern das Recht gegeben hat, sich in gesonderten nationalen Staaten zu vereinigen*“, rief der Wiener Erzbischof nach intensiver Beratung mit dem damaligen Sozialminister Ignaz Seipel am 12. November 1918 seinen Klerus und die Gläubigen „*zur unbedingten Treue gegenüber dem neuen rechtsmäßig bestehenden Staate Deutschösterreich*“ auf.[504] Tags zuvor trat der Kardinal allerdings noch auf Urgieren des Kaisers bei der christlichsozialen Parteileitung für die Aufrechterhaltung der Monarchie ein. Prälat Johann N. Hauser, Obmann der Christlichsozialen Partei, sicherte dem Kardinal auch ein entsprechendes Votum der Partei für die Abstimmung am 12. November 1918 zu. Doch ehe es soweit kam, unterzeichnete der Kaiser eine Verzichtserklärung auf die Amtsgeschäfte, die in der Literatur Piffl und Seipel zugeschrieben wird. Diese Kompromissformel war die Voraussetzung für die Weisung des Wiener Ordinarius vom 12. November, welche in der Folge auch für die übrigen Bischöfe Österreichs richtunggebend wurde. Dieser Stellungnahme folgte am 23. Jänner 1919 ein gemeinsamer Hirtenbrief, der das Bekenntnis zur Republik bekräftigte.[505] Um einem chaotischen oder gar gewalttätigen Übergang vorzubauen, wurde der Klerus angehalten, „*sodann bei allen ihnen zu Gebote*

[502] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 236.
[503] Vgl. Michaela Sohn-Kronthaler, Die Entwicklung der Österreichischen Bischofskonferenz. Von den ersten gesamtbischöflichen Beratungen 1849 bis zum Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils, in: Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz, Hg., 150 Jahre Österreichische Bischofskonferenz 1849-1999, Wien 1999, 51.
[504] *Wiener Diözesanblatt*, 18. November 1918 (Nr. 21/22), 123.
[505] Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 395.

stehenden Gelegenheiten dahin [zu]*wirken, daß die Uebergangszeit bis zur endgültigen Festsetzung der Verfassung durch die künftige Nationalversammlung überall ruhig und ungestört verlaufe, damit die staatliche Ordnung in keiner Weise unterbrochen werde, die Autorität der Behörden gewahrt bleibe und insbesondere die gegenwärtigen Verpflegungsschwierigkeiten sich nicht noch unnützerweise verschärfen*."[506]

Noch lange bevor also eine neue Verfassung in Aussicht gestellt war, setzte der österreichische Episkopat diesen zukunftsweisenden Schritt und entschied sich für einen Staat, dessen Haltung zu den Kirchen noch im Unklaren lag.[507] Mit dieser Verfügung verlangte man dem Kirchenvolk einiges an Überwindung ab. Denn die Katholiken waren der Republik gegenüber „von Anfang an kritisch" [508] eingestellt, da die im Zuge des Umsturzes „herbeigeführten demokratischen Veränderungen nicht eine Erwiderung auf langanhaltenden Druck im Inneren des Landes" sondern lediglich ein „Nebenprodukt der Niederlage" waren.[509] Zudem machten sich ideologische Bedenken unter den Katholiken breit, wonach „die Errichtung einer Republik die bevorzugte und geschützte Stellung, welche die Kirche während der Monarchie eingenommen hatte, bedrohen und das Eindringen liberaler und sozialistischer Ideen in das österreichische Leben beschleunigen würde."[510] Diese Bedenken berücksichtigend hielt sich die Weisung Piffls in Bezug auf die kommende Staatsform bedeckt und umging die Frage nach der zukünftigen Rolle des Kaisers im neuen Staat, indem man den errichteten Staatsrat als ein Provisorium darstellte, der die Rechte des Monarchen bis zur Festlegung der Verfassung durch die konstituierende Nationalversammlung im Jänner 1919 nur „*einstweilen übernommen*" hätte. Bis dahin, so schlussfolgerte man weiter, wäre auch die republikanische Staatsform nur ein Provisorium.[511] Die Monarchisten fühlten sich durch dieses Vorpreschen der Bischöfe vor den Kopf gestoßen. Sie sahen in dieser Haltung einen Verrat am Kaiser. Voreilig kam dieser

[506] *Wiener Diözesanblatt*, 18. November 1918 (Nr. 21/22), 123. Dieser Pragmatismus wurde dem katholischen Lager in der politischen Auseinandersetzung zum Vorwurf gemacht: „*Die Republik ist ihnen* [den Katholiken] *nichts als eine nun einmal gegebene Tatsache, der sie vorläufig nicht entrinnen können*." Otto Bauer zit. nach Alfred Diamant, Die österreichischen Katholiken und die 1. Republik, Wien 1960, 83.
[507] Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Garantien, die kirchenrechtliche Gesetzeslage der Monarchie übernehmen zu können. Auch fehlte noch jede Prognose über die zukünftige Machtverteilung im neuen Staat. Bedenkt man, dass die provisorische Nationalversammlung über eine antiklerikale Mehrheit verfügte, erscheint die Skepsis der Republiksgegner nachvollziehbar.
[508] Diamant, Die österreichischen Katholiken, 1960, 67.
[509] Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 83.
[510] Diamant, Die österreichischen Katholiken, 1960, 68.
[511] Vgl. *Wiener Diözesanblatt*, 18. November 1918 (Nr. 21/22), 123. Dass der Artikel die Republik nur als Übergangslösung betrachtete, kommt im nachfolgenden Satz mit seiner Betonung des interimistischen Status gut zum Ausdruck: „*Inzwischen hat die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreich als Republik erklärt*."

Alleingang der Oberhirten auch für den Heiligen Stuhl. In Rom wusste man noch nicht so recht, ob man weiterhin an der Habsburgermonarchie festhalten sollte oder ob der Republik künftig der Vorzug zu geben sei.[512]

Um den Erfordernissen der Zeit zu entsprechen, kam der österreichische Episkopat am 26. November 1918 zu einer Bischofskonferenz zusammen. Ursprünglich wäre eine altösterreichische Bischofsversammlung, also eine Konferenz aller Bistümer der österreichischen Reichshälfte, vorgesehen gewesen, doch Piffl deutete seinen cisleithanischen Mitbrüdern am 20. November 1918 an, „*ob nicht wenigstens eine Konferenz des hochwürdigsten Episkopates von Deutschösterreich am 26. XI. jetzt zeitgemäß wäre*."[513] Die Aufzeichnungen und Mitschriften der ersten außerordentlichen Bischofskonferenz in der Republik am 26. November 1918 zeigen aber, dass die nach außen vermittelte Sicherheit nur inszeniert war.[514] Denn insgeheim befürchteten die Bischöfe, dass die neuen Verhältnisse ihren Tribut fordern würden. Insbesondere rechnete man damit, in den Bereichen 'Kirche und Staat', Schule und in der Ehegesetzgebung gravierende Konzessionen in Kauf nehmen zu müssen.[515] Bestätigt fühlte man sich in dieser Haltung, spätestens mit dem Inkrafttreten des Glöckel-Erlasses im April 1919, der den Katholiken bis zu seiner Zurücknahme unter Dollfuß besonders verhasst war.[516] Um sich auf die drohenden Gesetzesänderungen einstellen zu können, wurde ein aus Friedrich Kardinal Piffl, Josef Pfluger, Ignaz Seipel und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Max (von) Hussarek-Heinlein bestehendes Komitee gegründet, dass die „Mindestforderungen der Kirche in bezug auf die Verfassung beraten und der Christlichsozialen Partei Richtlinien geben sollte."[517] Um auch auf das „schlechteste Szenario" vorbereitet zu sein, präsentierte der Klagenfurter Bischof Hefter bei der Bischofskonferenz 1920 „einen Forderungskatalog für den Fall der

[512] Vgl. Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 395.
[513] DAG, Nachlass Bischof Leopold Schuster, Bischofskonferenzen 1901-1926. Friedrich G. Kardinal Piffl an Bischof Leopold Schuster, 20. November 1918.
[514] Schon aus der Deklarierung als „außerordentliche" Konferenz wird ersichtlich, dass der Episkopat dem neuen Staat zunächst mit Zurückhaltung begegnete. Erst die Bischofsversammlung im Herbst 1920 wurde als die „erste ordentliche österreichische Bischofskonferenz nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns" bezeichnet. Seitdem fanden die Konferenzen jährlich im Herbst statt. Bei komplexeren Themen kam es gelegentlich zu außerordentlichen Bischofskonferenzen. So machte etwa die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen häufigere Treffen notwendig. Ebenso reagierten die Bischöfe auf die politischen Umwälzungen 1934 mit zusätzlichen Sondertreffen. Vgl. Sohn-Kronthaler, Die Entwicklung der Österreichischen Bischofskonferenz, 1999, 52.
[515] Vgl. ebda., 51.
[516] Vgl. Roman Pfefferle, Schule macht Politik. Schulbücher als Gegenstand politischer Kulturforschung am Beispiel politischer Erziehung im Österreich der Zwischenkriegszeit, phil. Diss., Universität Wien 2009, 124.
[517] Erika Weinzierl, Der österreichische Episkopat 1918-1965, in: Erika Weinzierl, Ecclesia semper reformanda. (Beiträge zur österreichischen Kirchengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert), Salzburg u. Wien 1985, 207.

vom derzeitigen Parlament allerdings nicht zu befürchtenden Trennung von Kirche und Staat".[518] Da aber keine Fraktion im Besitz einer Zweidrittel-Mehrheit war, bestand nach Meinung des Referenten kein Anlass zur Beunruhigung.[519]

Bereits ein Jahr später erfuhr die Lagebeurteilung durch die Bischöfe einen markanten Wandel. Nach dem Scheitern der "großen Koalition" nahm die kulturpolitische Agitation der Sozialdemokraten merklich zu, wodurch die Abwehr gegen die kirchenfeindlichen Tendenzen stärker in den Vordergrund trat. „[U]nter dem Eindruck der Informationen Seipels"[520] – der Bundesparteiobmann der Christlichsozialen wurde als politischer Berater zur Konferenz hinzugezogen – wurde dem Episkopat ein bevorstehendes Kulturkampfszenario in den schwärzesten Farben an die Wand gemalt. Der Priesterpolitiker warnte die Oberhirten darin eindringlich vor einem „*offenen Kulturkampf*" der Sozialdemokratie und lieferte zugleich Gegenstrategien, wie man diesen Ambitionen am wirkungsvollsten begegnen könnte. Politisch versuchte er, diesen Bestrebungen durch ein Zusammenspiel aller bürgerlichen Kräfte entgegen zu treten. Dieser Zusammenschluss hatte vorrangig den Zweck, die ebenfalls antiklerikalen Großdeutschen stärker an die Christlichsoziale Partei zu binden und sie so am 'Einstimmen' in kulturpolitische Agitation zu hindern. Gleichzeitig verhehlte der Prälat nicht, dass die katholische Kirche in dieser weltanschaulichen Auseinandersetzung gewiss auch Federn lassen würde müssen. Er empfahl dem Episkopat deshalb, „*die Grenzen desjenigen, das am bisherigen Besitzstand unbedingt verteidigt werden muß, und desjenigen, das vielleicht als ein Vorwerk der Verteidigung nur zeitweilig zu halten ist, genau und völlig eindeutig*" festzustellen.[521] Überhaupt war er davon überzeugt, dass der größte Teil des Kulturkampfes außerhalb des Parlamentes geführt werden würde, wodurch er die Bischöfe verstärkt in ihre Pflicht genommen sah. Die Sorge der Diözesanvorsteher galt jedoch vorrangig der finanziellen Absicherung der Kirche, weshalb Überlegungen hinsichtlich eventueller Beschlagnahmungen von Kirchengut zu einem häufig wiederkehrenden Verhandlungsgegenstand der

[518] Ebda., 207.
[519] Vgl. Sohn-Kronthaler, Die Entwicklung der Österreichischen Bischofskonferenz, 1999, 56.
[520] Erika Weinzierl, Der Episkopat, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 42.
[521] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 842, fol. 167-173. Seipel an alle Ordinariate und Landesparteileitungen der Christlichsozialen Partei, 25. Juli 1921, Abschrift. Dieser Bericht stellte auch die Grundlage für Seipels Referat über die aktuelle politische Situation bei der Bischofskonferenz von 1921 dar. Vgl. Weinzierl, Der Episkopat, 1966, 30. Ohne diplomatische Umschweife und Beschönigungen spricht er darin über die österreichische Sozialdemokratie und die von ihr ausgehenden Bedrohungen für den katholischen Glauben. Dieser Bericht enthält neben einer pointierten Darstellung der Sozialdemokratie aus der Sicht Seipels auch noch eine weitsichtige Analyse über die bevorstehenden politischen Entwicklungen in Österreich. Dieses Gutachten wird im Kapitel 4.3.1. noch ausführlicher behandelt.

Bischofskonferenzen wurden. Angestrebt wurde die finanzielle Autonomie der Kirche. Eine solche gab es aber seit den josephinischen Reformen nur noch in Ansätzen in Österreich.

> „Bis ins 18. Jahrhundert sorgte die Kirche in ihrem eigenen Bereich für den erforderlichen Personal- und Sachbedarf. Unter Kaiser Joseph II. wurden zahlreiche Güter kirchlicher Rechtsträger eingezogen und zum Teil direkt ins staatliche Eigentum übernommen, zum Teil aber in einem eigenen Fonds vereinigt, aus dessen Erträgen der Klerus besoldet und viele kirchliche Einrichtungen, darunter auch die neuerrichteten Pfarren, erhalten werden sollten; es war dies der Religionsfonds. Seine Verwaltung besorgten die staatlichen Behörden, sein Ertrag war stiftungsgemäß nur kirchlichen Zwecken zu widmen."[522]

Der Religionsfonds hatte bis zum Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland Bestand. Allerdings schmolz dieses Vermögen im Laufe der Zeit merklich zusammen. Schon in der Monarchie reichten die Mittel nicht mehr aus, um wie ursprünglich von Joseph II. vorgesehen, die Priesterbesoldung aus dieser Vermögensmasse bestreiten zu können. Der Staat musste dem Fonds deshalb fortlaufend Gelder zuschießen. „Nach dem Ersten Weltkrieg bestand somit das wesentliche Einkommen des Klerus in der staatlichen Besoldung. Die Verrechnung ging über die Landesbuchhaltungen, die Unterlagen besorgte die kirchliche Behörde."[523] Während der Kanzlerschaft Seipels musste die Republik schon so „gewaltige Summen für den Religionsfonds" aufbringen, dass sich der Regierungschef die Höhe der Ausgaben der Öffentlichkeit „gar nicht mitzuteilen getraute".[524] Diese finanzielle Abhängigkeit vom Staat war kurzfristig nur schwer zu beheben, da sie umfassende Umstrukturierungen vorausgesetzt hätte. Unter der Federführung des Klagenfurter Bischofs Adam Hefter begann man deshalb Lösungen auszuarbeiten, die einer „*allfälligen Trennung von Kirche u. Staat*"[525] entsprechen sollten. Auch wenn diese Diktion umfassende Trennungsabsichten suggerierte, wurden darunter nur die finanziellen Autonomie-Bestrebungen der Kirche verstanden. Eine kulturpolitische Trennung wollten die Bischöfe damit keineswegs anstreben. Viel eher wollten sie sich im Falle einer sozialdemokratischen Machtübernahme existenziell absichern.[526] Angeregt durch einen Vorstoß

---

[522] Josef Schoiswohl, Die kirchliche Finanzverwaltung, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 103.
[523] Ebda., 103.
[524] Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus", 1988, 57.
[525] DAL, BI-A/9, Schachtel 5, Fasz. 10 c/5, „Protokoll der Konferenz 1928". Bischofskonferenz-Protokoll 1928.
[526] Vgl. Weinzierl, Der österreichische Episkopat 1918-1965, 1985, 204 u. 208. Um die finanzielle Unabhängigkeit vom Staat zu gewährleisten, wurde ein Finanzierungsmodell ins Auge gefasst, bei welchem die Kosten von den Pfarrgemeinden getragen werden sollten. Dass diese Maßnahme der existenziellen Absicherung dienen sollte, geht aus einem undatierten Schriftstück aus den Feldkircher Diözesanbeständen klar

der Sozialdemokraten forcierte Bischof Hefter ein System der „*Steuerkirchengemeinden*". Dabei setzte er sich ausführlich mit Fragen „der Mitbestimmung, der Kompetenzverteilung und Vermögensverwaltung auseinander."[527] Unterstützung fand dieses Vorhaben beim Wiener Nuntius Marchetti-Selvaggiani. In der Hoffnung, die Sozialdemokraten mit diesem Vorschlag ins Leere laufen zu lassen, drängte der Nuntius im Jahr 1921 bei den staatlichen Stellen für die Einführung des erarbeiteten Systems. Die Einführung scheiterte aber nicht zuletzt am Widerstand Seipels, der darin einen voreiligen Rückzug gesehen hatte.[528] Die Etablierung der „*Steuerkirchengemeinden*" wurde in der Folge von Hefter zwar immer wieder aufs Verhandlungstableau der Bischofskonferenzen gebracht – so regte er in der Herbstkonferenz 1928 deren Errichtung nach bayrischen Vorbild an und drängte im Zuge der Konkordatsverhandlungen auf die Aufnahme eines entsprechenden Passus' im Vertragstext – doch bei den staatlichen Stellen fand er mit diesem Vorschlag kein Gehör.[529] Die Vorstellungen Hefters widersprachen gänzlich dem politischen Credo Seipels, wonach alle kirchlichen „Bastionen" zu halten waren.[530] Solange keine dringende politische Notwendigkeit zu einem Abrücken vom kirchenrechtlichen Status Quo gegeben war, wollte der Priesterkanzler auch keine entsprechenden Gesetzesänderungen vornehmen. Dieser starren Position verdankte die katholische Kirche, dass die für sie vorteilhafte Rechtslage der Monarchie unversehrt in die Republik gerettet werden konnte.

> „Bis 1933 ist tatsächlich keine Veränderung in der kirchenpolitischen Gesetzgebung zu Ungunsten der Kirche erfolgt. Es kam allerdings auch nicht zum Abschluß eines Konkordates, über das seit 1931 mit Rom verhandelt worden war." [531]

Aufgrund der unüberbrückbaren weltanschaulichen Differenzen wurden kulturpolitische Fragen „im Verfassungsausschuß der konstituierenden Nationalversammlung nicht einmal zur Diskussion gestellt".[532] Seipel stemmte sich gegen eine Neukodifizierung der

---

hervor. Darin wird die Sinnhaftigkeit von einer zweckgebundenen Kirchensteuer wie folgt begründet: „*Auch ist die Frage der Kirchensteuergemeinden von nicht geringer Bedeutung in Oesterreich, da man nicht weiß, ob nicht bei einem Wechsel der politischen Verhältnisse in Oesterreich und bei einer Vormachtstellung der Sozialdemokratie in der Staatsregierung in der Religionsfondfrage eine gänzliche Aenderung eintreten wird.*" ADF, GC 4, 1.1.1., o.A.

[527] Sohn-Kronthaler, Die Entwicklung der Österreichischen Bischofskonferenz, 1999, 56.

[528] Vgl. Martin Krexner, Hirte an der Zeitenwende. Kardinal Friedrich Gustav Piffl und seine Zeit, Wien 1988, 249. Auf diese innerkirchliche Kontroverse wird weiter unten noch Bezug genommen. Vgl. Kapitel 4.2.2., 340.

[529] Vgl. DAL, BI-A/9, Schachtel 5, Fasz. 10 c/5) „Protokoll der Konferenz 1928". Bischofskonferenz-Protokoll 1928; Sohn-Kronthaler, Die Entwicklung der Österreichischen Bischofskonferenz, 1999, 56.

[530] Maximilian Liebmann, Kirche und Politik in der Ersten Republik von 1918 bis 1938, in: Christliche Demokratie 2/1 (1984), 24.

[531] Erika Weinzierl, Das neue Verhältnis der Kirche zur Politik, in: Josef Zeilinger, Hg., 1469-1969. 500 Jahre Diözese Wien. Offizielle Festschrift, Wien 1969, 73.

[532] Diamant, Die österreichischen Katholiken und die 1. Republik, 1960, 78.

Grund- und Freiheitsrechte, weil er befürchtete, die Großdeutschen und Sozialisten könnten dies zum Anlass nehmen, „den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen."[533] Beide Lager einigten sich deshalb auf die Übernahme des Grundrechtskatalogs des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, wodurch sich für die katholische Kirche der Umbruch aus rechtlicher Sicht weitgehend friktionsfrei gestaltete.[534] Zu dieser Erkenntnis kam 1931 auch der Kirchenrechtler und ehemalige Ministerpräsident der Monarchie, Max Freiherr Hussarek von Heinlein, in Alois Hudals 1931 erschienenem katholischen Lagebericht. In dieser Analyse über die kirchenpolitische Rechtslage der Republik, musste Hussarek feststellen, dass die „*Wandlung der Staatsverfassung Österreichs seit dem Jahr 1918/19*" weder an „*der grundsätzlichen Stellung des Staates zu den Kirchen und Religionsgesellschaften, noch an den Einzelheiten der einschlägigen Gesetzgebung irgend welche weitreichende formelle Änderung im Gefolge gehabt*" [535] hat. Aus rechtlicher Sicht habe die Kultusausübung sogar eine Besserstellung erfahren, denn im Zuge des Friedensabkommens von St. Germain hätte sich Österreich zu einer Ausdehnung der religiösen Freiheiten verpflichten müssen.[536] Einen Rechtszuwachs (für den Heiligen Stuhl) sah er auch bei den Bischofsernennungen. Mit Verweis auf die Rechsauslegung des Kabinetts Seipel bewertete der Kirchenrechtler die Einsetzung von Bischöfen als innerkirchliche Angelegenheit, da mit dem Erlischen des monarchistischen Elements auch das kaiserliche Nominationsrecht obsolet sei. Alles in allem, attestierte er mit Blick auf die verfassungsrechtliche Situation, sei „*die Stellung der katholischen Kirche in Österreich dieselbe wie zur Zeit der Monarchie*". Für den Katholiken Hussarek gab dieser Umstand noch keinen Anlass zur Freude. Denn auch wenn das alte Österreich schon seit 1867/68 „*den Charakter eines spezifisch katholischen Staatswesens abgestreift und sich auf den Rechtsboden eines religiös indifferenten*" Staates gestellt hatte, war es „*noch im-*

[533] Ebda., 79.
[534] Vgl. Wilhelm Rees, Staat und Kirche in Österreich und Slowenien. Kirchliche Erwartungen – Entwicklungen – Zukunftsperspektiven, in: Dieter A. Binder, Klaus Lüdicke u. Hans Paarhammer, Hgg., Kirche in einer säkularisierten Gesellschaft, Innsbruck u.a. 2006, 128; Kora Waibel, Dissertation zur Kündbarkeit des österreichischen Konkordats. Über Möglichkeiten und Folgen einer Abschaffung des Vertrags zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl vom 5. Juni 1933. iur. Diss., Universität Wien 2008, 22.
[535] Max Hussarek, Die kirchenpolitische Gesetzgebung der Republik Österreich, in: Alois Hudal, Hg., Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen, Wien u.a. 1931, 27.
[536] Trotz dieser Besserstellungen räumte er aber ein, „*dass diese Rechte früher nur unter wohlgeordneter Mitwirkung kirchlicher Faktoren und in fast ausnahmsloser Regel im kirchlichen Geiste ausgeübt worden waren, so daß der Gewinn an Freiheit für die Kirche in der Praxis eigentlich illusorisch ist*." Hussarek zufolge steht diesem Gewinn, „*eine nicht gerade gering zu veranschlagende Einbuße an sozialem Gewicht gegenüber*". Hussarek spielt dabei neben dem Verlust des Sitzes im Herrenhaus und der Virilstimme im Landtag auf das Abnehmen der geistlichen Autorität der Bischöfe infolge der fehlenden staatlichen Legitimierung durch den Kaiser an. Ebda., 29-32.

mer ein solcher im sozialen Sinne des Wortes.“[537] Damit meinte er, dass „die Stellung der Kirche in Österreich nicht durch Gesetzgebung und verfassungsmäßige Vorkehrungen gesichert war, sondern durch die gesellschaftliche Stellung der Dynastie und die Macht des Kaisers und seiner Minister“, welche die Gesetze und Verfassungsbestimmungen durch Winkelzüge im Verwaltungswege zu Gunsten der Kirche mildern konnte. Mit dem Wegfall des Kaiserhauses ging der Kirche damit eine wertvolle Stütze verloren.[538] Zwar kam den Christlichsozialen in der Ersten Republik nicht die Machtfülle des Kaisers zu, doch weist die Ära Seipel zweifellos eine Kontinuität in dieser monarchischen Rechtsauffassung auf. Der katholischen Kirche ermöglichte diese Rechtsauslegung, die alten Vorrechte, die nach dem Systemwechsel zunehmend in Frage gestellt wurden, weiterhin in vollem Umfang genießen zu können, solange eine der Kirche wohlwollende Partei in der Regierung vertreten war.[539] Diese informelle Übereinkunft hatte allerdings eine Schattenseite. Die katholische Kirche war dadurch zwangsläufig an die ‘politische Performance‘ der Christlichsozialen Partei gekettet. Wie die Christlichsozialen musste auch die Amtskirche vor jeder Wahl eine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse fürchten, die eine für die kirchlichen Interessen nachteilige parlamentarische Konstellation ergeben hätte. Denn die kirchlichen Maximalforderungen wie man sie unter ‘schwarzer Flagge‘ auskostete,

---

[537] Vgl. ebda., 30.

[538] Vgl. Diamant, Die österreichischen Katholiken und die 1. Republik, 1960, 33. Das war damals eine weit verbreitete Meinung im katholischen Lager. Auch der Nuntius empfand den Verlust des Kaiserhauses als schweren Verlust für die Wahrung der katholischen Interessen: „*Nel vecchio regime scomparso, sebbene il Giosefinismo avesse lasciato ancora delle traccie abbastanza sensibili e deplorevoli del suo malefico influsso nelle relazione tra la Chiesa e lo Stato, pure regnava un certo ordine e le Autorità statali, specialmente la suprema, erano, in massima parte, benevoli, anzi bisogna confessare che ciò che nelle leggi vi era di favorevole alla religione veniva osservato, e ciò che vi era di ostile o pericoloso era oggetto di una benevola interpretazione. Una persecuzione religiosa, anzi una semplice disposizione malevola verso la Chiesa erano ben lontane dalle intenzioni dei governanti…*“ ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1393-1396, Fasz. 554, fol. 6v. N° 821, Nuntiaturbericht, 27. März 1920. Eigene Übersetzung: „*Im vergangenen, alten Regime – obwohl der Josefinismus auch dort recht empfindliche und beklagenswerte Spuren im Verhältnis zwischen Kirche und Staat hinterlassen hat – herrschte eine gewisse Ordnung und die staatlichen Autoritäten, insbesondere die höchste, waren in Bezug auf konfessionelle Anliegen größtenteils wohlgesinnt, und man muss zugeben, dass was die Auslegung der Gesetze betrifft, von denen einige sehr feindlich und gefährlich waren, diese eine sehr wohlwollende Interpretation erfuhren. Eine religiöse Verfolgung oder eine einfache bösartige Verfügung lagen den Herrschenden weit fern...*“

[539] Hussarek beschrieb das Verhältnis von Regierung und katholischer Kirche in der Ersten Republik sehr treffend: „*Bei der Regierung aber läßt sich feststellen, daß sie in ruhiger Sachlichkeit dem Wirken der Kirche keine Schwierigkeiten bereitet, es vielmehr, soweit das in ihrer Macht steht, fördert und die Traditionen taktvoll befolgt, welchen es auch im alten Österreich gelungen war, Konflikte zu vermeiden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß in der der liberalen Ära entstammenden Gesetzgebung hinreichend Sätze enthalten sind, an denen solche beim Mangel guten Willens auch ohne Änderung des Standes der einschlägigen Gesetzgebung entfacht werden könnten, und daß der Ministerrat einer demokratischen Republik keineswegs jene Bürgschaften dagegen gewährt, welche einst in der Person des Monarchen gelegen waren. Auch das kirchenpolitische Problem ist für das neue Österreich ein solches, welches, umgeben von manchen Zweifeln, der Zukunft vorbehalten bleibt.*“ Hussarek, Die kirchenpolitische Gesetzgebung der Republik Österreich, 1931, 40.

waren unter anderen parlamentarischen Konstellationen nicht haltbar. Je dünner also der Mandatsvorsprung der Christlichsozialen bzw. der bürgerlichen Koalition wurde, desto mehr stieg auch die Nervosität der Kirchenleitung infolge des Kulturkampfes. Die aggressive Rhetorik der Sozialdemokraten tat noch ihr Übriges hinzu, um die Angst vor einer „Diktatur des Proletariats" ins Irrationale zu steigern.[540] Auch wenn diese existenziellen Ängste aus heutiger Perspektive unbegründet erscheinen, da die katholische Kirche mit der christlichsozialen Partei eine vehemente Verfechterin der kirchlichen Interessen gefunden hatte, die als regierende Mehrheits- und Kanzlerpartei weit größere Gestaltungsmöglichkeiten als in der Monarchie besaß, wurden sie durchaus als real empfunden und trieben das katholische Lager in eine autoritäre Richtung. Innerhalb des Episkopates reagierte man auf die politische Zuspitzung zum einen mit dem Wunsch nach Abschluss eines Konkordats[541] mit dem Heiligen Stuhl und zum anderen entwickelten sich wie im gesamten bürgerlichen Lager autoritäre Tendenzen, die in der Abwehr kirchenfeindlicher Agitationen eine härtere Gangart forderten. Noch empfänglicher für repressive Ideen war hingegen der niedere Klerus, von dem bereits 1928 Parteiverbote als adäquate Mittel in Betracht gezogen wurden.[542]

[540] Hanisch zufolge divergierte die Sachverhaltsanalyse und Sachverhaltsinterpretation im katholischen Lager sehr stark. Diese Ambivalenz kommt nach Hanisch besonders deutlich in Hudals Werk „Der österreichische Katholizismus" von 1931 zum Ausdruck. „Im Jahre 1931 präsentierte sich der österreichische Katholizismus in einer Selbstdarstellung der Öffentlichkeit, die eine Analyse der tatsächlichen Situation, aber auch eine Analyse der Ängste und Träume der Kerngruppen erlaubt." Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus", 1988, 56.

[541] Nach Binder erfüllte das Konkordat auch die Funktion einer politischen Deeskalation. Sobald die Kirche um ihre Rechte nicht mehr fürchten musste, „konnte seitens der Hierarchie mit dem Rückzug aus der Tagespolitik begonnen werden, was zur Abberufung der priesterlichen Mandatare in den Reihen der Christlichsozialen führte." Walter Goldinger u. Dieter Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992, 112.

[542] Vgl. DAG, Ordinariatsakten-Altbestand, Dechantenkonferenz 1928-1961, Fasz. 1928. Protokoll der Dechantenkonferenz, 2. Juni 1928.

2.2.2. Verschränkung von Politik und Kirche

> *„…die Religion wird für den religiösen Menschen immer auch Gegenstand des politischen Ringens sein müssen, weil das Festhalten an ihr ein großes Gut des Volkes, ihr Verlust aber der Anfang zum Abstieg ist.“*[543]
>
> Ignaz Seipel

Die institutionelle Verflechtung von Kirche und Christlichsozialer Partei setzte nicht erst in der Ära Ignaz Seipels ein, sondern reicht weit ins 19. Jahrhundert zurück. Noch vor der Gründung einer politischen Allianz bestehend aus niederem Klerus, Liberalismusgegnern der verschiedensten Couleurs und Antisemiten, welche, getragen von einem Heer aus Modernisierungsverlierern, zur Christlichsozialen Bewegung verschmolzen[544], erfuhr das katholische Vereinswesen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine erste Blüte.[545] Die überwiegende Mehrheit dieser katholischen Organisationen war „stark auf die Mitarbeit und Förderung des Klerus angewiesen.“[546] Dies traf vor allem auf die religiös ausgerichteten Vereine zu, da sie für die Kultausübung einen Geweihten benötigten. Doch auch Vereine mit einem schwächeren geistlichen Bezug nützten gerne die intellektuellen Vorzüge der Priester.[547] Nur wenige dieser Vereine kamen ohne geistlichen Vertreter in der Funktionärsriege aus, wodurch auch hier über die personelle Anbindung ein Konnex zur Amtskirche gegeben war.[548] Gemeinsam war diesen katholischen Vereinigungen ein ausgeprägtes karitatives und kulturelles Engagement. Durch ihre Tätigkeit entwickelten sie – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – „eine hohe Sensibilität für soziale Missstände“[549]. Ausgestattet mit einem neuen bürgerlichen Selbstvertrauen wagte man, die Ursachen für die vermeintlichen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen immer offener zu benennen. Verantwortlich machte man in erster Linie die repressive Politik der Obrigkeit. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Vereinen war die Gesellschaftskritik aber von betont konfessionellen Anliegen getragen. So gab mitunter „das drohende Abgleiten von Bevöl-

[543] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 377.
[544] Über die Ursprünge der Christlichsozialen Partei siehe Kapitel 2.2.1.
[545] Vgl. Rupert Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*. Katholische Kirche und Katholizismus im alten und neuen Österreich bis 1938, in: Werner Drobesch u.a., Hgg., Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit, Klagenfurt u. Wien 2007, 16f.
[546] Lewis, Kirche und Partei im Politischen Katholizismus, 1977, 264.
[547] Lewis untergliedert das katholische Vereinswesen des 19. Jahrhundert in „religiöse“, „neutrale“ und „halbpolitische“ Vereine. Vgl. ebda., 262ff.
[548] Vgl. ebda., 265.
[549] Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 16.

kerungsgruppen in die religiöse Indifferenz oder gar Kirchengegnerschaft“[550] den Katholiken den nötigen Ansporn sich „nach langer Problemblindheit“[551] dem durch ganz Europa gehenden „major movement of political mobilization“[552] anzuschließen. Ausgestattet mit bereits bestehenden Organisationsstrukturen unterstützte man die bürgerliche Protestbewegung und ihren „Anspruch auf Unabhängigkeit vom Staat“. Hinzu kam die Forderung nach mehr politischen Gestaltungsmöglichkeiten, die von einem universalen Sendungsbewusstsein – verkörpert in der Institution des Papsttums – getragen wurde.[553] Der durch Wirtschaftskrisen bedingten Pauperisierung versuchten sie ethisch-religiös begründete Sozialreformen entgegenzusetzen, welche größtenteils auf der theoretischen Grundlage der Sozialenzyklika *Rerum novarum* beruhten.[554] Die damit einhergehende Politisierung wirkte sich im Gegenzug sehr belebend auf das katholische Vereinswesen aus und trieb die Mobilisierung und institutionelle Versäulung der Katholiken weiter voran.[555] Paradoxerweise wurden diese katholischen Verbände trotz ihrer „fundamentally anti-democratic features“ zu einem maßgeblichen „motor for the emergence of that democratic civil society that slowly, and with pain and tribulation, came to be fully constituted in Austria after 1945.“[556] Dadurch war die katholische Kirche über Umwege katholischer Verbände von Anfang an in die Demokratisierungsprozesse des Landes eingebunden, auch wenn man vorrangig für konfessionelle Anliegen eintrat.

> “Supporting the Christian Social Party in the early Republic was a multi-tiered system of associations and organizations that constituted the basis of the Party electorate, many of them officially or unofficially associated with the Catholic Church.”[557]

[550] Ebda., 17.
[551] Ebda., 16.
[552] Boyer, Political Catholicism in Austria, 2005, 8.
[553] Vgl. Lewis, Kirche und Partei im Politischen Katholizismus, 1977, 5.
[554] Vgl. Staudinger, Müller u. Steininger, Die Christlichsoziale Partei, 1995, 160.
[555] Vgl. Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico,* 2007, 15. Im Gegensatz zu Bruckmüller und Klieber, welche die katholischen Vereine an den Beginn der christlichsozialen Bewegung stellen, geht Lewis davon aus, dass erst der Aufstieg der Partei die Entwicklung der nichtpolitischen Bewegung ermöglichte. Als Gründe nennt er das gleichzeitige Anschwellen von Partei und Vereinen. Vgl. Lewis, Kirche und Partei im Politischen Katholizismus, 1977, 267. Diese Einschätzung rührt daher, dass Lewis seinen Vereinsbegriff nur auf Vereine im bürgerlichen Sinne erstreckt, während für Klieber die Ursprünge des späteren Vereinswesens in den „bruderschaftlichen Organisationen nach vormoderne[m] Muster“ liegen. Vgl. Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico,* 2007, 15.
[556] Vgl. Boyer, Political Catholicism in Austria, 2005, 6f.
[557] Ebda., 12.

Diese Verflechtung von Vereinen, Partei(en) und Amtskirche machte das typische Charakteristikum des Politischen Katholizismus aus[558], dessen tragende Säule trotz Eigeninitiative vieler engagierter Laien die kirchliche Hierarchie war.[559] Innerhalb des vorläufigen losen Vereinsgewirrs war sie aufgrund ihres funktionierenden, hierarchischen Aufbaus die „einzig zentralistisch organisierte Macht" im katholischen Lager.[560] Besonders in der politischen Auseinandersetzung kompensierte sie strukturelle Defizite der christlichsozialen Partei, indem sie im Bedarfsfall als „organisatorisches Korsett"[561] einsprang. Mehr noch profitierte die Partei in personeller Hinsicht von der Nähe zur Kirche, wurde sie doch über die zahlreichen katholischen Vorfeldorganisationen mit politischem Nachwuchs versorgt. Für diesen eignete sich die Vereinstätigkeit als optimale 'Spielwiese' für eine spätere politische Laufbahn.[562] Gleichzeitig rekrutierte sich die Parteiintelligenz zu einem hohen Grad aus Vereinsvorständen, die nicht selten unter geistlicher Patronanz standen. Diese Doppelfunktion des Klerus führte dazu, dass „ein erheblicher Teil der Parteiarbeit über die Pfarrkanzlei lief".[563] Noch stärker war der kirchliche Einfluss auf die ideologische Ausrichtung der Partei. Ausgehend von der christlichen Soziallehre entwickelten Parteistrategen[564] eine "katholische Weltanschauung", die sich als theoretische Grundlage zur Mobilisierung der Massen eignen sollte. Nach dem Tod Luegers verstärkten sich diese konfessionellen Tendenzen noch mehr. Mittlerweile war eine neue Generation an Christlichsozialen herangewachsen, mit der ein „more 'Catholic' habitus"[565] in die Partei Einzug hielt. Anders als Lueger, der einen bewusst opportunistischen Umgang mit der Religion pflegte, setzte nun eine seriösere Hinwendung zum Katholizismus ein. Eine Schlüsselrolle in dieser Trendwende nahm Richard Schmitz als Direkter des Katholischen Volksbundes ein.[566] Damit waren am Ende der Monarchie die nötigen Voraussetzungen gegeben, um „katholischerseits selbst in den Ring der Ideologien"[567] steigen zu können. Den Anlass dafür bot schließlich der Wegfall des Kaiserhauses, der vielen Katholiken

[558] Vgl. Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus, 2007, 519.
[559] Vgl. Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 15. Boyer, Karl Lueger, 2010, 149-155.
[560] Viktor Reimann, Ignaz Seipel und der politische Katholizismus der Zwischenkriegszeit, in: Norbert Leser, Hg., Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, Wien u. München 1984, 264. Für Reimann war es deshalb nur konsequent, dass sich die katholischen Vereine allesamt um die Amtskirche scharten.
[561] Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 258.
[562] Vgl. Lewis, Kirche und Partei im Politischen Katholizismus, 1977, 280.
[563] Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 258.
[564] Darunter befand sich eine Reihe von Geistlichen; allen voran der Wiener Moraltheologe und Seipel-Lehrer Franz M. Schindler. Vgl. Boyer, Karl Lueger, 2010, 149.
[565] Boyer, Political Catholicism in Austria, 2005, 9.
[566] Vgl. ebda., 10.
[567] Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 12.

eine intensivere parteipolitische Beteiligung evident erschienen ließ. Nun noch mehr aufeinander angewiesen, bekam das Bündnis zwischen Partei und Kirche in der Republik eine neue Qualität.[568] Sinnbildlich für die äußerliche Verbundenheit stand das politische Phänomen des Priesterpolitikers. Die Intensität der politischen Beteiligung des Klerus manifestiert sich anhand einfacher Zahlen. In den Jahren 1919 bis 1930 schwankte der Anteil der geistlichen Nationalratsabgeordneten in den entsprechenden Gesetzgebungsperioden zwischen 3,6 und 6,1 Prozent. Dies entspricht in den Jahren 1920 bis 1927 einem Durchschnitt von knapp 6 Prozent der gewählten Mandatare.[569] Nachdem diese Priester ausnahmslos der Christlichsozialen Partei angehörten, pendelte sich der Anteil des Klerus innerhalb der schwarzen Parlamentsfraktion zwischen 8,2 und 12,9 Prozent ein.[570] Eine starke Anbindung an die Amtskirche war aber auch bei den weltlichen Mandataren festzustellen. Immerhin entstammten in den Jahren 1919 bis 1933 84 Prozent der christlichsozialen Nationalräte dem katholischen Vereinswesen.[571] Die Übergänge von Vereinen zur Partei waren oft nur fließend. In Oberösterreich bildete etwa die christlichsoziale Landesparteileitung bis 1934 gleichzeitig das Führungsgremium des *Katholischen Volksvereins*. Beide Institutionen stellten nur formell verschiedene Körperschaften dar.[572] Aufgrund dieses oft nahtlosen Übergangs zwischen Partei und Verein stand Priestern eine politische Ämterlaufbahn ungehindert offen. Dadurch hatten sie auch zu den höchsten staatlichen Ämtern Zugang.

[568] Vgl. Boyer, Political Catholicism in Austria, 2005, 10.
[569] Staudinger, Müller u. Steininger, Die Christlichsoziale Partei, 1995, 164. Das ist im Vergleich mit dem Zeitraum 1907 bis 1911 ein deutlicher Rückgang. Innerhalb dieser Zeitspanne lag der Kleriker-Anteil im Parlament bei elf Prozent. Diese zurückgehende politische Beteiligung der Geistlichkeit lässt sich mit der gestiegenen Laieninitiative begründen. Vgl. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 259.
[570] In absoluten Zahlen drückt sich die politische Beteiligung des Klerus wie folgt aus: In die konstituierende Nationalversammlung wurden sieben katholische Priester gewählt. Das entspricht 4,12 Protzent der Nationalratsabgeordneten (170 Mandate) und 10,14 Prozent der christlichsozialen Mandatare (69 Mandate). In der I. Gesetzgebungsperiode vom 1.12.1919 bis zum 20.11.1923 gehörten elf Priester dem Nationalrat (183 Mandate) an. Das entsprach 12,94 Protzent der christlichsozialen Nationalräte (85 Mandate). Während der II. Gesetzgebungsperiode, 20.11.1923 bis 18.5.1927, zählte das österreichische Parlament zehn geistliche Mandatare. Nachdem der Nationalrat von 183 auf 165 Abgeordnete verkleinert wurde, entsprach dies 6,06 Prozent der gewählten Volksvertreter und 12,19 Protzent der christlichsozialen Fraktion (82 Mandate). Von 18.4.1927 bis 1.10.1930, der III. Gesetzgebungsperiode, sank die Zahl des Klerus in der ersten Kammer auf sechs Geweihte und machte nur noch 3,64 Prozent der Nationalräte aus. Innerhalb der christlichsozialen Fraktion lag der Klerikeranteil damit immer noch bei 8,22 Prozent. Zur Herkunft der Zahlen siehe WWW Homepage des Parlaments, Republik Österreich, Parlamentsdirektion, Die ParlamentarierInnen seit 1918, http://www.parlament.gv.at/WWER/PARL/ (28.12.2010); WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl, Historischer Rückblick, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx (28.12.2010).
[571] Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 259. Doppelzählungen sind hier allerdings nicht auszuschließen, da auch die Priesterpolitiker größtenteils aus dem Vereinswesen kamen.
[572] Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 258.

In der Ära Seipel vermengten sich politische und kirchliche Führung auf höchster Ebene. Kennzeichnend für diese Verschränkung waren „regelmäßige Koordinationsgespräche" zwischen christlichsozialen Parteispitzen und Kardinal Piffl im erzbischöflichen Palais.[573] Auch die Bischofskonferenz avancierte dabei zunehmend zum inoffiziellen Beratungsgremium der christlichsozialen Kulturpolitik. Bis 1924 nahm Seipel regelmäßig als politischer Berater an den jährlichen Bischofsversammlungen teil.[574] Seine Anwesenheit stieß aber auch auf Widerstand. Auf Drängen des Linzer Ordinarius kam man schließlich von dieser Praxis ab. Durch eine Abänderung der Bischofskonferenzstatuten wollte der Linzer die „*Beiziehung politischer Persönlichkeiten oder offizieller Beamter der Ministerien zur Berichterstattung oder Beratung*"[575] hinkünftig massiv einschränken.[576] Gföllner versprach sich davon, die Unabhängigkeit der Kirchenleitung sicherzustellen: [577]

> *„Es könnte dadurch die so notwendige Unabhängigkeit und Freiheit des Episkopates immerhin einigermassen beeinträchtigt werden; zudem wird die Meinungsäusserung der einzelnen Mitglieder der Konferenz solchen Laien gegenüber stets von gewisser Reserve begleitet sein und darum doch nie den vollen und uneingeschränkten Ausdruck der eigenen Überzeugung darstellen; (endlich ist auch keine sichere Gewähr der so notwendigen Wahrung des Amtsgeheimnisses geboten.)*"[578]

Vorrangig dürfte sich die Statutenänderung aber gegen den zunehmenden Einfluss Seipels gerichtet haben. Dass Gföllner die ständige Präsenz des Priesterpolitikers bei den Bischofskonferenzen ein Dorn im Auge war, vertraute er im Febraur 1926 seinem Amtskollegen Sigismund Waitz an.

> „*Ich bin überhaupt grundsätzlich gegen die Beiziehung von Laien zur* [Bischofs]*Konferenz u. konnte es nie recht billigen, daß Seipel sich in unserer Konferenz auch nur als Gast u. Referent einmengte resp. berufen wurde. Das Vertrauen*

---

[573] Erika Weinzierl, Kirche und Politik in der Ersten Republik, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien 1984, 214.

[574] Vgl. Schultes, Der Episkopat und die katholischen Organisationen in der Ersten Republik, 1978, 16. Zur Geschichte der Bischofskonferenz siehe Liebmann und Sohn-Kronthaler, beide in: Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz, Hg., 150 Jahre Österreichische Bischofskonferenz 1849-1999, Wien 1999, 9-32 bzw. 33-97.

[575] DAL, BI-A/9, Schachtel 5, Fasz. 10a. Gföllners Vorschlag nach einer Statutenänderung an die Bischöfe Österreichs, o.D.

[576] Vgl. Sohn-Kronthaler, Die Entwicklung der Österreichischen Bischofskonferenz, 1999, 52.

[577] Wie ernst es dem Linzer Bischof in seinem Streben nach einer überparteilichen Kirche war, zeigen auch seine Versuche, einheitliche gesamtbischöfliche Richtlinien für die Weihe von Vereinsfahnen durchzusetzen. Auslöser war eine an ihn herangetragene Anfrage der Heimwehren. Der Bischof verweigerte den Formationen die Fahnenweihe, wusste aber, dass es unter den Bischöfen in dieser Frage keine einheitliche Haltung gab. Er selbst sprach sich gegenüber seinem Metropol für eine strenge Handhabe aus. Vgl. Franz Loidl, Hg., Suffragan Gföllner an Metropoliten Piffl (Briefe und Anhang). (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 81), Wien 1979, 6.

[578] DAL, BI-A/9, Schachtel 5, Fasz. 10a. Gföllners Vorschlag nach einer Statutenänderung an die Bischöfe Österreichs, o.D.

zur Bischofskonferenz wird dadurch in den Augen der katholischen Laien erschüttert, die politische Beeinflussung u. Abhängigkeit vermuten. Hätte Se. Eminenz [Friedrich G. Piffl] *im April 1919 nicht dem Rate Seipels gefolgt, den Glöckelerlaß einfach praktisch hinzunehmen, damit nicht die ganze Schulfrage jetzt (1919) im Parlament aufgerollt wirde", so wäre vielleicht der Erlaß leichter als jetzt kassiert worden. Im übrigen hoffe ich, daß sich die entstandene Dissonanz wieder beheben wird lassen; meinerseits soll es am guten u. besten Willen nicht fehlen*." [579]

Hinter dieser Kritik stand die allgemeine Ablehnung einer zu engen Verzahnung von Politik und Kirche. Nach der Vorstellung Gföllners hatte sich die Politik an den moralischen und sittlichen Grundsätzen der Kirche zu orientieren, ohne sich jedoch in kirchliche Belange einzumischen. Umgekehrt sollte sich die Kirche im Gegenzug völlig aus der Politik fernhalten. Eine Trennung von Kirche und Staat im modernen Sinne lag ihm allerdings fern. Als Ideal hatte der Linzer Ordinarius zweifellos die Monarchie vergangener Tage vor Augen. Diese monarchistische Haltung brachte den Linzer Ordinarius immer wieder in Konflikt mit der christlichsozialen Parteileitung Oberösterreichs.[580] Den in seiner Diözese inkardinierten Priester und Landeshauptmann Hauser versuchte er sogar von einer Wiederkandidatur abzuhalten, weil seine politische Tätigkeit „*nicht im Interesse der Religion läge"*.[581]

Diesen Vorwurf konnte man Seipel nur schwer machen. Seine Vorstellungen, wie die Positionen der Christlichsozialen Partei bestmöglich mit den Lehren der katholischen Kirche in Einklag zu bringen waren, führten gelegentlich sogar zu Richtungsdebatten mit den Bischöfen. Im Vorfeld der Bischofskonferenz von 1924 kam es zwischen dem Wiener Erzbischof und Seipel zu Meinungsverschiedenheiten in der Schulfrage. Ihre Standpunkte divergierten so erheblich, dass es der Kanzler für notwendig erachtete, den betref-

[579] ADF, GE 9/2, IX.7.1.3. Bischof Johannes M. Gföllner an Bischof Sigismund Waitz, 8. Februar 1926. 8f.
[580] Die innerkatholischen Spannungen gingen sogar soweit, dass sich der Chefredakteur des *Linzer Volksblattes*, dem offiziösen Organ der Christlichsozialen ob der Enns, über die monarchistische Gesinnung seines Bischofs bei Kardinal Piffl beklagte. Nach Meinung Heinrich Binders (Chefredakteur des *Volksblattes* und katholischer Priester) würde der Bischof mit seiner monarchistischen Haltung den republikanischen Sozialdemokraten nur in die Hände spielen. Vgl. DAW, Bischofsakten Piffl 1921-1924, Fasz. 1921, Heinrich Binder an Friedrich G. Kardinal Piffl, 19. März 1921**.** Zum Konflikt zwischen Hauser und Gföllner siehe Josef Honeder, Johann Nepomuk Hauser. Landeshauptmann von Oberösterreich (1866-1927), in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Bd. 7, Wien 2003, 88; Rudolf Zinnhobler, Die Bischöfe von Linz, Linz 1985, 269; Ders., Das Bistum Linz. Seine Bischöfe und Generalvikare, (Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz 15/1) Linz 2002, 86. Im Gegenzug hatte Gföllner keine Hemmungen, den Bischofsbeschluss von 1933, der Priestern die weitere Ausübung von politischen Ämtern untersagte, umstandslos umzusetzen und sämtliche katholische Vereine zu „entpolitisieren". Dies geschah nach Meinung Zinnhoblers, wie im Falle des *Volksverein*-Direktor Aigner, „in einer menschlich wenig ansprechenden Weise". Rudolf Zinnhobler, Kirche in Oberösterreich 4: Vom Josephinismus zur Gegenwart, Strasbourg 1995, 35.
[581] DAL, BI-A /9, Schachtel 2, Fasz. 4a. Bischof Johannes M. Gföllners an Landeshauptmann Johann N. Hauser, 8. August 1920.

fenden Hirtenbrief des Kardinals auf von ihm „*bekämpfte Meinungen*“ zu kontrollieren. Auch ließ er vor der Verlesung überprüfen, ob keine anderen öffentlichen Aussagen des Erzbischofs gegenteiligen Standpunkts existierten.[582] Auf seine Versuche, die Bischöfe in der Schulfrage auf Parteilinie zu bringen, wird an gegebener Stelle noch hingewiesen werden.[583] Zu einer weiteren indirekten Auseinandersetzung mit einem Bischof kam es 1925 im Zuge der Erstellung des Adventschreibens „*Lehren und Weisungen der österreichischen Bischöfe über soziale Fragen der Gegenwart*“. Als Seipel von Kardinal Piffl einen vorläufigen Entwurf Sigismund Waitz‘ zur Durchsicht erhielt, nützte der Politiker die Gelegenheit, um den Hirtenbrief für die politische Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie tauglich zu machen. Anfang Februar 1925 übergab Waitz seinen Entwurf nach Wien zur Beurteilung. Der Erzbischof leitete den Entwurf Waitz’ „*vorsichtigerweise*“ an Prälat Seipel weiter. Dem Politiker erschienen, wenig überraschend, die politischen Aspekte als zu wenig ausgefeilt. In seinem Gegenentwurf an Piffl versuchte er dem Hirtenbrief einen stark antisozialdemokratischen Impetus zu geben. Er meinte, dass vor allem im Bezug auf den Sozialismus und Kapitalismus der Gegenwart „*ein klärendes Wort gesprochen werden müsste.*“ Allerdings trug auch bereits der Entwurf Waitz‘eine deutlich antisozialistische Note. Seipel hingegen bestand auf einer gründlicheren Unterscheidung zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie und vermisste eine schärfere Kritik an Letzterer.[584] Piffl schickte Seipels Gegenentwurf anstandslos, jedoch ohne ihn als Verfasser zu nennen, an Waitz zurück. Dieser bedankte sich zwar für die „*Bemerkungen des theologischen Beirates*“, doch konnte er seine Enttäuschung ob der Kritik nur schwer verbergen. Denn auch er hätte den Hirtenbrief in enger Abstimmung mit einem mit der sozialen Frage vertrauten Nationalökonom entworfen, versichert er dem Kardinal. „*Der Rezensent brauchte also die Sorge nicht zu haben, daß nicht die neuesten Erscheinungen berücksichtigt werden. – Jedoch lautet das Gesamturteil anderer Kritiker doch einigermaßen anders.*“ Das war eindeutig ein Seitenhieb gegen Seipel. Denn es dürfte Waitz nicht schwer gefallen sein, den Verfasser des Gegenentwurfs zu identifizieren.[585] Waitz überarbeitete seinen Entwurf entsprechend der Anregungen aus Wien und sandte ihn erneut an den Erzbischof zurück. Doch den Standpunkt Seipels, wonach ein Sozialismus, der die moralischen Grundsätze des Christentums akzeptieren würde, die Unterstützung der ka-

[582] Vgl. DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 2, Fasz. 2, fol. 10. Bundeskanzler Ignaz Seipel an den oberösterreichischen Landesamtsdirektor Richter, 30.10.1924.
[583] Vgl. Kapitel 4.3.2., 321f.
[584] Martin Krexner, Hirte an der Zeitenwende. Kardinal Friedrich Gustav Piffl und seine Zeit, Wien 1988, 300-302.
[585] Ebda., 302-304. Waitz wurde theologisch von Johannes Messner beraten.

tholischen Kirche finden könnte, lehnte er ab. Ganz nach Leo XIII. waren Christentum und Sozialismus für ihn zwei unvereinbare Gegensätze. Piffl gab Seipel die Neufassung abermals zur Durchsicht. Der Parteiobmann blieb erneut bei seiner Kritik, dass der Hirtenbrief zu wenig auf die gegenwärtige Situation zugeschnitten sei. Er wollte es aber nicht auf einen Streit ankommen lassen, weswegen er keine weiteren Bedenken gegen eine Veröffentlichung dieses Hirtenbriefes hatte. Er ließ seinen Bischof jedoch wissen: „*Die große Offenbarung auf sozialem Gebiete, die den Katholiken neue Impulse geben könnte … ist dieser Hirtenbrief allerdings nicht*."[586] Letztendlich sollte sich aber Seipel durchsetzen. Bei der Bischofskonferenz im November 1925 gelang es Piffl, auch die neuerlichen Anregungen seines Beraters zur Geltung zu bringen. Damit konnte das Schreiben ganz den Vorstellungen Seipels entsprechend in Druck gehen.[587]

Umgekehrt bot das Ineinandergreifen von kirchlichen und staatlichen Zuständigkeiten, das ein zentrales Merkmal des 'Systems Seipel' ausmachte, auch der Kirchenführung die Möglichkeit, weitreichender Einflussnahme auf die politische Gestaltung. Dies war theoretisch schon dadurch gegeben, weil Seipel als Diözesanpriester kirchenrechtlich seinem Ordinarius unterstellt und zu kirchlichem Gehorsam verpflichtet war.[588] Es überrascht daher nicht, dass diese Weisungsgebundenheit zum Anlass genommen wurde, um über den kirchlichen Instanzenweg Druck auf den Priesterpolitiker auszuüben. Die Bandbreite der an Kardinal Piffl herangetragenen Klagen, reicht von persönlichen bis hin zu politischen Motivationen. Gemeinsam ist ihnen der Wunsch nach einer Zurechtweisung des Politikers durch den Erzbischof. Private Anliegen wie die Anklage eines Dr. Oskar Hamedingers vom 21. August 1929 stellen jedoch eine Ausnahme dar. Der Beschwerdeführer warf dem Wiener Priester vor, von dem außerehelichen Verhältnis des christlichsozialen Politikers Dr. Jakob Ahrer mit seiner Frau gewusst zu haben, „*ohne auch nur einen Finger zu rühren*." Des Weiteren verwehrte Seipel Hamedinger eine persönliche Aussprache mit der Begründung, „*er wolle sich nicht in Privatangelegenheiten* [ein]*mischen*."[589]

---

[586] Zit. nach Krexner, Hirte an der Zeitenwende, 1988, 303.
[587] Vgl. ebda., 304. Das war allerdings nicht das erste Mal, dass Seipel für Stellungnahmen des Episkopats zu Rate gezogen wurde oder zumindest Rohfassungen zur Durchsicht bekam. Am 2. November 1924 arbeitete er beispielsweise „*den ganzen Tag an der Antwort auf die Denkschrift der Bischofskonferenz*". Vgl. DAW, Nachlass Ignaz Seipel, Karton 2, Tagebuch 7, fol. 99r.
[588] Vgl. Robert Prantner, Kreuz und weiße Nelke. Katholische Kirche und Christlichsoziale Partei im Spiegel der Presse (1918 – 1932), Graz u. Wien 1984, 147.
[589] DAW, Bischofsakten Piffl 1925-1929, Fasz. 1929. Oskar Hamedinger an Friedrich G. Kardinal Piffl, 21. August 1929.

Deutlich schwerwiegender waren die Vorwürfe eines anonymen Altpensionisten. In seinem Beschwerdebrief vermengen sich persönliche Anliegen mit politischen Interessen. Er beklagte ins seinem Schreiben vom 3. April 1928 den strengen Sparkurs der Christlichsozialen Partei auf Kosten der Altpensionisten. Besonders bedrückend empfand er dabei, dass dieses „*himmelschreiende Unrecht*" von einem Gottesmann verübt werde. „*Heute sagen schon die besten Katholiken, dass der Bundeskanzler, obgleich Priester, herzlos ist und für die notwendigen Bedürfnisse einer Familie kein Verständnis besitzt*." Abschließend drohte der Verfasser, dass die von den Einsparungen Betroffenen und ihre Familien diese Kürzungen bei den nächsten Wahlen mit einer sozialistischen Stimmabgabe quittieren würden. Der Pensionist wollte anonym bleiben und unterzeichnet als: „*Ein ergebenster christlichsozialer Wähler der um die Zukunft der katholischen Kirche auf das Äusserste besorgt ist.*" [590]

Dass man sich auch nicht scheute, parteipolitischen Einfluss auf den geistlichen Bundeskanzler über den Wiener Erzbischof auszuüben, beweist ein sehr brisantes Schreiben des burgenländischen Dechanten Josef Schwartz. Unmittelbar vor den Nationalratswahlen 1927 führte er beim Wiener Ordinarius Klage gegen die von Seipel forcierte Einheitsliste. Dieses Wahlbündnis von Christlichsozialen und Großdeutschen hätte zur Folge gehabt, dass in seinem Wahlkreis der Großdeutschen Karl Wollinger an die zweite und letzte sichere Stelle der Kandidatenliste gereiht worden wäre. Bei besagtem Wollinger handelte es sich aber nach Angaben des Dechanten um einen deklarierten Kirchengegner, der seinerzeit als lokale treibende Kraft mit der „*Los-von-Rom-Bewegung*" die Bevölkerung zum Protestantismus 'verführt' hätte.[591] Seipels Einheitsliste würde nun überzeugte Katholiken dazu zwingen, einen solchen Mann zu wählen. Abschließend resumierte Schwartz: „*Der Idealismus des Bundeskanzlers steht im Konflikt mit unserem Gewissen*."[592] Piffl reichte die Beschwerde umgehend an Seipel weiter und gab ihm die Möglichkeit einer Gegendarstellung. In einem vierseitigen Brief nahm der Bundeskanzler ausführlich Stellung zu den Angriffen, die „*strotz*[en] *von Unwahrheiten*". Gleich vorweg unterstellte er dem Dechanten, Falschinformationen zu verbreiten. Entschieden wies er die Behauptung von sich, er hätte Einfluss auf die Kandidatenlisten gehabt. Allerdings räumte er ein, dass es im Zuge

[590] DAW, Bischofsakten Piffl 1925-1929, Fasz. 1928/1929. Anonymes Schreiben an Friedrich G. Kardinal Piffl, 3. April 1928.
[591] Vgl. DAW, Bischofsakten Piffl 1925-1929, Fasz. 1927. Josef Schwartz an Friedrich G. Kardinal Piffl, 3. April 1927.
[592] Ebda.

einer Einheitsliste „*naturgemäß*“ zu unliebsamen Kandidaten, wie Wollinger, kommen könne.

> „*Wir lassen uns ja auch nicht durch die anderen Parteien vorschreiben, wen wir als Kandidaten aufstellen dürfen. Wahr ist, dass Wollinger, solange er auf der Gegenseite stand, eben ein Gegner u.z, wie ich höre, ein gehässiger Gegner war. Aber das war zuzeiten auch bei den übrigen Großdeutschen der Fall.*“[593]

Danach versicherte der dem Erzbischof, dass aufgrund des Koalitionspaktes antiklerikale Übergriffe künftig der Vergangenheit angehören werden. Das Projekt der Einheitsliste per se wollte er an dieser Stelle jedoch nicht zur Disposition stellen.

> „*Sobald sie auf unserer Seite sind, legen sie diese Gegnerschaft ab. (...) Die christlichsoziale Politik u. damit in diesem Augenblick die Politik der „Einheitsfront“ mag richtig sein oder nicht. Ich muss mich aber dagegen verwerfen, dass Schwarz* [sic!] *seine Opposition in Form der Denunziation einer einzigen Person, hier meiner Person, kleidet*.“[594]

Seipel wollte es aber nicht nur bei einer Gegendarstellung belassen und ging seinerseits in die Offensive, indem er Schwartz sinngemäß als einen ‘chronischen Denunzianten‘(„*Das Denunzieren gehört überhaupt zu seinen* [Josef Schwartz] *Gewohnheiten*.“)[595]und heimlichen Sympathisanten der Sozialdemokraten bezeichnete, dessen Anschuldigungen keinen Gehalt hätten:

> „*Im übrigen ist er ein unbedingter Anhänger des Zusammengehens mit den Sozialdemokraten. Als es mir seinerzeit gelungen war, die burgenländische Koalition zwischen Christlichsozialen u. Sozialdemokraten für einige Zeit zu sprengen u. eine Annäherung mit dem Landbund herbeizuführen, war Schwartz ein heftiger Gegner. Es gelang mir in langen Unterredungen nicht, ihn zu überzeugen, dass das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten aus Gründen der allgemeinen Politik unzulässig ist. Auch wenn es materielle Vorteile bringt. Selbstverständlich überlasse ich alles Weitere Ew. Eminenz. Meine unmaßgebliche Meinung ist allerdings, dass ein unmittelbares Eingreifen in die Politik des Burgenlandes bis in die Kandidatenfragen hinein kaum ratsam wäre.*“[596]

Deutlich geht aus diesem Schriftwechsel hervor, wie weit die kirchlichen Einflussmöglichkeiten in das politische Tagesgeschäft reichten. Gleichzeitig gibt die Argumentation Seipels Aufschluss auf sein diplomatisches Geschick. Auf dem ersten Blick vermittelt sein Schreiben den Eindruck, die Entscheidungsgewalt des Bischofs bedingungslos anerkennen zu wollen. Die Formulierung war jedoch so gewählt, dass sie auf die Entschei-

[593] DAW, Bischofsakten Piffl 1925-1929, Fasz. 1927. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Friedrich G. Kardinal Piffl, 8. April 1927.
[594] Ebda.
[595] Ebda.
[596] Ebda.

dungsfindung suggestiv Einfluss zu nehmen versuchte, indem sie dem Bischof vorsichtig die Argumente Seipels zuspielte. Die Reaktion Piffls auf die Stellungnahme des Kanzlers ist leider nicht erhalten. Somit lässt sich nicht beantworten, welchen Erfolg der Priesterpolitiker damit hatte.[597]

Obwohl der Priesterkanzler die sichtbarste Verkörperung des Politischen Katholizismus darstellte, wäre es falsch die gesamte Verquickung von Partei und Kirche nur auf seine Person zu reduzieren. Zwar oblag ihm über Jahre hinweg die Vertretung konfessioneller Interessen auf höchster Ebene, doch reichte die strukturelle Verflechtung wesentlich tiefer. Regelrecht zur Schau gestellt wurde das Bündnis von Partei und Kirche bei den Katholikentagen; auch wenn von kirchlicher Seite stets darauf Bedacht genommen wurde, den ausschließlich religiösen Charakter dieser Veranstaltungen hervorzuheben.[598] So folgte der Ankündigung des Oberösterreichischen Katholikentages im *Linzer Diözesanblatt* die mehrfache Beschwörung, dass bei dieser Veranstaltung, „*wie schon der Name sagt, in keinerlei Weise politische Ziele oder Nebenabsichten verfolgt*“ werden, sondern „*lediglich die Orientierung der Katholiken über die großen Zeitfragen nach klaren und entschiedenen Grundsätzen unserer heiligen katholischen Kirche bezweckt*“ sei.[599] Als bewusste Distanzierung von einer parteilichen Veranstaltung muss auch die Abhaltung des vierten Wiener Katholikentages nach den Nationalratswahlen von 1927 gesehen werden. Denn hätte man mit dieser Veranstaltung ernsthafte politische Ziele verfolgen wollen, wäre eine Mobilisierung der Katholiken vor den Wahlen zweckmäßiger gewesen. Dennoch war die latente politische Fasson dieser Veranstaltungen nicht zu leugnen.[600] Der Kardinal ließ die Teilnehmer des 4. Wiener Katholikentages bei der Abschlusskundgebung am Heldenplatz wissen, dass gegenwärtig ein heftiger Kampf „*um die Quadern des Christentums*“ tobe.[601] Noch deutlichere Worte zum Ausgang der Parlamentswahlen fand zuvor der Dekan der Wiener theologischen Fakultät bei seiner Ansprache: „*Wir haben es vor einigen Wochen erlebt, dass ein Generalsturm auf das Königtum Christi und*

[597] Seipels Tagebuch lässt sich entnehmen, dass der Kontakt mit dem Erzbischof im Zeitraum vom 6. April bis zum 19. April ausschließlich schriftlich erfolgt ist. Da es zu keiner persönlichen Aussprache kam, dürften die Anschuldigungen für den Kardinal nicht besonders schwerwiegend gewesen sein.Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 8, 174ff.
[598] Vgl. Boyer, Political Catholicism in Austria, 2005, 12. Zu den Katholikentagen im Allgemeinen vgl. Franz Loidl, Hg., Von den 13 Allgemeinen gesamtösterreichischen Katholikentagen 1877/1974. (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 176), Wien 1983; Richard Barta, Katholikentage. Wege und Irrwege des österreichischen Katholizismus, in: Norbert Leser, Hg., Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, Wien 1984, 357-376.
[599] Vgl. *Linzer Diözesanblatt*, 1923 (Nr. 4), 42.
[600] Vgl. Barta, Katholikentage, 1984, 357-376; Krexner, Hirte an der Zeitenwende, 1988, 321.
[601] Zit. nach Krexner, Hirte an der Zeitenwende, 1988, 322.

auf das katholische Volk losgegangen ist. Der Generalsturm war angesagt, aber ist siegreich abgewiesen worden."[602] Den Verdienst dafür schrieb der Universitätsprofessor den katholischen Mandataren unter der klugen und staatsmännischen Führung des „*hochgeehrten Herrn Bundeskanzler Dr. Seipel*"[603] zu. Der Priesterpolitiker hatte als Festredner selbst noch seinen Auftritt, wo er von den Teilnehmern des Katholikentages als „Pater patriae" gefeiert wurde. Neben Seipel trat noch eine Reihe anderer führender Christlichsozialer ans Rednerpult. Überhaupt geschah die gesamte Gestaltung der Katholikentage in enger Zusammenarbeit mit Parteifunktionären.[604] Der wichtigste katholische Dachverband, der *Katholische Volksbund,* ging sogar aus den Katholikentagskomitees hervor.[605] Eine scharfe Abgrenzung der Katholikentage von parteilichen Veranstaltungen war demnach nicht gegeben. Vielmehr leisteten sie eine 'katholische Öffentlichkeitsarbeit', die ganz im Sinne der Partei war und dienten als unverzichtbares Instrument zur Koordinierung des umfassenden konfessionellen Vereinswesens.[606] Diese politische Liaison kam der Kirche allerdings teuer zu stehen. Denn die Amtskirche geriet dadurch selbst ins politische Schussfeld, da sie zunehmend mit der Partei identifiziert wurde. Die politischen Kontrahenten quittierten dies „mit öffentlichen antiklerikalen Untergriffen bis hin zur Initiierung einer „Austrittsbewegung in die Bekenntnislosigkeit".[607]

Dadurch setzte sich eine verhängnisvolle Negativspirale in Gang. Je heftiger die Angriffe auf die Kirche wurden, desto näher rückte diese an die Partei heran. Die Auswirkungen dieser gegenseitigen Umklammerung bekam zuerst die Seelsorge zu spüren. Der kirchliche Zuständigkeitsbereich begann sich aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung immer stärker auf die christlichsozialen Milieus und Geltungsbereiche zu begrenzen, wodurch der Anspruch die Kirche aller Katholiken zu sein, nur noch theoretisch aufrecht erhalten werden konnte. Innerkirchliche Kritik an dieser kulturpolitischen Abschottung kam bezeichnenderweise aus dem pastoralen Bereich. Als entschiedenster Gegner einer kirchlichen Parteinahme galt der Pastoraltheologe Michael Pfliegler (1891-1972)[608]. Seine Bemühungen um die der Kirche Fernstehenden, insbesondere seine Aus-

[602] Zit. nach ebda., 321.
[603] Zit. nach ebda.
[604] Vgl. DAW, Bischofsakten Innitzer, Kass. 13, Fasz. 1 (Katholikentag). Liste des Katholikentagkomitees von 1933. Darin waren zahlreiche honorige Christlichsoziale wie Streeruwitz, Kienböck, Buresch, Ender, Schlegel, Rehrl und Stumpf vertreten.
[605] Vgl. Barta, Katholikentage, 1984, 363.
[606] Hartmann, Der CV in Österreich, 2011, 45.
[607] Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 26.
[608] Michael Pfliegler entsprang verarmten, bäuerlichen Verhältnissen. Der Alumne des Wiener Priesterseminars wurde 1915 zum Priester geweiht. Auf Anraten Seipels promovierte Pfliegler 1922. Danach war der

einandersetzung mit dem Problemfeld „Kirche und Arbeiterschaft“ ließ ihn zur Überzeugung gelangen, dass die politische Allianz mit der Partei die Entfremdung großer Bevölkerungsgruppen von der Amtskirche noch zusätzlich beschleunigen würde. Unermüdlich trat er deshalb für eine Versöhnung von Kirche und Sozialismus ein. In den „Religiösen Sozialisten“ glaubte er eine Gruppierung gefunden zu haben, der es gelingen könnte, die ideologischen Gräben zu überwinden.[609] Doch angesichts der polarisierten Stimmung im Land, fehlte es dieser Gruppierung in beiden Lagern an Rückhalt. [610] Beim Episkopat fielen sie nach den Vorwürfen, die Kirche würde aufgrund ihrer Verstrickung mit der Christlichsozialen Partei, „*die derzeit fast ausschliesslich die kapitalistischen Ideen vertritt*“ und dadurch „*in Widerspruch mit ihrer religiösen Mission geraten ist*“, dem Kapitalismus Vorschub zu leisten, endgültig in Ungnade. Bei der Bischofskonferenz 1927 wiesen die Bischöfe diese Anschuldigungen mit Hinweis auf die Enzyklika *Rerum novarum* und den gemeinsamen Hirtenbrief über die soziale Frage entschieden zurück.[611] Bestätigung fanden die Bischöfe schließlich in der Enzyklika *Quadragesimo anno*, wo erneut die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Katholizismus hervorgehoben wurde. Doch Pflieglers Bestrebungen zielten weniger auf eine Rehabilitierung des Sozialismus ab, als auf die Einmahnung der politischen Überparteilichkeit der katholischen Kirche. Denn solange die Christlichsoziale Partei als die parlamentarische Vertretung der Kirche angesehen wurde, stand die gesamte Konfession im politischen Wettkampf. Die Mehrheit des Klerus zog aus diesem Umstand jedoch andere Schlüsse als Pfliegler.[612] Sie teilten nicht die Befürchtung, wonach die Kirche in ihren Anliegen nicht mehr von der Partei zu unterscheiden wäre und dadurch selbst zur rein politischen Größe verkommen sei. Die Partei war für sie allemal ein Teil eines Größeren, der allein das Eintreten für katholische Interessen auf

---

Jungpriester in der Großstadtseelsorge tätig. Großes Engagement zeigte Pfliegler auch in der Jugendseelsorge, wo er sich etwa als Gründer der jungkatholischen Erneuerungsbewegung *Neuland* hervortat. Den vorherrschenden Vereinskatholizismus lehnte er hingegen als zu ‘verkrustet‘ ab. Ab 1925 gab er gemeinsam mit Prälat Karl Rudolf die Zeitschrift *Der Seelsorger* heraus. In dieser Funktion nahm er immer öfter zur Großstadtseelsorge Stellung. Unweigerlich kam er dabei immer wieder auf das Reizthema „Kirche und Arbeiterschaft“ zu sprechen. Vgl. Ekkart Sauser, Pfliegler, Michael, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 21, Nordhausen 2003, 1168f. Pfliegler gehörte zu jenen Priestern, die die enge Verflechtung von Politik und Kirche scharf kritisierten. Am 13. November 1927 hielt er gemeinsam mit dem „Bund der religiösen Sozialisten“ eine Konferenz ab, bei der eine Resolution an die Bischöfe zur Frage ‘Kirche und Proletariat‘ verabschiedet wurde. Pfliegler geriet dadurch immer mehr in Gegnerschaft zu Ignaz Seipel. Vgl. Erika Weinzierl, Kirche und Politik in der Ersten Republik, 1984, 214.

[609] Diese Bemühungen wurden insbesondere von sozialdemokratischer Seite honoriert. Anlässlich Pflieglers Begräbnis im Jahr 1972 spendete die Arbeiterpartei einen Kranz mit der Aufschrift: „Dem Mann des Ausgleichs“. Johann Weissensteiner, Prälat Michael Pfliegler. Rufer über die Grenzen (1891-1972), in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs. Bd. 5, Wien 2002, 263.

[610] Vgl. Prantner, Kreuz und weiße Nelke, 1984, 142.

[611] Vgl. DAL, BI-A/9, Schachtel 5, Fasz. 10c/4. Protokoll der Bischofskonferenz 1927.

[612] Vgl. Weissensteiner, Prälat Michael Pfliegler, 2002, 288.

parlamentarischer Ebene oblag.[613] Die Ausübung eines politischen Amtes betrachteten viele Geistliche als das Übernehmen von religiöser Verantwortung im weiteren Sinne. Denn indem die persönlichen Einflussmöglichkeiten des Priesters ausgeweitet wurden, wurde auch der Radius seiner pastoralen Tätigkeiten größer.[614] Außerdem verlangte die zeitgemäße Auffassung vom Priestertum eine Vorbildwirkung des Klerus in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen, dazu zählte auch die konfessionelle Interessensvertretung. Für Joseph Scheicher, einen Pionier der christlichsozialen Bewegung, sollte gerade die Geistlichkeit bei der Übernahme politischer Verantwortung eine Vorbildrolle einnehmen, da „*nämlich die Priester nicht erwarten konnten, daß die Laienschaft zu katholischen Aktivisten würde, wenn sie selbst nicht aktiv würden.*“[615] Nach klerikaler Auffassung kam daher besonders den Geweihten eine wesentliche Bedeutung in der Politik zu.

> „*Immer ist der katholische Priester, wenn er sich auf die politische Tribüne begab, der beste Anwalt des katholischen Volkes, seiner kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen gewesen.*“[616]

Mit ähnlicher Selbstverständlichkeit formulierte auch das Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus die Untrennbarkeit von Politik und Religion.

> „*Wir Priester haben zufolge unserer Bildung und Stellung ganz besonders das Recht und die Pflicht zur Kritik und Besserung der Partei. Einen schlechten Dienst leistet wie dem einzelnen so einer Partei jener, der sich ihr gegenüber in unbedingter Schönfärberei und Lobhudelei ergeht. Das schwierige Schaffen und Kämpfen in der staubigen Arena der Politik kann einer Partei nach Programm, Personen und Führung ernste Schwächen und Schäden beibringen, die nach und nach zu ihrem Tode führen: Hier hat gerade der Priester einen wichtigen Weihe- und Reinigungsakt zu leisten. Er hat in erster Linie zu sorgen, daß nicht vor lauter Koalitionen und Kompromissen die christlichen Grundsätze einem politischen Schachergeist geopfert werden!(...) Solange die Vorbedingung einer tiefschürfenden katholischen Erziehung der Laienwelt, wenigstens in höherem Ausmaß als bis jetzt tatsächlich der Fall ist, nicht erfüllt ist, wird sich die Fernhaltung des Priesters vom politischen Beruf nicht oder nicht ganz durchführen lassen. Eine andere Frage ist es, ob der Priester überhaupt sich politisch betätigen, d.h. um die Vorgänge im öffentlichen Leben sich kümmern, an den Arbeiten der verschiedenen Art sich beteiligen soll usw. Die Antwort auf diese Frage wird einstimmig bejaht, und die Geschichte sowie*

[613] Vgl. Diamant, Die österreichischen Katholiken und die 1. Republik, 1960, 13-15.
[614] Vgl. Lewis, Kirche und Partei im Politischen Katholizismus, 1977, 257.
[615] Ebda., 266.
[616] *Linzer Volksblatt* zit. nach Johannes Ebner, Bischofskonferenz beschließt Rückzug des Klerus aus der Politik (30.11.1933). Eine kleine Dokumentation, in: Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz 2/1 (1982/83), 73.

die Stellung des Priesters im Volksganzen sprechen dazu das Amen. Damit ist im allgemeinen die Stellung des Priesters zum Parteileben bestimmt.“[617]

In Rom führten die Erfahrungen aus der Radikalisierung der italienischen Innenpolitik zu einer vorsichtigeren Einschätzung hinsichtlich der politischen Betätigung des Klerus. Schon Benedikt XV. wusste aus seiner Zeit als Erzbischof von Bologna um die Wichtigkeit der Wahrung parteipolitischer Unabhängigkeit. „*Der Geistliche*“ musste sich seiner Meinung nach „*aus dem politischen Treiben halten*.“[618] Auch Pius XI. stand politisierenden Priestern von Anfang an mit großer Skepsis gegenüber. Überhaupt lehnte er eine parteipolitische Agitation der katholischen Kirche entschieden ab. Der Forderung nach einer stärkeren politischen Beteiligung der *Katholischen Aktion* entgegnete er mit den Worten Jesu: „*Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, Gott, was Gottes ist.“*[619] Zu kirchenrechtlichen Maßnahmen gegen die zunehmende Politisierung des Klerus ließ er sich allerdings erst in den späten 1920er Jahren hinreißen. Ausgehend von einem Entscheid der Konzilskongregation erließ der Papst am 15. März 1927 neue Richtlinien über die politische Betätigung der katholischen Geistlichkeit. Damit sollte es Klerikern hinkünftig erschwert werden, politische Mandate übernehmen zu können. Die Ausübung eines politischen Amtes erforderte nun die Erlaubnis des Oberhirten der eigenen Diözese als auch die jenes Bischofs, in dessen Gebiet man gewählt werden sollte. Hinwegsetzungen über ausgesprochene Verbote waren nach Maßgabe des Kirchenrechts entsprechend zu bestrafen.[620]

Im selben Jahr wandte sich der Papst auch an den österreichischen Episkopat und forderte die gezielte Vorantreibung der *Katholischen Aktion*, da er bei der Umsetzung in Österreich noch erhebliche Defizite ortete. Obwohl es Hinweise gibt, dass dieses Schreiben unter Mitwirkung Seipels verfasst wurde – der Kanzler beklagte sich beim Nuntius über die Haltung des Episkopats, die gesamte politische Verantwortung in kirchenpolitischen Fragen auf die Christlichsoziale Partei abzuschieben –, waren die Forderungen des ‘politischen Praktikers‘ nach katholischen Bürgerinitiativen schon lange ein Anliegen des Papstes gewesen.[621] Schon wiederholte Male hatte Pius XI. die Bedeutung der *Katholi-*

[617] *Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus*, 10. November 1921. Zit. nach Prantner, Kreuz und weiße Nelke, 1984, 148.
[618] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, fasz. „Rom Vat 1920 – 1923“, fol. 116r. Z. 103 P., Gesandtschaftsbericht, 10. Oktober 1921.
[619] *Linzer Diözesanblatt*, 1924 (Nr. 8), 97. Ansprache Sr. Heiligkeit Papst Pius XI. über das Verhältnis von Politik und Religion.
[620] Vgl. Prantner, Kreuz und weiße Nelke, 1984, 147-148. Pfliegler schlußfolgerte daraus, „*dass die Kirche hierfür ihre guten Gründe und schlechten Erfahrungen hat*.“ Seiner Meinung nach sei es demnach die Bestrebung Roms, Priester zukünftig nur noch im geistlichen Beruf sehen zu wollen. Ebda., 148.
[621] Vgl. Kapitel 4.3.1., 318ff.

schen Aktion zur Wiederherstellung der Gesellschaft im christlichen Geist hervorgehoben.[622] Auf politischer Ebene sollte die *Katholische Aktion* nach Vorstellung des Papstes im Sinne einer Art Staatskunde-Erziehung die nötige Vorbildung für den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozess schaffen:

> *„…denn wenn auch die „Azione Cattolica" selber keine Politik betreibt, so will sie dennoch die Katholiken lehren, von der Politik den besten Gebrauch zu machen, wozu ja alle guten Bürger und die Katholiken in besonderer Weise verhalten sind, eben weil das katholische Bekenntnis von ihnen verlangt, daß sie die besten Bürger seien. Jeder Beruf verlangt Vorbildung; wer gute Politik betreiben will, kann sich der Pflicht einer entsprechenden Vorbildung nicht entziehen*."[623]

Diesen Worten zufolge, wollte der Papst die *Katholische Aktion* in ihrer gesellschaftlichen Dimension als Instrument zur Entpolitisierung verstanden wissen. Dahinter stand wohl der Versuch, aus dem Konkurrenzkampf mit den Parteiideologien auszusteigen und die Kirche aus der politischen Geiselhaft zu befreien. Die organisierte Aktivierung der Laien hin zu einem Tatchristentum, sollte sie gegen politische Vereinnahmungen resistent machen. Nach der Hinwendung zur Politik im ausgehenden 19. Jahrhundert führte die Unterstützung einer unter kirchlicher Kontrolle stehenden Laieninitiative die katholische Kirche Österreichs einem weiteren Paradigmenwechsel entgegen, der mit dem Beschluss der Bischofskonferenz von 1933, alle Priester aus der Politik abzuziehen, offiziell eingeleitet wurde. Damit wurde „das Experiment eines 30-jährigen demokratisch-politischen Katholizismus formal beendet". Die nötigen Voraussetzungen dafür wurden mit den Konkordatsverhandlungen bzw.- abschluss geschaffen. Denn die Aussicht auf verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmung und staatliche Unabhängigkeit stärkte die Zuversicht, nun „allen kulturkämpferischen Ambitionen" einen starken Riegel vorgeschoben zu haben.[624]

[622] Vgl. Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert, 1999, 210.
[623] *Linzer Diözesanblatt*, 1924 (Nr. 8), 97f. Ansprache Sr. Heiligkeit Papst Pius XI. über das Verhältnis von Politik und Religion.
[624] Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*, 2007, 27.

3. SUB AUSPICIIS PAPAE – STATIONEN EINES POLITISCHEN LEBENS AUS VATIKANISCHER PERSPEKTIVE

3.1. Erste Kanzlerschaft und die Unterzeichnung der Genfer Protokolle

„…in Zeiten der Not ruft man den Theologieprofessor zum Staatsmann…“[625]

Ignaz Seipel

Ignaz Seipel war schon vor seinem Einzug ins Bundeskanzleramt kein unbeschriebenes Blatt für die Kurie. Spätestens mit der Bestellung zum kaiserlichen Minister des letzten habsburgischen Kabinetts musste der Heilige Stuhl Notiz von dem politisch aktiven Priester nehmen. Allerdings war dem Kabinett Lammasch inmitten der Umbruchszeit 1918 eine zu kurze Amtszeit gewährt, als dass sich Seipel in dieser Funktion profilieren konnte. Neueste Quellenfunde zeigen aber, dass der Priesterpoltiker schon sehr früh (noch vor seiner politischen Tätigkeit) Kontakte zur Wiener Nuntiatur geknüpft hatte und bereits dem ersten bei der Republik Österreich akkreditierten Nuntius, Teodoro Valfrè di Bonzo (1853-1922) beratend zur Seite stand.[626] Nach einer Personalrochade in der Wiener Nuntiatur und einem Wechsel an der Spitze der römischen Kirchenleitung infolge des Ablebens Benedikts XV. nahm das Interesse an dem Priesterpolitiker merklich zu. Möglicherweise angeregt durch die Denunzierung seiner Person in Rom, entstand bei der neuen vatikanischen Führung der sehnliche Wunsch nach einem persönlichen Treffen mit dem aufstrebenden Politiker.[627] Dem folgte schon bald die „*Aufforderung*“ des Staatssekretariats endlich im Apostolischen Palast vorstellig zu werden.[628] Bis es zu einer ersten Aufwartung im Vatikan kam, sollte es aber noch dauern.[629] Denn in Österreich überschlugen sich währenddessen die Ereignisse und noch ehe man Seipel in Rom zu Gesicht bekommen hatte, trat der Priester an die Spitze der österreichischen Regierung. Ein Schritt, der

[625] Zit. nach Franz Loidl, Hg., Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz Seipel. Priester und Seelsorger (1876-1932). Bezeugungen von Zeitgenossen, (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 24), Wien 1977, 27.

[626] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 794, fol. 220-224. Ignaz Seipel an Nuntius Teodoro Valfrè di Bonzo, 25. August 1919. Für diesen Quellenbeleg möchte ich Prof. Helmut Alexander herzlich danken.

[627] Auskunft über eine Denunzierung Seipels in Rom gibt lediglich ein Tagebucheintrag vom 2. Mai 1922. Der Priesterpolitiker notierte an diesem Tag: „*Brief Pastors erhalten über Denunziation meiner Person in Rom.*“ DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 5, 92v.

[628] Nur wenige Tage nach der Benachrichtigung über die „*Denunziation*“ erhielt Seipel erneut Post von Pastor. Diesmal bekam der Parteiobmann eine ‘Vorladung‘ in den Vatikan übermittelt. Der dazugehörige Eintrag im Tagebuch lautet: „*Abermals Brief von Pastor mit der Aufforderung nach Rom zu kommen, diesmal durch Kard. Gasparri selbst, erhalten*.“ DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 5, 97.

[629] Erst im Frühjahr 1923 kam der Österreicher dieser Einladung nach. Als Seipel dem Papst schließlich seine Aufwartung machte, hatte sich die Ausgangslage jedoch grundsätzlich geändert und niemand grollte ihm den späten Besuch. Zu den Details der Anbahnung dieses ersten Zusammentreffens siehe Kapitel 4.1.2., 288f.

selbst für den aufmerksamen Nuntius Marchetti-Selvaggiani sehr überraschend kam. Noch in seinem Bericht vom 29. Mai 1922, worin er sich nach dem Rücktritt Schobers Gedanken über die Nachfolge an der Regierungsspitze machte[630], hielt er ein Nachrücken Seipels für ausgeschlossen. Allerdings ließ er den Theologieprofessor nicht mangels Qualität außer Acht. Gerade aufgrund der von ihm diagnostizierten dünnen Personaldecke der Christlichsozialen Partei stach das politische Talent des Priesters besonders hervor.

> „*…i Cristiano-Sociali non hanno un personaggio competente ed atto per l'officio di cui si tratta all'infuori di Monsignor Seipel, che è stimato anche dagli avversari, compresi i Socialisti, i quali, se si burlano qualche volta di lui, debbono pero ammettere che è un vero valore.*"[631]

Doch insgeheim fehlte dem päpstlichen Vertreter die Phantasie, zu glauben, dass ein Priester den Regierungsvorsitz eines säkularen Staates einnehmen könnte. Denn wie sich weiter unten noch zeigen wird, hielt er im Interesse der Kirche die Präsenz von Geistlichen in Regierungsämtern für äußerst inopportun. Bestärkt wurde er in seiner Ansicht durch Seipel selbst. Denn dieser vermittelte nach außen hin nur wenig den Eindruck, ernsthafte Ambitionen am Kanzleramt zu haben. Allerdings schloss es der gewiefte Stratege auch nicht dezidiert aus und hielt sich so eine Hintertür offen.[632]

> „*Monsignor Seipel, anche per motivi di salute, preferirebbe non accettare; comprende benissimo che a lui, ecclesiastico, converebbe restare in seconda linea; crede pero che in un momento, in cui si devono decidere le sorti del paese, debba fare quanto è in lui per salvare il paese stesso.*"[633]

---

[630] Die Rolle Ignaz Seipels beim Abgang Schobers wird in der Literatur kontroversiell diskutiert. Goldinger schreibt dem christlichsozialen Parteiobmann beim Rücktritt Schobers einen sehr aktiven Part zu. Für ihn steht außer Frage, dass Schober „nur eine Figur auf dem Schachbrett jenes Mannes gewesen war, der im Hintergrund die Fäden knüpfte, jetzt aber die Zeit für gekommen hielt, selbst in die Bresche zu treten." Zit. nach Karl Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit. Der Schilling in der Ersten Republik, in: Karl Bachinger u.a., Hgg, Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz, Köln u. Wien 2001, 39. Klemperer glaubt hingegen, dass Seipel Schober erst dann die Gunst entzogen hatte, nachdem dieser die außen- und innenpolitischen Aufgaben nicht mehr zufriedenstellend bewältigen konnte. Seipels Initiative ging demnach auf ein ehrliches Verantwortungsbewusstsein zurück. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 146.

[631] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 11v. N° 2650, Nuntiaturbericht, 29. Mai 1922. Eigene Übersetzung: „*…die Christlichsozialen haben keine kompetente und geeignete Persönlichkeit für das Amt* [des Bundeskanzlers], *um welches es sich handelt, mit Ausnahme von Monsignore Seipel, der auch bei den Gegnern hochangesehen ist, einschließlich der Sozialisten, die, wenn sie sich auch einige Male über ihn lustig gemacht haben, seinen wahren Wert anerkennen müssen*."

[632] Dem Nuntiaturbericht ging ein persönliches Zusammentreffen mit Seipel am 28. Mai 1922 voraus. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 5, 102v. Ausgehend vom Duktus des Berichtes machte der Geistliche gegenüber dem Nuntius keine Anstalten, als hätte er ein ernsthaftes Interesse an dem Amt gehabt.

[633] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 11v. Eigene Übersetzung: „*Monsignore Seipel wäre es – auch aus gesundheitlichen Gründen – lieber, das Amt nicht annehmen zu müssen, zu gut weiß er, dass es für ihn als Kleriker besser wäre, in der zweiten Reihe zu bleiben, er glaubt aber,*

Der Nuntius ahnte nicht, dass für Seipel eine solche "Schicksalsstunde" bereits in greifbare Nähe gerückt war und verkannte dadurch die tatsächlichen Machtverhältnisse im Regierungslager. Immerhin erarbeitete Seipel schon zwei Tage vor Schobers Rücktritt ein neues Regierungsprogramm für die Christlichsoziale Partei, das für seinen zukünftigen Kurs maßgefertigt werden sollte.[634] Dass damit auch eine personelle Vorentscheidung getroffen wurde, ist zumindest naheliegend. Bei den politischen Mitbewerbern bestand zumindest schon lange kein Zweifel mehr, wie es um das eigentliche Machtgefüge im Hintergrund der alten Regierung bestellt war. So höhnte die Arbeiterzeitung über die Regierung Schober: „*Es ist der Herr Prälat, der uns regiert.*"[635] Die sozialdemokratische Opposition wollte endlich den "Strippenzieher" im Hintergrund mit der Regierungsverantwortung betraut und scheitern sehen.[636] Die endgültige Entscheidung aus der zweiten Reihe hervorzutreten, fiel dann am 30. Mai. „Nach pausenlosen Verhandlungen mit den Führern der Großdeutschen und der Christlichsozialen Partei"[637] informierte Seipel im Laufe des Tages den Nuntius, dass er aufgrund der schwierigen Umstände und mangels geeigneter Kandidaten selbst die Kanzlerschaft antreten wird („*per mancanza abile candidato e per circostanze politiche eccezionali, sarà assai probabilmente chiamato ufficio Cancelliere Repubblica"*).[638]

Für den Nuntius kam diese Wendung aus heiterem Himmel. Noch am gleichen Tag (und ehe sein Bericht des Vortages in Rom angekommen war) musste er von der Kurie auf telegraphischem Weg die Zustimmung für die Kandidatur Seipels einholen. Gegenüber Marchetti-Selvaggiani beteuerte der Prälat, dieses Amt nicht von sich aus angestrebt zu haben, sondern es nur aus Pflicht („*solo per dovere"*) annehmen zu wollen, insofern dies im Sinne des Heiligen Stuhls sei (*è disposto accettare, pronto pero rinunziare se Santa*

---

dass er in dem Moment, in dem man sich für das Wohl des Landes entschließen müsste, alles tun müsste, um das Land selbst zu retten."

[634] Dieses wirtschaftliche Aufbauprogramm stieß auf die „prinzipielle Zustimmung" aller im Nationalrat vertretenen Parteien und stellte in seinen Hauptpunkten nichts Neues dar: „Weiterführung der Kreditpolitik, Rückstellung der Pfandrechte, Ordnung des Staatshaushaltes durch Ämter- und Beamtenabbau, Errichtung einer Notenbank, Abstoßung unrentabler Staatsbetriebe, Erhöhung der Steuern und Tarife…" Kritik erntete Seipel nur wegen der Absicht, die Arbeitslosenunterstützung an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Vgl. Gottlieb Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922, Graz u. Wien 1964, 34.

[635] Zit.nach Klaus Koch, Walter Rauscher u. Arnold Suppan, Hg., Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938. Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung, Bd. 4, Wien 1998, 22.

[636] Vgl. Walter Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, Wien 1962, 95.

[637] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 288.

[638] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 12. N° 28, Telegramm: Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 30. Mai 1922, Abschrift.

Sede così desidera).[639] Davon wollte er allerdings weniger den Heiligen Stuhl überzeugen als seinen unmittelbaren Vorgesetzten in Wien, den er vom Staatssekretariat über seine Entscheidung informieren lassen wollte! Diesen Eindruck vermittelte zumindest das Telegramm des Nuntius: „*Mi* [Nuntius] *chiede portare cosa conoscenza V.E.Rma* [Staatssekretär Gasparri] *pregando informare Card. Piffl (che) egli, solo per dovere, é disposto accettare...*“[640] Es scheint also, als bangte Seipel weniger um die Zustimmung aus Rom, als um die des Wiener Erzbischofs. Anders ist es nicht zu erklären, weshalb er die Dispens über das Kardinalstaatssekretariat erwirken wollte. Damit umging er den vorgesehenen Instanzenweg und wandte sich sofort an die übergeordnete Stelle. Das lässt darauf schließen, dass er bereits zu diesem Zeitpunkt über ausgezeichnete Kontakte in den Vatikan verfügte. Ebenso kann man annehmen, dass der Wiener Oberhirte der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch einen seiner Diözesanpriester ablehnend gegenüberstand, was wiederum im Widerspruch zu anderen Quellenbelegen steht, die Piffl keineswegs als Skeptiker von Seipels Regierungsbeteiligung zeigen. Viel Zeit ließ Seipel den römischen Instanzen für ihre Antwort aber nicht, denn der Prälat drängte die vatikanischen Entscheidungsträger zu raschem Handeln. Seine Begründung: „[la] *crisi non ammette dilazione.*“[641] Welche Antwort der Nuntius aus Rom erhielt, muss leider unbeantwortet bleiben.[642] Außer Zweifel steht jedoch, dass Seipel spätestens in den Morgenstunden des 31. Mai die römische Dispens für eine Kandidatur erhalten hatte. Denn „um drei Uhr nachts“ begann der designierte Kanzler noch an seiner Regierungserklärung zu arbeiten, welche

[639] Ebda., fol. 12. Auch bei der ersten Pressekonferenz am 2. Juni hob Seipel hervor, dass es eines großen Entschlusses bedurft habe, unter diesen Umständen an die Spitze der Regierung zu treten. Dabei stellte er den Vergleich mit seinem Einstieg in das letzte kaiserliche Kabinett an, der ebenfalls in eine sehr turbulente Zeit fiel. „*Aber einen Unterschied glaube ich doch machen zu müssen: so hoffnungslos wie damals, sieht es jetzt nicht aus.*“ Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 294.

[640] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 12. N° 28, Telegramm: Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 30. Mai 1922, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Er fragt mich, die Sache Hochwürdigster Eminenz zur Kenntnis zu bringen und Card. Piffl zu informieren, dass er das Amt nur aus Pflichtgefühl anzunehmen bereit ist …*“

[641] Ebda., fol 12. Eigene Übersetzung: „*die Krise lässt keinen Aufschub zu*“. Sowohl in der Literatur als auch in den Quellen findet sich kein unmittelbarer Hinweis, wie Kardinal Piffl auf den Einzug Seipels ins Bundeskanzleramt reagierte. Das Telegramm des Nuntius lässt aber vermuten, dass er dem Wechsel Seipels an die Spitze der Bundesregierung äußerst skeptisch gegenüberstand. Dies widerspricht allerdings der späteren Haltung Piffls. Wie im Laufe der Arbeit noch zu sehen sein wird, unterstützte der Wiener Erzbischof die politische Karriere Seipels. Auch der Verweis, wonach er rasch hätte entscheiden müssen und deshalb den Kardinal umgehen musste, ist wenig plausibel. Denn Seipel wusste bereits Tage vor Schobers Rücktritt, dass er die einzig logische Nachfolge darstellte. Zu einer Aussprache mit dem Kardinal kam es erst am 2. Juni, als die Amtsübergabe schon unter Dach und Fach war. Am gleichen Tag stattete Seipel auch dem Apostolischen Nuntius seinen ersten Antrittsbesuch als Bundeskanzler ab. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 150.

[642] Die Antwort des Staatssekretariats auf das Telegramm N° 28 konnte nicht ausfindig gemacht werden.

er nach der Wahl durch den Nationalrat und der darauf folgenden Angelobung durch den Bundespräsidenten dem Hohen Haus abgab.[643]

Die Regierungsumbildung in Österreich war am 2. Juni sogleich Anlass für eine Audienz des österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl im Staatssekretariat. Bei dieser Gelegenheit konnte sich Pastor davon überzeugen, dass die neue Regierung vom Vatikan positiv angenommen wurde. Insbesondere mit der Wahl des Bundeskanzlers zeigte man sich zufrieden. Der Staatssekretär drückte dem österreichischen Gesandten gegenüber seine Freude aus, „*dass eine so bewährte Kraft wie Prälat Dr. Seipel den Kanzlerposten übernommen habe.“* Einzig über den außenpolitischen Kurs Seipels, machte man sich im Vatikan Gedanken. Gasparri war besonders daran interessiert, „*ob wirklich das neue Ministerium keine Aenderung in der Aussenpolitik bedeute.*“[644] Pastor, der hierüber noch keine Instruktionen hatte, gab sich zuversichtlich und versicherte, dass das neue Regierungsprogramm „*vor allem ein wirtschaftlich-finanzielles sei und dass die Persönlichkeit des Prälaten Dr. Seipel, wie des Aussenministers Dr. Grünberger die Fortdauer der bisherigen guten Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Vatican gewährleisten*.“[645] Diese wohlwollenden Töne aus dem Apostolischen Palast sind umso erstaunlicher, als man sich von Seipel noch keinen persönlichen Eindruck hatte machen können.[646] Bisher war man vornehmlich auf die Urteile der diplomatischen Vertreter angewiesen, wobei der Priesterpolitiker in den Nuntiaturberichten bisher kaum Erwähnung fand und auch die Gesandtschaftsberichte des österreichischen Vertreters beim Heiligen Stuhl lassen nicht erkennen, dass der Priesterpolitiker vorrangiges Gesprächsthema bei den Audienzen gewesen wäre. Womit sich der Wiener Prälat also diese Vorschusslorbeeren verdient hatte, lässt sich quellenmäßig nicht belegen.[647] Bei Pius XI. stand der neue Regierungschef jedoch so hoch im Kurs, dass dessen bekannte Ablehnung gegenüber Geistlichen in politi-

[643] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 288.
[644] Offenbar fürchtete der Staatssekretär, dass durch die Regierungsumbildung Anschlussbefürworter die Oberhand gewonnen hätten. Eine lautstarke „Anschlusspropaganda“ hielt der Heilige Stuhl zu diesem Zeitpunkt für „inopportun und kontraproduktiv“. Vgl. Kapitel 1.2.2., 44.
[645] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920 – 1923“, fol. 272r. Z. 129 P., Gesandtschaftsbericht, 2. Juni 1922.
[646] Allerdings fand die Regierungsumbildung in Österreich in der ausländischen bürgerlichen Presse fast durchgehend positive Aufnahme, was der Kurie bestimmt nicht entgangen war. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 294.
[647] Es ist daher leicht vorstellbar, dass sich der Heilige Stuhl neben Ludwig Pastor und der Wiener Nuntiatur auch noch anderer Kanäle bediente, um an Informationen zu gelangen. Zugleich kann auch keine Garantie auf Vollständigkeit der herangezogenen Quellengrundlage gegeben werden, zumal es keine Hinweise auf eine Schriftgut-Registratur unter Nuntius Marchetti gibt. Ohne Protokollbücher lässt sich die Korrespondenz des Nuntius unmöglich lückenlos rekonstruieren.

schen Ämtern ausnahmsweise vergessen war.[648] Als Pastor erstmals nach der Amtsübernahme Seipels am 2. Juli 1922 vom Papst in Audienz empfangen wurde, zeigte sich dieser von der neuen Regierung ebenso angetan wie sein Staatssekretär. Im Mittelpunkt der 45minütigen Unterredung mit dem Papst stand der am 21. Juni von allen Parteien beschlossene Finanzplan der Regierung.[649] Das Kirchenoberhaupt folgte den Ausführungen des Diplomaten „*mit grösster Aufmerksamkeit*". Indem der Papst seiner Hoffnung Ausdruck gab, „*dass jetzt endlich für das schwergeprüfte Oesterreich, bessere Tage anbrechen würden*", führte er das Thema einem Ende zu. Im Anschluss holte Pius XI. Erkundigungen über die früheren Tätigkeiten des Bundeskanzlers ein.[650]

> „*Was ich* [Pastor] *ihm* [Papst] *in dieser Hinsicht mitteilte, erfreute ihn so sehr, dass er von seinem Schreibtisch eine grosse Photographie nahm, die er mit einer eigenhändigen Widmung versah und mit deren Überbringung an S. Exzellenz den Herrn Bundeskanzler er mich beauftragte.*"[651]

Trotz der Aktualität und der enormen Brisanz nehmen die weiteren finanzpolitischen Entwicklungen Österreichs bis zur Unterzeichnung der Genfer Protokolle – wohl bedingt durch die Urlaubsmonate – nur einen bescheidenen Stellenwert in der Berichterstattung Pastors ein.[652] Etwas ausführlicher fällt die Informationstätigkeit seines vatikanischen Pendants in Wien aus. Insgesamt behandelte der Nuntius die Entwicklungen bis zum Vertragsabschluss in vier Berichten und einem Telegramm.[653] Zudem begab sich Marchetti am 5. Juli sogar persönlich nach Rom, um vom Papst in Audienz genommen zu werden. Obwohl über den Inhalt dieses Gespräches nichts bekannt ist, kann angenommen werden, dass die Regierungsumbildung in Österreich Gegenstand der Aussprache war. Dahingehende Vermutungen stellte auch der österreichische Gesandte Ludwig Pastor an, der die

---

[648] Zu den genannten Vorbehalte von Pius XI. siehe Kapitel 2.2.2, 149.
[649] Der Finanzplan sah im Wesentlich die „Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte" vor. Dazu zählten beispielsweise die Einsparungen bei den Bundesausgaben. Als besonders heikel erwies sich für die Regierung, der geplante Personalabbau von 10-15 Prozent der Bundesbeamten. Vgl. Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 49. Nicht minder problematisch gestaltete sich die Anpassung der Beamtengehälter an die gestiegenen Lebenserhaltungskosten. Insbesondere die drohende Haltung der Eisenbahner, welche einen Verkehrsstreik ankündigten, machte der Regierung zu schaffen. Dennoch blieb der Regierungschef hart und konnte die Kraftprobe trotz Verkehrsstreik für sich entscheiden. Damit blieb Seipel seinem Vorsatz treu, die Staatsautorität zu festigen. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 296-298.
[650] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 4. Z. 151 P., Gesandtschaftsbericht, 2. Juli 1922, Abschrift.
[651] Ebda.
[652] Zwischen 2. Juli 1922 und 13. Oktober 1922 thematisieren nur zwei Gesandtschaftsberichte die Anbahnung der Genfer Verträge. Vgl. ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 1, „*Protokolle über politische Correspondenzen vom 9. III 1920 bis 24. X. 1923*."
[653] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 11-25.

Gelegenheit nützte um mit dem Nuntius in Rom zusammenzutreffen.[654] Inhaltlich zeichnen sich die Ausführungen des vatikanischen Diplomaten durch keinen besonderen Tiefgang aus. Zwar reichen sie über das der Öffentlichkeit bekannte Tagesgeschehen hinaus, doch weisen sie keinen merklichen Informationsvorsprung auf, der auf eine Bevorzugung des päpstlichen Gesandten durch die österreichische Regierung schließen lässt. Wie andere Diplomaten war Nuntius Marchetti-Selvaggiani für seine Auskunftstätigkeit auf die Presse und den Informationsdienst der Regierung angewiesen. Höhepunkte im offiziellen Verkehr mit der Bundesregierung stellten die regelmäßigen diplomatischen Empfänge des Bundeskanzlers dar, wo die Möglichkeit einer perönlichen Aussprache mit dem Regierungschef gegeben war.[655]

Ein solcher Diplomatenempfang fand etwa am 14. August statt. Der Nuntius empfand dieses Treffen allerdings nicht weiter berichtenswert. Zumindest konnten keine diesbezüglichen Eindrücke des vatikanischen Geschäftsträgers ausfindig gemacht werden. Das ist insofern überraschend, als der Kanzler bei diesem Empfang nichts unversucht ließ, um den ausländischen Vertretern erneut die existenzbedrohende Wirtschaftslage des Landes vor Augen zu führen.[656] Dadurch sollte im letzten Moment noch auf die gerade in London tagende Reparationskommission eingewirkt werden, um sie für die Gewährung einer großzügigen Auslandsanleihe günstig zu stimmen. Doch die zahlreichen Beteuerungen des Kanzlers, durch die weitgehende Umsetzung des Finanzplanes die nötigen Voraussetzungen für ausländische Anleihen geschaffen zu haben, waren vergeblich.[657] Am 15. August erhielt man eine Abfuhr aus London. Die Großmächte konnten sich in der Reparationsfrage nicht einigen. Die Frage der Finanzhilfe Österreichs wurde an den Völkerbund zurückgespielt. In Wien war die Situation nun „schlechthin verzweifelt".[658] Für Seipel

[654] Vgl. ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920 – 1923", fol. 313, Z. 154 P., Gesandtschaftsbericht, 7. Juli 1922.
[655] Zwischen 1. August und 27. Oktober 1922 kam es laut Tagebuchaufzeichnungen Seipels zu vier persönlichen Begegnungen mit dem Nuntius (18. August, 28. August, 11. September und 18. September). Im gleichen Zeitraum traf Seipel mit Kardinal Piffl drei Mal zusammen. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 1-31r.
[656] Im August erreichte die Teuerung in Österreich neue Rekordwerte. Die Indexziffer wies zwischenzeitlich eine 124-prozentige Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vormonat auf. Vgl. Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit, 2001, 15 u. 39-40. Zwar schien der Seipel-Ségur-Plan, der die Errichtung einer Notenbank vorsah, durch die teilweise Aufhebung des Generalpfandrechtes auf Zölle und andere Staatseinnahmen in greifbare Nähe gerückt, doch wurde die Errichtung durch die Forderung ausländischer Banken nach zusätzlichen Garantien absichtlich verschleppt. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 153; Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 76f.
[657] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 300.
[658] Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 153f. Auch Beneš bemerkte hinter vorgehaltener Hand, dass eine Verweisung an den Völkerbund zu nichts führen würde, „da ihm ein Exekutivorgan fehle." Österreich würde somit nur die Selbsthilfe bleiben. Beneš war daher überzeugt, dass der „einzig

stand Österreich damit mit dem Rücken zur Wand. Als Ausweg blieb nur noch die Flucht nach vorne. Deshalb versuchte der Stratege aus der Not eine Tugend zu machen, indem er im Ausland den Eindruck vermittelte, „*das Problem Österreich nicht mehr als rein finanzielle, sondern als politische Frage*“[659] anzusehen. Durch die geschickte diplomatische Inszenierung einer unmittelbar bevorstehenden “politischen Implosion“ Österreichs mit ungewissen Auswirkungen für das äußerst fragile europäische Machtgefüge sollten die Siegermächte auf den Plan gerufen werden. In der Ministerratssitzung am 17. August formulierte er seine Absichten sehr präzise: „*Wenn aber die zentraleuropäische Frage aufgerollt werden muß, so soll sie nicht durch die Ereignisse, sondern durch uns aufgerollt werden!*“[660] Unklar war allerdings noch, wie man dieses Ziel am besten erreichen könnte. Der Ministerrat einigte sich schließlich darauf, dass der Kanzler persönlich mit den Regierungen von Deutschland, Tschechoslowakei und Italien, also jenen Ländern, „*die für die Gestaltung der mitteleuropäischen Frage die größte Bedeutung haben*“[661], Fühlung nehmen sollte.

Der Bundeskanzler trug seine Reiseabsichten dem Apostolischen Nuntius bereits einen Tag vor der amtlichen Mitteilung zu.[662] Als Zweck der Auslandsreisen nannte der Kanzler die Errichtung einer Zoll- und Währungsunion mit einem der drei Staaten („*unione doganale e monetaria con uno dei detti Stati*“).[663] Der Nuntius prognostizierte diesem Vorhaben, ohne nähere Gründe anzuführen, gute Aussichten, da die Regierungen in Rom und Prag dieser Idee günstig gegenüberstehen würden. Nur Deutschland könnte diesen Vorschlag ablehnen. Als ebenfalls unsicher bezeichnete er die Haltung Frankreichs („*Contegno Francia incerto*“). Verbunden war die Benachrichtigung mit der Anfrage, den beabsichtigten Italienaufenthalt mit dem ausstehenden Antrittsbesuch beim Papst verbinden zu dürfen. Allerdings wusste Seipel, den Vatikan mit dieser Forderung vor einen diplomatischen Kraftakt gestellt zu haben. Denn der auf seine völkerrechtliche Souveränität

---

gangbare und vorteilhafte Weg für Österreich“ in einer gemeinsamen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei bestünde. Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 87.

[659] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 302.

[660] Ebda., 302.

[661] *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 19. August 1922, 1.

[662] Die Mitteilung wurde im Laufe des 19. August ausgegeben. In den Abendausgaben der Zeitungen wurde dann erstmals über die bevorstehenden Reisen des Bundeskanzlers berichtet. Vgl. ebda., 1.

[663] Laut den Memoiren des Sektionschefs Richard Schüller fuhr man jedoch nicht sofort mit der Absicht nach Italien, um dort die Errichtung einer Zoll- und Währungsunion zu diskutieren. Die Idee einer solchen Union kam Schüller während der Zugfahrt nach Verona und war zuvor auch nicht mit der Regierung akkordiert worden. Wenn man jedoch die Ausführungen Seipels im Ministerrat hinzuzieht, muss man zu der Ansicht gelangen, dass Schüller seine Bedeutung hier etwas überbetont hat. Vgl. Nautz, Unterhändler des Vertrauens, 1990, 128; Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 97.

pochende Heilige Stuhl hatte es nicht gerne, nur als erweitertes Rahmenprogramm einer primär Italien geltenden Staatsvisite betrachtet zu werden. Um die vatikanische Führung nicht in Verlegenheit zu bringen, bot der Kanzler dem Nuntius großzügig an, entweder den italienischen Außenminister in einer anderen Stadt empfangen zu wollen oder an seiner statt, Außenminister Grünberger mit den Verhandlungen zu betrauen. Dieses Entgegenkommen entstand wohl aus der Annahme heraus, dass es vom Vatikan ohnehin nicht angenommen werden würde. Denn der Bundeskanzler gab zu bedenken, dass sich die italienische Regierung in beiden Fällen vor den Kopf gestoßen fühlen könnte, wodurch die für Österreich so wichtigen Verhandlungen noch zusätzlich erschwert würden. Mit dieser Argumentation schränkte er der vatikanischen Führung die Wahlmöglichkeiten deutlich ein.[664]

Die römische Antwort auf das Telegramm aus Wien erging am 22. August. Ebenfalls in einer Eildepesche ließ man die Wiener Vertretung wissen, dass einem Besuch des Priesterkanzlers im Vatikan nichts entgegen stünde. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Österreicher aber noch immer keine Rückmeldung von den italienischen Stellen erhalten. Erst nach direkter Kontaktaufnahme mit der italienischen Botschaft in Berlin hat es der dortige Gesandte „*durchgesetzt, dass wir* [Seipel samt Delegation] *nach Verona eingeladen wurden.*“[665] Damit löste sich die Frage der Handhabung des diplomatischen Protokolls im Vatikan von selbst. Nach der Rückkehr aus Verona lud der Bundeskanzler die ausländischen Vertretungen erneut zum diplomatischen Empfang, um über den Ausgang seiner Reisen zu berichten, die nach Meinung des französischen Botschafters *„so viel Lärm gemacht* [hätten]*, daß man uns* [Österreich] *nicht mehr mit leeren Redensarten abspeisen könne.“*[666] Der Nuntius war der erste Auslandsvertreter, der vom Kanzler in Audienz genommen wurde, und wie Seipel dem Ministerrat mitteilte, auch der Neugierigste.[667]

Im entsprechenden Nuntiaturbericht vom 29. August spiegelt sich dieses Interesse nur bedingt wieder. Auf nur zwei Seiten fasste er seine Eindrücke vom Gespräch mit dem Kanzler zusammen. Dem Nuntius gegenüber zeigte sich der Regierungschef zufrieden mit dem Ausgang seiner Staatsbesuche. Er wurde bei den Zusammentreffen mit den ausländischen Regierungsvertretern in der Meinung gestärkt, auf baldige Hilfsmaßnahmen

[664] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 13. N° 29, Telegramm: Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri 18. August 1922.
[665] Ignaz Seipel im Ministerrat am 28. August 1922, zit. nach Koch, Rauscher u. Suppan, Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich, Bd. 4, 1998, 357.
[666] Ignaz Seipel zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 307.
[667] Vgl. ebda., 307.

für Österreich hoffen zu dürfen. In Prag sah man den Völkerbund in die Verantwortung genommen, von welchem man eine zufriedenstellende Lösung zugunsten Österreichs erwartete. Den Empfang im ehemaligen österreichischen Kronland beschrieb Seipel als „*abbastanza sociale*" (ziemlich gesellig). Dem gegenüber stand eine äußerst herzliche („*cordialissimo*") Aufnahme beim 'großen Bruder'. Allerdings sahen sich die Deutschen gegenwärtig – „*nonostante le sue grandi simpatie per la nazione sorella*" (trotz ihrer großen Sympathien für die Schwesternation) – nicht in der Lage, irgendwelche Hilfestellungen leisten zu können. Aus Angst vor noch größeren wirtschaftlichen Einbußen hüteten sich die Nachbarn deshalb vor jeder Anschlussagitation. Dem Kanzler zeigte sich die deutsche Hauptstadt sehr nervös („*in preda ad immensa agitazione*"). Der Präsident und Regierungsmitglieder mussten aufgrund von bekannt gewordenen Attentatsplänen sogar um ihr Leben fürchten.[668] In Italien gab sich Minister Carlo Schanzer trotz höflichen Empfangs sehr zurückhaltend. Hingegen sehr angetan zeigten sich die italienischen Regierungsbeamten von der Idee einer Zoll- und Währungsunion. Man sagte vorläufig zu, den österreichischen Vorschlag zu prüfen und gegebenenfalls vor dem Völkerbund diskutieren zu wollen.[669] Der Nuntius wertete die Reise des Kanzlers auch innenpolitisch als Erfolg. Zumindest im bürgerlichen Lager wäre sie durchwegs auf Zustimmung gestoßen. Sozialisten und Kommunisten hätten hingegen irritiert („*irritate*") reagiert, weil sie die Unabhängigkeit Österreichs in Gefahr sahen. Anstatt zu einer „*colonia italiana"* zu werden, würden sie den Staatshaushalt lieber mit der Konfiszierung von Privat- und Kirchengütern[670] sanieren.[671] Die linke Opposition fürchtete, Seipel würde die Republik dem „Faschismus" ans Messer liefern. Deshalb polemisierten sie in ihren Medien scharf gegen den Kanzler. Die Kritik wurde vom Nuntius teilweise in wortwörtlichen Übersetzungen wiedergegeben: *„ …Seipel fu l'ultimo Ministro della Monarchia non avrebbe difficolta ad esser l'ultimo ministro della Repubblica*"[672] Demgegenüber würden sich die Sozialdemokraten als bedingungslose („*gagliardamente"*) Verteidiger der Republik positionieren. In diplomatischen Kreisen stand man der Kanzlerreise nach Einschätzung Marchettis eher

[668] Da man einen Anschlag gegen Reichskanzler Wirth befürchtete, wurde der Empfang Seipels vom Hauptbahnhof auf einen Lokalbahnhof verlegt. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 305.
[669] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 15-16. N° 2898, Nuntiaturbericht, 29. August 1922.
[670] Eindringlich gab der Nuntius zu bedenken, dass zu den im Visier der sozialdemokratischen Sanierungspläne befindlichen Gütern natürlich jene der Kirche („*naturalmente di quelli dello Chiesa*") zählten. Vgl. ebda., 15v.
[671] Ebda., 15v.
[672] Ebda., 16. Eigene Übersetzung: „*Seipel war der letzte Minister der Monarchie und er hätte keine Schwierigkeiten der letzte Minister der Republik zu sein*"

reserviert gegenüber. Besonders groß war die Verwunderung darüber bei der französischen Vertretung, welche bisher annahm, der Bundeskanzler tendiere „*maggiormente*“ zu Frankreich.[673]

Als sich für den Nuntius das nächste Mal die Möglichkeit bot, mit dem Kanzler persönlich über das Sanierungsprogramm zu sprechen, hatte dieser bereits seine „denkwürdige Rede“[674] vor dem Völkerbund gehalten.[675] Die Strategie des österreichischen Staatsmannes war bis dahin voll aufgegangen. Er wirbelte mit seinen Reisen so viel Staub auf, dass die nervösen Nachbarstaaten umgehend beschlossen haben, „dieses brisante Thema gleich auf die Tagesordnung der ersten Sitzung“ der Völkerbundtagung zu setzen. Das internationale Auftreten des Priesterkanzlers hatte den ausländischen Regierungsspitzen dermaßen imponiert, dass der Wunsch ausgesprochen wurde, der Bundeskanzler möge die Sache in Genf persönlich vorbringen. Mit einer viel beachteten Rede wandte sich der Seipel sodann am 6. September 1922 an den internationalen Rat und erneuerte seinen Appell um eine finanzielle Hilfsaktion für sein Land. Auch diese Etappe war von Erfolg gekrönt. Als der Prälat am 10. September aus Genf zurückkehrte, hatte er eine gute Nachricht im Gepäck. Sofort im Anschluss an die Völkerbundsitzung wurde eigens ein von Großbritannien, Tschechoslowakei, Italien und Österreich beschicktes „Österreich-Komitee“ eingerichtet, das sich unverzüglich an die Beratungen zur Lösung der brennenden Wirtschaftsfragen machte.[676] Angesichts des Erreichten teilte der Bundeskanzler dem päpstlichen Diplomaten seine Zufriedenheit über das ausländische Interesse an Österreich mit. Dennoch glaubte er, vom Völkerbund gegenwärtig wenig bis gar nichts („*poco o nulla*“) erwarten zu können. Er schrieb dies dem mangelnden Interesse Englands an Kontinentaleuropa zu. Größere Erwartungen setzte Seipel in eine Kommission der Nachbarstaaten („*commissione in cui entrerebbero le Nazioni vicini all'Austria*“), welche nach Meinung des Politikers mehr Interesse an der Rettung („*salvamento*“) Österreichs zeigen würden.

[673] Vgl. ebda. 15v-16. Über Seipels Eindrücke von der Reise geben die Ministerratsprotokolle vom 28. August sehr ausführlich Auskunft. Vgl. Koch, Rauscher u. Suppan, Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich, Bd. 4, 1998, 352-365. Im bürgerlichen Lager wurde Seipel ob des Erfolgs seiner Reise „geradezu zur Inkarnation des Genfer Werkes“. Für die parlamentarische Opposition avancierte er hingegen endgültig zum „Feind der Arbeiterschaft“. Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit, 2001, 51.

[674] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 322.

[675] Die Rede des Kanzlers bei der Völkerbundtagung fand am 6. September 1922 statt. Der österreichische Regierungschef machte sich allerdings schon am 2. September auf den Weg nach Genf. Bereits einen Tag nach seiner Rückkehr am 11. September kam es zum Treffen mit dem päpstlichen Nuntius. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 18v. N° 2949, Nuntiaturbericht, 11. September 1922; DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 14v.

[676] Vgl. Koch, Rauscher u. Suppan, Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich, Bd. 4, 1998, 24.

Als mögliche Mitglieder dieser Kommission nannte er dem Nuntius: Italien, Tschechoslowakei, Jugoslawien, vielleicht („*forse*“) Ungarn und die Schweiz. Nachdem der Kanzler Bern bei seiner Auslandsreise ausgelassen hatte, zeigte die Schweiz aber nur wenig Interesse an einer solchen Kommission. Seipel begründete das Übergehen der Schweiz mit deren bisher geringem Engagement für den notleidenden Nachbarn.[677] Anschließend an die außenpolitischen Entwicklungen widmete sich der Nuntius dem Inneren, welchem er gegenwärtig mehr Brisanz beimaß: „*…il fatto è che il pericolo più grave per l'Austria, è ora costituito dalle lotte interne.*“[678] Verantwortlich für die Verschlechterung des innenpolitischen Klimas machte er in erster Linie die Opposition, die aggressiver („*si agitano terribile*“) als bisher gegen den Kanzler agitiere und vermehrt auch auf Streikmaßnahmen zurückgreife. Als Beispiel nannte er die Arbeitsniederlegung der Buchsetzer, wodurch es seit einer Woche keine Zeitungen mehr in Wien gäbe.[679] Die Gründe für die heftige Erregung der Sozialdemokraten ortete Marchetti-Selvaggiani in der drohenden Kontrolle der österreichischen Staatsfinanzen durch einen Völkerbundkommissar.[680] Der Nuntius erachtete die Unzufriedenheit in der Arbeiterpartei schon für so groß, dass man laut über einen Sturz der Regierung nachdenken würde.

> „*…provocassero una crisi, per andare essi al potere e (soli! o coll'aiuto dei liberali?) mettere in pratica qual programma che hanno tanto a cuore: „seperazione tra Chiesa e Stato, confiscazione della proprietà ecclesiastica e delle valute esterne.*“[681]

[677] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 18-18v. N° 2949, Nuntiaturbericht, 11. September 1922. Diese Darstellung des Nuntiaturberichts deckt sich weitgehend mit jener, die Seipel dem Ministerrat am 11. September gab. In dem wesentlich detaillierteren Bericht für den Ministerrat treten jedoch die Zweifel über den Erfolg einer gemeinsamen Völkerbundaktion nicht so sehr in den Vordergrund wie im Nuntiaturbericht. Den Regierungsmitgliedern gegenüber erklärte er, dass diese Zweifel eher von der Tschechoslowakei gestreut worden wären. Die Präferenzen des Kanzlers lagen jedoch eindeutig bei einer Völkerbundanleihe. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 312f.

[678] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 18v. Eigene Übersetzung: „*…Faktum ist, dass gerade die viel schlimmere Gefahr vom internen Konflikt ausgeht*.“

[679] In der Zeit von 5. bis 14. September 1922 standen in weiten Teilen Österreichs die Druckereien still, da die Buchdrucker zum Streik aufgerufen hatten. Vgl. *Vorarlberger Tagblatt*, 4. September 1922, 2.

[680] Die Sozialdemokraten reagierten auf die umfassenden Vollmachten des Generalkommissars unter anderem deshalb so empfindlich, weil sie fürchteten, die sozialpolitischen Errungenschaften würden dem Sparstift der Regierung zum Opfer fallen. Außerdem ließen sich ihre Ressentiments auf eine Aussage Seipels zurückführen, in der der Priesterpolitiker „die Einsetzung einer Kommission mit diktatorischer Gewalt zur Durchführung des Finanzplanes“ gefordert hatte. Vgl. Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit, 2001, 42.

[681] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 18v. Eigene Übersetzung: „*...sie* [die Sozialdemokraten] *würden eine Krise provozieren, um an die Macht zu gelangen (alleine! oder mit Hilfe der Liberalen?) um das ihnen so am Herzen liegende Programm in die Tat umzusetzen: Trennung von Staat und Kirche, Konfiszierung von Kirchenbesitz und Devisen.*“ Worauf sich der Bericht hier bezieht, bleibt unklar.

Angesichts dieses Szenarios attestierte er Österreich eine zunehmend betrübliche Lage („*sempre piu triste*“) und hielt eine rasche internationale Hilfe für unausweichlich: „*se venisse subito , potrebbe ancora risparmiare nell'Austria e specialmente a Vienna giorni orribili*“.[682] Doch daran wollte der päpstliche Gesandte nicht so recht glauben. Denn die Chancen dafür stünden schlecht („*sono poche*“).[683]

Anlässlich der Unterzeichnung der Genfer Protokolle am 4. Oktober 1922 kam der Apostolische Nuntius erneut seiner Meldepflicht über das Sanierungsprogramm nach. Mit einem subtilen Seitenhieb gegen die Sozialdemokraten wertete er in seinem Bericht vom 7. Oktober den Vertragsabschluss in Genf als einen von allen Aufrichtigen („*da tutti gli onesti")* anerkannten Erfolg des österreichischen Bundeskanzlers. Eingehender widmete sich der Rapport den Vollmachten des Völkerbundkommissars, die quer durch alle Parteien auf Ablehnung stoßen würden.[684] Ihre Kritik bezog sich insbesondere auf die Vetorechts-Klausel, die es dem Völkerbundkommissar erlaubte, alle Maßnahmen zu blockieren, die den finanziellen Interessen Österreichs und seiner Kreditländer widersprechen würden („*su quanto potrebbe ritenere nocivo agli interessi finanziari dell'Austria e delle Nazioni garanti del prestito*“). Ob der Machtlosigkeit gegen diese unliebsame Bedingung riefen die regierungsnahen Blätter dazu auf, umgehend den Wiederaufbau des Landes in Angriff zu nehmen, um sich schnellstmöglich wieder von der Kontrolle des Völkerbundes zu befreien. Die Haltung der bürgerlichen Presse gegenüber dieser unpopulären Auflage folgte dem Motto: *„o inchinarsi o andare alla rovina*“.[685]

Mit anhaltendem Pessimismus sah Marchetti-Selvaggiani hingegen auf die innenpolitischen Verhältnisse. Er berichtete, dass die sozialistische und kommunistische Presse noch immer voll des Zornes gegen den Kanzler wäre („*pieni di ira contro il Cancelliere*“) und

---

[682] Ebda., 18v. Eigene Übersetzung: „*wenn sie sofort kommen würde, könnte sie Österreich und besonders Wien noch vor schrecklichen Tagen bewahren*“.

[683] Ebda., 18v. Tatsächlich war auch innerhalb des Völkerbundes die Meinung vorherrschend, dass „das *politische Gleichgewicht Österreichs* noch als sehr labil“ anzusehen sei. Konkret fürchtete man einen Umsturz von linker Seite. Der Kanzler zerstreute jedoch diese Bedenken und versicherte den ausländischen Mächten, „*daß die Lage im Innern gar nicht so gefährlich sei…und auch die Wehrmacht besser sei als ihr Ruf*.“ Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 312.

[684] Diese Vollmachten gingen aber nicht, wie von der Opposition behauptet, auf Seipel zurück, sondern fanden ihre Urheberschaft auf englischer und französischer Seite. „Den Anlaß dazu gab die trostlose innenpolitische Lage Österreichs und die darauf gegründete Überzeugung der Mächte, daß eine 'finanzielle Sanierung Österreichs unmöglich ist, wenn über jedes einzelne Gesetz mit dem Parlament paktiert werden muß'.“ Vgl. Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 147.

[685] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 20. N° 3039, Nuntiaturbericht, 7. Oktober 1922. Eigene Übersetzung: „*entweder sich beugen oder zugrunde gehen*“

ihm „Hochverrat“ vorwerfe.[686] In einem eigens zusammengerufenen Parteikongress („*riunione dei delegati*“) wollte die Arbeiterpartei darüber entscheiden, ob sie die Genfer Protokolle unter den gegebenen Bedingungen ratifizieren könne.[687] Über den endgültigen Ausgang dieses „vor allem“ („*sopra tutto*“) politischen Konfliktes traute sich der Nuntius keine sichere Prognose abzugeben. Denn aus der Sicht des Diplomaten wollten die Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien keinen Erfolg gönnen. Aus diesem Grund hätten sie vor einiger Zeit („*tempo indietro*“) angeboten, „*di cessare dall'opposizione e di cooperare coll'attuale Governo, composto di cristiano-sociali e di nazionalisti-tedeschi*.“[688] Seipel stellte sich aber vehement gegen jede Form der Zusammenarbeit („*si oppose ad ogni idea di cooperazione*“) mit den Sozialdemokraten. Folglich richtete sich ihr ganzer Zorn gegen den Bundeskanzler selbst. Gleichzeitig gab Marchetti-Selvaggiani zu bedenken, dass die Genfer Protokolle noch der Ratifikation des österreichischen Par-

[686] Friedrich Weissensteiner, Der ungeliebte Staat. Österreich zwischen 1918 und 1938, Wien 1990, 116. Das Kabinett Seipel hatte seit seinem ersten Tag keinen guten Stand bei der sozialdemokratischen Presse. Die *Arbeiterzeitung* nannte die „*Prälatenregierung*“ eine „*Schande unseres Bürgertums*“ und unterstellte ihr von Anfang an undemokratische Absichten: „*Wenn aber die Prälatenregierung es wagen sollte, unsere republikanischen Institutionen zu gefährden, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse anzugreifen, dann freilich wird sie auf unseren entschlossensten Widerstand stoßen.*“ Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 293.

[687] Der sozialdemokratische Parteikongress war für den 14. Oktober anberaumt. Auf der Parteikonferenz wollte die Arbeiterpartei ihre Haltung gegenüber den Genfer Protokollen festlegen. Denn die Ratifizierung der Verträge im Parlament stand und fiel mit dem Abstimmungsverhalten der Sozialdemokraten. Allerdings hatten die Sozialdemokraten ihre Karten schlecht ausgespielt. In der sozialistischen Presse wetterte man massiv gegen Seipels Verhandlungsergebnisse. Getrieben war diese Agitation von der Angst, durch die Regierungsvollmachten sozialpolitische Errungenschaften zu verlieren. Sicherlich spielte aber auch mit, dass man den Bürgerlichen diesen Prestigeerfolg nicht gönnen wollte. Vgl. Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit, 2001, 48. Gleichzeitig erkannte man aber auch auf sozialistischer Seite „die Notwendigkeit einer Auslandsanleihe“. Als Seipel mit einer ausverhandelten Anleihe aus Genf zurückkehrte, sah man sich aber gezwungen, der Vorlage zustimmen zu müssen. Ansonsten hätte es die Partei verantworten müssen, die Rettungsaktion scheitern zu lassen. Doch das konnte man sich nicht leisten, zumal man selbst über keine ernsthaften Alternativvorschläge verfügte. Vgl. Max Löwenthal, Doppeladler und Hakenkreuz. Erlebnisse eines österreichischen Diplomaten, Innsbruck 1985, 55; Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 107ff. Auch Bachinger bezeichnete die ausgearbeiteten Selbsthilfeprogramme der Sozialdemokraten als „nicht sonderlich überzeugend“. Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit, 2001, 50. Man löste das Dilemma schließlich, indem man den Protest gegen die Anleihe aufrecht erhielt, aber gleichzeitig auf die Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament verzichtete. Vgl. Weissensteiner, Der ungeliebte Staat, 1990, 116.

[688] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 20. N° 3039, Nuntiaturbericht, 7. Oktober 1922. Eigene Übersetzung: „*die Opposition zu unterlassen und mit der aktuellen Regierung zusammenzuarbeiten, bestehend aus Christlichsozialen und Deutschnationalen.*“ Die Sozialdemokraten boten der Regierung am 23. August 1922 unter bestimmten Bedingungen den Eintritt in eine Konzentrationsregierung an. Doch in der Zwischenzeit hatte der Kanzler bereits selbst die Initiative ergriffen, weshalb die Regierungsparteien nur wenig Interesse an diesem Offert zeigten. Vgl. Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 106; Während die bürgerlichen Parteien aus der Genfer Sanierung politisches Kapital schlugen, flüchteten sich die Sozialdemokraten gekränkt in ein „unverständliches Doppelspiel von parlamentarischer Taktik und ständigen revolutionären Appellen.“ Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit, 2001, 45 u. 53.

lamentes bedurften, doch „*senza la cooperazione dei socialisti ciò non è possibile.*“[689] Die kommende Woche würde daher zur Nagelprobe für die Regierung und die gesamte arme („*misera*“) Nation werden.

Als Pastor am 13. Oktober im Staatssekretariat die wirtschaftliche Situation Österreichs zur Sprache brachte, herrschte dort bereits „*grosse Freude*“ über das erzielte Ergebnis. Kardinal Gasparri spendete der „*unablässigen und geschickten Arbeit unseres Außenministers und des Bundeskanzlers hohes Lob*“, denen er auf diesem Wege gratulierte und ihnen für den „*zweiten Teil des grossen Werkes der Rettung Oesterreichs*“ noch viel Erfolg wünschte.[690] Voll des Lobes für die beiden zeigte sich eine Woche später auch der Papst. Das Kirchenoberhaupt behielt Pastor „*fast eine Stunde*“ in Audienz. Neben dem Abschluss der Genfer Verträge war die Opposition der Sozialdemokraten ein dominierendes Thema der Unterredung. Nachdem sich der Papst gut informiert zeigte, dürften die Nuntiaturberichte Marchettis im Vatikan bereits rezipiert worden sein.

> „*Der Papst äusserte sein größtes Erstaunen über die Opposition, ‚denn‘, so sagte er, ‚in den Genfer Vereinbarungen liegt absolut nichts Erniedrigendes, die Notlage Oesterreichs ist doch notorisch und die Kontrolle durch die Geldgeber ist nützlich und nötig. Nun‘, meinte er zum Schluß, ‚ein initium novae vitae ist Gott sei Dank für Österreich gemacht. Wir hoffen und wünschen, dass dieses initium zur vollen Durchführung gelangt. Den beiden Männern, denen Oesterreich dieses Werk verdankt, dem Bundeskanzler Dr. Seipel und Minister Dr. Grünberger gebührt das grösste Lob. Möge Gott ihre dermalige Tätigkeit segnen‘.*“[691]

Ein letztes Mal nahm der Wiener Nuntius unmittelbar nach der Ankunft der Völkerbundkommission[692] („*Commissione inviata dalla „Lega delle Nazioni“ per studiare d’accordo col Governo Austriaco la riforma finanziaria da effettuarsi in questo paese*) in Österreich Stellung zum Genfer Sanierungsprogramm des Kabinetts Seipel. Aus dem Umfeld der Kommission erfuhr der römische Gesandte, dass die österreichische Wirtschaftslage von den Garantiemächten vielfach unterschätzt und erst nach eingehender Prüfung als „*un problema gravissimo*“ eingestuft wurde. Er vernahm auch Stimmen, wonach die Rettungsmaßnahmen ein bis zwei Jahr zu spät kämen und dadurch das Ausmaß der Zwangs-

[689] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 20. N° 3039, Nuntiaturbericht, 7. Oktober 1922. Eigene Übersetzung: „*ohne die Mitarbeit der Sozialisten ist das nicht möglich.*“
[690] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923“, fol. 315, Z. 161 P., Gesandtschaftsbericht, 13. Oktober 1922.
[691] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923“, fol. 326vf, Z. 165 P., Gesandtschaftsbericht, 20. Oktober 1922.
[692] Diese provisorische Kommission sollte am 17. Oktober 1922 ihre Tätigkeit in Wien aufnehmen. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 327.

lage verschlimmert hätten.[693] Dieses Versäumnis würde jedoch nicht auf das seit geraumer Zeit um internationale Hilfe bettelnde Österreich zurückgehen, verteidigte der Nuntius sein Gastland, sondern sei auf die verspätete Reaktion der Großmächte zurückzuführen. Mit einiger Verspätung griff der Nuntiaturbericht vom 24. Oktober auch ein Gerücht über den Vertragsabschluss in Genf auf. Demnach hätten die italienischen Gesandten beinahe auf eigene Faust und entgegen den Weisungen ihrer Regierung („*quasi di propria iniziativa e sotto la propria responsabilità*") die Verträge unterzeichnet.[694] Der Nuntius spielte dabei auf die gegensätzlichen Lager innerhalb der italienischen Regierung an, die sich bis zuletzt nicht über die Position Italiens zur Völkerbundanleihe einigen konnten.[695] Größere Sorgen bereiteten Marchetti-Selvaggiani einmal mehr die innenpolitischen Verhältnisse, die sich seiner Beurteilung zufolge weiter verschärft hätten. Sehr pessimistisch schlussfolgerte er: „*l'Austria si sta dilaniando per le lotte di partito.*"[696] Während die Regierungsparteien in der Hoffnung auf eine rasche Wirtschaftssanierung („*salvamento economico*") alle Bedingungen der Protokolle akzeptierten, hätten die Sozialdemokraten heftig gegen den Bundeskanzler opponiert, ihn als Verräter beschimpft und mit der Mobilmachung der Massen gegen die Regierung gedroht. Als Bedingung, die nötigen Einsparungen mittragen zu wollen, nannten sie eine Reihe von kirchenfeindlichen Maßnahmen wie die Trennung von Kirche und Staat, die Aufhebung der Kongrua und die Einstellung der staatlichen Ausgaben für die Katecheten, Priesterseminare und theologischen Fakultäten. Diese Kosten sollten ihrer Ansicht nach von den Gläubigen bestritten werden. An Radikalität würden die Sozialdemokraten nur noch von Kommunisten überboten wer-

[693] Bereits bei der Regierungserklärung stellte Seipel fest, dass die ausländischen Mächte „*mit ihren eigenen Angelegenheiten so beschäftigt waren*" und die vielfach „*in Aussicht gestellte Hilfe nicht schon zu einer Zeit leisteten, in der die Rettung viel leichter möglich gewesen wäre*." Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 290f.

[694] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 23-23v. N° 3068, Nuntiaturbericht, 24. Oktober 1922.

[695] Schon bei den letzten Verhandlungsdurchgängen regte sich von italienischer Seite zunehmend Widerstand gegen einzelne Bestimmungen. Die italienischen Bedenken richteten sich vorrangig gegen die Aufstockung der Anleihenhöhe von 520 auf 650 Millionen Goldkronen und die damit verbundenen Anleihegarantien. Weiters wollten sie die Kontrolle in Wien nicht einem einzelnen Kontrolleur sondern einer Kommission anvertrauen. Die blockierende Haltung Italiens ist auf die großen Widerstände gegen die Anleihe innerhalb der Regierung zurückzuführen. Auf der einen Seite stand Außenminister Schanzer, der für die Völkerbundanleihe eintrat, während die Legisten auf der anderen Seite weiter an einer Währungs- und Zollunion mit Österreich festhielten. Die italienischen Delegierten in Genf saßen deshalb zwischen zwei Stühlen. Vgl. Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 142-150.

[696] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 23v. Eigene Übersetzung: „*Österreich ist dabei, durch den Parteienkampf zerrissen zu werden*". Die instabilen innenpolitischen Verhältnisse wurden bei den letzten Verhandlungen auch von italienischer Seite immer wieder als Hindernis für eine Finanzspritze ins Treffen geführt. Seipel erwiderte darauf, dass alle Parteien – „*abgesehen von der unvermeidlichen Opposition der Sozialdemokraten*" – die Finanzkontrolle annehmen würden, „*wenn nur der Völkerbund Hilfe bringe*." Zit. nach Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise, 1964, 144.

den, denen der Nuntius vorwarf, von russischen und jüdischen Geldern unterstützt zu werden. Diese hätten öffentlich dem Kanzler mit Mord gedroht („*minacciano pubblicamente di morte il Cancelliere*"), da sie die Genfer Verträge um jeden Preis zu Fall bringen wollten. Angesichts dieser Zuspitzung der politischen Ereignisse zog der vatikanische Botschafter einen bemerkenswerten Schluss. Er empfahl dem Staatssekretariat auf indirekte jedoch unmissverständliche Weise, den geordneten Rückzug Seipels aus dem Amt.[697]

> *„Da parte mia, mentre riconosco i meriti e la capacità del Cancelliere, Mgr. Seipel, non posso nascondere all'Eminenza Vostra che preferirei vedere al suo ufficio altra persona (non ecclesiastico) in sua vece. Egli é, senza dubbio, la più bella mente di cui i cristiano-sociali dispongono, ma, nei tempi che corrono, è più prudente che i sacerdoti non si espongano troppo in cose politiche."*[698]

Die römische Kirchenführung hatte sich jedoch bereits ihr Bild über die Lage in Österreich gemacht. Am 3. November versicherte Kardinal Gasparri dem besorgten Gesandten in Wien, sich über die Tragweite der Präsenz Seipels in der Regierung bewusst zu sein. Dennoch sah er keinen Anlass, auf die aktuelle Situation in Österreich Einfluss zu nehmen. Im Gegenteil, der Kardinal nahm die gegenwärtige Konstellation sogar zum Anlass, um die österreichischen Katholiken für den Sanierungskurs des Kanzlers zu ermutigen.

> „*Mi rendo perfettamente conto della difficoltà che importa la presenza di un ecclesiastico alla direzione del Governo in momenti di così gravi responsabilità: voglio sperare però che i cattolici comprenderanno e compiranno con spirito di sacrificio il loro dovere civile e religioso contribuendo così, efficavmente, a superare la crisi."*[699]

Im Vatikan hatte man offensichtlich Gefallen an dem durchsetzungsfähigen Priester gefunden und wollte sich entgegen der Ratschläge des Nuntius auf das österreichische Experiment vorerst einlassen.

---

[697] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 23v-24.

[698] Ebda., fol. 24. Eigene Übersetzung: „*Obwohl ich die Verdienste und Fähigkeiten von Kanzler Msgr. Seipel kenne, kann ich Eurer Eminenz nicht verbergen, dass ich es vorziehen würde, in seinem Amt eine andere Person (keinen Geistlichen) seiner statt zu sehen. Er ist ohne Zweifel, der geeignetste Geist, den die Christlichsozialen zur Verfügung haben, aber gerade in der gegenwärtigen Zeit, ist es vorsichtiger, wenn sich Priester in politischen Dingen nicht so sehr exponieren.*"

[699] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 25, N° 9160, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 3. November 1922. Entwurf. Eigene Übersetzung: „*Ich trage den Schwierigkeiten, die die Anwesenheit eines Klerikers an der Regierungsspitze in Momenten so schwerer Verantwortung mit sich bringt, bestens Rechnung: Ich will aber hoffen, dass die Katholiken mit Opfergeist ihre zivile und religiöse Pflicht wahrnehmen und erfüllen, um so wirksam an der Bewältigung der Krise beizutragen.*"

3.2. Das Attentat

> „*Gegen den besten Mann den Österreich hat, dem es dankt, daß es lebt, und den es braucht, um das noch zum Leben Notwendige zu erkämpfen, ist ein Mordanschlag verübt worden*."[700]

Um kurz nach 20 Uhr verließ am 1. Juni 1924 ein Telegramm die Apostolische Nuntiatur in Wien. Die Eilbotschaft enthielt die Mitteilung über das kürzlich verübte Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler am Wiener Südbahnhof und war für das Kardinalstaatssekretariat in Rom bestimmt. Zu diesem Zeitpunkt verfügte der päpstliche Gesandte noch über sehr wenig detailliertes Hintergrundwissen zum Anschlagshergang.[701]

> „*Alle sette pomeridiane di oggi Monsignor Seipel ferito polmone con revolver da mano assassina armata* [sic!] *dalle teorie socialistiche. Stato grave con qualche speranza di salvarlo Nunzio*"[702]

Der Vatikan reagierte auf die Depesche aus Wien ebenfalls mit einer Eilnachricht.[703] In einem persönlich an Seipel gerichteten Telegramm drückte Kardinal Gasparri dem Kanzler im Namen des Heiligen Vaters, der sich ob des begangenen Attentats „*tief schmerzlich*

---

[700] *Reichspost*, 2. Juni 1924, 1.

[701] Ignaz Seipel wurde am 1. Juni 1924 um kurz nach 19 Uhr in der Ankunftshalle des Wiener Südbahnhofs von dem Hilfsarbeiter Karl Jaworek aus Pottenstein mit zwei Schüssen schwer verwundet. *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 2. Juni 1924, 1. Obgleich das Attentat von einem Einzelgänger verübt wurde, kann auch die höchst polemische und feindselige Berichterstattung der Parteiorgane nicht aus der Verantwortung genommen werden, da sie wesentlich zum aufgeladenen politischen Klima beitrug. Diese verbale Verschärfung stellte im selben Jahr auch das österreichische Außenamt fest. In einer vertraulichen Information, in der man kursierende Gerüchte entkräftete, wonach die Regierung Seipel bereits angezählt sei und kurz vor dem Abgang stehe, mahnte man den Gesandten beim Heiligen Stuhl zur Vorsicht gegenüber der Wiener Zeitungslandschaft. „*Die Wiener Blätter zerfallen heute in zwei scharf differenzierte Lager. In die bürgerliche Presse einerseits, in eine radikale Presse andererseits, deren äußerster Flügel sozusagen die sozialdemokratische Presse ist. Diese radikale Presse, („Die Stunde", „Der Abend", „Den Tag"* [sic!]*, „Der Morgen") bringt Meldungen, die jeder Grundlage entbehren, denn bei dem stark lokalen und sensationellen Charakter dieser Blätter berührt es die Redaktionen nicht im geringsten, wenn die von ihnen gemeldeten oder in sichere Aussicht gestellten Ereignisse sich entweder überhaupt nicht ereignet oder überhaupt nie eintreten.*" ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Weisungen 1924". Information für den Gesandten beim Heiligen Stuhl, Vermerk: „*Vertraulich*", Titel: „*Information*", o.D., o.A. Auch für Iber bewegten sich die Untergriffe der *Arbeiterzeitung* gegen den „Pfaffen" Seipel im Vorfeld des Anschlages „hart an der Grenze" zur „Mordpropaganda". Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 262.

[702] ASV, AdNdV, 849, fol. 524. N° 2381, Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an das Kardinalstaatssekretariat, 1. Juni 1924, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Heute gegen sieben Uhr abends wurde Monsignore Seipel durch einen Revolver in der Hand einer mit sozialistischen Theorien bewaffneten Mörderin* [sic!] *an der Lunge verletzt. Zustand schlimm mit einiger Hoffnung ihn zu retten.*" Da der Nuntius von einer Frau als Täterin ausging, kann daraus geschlossen werden (insofern es sich nicht um einen Schreibfehler handelte), dass er seine Regierung sofort von dem Vorfall unterrichtete, als er noch gar keine genaueren Hintergründe kannte.

[703] Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 19. N° 31348, Telegramm: Staatssekretariat an Nuntius Enrico Sibilia o.D., Abschrift.

berührt“ zeigte, „*das Gefühl väterlicher Sympathie und besonderen Wohlwollens aus*“. Außerdem sagte ihm der Papst „*inbrünstige Gebete*“ zur Wiederherstellung zu und stellte den Priesterpolitiker unter den Schutz des Apostolischen Segens. Die Reichspost druckte das Telegramm am 3. Juni in deutscher Übersetzung ab.[704]

Von der „*herzlichen Teilnahme*“ des Papstes konnte sich nur einen Tag nach dem Attentat auch der Generaldirektor des *Katholischen Volksvereins*, Jakob Fried, überzeugen. Bei der Audienz im Konsistorialsaal gab der Papst seiner Sorge über den kritischen Zustand des Bundeskanzlers in einer deutschen Ansprache Ausdruck und rief die österreichische Pilgergruppe zum Gebet für den Schwerverletzten auf:

> „*Dieser ausgezeichnete Mann, Prälat Seipel, Unser Prälat – wir sagen unser Prälat und wir stellen ihn als ein Muster der Ehre und der Liebe hin – dieser Mann, der sich um sein Vaterland und um die Kirche schon so viele und so große Verdienste erworben und so große und wohltätige Werke bereits verrichtet hat, ist leider verwundet worden, und zwar nicht leicht*.“[705]

Diese sichtbare Betroffenheit des Vatikans deckt sich gänzlich mit den persönlichen Eindrücken des österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl. Konnte er noch kurz vor dem Attentat über seltenes päpstliches Lob für die politischen Leistungen des Priesterpolitikers berichten, was angesichts der „*sehr nüchterne*[n] *und mit Lobeserteilungen sehr sparsame*[n] *Natur*“ des Papstes nach „*allgemeine*[r] *Ansicht im diplomatischen Korps“* daher doppelt wiegen würde, war nach dem 1. Juni 1924 eine drastische Intensivierung des Interesses für den Prälaten in Rom festellbar: „*Jeder Gesandte, jeder Cardinal, jeder Prälat, dem ich begegne, stellt sofort die Frage, wie es dem Bundeskanzler gehe.“*[706] Ganz besonders mitfühlend erlebte Pastor den Papst selbst. Über Wochen hinweg war der Gesundheitszustand des Bundeskanzlers das dominierende Gesprächsthema bei den Privataudienzen. Dabei wartete das katholische Kirchenoberhaupt sogar mit wohlmeinenden medizinischen Ratschlägen für den Priesterpolitiker auf.

> „*Seine Heiligkeit trug mir auf, dem Herrn Bundeskanzler zu schreiben, dass er ihn bitte, ja weiterhin recht vorsichtig zu sein, sich nicht zu frueh anzustrengen und* [nachträglich hinzugefühgt] *sich im besonderem vor lautem Sprechen und heftigen Bewegungen zu hüten, da ihm aus seiner Mailänderzeit ein Fall bekannt sei, im*

[704] *Reichspost*, 3. Juni 1924, 1.
[705] Zit. und übersetzt nach *Reichspost*, 3. Juni 1924, 1.
[706] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1924“, fol. 684. Z. 84 P., Gesandtschaftsbericht, 24. Juni 1924.

welchem [sic!] *sich noch 20 Jahren ein eingekapseltes Geschoss durch eine plötzliche Bewegung wieder losgelöst habe.*“[707]

Umso erfreulicher waren schließlich die Reaktionen auf „*die andauernde Besserung“*. Der österreichische Gesandte deutete dies als einen neuerlichen Nachweis „*der aufrichtigen Verehrung, welche der Bundeskanzler in den vatikanischen Kreisen geniesst.*“[708]

Regelmäßige Auskunft über den Gesundheitszustand des Kanzlers bezog die Kirchenleitung selbstverständlich auch über ihren internen Informationskanal. Der Apostolische Nuntius Enrico Sibilia verfolgte die körperliche Verfassung des Kanzlers über Wochen hinweg mit Argusaugen.[709] Allerdings betrachtete man den Genesungsprozess des Bundeskanzlers nicht als Staatsgeheiminis. In der katholischen Presse wurde der Heilungsfortschritt des prominenten Patienten akribisch dokumentiert. Vom Puls über die Körpertemperatur bis hin zum Appetit konnte man die Enwicklung in der Reichspost täglich mitverfolgen.[710] Auch der *Osservatore Romano* berichtete in seiner Ausgabe vom 2./3. Juni 1924 ausführlich aus dem offiziellen Bulletin der behandelnden Ärzte.[711] Erstmals auf den Eindrücken eines persönlichen Treffens beruhte der Nuntiaturbericht vom 23. Juni. Auf Wunsch Seipels begab sich Sibilia umgehend zur Visite ins Wiedener Krankenhaus.[712] Beim erstmaligen Erscheinen des päpstlichen Gesandten am Krankenbett, am 5. Juni, war der Verwundete anscheinend noch außer Stande, eine längere Unterhaltung zu führen. Zumindest existiert kein entsprechender Nuntiaturbericht, der diesen Besuch dokumentiert hätte.[713] Erst drei Wochen nach der Attacke war die Genesung so weit fortgeschritten, dass eine längere Aussprache mit dem Patienten wieder möglich war. Als Sibilia ans Krankenlager trat, fand er den Kanzler in guter Verfassung vor („*abbastanza sol-*

[707] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1924“, fol. 693v. Z. 93 P., Gesandtschaftsbericht,
4. Juli 1924.
[708] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1924“, fol. 684. Z. 84 P., Gesandtschaftsbericht, 24. Juni 1924.
[709] Im Nuntiaturarchiv befinden sich einige handschriftliche Atteste der behandelnden Ärzte; darunter Notizzettel (Briefkopf des Bundeskanzleramtes) mit ärztlichen Aufzeichnungen über den Gesundheitszustand Seipels. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 522 u. 525. Zudem holte der Nuntius auch offizielle Erkundigungen über den Zustand des Kanzlers ein. Vgl. *Reichspost*, 14. Juni 1924, 3.
[710] In der *Reichspost* wurden bis zum 26. Juni 1924 täglich die ärztlichen Bulletins auf der ersten Seite abgedruckt. Siehe *Reichspost*, 2. Juni 1924 bis 26. Juni 1924.
[711] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 528. *L'Osservatore Romano*, 2./3. Juni 1924, 1.
[712] Schenkt man dem Nuntius Glauben, verlangte der Kanzler am 20. Juni nach ihm, woraufhin er sich „*subito*“ ins Krankenhaus begab. Demzufolge fand das Treffen noch am gleichen Tag statt. ASV/AdNdV, Karton 857, fol. 371. N° 102/2450, Nuntiaturbericht, 23. Juni 1924.
[713] Über dieses erste Treffen gibt nur die *Reichspost* Auskunft, welche über die Krankenbesuche des Kanzlers sorgfältig Protokoll führte. Vgl. *Reichspost*, 5. Juni 1924, 3. Was hingegen die zweite Visite Sibilias am 21. Juni betrifft, muss man sich ganz auf die Angaben des Nuntiaturberichts verlassen. Denn das Tagebuch Seipels enthält in der Zeit von 2. Juni bis 2. Juli 1924 keine Einträge. Darin ist der päpstliche Gesandte erstmals wieder am 31. Juli eingetragen. Siehe DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 7.

levato, e nella piena lucidita di mente")[714]. Sofort ließ er ihm die besten Genesungswünsche des Heiligen Vaters zukommen, worüber sich der Geistliche tief bewegt zeigte:

> *„Mgr. Seipel mi si espresse in termini molto commossi verso il Sommo Pontefice manifestando la sua profonda e figliale gratitudine per la sovrana bontà del Santo Padre e per il paterno interesse preso per la di lui salute, e mi pregò di far giungere a Sua Santitá l'espressione di tali vivi sentimenti."*[715]

Danach nahm das Gespräch sehr amikale Züge an. Im Mittelpunkt der Unterredung stand der Gesundheitszustand des Prälaten. Seipel gab sich gegenüber dem Vetreter des Heiligen Stuhls unverblümt offen und vertraute dem Erzbischof aufschlussreiche medizinische Details an:

> „*Poi mi mostrò le fotografie radioscopiche della ferità nel polmone, del proiettile, ora disceso nella parte estrema polmonare destra e dell'infiammazione interna nelle sue diverse fasi. Mi disse inoltre che i medici non vogliono ancora dighiararlo* [sic!] *fuori di pericolo per timore di complicazioni difficilmente prevedibili, attesa la presenza della palla che non si è voluto estrarre."*[716]

Im selben Bericht erinnerte Sibilia seine Vorgesetzten an das bevorstehende 25jährige Priesterjubiläum des Staatsmannes. Auf Anfrage des österreichischen Außenministers erbat sich der Nuntius zu diesem Anlass eine feierliche Note des Heiligen Vaters.[717] Womöglich kam Pastor dem Nuntius hier aber zuvor. Denn der Gesandte brachte in einer Papstaudienz Anfang Juli ebenfalls das Priesterjubiläum des Kanzlers zur Sprache. Sobald Pius von dem Festtag Seipels Kenntnis genommen hatte, nahm der Papst „*sofort ein Blatt Papier zur Hand und notierte sich das Datum, beauftragte mich* [Pastor] *aber außerdem noch, Msgr. Pizzardo im Staatssekretariat den Tag anzugeben, damit er ja nicht vergessen werde.*" Der Papst nützte außerdem die Begegnung mit dem österreichischen Geschäftsträger, um sich nach dem Zustand des Kanzlers zu erkundigen. Die Kunde über die fortschreitende Besserung vernahm er mit sichtlicher Freude. Dabei gedachte er einmal mehr der großen Verdienste des österreichischen Politikers. Mit dem Wunsch, dem

---

[714] ASV/AdNdV, Karton 857, fol. 371. N° 102/2450, Nuntiaturbericht, 23. Juni 1924. Eigene Übersetzung: „*ziemlich gehoben und bei klarem Verstand*".

[715] Ebda., fol. 371. Eigene Übersetzung: „*Msgr. Seipel sprach zu mir in sehr ergriffener Weise über den höchsten Pontifex, wobei er seine tiefe und kindliche Dankbarkeit über die hoheitliche Güte des Heiligen Vaters und über das väterliche Interesse an seiner Gesundheit bekundete und mich bat, seiner Heiligkeit den Ausdruck seiner tiefen Gefühle zu übermitteln.*"

[716] Ebda., fol. 371. Eigene Übersetzung: „*Danach zeigte er mir die Röntgenbilder der Lungenverletzung, des Projektiles, das jetzt in den äußersten rechten Lungenflügel versank und der inneren Entzündungen in ihren verschiedenen Phasen. Er sagte mir weiters, dass ihn die Ärzte aus Angst vor unvorhergesehenen Komplikationen noch nicht außer Lebensgefahr erklären wollten, wegen der vorhandenen Kugel, welche man nicht herausholen wollte.*"

[717] Ebda., fol. 370.

Kanzler seinen besonderen Segen zum weiteren Fortschritt zu übersenden, entließ Pius XI. den österreichischen Geschäftsträger.[718]

Der wenige Tage später aufgesetzte Brief des Papstes war im gleichen Ton gehalten. In dem lateinischen Schreiben vom 7. Juli wandte sich das Kirchenoberhaupt persönlich an den Bundeskanzler und strich dessen Leistungen öffentlich hervor:[719]

> „*Wie hoch Wir sowohl Deinen priesterlichen Lebenswandel als insbesondere die weise und unermüdliche Arbeit einschätzen, die Du für die Wiederaufrichtung Eures Staates auf Dich genommen hast, ist Dir bereits wohlbekannt. Daß in diesem Urteil das österreichische Volk vollständig mit uns übereinstimmt, hat es insbesondere gezeigt, als es lange in Angst und Sorge um Dein Leben zu Gott um die Gnade flehte, daß Du zum Wohle Deiner Mitbürger, die Dich verehren, und Eures gemeinsamen Vaterlandes unversehrt erhalten bleibest. Die Nachricht, daß sich allmählich Deine Gesundheit wieder befestigt, erfüllt, wie sie alle Guten erfreut, so auch Uns mit größter Befriedigung.*“[720]

In Wien langte der Brief erst am 21. Juli ein. Sofort nach Erhalt des hohen Schriftstücks begab sich der Nuntius persönlich zum Empfänger. Außenminister Grünberger verriet Sibilia, dass sich der Bundeskanzler außerordentlich freuen würde, die päpstlichen Glückwünsche von dessen Stellvertreter in Österreich überreicht zu bekommen. Tief bewegt über die päpstliche Anerkennung bedankte sich der verwundete Regierungschef für das besondere Interesse aus Rom. Die emotionale Reaktion Seipels fand eine ausführliche Dokumentation durch den Nuntius. Dem offiziellen Part folgte ein vertrauliches Gespräch der beiden Geistlichen. In seltener Offenheit schüttete der Kanzler dem Diplomaten sein Herz aus. Dabei konfrontierte er sein Gegenüber sogar mit Versagensängsten. Besonders belastete ihn die Stabilität der Regierung, welche er aufgrund der zweifelhaften Haltung der Großdeutschen („*della dubbia condotta dei nazionalisti o pangermanisti*“) als sehr gefährdet ansah. Angesichts dieser schwierigen Situation, sei er beinahe etwas traurig, beim Attentat nicht getötet worden zu sein, obgleich er für diesen Schritt gut vorbereitet gewesen wäre („*...dicendomi perfino che quasi quasi era dolente di non esser morto, essendo ben preparato e disposto per quel passaggio*“). In diesem Zusammenhang verriet

[718] Vgl. Wilhelm Wühr, Hg., Ludwig von Pastor. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Heidelberg 1950, 800f.
[719] Vgl. WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Acta Apostolicae Sedis, Bd. 16, Rom 1924, 358, http://www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS%2016%20%5B1924%5D%20-%20ocr.pdf (27.10.2011).
[720] Zit. u. übersetzt nach Rudolf Blüml, Prälat Dr. Ignaz Seipel. Ein großes Leben in kleinen Bildern, Klagenfurt u. Rosenheim 1933, 148.

er dem Nuntius auch, wie kritisch sein Zustand unmittelbar nach dem Anschlag tatsächlich war.[721]

> „*Il 2 giugno u.s. verso le due pom., ossia 17 ore dopo l'attentato, Mgr. Seipel sentendosi mancar la vita domandò lui stesso e volle ricevere il Santo Viatico e l'Estrema unzione con somma edificazione e commozione dei pochi presenti, ai quali però fu imposto assoluto segreto su tale cirstanza, sia per non allarmare i buoni sia per non aggiungere ansia ai socialisti veri autori dell'attentato*."[722]

In Rom machte man sich über die Hintergründe des Attentäters ebenfalls Gedanken. Schon bald machte in vatikanischen Kreisen das Gerücht die Runde, der Anschlag sei von der Freimaurerei verübt worden. Zum Durchbruch in die höchste Ebene verhalf dem Ondit der österreichische Gesandte beim Heiligen Stuhl. Als er vom Anschlag auf den Bundeskanzler erfuhr, vertraute er am 2. Juni seinem Tagebuch eine alte Erinnerung an:

> „*Soeben erschreckte mich die Nachricht vom Attentat auf unseren Bundeskanzler Seipel. Man sieht wieder einmal, wie die Menschen verhetzt sind und auf welchem Vulkan wir leben. Wie mir mein Kollege Somssich mitteilte, hörte Justinian Seredi im hiesigen Benediktinerkloster S. Anselmo von einem Pater aus Seitenstetten, es sei dort ein Novize, der 1923 einer Freimaurerversammlung beiwohnte, in der das Attentat auf Seipel beschlossen wurde. Seine Erzählung fand damals jedoch keinen Glauben.*"[723]

Dass Pastor diese Anekdote nicht für sich behielt, sondern der Kirchenleitung mitteilte, geht aus einem späteren Gesandtschaftsbericht eindeutig hervor. Demzufolge nahm man das Gerücht durchaus ernst, auch wenn die Reaktion darauf erst Monate später erfolgte.

> „*Merkwürdigerweise kam bei meiner heutigen Audienz der Cardinalstaatssekretär hierauf zurück und sagte mir, er sei davon überzeugt, dass das Attentat von der Loge ausgegangen sei. Auf meine Frage, von welcher Loge, sagte er, es sei eine solche in Wien. Der Cardinal verbreitete sich dann länger über die gefährliche Tätigkeit des Freimaurerordens*."[724]

---

[721] Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 36f. N° 110/2555, Nuntiaturbericht, 24. Juli 1924.

[722] ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 36f. N° 110/2555, Nuntiaturbericht, 24. Juli 1924. Eigene Übersetzung: „*Am 2. Juni gegen 2 Uhr nachmittags, das bedeutet 17 Stunden nach dem Attentat, verspürte Msgr. Seipel das Leben zu verlieren und verlangte zur ganzen Erbauung und vollen Ergriffenheit der wenigen Anwesenden das Viaticum und die letzte Ölung zu erhalten, was von diesen absolut geheim gehalten wurde, sei es um die Guten nicht zu alarmieren oder sei es um die Sehnsucht der Sozialisten nicht zu stillen, welche die wahren Urheber des Attentats sind.*" In diesem Zusammenhang sprach Sibilia das erste Mal von den „*buoni"*. Da der Nuntius keine klaren Aussagen tätigte, welchen Personenkreis er unter diesem Sammelbegriff zusammenfasst, besitzen seine Ausführungen stets eine gewisse Unschärfe. Fest steht allerdings, dass er in die „*buoni"* große politische Erwartungen gesetzt hat.

[723] Wühr, Ludwig von Pastor, 1950, 799.

[724] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1925", fol. 769. Z. 10 P., Gesandtschaftsbericht, 9. Jänner 1925, Vermerk: „*Streng geheim*".

Ein markantes Detail am Rande des Attentates sind die zeitgleich ablaufenden Bemühungen aus Seipels Umfeld, für den Priesterpolitiker die erzbischöfliche Würde in Rom zu erwirken. Ausgangspunkt dieser Bestrebungen war die Domweihe zu Linz. Nachdem der österreichische Kurienkardinal Andreas Frühwirth auf Ansuchen des Linzer Bischofs vom Papst als Kardinallegat für die Feier am 1. Mai 1924 entsandt wurde[725], war der Kirchenfürst von der zuvorkommenden Behandlung so beeindruckt, dass er beim Papst um päpstliche Auszeichnungen für die Organisatoren anfragte.[726] Die österreichischen Stellen hatten jedoch allen Grund, die nötigen Anordnungen für einen gelungen Aufenthalt des kirchlichen Würdenträgers zu treffen. Immerhin ging der Ankunft Frühwirths eine interne Mahnung des Vatikanbotschafters Pastor voran, der beim Ministerium urgierte, dass „*der Cardinal seiner Würde entsprechend"* zu behandeln sei. Dieser Hinweis war nach Meinung Pastors nicht unbegründet, da „*Cardinal Frühwirth bei seiner letzten Reise nach Oesterreich sich leider auf österreichischem Boden einer ganz unwürdigen Behandlung ausgesetzt sah.*" Dabei sei es sogar zu einem Klagebrief Frühwirths an den Papst gekommen, „*in welchem die Worte stehen sollen, nirgendwo werde ein Cardinal so schlecht behandelt, wie in Oesterreich*."[727]

In Wien wollte man dieses Mal alles richtig machen und nahm die Ratschläge Pastors dankend an. Am 14. April 1924 erkundigte sich Außenminister Grünberger beim Nuntius nach der genauen Ankunft des Kardinallegaten, um ihm – ganz der Empfehlung Pastors folgend –, „*von Tarvis bis nach Wien"*[728] einen würdigen Empfang bereiten zu können. Dazu sollte ihm ab der österreichischen Grenze ein Salonwagen zur Verfügung gestellt werden. Die persönliche Begrüßung im Namen der Bundesregierung kam den hochrangigen Staatsbeamten Wilhelm Klastersky und Emil Junkar zu, die den Staatsgast bis Wien eskortierten.[729] Begleitet wurden diese ersten Maßnahmen von einem persönlichen Schreiben des österreichischen Bundespräsidenten an den Papst, worin er sich für den

[725] Pastor wurde vom Kardinalstaatssekretariat bereits im Februar über die Bestellung Frühwirths zum Kardinallegaten informiert. Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 48 u. 50. N° 27963, Staatssekretariat an Ludwig Pastor, o.D. bzw. Andreas Kardinal Frühwirth an Giuseppe Pizzardo, 21. Februar 1924.
[726] Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 79v. Andreas Kardinal Frühwirth an Papst Pius XI., 27. Juni 1924.
[727] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 4, Fasz. „pol. Berichte 1924". Z. 49 P., Gesandtschaftsbericht, 10. April 1924, Abschrift.
[728] Ebda.
[729] Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 60. N° 89/2199, Nuntiaturbericht, 14. April 1924.

Ehrenbeweis, einen Kardinallegaten nach Österreich zu entsenden, bedankte.[730] Damit aber noch nicht genug der Ehrenbezeugungen; bei seiner Ankunft in Wien wurde dem Kardinal ein gebührender Empfang bereitet.[731] Noch bevor er der eigentlichen kirchlichen Feier beiwohnte, entschied man sich, dem gebürtigen Kärntner „das große Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich" zu verleihen. Unterzeichnet wurde dieser Beschluss von Bundespräsident Hainisch und Bundeskanzler Seipel.[732] Schwer beeindruckt von dieser erstklassigen Behandlung wollte der Kirchenfürst den Österreichern um nichts nachstehen und sagte offenbar noch in Österreich zu, die verantwortlichen Organisatoren seines Aufenthaltes im Gegenzug mit päpstlichen Orden zu versehen.[733] Wesentlichen Einfluss auf diese Entscheidung hatte der päpstliche Nuntius Sibilia. Er überzeugte den Kardinal von der Einzigartigkeit dieser Ehrenbezeugungen gegenüber seiner Person, die nach einer adäquaten Gegenleistung verlangen würden. Auch in Rom wurde in diese Richtung weiter auf den Kardinallegaten eingewirkt. Der österreichische Gesandte beim Heiligen Stuhl schloss sich diesen Bestrebungen an, erachtete es aber für notwendig, dass bei dieser Gelegenheit auch der Kanzler ausgezeichnet werden müsste. Eine solche Auszeichnung könnte aber nach Dafürhalten Pastors nur in der bischöflichen Würde bestehen. Bei Kardinal Frühwirth stieß dieser Vorschlag sofort auf offene Türen und er wandte sich am 18. Mai 1924 an den zuständigen Wiener Ordinarius, dessen Zustimmung noch eingeholt werden musste.[734] Die Anfrage Frühwirths blieb vorerst aber unbeantwortet. Dennoch wollte man in Rom (auch nach dem Attentat gegen Ignaz Seipel) nicht von dem Vorhaben abrücken, schließlich hatte man bereits hochrangige vatikanische Entscheidungsträger für diese Idee gewinnen können. Nach einem Monat des Wartens wollte Pastor, der Spiritus Rektor des Auszeichnungsvorhabens, eine Entscheidung herbeiführen. Der Gesandte wandte sich am 20. Juni selbst an den Wiener Kardinal:

---

[730] Vgl. ASV/ Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 55. Bundespräsident Michael Hainisch an Papst Pius XI. Auf den Dominikaner machten diese Bemühungen sichtlich Eindruck. Gegenüber dem Kardinalstaatsekretariat zeigte er sich „*molto riconoscente al Sig. Presidente ed al Sig. Ministro degli Esteri per le attenzione e gentilezze che vogliono usare con me*". ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 61. N° 29835, 20. April 1924. Andreas Kardinal Frühwirth an Giuseppe Pizzardo. Eigene Übersetzung: „*sehr dankbar gegenüber dem Herrn Bundespräsidenten und Herrn Außenminister für die Aufmerksamkeit und Höflichkeit, welche sie ihm zuteil werden ließen*."

[731] Vgl. *Reichspost*, 28. April 1924, 1.

[732] Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 65. Vorschlag über die auszuzeichnenden Personen, 27. April 1924.

[733] Ebda., fol. 75. Liste – empfangen vom österr. Außenamt (29. April 1924) – mit vorgeschlagenen Personen für eine päpstliche Auszeichnung. Darauf befinden sich folgende Namen: Minister Dr. Grünberger, Sektionschef Dr. Löwenthal, Ministerialrat Klastersky, Sektionschef Dr. Uebelhör, Gesandter Dr. Junkar, Sektionschef Dr. Horicky, Sektionsrat Blaas, Sektionsrat Wimmer.

[734] Vgl. DAW, Bischofsakten Piffl 1921-1924, Fasz. 1924. Andreas Kardinal Frühwirth an Friedrich G. Kardinal Piffl, 28. Mai 1924.

„*Inzwischen ist die Angelegenheit auch bei S. Eminenz dem Cardinalstaatssekretär, der sehr dafür ist, zur Sprache gekommen und warten wir nur auf die gnädige Zustimmung Ew. Eminenz. Da offenbar ein Schreiben Ew. Eminenz verloren gegangen sein dürfte, bitte ich mir rekommandiert möglichst bald eine entsprechende Mitteilung zukommen zu lassen, damit ich den Cardinalstaatssekretär und Card. Frühwirth verständigen kann.*“[735]

Als Pastors Schreiben in Wien eintraf, war es bereits gegenstandslos. Der Wiener Erzbischof hatte Frühwirth in der Zwischenzeit geantwortet. Das Schreiben Piffls ist allerdings nicht, wie von Pastor angenommen, auf dem Postweg verloren gegangen, sondern der Kardinal hatte die Antwort bewusst hinausgezögert. Nach eigenen Angaben hinderte zunächst eine Visitationsreise eine rasche Antwort und „*dann kam die unselige That, die das Leben des Bundeskanzlers noch heute in Gefahr hält*.“ Das Attentat hatte nach Ansicht des Wiener Ordinarius gänzlich neue Umstände herbeigeführt.

„*An und für sich wäre gegen die Verleihung der bischöflichen Würde an den Bundeskanzler Dr. Seipel gewiss nichts einzuwenden. In normalen Zeiten hätte ich Schwierigkeiten in seiner Stellung als Politiker gefunden. Die bestehen aber jetzt nach meiner Meinung auch nicht mehr. Auch die gegnerischen Blätter schreiben von der Persönlichkeit Seipels jetzt das Beste. Im Augenblick, wo zu seinen persönlichen Verdiensten noch die Gloriole des Märtyrertums tritt, würde von Freund und Feind die seltene Auszeichnung wolverstanden* [sic!] *werden. Auch er selbst würde über diese Auszeichnung durch den Heiligen Vater eine grosse Freude haben. Auf die Dauer wird er ja doch nicht Politiker bleiben können. Denn wenn er jetzt noch gesund wird, wird er seine Kräfte sehr schonen müssen und ist einmal das Sanierungswerk gelungen, dann wird der Katholische Geistliche sicher als Ministerpräsident eine schwere Belastung sein. Er wird gerne Platz machen. Aus diesen Gründen möchte ich glauben, dass die Verleihung der Bischöflichen Würde an Dr. Seipel auch seiner politischen Thätigkeit nicht widerstreiten würde.*“[736]

Die Antwort des Wiener Ordinarius gibt reichlich Spielraum für Interpretationen. Nach außen stellte er sich mit dieser Versicherung klar hinter die Auszeichnung. Gleichzeitig transportierte er in der Zusage aber eine Reihe von Zweifeln und Bedenken. Unüberhörbar ist etwa die skeptische Mutmaßung, dass die erzbischöfliche Würde zwangsläufig das Ende der politischen Laufbahn Seipels bedeuten würde, da sie mit der Überparteilichkeit der Kirche nicht vereinbar sei. Als kontraproduktiv muss auch der Versuch gelten, beiläufig eine weitere Bischofsernennung anzuregen. Stellte doch schon die Auszeichnung Seipels ein sehr heikles Unterfangen dar. Der Wiener Kardinal warf im Postskriptum ein, dass die päpstliche Auszeichnung Seipels „*vielleicht auch die Erhebung des Weihbischofs*

[735] DAW, Bischofsakten Piffl 1921-1924, Fasz. 1924. Ludwig (von) Pastor an Friedrich G. Kardinal Piffl, 20. Juni 1924.
[736] ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 77-78. Friedrich G. Kardinal Piffl an Andreas Kardinal Frühwirth, 16. Juni 1924.

Dr. Pfluger zur Tit. Erzbischöflichen Würde zur Folge haben sollte.“ Denn dieser verdiente Kleriker könnte sich ansonsten „*doch irgendwie zurückgesetzt sehen, wenn ihn nicht die gleiche Auszeichnung zu Theil würde*.“ Außerdem glaubte Piffl, „*dass der Heilige Vater sicher auch mit der Erhebung des Dr. Pfluger zum Tit. Erzbischof einverstanden wäre*.“[737] Welche Absichten der Kardinal hier tatsächlich verfolgte, lässt sich nur schwer ergründen. Es hat jedoch den Anschein, als wollte der Wiener Ordinarius eine Beförderung Seipels bewusst verschleppen wollte. Womöglich fürchtete er, dass ein vorzeitiges Ausscheiden Seipels negative Folgen für die politische oder wirtschaftliche Entwicklung des Landes nehmen könnte. Immerhin sprach er die Leistungen des Priesters bei der Haushaltssanierung direkt an. Nicht zu vergessen sind die mit der Priesterkanzlerschaft verbundenen Annehmlichkeiten für die katholische Kirche Österreichs. Ein politischer Rückzug des Geistlichen hätte demnach auch den Verlust politischer Einflussmöglichkeiten mit sich gezogen. Für diese Annahme spricht zumindest ein Brief des Kardinals an Ignaz Seipel aus dem Jahr 1930, wo er diesem aus gesundheitlichen Gründen rät, kürzer zu treten und bei dieser Gelegenheit klarstellte, ihn nicht zur politischen Tätigkeit drängen zu wollen, sondern ihn auch als Ratgeber schätzen würde.[738] Andreas Frühwirth interpretierte die Antwort aus Wien durchgehend positiv. Am 27. Juni leitete der Kurienkardinal in einem italienischen Schreiben an den Papst die nötigen Schritte für die päpstlichen Auszeichnungen ein. Zunächst legt er eine Liste von Mitarbeitern des österreichischen Außenamtes vor, welche nach Absprache mit dem Nuntius für eine Auszeichnung vorgesehen waren.[739] Bei diesen Beamtenauszeichnungen handelte es sich in weiterer Folge nur noch um einen Formalakt, auch wenn es bezüglich der auszuzeichnenden Personen zwischen dem Nuntius und dem Staatssekretariat noch zu Missverständnissen kam.[740] Das Ansuchen um die erzbischöfliche Würde für Ignaz Seipel wurde hingegen

[737] Vgl. ebda., fol. 78.
[738] DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 2, Fasz. 3, fol. 194. Friedrich G. Kardinal Piffl an Bundeskanzler Ignaz Seipel, o.D.
[739] Die mit dem Nuntius vereinbarte Liste sah folgende Auszeichnungen vor: Minister Dr. Grünberger (Großkreuz des Ordens des hl. Gregor des Großen), Sektionschef Dr. Löwenthal (Großkreuz des Ordens des hl. Sylvester), Ministerialrat Klastersky (Großoffizier d. Ordens des hl. Gregor d. Großen), Sektionsschef Dr. Uebelhör, Sektionschef Dr. Horicky, Gesandter Dr. Junkar (Großkreuz des Ordens des hl. Sylvester), Sektionsrat Blaas und Sektionsrat Wimmer (Komtur des Ordens des hl. Gregor des Großen).“ ASV/ Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 79. Andreas Kardinal Frühwirth an Pius XI., 27. Juni 1924.
[740] Den Quellen nach zu schließen waren zwei verschiedene Listen mit auszuzeichnenden Personen im Umlauf. Nach Angabe des Staatssekretariats, das sich auf Kardinal Frühwirth stützte, verlangte die Regierung nur nach sechs Auszeichnungen, weshalb eine nachträgliche ‘Verlängerung‘ der Liste als schwierig beurteilt wurde. Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 85 u. 85v. Giuseppe Pizzardo an Nuntius Enrico Sibilia, o.D., Abschrift. Am 22. Oktober stellte der gerade in seiner Heimatstadt Agnani weilende Nuntius fest, dass es sich dabei um einen Irrtum handeln müsse. Obwohl er die Liste gerade nicht

eigens vorgetragen. Frühwirth ließ den Papst wissen, dass es dem ausdrücklichen Wunsch des Apostolischen Nuntius entsprechen würde, „*che Vostra Santità si degnasse, di conferirgli il titolo di Arcivescovo.*“[741] Ohne lange Umschweife begründete der österreichische Kurienkardinal dieses Ansuchen mit der Tugendhaftigkeit des Politikers, die durch das Attentat noch zusätzlich unterstrichen worden sei: *„Le virtù esimie e le doti straordinarie di Monsignor Seipel sono note a tutti l'esecrando attentato gli ha destato l'ammirazione generale.“*[742] Zudem sei nach Meinung des zuständigen Bischofs in Wien, der Zeitpunkt gerade sehr günstig für einen solchen Schritt gewesen.[743]

Am Schreibtisch des Papstes fand diese Episode schließlich ihr Ende. Der Papst wollte sich dem befürwortenden Urteil des Kardinalstaatssekretärs nicht anschließen. Weder Ignaz Seipel noch Josef Pfluger wurden mit der erzbischöflichen Würde bedacht. Womöglich hatte bei dieser Entscheidung das zweideutige Schreiben aus Wien den Ausschlag gegeben. Jedenfalls hielt auch der Pontifex einen Erzbischof in höchster politischer Funktion für unangebracht. Ein Indiz dafür, dass man auch in Rom den talentierten Priester noch länger im Bundeskanzleramt sehen wollte.

---

bei der Hand hatte, glaubte er sich zu erinnern, dass auf der ihm in zweifacher Ausfertigung überreichten Liste – eine ließ er archivieren, die zweite übergab er an Kardinal Frühwirth – von mehr Auszeichnungen die Rede gewesen war (siehe Anm. 739). Der Nuntius, der offenbar in den Verdacht geraten war, subjektive Interessen zu vertreten, warnte jedoch davor, die Liste ohne weiteres zu verkleinern. Denn es wäre zu befürchten, dass eine solche Vorgehensweise „*potrebbe suscitare qualche lamento o dar luogo a qualche sinistra supposizione*“. Eigene Übersetzung: „*könnte manche Klagen verursachen oder linken Mutmaßungen Platz machen*.“ ASV/ Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 83. Enrico Sibilia an Giuseppe Pizzardo, 22. Oktober 1924. Aufgrund dieses Missverständnisses erfolgten die Auszeichnungen der Personen nicht am gleichen Tag. Grünberger, Klastersky, Blaas, Wimmer, Höricky und Junkar wurden offiziell am 23.10.1924 dekoriert, während Löwenthal und Uebelhör ihre Orden erst am 20.12.1924 erhielten. Vgl. WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Acta Apostolicae Sedis. Bd. 17, Roma 1925, 36f. u. 38, http://www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS%2017%20%5B1925%5D%20-%20ocr.pdf (05.01.2011).

[741] ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 311, Fasz. 3, fol. 79v. Andreas Kardinal Frühwirth an Pius XI., 27. Juni 1924.

[742] Ebda., fol. 79v. Eigene Übersetzung: „*Die hervorragenden Tugenden und außergewöhnlichen Begabungen von Monsignore Seipel sind allen bekannt und das verabscheuende Attentat hat ihm allgemeine Bewunderung eingebracht*.“

[743] Vgl. ebda., fol. 79v.

3.3. Der überraschende Rücktritt

> *„Die Erwägung, daß das große Ziel sicherer erreicht wird, wenn die Führung der Staatsgeschäfte jetzt an eine andere Persönlichkeit übergeht, veranlaßt mich, die Betrauung mit der Neubildung der Regierung in die Hände des Hauptausschusses zurückzulegen. Dabei leitet mich auch die Rücksicht auf meine seit der Verwundung verminderte Leistungsfähigkeit.“*[744]
>
> Ignaz Seipel

In den vatikanischen Quellen findet die von der historischen Forschung bisher vertretene Ansicht Bestätigung, wonach Seipel seinen Entschluss zum Rücktritt am 8. November 1924 kurzfristig und unvorbereitet gefasst hatte.[745] Auch die Apostolische Vertretung in Wien, die, wie im Lauf der Arbeit noch zu sehen sein wird, durch Seipel stets weitreichende Einblicke in die Regierungsarbeit erhielt, musste die Rücktrittsmeldung aus den Zeitungen erfahren. Allerdings ist der diesbezügliche Nuntiaturbericht vom 8. November 1924 nicht von Enrico Sibilia verfasst worden, sondern trägt die Unterschrift des Nuntiaturmitarbeiters Fioretti[746]. Nachdem das Gros der Gesandtschaftsberichte vom Nuntius persönlich unterzeichnet wurde, kann in der stellvertretenden Signatur ein Indiz für eine kurzfristige Verhinderung des Nuntius gesehen werden, die möglicherweise im Zusammenhang mit dem spontanen Rücktritt der Regierung Seipel stand. Denn laut *Reichspost* wurde der Apostolische Gesandte am 10. November vom Papst in Audienz genommen. Ob die Vorsprache Sibilias in Rom tatsächlich in Verbindung mit der österreichischen Regierungskrise zu sehen ist oder doch auf ein länger zurückreichendes Arrangement zurückgeht, verrät der Zeitungsbericht nicht.[747] Fest steht nur, dass für Fioretti der kollektive Regierungsabgang unvermutet kam. Sein Bericht spricht von einem unvorhergesehenen Schritt, der das ganze Volk, welches großes Vertrauen in das Werk des Prälaten hatte, überrascht hätte. Als Ursache der Demission nannte der Rapport die gescheiterten Lohnverhandlungen zwischen Regierung und Eisenbahn-Gewerkschaft. Nachdem sich die Regierung geweigert hätte, den Lohnforderungen der Eisenbahner zu entsprechen, drohten

[744] Ignaz Seipel, zit. nach *Reichspost*, 18. November 1924, 1.
[745] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 415.
[746] Weder in den römischen Jahrbüchern noch in den Wiener Schematismen gibt es zu Fioretti einen Eintrag, wodurch ausgeschlossen werden kann, dass es sich um den Sekretär des Nuntius gehandelt hatte. (Laut Schematismus der Erzdiözese Wien 1924 war die Stelle des Nuntiatursekretärs zum Zeitpunkt der Drucklegung jedoch unbesetzt.) Vgl. Erzdiözese Wien, Personalstand der Säkular- u. Regular-Geistlichkeit der Erzdiözese Wien nach dem Stande vom 1. April 1924, Wien 1924, 7. Ebenso wenige Hinweise auf Fioretti liefert das *Annuario Pontificio* der Jahre 1922 bis 1930.
[747] Vgl. *Reichspost*, 11. November 1924, 6.

diese mit Streikmaßnahmen und provozierten so die Demission des Kabinetts.[748] Fioretti ergriff aber sofort Partei für die Regierung, indem er erklärte, dass ein Nachgeben allen anderen Berufssparten einen Anreiz gegeben hätte, es den Eisenbahnern gleich zu tun. Zudem hätten die Gewerkschaftsforderungen den österreichischen Staatshaushalt um zusätzliche acht Milliarden Kronen belastet, was im offenen Widerspruch zum Sanierungsvorhaben der Regierung stünde.[749] Die Neuwahl des Kabinetts wäre bereits für nächsten Dienstag anberaumt worden. Aus gut informierten Kreisen wurde dem Nuntiaturmitarbeiter aber zugetragen, dass eine Wiederwahl Seipels als sicher angenommen würde („*è data per certa*").[750] Allerdings hätte der Priesterpolitiker seine Wiederkandidatur vorab an gewisse Bedingungen geknüpft. Als „*condizione assoluta*" für eine neuerliche Übernahme der Regierungsgeschäfte – was für Fioretti zum Wohl des Landes sein würde („*per il bene dell'Austria*") – nannte Seipel, dass die nationalsozialistischen Gewerkschaften ihre Agitationen gegen die notwendigen Sparmaßnahmen unterlassen sollten („*che i ... cosi detti socialisti nazionali, ai quali si deve la crisi attuale, cessino di ostacolare i suoi sforzi con le agitazioni mantennte contineamente in mezzo alle classi degli impiegati e degli operai.*").[751] Zweifellos bezog sich der vatikanische Diplomat hier auf das Organ der Christlichsozialen, das den Abbruch der Lohnverhandlungen „*hakenkreuzlerischen Extremisten*" zuschrieb.[752] Die *Reichspost* schoss sich besonders auf die nationalsozialistische *Deutsche Verkehrsgewerkschaft* ein, der sie die Aufwiegelung der anderen Gewerkschaftsverbände vorwarf, welche ein „*weitaus größeres Entgegenkommen bewiesen*" hätten.[753] Animiert durch die Stimmungsmache der Nationalsozialisten wären „*dann auch die gemäßigteren deutschnationalen Elemente und Sozialdemokraten*" zu einem unnachgiebigeren Vorgehen ermutigt worden. [754]

[748] Zur Bewertung des Rücktritts in der Literatur siehe Anm. 761.
[749] Bei den acht Milliarden Kronen handelt es sich um die Differenz aus den Zugeständnissen der Regierung bzw. der Geschäftsführung der Bundesbahnen und den Forderungen der Angestellten. Je nach Quelle schwankt die Zahl allerdings zwischen acht und zehn Milliarden. Die *Reichspost* beziffert die Differenz mit acht, während die *Neue Freie Presse* von „*nicht einmal zehn Milliarden*" spricht. Überhaupt gleicht die Argumentation des Nuntiaturberichts auffällig den Darstellungen der *Reichspost*. Demnach hat Fioretti für seinen Bericht eher zur katholischen *Reichspost* gegriffen als zur liberalen *Neuen Freien Presse*. Vgl. *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 8. November 1924, 2; *Reichspost*, 8. November 1924, 1.
[750] Auch diese Einschätzung Fiorettis deckt sich mit der Berichterstattung der *Reichspost*. Am 12. November titelte man in großen Lettern „*Wiederbetrauung Dr. Seipels*." Vgl. *Reichspost*, 12. November 1924, 1.
[751] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850-851 P.O., Fasz. 22, fol. 50v. N° 130/2866, Nuntiaturbericht, 8. November 1924.
[752] *Reichspost*, 8. November 1924, 1.
[753] Ebda., 2.
[754] Ebda., 1. Die *Neue Freie Presse* führte zwar auch den umfassenden Forderungskatalog der „Deutschen Verkehrsgewerkschaft" an, hielt sich jedoch mit einseitigen Schuldzuweisungen zurück. Vgl. *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 8. November 1924, 3f. Während sich sozialdemokratische und christlichsoziale Eisen-

Unter Berufung auf gut informierte Kreise („*circoli bene informati*“) stellte der Nuntiaturmitarbeiter eine Wiederwahl Seipels unter den oben genannten Bedingungen in Aussicht.[755] Ein persönliches Gespräch mit dem resignierten Regierungschef blieb ihm allerdings verwehrt, da die jüngsten Ereignisse Seipel zu sehr in Anspruch genommen hätten („*è stato occupatissimo*“). Von engen Bekannten des Geistlichen wusste er aber, dass der Rücktritt auch gesundheitliche Gründe gehabt haben soll. Diese Erklärung fiel bei Fioretti auf fruchtbaren Boden, denn auch er hielt die körperliche Verfassung des Prälaten als „*il più grande ostacolo che si frappone a che egli possa proseguiere, per ancora lungo tempo, la magnifica opera intrapesa per la salvezza dell'Austria.*“[756]

Dass Seipels Rücktritt nicht mit vatikanischen Stellen akkordiert war, beweisen auch die Reaktionen aus dem Apostolischen Palast, die über die österreichische Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl ihren Weg nach Wien fanden. In gewohnt bildlicher Manier schilderte Pastor seine Vorsprache im Staatssekretariat anlässlich der „Regierungskrise“ in Österreich. Dort hatte die Nachricht von der Demission allgemein „*große Bestürzung“* hervorgerufen.

> „*Der Cardinalstaatssekretär Gasparri und der greise Cardinal Vannutelli als Dekan des heiligen Kollegiums sprachen sich in dessen Namen in diesem Sinne aus und äußerten die Hoffnung auf baldige Wiederübernahme der Geschäfte durch den Mann, von dem die Sanierung Oesterreichs abhänge. Der Cardinalstaatssekretär Gasparri fügte noch hinzu, er hoffe dass ebenfalls unser bewährter Außenminister*

---

bahngewerkschafter durchaus kompromissbereit zeigten, wollte die *Deutsche Verkehrsgewerkschaft* keinem einzigen Vorschlag der Bundesbahnverwaltung zustimmen. Nun zählte die Reform der Bundesbahnen aber zu den wichtigsten Maßnahmen der Regierung, weshalb sie auch bei den Lohnverhandlungen nicht vom harten Sparkurs abweichen wollte. Um den Druck auf die Gewerkschaften zu erhöhen, trat sie geschlossen zurück und Seipel kündigte an, nur unter der Bedingung der Beendigung des Streikes die Sanierung weiterführen zu wollen. Vgl. Franz Schausberger, Rudolf Ramek. Notizen zu einer politischen Biographie, in: Reinhard Krammer, Christoph Kühberger u. Franz Schausberger, Hg., Der forschende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag, Wien, Köln u. Weimar 2010, 193.

[755] Auf welche Quelle sich Fioretti stützt, ließ er unbeantwortet. Aus der *Reichspost* stammte diese Information mit Sicherheit nicht. In den Ausgaben des 8. und 9. November wurden noch keine diesbezüglichen Spekulationen angestellt. Hingegen wurde im Abendblatt der *Neuen Freien Presse* bereits über eine Wiederwahl der Regierung 'laut' nachgedacht, ohne jedoch irgendwelche Bedingungen zu nennen. Vgl. *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 8. November 1924, 1. Allerdings war die Wiederwahl Seipels zu diesem Zeitpunkt schon ein offenes Geheimnis. Leopold Kunschak erklärte bei einer Versammlung des Christlichsozialen Arbeitervereins, dass sich nicht die Frage stelle, „*Seipel oder ein anderer, sondern Seipel oder kein Christlichsozialer*." Zit. nach Schausberger, Rudolf Ramek, 2010, 193.

[756] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850-851 P.O., Fasz. 22, fol. 51. Eigene Übersetzung: „*das größte Hindernis, das verhindert, noch für lange Zeit sein famoses Werk zur Rettung Österreichs fortsetzen zu können*.“ Bis zum endgültigen Verzicht Seipels war seine gesundheitliche Verfassung allerdings nicht Gegenstand der innenpolitischen Berichterstattung. Erst in seiner Verzichtserklärung an den Nationalratspräsidenten Miklas brachte der Prälat seine „*seit der Verwundung geminderte persönliche Leistungsfähigkeit*“ ins Spiel. *Reichspost*, 18. November 1924, 1. Auch in der Fachliteratur ist davon nur in Nebensätzen die Rede. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 415; Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 203f.

Dr. Grünberger wieder auf seinen Posten zurückkehre. Unter den beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomaten sprachen die meisten ihr Bedauern über den Abgang des Bundeskanzlers Seipel aus, der für Oesterreich sehr schlimme Folgen haben müsse."[757]

Eine Begründung für den geschlossenen Kabinettsrücktritt blieb der Gesandtschaftsbericht schuldig. Nachdem die Vertretung beim Heiligen Stuhl mit Ausnahme der amtlichen Mitteilung keine anderweitige Order aus Wien erhielt, ist davon auszugehen, dass Pastor gegenüber den vatikanischen Repräsentanten an der offiziellen Aussendung der Bundesregierung festhielt. In der österreichischen Presse regten sich hingegen schon bald Zweifel an der bekanntgegebenen Demissionserklärung. Die Arbeiterzeitung sprach gar von einer „*Komödie*" und einem „*listigen Manöver*" der Regierung.[758] Auch für Rudolf Blüml, den loyalen Seipel-Biographen, geschah der Rücktritt „*aus öffentlich wohl nur teilweise bekannten Gründen*".[759]

Zu dieser Überzeugung gelangte auch der Wiener Nuntius Sibilia, der nach seiner Romvisite erstmals wieder am 20. November anlässlich der Neuwahl der Regierung zur Feder griff. Sein Bericht wies deutliche Abweichungen zu den Darstellungen seines Mitarbeiters Fiorettis auf. Einleitend erinnerte er mit dem 'Eisenbahnerstreik' an den Auslöser der Demission der Bundesregierung. Erst danach wandte er sich der Neuwahl der Regierung zu. Das Nachfolge-Kabinett nahm allerdings nur einen sehr bescheidenen Stellenwert in den Ausführungen des Gesandten ein. Lediglich in einem Satz am Ende des Berichts kam er auf das neue Kabinett zu sprechen. Gleichsam als Qualitätsnachweis für die neue Staatsführung führte er die Beteiligung Seipels an der Regierungsbildung an: „*Del resto il nuovo Gabinetto è stato formato da Mgr. Seipel, e perciò la situazione, almeno per ora, resta immutata*."[760] Anstatt seinen Vorgesetzten die neue Führungsgarnitur vorzustellen, widmete sich der Diplomat aber lieber der österreichischen „Regierungskrise". Klarer als Fioretti schlug sich Sibilia auf die Seite des Bundeskanzlers. Die Lohnforderungen der Bahnangestellten bezeichnete er als Hochmut („*pretensioni*"), den der Kanzler nicht aus der Staatskasse bezahlen wollte, um nicht weiteren Forderungen anderer Standesvertretungen Tür und Tor zu öffnen. Hinter den Kulissen haben sich nach Einschätzung Sibilias

[757] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, fol. 731rf. Z. 124 P., Gesandtschaftsbericht, 15. November 1924.
[758] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 415.
[759] Blüml, Ein großes Leben in kleinen Bildern, 1933, 31. Für Blüml spielten jedoch auch die gesundheitlichen Gründe eine maßgebliche Rolle bei der Entscheidung des Kanzlers.
[760] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850-851 P.O., Fasz. 22, fol. 53. N° 191/2881, Nuntiaturbericht, 20. November 1924. Eigene Übersetzung: „*Im Übrigen wurde das neue Kabinett von Msgr. Seipel zusammengestellt, und deshalb bleibt die Situation zumindest jetzt unverändert.*"

jedoch andere Szenen abgespielt, als in der offiziellen Demissionserklärung verlautbart wurde. Die wahren Ursachen für den Rücktritt ortete der Nuntius in einem „leidvollen Zwiespalt" innerhalb der Christlichsozialen Partei. Anders als die bürgerliche Presse, welche die Differenzen in den zuwiderlaufenden Interessen der Ländervertreter und der christlichsozialen Bundesparteileitung betreffend der Bundesfinanzverfassung ausmachte[761], vermutete der Nuntius hinter diesem internen Konflikt ein bewusste Störaktionen – „*fomentato e aizzato dai socialisti e pangermanisti, desiderosissimi di scinderlo*" [762] – der politischen Kontrahänten.[763] Um diesen Absichten entgegen zu wirken, hätte sich Seipel vom Kanzleramt freigespielt und sich „*con tutta la sua influenza*" (mit seinem ganzen Einfluss) dem edlen Ziel („*nobilissimo scopo*") der innerparteilichen Aussöhnung („*ricondurre la concordia e l'unità fra i cristiano-sociali*") gewidmet.[764] Dieses Selbstopfer des Kanzlers war nach Meinung des Nuntius notwendig geworden, da niemand ande-

[761] Unter „bürgerlicher Presse" ist konkret die Berichterstattung der *Neuen Freien Presse* vom 7. bis 21. November 1924 zu verstehen. Wie die Zeitung schreibt auch die historische Fachwelt Seipels Amtsverzicht diesem parteiinternen Disput zu, welcher für Wohnout auf die föderale Ausrichtung der Partei und ihre ständische Bündestruktur zurückzuführen ist. Bis 1933 hatten die Christlichsozialen „nicht einmal ansatzweise" ein „homogenes organisatorisches Profil". Das einzige „Machtzentrum auf Bundesebene" bildete der Parlamentsklub der Partei, wodurch der Klubvorstand „zum eigentlichen politischen Entscheidungsgremium der Christlichsozialen wurde." Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 190-191.
Goldinger glaubt deshalb nicht, dass „der Streik der Eisenbahner, der in wenigen Tagen beigelegt werden konnte," das Handeln Seipels bestimmte, „sondern die Erkenntnis, daß er im Kreise der eigenen Partei auf starke Widerstände stieß, die in der Hauptsache von den einzelnen Landesregierungen ausgingen." Aus Angst vor unliebsamen Reformen nützten die Landeshauptleute deshalb die „Regierungskrise", um das Kabinett zu stürzen. Vgl. Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, 1962, 109. Auch für Klemperer bestand im Rückzug des Kanzlers infolge des innerparteilichen Gegenwindes „eine gewisse Absicht", um „das Sanierungsproblem in allen seinen Dimensionen neuerlich aufzurollen." Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 203. Diese Haltung vertrat im Wesentlichen auch die *Reichspost*, die weiterhin energisch auf den harten Sanierungskurs pochte. Tunlichst vermied sie es aber, die internen Spannungen anzusprechen, indem sie sich mit eindeutigen Schuldzuweisungen zurückhielt. Erwähnung fanden die innerparteilichen Konflikte beispielsweise am 19. November in der Rede des Abgeordneten Schönsteiner. Der christlichsoziale Volksvertreter bezeichnete es jedoch als „*unzutreffend*", dass Seipel durch eine „*Resolution der Landeshauptleute gestürzt wurde*". Dass es jedoch „*Meinungsverschiedenheiten*" in der Partei hinsichtlich der „*Regelung des Finanzwesens zwischen dem Bund und den Ländern*" gäbe, stritt er nicht ab. Für die Bundespartei sei es nämlich ein „unerträglicher Zustand", dass der Bund durch die bestehende Regelung, „*der reichen Gemeinde Wien Milliarden in den Rachen wirft*." *Reichspost*, 19. November 1924, 2.

[762] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850-851 P.O., Fasz. 22, fol. 52v. N° 191/2881, Nuntiaturbericht, 20. November 1924. Eigene Übersetzung: „*geschürt und aufgehetzt von Sozialdemokraten und Großdeutschen mit dem Wunsch sie* [die Christlichsozialen] *zu spalten*". Eine Begründung für diese Annahme bleibt der Bericht allerdings schuldig.

[763] Im Gegensatz zur älteren Literatur glaubt Schausberger nicht, dass Seipel von den Landeshauptleuten gestürzt worden sei. Seiner Meinung nach wollte Seipel lediglich die Gunst der Stunde nutzen und neben den Gewerkschaften auch die Bundesländer auf seinen Sanierungskurs einschwören. Dazu berief er für den 14. November eine Konferenz der Landeshauptleute. Dabei ging es vor allem um die Neuregelung der Bundesfinanzverfassung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Seipel konnte sich jedoch gegen die innerparteilichen Widerstände nicht durchsetzen und wollte auch keinen Kompromiss eingehen, weshalb er eine neuerliche Regierungsbildung ablehnte. Vgl. Schausberger, Rudolf Ramek, 2010, 192-194.

[764] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850-851 P.O., Fasz. 22, fol. 52v. N° 191/2881, Nuntiaturbericht, 20. November 1924.

rer als Seipel dazu in der Lage sein würde: „*Ora l'unico uomo, che possa riconciliare gli animi, ricondurli alla concordia e rinsaldare così il detto partito; è precisamente Mgr. Seipel…*"[765]

Erstaunlich an dieser Darstellung ist, wie augenscheinlich sie von der medialen Berichterstattung der österreichischen Presse abweicht. Nicht einmal von der Blattlinie des Organs der Christlichsozialen Partei zeigt sich der Bericht beeinflusst. Anstelle einer kritischen, mehrere Meinungen wiedergebenden Zusammenschau lesen sich die Nuntiaturrapporte über weite Strecken wie Bewunderungsschriften für den Bundeskanzler. Diese Einseitigkeit macht es schwer nachvollziehbar, worauf sich der päpstliche Diplomat in seiner Urteilsbildung stützte. Ließ sich Sibilia nur von persönlichen Empfindungen leiten, oder betrieb er gar eine gezielte Informationspolitik im Sinne Ignaz Seipels? Zweifellos war die undifferenzierte Berichterstattung aber ein Ergebnis, einer selbstverschuldeten isolierten Position. Neben der sprachlichen Barriere (Sibilia war der deutschen Sprache nicht mächtig) verhinderte auch seine bescheidene „Netzwerkarbeit", maßgebende Kontakte außerhalb „des dezidiert kirchlichen Milieus" zu knüpfen.[766] Sibilia war dadurch in erhöhtem Ausmaß abhängig von seinen engsten Beratern, was ihn für Manipulationen leicht anfällig machen ließ.

[765] Ebda., fol. 52v. Eigene Übersetzung: „*Der einzige Mann, der jetzt die Gemüter versöhnen kann und so die Eintracht innerhalb der Partei wieder festigen kann, ist einzig Msgr. Seipel…*"
[766] Vgl. Klieber, Repräsentanten, Impulsgeber, Störenfriede, 2012, 136.

3.4. Die Ausschreitungen vom 15. Juli 1927

> *„Gerade in den gegenwärtigen Tagen brauche ich wieder viel Hilfe von der göttlichen Gnade. Haben wir doch seit drei Tagen hier die Revolution und zwar in einem Ausmaß, mit Brandstiftungen, Toten und Verwundeten, mit Straßenkämpfen zwischen Mob und Polizei, wie es Wien sicher seit dem Jahr 1848 nicht mehr gesehen hat."*[767]
>
> Ignaz Seipel

Gegen 16 Uhr stand der Justizpalast „lichterloh" in Flammen.[768] Der Brand war soweit fortgeschritten, dass die Rauchschwaden schon von Weitem sichtbar waren. Als die Spuren der Verwüstung auch von der Nuntiatur aus sichtbar wurden, war für den Vertreter des Heiligen Stuhls der Punkt erreicht, das Staatssekretariat über die Ausschreitungen in Kenntnis zu setzen.[769] Überstürzt warnte der päpstliche Gesandte seine Vorgesetzten in einem chiffrierten Telegramm vor einem drohenden politischen Umsturz. Schon der Umstand, die Nachricht verschlüsselt versandt zu haben, lässt erahnen, wie bedrohlich der Nuntius die Lage einschätzte:

> „*Oggi scoppiata imprevistamente rivoluzione armata socialista con parecchi morti e molti feriti. In questo momento ore sedici va fiamme Palazzo Giustizia. Socialisti tentano colpo di Stato. Situazione generale critica. Si prega soggettare rivoltosi. Nunzio*"[770]

In der überzogenen Reaktion des Diplomaten bestätigt sich einmal mehr, wie „überraschend" der 15. Juli 1927 für alle Seiten hereinbrach.[771] Die bis zu diesem Zeitpunkt noch spärliche Informationslage gab eigenmächtigen Analysen und Interpretationen breiten Spielraum.[772] Für den vatikanischen Gesandten schienen sich mit

---

[767] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 511.
[768] Ebda., 508.
[769] Nach Angaben des fünf Tage später verfassten Nuntiaturberichtes waren „*verso le 4*" die Rauchwolken von der Theresianumstraße (Nuntiatur) aus zu sehen. Die Nachrichten, die Sibilia erhielt, waren „*piuttosto allarmanti*", sodass er umgehend Rom davon informierte. Woher Sibilia seine Informationen bezog, geht aus dem Bericht nicht hervor. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 120. N° 288/9318, Nuntiaturbericht, 20. Juli 1927. Aufgrund der begleitenden Streikmaßnahmen ist es aber unwahrscheinlich, dass er erst um diese Uhrzeit von den Unruhen erfuhr.
[770] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 116. Nr. 56, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 15. Juli 1927. Eigene Übersetzung: „*Heute unvorhersehbar ausgebrochene Revolution bewaffneter Sozialisten mit einigen Toten und vielen Verletzten. In diesem Moment um 16 Uhr geht der Justizpalast in Flammen auf. Die Sozialisten versuchen den Staatsstreich. Situation allgemein kritisch. Man bittet die Aufständischen niederzuhalten. Nuntius*".
[771] Gerhard Botz, Der „15. Juli 1927": Ablauf, Ursachen und Folgen, in: Norbert Leser u. Paul Sailer-Wlasits, Hg., 1927 – als die Republik brannte. Wien-Klosterneuburg 2001, 35.
[772] Als der Nuntius den Heiligen Stuhl am Nachmittag des 15. Juli informierte, befand sich Seipel gerade in einer Ministerratssitzung, wo er über den Verlauf der Vorfälle und die veranlasste Heranziehung der Armee zur Absperrung des Parlaments und zur Entlastung der Sicherheitskräfte berichtete. Vgl. Rudolf Neck u.

den Unruhen die schlimmsten Befürchtungen zu bewahrheiten. Ohne weiteres traute er den Sozialdemokraten einen gewaltsamen Staatsstreich zu. Seine Sorge galt deshalb in erster Linie der Staatsgewalt, hinter die er sich kompromisslos stellte. Die öffentliche Ordnung schien dem Nuntius aber soweit bedroht, dass er die gewaltsame Niederwerfung der Proteste in Erwägung zog. Doch Sibilia war bewusst, dass eine von einem Priester geführte Regierung an dieser Herausforderung zerbrechen könnte. Um dem Kabinett Seipel ein moralisches Dilemma zu ersparen, ersuchte er die Kurie um eine Direktive, die ein gewaltsames Vorgehen gegen die Aufständischen im Voraus moralisch legitimieren sollte. Da die Information des Heiligen Stuhls aber erst um 16 Uhr erfolgte, also nachdem die Sicherheitskräfte das Feuer gegen die Protestierenden (ca. 14 Uhr 30) eröffnet hatten, wurde die Nuntiatur hier von sich aus tätig und handelte nicht auf Initiative Seipels, dem ein Rückhalt aus Rom gewiss nicht ungelegen gekommen wäre.[773]

Auch in den folgenden Tagen war für den päpstlichen Diplomaten die Gefahr eines sozialdemokratischen Umsturzes noch nicht gebannt. Obgleich noch die Antwort aus Rom abwartend, bot der vatikanische Gesandte dem Bundeskanzler in seiner Funktion als Doyen des diplomatischen Corps umgehend Unterstützung an. Im Ministerrat am 16. Juli drückte der Prälat allerdings seine Bedenken gegen eine solche Hilfe aus, die „*leicht nach der entgegengesetzten Seite ausschlagen*“ könnte.[774] Erst am 19. Juli, also nachem die Sozialdemokraten den Generalstreik beendet hatten[775], gab der Nuntius Entwarnung. Voller Bewunderung für die staatsmännischen Qualitäten des Kanzlers, teilte er der Kirchenführung, von der er bis zu diesem Zeitpunkt noch immer keine Rückmeldung erhalten hatte, telegraphisch die endgültige Niederwerfung der Proteste mit: „*Rivoluzione*

Adam Wandruszka, Hg., Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abt. V (Kabinett Dr. Ignaz Seipel 21. Oktober 1926 bis 29. Juli 1927), Bd. 1, Wien 1983, 578f.

[773] Vgl. Botz, Der „15. Juli 1927“: Ablauf, Ursachen und Folgen, 2001, 39. Dass Seipel auf den Nuntius in irgendwelcher Weise Einfluss genommen hätte, lässt sich weder in den Tagebüchern des Kanzlers noch in der beiderseitigen Korrespondenz nachweisen.

[774] Seipel im Ministerrat am 16. Juli 1927: „*Heute hat bereits der Nuntius alle Diplomaten zusammengerufen und uns gefragt, ob wir Wünsche haben. Aus diesem Angebot habe ich herausgehört, daß sie meinen, uns durch eine Demarche helfen zu können.*“ Neck u. Wandruszka, Protokolle des Ministerrates, Bd. 1, 1983, 654. Nachdem im Tagebuch des Kanzlers zwischen 15. und 22. Juli keine persönlichen Treffen mit dem Nuntius nachweisbar sind und auch keine schriftlichen Dokumente Auskunft über einen gegenseitigen Kontakt in dieser Zeit geben, dürfte das Angebot des Nuntius telefonisch erfolgt sein. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 9, 13-15.

[775] Die Sozialdemokraten kündigten einen Generalstreik an, sollte die Regierung aus den blutigen Auseinandersetzungen nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen. Da Seipel keine Anstalten machte, seinen Platz zu räumen, kam es am 16. Juli zum Streik. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 508-509. Die *Neue Freie Presse* feierte die Niederlegung des Streiks am 19. Juli als „*Sieg der Vernunft*“, der dem unnötigen Kräftemessen ein Ende bereitet hätte. *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 19. Juli 1927, 1.

repressa – sciopero cessato mezzanotte – tranquillità pubblica ristabilita – Condotta Cancelliere ammirabile. Nunzio"[776]

Diesem Telegramm folgte am 20. Juli ein Nuntiaturbericht mit dem bezeichnenden Betreff „*giornate rosse a vienna*", indem Sibilia erstmals ausführlich Stellung zu den Vorfällen rund um das „Schattendorf-Urteil" nahm. Der Bericht leitete mit einer mehrseitigen Ausführung über den Tathergang in Schattendorf ein, die eindeutige Sympathien für die Heimwehr hatte und nur bedingt mit Rekonstruktionen der neueren Forschung übereinstimmt: Am 30. Jänner 1927 kam eine Gruppe von Frontkämpfern („*reduci di guerra*") – der Nuntius beschrieb sie als friedliche und unbewaffnete Leute („*gente onesta tranquilla e senz'armi*") – nach Schattendorf, um dort eines ihrer Feste („*una loro festa*") zu feiern. Am Bahnhof wurde den Ankommenden von „*socialisti*" der Zugang zum Dorf abgesperrt. Daraufhin verschafften sich diese mit Gewalt Zutritt („*entrarono per forza*") und flüchteten in ein Gasthaus, welches von den Sozialdemokraten angegriffen („*assalito*") wurde. Kurz darauf fielen Schüsse aus dem Inneren der Gaststätte, welche einen Jungen und einen Sozialisten töteten. Die Angeklagten wurden am 14. Juli vom Gericht freigesprochen.[777]

Noch Tage nach den Ausschreitungen zeigte sich Sibilia fest davon überzeugt, dass die Sozialdemokraten dieses Urteil zum willkommenen Anlass genommen hätten, einen Umsturz zu provozieren.[778] Sibilia sah darin allerdings nur einen Alternativplan. Nachdem sie schon Wochen zuvor mit einer von vielen Zeitungen („*giornali di tutti i colori*") mitgetragenen Anschlusspropaganda versucht hätten, die bürgerliche Regierung zu sprengen. Doch die Großdeutschen wollten diesen Köder („*esca*") nicht schlucken, wodurch die Arbeiterpartei ihre ganzen Hoffnungen auf den Prozessausgang gesetzt habe.[779] Der Urteilsverkündung folgten sofort die ersten Protestmaßnahmen. Gegen acht Uhr morgens hätten die „*socialisti*" nach aggressiven Kundgebungen („*discorsi*

[776] ASV/Segreteria di Stato, 1927, Rubrik 15, Fasz. 1, fol. 38. Nr. 57, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 19. Juli 1927. Eigene Übersetzung: „*Revolution niedergeschlagen – Streik eingestellt um Mitternacht – öffentliche Ruhe wieder hergestellt – Verhalten des Kanzlers bewundernswert. Nuntius*"

[777] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 119. N° 288/9318, Nuntiaturbericht, 20. Juli 1927. Zum genauen Ablauf der Ereignisse am 30. Jänner 1927 im burgenländischen Schattendorf im Blick der neueren Forschung siehe Gerhard Botz, Der „Schattendorfer Zusammenstoss": Territorialkämpfe, Politik und Totschlag im Dorf, in: Norbert Leser u. Paul Sailer-Wlasits, Hg., 1927 – als die Republik brannte. Wien-Klosterneuburg 2001, 11-31.

[778] Ein Vorwurf, der auch in der *Reichspost* erhoben wurde. Bei dieser Behauptung stützte man sich auf einen anonymen Zeugen, dessen „*Glaubwürdigkeit außer allem Zweifel steht*", welcher bereits in der Nacht von Donnerstag auf Freitag von der Revolte gewusst haben wollte. *Reichspost*, 19. Juli 1927, 3.

[779] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 119f. N° 288/9318, Nuntiaturbericht, 20. Juli 1927.

violentissimi“) zu einem Generalstreik („*sciopero generale*”) aufgerufen, dem unmittelbar danach die ersten Vandalenakte gefolgt seien („*e si dettero ad ogni atto di vandalismo*”).[780] Ihr erster Überfall (“*primo assalto*”) galt dem Parlamentsgebäude und danach der Universität, der aber von der Polizei energisch abgewehrt werden konnte.[781] Der zweite Angriff („*secondo assalto*“) richtete sich gegen den Justizpalast und die Redaktion der Reichspost, welcher allerdings nicht verhindert werden konnte:

> „*...perchè sopraffatta, disarmata ed alcuni Agenti uccisi tanto da doversi ritirare del tutto, restando la città di Vienna in balia dei facinorosi, che si dettero all'ingendio* [sic!] *e saccheggio, prendendo così la sommossa vero carattere rivoluzionario*.”[782]

Um 16 Uhr stand schließlich der Justizpalast in Flammen. Die Informationen, die den Nuntius zu diesem Zeitpunkt erreichten, waren letztlich so alarmierend (“*allarmanti*”), dass er sich gezwungen sah, umgehend (“*succintamente*”) den Kardinalsstaatssekretär zu verständigen. Am Abend gewann die schwerbewaffnete Polizei („*con armi e mitragliatrici*”) schließlich die Oberhand über die Revolutionäre. Dennoch gelang es erst am 16. Juli die Unruhen endgültig unter Kontrolle zu bekommen. Abschließend bezifferte er das Ausmaß der Vorfälle mit 80 Toten und 500 Verletzten.[783] Ausführlich befasste sich der Bericht auch mit dem Verhalten des Bundeskanzlers. Dieser hätte diese Tage „*in seduta*

---

[780] Ebda., fol. 120. Eigene Übersetzung: „*und ergingen sich zu allen Formen des Vandalismus*.“ Der Nuntiaturbericht weicht hier an manchen Stellen von den überlieferten Abläufen ab. Es handelte sich zunächst keineswegs um einen Generalstreik. Lediglich die städtischen Elektrizitätsarbeiter legten nach Bekanntwerden des Urteils in der Nacht von Donnerstag auf Freitag ihre Arbeit nieder, was den Ausfall des Stromnetzes und die Stilllegung der Straßenbahnen zur Folge hatte. Unter den „scharfen Ansprachen“ sind wohl die Protestversammlungen in „vielen Wiener Großbetrieben“ gemeint. Vgl. Botz, Der „15. Juli 1927“: Ablauf, Ursachen und Folgen, 2001, 34. Auf welche Quelle sich der Nuntius für die Behauptung des Vandalismus stützte, konnte nicht festgestellt werden. Auch in den führenden bürgerlichen Blättern (*Reichspost* und *Neue Freie Presse*) war davon nicht die Rede.

[781] Aller Voraussicht nach schrieb der Nuntius hier von der *Reichspost* ab, welche das Eindringen der Aufständischen in das Parlaments- und Universitätsgebäude als „*die ersten Gewalttaten*“ der Demonstranten bezeichnet hatte. *Reichspost*, 18. Juli 1927, 1.

[782] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 120. Eigene Übersetzung: „*...nachdem man übermannt, entwaffnet und einige Beamte getötet wurden, musste man sich ganz zurückziehen, wodurch die Wiener Innenstadt in der Gewalt der Aufrührer blieb, welche sich in Brandstiftung und Plünderung ergingen und dem Aufstand dadurch einen revolutionären Charakter gaben*.“ Hier kommt es zu starken Verkürzungen der Geschehnisse, wodurch nicht mehr festgestellt werden kann, worauf er sich bezieht. Denn zu den ersten toten Sicherheitsbeamten kam es bei der Erstürmung des Wachzimmers in der Lichtenfelsgasse, wovon im Bericht gar nicht die Rede ist. In der neueren Literatur werden der Angriff auf den Justizpalast und die Sicherheitswache als gleichzeitig ablaufend beschrieben. Vgl. Botz, Der „15. Juli 1927“: Ablauf, Ursachen und Folgen, 2001, 37.

[783] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 120. In der *Reichspost* wird die Zahl der Toten am 18. Juli bereits mit 83 Personen beziffert. Auch die Zahl der Verwundeten wurde höher bemessen als im Nuntiaturbericht. In der *Reichspost* war von 700 Verletzten die Rede. *Reichspost*, 18. Juli 1927, 1 u. 6. Botz spricht von „89 direkt Getötete[n] oder binnen kurzem an Verletzungen Verstorbene[n]“ und einer großen Dunkelziffer an Verletzten, je nach politischer Haltung zwischen 548 und 1057. Botz, Der „15. Juli 1927“: Ablauf, Ursachen und Folgen, 2001, 43.

permanente“ (in ständiger Tagung) verbracht und sogar die Parlamentarier Seitz und Bauer empfangen.[784] Die beiden Sozialdemokraten legten Seipel „*come condizioni per ristabilire l'ordine pubblico*” (als Bedingungen für die Widerherstellung der öffentlichen Ordnung) den Rückzug aus der Politik und die Absetzung des Polizeipräsidenten Schober nahe. Der Kanzler entgegnete diesem Vorschlag, dass er dieser Bedingung nicht entsprechen könnte, solange die Regierung über ausreichend Mittel verfüge, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Außerdem gab er den Sozialdemokraten zu verstehen, dass ein Rücktritt ohne Intervention des Parlaments, der, sobald wieder Ruhe eingekehrt sei, ohnehin zusammengerufen werde, einem revolutionären Akt („*un atto rivoluzionario"*) gleichkäme.[785]

> „*Questa risposta ed il fatto che nel Tirolo, nel Salisburghese, in Stiria e Carinzia non attecchi lo sciopero socialista, d'altra parte che le truppe cecoslovacche erano già pronte nel vicino confine austriaco per marciare su Vienna contro i rossi (questa circostanza si desidera resti segreta) indussero i facinorosi a cessare dallo sciopero ed a sforzarsi di ricondurre la calma negli eccitati*.”[786]

Der Bericht schloss mit der Feststellung, dass die Unruhen am Sonntag, den 17. Juli, beigelegt worden waren, indem die Sozialisten für Mitternacht die Beendigung des Streikes angeordnet hatten. Sibilia rief in Erinnerung, dass er das Staatssekretariat über das Ende des Streikes bereits informiert hat. Danach gab er seinen Vorgesetzten noch eine kurze Aussicht auf die weiteren Entwicklungen. Die erste Parlamentssitzung nach den Ausschreitungen sei für den 25. Juli anberaumt und würde bestimmt „*tumultuoso*” aber „*senza serie conseguenze*” (ohne ernste Folgen) ablaufen.[787]

Die Abkühlung der politischen Gemüter abwartend, reagierte der Heilige Stuhl erst am 12. August auf die Post aus Wien. Ohne auf die Vorfälle vom 15. Juli einzugehen, bedankte man sich zunächst in gewohnt unverbindlicher Form für den Rapport. Doch

[784] Vom Treffen der beiden Sozialdemokraten Bauer und Seitz mit Bundeskanzler Seipel ist auch in der *Reichspost* zu lesen. Ihre Forderungen an die Regierung wurden aber nicht veröffentlicht. *Reichspost*, 18. Juli 1927, 2.

[785] Diese Information konnte der Nuntius nur aus dem näheren Umfeld Seipels bezogen haben, da die Reaktion des Kanzlers nicht veröffentlicht wurde. Eine in etwa gleichlautende Reaktion Seipels auf die Rücktrittsforderungen der Sozialdemokraten ist von dem Großdeutschen Josef Redlich überliefert. Dieser erinnerte sich: „Auf ihr Verlangen [Otto Bauer und Karl Seitz], er solle zurücktreten, entgegnete er [Ignaz Seipel] mit beißender Ironie, solches wäre zwar in den Tagen der Monarchie möglich gewesen, jetzt aber könne er das nur verfassungsgemäß und auf der Basis eines im Parlament eingebrachten Mißtrauensvotums tun.“ Zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 216.

[786] ASV, AdNdV 854, fol. 121. Eigene Übersetzung: „*Diese Antwort und die Tatsache, dass in Tirol, Salzburg, der Steiermark und Kärnten der sozialistische Streik nicht wirkte und auf der anderen Seite, dass die tschechoslowakischen Truppen nahe der Grenze bereit waren, um gegen die Roten in Wien zu marschieren (diese Sache wünscht man geheim zu halten) führte dazu, dass die Aufrührer vom Streik abließen und sich bemühten, die Aufgebrachten zur Ruhe zu bringen.*”

[787] Ebda., fol. 121.

dann verlor das Schreiben aus Rom seine formelle Note. „[I]*n via confidenziale*“ wünschte Kardinalstaatssekretär Gasparri, dem Priesterkanzler seine Wertschätzung zu bestellen „*per l'opera prudente e benefica che egli intende di svolgere in avvenire per il consolidamento della pace interna e per il miglioramento delle condizioni della Repubblica.*“[788] In ähnlicher Weise äußtere sich Kardinal Gasparri auch gegenüber dem österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl. Die beiden fanden aufgrund eines längeren krankheitsbedingten Ausfalls Pastors erst am 2. Dezember 1927 Gelegenheit, über den Justizpalastbrand zu sprechen. Pastor fiel in der Unterredung auf, dass sich der Vatikan über die Vorfälle bereits „*richtig informiert*“[789] zeigte. Dementsprechend fiel auch die Beurteilung Gasparris über die Rolle des Kanzlers aus. Der Staatssekretär war davon überzeugt, „*von welcher Wichtigkeit es gewesen sei, dass am 15. Juli eine so mutige Persoenlichkeit wie Euere Excellenz* [Ignaz Seipel] *an der Spitze der Regierung gestanden habe.“* Er bekräftigte seine Überzeugung, indem er das Wirken des Kanzlers dem Wille Gottes zuschrieb: *„Ja, sagte er, ich war stets der Ansicht Seipel ist der providentielle Mann für Oesterreich.*“[790]

Dieser pointierten Aussage nach zu schließen gilt für die Kurie, was auch für das bürgerliche Lager in Österreich feststellbar ist: Die blutigen Zusammenstöße taten der Beliebtheit des Priesterkanzlers keinen Abbruch. Im Gegenteil! Der Prälat ging im Ansehen gestärkt aus dem „15. Juli“ hervor.[791] Im Vatikan war man sogar der Ansicht, dass der Bundeskanzler durch sein Verhalten Schlimmeres verhindert hätte. Eine diesbezügliche Andeutung machte man in Rom allerdings erst, als sich die politischen Lage wieder entspannt hatte. Während der Ausschreitungen enthielt sich der Heilige Stuhl jedweden Kommentars.

[788] ASV, AdNdV 854, fol. 118. N° 2217/27, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 12. August 1927. Eigene Übersetzung: „*für das wohl bedachte und segensreiche Werk, welches er* [Ignaz Seipel] *beabsichtigt zu entfalten für die Festigung des inneren Friedens und der Verbesserungen der Verhältnisse der Republik.*“

[789] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Berichte 1927“. Z. 101 P., Gesandtschaftsbericht, 2. Dezember 1927, Entwurf. In die Endfassung des Gesandtschaftsberichts wurde dieser Satz jedoch nicht übernommen.

[790] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1927“, fol. 374rf. Z. 101 P., Gesandtschaftsbericht, 2. Dezember 1927.

[791] Vgl. Goldinger u. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, 1992, 150.

3.5. Die Kirchenaustritte

„*…è la scoria che esce*".[792]

Enrico Sibilia

Mit der gezielt initiierten Kirchenaustrittspropaganda[793] verfolgten die Sozialdemokraten eine Doppelstrategie. Einerseits versuchten sie auf diese Weise, ihre alte Forderung nach Trennung von Kirche und Staat durchzusetzen; auf der anderen Seite eignete sich der Antiklerikalismus hervorragend zur Destabilisierung der bürgerlichen Koalition bestehend aus Großdeutschen und Christlichsozialen.[794] Indem es Bundeskanzler Ignaz Seipel aber gelang, die Großdeutschen durch wirtschaftspolitische Zugeständnisse noch enger an die Christlichsoziale Partei zu binden, war den Sozialdemokraten auf parlamentarischer Ebene kein Erfolg in ihrem Kalkül beschieden. Sie konnte die gesetzlich gesicherten kirchlichen Rechte nicht antasten.[795] Einfluss auf die kulturpolitische Rechtslage konnten sie aufgrund ihrer Überlegenheit im Wiener Landtag hingegen nur auf Ebene der landespolitischen Gesetzgebung nehmen.

Der ersten Kirchenaustrittswelle gingen Auseinandersetzungen rund um die Glöckel-Erlässe voraus.[796] In kirchlichen Kreisen sorgten diese für große Aufregung und wurden später zum verhassten Symbol des sozialdemokratischen Atheismus.[797] Kardinal Piffl

[792] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 394. N° 386/10890, Nuntiaturbericht, 6 Mai 1929. Eigene Übersetzung: „*es ist der Abschaum, der geht*".

[793] In der zeithistorischen Literatur werden die Kirchenaustrittsbewegungen immer nur als Schlagworte verwendet. Eigene auf Basis von detaillierten Kirchenaustrittszahlen geführte Untersuchungen existieren leider nur für die Zweite Republik oder sind auf Deutschland beschränkt. Aufgrund der wissenschaftlichen Vernachlässigung dieses Themas ist über das Ausmaß und die Form der Austrittsbewegung nur sehr wenig bekannt. Dies gilt in besonderem Maße für die sogenannte erste Austrittswelle zwischen 1921 und 1923, deren Ausmaß gelegentlich mit 22.000 Austritten beziffert wird. Für die gesamte Zeit der Ersten Republik soll sich die Zahl auf 130.000 belaufen. Vgl. Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 401. Auf eine wesentlich größere Resonanz stieß in der Histographie allerdings die zweite Kirchenaustrittswelle (im zeitgenössischen katholischen Milieu sprach man von Glaubensabfällen), welche im Zusammenhang mit dem 15. Juli 1927 zu sehen ist. Vgl. Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 294.

[794] Die liberalen Großdeutschen wurden durch den antiklerikalen Kurs der Sozialdemokraten in eine missliche Lage gebracht. Denn aufgrund des Koalitionsabkommens mit der Christlichsozialen Partei war ihnen jede kulturpolitische Agitation untersagt. Im Gegenzug erhielten sie dafür in wirtschaftspolitischen Belangen einige Zugeständnisse. Bei den eigenen Wählern ließ diese Vereinbarung dennoch den Eindruck entstehen, als ob man die klerikale Politik der Christlichsozialen mittragen würde. Vgl. Kapitel 2.1.2., 120ff.

[795] Vgl. Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 397.

[796] Otto Glöckel (1874-1935) leitete in der Regierung Renner als Unterstaatssekretär für Unterricht die oberste Schulbehörde Österreichs. In dieser Funktion erließ er am 19. April 1919 einen Erlass, der die schulmäßige Verpflichtung zur Teilnahme an religiösen Übungen aufhob. Vgl. Hans Kriegl, Kirche und Schule, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1. Wien u. München 1966, 304; Felix Czeike, Hg., Historisches Lexikon Wien, Bd. 2, Wien 1993, 554f.

[797] Vgl. Weinzierl, Kirche und Politik, 1983, 475.

wandte sich in einem Schreiben sogar persönlich an Staatskanzler Renner und forderte die Zurücknahme dieser schulpolitischen Erlässe. Mit dem Verweis auf die ohnehin schon angespannte politische Stimmung im Land lehnte Renner jedoch die Bitte des Wiener Erzbischofs ab. In der Literatur werden die darauf folgenden medialen Kampagnen der parteinahen Pressorgane als Auftakt für den Kulturkampf der Ersten Republik bezeichnet.[798] Unter der Devise „Religion ist Privatsache" startete man eine Kampagne, welche die Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses in staatlichen Bereichen zum Ziel hatte.[799] Der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Leuthner (1869-1944) – er war einer der maßgeblichen Initiatoren der ersten Kirchenaustrittsbewegung – tat sich dabei als besonders wüster Kirchengegner hervor.[800] Seinem Aufruf zum Konfessionswechsel folgten ca. 22.000 Menschen.[801]

In den Nuntiaturberichten wurde dieser ersten Kirchenaustrittswelle erstaunlich wenig Beachtung geschenkt. Karl Leuthner wurde in diesem Zusammenhang nicht einmal namentlich erwähnt.[802] Die Währungskrise und die darauf folgende Genfer Sanierung stellten den aufflammenden Kulturkampf in der Berichterstattung von Nuntius Marchetti-Selvaggiani zunächst noch in den Schatten. Dies ist insofern auffallend, als Marchetti-Selvaggiani für die zunehmenden weltanschaulichen Spannungen infolge der Sanierungs-

[798] Vgl. Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 398f.

[799] Anton Burghardt bezeichnete die sozialdemokratische Forderung nach Religionsfreiheit als zweischneidiges Schwert: „Die religiöse Freiheit, vom Austromarxismus noch dem einzelnen zugestanden, war freilich eine fragwürdige Chance. Die Überzeugung des einzelnen in Fragen der Religion sollte gesichert sein. Die Religionsfreiheit als Ganzes wurde jedoch bekämpft. Auf diese Weise wollte man die Summe jener Bedingungen aufheben, deren Bestand notwendig ist, um eine Religionsfreiheit zur Wirklichkeit zu erheben." Die sozialdemokratische Parteiprogrammatik zielte somit auf eine Trennung von Bekenntnis und Institution ab. Anton Burghardt, Kirche und Arbeiterschaft, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 268.

[800] Zu Leuthners Antiklerikalismus siehe Karl Leuthner, Religion und Sozialdemokratie, Wien 1923. Leuthner trat beispielsweise für eine völlige Abschaffung des Religionsunterrichts ein. Aber auch seine verbalen Attacken gegen Vertreter der Christlichsozialen oder des Klerus fielen sehr oft aus dem Rahmen. Innerhalb der Arbeiterpartei zählte er zu den Vertretern des rechten Flügels. Vgl. Felix Czeike, Hg., Historisches Lexikon Wien, Bd. 4, Wien 1995, 46. In bürgerlichen Kreisen galt Leuthner aufgrund seines Radikalismus als abschreckendes Paradebeispiel des weltanschaulichen Kontrahenten. In einem Runderlass an alle Gesandten der Republik Österreich bezeichnete Außenminister Heinrich Mataja den Sozialdemokraten als „einen hochgebildeten, aber ganz zerfahrenen und kaum mehr als normal zu bezeichnenden Menschen, der auch äußerlich den Eindruck eines Verwirrten erweckt". Dieser emotionalen Äußerung ging ein direkter Angriff Leuthners voraus. ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Weisungen 1925". Z. 15873/13, Runderlass Außenminister Heinrich Mataja, 15. Oktober 1925.

[801] Vgl. Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche, 2003, 401; Weinzierl, Kirche und Politik, 1983, 458.

[802] Erwähnung fand er in den Nuntiaturberichten nur im Jahr 1927, als er in den Bischofsernennungen von St. Pölten und Graz-Seckau eine Missachtung der staatlichen Hoheitsrechte Österreichs durch die römische Kurie sah und in einer parlamentarischen Anfrage nach entsprechenden Maßnahmen der Bundesregierung verlangte. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 139f. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 19. Juli 1927.

frage ein besonders feines Sensorium hatte. Als wenig opportun erschien ihm, dass die Sozialdemokraten just während einer wirtschaftlich so unsicheren Phase begannen, die Trennung von Kirche und Staat lauthals einzufordern.[803] Auch sein Nachfolger, der antiklerikale Vorstöße der Arbeiterpartei ebenfalls sehr sorgfältig registrierte, berichtete bis zum Attentat auf Ignaz Seipel kein einziges Wort über die politisch motivierte 'Abfallbewegung'. Ebenso wenig lassen die Hirtenbriefe oder Bischofskonferenzprotokolle auf eine Kirchenaustrittspropaganda im großen Stil schließen. Einzig in den katholischen Zeitungen wird gelegentlich erwähnt, dass die Zahl der Kirchenaustritte bedingt durch sozialdemokratische Scharfmacherei angestiegen sei. Doch selbst hier herrschte die Meinung vor, dass es sich dabei um einen gewöhnlichen 'Schwund' handeln würde. In der katholischen Presse wurde die Austrittsbewegung vor dem 15. Juli vornehmlich auf das kirchliche Verbot der Feuerbestattung und das Festhalten an der Unauflöslichkeit der Ehe zurückgeführt.[804]

In der auffallenden Vernachlässigung dieser ersten Warnsignale spiegelte sich gut das Selbstbewusstsein wider, das nach den beiden gewonnenen Nationalratswahlen noch in den frühen 1920er Jahren innerhalb des katholischen Lagers vorgeherrscht hatte.[805] Demnach erfolgte die anfängliche Missachtung mehr aus einer Unterschätzung der Angelegenheit als aus einer bewussten Zurückhaltung von Informationen. Dass man im Vatikan dennoch von den Austritten gewusst hat, beweist ein undatierter Protestbrief eines „*betrogene*[n] *Altpensionist*[en] *der Bundesbahnen Österreich*", der seinen Weg bis ins Staatssekretariat gefunden hat. Karl Bergmayer aus Salzburg, der Verfasser des Schriftstückes, wandte sich darin direkt an den Papst, um gegen die „*kaltherzige*" Politik in Österreich zu protestieren. Gleich zu Beginn machte er den Pontifex, welchen er fortan duzte, auf die steigende Anzahl an Kirchenaustritten aufmerksam. Der Pensionist schrieb die Verantwortung für diese Entwicklung, sowohl den traditionellen „*Feinden des Glau-*

[803] Nuntius Marchetti befürchtete vor allem, dass die Sozialdemokraten, welche vorrangig „hausgemachte österreichische Problemlösungsansätze zur Währungssanierung" (Gerhard Senft) anstrebten, die Wirtschaft notfalls durch Konfiszierungen von Kirchengut stabilisieren wollten. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 15v. N° 2898, Nuntiaturbericht, 29. August 1922; Gerhard Senft, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates, Österreich 1934-1938, (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 15), Wien 2002, 86.

[804] Vgl. Weinzierl, Kirche und Politik in der Ersten Republik, 1984, 212. Eine Untersuchung, wie die Kirchenaustritte in den österreichischen Zeitungen rezipiert worden sind, fehlt leider, so wie es überhaupt an einschlägigen Untersuchungen zu den Kirchenaustritten in der Ersten Republik mangelt.

[805] Sowohl 1920 als auch 1923 konnten die Christlichsozialen Zuwächse bei den Wahlen verzeichnen und stellten die stärkste Fraktion des Nationalrats. Vgl. WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl, Historischer Rückblick, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx (28.12.2010).

bens", worunter er Juden und Marxisten verstand, als auch den „*der Nächstenliebe entgegengesetzten Handlungen, deiner eigenen Hirten, deiner* [der Papst] *Diener, deiner Beamten*"[806] zu. Schnell wird klar, dass damit Bundeskanzler Ignaz Seipel gemeint war, den er in weiterer Folge abwertend als „*Seipl*" bezeichnete. Der Verfasser verfolgte eindeutig die Absicht, Seipel mit diesem Brief in Rom anzuschwärzen. Als Motiv diente der Frust über unpopuläre Sparmaßnahmen, wie Pensionskürzungen und Beamtenabbau, worauf das Schreiben auch explizit Bezug nahm. Hinzu kamen noch haltlose Vorwürfe wie die Unterstellung, Seipel würde heimlich mit den Marxisten zusammenarbeiten. Schwerer wog hingegen das Argument, wonach er der Kirche durch seine politische Betätigung keinen guten Dienst leisten würde.[807] Doch auch diesen Einwand hatte man in Rom zu diesem Zeitpunkt noch nicht sonderlich ernst genommen. Diese Erkenntnis ist einem amtlichen Vermerk durch die römischen Behörden zu verdanken, der das Schreiben des Pensionisten als bedeutungslos („*poco valore*") eingestuft hat.[808]

Dass es einen von der Sozialdemokratie organisierten Aufruf zur Konfessionslosigkeit gebe, räumte der Nuntius erstmals am 16. Mai 1925 ein. In seinem Bericht nannte er aber weder Zahlen noch andere Fakten, die auf das Ausmaß der Austritte schließen lassen. Ebenso wenig nahm Sibilia regionale Differenzierungen vor. Stattdessen sah seine zentralistische, stark auf Wien gerichtete Perspektive ausschließlich die Bundeshauptstadt (als sozialdemokratische Hochburg) von dieser Kampagne betroffen. Angesichts dieser Bedingungen stellte er dem dortigen Klerus samt Diözesanleitung ein so gutes Zeugnis aus, dass er seinen Vorgesetzten zu einem Anerkennungsschreiben für den Wiener Ordinarius veranlasste, ohne jedoch die genauen Verdienste benannt zu haben. Indem der Nuntius einzig ein 'Motivationsschreiben' als Abhilfe gegen den massiven Katholikenschwund empfahl, lässt sich erkennen, dass ihm die Tragweite des Problems nicht bewusst war und auch Rom folglich über das wahre Ausmaß der Lage nicht im Bilde war. [809]

Im Jahr 1927 gelangte Enrico Sibilia zu einer ähnlichen Fehleinschätzung als die Kirchenaustritte infolge des 15. Juli, wofür die Sozialdemokraten den „Prälaten ohne Milde"[810] zur politischen Verantwortung zogen, ihren Höhepunkt erreicht hatten.[811] Im Ge-

[806] Die Verwendung des „Du" geschah jedoch nicht aus Naivität, sondern um einem gehässigen Unterton zu erzeugen.
[807] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 848-849 P.O., Fasz. 21, fol. 12-13v.
[808] Ebda., fol. 12-13v.
[809] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850 P.O., Fasz. 22, fol. 55f. N° 160/6325, Nuntiaturbericht, 16. Mai 1925.
[810] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 514.

gensatz zu den Jahren zuvor, wo sich die antiklerikale Kritik meist auf die Stellung der Kirche im Staat belief, sah sich nun ein Repräsentant der katholischen Kirche direkt den medialen Angriffen ausgesetzt. Die Angriffe gegen den Bundeskanzler überschritten aber bald die Grenzen einer ethisch vertretbaren politischen Auseinandersetzung und entwickelten sich innerhalb weniger Wochen zu einer regelrechten Hetze, die schließlich in einer wilden Austrittspropaganda mündete. Mit großem publizistischen Aufwand versuchte man die eigene Klientel zur Konfessionslosigkeit zu bekehren.[812] Die Nuntiaturberichte verloren über das massenhafte Verlassen der katholischen Kirche zunächst aber kein Wort. In den Tagen nach den Ausschreitungen des 15. Juli war der Nuntius zu sehr mit der Schilderung der Ereignisse beschäftigt, als dass er sich der innenpolitischen Stimmung im Land widmete. Erst am 16. September zog er eine kleine Zwischenbilanz über das Verhältnis von Kirche und Staat in Österreich. Über die direkten Auswirkungen der Ausschreitungen auf die Kirche war darin allerdings nichts zu lesen. Seine Ausführungen waren eher allgemeiner Natur. So stellte er beispielsweise fest, dass sich die katholische Kirche trotz aller Querelen noch „*dalla piena libertá*" (voller Freiheit) erfreuen würde. Ein Verdienst, welches er auf die hervorragende Arbeit der Bundesregierung zurückführte, „*di cui è Cancelliere un Prelato esimio che alle virtù sacerdotali congiunge bellamente le prerogative di un vero uomo di Stato*."[813] Des Weiteren würdigte er die Bedeutung eines katholischen Schul- und Pressewesens als „*mezzo efficacissimo per illuminare ed istruire il popolo sulle questioni attinenti alla Religione, alla morale, al benes-*

[811] Gemeinsam mit Johann Schober wurde Ignaz Seipel nach dem 15. Juli zur Hassfigur der Sozialdemokraten. Hanisch, Der lange Schatten des Staates, 2005, 286. Die Literatur ist sich hier weitgehend einig, dass der 15. Juli 1927 eine große Niederlage für die österreichische Sozialdemokratie darstellte. Das jahrelang aufrechterhaltene Wehrhaftigkeitsszenario der Arbeiterklasse wurde als leere Worthülse demaskiert. Norbert Leser spricht deshalb von einem Gesichtsverlust der Sozialdemokratie. Vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985, 40. Einen Ausweg aus dieser bedrängten Lage versprach man sich durch einen massiven Gegenschlag auf die Regierung. Als ideale Zielscheibe bot sich der verhasste Vorsitzende der Christlichsozialen Partei an. Der Prälat und Bundeskanzler stand für die Sozialdemokraten geradezu sinnbildhaft für die unzureichende Trennung von Kirche und Staat in Österreich. Zudem verdankten sie seinem entschieden antisozialistischen Kurs das jahrelange 'Fristen' auf der parlamentarischen Oppositionsbank. Durch geschickte Allianzen gelang es Seipel, das heterogene bürgerliche Lager fest zusammenzuhalten und die Arbeiterpartei so für Jahre von der Regierungsverantwortung fernzuhalten.

[812] „*Seipel oder Christus*" war am 13. September 1927 in der *Arbeiterzeitung* zu lesen. „*Die Flucht aus der Seipel-Kirche hält an! Beinahe 13.000 Austritte in Wien seit dem 15. Juli; in den ersten zehn Septembertagen mehr als 2.700!*" titelte man an einer anderen Stelle. Zit. nach Liebmann, Kirche und Politik in der Ersten Republik, 1984, 27.

[813] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 773. N° 295/9449, Nuntiaturbericht, 16. September 1927, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*der ein hervorragender Prälat als Bundeskanzler vorsteht, der die priesterlichen Tugenden auf wunderbare Weise mit den Vorzügen eines Staatsmannes verbindet*."

sere sociale e per contrarrestare la propaganda antireligiosa e antisociale".[814] Mit dem österreichischen Klerus zeigte er sich angesichts der schwierigen Umstände weitgehend zufrieden. Ebenso anerkennende Worte fand er für den Episkopat. Allerdings konstatierte er der österreichischen Kirchenführung Mängel in der Arbeiter- und Jugendpastoral. Er kritisierte zudem, dass sich die Bischöfe beim Eintreten von konfessionellen Interessen zu sehr auf die bestehende Rechtslage und katholische Politiker verlassen würden („*che solo ai politici e alle leggi ne appartenga la difesa.*"). Abhilfen erwartete er von der *Katholischen Aktion*, wenn es den Bischöfen gelingen sollte, diese einheitlich und im Sinne des Papstes zu führen.[815] Auch im Oktober sah sich der Nuntius noch immer nicht veranlasst, das Kardinalstaatssekretariat über die bereits voll im Gang befindliche Kirchenaustrittswelle zu informieren. Zwar hatte er einen ganzen Bericht den „sozialistischen Aktivitäten" in Wien gewidmet, doch kam er darin nur auf die Neuausstattung der Wiener Gemeindewache durch die Sozialdemokraten und die Schulpolitik Glöckels zu sprechen.[816]

Mit der neuerlichen Austrittsbewegung wurde die römische Kirchenführung erstmals am 25. Oktober 1927 durch Kardinal Gustav Piffl konfrontiert. Das Schreiben war ein Gemeinschaftsprodukt der österreichischen Bischöfe und wurde am Rande der jährlich stattfindenden Bischofskonferenz aufgesetzt, deren Tagesordnung maßgeblich von den Kirchenaustritten bestimmt war. Verantwortlich für die hohe Zahl an Glaubensabfällen machten sie die Propaganda der Freidenker („*libere cogitantium*"), welche sie als eine der Kirche äußerst feindlich gesinnte Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie beschrieben.[817] Der Ernst der Lage dürfte der vatikanischen Führung jedoch erst im Herbst 1928 vollauf bewusst geworden sein. Angeregt durch einen Artikel in der französischen Zeitschrift *Nouvelles religieuses* vom 1. Juli 1928, der erstmals mit genauen Zahlen über die Kirchenaustritte in Österreich aufwarten konnte, wies das Kardinalstaatssekretariat Sibilia am 9. September an, das genaue Ausmaß der Kirchenflucht zu erheben. Der Heilige Stuhl wollte sich bei der Lagebeurteilung offensichtlich nicht auf externe Angaben verlassen.[818]

---

[814] Ebda., fol. 774. Eigene Übersetzung: „*effektivstes Mittel, um das Volk über Fragen betreffend der Religion, der Moral und dem sozialen Wohl aufzuklären und zu unterrichten und um der antireligiösen und asozialen Propaganda etwas entgegenzustellen*."
[815] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 775. N° 295/9449, Nuntiaturbericht, 16. September 1927, Abschrift.
[816] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 135-137. N° 300/9485, Nuntiaturbericht, 8. Oktober 1927, Abschrift.
[817] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 24. N° 69033, Friedrich G. Kardinal Piffl an Papst Pius XI., 25. Oktober 1927.
[818] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 4. N° 2023/28, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 9. September 1928.

Mitte Dezember traf in Rom schließlich der lange ersehnte Bericht über die Glaubensabfälle in Österreich ein. Unter dem Titel „*Circa le apostasie in Austria*“ ging der Bericht N° 365/10547 vom 15. Dezember 1928 ausführlich auf die vatikanische Anfrage ein. Gleich zu Beginn erfuhr man, weshalb die Beantwortung so lange auf sich warten ließ. Der Nuntius machte sich die Mühe und bat alle österreichischen Bischöfe um die Bekanntgabe der genauen Austrittszahlen ihrer Diözese. Offenbar wollte Sibilia seine Versäumnisse durch besonderen Eifer wieder gut machen.

Abb. 1: Kirchenaustritte in den österreichischen Diözesen 1922 – 1928[819]

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928
Wien	-	-	-	11.460	13.505	28.837	815
St. Pölten	4.727						
Seckau	15.802					1.591	-
Salzburg	529	286	171	134	107	200	-
Linz	1.338	2.056	676	607	619	781	452
Innsbruck-Feldkirch	-	-	-	-	92	94	85
Gurk	345	624	348	380	366	524	-

Mit der reinen Statistik (Beilage A des Nuntiaturberichts) wollte sich der Nuntius aber noch nicht zufrieden geben. Er ersuchte die Bischöfe zudem, eine kurze Stellungnahme zu den Zahlen abzugeben. Konkret wollte er von ihnen wissen, worin sie die Gründe für die Glaubensabfälle sehen und welche Gegenmaßnahmen sie empfehlen. Die Antwort Kardinal Piffls (Beilage B des Nuntiaturberichts) übermittelte er sogar in voller Länge. Sie erschien ihm „*molto accurata”,* um das Ausmaß der Austritte in Wien („*qui a Vienna il forte delle apostasie*“) zu demonstrieren.[820] Ohne Rücksicht auf die diözesanen Kontexte fasste der Nuntius die Befunde der Oberhirten in einer Auflistung zusammen. Die Aussagekraft der Quelle wird dadurch zwar in Mitleidenschaft gezogen, dennoch erlaubt das

[819] Die Zahlen stammen von der Beilage A des Nuntiaturberichtes N° 365/10547 vom 15. Dezember 1928 und basieren auf einer vom Nuntius durchgeführten Erhebung aus dem Jahre 1928. Da das Jahr zum Zeitpunkt der Datenermittlung noch nicht abgeschlossen war, sind die Zahlen von 1928 nicht vollständig (im Falle von Wien stammen sie aus den ersten sechs Monaten). Bei den von der Diözese St. Pölten entsandten Zahlen handelt es sich um einen Summenwert der Jahre 1919 bis 1927. Auch die Diözese Seckau schlüsselte die Austrittszahlen nicht auf und übermittelte den Gesamtwert der Jahre 1920 bis 1926. Die Austritte für das Jahr 1927 wurden jedoch separat angegeben. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 7-8.

[820] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 9. N° 365/10547, Friedrich G. Kardinal Piffl an Nuntius Enrico Sibilia, 13. Dezember 1928.

Dokument einen tiefen Einblick in die Wahrnehmung der gesellschaftspolitischen Realitäten durch die österreichische Kirchenführung. Für die Bischöfe lagen den Kirchenaustritten folgende Ursachen zugrunde: [821]

- Religiöse Indifferenz (als Folge des Liberalismus)
- Zunehmende Agitation und Propaganda der Freidenker, Freimaurer und diverser Sekten (mit kommunistischer und sozialistischer Hilfe unterstützt)
- Schwinden der kirchlichen Autorität
- Sinken des allgemeinen moralischen Niveaus
- Naturalistische und materialistische Erziehung (in sozialistischen Schulen)
- Schwierige wirtschaftliche Situation (von Protestanten und Sozialisten ausgenützt)
- einflussreiches sozialistisches und akatholisches Zeitungswesen
- Unklarheiten in der Ehegesetzgebung (Hälfte der Ausgetretenen sind Geschiedene)

Auch der Wiener Erzbischof kam in seiner in Italienisch verfasste Lageeinschätzung zu einer ähnlichen Beurteilung. Die Stellungnahme des Kardinals lässt deutlich erkennen, wie sehr man die Austrittswelle als einen gezielten Kampf der Freimaurerei und Freidenker gegen die katholische Kirche empfunden hat. Piffl kam auch auf den 15. Juli zu sprechen, welcher sich für seine Diözese besonders verheerend ausgewirkt hätte. Dies lag seiner Einschätzung nach vorwiegend daran, dass man die Katastrophe erfolgreich dem Priester Seipel anlasten konnte. Seitdem würden die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Kirche mit noch brutaleren Mitteln führen:

> „*Dicono che si deve voltare le spalle ad una Chiesa, alla quale appartiene come prelato il capo del Governo che ha fatto sparare su concitadini. Disgraziatamente quest'argomento ipocrita è caduto su terreno fecendo nel popolo eccitato e inasprito*."[822]

Neben den bischöflichen Stellungnahmen enthielt der Nuntiaturbericht auch die Meinung Sibilias. Bezugnehmend auf den Zeitungsartikel der *Nouvelles religieuses*, der in Rom den Stein anscheinend ins Rollen gebracht hatte, sprach Sibilia erstmals über das Ausmaß der Kirchenaustritte. Der Nuntius hielt die dort veröffentlichten Austrittszahlen zwar

[821] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 5v-6v. N° 365/10547, Nuntiaturbericht, 15. Dezember 1928.
[822] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 9. N° 365/10547, Friedrich G. Kardinal Piffl an Nuntius Enrico Sibilia, 13. Dezember 1928. Eigene Übersetzung: „*Sie sagen, man muss einer Kirche den Rücken zuweisen, deren Prälat an der Spitze der Regierung steht, die das Feuer auf die Bürger eröffnet hat. Unglücklicherweise ist dieses heuchlerische Argument auf einen fruchtbaren Boden gefallen.*"

nicht für übertrieben, doch konnte er die darin angeführten Ursachen der Kirchenkrise nicht teilen. Er stieß sich vor allem an der dort aufgestellten Behauptung, die Propaganda der Sozialdemokraten wäre der einzige Grund für die massenweise Flucht aus der katholischen Kirche. Er plädierte überhaupt dafür, die Verantwortung weniger im politischen Bereich als in der Geschichte des Landes zu suchen.

> „*Le cause delle apostasie in Austria sono molteplici e gravi: remote e prossime e fra loro in intimo nesso. È da prima sembra giusto doversi notare che qui in Austria l'apostasia è stata sempre una vera piaga o malattia endemica. In tempi non molto lontani, come p.e. nel 1889, vi furono defezioni anche in massa e ciò per grazia di Dio non si verifica oggi. Ma que' funesti esempi hanno lasciato un solco profondo sull'animo di molti; in modo da non infondere in essi quel senso di orrore e ribrezzo che pur dovrebbe avere l'apostasia. Aggiungasi a ciò che, dopo lo sfacelo della Monarchia, la gente più corrotta delle diverse nazionalità che la componevano, trovò facile rifugio nella nuova Austria e specialmente in Vienna, e qui s'insedio e vi permane ancora con danno gravissimo della morale e della religione.*"[823]

Was die Abhilfen betraf, waren sich die Bischöfe einig. Unisono sprachen sie sich für eine Intensivierung der Seelsorge in allen Bereichen aus. Dass es dafür allerdings an Mitteln und Priestern mangeln würde, betrachteten sie als großen Hemmschuh. Abgesehen von diesen strukturellen Defiziten lobte der Nuntius die pastoralen Bemühungen und den Eifer des Episkopats und plädierte dafür, die Bischöfe dahingehend auch weiterhin zu ermutigen. Was die zukünftige Entwicklung anging, zeigte er sich mit Blick auf eine vermeintliche politische Trendumkehr optimistisch:

> „*Tale zelo e attività dei Vescovi unitamente all'incipiente miglioramento politico, e per conseguenza anche di quello economico; e al declinare già alquanto del socialismo attese le loro lotte intestine, fanno concepire la più lieta speranza che non solo scemeranno le apostasie, ma ancora che ritornino nel grembo della Chiesa cattolica coloro che l'abbandonarono.*"[824]

---

[823] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 5v. N° 365/10547, Nuntiaturbericht, 15. Dezember 1928. Eigene Übersetzung: „*Die Gründe für die Abfälle sind sehr vielseitig und schwerwiegend: das Vergangene und das Kommende stehen in engem Zusammenhang. Seit früher scheint es wahr, dass die Apostasie hier schon immer eine wahre Plage oder endemische Krankheit gewesen ist. Vor nicht allzu langer Zeit, wie z.B. 1889 gab es auch Abfälle zu Hauf, doch das lässt sich jetzt Gott sei Dank nicht feststellen. Doch jene unheilvolle Beispiele haben eine Furche in den Seelen von Vielen hinterlassen, auf die Art, die bei vielen nicht Horror und Abscheu eingeflößt hat, was Apostasie ja hätte tun sollen. Es kommt hinzu, dass nach dem Zusammenbruch der Monarchie viele korrupte Leute aller Nationalitäten zum großen Nachteil für die Moral und die Religion in Wien niederließen und hier Zuflucht fanden.*"

[824] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 6v. N° 10547/365, Nuntiaturbericht, 15. Dezember 1928. Eigene Übersetzung: „*Dieser Eifer und die Tüchtigkeit aller Bischöfe geben gemeinsam mit der beginnenden politischen und in weiterer Folge auch wirtschaftlichen Verbesserung, sowie dem einsetzenden Niedergang des Sozialismus – bedingt durch deren interne Kämpfe – Grund zu der freudigen Hoffnung, dass nicht nur die Apostasien zurückgehen, sondern dass diejenigen wieder in den Schoß der katholischen Kirche zurückkommen, die ihn verlassen haben.*"

Woher der Nuntius diesen Optimismus nahm, lässt sich nur erahnen. Aus den ihm zur Verfügung stehenden Statistiken konnte man ein Abflachen der Kirchenaustrittswelle jedenfalls nicht herauslesen, da nur die Bischöfe von Wien, Linz sowie der Apostolische Administrator von Tirol und Vorarlberg der Nuntiatur die aktuellen Zahlen für das Jahr 1928 schickten. Bei den Wiener Zahlen von 1928 fand sich sogar die Anmerkung, dass es sich nur um die Austritte der ersten sechs Monate handeln würde. Die Diözesen Linz und Innsbruck-Feldkirch verzichteten auf einen solchen Vermerk, wodurch sich nicht einmal sagen lässt, aus welchem Zeitraum die Zahlen von 1928 stammen. Es ist folglich wenig überraschend, dass die neuesten Zahlen unter jenen der Jahre 1926 und 1927 lagen. Besonders im Vergleich zu den 28.837 Austritten des Jahres 1927 infolge der Juli-Ereignisse wirkten die 6.815 ausgetretenen Wiener Katholiken von 1928 verschwindend gering. Vergleicht man sie jedoch mit den insgesamt 13.505 Glaubensabfällen von 1926, so stellte sich in Wien keine Trendumkehr ein. Ähnlich verhält es sich in den beiden anderen Kirchensprengeln. Auch in Linz und Innsbruck lagen die Zahlen der Kirchenaustritte des laufenden Jahres naturgemäß unter jenen der Jahre zuvor. Da es sich hier ebenso wenig um endgültige Jahresergebnisse gehandelt hat, war es auch in diesem Fall unzulässig, auf eine Verbesserung der Situation zu schließen.[825]

Nur ein halbes Jahr später wollte sich der Heilige Stuhl ein genaueres Bild von der Lage in Wien machen und entsandte den oben bereits erwähnten Luigi Faidutti nach Österreich. Im Auftrag der Kurie sollte der ehemalige Priesterpolitiker einen Bericht über die religiösen Verhältnisse in der Bundeshauptstadt verfassen. Dass seine Mission mit den Kirchenaustritten in Zusammenhang stand, geht indirekt aus dem Bericht hervor. Faidutti gab an, der zum Teil überzeichneten Zeitungsberichterstattung ein ausgewogenes Bild gegenüber stellen zu wollen. Dazu holte er vierzehn Fachmeinungen ein, auf denen seine Expertise im Wesentlichen basierte.[826] Die Namensliste der von ihm konsultierten Personen liest sich wie das ‘Who is Who‘ des Politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit:

a) Msgr. Enrico Sibilia, Apostolischer Nuntius
b) Kardinal Friedrich Gustaf Piffl CanR(eg), Erzbischof
c) Msgr. Franz Kamprath, Weihbishof

[825] Aus der Statistik geht nicht hervor, ob die von Bischof Waitz zur Verfügung gestellten Zahlen tatsächlich jenen der gesamten Apostolischen Administration entsprachen oder nur auf Tirol beschränkt waren. Für das Burgenland kann angenommen werden, dass die Ergebnisse nicht zu den Wiener Zahlen geschlagen wurden. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30, fol. 7. Beilage A zu N° 365/10547.
[826] Genauere Informationen über Luigi Faidutti und die von ihm konsultierten Personen finden sich im Kapitel 3.6.

d) Wilhelm Miklas, Bundespräsident
e) Msgr. Ignaz Seipel, Altbundeskanzler
f) Pater Angelikus M. Töffler, Provinzial der Dominikaner
g) Pater Franz Hatheyer, Provinzial der Jesuiten
h) Msgr. Jakob Fried, Generaldirektor des kath. Volksbundes, Verfasser der „Wiener Seelsorgenot"
i) Pater Heinrich Giese SVD, Präsident des Wiener Caritasverbandes und Schulfachmann
j) Pater Karl Andlau SJ, Superior und Nachfolger des 'Männerapostels' P. Abel
k) Pater Jakob Koch SVD
l) Max Wladimir Freiherr von Beck, ehem. Ministerpräsident und Präsident des Rechnungshofes
m) Friedrich Funder, Herausgeber der Reichspost
n) Pater Zyrill Fischer OFM, Experte für Jugendorganisationen

Faiduttis Untersuchung konzentrierte sich im Wesentlichen auf drei Themenfelder: die Seelsorgesituation, die Schulsituation und das familiäre Umfeld. Wie auch von den Bischöfen festgestellt, ortete der Bericht einen Mangel an Kirchen und Priestern, der einer steigenden religiösen Indifferenz gegenüberstünde. Einen weiteren großen Teil seiner Ausführungen nahm die Schulproblematik ein, wo es ebenfalls große Übereinstimmungen mit den Bischöfen gab. Als großes Problem sah er hier, dass gerade einmal 12 % aller Wiener Schüler von katholischen Schulen aufgenommen werden könnten. Der große Rest müsste in die staatlichen und städtischen Schulen gehen, wo eine sehr kirchenfeindliche Stimmung herrsche. Die Folge sei ein ständig wachsender Anteil konfessionsloser Kinder. Der dritte Schwerpunkt galt den religiösen Strukturen auf der untersten Ebene. Dazu gehörte nach kirchlichem Verständnis zu aller erst die Familie. Faidutti befasste sich aber auch mit den, in die Familie hineinreichenden Feldern Beruf – gemeint waren vorrangig die Fabriken – und Jugendvereine, um die ein besonders heißer kulturpolitischer Kampf geführt wurde. Als Beispiel nannte er die Kirchenaustrittspropaganda, die alleine in Wien innerhalb der letzten zehn Jahre zu 153.187 Glaubensabfällen geführt haben soll. Von sozialdemokratischer Seite rechtfertigte man diese feindselige Maßnahme mit der Präsenz Seipels an der Spitze der Bundesregierung. Für Faidutti handelte es sich dabei allerdings nur um ein Scheinargument:

„*Nel primo tempo si voleva ascrivere alla presenza di Mons Seipel al potere questo movimento, ed era schifosa la gazzarra che si faceva intorno al nome di questo eminente politico. Ma ora che Seipel ha abbandonato il posto di Cancelliere della Repubblica, i socialisti vanno inventando nuovi pretesti: il fascismo – i pattegiamenti del Vaticano col fascismo – le formazioni volantarie d'una milizia inofficiale (Heimwehr) di cui sembrano aver paura – la polizia con i suo capi – e poi di nuovo*

Seipel, che è ancora sempre alla testa dei cristiani sociali, e che accennano di soverchia combattività (Glaubensstreiter)“[827]

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die politisch motivierten Kirchenaustritte von katholischer Seite lange Zeit unterschätzt wurden. Nach dem Motto „Wo gehobelt wird, fallen Späne“, betrachtete man die Glaubensabfälle als unvermeidbaren Schwund im Ringen um das vorherrschende Weltbild. Erst als die Austrittszahlen eine Höhe erreicht hatten, die man nicht mehr ignorieren konnte, schien dies die österreichischen Bischöfe etwas beunruhigt zu haben. Die politische Verantwortung für die kirchenfeindliche Stimmung war nach Meinung der Oberhirten aber sehr einseitig verteilt. Während das weltanschauliche Gegenüber in Gestalt der Freimaurer und Freidenker (politisch den Sozialisten zugeordnet) als alleiniger Aggressor wahrgenommen wurde, sah man die Christlichsoziale Partei in der Defensive mit der Verteidigung konfessioneller Interessen beschäftigt. Diese Ansichten entsprachen weitgehend den Überzeugungen des Apostolischen Nuntius. Es ist deshalb fragwürdig, weshalb er den Heiligen Stuhl nicht von sich aus über die Kirchenaustritte informiert hatte. Hier kommen zwei Möglichkeiten in Betracht. Entweder es geschah aus Absicht oder Unvermögen:

1) Die erste Theorie lautet: der Nuntius hat absichtlich Informationen zurückgehalten, weil er befürchtete, in Rom könnte man diese zuungunsten Seipels auslegen. Alleine die Tatsache, 1927, dem Jahr mit den meisten Kirchenaustritten, kein einziges Mal über die fortschreitende Kirchenentfremdung berichtet zu haben, würde hervorragend in dieses Bild passen. Um einer nachteiligen Beurteilung des Priesterkanzlers vorzubeugen, hatte es der Nuntius vorgezogen, die erfolgreiche Niederschlagung des Aufstandes durch die Bundesregierung hervorzuheben. Als „*ammirabile*“ bezeichnete er immerhin die Haltung des Bundeskanzlers während der blutigen Zusammenstöße. Ebenfalls für diese Theorie spricht, dass der ansonsten mit Angriffen gegen die Sozialdemokratie nicht geizende Nuntius die politische Verantwortung für die Kirchenaustrittswelle auffällig herunterspielte, als ob er Seipel absichtlich aus der Schusslinie bringen wollte.

[827] ASV/AES, Austria Ungheria, Pos. 848 P.O., Fasz.. 20, fol. 74f. „*Mali e rimedi in un esame della situazione di Vienna*”, Bericht von Luigi Faidutti, 6. August 1929. Eigene Übersetzung: „*In früheren Zeiten wollte man der Präsenz Msgr. Seipel an der Macht diese Bewegung* [Abfallbewegung] *zuschreiben, und es war ein ekelhaftes Spektakel, das man um den Namen dieses großartigen Politikers machte. Aber jetzt, wo Seipel den Platz als Kanzler verlassen hat, sind die Sozialisten dabei, neue Ausreden zu erfinden: den Faschismus, das Paktieren des Vatikan mit dem Faschismus, die Heimwehr als eine inoffizielle Miliz, vor der sie anscheinend Angst haben, die Polizei und ihre Führung, und dann wieder Seipel, der noch immer am Kopf der CSP steht, dem sie einen übertriebenen Kampfgeist vorwerfen (Glaubensstreiter).*“

2) Die zweite Möglichkeit wäre, dass die unterlassene und fehlerhafte Berichterstattung infolge fachlicher Überforderung geschah. Die Kirchenaustrittswelle fand demnach deshalb nicht Eingang in die Nuntiaturberichte, weil dem Vertreter des Heiligen Stuhls ihre Tragweite nicht bewusst war. Bedenkt man die bereits erwähnten sprachlichen Defizite und die zurückgezogene Lebensweise Sibilias, erscheint es nicht abwegig, dass diese Entwicklung unbemerkt an ihm vorbeigelaufen ist.[828]

[828] Vgl. Kapitel 1.3.2., 67.

3.6. Zwischen Christlichsozialer Partei und Heimwehren

> *„Wenn wir die Feinde Jesus Christus' in besser organisierten und bewaffneten Gruppen marschieren sehen, dann müssen wir alles dazutun, um die Mängel in unserer eigenen Bewaffnung und Organisation zu beheben. Die wahre Liebe für das Volk muss sich darin ausdrücken, dass wir den entscheidenden Kampf im Volk und für das Volk nicht aus dem Wege gehen."*[829]
>
> Ignaz Seipel

Infolge des Erstarkens paramilitärischer Verbände erlebte die österreichische Republik, ausgehend von den ideologischen Rändern des politischen Spektrums, eine fortschreitende Radikalisierung des innenpolitischen Klimas. Auf bürgerlicher Seite – und nur diese wird im Folgenden beleuchtet – waren besonders die Heimwehren Träger eines autoritären bis extremistischen Gedankengutes, welches den Parlamentarismus unverhohlen in Frage stellte.[830] Inspiriert vom italienischen Faschismus richtete sich ihre Kritik gezielt auf zwei Elemente der „österreichischen Verfassungswirklichkeit": das Verhältniswahlrecht und die dominante Stellung der legislativen Gewalt.[831]

Entsprechend der eigenen Gesinnung wollte man sich zunächst bewusst außerhalb des etablierten Parteienspektrums bewegen, wodurch sich die gesamte politische Agitation auf ausschließlich außerparlamentarische Mittel beschränkte. Mit militärischen Aufmärschen und anderen Machtdemonstrationen trieben die Heimwehrverbände die „Mehrheitsparteien"[832] vor sich her und drängten sie zu einer umfassenden Verfassungsreform. Dass es diesen militanten Gruppierungen ohne einheitlicher Führung gelang, sich bei den Regierungsparteien mit ihrem antiparlamentarischen Forderungskatalog Gehör zu verschaffen, wird der tatkräftigen Protektion durch den langjährigen Parteiobmann der

---

[829] Zit. nach *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 18. Oktober 1927, 6.

[830] Bei den Heimwehren handelte es sich um quellenmäßig als auch historiographisch nur sehr schwer fassbare Gruppierungen. Die Schwierigkeiten beginnen schon bei der Definition, wo es oft zu Verwechslungen mit anderen Organisationen kommt. In Anlehnung an Walter Wiltschegg werden in weiterer Folge die Eigenbezeichnungen „Selbstschutz", „Heimwehr", „Heimatwehr", „Heimatschutz" und „Heimatdienst" verwendet. Zu den Problemen der Begriffsbestimmung siehe Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985, 14-16. Die föderative Struktur der Heimwehren bedingte auch regionale Unterschiede in der programmatischen Ausrichtung. Während die Verbände in der Steiermark mit den Nationalsozialisten verschmolzen, waren die Tiroler beispielsweise stärker vom italienischen Faschismus beeinflusst. Andere Richtungen standen wieder den Christlichsozialen oder Großdeutschen näher. Zusammen hielt sie nur der entschiedene Antimarxismus. Vgl. Francis L. Carsten, Zwei oder drei faschistische Bewegungen in Österreich? in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 188.

[831] Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 196.

[832] Unter dieser zeitgenössischen Bezeichnung wurden gemeinhin alle nicht linken Parteien verstanden.

Christlichsozialen zugeschrieben. Vor allem die bedenkliche Einflussnahme der Heimwehren auf tagespolitische Themen – meist zugunsten von Regierungsinteressen, denen es aufgrund der sozialdemokratischen Opposition an einer parlamentarischen Mehrheit fehlte (Mieterschutz, Antiterrorgesetz) – erweckte den Verdacht, dass Ignaz Seipel im Hintergrund Regie führte.[833] In Diplomatenkreisen neigte man deshalb dazu, in Seipel den „*böse*[n] *Geist der Heimwehren*“[834] zu sehen. Wenig schmeichelnd für den Priesterpolitiker fällt auch das historiographisch-wissenschaftliche Urteil über seine einseitige Hinwendung zu den Heimwehren aus. Eine weit verbreitete These besagt, dass seinem Beispiel folgend große Teile des Politischen Katholizismus‘ von den demokratischen Grundprinzipien abgerückt wären.[835] In der Literatur wird Seipel somit als eine jener Schlüsselfiguren beschrieben, die autoritäres Gedankengut in der Christlichsozialen Partei salonfähig machten.[836]

> „Mit der Verfassungsnovelle von 1929, die – grosso modo gesprochen – eine dem europäischen Trend der Zeit entsprechende Verlagerung der Gewichte vom Parlament zum Staatsoberhaupt beinhaltete, hoffte man, antidemokratischen Strömungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch trug das Werk zu deutlich die Handschrift des Kompromisses mit den Sozialdemokraten.“[837]

Für Seipel bedeutete die Geltendmachung zahlreicher sozialdemokratischer Forderungen bei der Verfassungsreform[838] eine persönliche Niederlage, die ihm zugleich seinen Einflussverlust innerhalb der Partei deutlich vor Augen führte. Denn wäre es nach Seipel

[833] Für Auer hatten die Heimwehren ihre gesamte innenpolitische Bedeutung alleine der schützenden Hand Seipels zu verdanken. Umgekehrt soll der Prälat in ihnen jenes Werkzeug erblickt haben, mit dem er die seiner Meinung nach nötigen Reformen an der Staatsführung vornehmen wollte, welche auf parlamentarischem Wege nicht gangbar gewesen wären. Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 103

[834] DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 2, Fasz. 4, fol. 65. Ignaz Seipel an Richard Schmitz, 1. März 1931.

[835] Vgl. Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 196. Wohnout sieht in der klerikalen Ausrichtung der Christlichsozialen Partei „die potentielle Bruchstelle“ in ihrem ambivalenten „Verhältnis zum System der liberalen und pluralistischen Demokratie westeuropäischen Zuschnitts.“ Ebda., 189. Indirekt findet diese These auch bei Auer Bestätigung, welcher den Heimwehrkurs Seipels mit der Wahrung kirchlicher Interessen in Verbindung bringt. „Seipel sah in einem Konkordat zwischen Österreich und dem Vatikan, in dem die katholischen Forderungen betont und verankert werden sollten, ein Hauptziel seines politischen Lebens.“ Für den Abschluss eines Konkordates hätte es allerdings einer Zweidrittelmehrheit bedurft. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 110f.

[836] Vgl. Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler. Bd. 3, Wien 1948, 94f.

[837] Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 196.

[838] Die Sozialdemokraten hätten bei Inkrafttreten des von den Christlichsozialen eingebrachten Verfassungsreformentwurfs fast jeden Einfluss im Staate verloren, weshalb sie die Vorlage vehement bekämpften. Da es für eine Abänderung jedoch keine Verfassungsmehrheit gab, waren die bürgerlichen Parteien auf die Stimmen der Sozialdemokraten angewiesen. Trotz des Druckes der Heimwehren ist es ihnen gelungen, einen Kompromiss auszuverhandeln, dem die „entscheidenden Giftzähne“ (Norbert Leser) gezogen werden konnten. Vgl. Oskar Lehner, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. 3. Aufl., Linz 2002, 306; Norbert Leser, Die Rolle der Sozialdemokratie bei der Verfassungsreform 1929, in: Rudolf Neck u. Adam Wandruszka, Hg., Die österreichische Verfassung von 1918 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien vom 19. Oktober 1977, Wien 1980, 73.

gegangen, hätte das neue Verfassungswerk deutlich kompromisslosere Züge angenommen. Aus der Korrespondenz mit Heinrich Mataja geht hervor, dass er von Anfang an für einen sehr autokratischen Verfassungsentwurf eingetreten ist.

> „*Im Gegenteil habe ich* [Ignaz Seipel] *vor, an meinem ganzen Beschwerdeprogramm aus der Tübinger Rede festzuhalten u. immer wieder zu sagen, dass mir die Landbund- u. sogar die Heimwehrforderungen zu wenig sind. Der Augenblick ist so günstig wie nur möglich um wirklich eine große Reform zu machen. Daß* [sic!] *der Elan des Augenblicks nachlassen kann, dass insbesondere auch die Heimwehrleute sich als Pfründer erweisen können, ist möglich, vielleicht wahrscheinlich. Aber wer wird in der Zeit des Vormarsches ans Zurückziehen denken*."[839]

In welcher Weise die päpstliche Nuntiatur die Annäherung Seipels an die Heimwehren wahrgenommen hat und wie dessen zunehmende Sympathien für autoritäre Regierungsformen im Vatikan aufgenommen wurden, soll nachstehend aufgezeigt werden.

Erstmals hatte Seipel seine Solidarität mit den Heimwehren in seiner Tübinger Rede im Juli 1929 öffentlich kundgetan, als er seine prominente Forderung nach einer „wahren Demokratie"[840] formulierte.[841]

---

[839] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 5, fol. 28f. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 4. September 1929.

[840] Was Seipel unter „wahrer Demokratie" im praktischen Sinne verstanden wissen wollte, ließ er bis zum Schluss offen. Denn seine theoretischen Ausführungen beinhalteten keine konkreten Umsetzungsvorschläge, sondern enthielten nur die Forderung nach einer „vom Parteienstreit möglichst unabhängige[n] Staatsspitze, Regierungsspitze, die dem Volk verantwortlich sein sollte". Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 67. Seine kritische Haltung gegenüber den Parteien entsprang der Ansicht, dass diese aufgrund ihrer ideologischen Verengungen den Wählerwillen verfälschen würden. Er strebte daher nach einem Regierungssystem, das einer Vertiefung im Verhältnis zwischen Regierung und Regierten auf Kosten der dazwischen liegenden Instanz, also des Parlaments, Rechnung tragen sollte. Obwohl dem Prälat sicherlich kein totalitäres Modell vorschwebte, stellte er ernsthafte Überlegungen an, wie sich die Demokratie am besten mit einer autoritären Führung vereinen ließe bzw. „wie man die Staatsführung von parlamentarischen Zufallsmehrheiten unabhängig machen" könnte. Ebda., 75. Kurz vor seinem Tod gab Seipel der *Berliner Börsenzeitung* noch ein Interview, worin er abermals seinen Glauben an eine „höhere Demokratie" betonte. Seine Ausführungen „gipfelten in der Bemerkung, dass der heutige unelastische und doktrinäre Zustand der Demokratie dem deutschen Volk durchaus wesensfremd sei. In manchen Schicksalsfragen sei eben die selbstverantwortliche, persönliche Führung notwendig, die auch bessere Parlamente, 'als wir sie haben', nicht zu ersetzen vermögen: 'Die Nation selbst, der Vergottung eines aufgeblähten Parlamentarismus zutiefst müde, fordert diese Entwicklung'." Zit. nach Erika Weinzierl, Kirche und Demokratie in Österreich 1918-1945, in: Ulrich Körtner, Hg., Kirche – Demokratie – Öffentlichkeit. Ort und Auftrag der Kirchen in der demokratischen Gesellschaft, Innsbruck u. Wien 2002, 51. Diese Haltung blieb auch innerkatholisch nicht unwidersprochen. Verhaltene Gegenstimmen (z.B. Ernst Karl Winter) sahen „hinter dem Schild der 'wahren Demokratie' Seipels schon den möglichen Heranzug einer Militärdiktatur." Ebda., 50f.

[841] Kritiker warfen Seipel vor, schon während der Zeit der Währungssanierung auf den Geschmack des autoritären Regierens gekommen zu sein. Die Genfer Protokolle räumten der Regierung weitgehende Handlungsvollmachten ein. Die Opposition unterstellte Seipel sogar, dass er die Idee einer solchen Vollmacht den ausländischen Mächten souffliert hätte. Tatsächlich handelte es sich dabei um Vollmachten eines außerordentlichen Kabinettsrats, welcher entsprechend dem Stärkeverhältnis im Nationalrat von Vertretern aller Parteien beschickt wurde. Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 62- 64.

> „*Nichts ist falscher, als wenn behauptet wird, die Heimwehr bedrohe irgendwie die Demokratie. Im Gegenteil! Die Sehnsucht nach wahrer Demokratie ist eine der stärksten Triebfedern der Heimwehrbewegung. Deshalb vertraue ich ihr und bekenne mich zu ihr.*“[842]

Allerdings begann die schrittweise Distanzierung vom parlamentarischen Parteienstaat schon unmittelbar nach den Ereignissen vom 15. Juli 1927 – nicht zuletzt provoziert durch eine massive Kirchenaustrittspropaganda der Sozialdemokraten[843] – „außerparlamentarische Faktoren in seine politischen Kalkulationen einzubeziehen“[844], als er erklärte, die Regierung sei „*geradezu gezwungen, um nicht das Vertrauen des Volkes zu verlieren, sich vom Parlament mehr oder weniger unabhängig zu machen.*“[845]

Parallel dazu gelangten auch für den Apostolischen Nuntius die Heimwehren erst ab den Juli-Ereignissen ins politische Bewusstsein.[846] Namentlich das erste Mal wurden die „*Heimwehren*“ im Rapport vom 7. November 1927 erwähnt. In dieser ersten Beschreibung ordnete er die Milizverbände dem *Reichsbauernbund* zu! Ihre Stärke bezifferte der Bericht mit Berufung auf die *Reichspost* auf 240.000 Mitglieder. Erwähnung fand besonders ihre Rolle bei der Beendigung der Revolte vom 15. Juli 1927. Der Nuntius bescheinigte ihnen eine konstruktive Arbeit als Streikbrecher, wodurch sie sich als wichtige Stütze für die Regierung erwiesen hätten. Seither würden sie unter dem Namen „Heimwehren“ als Verteidiger des Heimatlandes („*difensori della patria*“) auftreten, mit der ständigen Bereitschaft „*ad opporsi alle violenze e tentativi di sommosse dei socialdemocratici.*“[847] Umgekehrt würden die Heimwehren in der „*Parteitagsterminologie*” der Sozialdemokraten – hier bezog sich Sibilia erneut auf die *Reichspost* – als Anhänger des „*Fascismo*“ wahrgenommen.[848] Solche Vergleiche mit der Mussolini-Partei ließen den

---

[842] Zit. nach Wiltschegg, Die Heimwehr. 1985, 48.
[843] Vgl. Kapitel 3.5., 192ff.
[844] Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche, 2001, 196.
[845] *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 10. November 1927 zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 222.
[846] Auch für Wiltschegg haben die Heimwehren erst „im Gefolge des blutigen 15. Juli 1927“ zum ersten Mal „in die Geschichte Österreichs an einer scheinbaren Nebenfront eingegriffen“. Wiltschegg, Die Heimwehr, 1985, 304. Zugleich sieht er darin eine markante Wende in der Innenpolitik, die der Heimwehr ein „überdimensioniertes Selbstbewusstsein“ und folglich einen gewaltigen Aufschwung verliehen hat. Ebda., 40.
[847] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 158. N° 303/9545, Nuntiaturbericht, 7. November 1927. Eigene Übersetzung: „*sich der Gewalt und den Umsturzversuchen der Sozialdemokraten entgegenzustellen.*“
[848] Vgl. ebda., fol. 157ff. Dieser Bericht mit dem Betreff „*Socialisti e contadini in Austria*“ handelt von zwei politisch konkurrierenden Veranstaltungen am Staatsfeiertag. Sowohl der Reichsbauernbund als auch die Sozialdemokraten hatten für den 12. November Treffen angekündigt. Nach Angaben des Nuntius, welcher sich seinerseits auf die *Reichspost* vom 5. November 1927 berief, hatten die Sozialdemokraten als Reaktion auf einen im *Bauernbündler* abgedruckten, scharf gegen die sozialdemokratische Führung gerichteten „*Appells an die Öffentlichkeit*” für den gleichen Tag eine große (Gegen-)Demonstration gegen den

Nuntius dieser Bewegung anfänglich noch kritisch gegenüberstehen. Immerhin sah er sich am 9. Oktober 1928 veranlasst, die Sympathien mancher „*buoni*“ für die Heimwehren („*difesa della Patria*”) – später wurden sie ohne italienische Übersetzung nur noch als „Heimwehren“ oder gelegentlich als „Heimwehr“ angeführt –rechtfertigen zu müssen. Allerdings lässt bereits die banale Unterteilung in ‘gut‘ und ‘böse‘ die zukünftige Tendenz des Nuntius erahnen. Obgleich er den *buoni* – und auch hier verzichtete Sibilia auf eine konkrete Zuordnung[849] – kein adäquates Antonym gegenüberstellte, lässt seine gesamte Berichterstattung keinen Zweifel daran, dass innerhalb seines dogmatischen Weltbildes diesen Platz die Sozialdemokraten einnahmen. Bedingt durch seine Schwarz-Weiß-Malerei hatte der päptliche Nuntius Verständnis für die Heimwehr-Sympathien der *buoni*, deren Gefahrenpotential er zwar erkannte („*sebbene non scevra da altri pericoli*“) aber im Hinblick auf ihre staatstragende Rolle bei der Niederwerfung der Unruhen vom 15. Juli 1927 als hinnehmbar betrachtete.[850] Über den Heimwehrführer Dr. Steidle ließ er sich etwa sagen, dass er „*una brava persona*“ sei.[851]

Der eigentliche Anlass für den Bericht war die Heimwehrkundgebung in Wiener Neustadt am 7. Oktober gewesen. Dieser Aufmarsch der Heimwehrverbände sorgte über die Grenzen Österreichs hinaus für Aufsehen. Da der Republikanische Schutzbund eine Gegenveranstaltung angekündigt hatte, welche von den Behörden ebenfalls genehmigt wurde, fürchtete man blutige Zusammenstöße in bürgerkriegsähnlichem Ausmaß.[852] Die Wiener Neustädter Arbeiterschaft sah sich durch den geplanten Heimwehraufmarsch massiv herausgefordert. Die Heimwehr wollte hingegen demonstativ das „sozialdemokratische Mo-

---

„*Fascismo*“ anberaumt. Im Gegensatz zum Nuntius setzte der *Reichspost*-Artikel die Heimwehren allerdings nicht explizit dem Reichsbauernbund gleich. Vgl. *Reichspost*, 5. November 1927, 3.

[849] Man geht aber wohl nicht falsch in der Annahme, hinter diesem Sammelbegriff die Parteigänger des Priesterkanzlers zu vermuten.

[850] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 288-291. N° 356/10388, Nuntiaturbericht, 9. Oktober 1928. Der Glaube an die stabilisierende Rolle der Heimwehren im innenpolitischen Machtkampf war nach Boyer im bürgerlich-konservativen Lager weit verbreitet. Vgl. Boyer, Political Catholicism in Austria, 2005, 11.

[851] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 40. N° 356/10388, Nuntiaturbericht, 9. Oktober 1928.

[852] Für die *Reichspost* sollte der 7. Oktober zur „*Probe auf den inneren Wertgehalt des österreichischen Staates*“ werden, in der sich entscheiden sollte, ob der junge Staat noch immer ein „*Spielball von Parteileidenschaft*“ ist oder ob er seinen „*inneren Aufbau zum Rechtsstaate vollzogen*“ hat. Unter Rechtsstaatlichkeit verstand das halboffiziöse Parteiorgan der Christlichsozialen in diesem Zusammenhang den staatlichen garantierten Schutz des Demonstrationsrechtes für alle ideologischen Gesinnungen. Dabei handelte es sich um einen Seitenhieb gegen die Sozialdemokraten, denen man vorwarf, mit ihren Bürgerkriegsdrohungen „*das Versammlungsrecht Andersgesinnter ... unterdrücken*“ zu wollen. *Reichspost* , 7. Oktober 1928, 1. Die *Neue Freie Presse* eröffnete ihre Ausgabe desselben Tages hingegen mit einem emotionalen Friedensappell an die Streitparteien. In erster Linie galt die Aufforderung zur Deeskalation aber dem Schutzbund. Denn es entsprach der Blattlinie, dass die „*Schuld an dieser ganzen Verwicklung ... unstreitig die Sozialdemokraten*“ hätten. *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 7. Oktober 1928, 1.

nopol auf die Straße“ brechen.[853] Dank des großen Aufgebotes an Exekutiv- und Bundesheereinheiten verliefen die Aufmärsche jedoch ohne nennenswerte Zwischenfälle.[854] Der Nuntiaturbericht schrieb den glimpflichen Ausgang hingegen vornehmlich der Disziplin der Heimwehren zu. Ihr Aufmarsch sei trotz des friedlichen Verlaufes eine gelungene Warnung („*monito*“) an die Sozialdemokraten gewesen, nicht die einzigen ‘Hausherren‘ Österreichs („*i soli padroni dell’Austria*”) zu sein. Mit dem Verweis auf eine vertrauliche Information berichtete er ferner, dass die österreichischen Sozialisten im Vorfeld der Kraftprobe von Moskau eine beachtliche Geldsumme („*forti somme di denaro*”) erhalten haben sollen. Dort hätte man ihnen ferner den Rat gegeben, zur gleichen Zeit eine Gegendemonstration zu veranstalten. Zu diesem Zweck wollte man ihnen eigens einen als Journalisten getarnten professionellen sowjetischen Kampfredner („*esperto agitatore sovietico sotto il titolo di corrispondente giornalista*”) zur Verfügung stellen. Von der Wiener Polizei wurde diesem jedoch die Erlaubnis verweigert, an der Veranstaltung mitzuwirken („*per assistere a quelle dimostrazioni*“), was sogar zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Wien und Moskau geführt hätte.[855] Die in der europäischen Presse kursierenden Ängste vor Unruhen („*gravi timori di disordini*”), welche Italien, Ungarn und die Tschechoslowakei sogar dazu veranlasst hätten, ihre Grenzen militärisch zu sichern, führte der apostolische Gesandtschaftsbericht auf die Gegenkundgebung der Sozialdemokraten zu-

[853] Wiltschegg, Die Heimwehr, 1985, 45.

[854] Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, 1983, 164-166. Die steirischen Heimwehren hatten für diesen Tag einen Aufmarsch im sozialdemokratisch dominierten Wiener Neustadt angesagt. Der Schutzbund wollte diese „*Provokation*“ – so die *Arbeiterzeitung* am 12. September, welche darin gar die „*Generalprobe für den Marsch auf Wien*“ sah – nicht tatenlos hinnehmen und kündigte seinerseits eine Gegendemonstration an. Die Heimwehren entgegneten dem Vorwurf der Provokation mit dem Hinweis auf die „Freiheit der Straße“. Die zuständigen Behörden sahen sich aus Angst vor neuerlichen blutigen Zusammenstößen – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen vom 15. Juli 1927 – gezwungen, die Schutzbund-Kundgebung zu verbieten. Daraufhin verschärfte sich der Konflikt noch weiter, da die Sozialdemokraten nun erst recht nicht von ihrer Gegenveranstaltung absehen wollten. Seipel ließ sich von dieser Ankündigung jedoch nicht abschrecken und ließ es auf eine Kraftprobe ankommen. Nachdem sich beide Parteien dazu verpflichtet hatten, ihre Aufmärsche zeitlich und örtlich getrennt abzuhalten, fanden beide Veranstaltungen unter einem Großaufgebot an Sicherheitskräften statt. Seipels Taktik ging voll auf. „Wie er vorausgesetzt hatte, geschah nichts. Ihm kam es in erster Linie auf die Wahrung der Staatsautorität an, die er von niemandem wollte in Frage stellen lassen. Die Sozialdemokraten bekamen so eine Lehre, die für die weitere Entwicklung der Innenpolitik hätte heilsam werden können. Sie erkannten, daß sie ihre Gegner und die staatliche Exekutive nicht zugleich bekämpfen konnten. Das bedeutete den Übergang zur Defensive.“ Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, 1962, 138. Zu Seipels Rolle beim Zustandekommen beider Veranstaltungen siehe. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 138; Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 582.

[855] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 40f. N° 356/10388, Nuntiaturbericht, 9. Oktober 1928. Auf welche Informationen sich der päpstliche Diplomat hier berief, konnte nicht festgestellt werden. Als sicher gilt jedoch, dass dem Bericht vom 9. Oktober eine Aussprache mit dem Bundeskanzler vorausging. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 10, o.S., 8. Oktober 1928.

rück.[856] Mit Verweis auf die von der Regierung getroffenen Sicherheitsvorkehrungen wie die Festnahme tausender Kommunisten im Vorfeld des 7. Oktobers 1928, hätten sich diese Sorgen jedoch als gänzlich unbegründet erwiesen.[857] Die Vorfälle in Wiener Neustadt hätten das Ansehen der Bundesregierung vielmehr gestärkt, da sie dadurch beweisen konnte, über genügend Autorität und physische Gewalt zu verfügen, „*per mantenere l'ordine pubblico contro le mene dei socialisti protetti, aiutati e aizzati da Mosca*."[858] Erwähnenswert fand der Nuntius auch die Nachricht, wonach sich infolge des paramilitärischen Kräfteringens einige Arbeiter („*parecchi operai*") von der Sozialistischen Partei abgewandt hätten und zur „*Heimwehr*" übergelaufen wären. Dieser Erfolg würde innerhalb der Bewegung die Hoffnung nähren, „*che tale esodo continui con il conseguente indebolimento di detto partito*".[859] In absehbarer Zukunft wären deshalb ähnliche Aufmärsche in Linz, Bischofshofen und Innsbruck geplant. Sibilia glaubte allerdings nicht,

[856] Hier scheint sich der Nuntius ausnahmsweise auf die *Neue Freie Presse* gestützt zu haben. Das Blatt berichtete in der Abendausgabe vom 8. Oktober von einer Grenzverstärkung der genannten Nachbarländer. Im gleichen Artikel wurde auch Kritik an der 'überzogenen' Reaktion des Auslandes besonders im Hinblick auf „*all die Schauermärchen vom kommenden Fascismus* [sic!]" geübt. *Neue Freie Presse,* Abendblatt, 8. Oktober 1928, 1. Bereits einige Tage zuvor echauffierte man sich, dass das Ausland so schlecht über die österreichischen Verhältnisse unterrichtet war. „*Ebenso ist es seltsam, wenn in einem der hervorragendsten englischen Blätter so getan wird, als ob Oesterreich wirklich schon mit dem Fascismus* [sic!] *zu kämpfen hätte. Es wäre wirklich Pflicht des Auslandes, Oesterreich wenigstens dadurch zu schonen, daß nicht durch Uebertreibungen eine ohnehin schwierige Situation noch verschärft werde.*" *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 5. Oktober 1928, 1. Ähnlich beurteilte die *Reichspost* die Berichterstattung des Auslands im Vorfeld der Heimwehrkundgebung, welche sie als „*Paniknachrichten*" bezeichnete. *Reichspost*, 6. Oktober 1928, 1.

[857] Dass die Kommunisten „*das gefährliche Element*" des 7. Oktobers darstellen würden, entsprach auch der Ansicht der bürgerlichen Presse. Vgl. *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 8. Oktober 1928, 3. In der Darstellung unterschieden sich die Berichte jedoch stark. Während die *Neue Freie Presse* nur davon berichtete, dass die Anreise einer großen Gruppe von Kommunisten nach Wiener Neustadt von der Gendarmerie erfolgreich 'abgefangen' wurde, schrieb die katholische *Reichspost* von einer kommunistischen Versammlung am Samstag den 6. Oktober, welche einen „*Anmarsch von 3000* [kommunistischen] *Parteigängern nach Wiener Neustadt*" beschlossen hätte. „*Teile dieses Regiments*" wären allerdings bereits tags darauf in Ebreichsdorf verhaftet worden. *Reichspost*, 8. Oktober 1928, 3. Schon tags zuvor berichtete das Funder-Blatt, dass sich ein „*kommunistischer Trupp aus Wien*" in der Nähe der Fliegerkaserne „*eingenistet*" hätte. *Reichspost*, 7. Oktober 1928, 3f. Wenn also der Nuntius von tausenden Festnahmen und Verhaftungen sprach, bezog er sich eindeutig auf die *Reichspost*, wenn auch mit einigen Unschärfen.

[858] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 41. N° 356/10388, Nuntiaturbericht, 9. Oktober 1928. Eigene Übersetzung: „*um die öffentliche Ordnung gegen das sozialistische Treiben – geschützt, unterstützt und angeregt durch Moskau – aufrecht zu erhalten*." Ganz in diesem Sinne sprach sich auch der Leitartikel der *Reichspost* vom 8. Oktober aus. Für das katholische Blatt ist der „*als Katastrophentag ausgeschriebene 7. Oktober*" zu „*einem Sieg der Staatsautorität in Oesterreich geworden*". Dies wurde vorrangig der Entscheidung zugeschrieben, beide Demonstrationen genehmigt zu haben, wodurch der Staat Überparteilichkeit bewiesen hätte. *Reichspost*, 8. Oktober 1928, 1.

[859] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 41. N° 356/10388, Nuntiaturbericht, 9. Oktober 1928. Eigene Übersetzung: „*dass dieser Exodus mit einer konsequenten Schwächung der besagten Partei weiter anhaltet*". Bei dieser Behauptung könnte sich der Nuntius auf den Heimwehrführer und Bundesrat Richard Steidle bezogen haben. Dieser erklärte bei einer am 5. Oktober einberufenen Pressekonferenz, die dem Zwecke diente „*einer Reihe von Missverständnissen und falschen Vorstellungen hinsichtlich der Heimwehren entgegenzutreten*", dass die Heimwehren auch in der Arbeiterschaft immer größeren Zuspruch fänden. So seien bereits „*tausende Arbeiter*", die infolge eines 'Betriebsterrorismus' „*den Glauben an die marxistischen Führer verloren haben*", zu den Heimwehren übergelaufen. *Wiener Zeitung*, 7. Oktober 1928, 4.

dass die Sozialdemokraten noch einmal unmittelbare Gegenveranstaltungen wagen würden („*non oseranno fare controdimostrazioni*“).[860]

Noch deutlicher offenbarte sich die antisozialistische Gesinnung des Nuntius nach dem Rücktritt der Regierung Seipel Anfang April 1929. Der Bericht vom 4. April folgte einem Telegramm, das Rom sofort nach der Bekanntgabe von der Demission in Kenntnis setzte. Die Botschaft in beiden Depeschen ist ident: Der Rücktritt des Bundeskanzlers erfolgte aufgrund der immer starrer werdenden Opposition der Sozialdemokraten („*dovute all'ostinata opposizione dei socialisti*“), welche jede parlamentarische Arbeit in Österreich zunehmend verhindern würden („*impedire ogni lavoro parlamentario*“).[861] Doch im Gegensatz zum ersten Rücktritt im Jahr 1924, dessen Nachricht für Sibilia völlig unerwartet kam, reagierte der Nuntius diesmal auffallend gefasst auf die Demission des Prälaten.[862] Es war wohl die Aussicht auf die Zukunft, die den Nuntius zuversichtlich stimmte. Unter Berufung auf eine unbekannte Quelle wusste der apostolische Gesandte, dass die Niederlegung des Kanzleramtes den Auftakt („*preludio*“) einer energischen Aktion der *buoni* gegen die sozialistische Tyrannei („*tirannia socialista*“) in Österreich bilden würde. Die Überlegungen zu einem solchen Schritt hätte es innerhalb der *buoni* schon seit längerer Zeit gegeben. Ihren Ursprung nahmen sie in den Ausschreitungen rund um den 15. Juli 1927. Seither hätten sich innerhalb der *buoni* zwei Strömungen herausgebildet:

> „*...la prima delle quali avrebbe voluto per parte del Governo un'attitudine energica e rigorosa verso i socialisti; la seconda stimava pericolosa una tale attitudine; o per lo meno non esserne giunto allora il momento opportuno e propizio. Di tale parere era anche Mgr. Seipel. Ma quella prima corrente – per parecchie e diverse ragioni come per esempio la notoria divergenza fra i dirigenti il socialismo; il profondo malcontento in gran parte dei suoi affiliati; la confisca di molti armi tenute nascoste dai socialisti, eseguita meravigliosamente dalla Polizia; la formazione e formidabile aumento dell'Heimwehr (specie di fascimo), etc. si andò sempre più ingrossando e fortificando in modo da credersi oggi capace di affrontare il pericolo socialista e se possibile rimuoverlo definitivamente, come quello che è la*

[860] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 41.
[861] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 55. N° 382/10820, Nuntiaturbericht, 4. April 1929. Im parallel zum Bericht versandten Telegramm ist wörtlich von „*inasprita opposizione*“ (*verschärftre Opposition*) die Rede. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 54. o.Z., Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an das Kardinalstaatssekretariat, o.D. [Datum nicht lesbar].
[862] Dass dieser Rücktritt eng mit den Vertrauensleuten Seipels abgesprochen war, kann auch dem Tagebucheintrag vom 3. April entnommen werden. An diesem Tag kam es nicht nur zu einem Treffen mit seinen engsten Gefolgsleuten (Schmitz, Vaugoin), Seipel notierte außerdem: „*Funder Leitartikel angegeben.*“ DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 3. April 1929. Mit Kardinal Piffl besprach der scheidende Kanzler den Rücktritt erst am 6. April. Ebda., o.S., 6. April 1929.

maggiore delle cause dei mali religiosi, morali ed economici, dai quali è afflitta la povera Austria."[863]

Dass innerhalb der *buoni* die ungeduldige, "erste Strömung" die Oberhand gewonnen hätte, wäre dem Weitblick des Prälaten nicht entgangen („[t]*utto ciò non sfuggiva alla mente eletta e alla chiara previdenza di Mgr. Seipel* "), wie Sibilia in gewohnter Bewunderung für den österreichischen Geistlichen hervorhob. Damit wollte der Nuntius wohl zum Ausdruck bringen, dass diese Entwicklungen nicht einfach am Bundeskanzler vorbeilaufen würden. Allerdings verheimlichte der Bericht nicht, dass Seipel als treuer Gottesdiener („*come vero e buon servo di Dio nella parte la più sensibile*") von den ständigen Angriffen der Sozialisten gegen seine Person und die katholische Kirche tief verletzt worden wäre.[864]

Bei einem der üblichen Diplomatenempfänge am 25. März 1929 zollte der Kanzler den veränderten Verhältnissen Rechnung und teilte dem vatikanischen Gesandten in größter Vertraulichkeit mit, dass die Zeit gekommen wäre, nun andere Mittel gegen die Sozialisten anzuwenden („*di doversi usare con loro altri mezzi*").[865]

„*Però, mi aggiungeva, non convenendo a lui come ecclesiastico di assumere verso di essi un'attitudine di energico rigore, aveva risoluto di abbandonare il Governo e probabilmente anche la direzione dei cristiano-sociale, onde lasciare pieno e libero il campo ai buoni per mettere giudizio ai socialisti*."[866]

---

[863] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 55v. N° 382/10820, Nuntiaturbericht, 4. April 1929. Eigene Übersetzung: „*…die erste der beiden hätte von Seiten der Regierung eine energischere und härtere Haltung gegen die Sozialisten verlangt; die zweite erachtete eine solche Haltung als gefährlich; oder hält zumindest den Moment nicht für vorteilhaft und geeignet. Dieser Meinung war auch Msgr. Seipel. Aber die erste Richtung ist aus einigen verschiedenen Gründen wie zum Beispiel die notorischen Uneinigkeiten zwischen den sozialistischen Führern, die große Unzufriedenheit großer Teile ihrer Anhänger, die hervorragend von der Polizei durchgeführten Konfiszierungen vieler von den Sozialisten versteckter Waffen, die Formation und das gewaltige Anwachsen der Heimwehr (Art des Faschismus), etc. ständig am Wachsen und Erstarken, sodass sie sich heute als fähig betrachtet, der sozialistischen Gefahr entgegenzutreten und, wenn möglich, sie endgültig zu beseitigen, da sie die größte Ursache für die religiösen, moralischen und ökonomischen Übel ist, die das arme Österreich bedrücken.*"

[864] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 55vf. N° 382/10820, Nuntiaturbericht, 4. April 1929. Als besondere Form der Angriffe gegen den Kanzler nannte der Bericht die von der *Arbeiterzeitung* beworbenen Kirchenaustritte, welche sich nach Einschätzung Sibilias schon wieder im Rückgang befänden. Das Wissen um die persönliche Kränkung des Kanzlers kann als ein weiteres Indiz dafür gewertet werden, dass der Nuntius in einem engen Vertrauensverhältnis zu Seipel stand.

[865] Dass am 25. März 1929 ein Diplomatenempfang stattgefunden hat, findet im Tagebuch Seipels Bestätigung. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 25. März 1929.

[866] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 56. N° 382/10820, Nuntiaturbericht, 4. April 1929. Eigene Übersetzung: „*Aber, fügte er hinzu, wäre es für ihn als Kirchenmann nicht empfehlenswert ihnen gegenüber* [den Sozialdemokraten] *eine rigorose Haltung einzunehmen, weshalb er beschlossen hatte, die Regierung und vielleicht auch die Parteileitung der Christlichsozialen zu verlassen, um den Buoni das Feld zu überlassen, damit sie die Sozialisten zur Vernunft bringen*." Diese Haltung Seipels deckt sich gänzlich mit den Erinnerungen Ernst Streeruwitz'. Von seinem Nachfolger soll der Priester verlangt und erwartet haben, dass er „als alter Offizier und Industrieführer die Tatkraft anwenden" würde, die „er selbst

Allerdings wollte Seipel diesen Schritt nicht tätigen, solange die Frage seiner Nachfolge noch nicht endgültig geklärt war. Der Kanzler, der in dieser Frage nichts dem Zufall überlassen wollte, wünschte sich eine unter allen Gesichtspunkten einwandfreie Persönlichkeit („*una persona ineccepibile sotto ogni punto di vista*"). Als aussichtsreichsten Kandidaten nannte er dem Nuntius Unterrichtsminister Richard Schmitz. Ein praktizierender Katholik im weitesten Sinne des Wortes („*cattolico pratico in tutta l'estensione della parola*"), wie Sibilia hervorhob.[867]

In Rom fand die Nachricht vom Rücktritt Seipels erwartungsgemäß ein großes Echo. Der österreichische Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl stellte in diesem Zusammenhang fest, dass der Kardinalsstaatssekretär „[b]*ei den Empfängen der letzten Zeit … jedes Mal mit grossem Interesse auf die Demission des Herrn Bundeskanzler zu sprechen*" kam. Die Inhalte dieser Gespräche erschienen dem Vatikangesandten Rudolf Kohlruß jedoch so delikat, dass er sie „*für eine amtliche Niederlegung und Konservierung nicht zweckentsprechend*" hielt, weshalb er „*die Ansichten des Herrn Kardinals"* am 18. April 1929 in einem Privatschreiben an den Generalsekretär des Wiener Außenamtes mit der Bitte übermittelte, „*sie, falls sie Interesse beanspruchen, dem Herrn Bundeskanzler geneigtest zur privaten Kenntnis weiterreichen zu wollen*."[868]

> „*Aus den wiederholten Gesprächen mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär habe ich* [Rudolf Kohlruß] *zunächst den Eindruck, dass Ihm die aus der Presse bekannten Gründe für die unerwartet gekommene Demission des Herrn Bundeskanzlers für sich allein nicht ausreichend zwingend erscheinen. Des Weiteren scheint der Herr Kardinal über die Strömungen in den Ländern und die Heimwehrbewegung, die gegen die religionsfeindlichen Tendenzen gerichtet sind, verschiedentlich informiert zu sein. Ich habe den Eindruck, dass sich der Herr Kardinalstaatssekretär aus diesen beiden Faktoren sein Bild über die Demission des Herrn Bundeskanzlers formt, wobei er annehmen mag, es müssten bei Fortdauer der gegen den bisherigen Regierungskurs gerichteten Unnachgibigkeiten* [sic!] *anderseits Tendenzen nachhaltigen Durchsetzens in Rechnung gestellt werden, über welche Periode hinweg der*

---

wohl besaß, aber als Geistlicher aus naheliegenden Gründen nicht gut in Bewegung setzen konnte." Zit. nach Werner Dallamaßl, Seipels Rücktritt und die Regierung Streeruwitz. phil. Diss., Universität Wien 1964, 34. Was der Prälat im Detail unter dieser 'Tatkraft' verstanden hatte, gibt den Seipelbiographen bis heute ein großes Rätsel auf. Einigkeit herrscht darüber, dass Seipel gewiss keinen Bürgerkrieg im Sinne hatte. Selbst der sehr Seipel-kritische Gulick sah von dieser Möglichkeit ab. Allerdings traute er dem Prälaten zu, auf legalem Wege „einen Wechsel von der Demokratie zu einer Art faschistischer Diktatur (einschließlich der Zerschlagung der Arbeiterbewegung) so legal wie möglich vorzunehmen." Vgl. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, Bd. 3, 1948, 94.

[867] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 56. N° 382/10820, Nuntiaturbericht, 4. April 1929. Über die Demission des Kabinetts wurde der Apostolische Nuntius persönlich durch Dr. Peter vom Außenministerium am Abend des 3. April 1929 verständigt. Für die breite Öffentlichkeit kam dieser Rücktritt aus heiterem Himmel. Sogar im diplomatischen Korps sorgte die Demission für Überraschung.

[868] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 6, o.fol. Rudolf Kohlruß an Franz (von) Peter Thyllenreuth, 18. April 1929.

Herr Bundeskanzler sich seine Führerschaft eventuell lieber wieder für die Zukunft vorbehalten wolle."[869]

Trotz dieser sehr holprigen Formulierung – Rudolf Kohlruß stellte seine Vorliebe für „gedrechselte Satzbauten" hier eindrucksvoll unter Beweis[870] – lässt sich entnehmen, dass Staatssekretär Gasparri den österreichischen Gesandten aus der Reserve locken wollte, um mehr über die politischen Hintergründe der Demission in Erfahrung zu bringen. An die offizielle Darstellung, wie sie ihm Kohlruß präsentierte, wollte der Staatssekretär wohl nicht glauben. Obgleich die konkrete Fühlungnahme Gasparris nicht mehr weiter rekonstruiert werden kann, wurde der Wiener Diplomat offensichtlich mit Argumenten des jüngsten Nuntiaturberichtes konfrontiert. Darauf lässt zumindest die Aussage schließen, wonach Gasparris „*verschiedentlich informiert*" gewesen sei. Was Kohlruß allerdings mit dem letzten Satz ausdrücken wollte, bleibt in hohem Grade unverständlich. Am ehesten liest er sich als verdeckter Appell an den Priesterkanzler, von einem unwiderruflichen Ausscheiden aus der Politik abzusehen und sich für eine zukünftige Herausforderung bereitzuhalten. Die Botschaft des Staatssekretärs kann aber auch anders interpretiert werden: Nach der politischen Ausschaltung der sozialdemokratischen Opposition würde der Heilige Stuhl die Rückkehr Seipels an die Regierungsspitze sehr begrüßen.

Infolge dieser politischen Entwicklungen – aber auch die „Wiener Kirchennot" [871] mag hier eine Rolle gespielt haben – entwickelte der Heilige Stuhl im Jahr 1929 ein intensives Interesse an der kirchenpolitischen Lage in Österreich. Um sich ein schärferes Bild von der Lage machen zu können, entsandte der Heilige Stuhl von 4. bis 14. Juni 1929 mit Luigi Faidutti einen ausgewiesenen Kenner der österreichischen Verhältnisse nach Wien. Zwar hatte der vormalige Landeshauptmann von Görz vorrangig den Auftrag, über die kirchliche Situation zu berichten, doch schon alleine die Auswahl der von ihm konsultierten Personen macht deutlich, dass der Bericht nicht alleine auf innerkirchliche Themen beschränkt bleiben sollte. Unter den 14 von Faidutti herangezogenen Persönlichkeiten befanden sich immerhin die Spitzen aus Kirche und Staat. Neben dem Wiener Erzbischof und dem österreichischen Bundespräsidenten standen ferner der Apostolische Nuntius

[869] Ebda.
[870] Konrad Repgen, Zur vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31/3 (1983), 517.
[871] Die „Wiener Kirchennot" wurde zum Schlagwort für die prekären seelsorgerischen Bedingungen in der Bundeshauptstadt. Wissenschaftlich dokumentierte die schwierigen pastoralen Verhältnisse der Wiener Pastoraltheologen Heinrich Swoboda. Siehe Ders., Großstadtseelsorge. Eine pastoraltheologische Studie, 2. Aufl., Regensburg u.a. 1911.

sowie Altkanzler Seipel dem römischen Beauftragten für Gespräche zur Verfügung.[872] Opinio communis der Befragungen war, dass die religiöse Situation Österreichs in starker Abhängigkeit von den politischen Verhältnissen gesehen wurde. Einstimmig machte man die sozialdemokratische Agitation dafür verantwortlich. Selbst unpolitische Exponenten stellten diesen Konnex zwischen religiöser Not und sozialdemokratischer Opposition her. Bei den Lösungsansätzen wichen die Beurteilungen hingegen stark voneinander ab. Hier standen religiöse Ansätze neben politischen.[873] Der Nuntius gehörte eindeutig zu jenen Vertretern, die den politischen Abhilfen den Vorrang gaben. Entsprechend groß waren seine Hoffnungen in die Bundesregierung, auf die er große Stücke hielt: „*Il governo è ottimo, e fa quello che può per migliorare le condizioni, e farà ancora di più, se le circostanze glielo permetteranno*."[874] Entgegen seiner ansonst pessimistischen Berichterstattung zeigte sich der Apostolische Vertreter gegenüber Faidutti sehr zuversichtlich und sprach – auch hier wieder mit Bezug auf die Politik – von einem Wandel zum Guten („*cambiamento in meglio*").[875] Seinen Optimismus schöpfte er insbesondere aus den Heimwehren, welche den "sozialistischen Terror" eindämmen würden. Allerdings verzichtete er auf weitere Scharfmachereien, indem er einräumte, dass die sozialistischen Extremisten nur einen kleinen Teil der Sozialdemokratie ausmachen würden.[876] Mit dieser Haltung stand er keineswegs alleine dar. Ins gleiche Horn stieß auch der Provinzial der Jesuiten. Die Dominanz der Sozialdemokraten hielt er für so stark, dass er im Gegensatz zum Nuntius nur wenig Hoffnung in die Regierung setzte. Überhaupt sah er nur wenig Grund zum Optimismus, seit die Arbeiterpartei ihren Wahlkampf auch auf die ländliche Bevölkerung ausgedehnt hätte. Ihre Gefährlichkeit ließ sich für den Jesuitenpater einfach zusammenzufassen: „*Il terrore ed il denaro sono le loro armi principali.*"[877] Auf die

[872] Weiters konsultierte Faidutti: Franz Kamprath, Weihbischof von Wien; P. Angelikus M. Töffler, Provinzial der Dominikaner; P. Franz Hatheyer, Provinzial der Jesuiten; Msgr. Jakob Fried, Generaldirektor des katholischen Volksbundes; P. Heinrich Giese, Präsident des Wiener Caritasverbandes; P. Karl Andlau; P. Jakob Koch; Max Wladimir Freiherr von Beck, ehem. Ministerpräsident sowie Präsident des Rechnungshofes; Friedrich Funder, Herausgeber der *Reichspost*; P. Zyrill Fischer. Die Liste macht deutlich, wie stark die Beobachtungen auf Wien fokusiert waren. Alle Befragten waren Wiener oder wirkten zumindest in Wien.
[873] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 848 P.O., Fasz. 20, fol. 71-87v. „*Mali e rimedi in un esame della situazione di Vienna*", Bericht von Luigi Faidutti, 6. August 1929.
[874] Ebda., fol. 76. Eigene Übersetzung: „*Die Regierung ist hervorragend und macht, was sie kann, um die Bedingungen zu verbessern, und wird noch mehr machen, wenn es ihr die Umstände erlauben.*"
[875] Auch im religiösen Bereich, welchen der Nuntius bezeichnender Weise erst später anführte, sah er eine Trendumkehr. Dieses sogenannte „religiöse Erwachen" führte er vorrangig auf die Volksmissionen zurück. Die Kirchenaustritte spielt er hingegen herunter, indem er die Glaubwürdigkeit der Statistiken in Zweifel zog. Außerdem meinte er in Bezug auf die Ausgetretenen: „*è la scoria che esce*". Ebda., fol. 76. Eigene Übersetzung: „*es ist der Abschaum, der geht*".
[876] Vgl. ebda., fol. 76.
[877] Ebda., fol. 80v. Eigene Übersetzung: „*Der Terror und das Geld sind ihre Hauptwaffen.*"

Frage wie man mit dieser Bedrohung umgehen sollte, reagierte er ähnlich wie Sibilia: „*Come vincerli? Si spera molto nella "Heimwehr", nella polizia e nell'esercito, se sapranno procedere in armonia.*"[878] Dass gegenwärtig versucht würde, die sozialistische Raserei („*i furori dei socialisti*") mit Hilfe der Heimwehr in Schach zu halten, sah auch der Dominikanerobere Pater Angelikus Töffler. Wenn auch weniger kampfbetont als der Jesuitenprovinzial, hielt er gleichfalls die Heimwehr für die einzige Organisation, die den sozialdemokratischen Verbänden derzeit etwas entgegenhalten könnte.[879] Gewohnt sachlich und zurückhaltend gab sich hingegen der Altkanzler. Ignaz Seipel, den Faidutti als alten Bekannten bezeichnete, sprach lange über seinen Rücktritt und die politische, religiöse und wirtschaftliche Situation des Landes. Obwohl es keine schriftlichen Aufzeichnungen über die Hintergründe seiner Demission gibt, kann angenommen werden, dass das Gespräch im besonderen Interesse des Staatssekretariats in diese Richtung gelenkt wurde. Im Hinblick auf die zukünftige politische Situation machte er es dem Nuntius gleich und zeigte sich grundsätzlich optimistisch. Auch in Bezug auf die religiösen Verhältnisse beurteilte er die Lage trotz der aktuellen Querelen nicht allzu prekär. Zumindest in den Bundesländern stünde das Land von einer "Entchristlichung" („*scristianizzazione*") noch weit entfernt. Bei dieser Gelegenheit streute er dem Papst gehörig Rosen, indem er sein Vertrauen in die Zukunft zu einem hohen Grad dem Rückhalt aus Rom zuschrieb. Hinter dieser Schmeichelei kann aber auch die ernst gemeinte Bitte um weitere Legitimierung des eingeschlagenen Kurses vermutet werden.

> „*Ci è digrande conforte, saggiunge, il mai cessato interessamento del Santo Padre alle nostre sorti, ed oggi potrebbe giovare assai un Suo augusto paterno incoraggiamento a proseguiere per la via positiva del lavoro di ristaurazione e di tutela degli interessi cattolici nella nostra Patria.*"[880]

Nur wenige Tage nachdem Luigi Faidutti seinen Endbericht abgeschlossen hatte, geriet Österreich neuerlich in die Schlagzeilen der europäischen Presse. Am 18. August 1929 war es in St. Lorenzen im Mürztal zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Heimwehr und Schutzbund gekommen, bei denen über 200 Menschen verletzt wurden und drei

[878] Ebda., 80v. Eigene Übersetzung: „*Wie man sie besiegt? Man hofft viel auf die 'Heimwehr', die Polizei und das Heer, wenn sie es verstehen, in Eintracht zu verfahren*."
[879] Vgl. ebda., 79v. Walter Iber leitete aus diesen Befunden ab, dass man der Christlichsozialen Partei alleine die Lösung der befundenen Probleme offensichtlich nicht mehr zutraute. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 267.
[880] Ebda., fol. 79. Eigene Übersetzung: „*Ein großer Trost, fügte er hinzu, ist uns das nie aufhörende Interesse des Heiligen Vaters für unser Schicksal, und heute könnte eine seiner väterlichen Ermutigungen sehr nützen, um den guten Weg der Restauration und des Schutzes für die katholischen Interessen in unserem Land weiterzufolgen*."

Tote zu beklagen waren.[881] Pessimistische Redakteure sahen Österreich erneut am Rande des Bürgerkrieges, was insbesondere in Wirtschaftskreisen große Besorgnis hervorrief. [882] Herausgefordert durch diese alarmierenden Meldungen, sah sich der Nuntius – wenn auch mit einiger Verzögerung – zu einer leidenschaftlichen Richtigstellung veranlasst. Als „*notizie molto inesatte intorno alla situazione interna dell'Austria*" bezeichnete er darin die kursierenden Bürgerkriegsszenarien.[883] Ohne für seine Behauptungen irgendwelche Nachweise zu erbringen, vermutet er hinter dieser medialen Inszenierung eine von Zagreb ausgehende Kampagne der Freimaurer, mit dem Ziel das Ansehen Österreichs im Ausland zu beschädigen.[884] Der Bericht mündete dann in eine geharnischte Kritik an Bundeskanzler Streeruwitz. Entgegen der in ihn gesetzten Erwartungen – Sibilia erinnerte daran, dass man sich von dessen Kanzlerschaft härtere Bandagen gegen die Sozialdemokraten erhofft hatte – würde er, so der Tenor des Berichts, die Sozialdemokraten mit Glaceehandschuhen anfassen.[885]

> „*Le speranze che il partito cristiano-sociale aveva fondate sull'energia del nuovo Cancelliere von Streeruwitz, come vi è stato assicurato, sono restate deluse: poiché egli invece di mostrare i denti ai socialisti, ha procurato di accarezzarli, e far loro eccessive concessioni economiche. Tale condotta dello Streeruwitz non solo gli ha talmente alienato le simpatie dei buoni e dell'intero partito cristiano-sociale, da far prevedere facilmente le sue dimissioni più o meno prossime; ma ancora è stato di potente impulso alle "Heimwehren" (eminentemente antisocialiste) per aumentare*

[881] Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, 1983, 176f. Bei Rennhofer wird das Ausmaß der Ausschreitungen unter Berufung auf die *Reichspost* „mit einem Toten und über fünfzig Verletzten" beziffert. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 632f.

[882] Dieser Tag, der „den Auftakt zum Bürgerkrieg zu bilden schien", überstieg die Intensität der bisherigen Auseinandersetzungen zwischen Heimwehren und Schutzbund bei weitem. Anders als bei den „üblichen Sonntagsraufereien" wurden dieses Mal auf beiden Seiten Schusswaffen eingesetzt. Die Heimwehren hatten sogar ein Maschinengewehr in Stellung gebracht. Vgl. Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, 1962, 142f.

[883] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69. N° 407/11235, Nuntiaturbericht, 20. September 1929. Eigene Übersetzung: „*sehr ungenaue Nachrichten betreffend der internen Situation Österreich*". Vor einer Hochspielung der Ereignisse in St. Lorenzen warnten auch heimische Blätter. Dahinter stand vor allem die Furcht vor wirtschaftlichen Konsequenzen. Vgl. *Reichspost*, 21. August 1929, 2.

[884] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69. Die Kirchenführung zeigte auf diese nicht belegte Aussage des Nuntius keine Reaktion. Bei einer kurz darauf stattfindenden Audienz polnischer Pilger warnte der Papst allerdings vor dem „unheilvollen Einfluss" der Freimaurerei. Vgl. *Reichspost*, 9. Oktober 1928, 4.

[885] Ernst Streeruwitz hielt in seinen Erinnerungen hingegen fest, dass Rintelen die Vorfälle nutzen wollte, um einen Regierungswechsel zu beschleunigen. Er bezeichnete deshalb die Zusammenstöße als „die Mine, die zum Sturz meiner Regierung führen sollte." Zit. nach Botz, Gewalt in der Politik, 1983, 178. Zudem gab es auch Anzeichen, dass St. Lorenzen von den Heimwehren bewusst zum Anlass genommen wurde, um einen Putschversuch einzuleiten. Dallamaßl glaubt, dass dieses Unterfangen womöglich von Seipel verhindert wurde. Vgl. Dallamaßl, Seipels Rücktritt und die Regierung Streeruwitz, 1964, 151f.

incredibilmente il loro numero. Basterà dire che in poco tempo hanno aderito alla "Heimwehr" più di centomila contadini, artigiani e commercianti."[886]

Dieser Rapport ist beispielhaft für den gut funktionierenden Informationsaustausch zwischen dem Priesterpolitiker und der Apostolischem Nuntiatur. Denn am gleichen Tag an dem der Nuntius den baldigen Abgang des Bundeskanzlers vorhersagte, fand ein Treffen zwischen Seipel, Steidle, Pabst und Pfriemer statt, das „für den Sturz der Regierung Streeruwitz ausschlaggebend war."[887] Dass im Hintergrund bereits eifrig an Streeruwitz' Stuhl gesägt wurde, war dem Nuntius bekannt, obwohl er in diesen Tagen keine Rücksprache mit dem Altkanzler gehalten hatte.[888] Folglich stand eine Ablöse des Regierungschefs schon länger im Raum. Die Voraussetzung für das perfekte Zusammenspiel der beiden Kleriker war eine breite inhaltliche Übereinstimmung, die sich auch in ihren Reaktionen auf die blutigen Zusammenstöße in St. Lorenzen widerspiegelt. So wie Sibilia das Anwachsen der Heimwehrverbände keineswegs besorgniserregend empfand und die Bürgerkriegsängste als geradezu unbegründet abtat, sah auch der Altkanzler in seinen öffentlichen Stellungnahmen in den Vorfällen von St. Lorenzen keinen Anlass zur Aufregung.[889] Gleichzeitig versicherte der Nuntius seinen Vorgesetzten aber, dass man die Gefahren der Heimwehren nicht unterschätzen würde.

„*Mgr. Seipel che segue e scruta tutto il movimento politico con occhio vigile e con molta calma, vede chiaramente il grave pericolo delle Heimwehren; e affine*

---

[886] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69f. N° 407/11235, Nuntiaturbericht, 20. September 1929. Eigene Übersetzung: „*Die Hoffnungen, die die Christlichsoziale Partei auf die Energie des neuen Kanzlers von Streeruwitz gesetzt hatten, wie er es ihnen versichert hatte, sind enttäuscht worden, da er, anstatt den Sozialisten die Zähne zu zeigen, sie zu streicheln versuchte und ihnen wirtschaftliche Konzessionen machte. Dieses Verhalten Streeruwitz' hat ihm nicht nur einiges an Sympathie bei den Guten und der ganzen Christlichsozialen Partei gekostet, wodurch seine Demission früher oder später leicht vorauszusehen ist, sondern gab auch den Heimwehren (außerordentlich antisozialistisch) einen kräftigen Impuls, ihre Zahl unglaublich zu erhöhen. Es genügt zu sagen, dass sich innerhalb kurzer Zeit mehr als hunderttausend Bauern, Handwerker und Kaufleute ihnen angeschlossen haben.*"

[887] Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 295. Für Rennhofer war diese Besprechung ebenfalls der Auftakt für „eine neue innenpolitische Krise". An eine Intrige Seipels gegen die Regierung wollte er jedoch nicht glauben. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 636f. Unbestreitbar sah der Prälat nach den Vorfällen in St. Lorenzen in Streeruwitz aber nicht mehr jenen Mann, der dem Land die gewünschte starke Führung geben könnte. Letztlich musste Streeruwitz abtreten, weil er sich dem Druck widersetzte, einen Staatsstreich der Heimwehr tatenlos hinzunehmen. Vgl. Goldinger u. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, 1992, 161. Am Tag des Heimwehrtreffens kam Seipel anlässlich der Weihe eines Kinderheimes der *Caritas Socialis* auch mit Kardinal Piffl zusammen. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 20. September 1929; *Reichspost*, 22. September 1929, 12.

[888] Ein postalischer Kontakt mit dem Nuntius ist erst wieder für den 28. September nachweisbar. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 28. September 1929.

[889] Gegenüber einem Korrespondenten des *Daily Telegraph* erklärte Seipel, dass nur eine Verfassungsreform den Heimwehren den Wind aus den Segeln nehmen würde. Im selben Gespräch verglich er die Heimwehren auch mit der „Britischen Legion". Damit versuchte er, ihre Bedeutung herunterzuspielen. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 294.

d'impedirne le imprudenze, di umiliare i socialisti, e di attrarre a favore della buona causa le 'Heimwehren' stesse, ha lanciato l'idea di una riforma della Costituzione austriaca."[890]

Auch Seipel selbst machte aus seinen diesbezüglichen Absichten keinen Hehl. Angesprochen auf die Bewilligung der beiden politischen Kundgebungen in Wiener Neustadt und seine persönliche Einstellung zur Heimwehrbewegung sagte er:

„*Ich glaube, wer einer Bewegung, die unter Umständen auch gefährlich werden könnte, einen geistigen Inhalt zu geben und zugleich die Methoden aufzuzeigen sucht, wie die Ziele der Volksbewegung auf durchaus demokratischem Wege verwirklicht werden können, der dient dem Frieden mehr, als wer nur ein Symptom der Krankheit behandelt, also gewisse Demonstrationen unterdrückt, ohne die Beschwerden zu beheben, gegen die sich die Demonstrationen richten.*"[891]

Der Prälat hatte keine Scheu dem Korrespondenten des *Daily Telegraph* kurz nach den Vorfällen in St. Lorenzen zu Protokoll zu geben, welche 'Erkrankung' er hinter den Symptomen vermutete: „*Die Verfassung selber sei ja die Krankheit, die geheilt werden müsse, die bewaffneten Formationen der Rechten wie der Linken seien bloß ihre Symptome*."[892] Mit einer Verfassungsreform wollte er diese 'Krankheit' kurieren.[893] Dieses Vorhaben war mit dem Nuntius gut abgesprochen. So wusste der päpstliche Repräsentant, dass Seipel die Idee der Verwaltungsreform beim Bundeskanzler bereits angeregt hatte, wo sie auf großen Gefallen gestoßen sei („*con sommo favore"*). Der Vorsatz des Kanzlers alleine reichte allerdings nicht aus, da es für die Umsetzung dieser Reform einer Verfassungsmehrheit bedurfte. Diese Hürde hatte Seipel jedoch einkalkuliert. Denn eine Zurückweisung der Reform durch das Parlament würde zum einen den willkommenen Anlass für die Demission Streeruwitz' geben und zum anderen den Druck auf die Sozialdemokraten weiter erhöhen. Ein neues Kabinett hätte dadurch im Kampf gegen die 'Reformverweigerer' die besseren Karten.[894] Der Nuntius wusste aber nicht nur, dass man Streeruwitz bei der nächsten passenden Gelegenheit 'abservieren' wollte, sondern er kannte auch bereits die Kandidaten, die als Nachfolger gehandelt wurden. Im Gespräch

[890] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69v. N° 407/11235, Nuntiaturbericht, 20. September 1929. Eigene Übersetzung: „*Msgr. Seipel, der die ganze politische Bewegung mit wachsamen Augen und großer Ruhe verfolgt, sieht die große Gefahr der Heimwehren ganz genau, weiß aber auch um die Notwendigkeit, die Sozialisten niederzuhalten, weshalb er versucht, die Heimwehren auf die gute Seite zu ziehen, indem er die Idee einer Verfassungsreform lanciert hat*."

[891] Ignaz Seipel gegenüber der *Rhein-Mainischen Volkszeitung*, zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 635.

[892] *Daily Telegraph*, 3. September 1929, zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 294.

[893] Vgl. ebda 293.

[894] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69vf. N° 407/11235, Nuntiaturbericht, 20. September 1929.

waren die Namen Vaugoin, Schober und Rintelen. Während in der Personalfrage aber noch gefeilscht wurde, stand ihr Regierungsauftrag hingegen schon fest:

> „*…uno dei quali dovrebbe riproporre la detta riforma costituzionale: che, se venisse accettata anche dai socialisti, con ciò si darebbe loro il primo colpo mortale legalmente, e questo sarebbe il vivo desiderio di Mgr. Seipel: se invece vi si opponessero caparbiamente, in questo caso si vorrebbe imporre la detta riforma colla forza.*"[895]

Eingeweiht in die Pläne des Prälaten, sah Sibilia die Sozialisten in die Enge getrieben. Wie sie sich in der Verfassungsfrage positionieren würden, war seiner Einschätzung nach noch ungewiss. Er verwies jedoch auf eine jüngere Rede des Wiener Bürgermeisters, worin dieser verlautbarte, dass sich die Sozialdemokraten den Verhandlungen über eine Verfassungsreform nicht prinzipiell verschließen würden. Im Falle, dass sich die Arbeiterpartei einer Reform aber vehement widersetzen sollte, hatte der Nuntius im Vorfeld bereits seine diplomatischen Kontakte genutzt, um im europäischen Ausland die Stimmung im Falle eines gewaltsamen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie einzuholen. Dem vatikanischen Diplomaten wurde versichert, allerdings nur von privater und nicht offizieller Seite, dass man prinzipiell mit Unterstützung rechnen könnte. Von französischen Kreisen wurde daran jedoch die Bedingung geknüpft, dass Österreich im Gegenzug definitiv auf einen Anschluss verzichten müsste.[896] Getrübt würden diese optimistischen Aussichten der *buoni* einzig durch die Ängste, dass eine radikale Lösung nicht völlig gewaltfrei verlaufen könnte. Doch auch diese Bedenken spielte der Bericht herunter:

> „*…ma nell'insieme si crede che non vi sarà né guerra civile, né insurrezioni ne spargimento di sangue*; *all'infuori di probabili disordini, ad affrontare i quali questo Governo è ben preparato per reprimerli; e che piuttosto possano sperarsi tempi migliori per l'Austria cattolica.*"[897]

---

[895] Ebda., fol. 70. Eigene Übersetzung: „*…einer von jenen sollte die besagte Verfassungsreform neuerlich vorschlagen: welche, wenn sie auch von den Sozialisten angenommen würde, ihnen den ersten legalen Todesstoß geben würde und das wäre der lebhafteste Wunsch von Msgr. Seipel: wenn sie sich jedoch hartnäckig dagegen wehren, würde man ihnen in diesem Fall die besagte Reform mit Gewalt aufzwingen*."

[896] Im Originalwortlaut: „*Mi si assicura che vi siano stati dei 'pour-parlers', non officiali, ne'officiosi, ma semplicemente privati, con la Francia, l'Italia, la Cecoslovacchia e l'Ungheria, le quali appoggerebbero l'Austria purché vengano spozzati i socialisti; e che specialmente la Francia, per dare un tale appoggio, metterebbe per condizioni 'che l'Austria rinunzi definitivamente all'Anschluss'.*" Ebda., fol. 70. Eigene Übersetzung: „*Man versicherte mir, dass es dort 'Befürworter' geben würde – weder offizielle noch offiziöse, sondern ausschließlich private – , welche Österreich unterstützen würden, vorausgesetzt die Sozialisten würden hinausgefegt, und besonders Frankreich würde eine solche Unterstützung nur geben, wenn Österreich endgültig auf einen Anschluss verzichten würde.*"

[897] Ebda., fol. 70v. Eigene Übersetzung: „*...aber gemeinsam glauben sie, dass es keinen Bürgerkrieg oder Blutvergießen geben wird; außer voraussichtliche Wirren, auf deren Niederschlagung die Regierung aber gut vorbereitet ist; und dass eher bessere Zeiten für das katholische Österreich erhofft werden können.*"

Während Sibilia im uneingeschränkten Vertrauen auf die politischen Fähigkeiten des österreichischen Prälaten die demokratiepolitisch äußerst fragwürdigen Pläne voll unterstützte, hatte der deutsche Gesandte Hugo Graf von und zu Lerchenfeld (1871-1944)[898] schwere Bedenken gegenüber Seipels Heimwehrpolitik. In einem Brief an den Auditor der Apostolischen Nuntiatur in Portugal schrieb er von einer Doppelstrategie des Geistlichen. „*Seipel wolle einerseits die Sozialdemokraten für immer niederhalten, hoffe aber andererseits, die „konstruktiven Kräfte" innerhalb der Heimwehr fördern und ihre ausgesprochen faschistischen Elemente in Schach halten zu können.*" Sich auf seine „*bayerischen Erfahrungen*" stützend, warnte er jedoch vor dem Glauben, den Faschismus durch Zusammenarbeit unter Kontrolle halten zu können.[899] Ob diese Warnung bis nach Rom vorgedrungen ist, lässt sich nicht beantworten, doch selbst wenn, dann hat sie dort nur wenig Gehör gefunden.

Am 26. September 1929 wurde Ernst Streeruwitz, wie schon im letzten Nuntiaturbericht prophezeit, von Johann Schober als Bundeskanzler abgelöst. Wenngleich dem Kabinett Streeruwitz nur eine kurze Lebensdauer beschieden war, konnte es dennoch Achtungserfolge wie etwa beim heiß umstrittenen Mietengesetz erzielen. Für die Bewältigung der „latenten Staatskrise" besaß der Bundeskanzler aber zu wenig Gestaltungswillen und Durchsetzungskraft. Dazu fehlte es ihm am nötigen Rückhalt innerhalb der eigenen Partei, in der man ihn von Anfang an nur als Verlegenheitslösung betrachtet hatte.[900] Als sich infolge der blutigen Zusammenstöße in St. Lorenzen die innenpolitischen Gegensätze zusehends verschärften und die Heimwehren ihren Druck nach einer Verfassungsreform weiter erhöhten, wollte er diesen Forderungen trotz Drängens des Altkanzlers nicht nachgeben. Laut seinen Memoiren hätte Seipel von ihm „*als alten Offizier und Industrieführer die Tatkraft erwartet, die er selbst wohl besaß, aber als Geistlicher aus naheliegenden*

[898] Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Köfering (1871-1944) studierte Rechtswissenschaften in München. Der studierte Jurist arbeitete sich in der bayerischen Verwaltung bis zum Regierungsrat im Kultusministerium hoch. Nach dem Krieg, wo er zunächst als Frontoffizier und danach als Polizeipräsident in Warschau bzw. als Regierungskommissar gedient hatte, wechselte er in das Auswärtige Amt. 1921 wurde er auf Vorschlag der bayerischen Volkspartei sogar zum Ministerpräsidenten ernannt. Dieses Amt hatte er nur bis zum 2. November 1922 inne, da die rechten Kreise intensiv an seinem Abgang gearbeitet hatten. Lerchenfeld saß allerdings noch weiterhin als Abgeordneter im Reichstag, bis ihm der schon lange angestrebte Posten in Österreich angeboten wurde. Er wechselte 1926 als Gesandter nach Wien. Am Zustandekommen des deutsch-österreichischen Zollvereinsvertrages hatte er großen Anteil. Nach dessen Scheitern 1931 wurde er deutscher Gesandter in Belgien. Vgl. Wolfgang Zorn u. Franz Menges, Hugo Graf v. und zu L.-Köfering, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Hg., Neue Deutsche Bibliographie, Bd. 14, Berlin 1985, 314f.

[899] Zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 294.

[900] Vgl. Goldinger u. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, 1992, 159.

Gründen nicht gut in Bewegung setzen konnte.“[901] Dennoch glaubte Streeruwitz nicht, dass Seipel gegen ihn intrigiert hätte. Im Bericht des Nuntius war über die Rolle Seipels beim Abgang Streeruwitz‘ nichts zu lesen. Allerdings wusste er, dass das neue Kabinett von den *buoni* enthusiastisch („*con entusiasmo e con fondate speranze*“) begrüßt wurde. Dementsprechend positiv fiel auch die Aufnahme durch den päpstlichen Vertreter selbst aus. Die Sympathie für den neuen Regierungschef fasste Sibilia in einem Satz zusammen: „*È un uomo energico, favorevole alla Chiesa, molto amico del Cardinale Piffl ed anche del Nunzio.*“[902]

Neben Schobers wohlwollender Haltung gegenüber Papst und Kirche – der ehemalige Polizeipräsident leitete die Audienz Sibilias bei seinem ersten Diplomatenempfang mit einer ehrfurchtsvollen Huldigungsadresse an den Papst ein – stießen besonders dessen politische Ankündigungen auf den Gefallen des Nuntius. Der neue Kanzler eröffnete dem Botschafter des Heiligen Stuhls:

> „*che egli procederà con molta calma verso i socialisti, ma con pari fermezza: e sorridendo diceva, è ora di finirla con questi Turchi del secolo ventesimo. Si deve riformare la Costituzione; e, finché i socialisti appoggeranno le riforme che proporrà il Governo, si userà con loro tutta la longanimità possibile: ma se vi si opponessero ostinatamente, prenderemo altre misure.*“[903]

Welche konkreten Schritte gegen die Sozialdemokratie vorgesehen waren, ließ Schober aber unbeantwortet. Dafür gab der Nuntiaturbericht Auskunft, welche Erwartungen von Seite der *buoni* in die neue Staatsführung gesetzt wurden:

---

[901] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 637. Klemperer schrieb dem Prälaten beim Abgang des Kabinett Streeruwitz hingegen „mehr als eine nur untergeordnete Rolle“ zu. Ausschlaggebend war seiner Ansicht nach das Treffen zwischen Seipel und den Heimwehrführern am 20. September 1929. Als sich eine günstige Gelegenheit ergab, ließ er den Kanzler schließlich „kaltblütig und ohne mit der Wimper zu zucken fallen“. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 295.

[902] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 73. N° 412/11275, Nuntiaturbericht, 9. Oktober 1929. Eigene Übersetzung: „*Er ist ein tatkräftiger, der Kirche wohlgesinnter Mann, gut befreundet mit Kardinal Piffl sowie dem Nuntius*.“ Bis zum Regierungsantritt Schobers stand der Nuntius mit Seipel nur schriftlich in Verbindung. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 28. September bis 1. Oktober 1929. Im Gegensatz zum Nuntius verband Seipel mit Schober kein gutes Verhältnis. Die gegenseitige Verachtung lässt sich am deutlichsten in ihrer privaten Korrespondenz ablesen. Vgl. Fritz Fellner, Johannes Schober und Josef Redlich. Aus den Tagebüchern und Korrespondenzen I, in: Zeitgeschichte 4 (1977), 9/19, 312; DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 5. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 28. April 1930.

[903] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 73v. Eigene Übersetzung: „*dass er mit äußerster Ruhe aber mit eben solcher Festigkeit gegen die Sozialisten vorgehen werde. Und lächelnd meint er, es ist Zeit, Schluss zu machen mit diesen Türken des 20. Jahrhunderts. Man müsse die Verfassung reformieren, und solange die Sozialisten die Reform unterstützen, welche die Regierung vorschlägt, werde man ihnen gegenüber die nötige Geduld anwenden: aber falls sie sich hartnäckig dagegen stellten, werden wir andere Maßnahmen anwenden.*“

„*Si ritiene per certo che lo Schober, non senza sentirsi con Mgr. Seipel, abbia l'intenzione, a secondo dei casi, di sospendere le garanzie costituzionali, sciogliere la Camera e poi procedere a nuova elezioni.*"[904]

Allerdings wollte man damit noch solange zuwarten, wie die Sozialdemokraten still halten und die Verfassungsreform mittragen würden. Diese Bedrängnis des politischen Gegners befand der Nuntius als sichtlich positive Ausgangslage für die weitere Zukunft.

„*In qualunque eventualità il Governo d'Austria sta in buone mani: e si può esser sicuri che non avverrano gravi disordini e che molto meno correnti di sinistra abbiano il sopravvento.*"[905]

Weniger zuversichtlich stimmte Sibilia jedoch der Gesundheitszustand des Altkanzlers. Sein Zustand war so kritisch, dass Leibarzt Singer ihm dringende Ruhe und den Aufenthalt in einer Klinik empfahl. In sozialistischen Zeitungen war sogar die Rede von einem endgültigen Rückzug aus der Politik. Diesbezügliche Überlegungen stellte der angeschlagene Staatsmann tatsächlich in Gegenwart Friedrich Funders an. Dieser war daraufhin sofort zum Nuntius geeilt. Von Sibilia verlangte der Chefredakteur der *Reichspost*, auf der Stelle das Staatssekretariat von Seipels Absichten in Kenntnis zu setzen. Funder wollte einen vorzeitigen Rückzug des Priesters aus der Politik unbedingt verhindern, denn für den Journalisten stand fest: „*questo sarebbe di grave danno alla causa cattolica in austria.*"[906] Ein Urteil, dem sich der Nuntius voll und ganz anschloss, auch wenn er der Meinung war, dass Seipels Werk bereits auf Schober übergegangen sei. Dennoch hielt es Sibilia für angezeigt, dem verdienstvollen Prälaten im Namen des Papstes „*una parola di conforto, di augurio e di benedizione*" (ein Wort des Trostes, des Glückwunsches und der Segnung) zukommen zu lassen. Damit hoffte er den Altkanzler umstimmen zu können. Sibilia wusste, dass eine persönliche Note des Pontifex eine große Wirkung auf Seipel haben würde.[907]

---

[904] Ebda., fol. 73v. Eigene Übersetzung: „*Man hält es für sicher, dass Schober, nicht ohne sich mit Msgr. Seipel zu verständigen, die Absicht hat, je nach Situation, die Verfassungsgarantien einzustellen, die Kammer aufzulösen und dann Neuwahlen auszurufen.*"

[905] Ebda., fol. 73v. Eigene Übersetzung: „*In jedem Fall befindet sich die Regierung Österreichs in guten Händen: und man kann sicher sein, dass es zu keinen schweren Unruhen kommt und noch weniger, dass linke Strömungen die Oberhand gewinnen.*"

[906] Ebda., fol. 74. Eigene Übersetzung: „*das würde zum größten Schaden für die katholische Sache in Österreich sein*".

[907] Ebda., fol. 74-74v. Dem Nuntiaturbericht ist außerdem ein Zeitungsartikel mit dem Titel „*I pericoli del disordine austriaco. Un governo dalla 'mano forte' presieduto da un Prefetto di polizia*" beigelegt, welcher sich mit der schwierigen Situation der österreichischen Regierung – aufgerieben zwischen Heimwehren und Schutzbund – auseinandersetzt. Schober wird in dieser schwierigen Situation als „*un elemento prezioso per l'integritá dell'Austria*" bezeichnet. Angaben über die Zeitung finden sich keine. Auffallend ist jedoch, dass

In Rom folgte man der Empfehlung des Gesandten. Mit der eindringlichen Erinnerung, dass sich der Heilige Vater unaufhörlich für die Gesundheit Seipels interessiere („*che il Santo Padre non cessa d'interessarsi vivamente al suo stato di salute*"), beauftragte man den Nuntius, dem Kranken zur Erbauung den Apostolischen Segen und die wärmsten Genesungswünsche des Papstes zu übermitteln.[908] Gerne kam der Geschäftsträger in Wien diesem Auftrag am 22. November 1929 nach, wenn auch die gewünschte, direkt an Seipel gerichtete Note ausblieb.[909] Im Vatikan war man einem solchen Schreiben jedoch nicht prinzipiell abgeneigt, immerhin wurde im Staatssekretariat ein Entwurf aufgesetzt, worin man den österreichischen Prälaten ermutigt hatte, nach einer gründlichen Erholung „*con lena novella al campo di lavoro sull'esercizio della sua apprezzata missione*" zurückzukehren.[910] Weshalb man von diesem Vorhaben schließlich abgerückt ist – auf dem

---

sehr häufig die Reaktionen der französischen Presse auf die Entwicklungen in Österreich thematisiert werden.

[908] ASV/AdNdV, Karton 849, fol.773. N° 2365/29, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 17. November 1929.

[909] Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 48f. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 22. November 1929.

[910] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 77v. N° 2395/29, Entwurf, o.A. Eigene Übersetzung: „*um mit frischem Atem ins Arbeitsfeld zurückkehren zu können, um die geschätzte Mission weiter auszuüben.*" Ernsthafte Sorgen um den Gesundheitszustand Seipels machten sich seine kirchlichen Vorgesetzten auch ein Jahr später. Zu strengerer Schonung ermahnte den kränkelnden Priester auch Kardinal Piffl. Mit der Erinnerung „*ein direktes Werkzeug in der Hand der Vorsehung"* zu sein, welches „*Österreich vor dem sicheren Zerfalle zu retten*" hätte. DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 22. Friedrich G. Kardinal Piffl an Ignaz Seipel, 9. Dezember 1930. Die Antwort des Politikers ist zwar nicht erhalten, doch er dürfte diesen hohen Erwartungen mit Verweis auf seinen Gesundheitszustand entgegengewirkt haben. Denn in einem Folgeschreiben vom 28. Dezember konkretisierte der Kardinal seine Erwartungen an den Priester: „*Bezüglich Ihrer zukünftigen Thätigkeit meine ich, daß Sie zunächst jeden Gedanken an dieselbe, jede Besorgnis, die Ihren Herzen Kummer machen könnte völlig ausschließen sollten. Die Hauptsache für uns ist, daß Sie wieder gesund u. arbeitsfähig werden. Ich bestehe nicht auf Ihrer politischen Thätigkeit schlechthin, es genügt mir zu wissen, daß Sie bereit sind, auch ohne direkt als Politiker tätig zu sein, uns ein Ratgeber in grundsätzlichen Fragen bleiben zu wollen. Die Politik als solche muß zu oft zu Konjunktur-, zu Kompromiss-Entscheidungen greifen. Wichtiger aber für uns ist eine grundsätzliche katholische Einstellung zu den großen Fragen der Gegenwart, denn nur in dieser gibt es meiner Meinung nach eine schließliche Rettung u. Erlösung aus dem Wirrwarr der Gegenwart.*" DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 20v.-21r. Friedrich G. Kardinal Piffl an Ignaz Seipel, 28. Dezember 1930. Auch der Nuntius blieb nicht säumig und wandte sich mit Genesungswünschen an den kränkelnden Prälaten. Getragen war die Sorge um den Gesundheitszustand von der Angst, den talentierten Priester krankheitsbedingt für die Politik verlieren zu können. In regelrechten Durchhalteparolen – „*...per rimettersi in tutte le sue forze 'ut fortis fias in bello'. Questo è quello che Dio vuole da Lei.*" – ermutigte der Nuntius Seipel zur raschen Wiederherstellung. DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 42v. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 11. Dezember 1930. Dazu befahl ihm der Diplomat – da ihm zu Ohren gekommen war, dass sich der Prälat entgegen den ärztlichen Anordnungen zu wenig schonte – das Haus nicht mehr zu verlassen, um auswärts die Heilige Messe zu zelebrieren! Stattdessen empfahl er dem Patienten die Eucharistie im Zimmer zu begehen. Diesen Hinweis erhielt Sibilia von „*buoni amici*" des Kanzlers, welche besonders an dessen Genesung interessiert waren und deshalb den Weg zum Nuntius fanden. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 44f. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 17. Dezember 1930.

Entwurf findet sich der handschriftliche Vermerk „*Sospesa*“ – lässt sich nicht mehr feststellen.[911]

Die Begeisterung des Nuntius für das Kabinett Schober hielt nicht lange an. Während er sich im Oktober noch sehr erfreut über den Regierungsantritt des Polizeipräsidenten gezeigt hatte, musste er am 21. November 1929 bereits einen „*dissenso*“ innerhalb der neuen Regierung feststellen. Entgegen den übertriebenen und leichtfertigen („*eccessiva ed imprudente*“) Forderungen der Heimwehr nach einer „*azione più energica, sollecita ed eventualmente anche sanguinosa da parte del Governo contro i socialisti*“[912], würde Schober hingegen auf eine „*politica di longanimità*“[913] setzen, worunter der Bericht die aussichtslose („*molto dubbia*“) Hoffnung des Kanzlers verstand, die Sozialdemokraten in ihrer verbissenen Haltung („*l'ostinato atteggiamento socialista*”) gegenüber der Verfassungsreform umzustimmen.[914] Zusätzlich an Schärfe hätte die Lage noch aufgrund eines aufgekommenen Gerüchtes gewonnen, wonach Schober alle Anführer der „hitzigen“ und „gefährlichen“ Heimwehren („*focose e pericolose Heimwehren*“) einsperren wolle. Der Nuntius ging auf dieses Ondit ein und warnte, dass ein solcher Schritt einzig zum Vorteil der Sozialisten wäre und somit neuerlich eine Regierungskrise provozieren würde.[915]

Im Umfeld des Nuntius hatte dieser vermeintliche Sinneswandel Schobers großen Unmut hervorgerufen, weshalb dort bereits Szenarien für die Zeit nach seiner Kanzlerschaft durchgespielt wurden. Der vatikanische Diplomat war deshalb in der Lage, seiner Regie-

[911] Ebda., fol. 77r.
[912] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol.4. N° 424/11387, Nuntiaturbericht, 21. November 1929. Eigene Übersetzung: „*energischeren, prompteren und vielleicht auch blutigen Aktion von Seiten der Regierung gegen die Sozialisten*“.
[913] Ebda., fol. 4. Eigene Übersetzung: „*Politik der Langmütigkeit*“. Indem Schober „wochenlang intensiv“ mit der linken Opposition über die Verfassungsreform verhandelt hatte, zog er sich den Unmut der Heimwehr zu. Große Teile betrachteten ihn daraufhin als ‘Verräter‘. Wiltschegg, Die Heimwehr, 1985, 53.
[914] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol.4. Unverkennbar gab dieser Bericht ein stückweit die Ansichten Ignaz Seipels wieder. Für eine mündliche Absprache zwischen Nuntius und Seipel gibt es allerdings keine Hinweise. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 9. Oktober bis 22. November 1929. Dem Priesterpolitiker gingen die Reformen des Verfassungsentwurfes Schobers nicht weit genug. Zudem schoss Seipel in einer anonymen Artikelserie – erschienen in der *Reichspost* unter der Rubrik „*von akademischer Seite*“ – aus dem Hinterhalt gegen das neue Verfassungsgesetz. Von Regierungsseite versuchte man den autoritären Forderungen der Heimwehren mit dem am 18. Oktober 1929 dem Parlament vorgelegten Verfassungsentwurf, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dementsprechend stieß das ausgearbeitete Konzept auf wenig Gefallen bei den Sozialdemokraten, welche sich aber dennoch zu Verhandlungen bereit erklärten. Schober, der „[a]ngesichts des wachsenden Drucks von der Straße und eines drohenden Heimwehrputsches sowie der ständigen Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs“ eine „Politik des harten parlamentarischen Unterhandelns mit der Opposition“ betrieb und die Sozialdemokraten nicht gewaltsam zu einem Kompromiss zwingen wollte, brachte genau diese Haltung den Ruf der Nachgiebigkeit von heimwehrfreundlichen Kreisen ein. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 302.
[915] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol.4.

rung schon im Vorfeld der Demission Schobers mögliche Folgeschritte benennen zu können. Darunter befand sich bereits die Überlegung, diktatorisch zu regieren:

> „*…si ciò avvenisse il Vaugoin assumerebbe i pieni poteri e forse anche una specie di dittatura, fosse pur per breve tempo, onde poter agire liberamente contro le mene e la malafede dei socialisti. L'opinione pubblica è molto tranquilla, e non prevede l'eventualita di gravi disordini.*"[916]

Ohne inhaltlich Bezug auf diese bedeutende Meldung aus Wien zu nehmen, bestätigte das Staatssekretariat am 28. November 1929 lediglich den Erhalt des Nuntiaturberichtes N° 424/11387 und dankte für die eingeholten Informationen.[917] Allerdings ließ man den Gesandten in Österreich nicht gänzlich alleine in dieser heiklen Situation. In einem ungewöhnlich kampfbetonten Folgeschreiben, worin der Heilige Stuhl ohne eine direkte Schuldzuweisung aber in selten klarer Weise „*le tristisime condizioni religiose e morali*"[918] Österreichs benannte, stellte sich die römische Kirchenleitung ausdrücklich hinter die *buoni*. Allerdings bezog sich dieses Schreiben nicht auf den Nuntiaturbericht vom 21. November 1929 und folglich auch nicht auf die politischen Verhältnisse, sondern stand im Zusammenhang mit einer internen Reform der österreichischen Benediktiner-Klöster, die auf eine Verschärfung der Ordensdisziplin abzielte. Die Begründung dieser Maßnahme lässt jedoch vermuten, dass ein Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen nicht ganz auszuschließen ist:

> „*La Santa Sede non può quindi differire piu oltre quella radicale ed energica riforma di costumi e della disciplina che i buoni vengono richiamando con insistenza come unica speranza di salvezza*".[919]

Der Zeitpunkt dieses Schreibens, welches die Einsetzung zweier Apostolischer Administratoren für die Benediktinerkongregation ankündigte, war wohl nicht zufällig gewählt und sollte dem Nuntius die Haltung seiner Vorgesetzten andeuten: auch Rom sehe die Zeit reif für Reformen.

---

[916] Ebda., fol. 4. Eigene Übersetzung: „*…wenn dies eintreten sollte, würde Vaugoin die ganze Macht übernehmen und vielleicht auch eine Art der Diktatur errichten, auch wenn es nur für kurze Zeit wäre, um frei gegen die Handlungen und Böswilligkeiten der Sozialisten vorgehen zu können*." Schenkt man Wiltschegg Glauben, so waren diese Putschpläne kein Staatsgeheimnis. Im „In- und Ausland" hätte man bereits seit Oktober offen über derartige Absichten gesprochen. Wiltschegg, Die Heimwehr, 1985, 58.

[917] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 5. N° 2687/29, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 28. November 1929.

[918] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30., fol. 20r. N° 2779/29, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 5. Dezember 1929. Eigene Übersetzung: „*die bedauernswerten religiösen und moralischen Bedingungen*".

[919] Ebda., fol. 20v. Eigene Übersetzung: „*Der Heilige Stuhl kann daher diese radikale und energische Reform der Sitten und Disziplin nicht länger aufschieben, welche von den Guten als einzige Hoffnung der Rettung angesehen wird.*"

Am 9. Dezember, nach einem diplomatischen Empfang bei Bundeskanzler Schober, gab der Nuntius wieder Entwarnung. Eine Demission des neuen Kabinetts konnte „*grazie al tempestivo e benefico intervento dell'ottimo Mgr. Seipel*" (Dank des rechtzeitigen und wohltuenden Eingreifens des ausgezeichnten Msgr. Seipels) diplomatisch beigelegt werden.[920]

> „*Dico diplomaticamente, perché l'Inghilterra, appogiata dalla Polonia e si crede anche dalla Francia, fece conoscere a questo Governo che essa non permetteva che si prendessero misure contro i socialisti fuori della legalità. L'effetto di questa indebita ingerenza fu che lo Schober desistesse dalle sue dimissioni, onde impedire l'avvento al Governo del Vaugoin con la seguente dittatura*."[921]

Dass der Bericht hier den Darstellungen Schobers folgte, ist unwahrscheinlich. Eine solche Offenheit gegenüber einem ausländischen Diplomaten konnte vom Bundeskanzler nicht erwartet werden. Außerdem meinte Schober, vom Nuntius beim Diplomatenempfang auf die gegenwärtige politische Situation angesprochen, „*abbastanza soddisfatto*" zu sein, woraus geschlossen werden kann, dass der Regierungschef selbst gar nicht wusste, wie knapp er seiner 'Ablöse' entgangen war. Der Nuntius war demnach über die Vorgänge, die hinter dem Rücken Schobers abliefen, bestens informiert. Ein Treffen mit Seipel am 2. Dezember spricht dafür, dass er vom Altkanzler mit diesen Hintergrundinformationen ausgestattet wurde. Worauf er sich jedoch bei seiner internationalen Lagebeurteilung stützte, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Bereits im letzten Bericht schrieb er, dass das Ausland über die Absichten einer schrittweisen "Ausschaltung" der Sozialdemokratie in Kenntnis gesetzt war. Während er das letzte Mal aber noch positive Signale aus dem Ausland geortet hatte, musste er diesmal eine entgegengesetzte Position der ausländischen Regierungen feststellen. Sibilia schrieb diese Haltung den jüngsten Zugeständnissen der Sozialdemokraten hinsichtlich der Verfassungsreform zu. Ohne diese Konzessionen näher zu benennen, betrachtete er sie als einen ersten Schritt „*contro il socialismo con la speranza di riprendere l'opera incominciata e di condurla a termine appena le circostanze internazionali lo permettessero.*"[922]

---

[920] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 6. N° 11453/429, Nuntiaturbericht, 9. Dezember 1929.

[921] Ebda., fol. 6. Eigene Übersetzung: „*Ich sage diplomatisch, weil England unterstützt von Polen und man glaubt auch von Frankreich, die Regierung hat wissen lassen, dass man keine Maßnahmen außerhalb der Legalität gegen die Sozialisten dulden würde. Die Folge dieser unrechtmäßigen Einmischung war, dass Schober von seinem Rücktritt abließ, um die Übernahme einer Regierung durch Vaugoin mit einer folgenden Diktatur zu verhindern*."

[922] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 6v. N° 429/11453, Nuntiaturbericht, 9. Dezember 1929. Eigene Übersetzung: „*gegen den Sozialismus, mit der Hoffnung das angefangene Werk wie-*

Danach wurde es still um etwaige Umsturzpläne. Nicht einmal der Korneuburger Eid war dem Nuntius einen eigenen Bericht wert. Es war der Heilige Stuhl, der im Juni 1930 wieder Interesse an den antiparlamentarischen Aktivitäten in Österreich bekundete. Anlass war ein Zeitungsartikel in der *Tribuna di Roma*, worin die Prinzipien des ständischen Heimwehrstaates skizziert wurden.[923] Vermutlich bezog sich der Bericht auf das Korneuburger Gelöbnis. Da sich das italienische Blatt seinerseits auf einen Beitrag der österreichischen *Neuen Zeitung* vom 4. Juni 1930 bezog, wurde der Wiener Nuntius mit dieser Angelegenheit befasst. Die Reportage weckte das besondere Interesse der römischen Kirchenleitung, weil sie sich kritisch mit der Stellung der katholischen Kirche in diesem Staatsmodell befasste. Die österreichische *Neue Zeitung* berief sich dabei auf „*umfängliche Instruktionen*“ über die Grundsätze einer autoritären Staatsideologie, welche von der Heimwehrführung an Vertrauensleute ausgegeben wurden. Entsprechend des geforderten ständischen Prinzips, „*würde die Kirche auch im Heimwehrstaat die kirchlichen Belange regeln, jedoch nur unter der Oberaufsicht des Staates*.“ Sie wäre demnach „*eine sich zwar selbstverwaltende öffentlich-rechtliche Körperschaft, als solche aber ein Organ des Staates*“. Für die Zeitung kam dieser Programmpunkt dem „*Rückfall in den schlimmsten josefinischen Geist*“ und einer „*Kriegserklärung an die Kirche*“ gleich. Auch einen Vergleich mit Mussolini scheute die Zeitung nicht. Sie spottete, dass im Gegensatz zu den Heimwehren selbst die italienischen Faschisten „*die Stellung der Kirche unberührt gelassen*“ hätten.[924]

Gegen eine solche Darstellung der Heimwehren verwehrte sich Nuntius Enrico Sibilia am 14. Juni 1930 entschieden, als er der Weisung des Staatssekretariats nachkam und den Originalartikel samt dazugehörigem Rapport nach Rom übermittelte. Seinen Vorgesetzten deutete der Gesandte den Zeitungsbericht als eine gänzlich fehlerhafte Interpretation („*una interpretazione affatto erronea*“) an. Er kritisierte vor allem die bösartige („*maliziosamente*”) Wiedergabe der Heimwehr-Instruktionen.[925] Zur Bestätigung seiner Einschät-

---

der aufzunehmen und es rechtzeitig zum Abschluss zu bringen, sobald es die internationalen Umstände erlauben.“

[923] Dass es sich dabei um die *Tribuna di Roma* handelt, geht aus dem Antwortschreiben des Nuntius (Nuntiaturbericht N° 469/12001 vom 14. Juni 1930) hervor. Denn das Kardinalstaatssekretariat sandte dem Nuntius nur einen ausgeschnittenen Zeitungsartikel mit dem Titel „*Per lo Stato corporativo in Austria*”.

[924] *Die Neue Zeitung*, 4. Juni 1930, 1. Bei dieser von der *Neuen Zeitung* wiedergegebenen Version des Korneuburger Gelöbnisses handelte es sich vermutlich um eine der von Wiltschegg festgestellten Fälschungen. Mit dem Verweis auf die „damals sehr enge[n] Beziehungen zu Seipel“ seien kirchenfeindliche Aussagen (in der originalen Fassung) „völlig auszuschließen“. Wiltschegg, Die Heimwehr, 1985, 258.

[925] Indem der Nuntius sofort wusste, dass es sich dabei um eine gefälschte Wiedergabe des Korneuburger Gelöbnisses gehandelt hatte, wird ersichtlich, wie sorgfältig der Nuntius die Aktivitäten der Heimwehr verfolgte.

zung berief er sich auf eine ähnliche Haltung der Christlichsozialen Parteileitung. Diese hätte sich in einer ihrer Versammlungen („[i]*n una delle consuete riunioni*") ebenfalls mit dem Artikel befasst und ihn für so bedeutungslos befunden, dass man auf eine Erwiderung in der Parteipresse verzichtete („*di nessuna importanza, e neppure degno di una risposta qualsiasi nella "Reichspost"*). Auch an der Zeitung selbst ließ der Bericht kein gutes Haar. Er bezeichnete sie als „*organo di alcuni pochi stiriani malcontenti del Partito Cristiano-Sociale"*[926]*,* deren Blattlinie es entspreche, *„attaccare innanzi tutto Mgr. Seipel e i dirigenti dei Cristiano-Sociali affine di rovesciare detto Partito, o almeno di seminarvi zizzania*."[927] Da der Nuntius den Einfluss der *Neuen Zeitung* auf die öffentliche Meinung jedoch für unbedeutend hielt, wollte er nicht weiter Aufsehen um das Blatt machen und versicherte seinen Vorgesetzten erneut, dass es innerhalb der Heimwehrbewegung keine antiklerikalen oder josephinischen Tendenzen geben würde. Wirklich gefährlich würden nur einige ihrer Führer sein.

> „*Tutto considerato, si può tenere per certo che la singolare notizia non ha alcun valore; e che, almeno fino ad oggi, non esiste nelle Heimwehren una tentenza anticlericale o gioseffina: mentre non è men certo che lo Schober si affatica con mano forte in epurle da alcuni dei suoi dirigenti, perché li considera giustamente pericolosi*."[928]

Am selben Tag, als die *Neue Zeitung* die internen Instruktionen über die Grundprinzipien des Heimwehrstaates veröffentlichte, brachte der österreichische Gesandte beim Vatikan einen streng vertraulichen Bericht über eine Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär bezüglich der Heimwehren zu Papier. Aus den betreffenden Akten geht allerdings nicht hervor, von welcher Seite das Gespräch angeregt wurde. Auffallend ist jedoch, dass der Gesandte Kohlruß die Gelegenheit nutzen wollte, um die Haltung der vatikanischen Regierung in dieser Frage auszuloten. Kardinal Pacelli wollte sich in dieser Frage jedoch nicht in die Karten schauen lassen. Obgleich er sich um eine klare Aussage drückte und den Fragen des Österreichers sehr diplomatisch auswich, glaubte Kohlruß gerade in diesem Verhalten eine Tendenz erkannt zu haben.

---

[926] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 18r. N° 469/12001, Nuntiaturbericht, 14. Juni 1930. Eigene Übersetzung: „*Organ einiger unzufriedener, steirischer Abgeordneter der Christlichsozialen Partei*".

[927] Ebda., fol. 18v. Eigene Übersetzung: „*vor allem Msgr. Seipel und die Führer der Christlichsozialen zu attackieren, mit dem Ziel, die Partei zu stürzen oder zumindest in ihr Zwietracht zu säen.*"

[928] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 18v. N° 469/12001, Nuntiaturbericht, 14. Juni 1930. Eigene Übersetzung: „*Alles in allem kann man es für sicher halten, dass diese einzelne Nachricht nicht irgendeinen Wert hat; und dass zumindest bis heute in den Heimwehren keine antiklerikalen oder josephinischen Tendenzen existieren: während es aber nicht weniger gewiss ist, dass Schober sich anstrengt, sie von einigen ihrer Führer zu säubern, weil er diese zurecht als gefährlich betrachtet.*"

„Aus seiner Haltung und Rede habe ich keinen Anklang eines auch verhaltenen Interesses an der Entwicklung der Bewegung oder gar einer Ermutigung hiezu heraushören können, was ich schon allein als symptomatisch auffassen muß, da es für den Herrn Kardinal bei seiner Gewandtheit ein Leichtes wäre, ohne sich im Geringsten zu vergeben, mit allerhand Untertonregistern zu operieren, wenn dies gewollt wäre. Gegenüber dieser Tatsache scheint mir das Faktum zurücktreten zu wollen, daß der Herr Kardinal sich auch zu keiner direkten negativen Stellungnahme entschied: dies konnte ich nur als prinzipielle Vorsicht, beziehungsweise Zurückhaltung werten. Einen Ausschlag hatten die Gespräche aber doch, und zwar einen – allerdings unverfänglichen nach der negativen Seite dadurch, daß der Herr Kardinal alsbald einer direkten Behandlung der Frage überhaupt entglitt, indem er beide Male auf die seinerzeitigen analogen Formationen in Bayern hinüberschwenkte, bezüglich deren er in unverfänglicher Weise aus eigener Wahrnehmung so zu erzählen wusste, daß sie schließlich zur Auflösung kamen und dies auch über ausdrückliches Verlangen der Entente, um einmal daran die von mir als rhetorisch aufgefasste Frage anzuschließen, ob dies nicht auch bei uns schon der Fall gewesen sei. Sollte ich mich in meinen gemeldeten Wertungen irren, so müsste der Herr Kardinal gerade zu beabsichtigt haben, daß überhaupt nur das gerade Gegenteil von dem herausgelesen werden solle, was ihn tatsächlich bewegt."[929]

Bestärkung in seiner Ansicht fand der österreichische Geschäftsträger zwei Wochen später in einem Artikel des *Osservatore Romano*. Das offiziöse Organ des Heiligen Stuhls nahm darin erstmals umfassend zu der Heimwehrbewegung Stellung. Gezeichnet ist der Artikel von dem Bestreben, behutsam auf den tobenden Richtungsstreit der Heimwehren Einfluss zu nehmen. Um einer weiteren Radikalisierung entgegenzuwirken, formulierte man Auflagen, unter welchen die römische Kirche die Bewegung unterstützen könnte.[930] Damit stellte sich der Vatikan hinter jene Kräfte innerhalb der Christlichsozialen, die sich seit Jahren um die Förderung des „konstruktiven Flügels" der Heimwehr bemühten. Die Absicht dahinter liegt auf der Hand: die „Heimatschutzbewegung" sollte in das Regierungslager getrieben werden.[931] Der Zeitpunkt für die Stellungnahme Roms war nicht zufällig gewählt. Sie erfolgte unmittelbar nach dem Korneuburger Eid, der einen „seit

[929] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 6. Z. 41 P., Gesandtschaftsbericht, 4. Juni 1930, Abschrift.

[930] So uneinheitlich die Heimwehren in ihrer organisatorischen Struktur waren, so unterschiedlich waren die einzelnen Verbände auch in ihrer Programmatik. In ihr sammelten sich alle Schattierungen des „Antimarxismus". Gerade die verbissene Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Schober – er entgegnete ihren Forderungen mit der Drohung der vollständigen Entwaffnung und der Ausweisung des Stabschefs Pabst – machte ihnen deutlich, dass sie bei einem Putschversuch keinesfalls mit der geschlossenen Unterstützung der Exekutive rechnen konnten. Sie wollten den Parlamentarismus daher von innen her zu Fall bringen, „indem sie die ihr angehörenden Abgeordneten aller Parteien an ihre Befehle" banden. Dies geschah schließlich am 18. Mai 1930 als anlässlich einer Generalversammlung des niederösterreichischen *Heimatschutzverbandes* die Heimwehrführung auf ein Programm eingeschworen wurde, „das sich zu den Grundsätzen des Faschismus bekannte, die bestehende Staatsform negierte und ausdrücklich verkündete, daß die Heimwehr nach der Macht im Staate greifen wolle." Dieses Gelöbnis ging als Korneuburger Eid in die Geschichte ein. Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, 1962, 150.

[931] Vgl. *L'Osservatore Romano*, 18. Juni 1930, 1f.

Jahren schwelenden Richtungsstreit“ beheben sollte: Die Exponenten der Christlichsozialen Partei wurden vor die Wahl gestellt, ob sie sich primär der Heimwehr oder der Partei unterstellen wollten.[932] Dieser Wink Roms war auch Kohlruss nicht entgangen:

> „*In diesem Artikel, der keine offizielle Marke trägt, sind diese Tendenzen viel eindrucksvoller ins Relief gesetzt, indessen die von mir gemeldeten Aeuszerungen von offiziellen Persönlichkeiten sich über blosz andeutungsweise Skizzierungen nicht hinauserhoben haben.* (…) *Zunächst ist die dahin gehende Grundtendenz nicht zu verkennen, jede Entwicklung der Bewegung, die zu der zuhöchst vorangestellten Autorität der Regierung und zur Politik der bürgerlichen Parteien in einen Gegensatz gerät, zu verurteilen, wobei aber die positive Wertung der Bewegung durchleuchtet, solange sie nicht nur den oben beregten Postulaten gerecht wird, sondern auch den genannten maszgebenden Faktoren untergeordnet bleibt. Ferner ergibt sich für die Heimwehren selbst, deren Verdienste besonders in die historischen Entwicklungen des Artikels hineingearbeitet sind, aus der Fassung des Artikels eine klare Warnung vor Abirrungen von den soeben vorgezeichneten Wegen, als welcher nicht zuletzt Korneuburg angesprochen wird; Abirrungen, die – durch die in die bürgerlichen Parteien, in ihre (der Heimwehr) eigene Reihen und die ihrer Gönner im allgemeinen gebrachten Verwirrungen mit allen ihren unmittelbaren und ferneren Folgen – zum Nachteile der bürgerlichen Parteien und des ursprünglichen Zwecks des Heimwehrgedankens auszuschlagen drohen, um die Regierung, die Ueberordnungstendenzen nicht vertragen kann, dann vor die Frage stellen können, von den durch das Entwaffnungsgesetz auf sie übertragenen Rechten Gebrauch zu machen. In der Schilderung der Einstellung verschiedener bürgerlicher Fraktionen und politischer Persönlichkeiten zu den Heimwehren sind schlieszlich gleichzeitig wohl auch Winke für der ersteren Verharren bei jener konsequenten und korrekten Haltung herauszulesen, die die oben entwickelten konstiutionellen Postulate als Leitstern hat*.“[933]

Nur wenige Monate später bildeten Heimwehrmitglieder gemeinsam mit christlichsozialen Abgeordneten am 30. September 1930 erstmals ein Regierungskabinett. Obwohl die umstrittene Koalition nur eine Übergangsregierung ohne Parlamentsmehrheit war – Landbund und Großdeutsche verweigerten sich der Regierungszusammenarbeit –, setzte der Nuntius große Hoffnungen in die neue Staatsführung.[934] Optimistisch meldete er: „*La*

[932] Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, 1985, 55.
[933] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 6. Z. 45 P., Gesandtschaftsbericht, 18. Juni 1930, Abschrift.
[934] In der „Causa Strafella“ sahen die Parteigänger Seipels eine passende Gelegenheit, den aufgrund seiner Nachgiebigkeit gegen die Sozialdemokraten – man verübelte Schober, dass er die Heimwehren und den Schutzbund auf eine Stufe stellte – in Ungnade gefallenen Bundeskanzler zu Fall zu bringen. Nach dem Vorbild des Bundesheeres sollten auch die stark sozialdemokratisch dominierten Bundesbahnen „umgefärbt“ werden. Schobers zögerliche Haltung, den von Heimwehrkreisen unterstützten Strafella zum Generaldirektor zu bestellen, nahm die christlichsoziale Regierungsmannschaft zum Anlass, geschlossen zu demissionieren. Dahinter stand die Absicht, einen wahrscheinlich schon länger geplanten Regierungswechsel herbeizuführen. Obwohl es weder gelang, die Großdeutschen noch den Landbund für eine Koalition zu gewinnen, glaubte man „[i]n voller Verkennung aller Realitäten … mit der Parole des Antimarxismus bei sofort auszuschreibenden Neuwahlen eine absolute Mehrheit“ erreichen zu können. Goldinger u. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, 1992, 173. Um zumindest den Rückhalt der Heimwehren

formazione di cosifatto Ministero permette di bene sperare per la causa cattolica."[935] Sibilia glaubte, dass mit dem neuen Kabinett der Weg für eine konfessionelle Politik endlich frei sei, da das unheilvolle Regierungsabkommen („*il patto nefasto*") mit den Großdeutschen spätestens nach den Neuwahlen den Christlichsozialen in kulturpolitischen Belangen nicht mehr länger die Hände binden würde. Allerdings teilte er den Optimismus mancher Regierungsmitglieder nicht, die sich von den Nationalratswahlen deutliche Zugewinne erhofften, die schließlich ein härteres Vorgehen gegen den „*terrore socialista*" demokratisch legitimieren sollten. Er hielt die hoch angesetzten Erwartungen für ein wenig zu rosig („*forse un po troppo rosee"*).[936]

Ungeachtet dessen entsprach der antisozialdemokratische Kurs des neuen Kabinetts ganz den Vorstellungen des päpstlichen Diplomaten. Genau diese programmatische Ausrichtung war Sibilia in der Vorgängerregierung Schobers zu kurz gekommen. Unverzeihlich erschien ihm Schobers Interventionen bei der Gründung des *Heimatblockes*. Die Gründung einer eigenen Heimwehr-Partei kam für den Nuntius einer Parteispaltung gleich, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt „große Teile der inhomogenen Wehrverbände" bereits von der Christlichsozialen Partei „emanzipiert" hatten, der sie formell ohnehin nie angehört hatten.[937]

> „*La vere ragioni poi delle dimissioni vanno ricercate primieramente nella mancanza di energia dello Schober verso dei Socialisti, ma molto più nel gravissimo errore dello Schober nell'avere consigliato alle Heimwehren di formare un partito politico*

---

zu erhalten, köderte man diese mit den Vorzügen einer gemeinsamen antimarxistischen Liste und dem Eintritt in ein Übergangskabinett. Gemeinsam mit den Heimwehren – ihre Unterstützung hatte man sich mit der Überlassung des Justiz- und Innenressorts teuer erkauft – hoffte man, gestärkt aus den Neuwahlen hervorzugehen. Das neue Kabinett war somit von Anfang an nur als Zwischenlösung gedacht. Diese Rechnung der Christlichsozialen, die Heimwehren mit einer gemeinsamen Liste politisch vereinnahmen zu können, ging allerdings nur bedingt auf. Die Heimwehren ließen sich nicht davon abbringen, selbständig als „Heimatblock" zu kandidieren. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 310f. Innerhalb der Heimwehren wurde aber auch dieser Schritt heiß diskutiert. Außerdem hatte Starhemberg ursprünglich gar nicht die Absicht, das Spiel der Christlichsozialen mitzuspielen. Den Radikalen unter seinen Anhängern hatte er versprochen, „es gar nicht zu Wahlen kommen zu lassen und vorher einen Staatsstreich zu vollziehen." Goldinger u. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, 1992, 174. Allerdings wollte er diesen Umsturz „mit Vaugoin und seinem Bundesheer gemeinsam" durchführen. Ernst R. Starhemberg, Memoiren. München u. Wien 1971, 85. Die Hereinnahme Seipels in die Regierung sollte dem Kabinett Vaugoin vor dem Ausland einen seriösen Anstrich verleihen Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 310.

[935] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 58v. N° 492/12250, Nuntiaturbericht, 1. Oktober 1930. Eigene Übersetzung: „*Die Bildung einer derartigen Regierung erlaubt, Gutes für die katholische Sache zu erhoffen*."

[936] Ebda., fol. 58v.

[937] Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 2012, 264. Im Vorfeld von Seipels neuerlichem Einzug in das Regierungskabinett kam es zu keinen Treffen mit dem Nuntius. Dem Tagebuch lässt sich jedoch entnehmen, dass Seipel am 29. September „*zum H. Kardinal zitiert*" wurde. Mit dem Nuntius traf er erst am 3. Oktober wieder zusammen. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 12, o.S., 29. September u. 3. Oktober 1930.

col nome "Staatspartei" il che avrebbe prodotto una grave scissione sia nel partito Cristiano Sociale stesso, sia tra i partiti borghesi, e questo a tutto vantaggio dei Socialisti. Questa ultima ragione specialmente, benché lo Schober tentasse di riparare l'errore con l'esiliare il Pabst – capo supremo delle Heimwehren e persona punto commendevole – , gli ha alienato l'animo dei Cristiano-Sociali, i quali, approfittando dell'appoggio decisivo delle Heimwehren per combattare il Socialismo, hanno negato apertamente il loro appoggio allo Schober obbligandolo così a dimettersi."[938]

Nach der Wahlniederlage der Regierungsparteien am 9. November 1930, deren Ausgang vom Nuntius mit ungewohnter Zurückhaltung aufgenommen wurde, trat Ignaz Seipel in den Nuntiaturberichten nur noch selten in Erscheinung.[939] Dass dieser politische Rückzug nur bedingt selbst gewählt war, überging die apostolische Berichterstattung aber geflissentlich. Der Nuntius hing trotz der erlittenen Niederlage, welche innerhalb der Christlichsozialen Partei jenen Flügel stärkte, der eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bevorzugte[940], weiterhin den Ideen Seipels an, weshalb auch seine Sympathien für die Heimwehrbewegung ungebrochen waren. Nicht einmal durch den gewaltsamen Pfrimer-

[938] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24, fol. 59. N° 492/12250, Nuntiaturbericht, 1. Oktober 1930. Eigene Übersetzung: „*Die wahren Gründe der Demission werden vorrangig in der mangelnden Tatkraft Schobers gegen die Sozialisten gesehen, aber viel mehr im schweren Fehler Schobers, den Heimwehren empfohlen zu haben, eine eigene politische Partei mit dem Namen 'Staatspartei' zu gründen, was zum Vorteil der Sozialisten eine tiefe Spaltung sowohl innerhalb der Christlichsozialen Partei als auch innerhalb der bürgerlichen Parteien hervorgerufen hätte. Besonders dieser letzte Grund, den obwohl Schober durch die Abschiebung Pabsts – oberster Chef der Heimwehren und eine überhaupt nicht empfehlenswerte Person – wieder auszubessern versuchte, hat ihm den Unmut der Christlichsozialen eingebracht, welche – um die entschiedene Unterstützung der Heimwehren im Kampf gegen den Sozialismus nutzen zu können – ihm offen die Unterstützung entzogen und ihn so zum Rücktritt gezwungen haben*." Es braucht nicht erwähnt zu werden, dass diese Einschätzung vollauf der Meinung Seipels entsprach. So erklärte der Politiker etwa dem Korrespondenten der *Prager Abendzeitung* das Scheitern der Regierung Schober aus „*Mangel an Entschlußfähigkeit*". Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 676.

[939] Den Nationalratswahlen am 9. November 1930 wurde mit großer Spannung entgegen gesehen. Immerhin handelte es sich dabei um die ersten Wahlen der Bundesvertretung seit April 1927. In der Zwischenzeit waren die Heimwehren zu einem bedeutenden innenpolitischen Machtfaktor geworden. Der 9. November besiegelte jedoch die Niederlage des von Seipel vorgegebenen Regierungskurses, den man in der *Neuen Freien Presse* als „Kokettieren mit dem Staatsstreich" bezeichnete. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 311. Die Sozialdemokraten gingen mit 72 gewonnenen Mandaten als stärkste Partei hervor. Die Christlichsozialen hielten nach der Wahl nur noch bei 35,7 Prozent der gültigen Stimmen und kamen gemeinsam mit den Heimwehren auf 74 Abgeordnete. Sie verfehlten damit klar das angestrebte Ziel nach einer absoluten Mehrheit. Vgl. WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl vom 9. November 1930, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1930.pdf (21.12.2011).

[940] Vgl. Staudinger, Müller u. Steininger, Die Christlichsoziale Partei, 1995, 174. Innerhalb der Christlichsozialen Partei gab diese Wahlschlappe den Heimwehrgegnern Rückenwind. Seipel selbst, der im Minderheitskabinett Vaugoins noch den Außenminister stellte, zog aus dieser schweren Niederlage die Konsequenzen und zog sich allmählich aus allen öffentlichen Ämtern zurück, nicht ohne zuvor aber einen letzten Versuch unternommen zu haben, alle bürgerlichen Parteien zu einem „antimarxistischen" Parlamentsausschuss zusammenzuspannen. Diese Pläne stießen aber selbst innerhalb seiner eigenen Partei auf offene Gegnerschaft. Als er Ende November seinen Ministerposten endgültig räumte, begann sein Gang in die politische Bedeutungslosigkeit. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 312. Der mit dem Rückzug verbundene schwindende Einfluss des Priesters spiegelt sich auch in den Nuntiaturberichten wider. Zwar hielt Seipel den Kontakt zum Nuntius weiterhin aufrecht, doch die Zahl der Treffen verringerte sich auffallend.

Putsch am 12. September 1931 ließ sich der Nuntius in seinen Anschauungen beirren, sondern verharmloste vor seinen Vorgesetzten den versuchten Staatsstreich als unbedeutenden Bubenstreich („*un gesto puerile, senza alcuna importanza politica*")[941]. Alleine der Umstand, dass er diesem Vorfall nicht einmal einen eigenen Bericht widmete, sondern ihn nur beiläufig als einen von der ausländischen Presse hochgespielten Aufstand der Heimwehrführung („*alzata di testa delle ‚Heimwehren'*")[942] abtat, verrät deutlich seine Absicht, die Ereignisse in Rom zu bagatellisieren. Mit dieser Haltung befand sich Sibilia ganz auf Blattlinie der *Reichspost*, die ihrerseits stark unter dem Einfluss des Priesterpolitikers stand.[943]

Es kann somit festgehalten werden, dass die Berichterstattung des Apostolischen Nuntius im Hinblick auf die Heimwehren sehr tendenziös war. Zwar sind ihm die Gefahren, die von dieser Bewegung ausgingen, nicht entgangen – als mahnendes Beispiel hatte er den italienischen Faschismus vor Augen –, doch hielt er sie im Gegensatz zur Sozialdemokratie für das geringere Übel. Gerade ihr entschiedener Antisozialismus erweckte in ihm, ungeachtet der innenpolitischen Konsequenzen, die Hoffnung, die bewaffneten Verbände als politisches Gegengewicht zur verhassten Sozialdemokratie etablieren zu können. Spätestens als Seipel begann, die Heimwehren als unverzichtbare Stütze in seiner antisozialistischen Allianz aufzubauen, wurde dies vom vatikanischen Diplomaten nicht nur hingenommen sondern vehement gegen jedwede Kritik verteidigt. Gerechtfertigt wurde diese Sympathie für die Heimwehren durch eine Unterteilung der Bewegung in einen guten, 'konstruktiven' und einen 'bösen', faschistischen Flügel. Durch eine gezielte Förderung

[941] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 45. N° 577/13223, Nuntiaturbericht, 10. Oktober 1931. Nach dem Vorbild von Mussolinis „Marsch auf Rom" plante Walter Pfrimer, der Landesleiter des Steirischen *Heimatschutzes*, gemeinsam mit seinem Generaladjutanten Carl Ottmar Lamberg einen Putschversuch. Am Sonntagabend des 12. September 1931 mobilisierte er ca. 14.000 Mann des Steirischen *Heimatschutzes* und ließ auf angeschlagenen Plakaten verlautbaren, dass der Heimatschutz die Macht im Staat übernommen hätte. Der „Marsch auf Wien" konnte aber trotz des zögernden Einschreitens des Bundesheeres sehr rasch und ohne größere Gegenwehr gestoppt werden. Pfrimer, der selbst den Rückzugsbefehl gab, floh daraufhin aus Österreich. Das Ergebnis waren 140 Festnahmen und 4.000 Anzeigen. Vgl. Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, 1962, 164; Starhemberg, Memoiren, 1971, 109f. Eine Verbindung zwischen den Putschisten und Ignaz Seipel konnte von der Forschung bisher nicht nachgewiesen werden. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 327. Dennoch beschrieb Rennhofer Seipels Haltung gegenüber dieser innenpolitischen Radikalisierung als „immer abgeklärter". Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 705.

[942] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 44v. N° 577/13223, Nuntiaturbericht, 10. Oktober 1931.

[943] Während der Pfrimer-Putsch innerhalb der Großdeutschen und großer Teile der Christlichsozialen für helle Aufregung sorgte, gab sich die *Reichspost* auffallend zurückhaltend. Seipel, der wie schon mehrmals angesprochen, einen großen Einfluss auf die Ausrichtung der Zeitung ausübte, wollte selbst zu diesem Zeitpunkt die Brücken zur Heimwehr noch immer nicht abbrechen. Wiltschegg, Die Heimwehr, 1985, 64.

ihrer "konstruktiven Kräfte" wollte man die „*tiefe Volksbewegung*" [944] – als welche die *Reichspost* die Heimwehren gerne darstellen wollte – fester an die Kandare nehmen, um sie gegen den politischen Hauptgegner in Stellung bringen zu können. Ähnliche Erwartungen gab es auch in Rom. Obgleich man sich einer offiziellen Stellungnahme enthielt, sendete das offiziöse Organ des Heiligen Stuhls dahingehende Signale aus. Der Appell, sich der Autorität der Regierung zu unterstellen, war ein offenkundiger Wink des Vatikans. Nicht zufällig erfolgte die Stellungnahme inmitten des offenen Richtungsstreites. Zwar enthielt sie eine klare Absage gegen jede Form der Radikalisierung, hatte aber zugleich die Absicht, die Bewegung in die Hände der Christlichsozialen zu treiben. Der Heilige Stuhl folgte bei der Beurteilung der Heimwehren demnach weitgehend den Einschätzungen seines Gesandten in Österreich.

Im Umgang mit dem Nationalsozialismus zog man in Rom jedoch andere Schlüsse als der Nuntius und folglich auch als Seipel. Das zeigt sich schon darin, dass Sibilia dem Nationalsozialismus vor 1932 nur wenig politische Bedeutung zugeschrieben hat. So setzte er seine Vorgesetzten nicht einmal davon in Kenntnis, dass der von Seipel 1927 ins Leben gerufenen Einheitsliste auch nationalsozialistische Splittergruppen angehört haben![945] Dass der Priesterkanzler keine Berührungsängste hatte, notfalls auch mit den Nationalsozialisten zu koalieren, musste der Heilige Stuhl schließlich aus der internationalen Presse erfahren. Gegenüber dem Osloer *Morgenbladet* äußerte sich Seipel im Zuge einer Vortragsreise zum Ausgang der deutschen Reichstagswahlen im September 1930, die den Nationalsozialisten einen Erdrutschsieg bescherten. Seipels Reaktion auf dieses neue politische Kräfteverhältnis und die daraus folgenden Versuche die rechtsextreme Partei zu isolieren, war die Feststellung, dass man eine Partei, die auf demokratischem Wege 107 Mandate erreicht hat, nicht einfach ignorieren könne.[946] Dieses Interview schlug in Rom hohe Wellen. Der sich gerade in Italien aufhaltende Nuntius wünschte eine ehestmögliche Unterredung mit dem Politiker.[947] Am 20. November 1930 hatte der päpstliche Repräsentant schließlich die Gelegenheit, Seipel um Auklärung dieser Angelegenheit zu bitten. Aus dem Gesprächsverlauf wie ihn der Nuntiaturbericht des gleichen Tages wiedergibt, wird klar, dass sich das vatikanische Interesse weniger auf die oben angeführte Aussage

[944] *Reichspost*, 19. August 1929, 2.
[945] Vgl. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers, 9.
[946] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz 25, fol. 7. Beilage von N° 503/12425, Nuntiaturbericht, 5. Dezember 1930. Italienische Übersetzung des Interviews Seipels an das *Morgenbladet*.
[947] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz 25, fol. 4. Beilage von N° 503/12425, Nuntiaturbericht, 5. Dezember 1930. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 26. November 1930.

Seipels bezog, als seine Behauptung, wonach die jungen Katholiken Deutschlands Sympathien für die nationalsozialistische Bewegung hätten („*i giovani cattolici tedeschi abbiano spiccate simpatie per il movimento nazional-socialista*"). In dieser Weise wurde Seipel auch im *Osservatore Romano* zitiert. Konfrontiert mit diesem Satz und dem Hinweis des Nuntius, dass falls diese Aussage so getätigt wurde, der Heiligen Vater tief betrübt sei („*penosa impressione e disapprovazione*"), geriet Seipel sichtlich in Erklärungsnot und meinte:

> „[N]*on potrei in questo momento affermare con certezza di avere io detto proprio quelle parole, che mi si attribuiscono, ricordo però benissimo di non essermi io riferito ai "giovani cattolci", ma dato un monito alla gioventù tedesca, onde questo servisse anche a quella austriaca per metterla in guardia.*"[948]

Nur wenige Tage später nahm Seipel auch schriftlich ausführlich zu den Vorwürfen Stellung. Obwohl sich nicht feststellen lässt, ob die Initiative zu diesem mehrseitigen, in französischer Sprache verfassten Schreiben von ihm oder dem Nuntius ausging, erlaubt seine Rechtfertigung punktuelle Einblicke in die religiöse Mentalität Seipels: Der gesamte Duktus seines Briefes an den Nuntius war geleitet von dem dringlichen Bedürfnis um Klarstellung infolge der Sorge, den Papst mit seinen Äußerungen enttäuscht zu haben. Das spricht für eine ausgeprägte Autoritätshörigkeit gepaart mit dem Streben nach Anerkennung von höchster Stelle. Dementsprechend groß war sein Wille um vollständige Aufklärung. Besonders wichtig war es ihm aber klarzustellen, dass er sich in seinen Vorträgen niemals positiv gegenüber dem Nationalsozialismus geäußert und auch niemals über die deutsche Jugend referiert hätte. Dazu listete er alle Vorträge des letzten Jahres auf, die er vor deutsprachigen Jugendlichen gehalten hatte. Gleichzeitig kündigte er an, dem Nuntius alle Manuskripte seiner Reden zur Prüfung zukommen zu lassen. Er machte Sibilia außerdem darauf aufmerksam, dass die meisten seiner Reden in den internationalen Zeitungen abgedruckt wurden und jederzeit nachzulesen seien. Dies führte ihn zum Osloer Interview, dessen Abschrift er dem Schreiben beilegte. Seipel versicherte dem Nuntius, dass er darin einzig den Wahlsieg der Nationalsozialisten zu erkären versuchte. Sich auf seine Deutschland-Kenntnisse stützend meinte er, dass viele junge Menschen für Hitler votiert hätten; darunter auch Katholiken (Im *Osservatore Romano* wurde jedoch der Eindruck vermittelt, dass Seipel explizit von den jungen Katholiken gesprochen hätte!). Im Gegen-

[948] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz 24, fol. 72vf. N° 500/12378, Nuntiaturbericht, 20. November 1930. Eigene Übersetzung: „*Ich könnte in diesem Moment nicht mit Sicherheit behaupten, ob ich wirklich diese Worte gesagt habe, die mir zugeschrieben werden. Ich erinnere mich aber sehr gut, mich nicht auf 'junge Katholiken' bezogen zu haben, sondern der deutschen Jugend die Warnung gegeben zu haben, die dazu gedient hat, dass sich auch die österreichische Jugend in Acht nehmen soll*."

satz zum Interview betonte er aber diesmal, dass die jungen Katholiken mit den Anschauungen Hitlers nur wenig gemein hätten. Dennoch wollte er seine Worte, wie er schon in seiner ersten Stellungnahme am 20. Novemberber bemerkt hatte, in erster Linie als Warnung für seine Partei ausgesprochen haben, die Jugend nicht in die Arme der Nationalsozialisten zu treiben („*de ne pas pousser chez nous la jeunesse dans les bras des nationalistes sociaux*“).[949] Vor genau diesem Hintergrund wollte er auch seine bisherige Annäherung an die Heimwehren verstanden wissen, denn in Österreich wäre gerade die Heimwehrpolitik ein Garant dafür gewesen, einen Einzug der Nationalsozialisten in den Nationalrat zu verhindern:

> „*Si nous n'avions pas les 8 deputes de la 'Heimwehr' , certainement quelques députés, appartenant directement au parti socialiste national auraient fait leur entrée au Parlement; ceci eut été sans doute le 'maius malum '.*“[950]

Anfang Dezember hatte Seipel im Zuge eines diplomatischen Empfanges erneut die Gelegenheit, mit dem päpstlichen Vertreter über diese Angelegenheit zu sprechen. Im Laufe des Gespräches erklärte er sich bereit, jederzeit eine Richtigstellung abzugeben, wenn dies im Sinne des Heiligen Stuhls wäre.[951] Obwohl der Heilige Stuhl auf ein solches Dementi Seipels verzichtete, wird in diesem Beispiel gut ersichtlich, wie wenig Toleranz die Kurie unter Pius XI. für Äußerungen prominenter Kleriker aufbrauchte, die nur ansatzweise als Gutheißung der NS-Bewegung interpretiert werden konnten.[952]

---

[949] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 5vf. Beilage von N° 503/12425, Nuntiaturbericht, 5. Dezember 1930. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 26. November 1930.

[950] Ebda., fol. 6. Eigene Übersetzung: „*Wenn wir die acht Abgeordneten der Heimwehren nicht hätten, wäre gewiss einigen den Nationalsozialisten angehörenden Abgeordneten der Einzug ins Parlament gelungen; das wäre zweifellos das 'größere Übel' gewesen*.“

[951] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz 25, fol. 3v. N° 503/12425, Nuntiaturbericht, 5. Dezember 1930.

[952] Das Staatssekretariat reagierte auf das Angebot auf Widerruf nicht und bestätigte dem Nuntius lediglich den Erhalt des Nuntiaturberichtes. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 10. N° 3877/30, Staatssekretariat an den Nuntius Enrico Sibilia, 11. Dezember 1930.

3.7. Die Bundespräsidentenwahl 1931

> „*Wenn ich mir noch so sehr wünschte, Präsident zu werden und Ihr wäret alle auch dafür, werde ich es doch nicht, wenn Gott es nicht will. Und umgekehrt könnt Ihre alle dagegen sein, gegen Gottes Willen. Wenn er will, kommt Ihr nicht auf.*“[953]
>
> Ignaz Seipel

Im Herbst 1931 stand die Neuwahl des Bundespräsidenten vor der Tür. Dem gesundheitlich schwer angeschlagenen Seipel war bewusst, dass sich damit die letzte Gelegenheit auf eine politische Rückkehr bot.[954] Es dürfte demnach kein Zufall gewesen sein, dass er sich noch kurz zuvor einen Monat lang nach Zürs auf Kur begab.[955] Der Aufenthalt im Hochgebirge sollte den Altkanzler für das höchste Amt im Staate körperlich vorbereiten. Um sich durch seine Abwesenheit in Wien nicht vorzeitig aus dem Spiel zu nehmen, hielt er mit „den politischen Vorgängen in der Hauptstadt engste Fühlung“.[956] Gleichzeitig zeigte er sich trotz der nur langsam anschlagenden Heilbehandlung äußerst produktiv. „[B]is zu sechs Briefe oder zwanzig Karten am Tag“ verfasste der Prälat während des Kuraufenthaltes.[957] Dass Seipel ehrliche Ambitionen auf das Präsidentenamt hatte, geht aus seiner Korrespondenz eindeutig hervor. So tauschte er sich mit Heinrich Mataja sehr eifrig über die Option einer eigenen Kandidatur aus:

> „*Was meine eigene Person anlangt, geniere ich mich gar nicht, zu sagen, daß ich diese Wahl für richtig hielte und für die größte Chance, den Sinn einer Bundespräsidentschaftswahl durch das Volk überhaupt ins richtige Licht zu setzen.*“[958]

Auch gegenüber Erich Waiß, dem ehemaligen Staatssekretär für Heerwesen in den ersten Kabinetten Karl Renners[959], hielt Seipel mit seinen diesbezüglichen Absichten nicht hinterm Berg. In Grundzügen offenbarte er dem ehemaligen Staatssekretär sogar, wie er das Amt im Falle seiner Wahl anzulegen gedachte:

---

[953] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 703.
[954] Vgl. Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 123f.
[955] Der Kuraufenthalt dauerte von 25. Juli bis 25. August 1931. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 702.
[956] Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 322.
[957] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 702.
[958] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 704. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 16. August 1931, Aus dem Briefwechsel geht hervor, dass er noch vor seiner Abreise nach Zürs mit Mataja über die Präsidentschaftswahl gesprochen hatte. Doch Angesichts seiner körperlichen Verfassung schien diese Entschlossenheit auch für Mataja überraschend gewesen zu sein.
[959] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 702.

„Ich sehe die Bundespräsidentschaft nicht als eine Sinekure oder einen ehrenvollen Abschluß eines arbeitsreichen Lebens an. Im Gegenteil glaube ich, daß dieses Amt die höchste Anspannung der moralischen und geistigen Kräfte bringen müsste. Hierüber bilde ich mir ein, ein Konzept zu haben.(...) Ich gestehe offen, daß unter Umständen ich mir mitunter sage, daß ich selbst besser wüsste, wie man einen guten Präsidenten spielt und daß ich mir wünsche, es tun zu können.“[960]

Die Volkswahl des Bundespräsidenten galt Seipel als „*die Vollendung der Demokratie*“. Denn die Kür durch das Staatsvolk hätte den Sinn, so schreibt er Mataja, dass „*das Volk, das in den Parlamentswahlen die Verteilung der Parteien bestimmt hat, nun bestimmt, wie es die Gruppierung der Partei zur Mehrheit und Minderheit haben will.*“[961] Zudem boten die, durch die Verfassungsreform von 1929 neugeschaffenen Kompetenzen des Bundespräsidenten, eine „*einzigartige Gelegenheit, über die Parteien hinauszugelangen u. ihnen nichts zu verdanken.*“[962] Wie bei seinen meisten demokratie-skeptischen Ansagen, hielt er sich jedoch sehr bedeckt, was er darunter im Detail verstand.[963] Dass er dabei aber nicht an eine bewusste Missachtung des Volkssouveräns gedacht hatte, kann aus dem Nachsatz geschlossen werden: „*Natürlich kann auch sein, dass auch mit dem Volk selbst nichts anzufangen ist, aber das muß doch erstmal probiert werden. Mit den Parteien ist bestimmt nichts anzufangen.*“[964]

Seipels Ambitionen wurden aber nicht bloß von politischen sondern auch von theologischen Überlegungen getragen. Obgleich er in Zürs vorgab, schon klar umrissene Vorstellungen über die Ausrichtung seiner Präsidentschaft zu haben, war er noch unschlüssig, überhaupt kandidieren zu wollen. Aus dem Briefwechsel mit Waiß geht hervor, dass diese Entscheidung von einer intensiven Gewissenserforschung begleitet war, geleitet vom Wunsch, dem Willen Gottes zu entsprechen.[965] Gegenüber Mataja formulierte er seinen

[960] Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 703f. Bei Rennhofer ist nicht klar ersichtlich, ob er aus dem Brief vom 15. oder 16. August 1931 zitiert.
[961] Zit. nach ebda., 702. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 11. August 1931.
[962] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 5, fol. 70. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 4. September 1931.
[963] Durch die Verfassungsnovellierung 1929 wurden die Rechte des Bundespräsidenten gegenüber dem Nationalrat erweitert. Das Staatsoberhaupt wurde künftig mit einem Notverordnungsrecht, dem Oberbefehl über das Bundesheer, dem Recht zur Einberufung und Auflösung des Nationalrats und der Landtage sowie der Ernennung und Entlassung der Bundesregierung ausgestattet. Um seine politische Legitimation zu erhöhen, wurde der Bundespräsident nicht mehr durch die Bundesversammlung sondern direkt durch das Volk gewählt. Vgl. Wilhelm Brauneder, Österreichische Verfassungsgeschichte. Einführung in Entwicklung und Strukturen. Wien 1976, 215. Der obenstehenden Äußerung nach zu urteilen, hätte Seipel als Bundespräsident von diesen Möglichkeiten in vollem Umfang Gebrauch gemacht. Bei den Sozialdemokraten löste alleine die Vorstellung an einen Bundespräsidenten Seipel viel Unbehagen aus. Vgl. Leser, Die Rolle der Sozialdemokratie bei der Verfassungsreform 1929, 1980, 70.
[964] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 5, fol. 70. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 4. September 1931.
[965] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 703. Es gibt mit Ausnahme der Tagebücher nur wenige Quellenbefunde, welche die theologischen Reflexionen der politischen Handlungen des Prälaten so deutlich wiedergeben wie dieser Briefwechsel mit Erich Waiß.

Zwiespalt sehr pointiert: „*Ich muß bestimmt wissen, dass ich „muss" u. nicht nur will.*"[966] Bis dahin hielt er sich politisch alle Optionen offen. Bei der Bundesparteileitungssitzung vom 28. August, welche gut abgestimmt auf Seipels Kuraufenthalt nur wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Zürs stattfand, einigten sich die Christlichsozialen trotz lautstarker Proteste der Opposition und der liberalen Presse, an der von der neuen Verfassung vorgegebenen Volkswahl festhalten zu wollen.[967] Damit waren die nötigen Voraussetzungen geschaffen, um sich den langjährigen Parteiobmann als möglichen Präsidentschaftsanwärter im Talon zu behalten.[968] Die Parteiführung war realistisch genug, um zu wissen, dass der Altkanzler nur bei einem Volksentscheid ernsthafte Erfolgsaussichten haben würde. Und auch Seipel selbst rechnete sich im Falle einer Wahl durch die Bundesversammlung keinerlei Chancen aus.[969] Deshalb stand für ihn außer Frage: „*der r i c h t i g e Präsidentschaftskandidat ist nur jener, der gewählt wird.*"[970]

Zusätzlich galt es noch eine andere Formalhürde zu überwinden. Gemäß den Bestimmungen des Kirchenrechts bedurfte es für die Ausübung eines öffentlichen Verwaltungsamtes eines päpstlichen Indults.[971] Der erfahrene Politiker nahm dieses kirchenrechtliche Hindernis jedoch ohne große Schwierigkeiten. Noch am Tag der Parteileitungssitzung bemühte sich der Altkanzler, beim Apostolischen Nuntius die päpstliche Dispens zu erwirken. In der zweistündigen Begegnung schilderte er Sibilia die Ereignisse der Konfe-

[966] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 5, fol. 70. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 4. September 1931.
[967] Vgl. *Reichspost*, 29. August 1931, 1. Namentlich die Sozialdemokraten und der „Schoberblock" hatten Bedenken gegen eine Volkswahl. Sie argumentierten ihre Ablehnung mit den hohen Kosten einer solchen Wahl, welche angesichts der schweren wirtschaftlichen Depression eine große Belastung für die angeschlagene Republik darstellen würde. Unterstützung fanden sie von der *Neuen Freien Presse*, welche sich ebenfalls eindeutig gegen den Volksentscheid exponierte. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 322; *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 28. August 1931, 1. Die Christlichsozialen wiederum argumentierten: „Es würde einen krassen Widerspruch bedeuten, den Bundespräsidenten, dessen Befugnisse eben zu dem Zweck erweitert wurden, die Allgewalt des Parlaments einzuschränken, nun doch wieder vom Parlament wählen zu lassen." Zit. nach Anneliese Harasek, Bundespräsident Wilhelm Miklas. phil. Diss., Universität Wien 1967, 104.
[968] Dass man sich intern zu diesem Zeitpunkt schon auf Seipel festgelegt hatte, ist allerdings unwahrscheinlich. Auch in der öffentlichen Diskussion wurde die Kandidatenfrage noch nicht aufgeworfen.
[969] Den Grund dafür sah Seipel in seiner Geisteshaltung. Er glaubte, dass ihm die kleineren Parteien die Zustimmung verweigern würden, „*weil ich* [Ignaz Seipel] *in Wahrheit in keiner Weise liberal bin*." Zit. nach Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 704. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 16. August 1931.
[970] Ebda., 704.
[971] Geregelt im Kanon 139 § 2 des Codex Iuris Canonici von 1917**:** „*Sine apostolico indulto medicinam vel chirurgiam ne exerceant; tabelliones seu publicos notarios nisi in Curia ecclesiastica, ne agant; officia publica, quae exercitium laicalis iurisdictionis vel administrationis secumferunt, ne assumant*." Benedictus Papa XV, Hg., Codex iuris canonici. Romae 1917, 33, can. 139, § 2. Eigene Übersetzung: „*Ohne Apostolischen Indult sollen sie* [Anm.: Kleriker] *sich nicht als Mediziner oder Chirurgen betätigen; nicht als Urkundenaussteller oder öffentliche Notare – außer in kirchlichen Kurien – tätig sein, keine öffentlichen Ämter annehmen, die die Ausführung weltlicher Rechtssprechung oder Verwaltung umfassen.*"

renz.[972] Ohne sein Zutun wäre ihm die Bundespräsidentschaftskandidatur von den Mandataren der verschiedensten Parteien regelrecht angetragen worden. Als *homo politicus* fühlte er sich zwar geschmeichelt ob dieser Auszeichnung, als Priester bereitete sie ihm aber zugleich einen Gewissenskonflikt. Aus diesem Grund hätte er einige Tage Bedenkzeit herausgeschlagen. Sibilia gab er aber zu verstehen, dass für diese Entscheidung nicht viel Zeit bleiben würde. Bereits Mitte September müssten die Kandidaten der politischen Parteien bekanntgegeben werden. Beiläufig erinnerte er den Nuntius daran, dass der sozialdemokratische Präsidentschaftsanwärter schon feststünde. Die Arbeiterpartei würde mit Karl Renner ihren populärsten Exponenten in den Ring schicken.[973] Indem Seipel die eigene Kandidatur als wirksamste Maßnahme gegen einen Wahlerfolg Renners verkaufte, versuchete er sich die Zustimmung Roms zu sichern. Der Nuntius unterstützte zwar dieses Unternehmen, zeigte sich aber hinsichtlich eines Wahlerfolges Seipels auffällig zurückhaltend.[974]

> „*Pertanto, proseguiva Mgr. Seipel, avrei da farLe una "grande preghiera", di ottenermi cioè dalla Santa Sede l'indulto Apostolico a norma del Can. 139 § 2, senza del quale ne accetterei, ne potrei accettare. Salvo quello superiore dell'Eminenza Vostra Reverendissima, sarei di subordinato parere che converrebbe accordare un tale indulto; circa però l'esito della votazione popolare benché Mgr. Seipel creda che molto probabilmente sarà a Lui favorevole, pure a me non è dato se non farne i voti migliori. Attesa l'urgenza che ha Mgr. Seipel di conoscere la suprema risoluzione della Santa Sede a suo riguardo, oso pregare l'E.V.R. voglia compicersi* [sic!] *di comunicarmela per telegramma in cifra*."[975]

Wie schon bei seiner Wahl zum Bundeskanzler war Seipel darum bemüht seine Kandidatur als notwendige Maßnahme zu deklarieren, worüber der Heilige Stuhl entscheiden sollte. Dieser kam dem Gesuch am 1. September 1931 nach. Um 20 Uhr 30 erreichte die Nuntiatur die positive Antwort aus Rom. In einem chiffrierten Telegramm bestellte man Sibilia: "*Santo Padre si è degnato concedere indulto richiesto Rapporto 13.106/571.*

---

[972] Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 12, o.S., 28. August 1931.
[973] Die Sozialdemokraten hatten schon im Sommer die Nominierung Renners beschlossen. Vgl. *Reichspost*, 10. September 1931, 1.
[974] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 42. N° 571/13106, Nuntiaturbericht, 29. August 1931.
[975] Ebda., fol. 42f. Eigene Übersetzung: „*Deshalb, fuhr Msgr. Seipel fort, hätte ich eine 'große Bitte' an Sie: vom Heiligen Stuhl einen Indult für den Kanon 139 § 2 zu erhalten, ohne welchen ich nicht akzeptieren könnte und wollte. Abgesehen von der vorrangigen Meinung Eurer Eminenz* [Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli]*, wäre ich* [Nuntius Enrico Sibilia] *der nachrangigen Meinung, dass es vorteilhaft wäre, einen solchen Erlass zu gewähren; aber was den Ausgang der Volksabstimmung betrifft, obwohl Msgr. Seipel glaubt, dass sie sehr wahrscheinlich günstig für ihn ausgehen wird, bin ich mir nicht so sicher, ob er die meisten Stimmen bekommt. Bedingt durch die Eile Msgr. Seipels, die Letztentscheidung des Heiligen Stuhls zu erwarten, wage ich Eure hochwürdigste Eminenz zu bitten, sie mir mittels eines chiffrierten Telegramms zu übersenden.*"

Card. Pacelli."[976] Kirchenrechtlich stand damit einer Kandidatur Seipels nichts mehr im Weg.

Die politischen Hürden erwiesen sich jedoch als ungleich höher. Nachdem auch parteiintern der Widerstand – namentlich des Agrarflügels – gegen eine teure Volkswahl in Zeiten der wirtschaftlichen Depression wuchs, trübten sich Seipels Aussichten auf das höchste Amt im Staat. Zwar versuchte er die Parteileitung weiterhin bei der folgenden Klausur von der Sinnhaftigkeit einer Volkswahl zu überzeugen, indem er vor „*Packeleien*" und der Preisgabe der „*Demokratie zugunsten eines übertriebenen Parlamentarismus*" warnte, dennoch musste er sich bei der Abstimmung Wilhem Miklas geschlagen geben.[977] Der Bundesparteirat entschied sich mit dreißig zu zwanzig Stimmen, den amtierenden Bundespräsidenten als Spitzenkandidaten aufzustellen. Zudem gab der christlichsoziale Parteirat nach langem Hin und Her dem öffentlichen Druck nach und rückte am 6. Oktober von der Volkswahl ab.[978]

In der Berichterstattung des Nuntius war von dieser Niederlage Seipels mit keinem Wort die Rede. Als Wilhelm Miklas am 9. Oktober 1931 von der Bundesversammlung im Amt als Bundespräsident bestätigt wurde[979], wollte Sibilia in diesem Wahlausgang sogar einen Triumph des Prälaten erkennen. Diesen Schluss zog er aus einem Artikel der *Arbeiterzeitung* vom 7. Oktober, der die Wahl Miklas angesichts der Alternativen als das kleinere Übel bezeichnete und als Erfolg zu verkaufen versuchte. Nach Meinung des sozialdemokratischen Organs wäre es bei einer Volkswahl zu einer Stichwahl zwischen Miklas und Renner gekommen. In diesem Fall hätten beide Parteien ihre Kandidaten noch einmal wechseln können, was Seipel zum Vorteil gereicht hätte, weil:

---

[976] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 43. N° 22, chiffriertes Telegramm: Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli an Nuntius Enrico Sibilia, 1. September 1931. Eigene Übersetzung: „*Der Heilige Vater gewährt gnädigst den im Bericht 13.106/571 verlangten Indult. Card. Pacelli*".

[977] Zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 323. Für Klemperer ist es „nicht uninteressant, daß Seipels Abstimmungsniederlage maßgeblich von der Landwirtschafts-Interessengruppe von Ober- und Niederösterreich unter Einfluß von Landwirtschaftsminister Engelbert Dollfuß herbeigeführt wurde, der nach Seipel die Führung des politischen Katholizismus in Österreich übernehmen sollte." Ebda., 323.

[978] Vgl. Walter Goldinger, Wilhelm Miklas, in: Friedrich Weissensteiner, Hg., Die österreichischen Bundespräsidenten. Leben und Werk, Wien 1982, 102-104. Ausschlaggebend für diesen Meinungsumschwung waren für Goldinger die katastrophale Wirtschaftslage und die angespannte politische Situation. Die Parteigänger Seipels hielten jedoch bis zum Schluss an der Volkswahl fest. In der *Reichspost*, die in den vorangehenden Wochen entsprechend der Haltung Seipels entschieden für eine Volkswahl eingetreten war – sie rief am 27. September 1931 noch zur Volkswahl auf und gab eine Wahlempfehlung für Miklas –, konnte man erst in der Ausgabe vom 9. Oktober von diesem Schwenk lesen. Vgl. *Reichspost*, 9. Oktober 1931.

[979] Vgl. Goldinger, Wilhelm Miklas, 1982, 104.

> *„… allora i cristiano-sociali, aiutati dalle 'Heimwehren', avrebbero definitivamente votato per la candidatura Seipel, la quale, secondo 'Arbeiter-Zeitung', doveva considerarsi di quasi certa riuscita. Quindi il timore di avere per Presidente Federale Mgr. Seipel doveva indurre i socialisti ad abbandonare l'idea della immediata elezione popolare in cui tanto avevano insistito, a tollerare l'elezione del Dr. Miklas ed a considerarla come un male minore.*"[980]

Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im österreichischen Parlament zeigte sich der Nuntius deshalb sehr zufrieden mit dem Ausgang der Präsidentenwahl. Das Votum galt ihm als Zeichen, dass „[i]*l Signore protegge visibilmente questa cara Nazione.*"[981]

Diese Schlussfolgerung ist beispielhaft dafür, wie wenig Enrico Sibilia mit den internen Machtverhältnissen und –kämpfen der Christlichsozialen Partei vertraut war. Seine Einblicke in die Partei entsprachen demnach vorwiegend der Perspektive Seipels und der ihm nahestehenden *Reichspost*. Nur so ist es zu erklären, dass aus einer Niederlage ein politischer Erfolg konstruiert werden konnte.

[980] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 44f. N° 577/13223, Nuntiaturbericht, 10. Oktober 1931. Eigene Übersetzung: „*…dann hätten die Christlichsozialen, unterstützt von den Heimwehren, bestimmt für eine Kandidatur Seipels gestimmt, welche von der 'Arbeiterzeitung' als ziemlich sicherer Erfolg betrachtet wurde. Die Furcht einen Bundespräsidenten Seipel zu haben, hat schließlich die Sozialisten veranlasst, die Idee der sofortigen Volkswahl aufzugeben, auf welche sie so sehr gedrängt hatten und die Wahl von Dr. Miklas zu tolerieren und sie als das geringere Übel zu betrachten.*" Bei dieser Darstellung handelt es sich allerdings um eine fehlerhafte Wiedergabe des Artikels. Die *Arbeiterzeitung* drängte in keinster Weise auf die Volkswahl. Die Sozialdemokraten begrüßten sogar die Rückverlegung der Bundespräsidentenwahl in die Bundesversammlung. Parteisprecher Ellenbogen erklärte, dass die Sozialdemokraten „seit jeher gegen die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk" gewesen seien, „weil das die Überhöhung einer Einzelperson bedeute." Goldinger, Wilhelm Miklas, 1982, 104. Der Artikel räumte allerdings ein, dass ein sozialdemokratischer Kandidat bei einer Volkswahl größere Chancen hätte, als bei der Wahl durch die Bundesversammlung. Vgl. *Arbeiterzeitung*, 7. Oktober 1931, 1f. Ob der Nuntius diesen Artikel absichtlich falsch wiedergegeben hat, oder ob er bloß einem Verständnisfehler unterlegen ist, muss unbeantwortet bleiben.

[981] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 44. Eigene Übersetzung: „*Der Herr beschützt mit unsichtbarer Hand diese edle Nation*."

3.8. Als Erzbischof von Wien?

> „*Ich glaube aus der langen Nichtbesetzung des erzbischöflichen Stuhles und aus Aeusserungen des Kardinalstaatssekretärs Pacelli und des Hl. Vaters schließen zu können, dass der Papst eigentlich den Prälaten Dr. Seipel zum Erzbischof machen wollte.*“[982]
>
> Jakob Fried

Die Frage, ob man Ignaz Seipel tatsächlich in die engere Auswahl möglicher Nachfolger für den 1932 verstorbenen Gustav Piffl gezogen hat, ist freilich nur eine Randnotiz der österreichischen Geschichte. Im Hinblick auf das zugrundeliegende Forschungsinteresse ist es aber nicht unwesentlich, inwieweit der Heilige Stuhl bei der Nachbesetzung des bedeutendsten Bistums Österreichs einen politisch dermaßen vorbelasteten Kandidaten ernsthaft in Erwägung gezogen hat und welche Kräfte seine Nominierung angetrieben bzw. befürwortet haben.

Die Vermutung, dass der Heilige Stuhl Ignaz Seipel im Jahr 1932 zum Erzbischof von Wien bestellen wollte, machte, wie das einleitende Zitat des langjährigen Direktors des *Katholischen Volksbundes* beweist, bereits unter den Zeitgenossen Seipels die Runde. Seine Überzeugung für diesbezügliche Absichten des Heiligen Stuhls bezog Fried aus seinen persönlichen Eindrücken im Apostolischen Palast. Nach Rücksprache mit dem Vatikanbotschafter Rudolf Kohlruss erhielt er am 19. Juli 1932 eine Audienz beim Kardinalstaatssekretär als auch beim Papst selbst. Er sollte dort über die Fortschritte der *Katholischen Aktion* in Österreich berichten. In der halbstündigen Audienz im Staatssekretariat kam Pacelli auf den kürzlich verstorbenen Erzbischof Piffl zu sprechen. Beinahe im gleichen Atemzug, so erinnerte sich Fried, erkundigte er sich nach dem Befinden des Altbundeskanzlers.

> „*Er sprach dann und fragte über + Kardinal Piffl in sehr anerkennender Weise, fragte über das Befinden des Prälaten Dr. Seipel, dessen Krankheit er doch nicht für so schlecht gehalten hat...*“ [983]

---

[982] Zit. nach Franz Loidl, Hg., Prälat Jakob Fried. Erinnerungen aus meinem Leben (1885-1936), (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 30/2), Wien 1977, 101.

[983] Ebda., 103. Der Tag der Audienz war bezeichnenderweise der 56. (und auch letzte) Geburtstag Seipels. Zufällig existiert von diesem Tag eine Photographie, die Seipel in Anwesenheit einer Schwester und seines behandelnden Arztes zeigt. Schon rein äußerlich lässt sich in dieser Abbildung der schlechte Gesundheitszustand des Prälaten erahnen. Seipel wirkt erschöpft und stark abgemagert. Vgl. Blüml, Ein großes Leben in kleinen Bildern, 1933, 43.

In ähnlicher Manier verlief auch die anschließende Audienz bei Pius XI. Die 25minütige Vorsprache beim Heiligen Vater war für den österreichischen Monsignore ein nachweislich so erhebliches Erlebnis, dass er sofort im Anschluss Gesprächsnotizen anfertigte, um die Erinnerung an diese einmalige Begegnung festzuhalten. Seine Eindrücke hat er in Dialogform zu Papier gebracht. Dass sich auch der Papst nach dem Wohlbefinden Seipels erkundigt hatte, als vom verstorbenen Kardinal Piffl die Rede war, interpretierte Fried als ernsthafte Absichten des Heiligen Stuhls, den ehemaligen Bundeskanzler zum Erzbischof zu ernennen.

„*Papst: „Mit besonderer Freude hören wir ihren Bericht über die soziale Aufklärung, über ihre Kurse und Reden. Auch Kardinal Piffl hat da einen Vortrag gehalten. Wir haben ihn sehr geschätzt. Wir bedauern, dass er, der so viel gearbeitet hat und so treu gewesen ist, von uns gegangen und gestorben ist. Sein Tod hat uns sehr betrübt. Er hätte noch viel arbeiten können. Er hat so treu der Kirche und dem Papste gedient. Wie geht es dem Prälaten Seipel?“*

Ich: „Er ist leider sehr krank, er ist recht schlecht daran.“

Papst: „So wenig gut geht es ihm? er [sic?] hat einen festen und starken Willen, er wird die Krankheit wieder überwinden.“

Ich: „Das wird er nicht mehr können. Ein Wiener Professor für Lungenkrankheiten hat vor mehreren Wochen erklärt, dass die Lunge des Prälaten sicher nicht mehr länger als zwei Monate aushalten wird.“

Papst: „Ach, es ist schade um diesen ausgezeichneten Mann!“[984]

Auch wenn aus diesen Erinnerungen eine eindeutige Absicht von Papst und Kardinalsstaatssekretär, Seipel tatsächlich in die Bischofs- und damit Kardinalswürde zu erheben, nicht nachweisbar ist, geben die Schilderungen Frieds dennoch die große Wertschätzung wieder, die man dem kranken Prälaten bis zuletzt entgegengebracht hatte.

Den Nachweis, dass der Heilige Stuhl Seipel tatsächlich für die Nachfolge Piffls ins Auge gefasst hatte, wollte auch die historische Literatur erbringen. Doch mangels eindeutiger schriftlicher Quellen konnten sich auch die Biographen nur auf Erinnerungen oder sonstige Überlieferungen von Zeitzeugen stützen. So wusste Viktor Reimann beispielsweise von einem Benediktinerpater namens Wilibald Berger, dass man Seipel mit der in Aussicht gestellten Nominierung eine „letzte priesterliche Freude“ bereiten wollte. Diese Absichtserklärung, im Falle einer vollständigen Genesung zum Erzbischof von Wien erhoben zu werden, geschah nach Reimann allein im Wissen, dass Seipel das Krankenlager

[984] Loidl, Prälat Jakob Fried, 30/2, 1977, 107f. Auszug der Erinnerungen Jakob Frieds von der Papstaudienz am 19. Juli 1932.

ohnehin nicht mehr lebend verlassen werde. Reimann ist jedoch davon überzeugt – ohne dafür allerdings Belege zu haben –, dass Seipel zumindest bis zum 15. Juli 1927 der 'logische' Nachfolger Piffls gewesen wäre. Unter den gegebenen Umständen des Jahres 1932, war aber an den Altkanzler nicht mehr zu denken. Deshalb wartete man in Rom den Tod des Prälaten einfach ab.[985]

Auch die beiden Biographen Klemperer und Rennhofer betreiben ähnliche Spekulationen. Anders als Reimann berufen sie sich dazu auf die Aufzeichnungen Knolls.[986] August Maria Knoll wurde Seipel im Juni 1932 „[a]ls eine Art wissenschaftliche Hilfskraft" von Funder und Schmitz empfohlen, um ihm bei der geplanten Neuausgabe von *Nation und Staat* zu unterstützen. Etwas zögerlich entschloss sich Seipel, Knoll als seinen 'Eckermann' zu engagieren. Im Zuge der gemeinsamen Arbeit kam es zu zahlreichen Gesprächen zwischen den beiden.[987] Knoll erkannte die Bedeutung der Situation und machte sich Notizen zu den Gesprächen. Bei einer dieser Unterredungen vertraute der Altkanzler Knoll an, dass ihn der Nuntius gerne auf dem erzbischöflichen Stuhl Wiens gesehen hätte.

> „*Der Wiener Nuntius … hätte ihn allerdings besucht und eine Wallfahrt nach Lourdes angeraten, um bald zu gesunden und Erzbischof von Wien werden zu können. Lächelnd erzählte dies Exzellenz und … sein Einwand: Man könne doch nicht die Mutter Gottes dazu „benützen"*."[988]

Bestätigt wird diese Erinnerung durch Seipel selbst. Beim letzten persönlichen Zusammentreffen mit dem Nuntius vor seinem Tod notierte der Altkanzler in seinem Tagebuch „*Nunzius (Lourdes!)*".[989] Und auch ein Brief des Nuntius lässt keinen Zweifel daran, dass

---

[985] Vgl. Viktor Reimann, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik, Wien, Frankfurt a.M. u. Zürich 1968, 52f. Diese Vermutung stellt Reimann auch an anderer Stelle an. Vgl. Ders., Innitzer. Kardinal zwischen Hitler und Rom, München u. Wien 1967, 28.

[986] Die Aussagekraft der Erinnerungen Knolls ist unter den Seipel-Biographen allerdings umstritten. Uneinigkeit herrscht vor allem über den vermeintlichen Ausruf Seipels am Sterbebett – von Winter erstmals in den historischen Diskurs eingebracht –, wonach es gegen „staatsfeindliche Opposition" nur ein Mittel geben könnte: „*Man muß schießen, schießen, schießen!*" Zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 335. Rennhofer verweist hingegen darauf, dass es sich dabei um völlig unbewiesene Behauptungen handelt, die der von einem „Seipelhass" geleitete Winter gerne aufgegriffen hätte. Außerdem hätte sie Winter gegen den Wunsch Knolls publiziert. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 760, Anm. 31. Klemperer schenkt Knolls Erinnerungen hingegen Glauben. Er ließ sie sich in einem Interview vom 8. April 1958 nochmals von Knoll bestätigen. Vgl. Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, Graz u.a. 1976, 349, Anm. 214.

[987] Das erste Arbeitstreffen zwischen Seipel und Knoll fand am 16. Juni 1932 statt. Insgesamt kam es zwischen den beiden aber nur zu drei Arbeitssitzungen, denn am 4. Juli musste Seipel aufgrund seines schlechter werdenden Gesundheitszustandes ins Sanatorium nach Pernitz überführt werden. Rennhofer merkt deshalb an, dass die Bezeichnung Knolls als Seipel-Sekretär äußerst problematisch sei. Siehe Ders., Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 710.

[988] Zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 334.

[989] DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 13, o.S., 2. Juni 1932.

es dem päpstlichen Repräsentanten ernst war mit diesem Rat. Am 7. Juli versuchte Sibilia den Prälaten erneut für eine Wallfahrt nach Frankreich zu ermutigen:

> „*…benchè il mio più vivo desiderio sarebbe quello di verderLa presto e completamente ristabilita anche per il bene della carissima Austria che avrebbe ancor* [sic!] *gran bisogno della Sua importante e intelligente opera. Ho sempre fisso nella mente che un Suo viaggio a Lourdes sarebbe ancora da tentarsi, massime quando la fredda e impotente scienza medica si dimostra incapace di arrestare il male e molto più a guarirlo*."[990]

Rennhofer begegnet diesem Punkt hingegen mit großer Zurückhaltung. Dies hängt gewiss mit den vorhin angedeuteten Vorbehalten gegenüber den Aufzeichnungen Knolls zusammen. Seine Darstellung erweckt den Anschein, als hätte Seipel die Nachfolge Piffls noch selbst angestrengt.

> „Piffl und Seipel waren verwandte Geister. Sollte Seipels „Konzept" für seine Zukunft und sein damit verbundenes Heraushalten aus der Politik mit der nunmehrigen Vakanz des Wiener Erzbischöflichen Stuhles in Zusammenhang stehen? Es wäre nicht undenkbar."[991]

Bei nüchterner Betrachtung des Gesundheitszustandes Seipels ist eine solche Annahme doch eher unwahrscheinlich. Seipel kehrte am Todestag Piffls, dem 21. April 1932, gerade von einer einmonatigen Mittelmeerreise zurück. Diese hatte er auf Anraten seiner Ärzte hin unternommen, da sich sein Zustand mit Jahresbeginn zusehends verschlechtert hatte. In Wien blieb er allerdings nicht lange. Eine neuerliche Verschlechterung seiner Gesundheit machte einen längeren Kuraufenthalt am Semmering und später in Hütteldorf notwendig. Die erwartete Besserung blieb jedoch aus, weshalb Seipel am 4. Juli in das Sanatorium nach Pernitz überstellt wurde.[992] Kurz zuvor schrieb er noch einen Brief, worin er seinen Zustand schon als aussichtslos eingeschätzt hatte:

> „*Ich* [Ignaz Seipel] *bin seit kurzem aus dem Sanatorium (Semmering) zurück, werde aber wohl bald verschickt werden. Vor kurzem wurde ich nach einem Blutsturz mit den hl. Sterbesakramenten versehen. Ich würde leichter von zuhause weggehen,*

---

[990] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 32. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 7. Juli 1932. Eigene Übersetzung: „*…obwohl es mein größter Wunsch wäre, Sie bald vollständig wiederhergestellt zu sehen, auch für das Wohl des geschätzten Österreichs, welches noch so großen Bedarf an Ihrem wichtigen und intelligenten Werk hätte, war ich immer davon überzeugt, dass eine Reise nach Lourdes in Betracht gezogen werden sollte, schon alleine deswegen, weil sich die kalte und machtlose medizinische Wissenschaft unfähig zeigt, das Übel aufzuhalten und Sie zu heilen*." Dieser Brief ist die Antwort auf ein Schreiben Seipels vom 2. Juli. Dabei handelt es sich um den letzten nachweisbaren schriftlichen Kontakt mit dem Nuntius. Von dem Schreiben Seipels fehlt leider jede Spur. Der einzige Hinweis darauf entstammt dem Tagebuch. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 13, o.S., 2. Juli 1932.
[991] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 710.
[992] Vgl. ebda., 708f.

wenn ich nicht denken müsste, das [sic!] *es zum Sterben geht. Das täte ich lieber zuhause als in einem Sanatorium*."[993]

Soweit zum aktuellen Stand der Forschung. Zieht man nun die leider nicht vollständig einsehbaren Quellen in Rom heran, bestätigt sich, dass Seipel nicht ernsthaft für die Nachfolge in Frage kam, auch wenn in seinem Umfeld tatsächlich solche Absichten gehegt wurden.

In der Kurie begannen nach dem Tod des Wiener Oberhirten die Mühlen der vatikanischen Bürokratie am 27. April 1932 zu mahlen. An diesem Tag erging an den Apostolischen Nuntius in Wien der Auftrag, eine Liste aller geeigneter Kandidaten zu erstellen.[994] Im Bericht 618 (Betreff: *Circa la Sede vacante di Vienna*) vom 11. Mai kam der päpstliche Vertreter dieser Aufforderung des Staatssekretärs nach. Besondere Erwähnung fand darin, dass sowohl der Bundespräsident als auch der kürzlich demissionierte Bundeskanzler Buresch dem Heiligen Vater „*la piennissima libertà*" (vollste Freiheit) bei der Nominierung des neuen Wiener Erzbischofs zugestehen wollten. Ungeachtet dieser Zusage ließ der Kanzler den Nuntius wissen, dass er persönlich gerne Ignaz Seipel auf dem erzbischöflichen Stuhl sehen würde. Buresch war sich aber bewusst, dass Seipels Gesundheitszustand „*un grave ostacolo*" (ein großes Hindernis) darstellen würde.[995] Dieser kurzen Einleitung folgte eine Vorstellung aller möglichen Kandidaten. Die Liste wurde angeführt von den amtierenden Diözesanbischöfen, die der Nuntius allesamt für sehr geeignet hielt. Das bischöfliche Spitzenfeld schloss mit Franz Kamprath, dem einzigen angeführten Weihbischof. Danach folgen die Anwärter der niedrigeren Weihen. Hier nannte der Nuntius Ignaz Seipel an erster Stelle. Auf der Liste des Nuntius befanden sich aber noch weitere hochkarätige Namen. In nachstehender Reihenfolge nannte der Nuntius Theodor Innitzer („*un altro ecclesiastico degno di essere annoverato fra i migliori*"), Wenzel Grosam, Josef Weingartner, Erzabt Jakob Reimer von St. Peter und Abt Theodor Springer von Seitenstetten. Es ist aber bezeichnend, dass Sibilia jenem Priester, der dem Vatikan bereits ohnehin hinlänglich bekannt war, von allen Kandidaten die längste Beschreibung widmete.[996]

[993] Zit. nach ebda., 710f. Ignaz Seipel an Regierungsrat Zimmermann, 28. Juni 1932.
[994] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 38. N° 1092/32, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 27. April 1932.
[995] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 39. N° 618/13792, Nuntiaturbericht, 11. Mai 1932.
[996] Ebda., fol. 40vf.

„Mgr. Ignazio Seipel, nato nel 1876, sarebbe certamente un uomo eminente: Ma lo stato della sua salute è divenuto tale in questi ultimi tempi, da potersi ritenere con quasi certezza che egli non potrà accettare. Ciò non ostante, nell'eventuale ipotesi che il Santo Padre pensi a lui, sarebbe forse bene interpellarlo prima riservatamente. Oltre della diebete, è affetto da tubercolosi che recentemente si è estesa anche all'altro polmone. Venne a visitarmi il 10 marzo u.s. onde avere la facoltà di celebrare la Santa Messe in mare, poiché i medici gli avevano consigliato di fare un giro sul Mediterraneo. Mi apparve molto dimagrito, ma con tutta l'energia del suo spirito; e mi manifesto la presa determinazione di lasciare del tutto la politica, perché la sua malattia non gli permetteva di portarne più a lungo il grave peso. Dalla crociera fatta sul Mediterraneo non ha ritratto un gran vantaggio e piuttosto ha peggiorato. Ora trovasi nella Casa di cura sul Semmering. I medici credono che se si sottoponesse ad un rigoroso regime, portrebbe forse prolungarsi la sua vita."[997]

Man kann diesem Text entnehmen, dass nicht nur Bundeskanzler Buresch Seipel auf dem Wiener Bischofsstuhl sehen wollte, sondern dass sich auch der Nuntius seine Wahl gewünscht hatte. Die ausführliche Beschreibung seines Gesundheitszustandes, die in keinster Weise versuchte, etwas zu beschönigen, zeigt aber zugleich wie aussichtslos man seine Nominierung einschätzte. Das Eintreten für den angeschlagenen Seipel war demnach nicht ein Kunstgriff, um den Priester endgültig aus der Politik abzuziehen, sondern die ernstgemeinte Würdigung seines Lebenswerkes. Hatte es 1931 schon nicht für das Bundespräsidentenamt gereicht, wollte man den ausgedienten Parteivorsitzenden zumindest als krönenden Abschluss seiner außerordentlichen Laufbahn als 'obersten Hirten' der Nation sehen.

Dass man in Rom nicht ernsthaft an eine Besetzung des Wiener Bistums mit dem ehemaligen Spitzenpolitiker der Christlichsozialen dachte, kristallisierte sich im weiteren Schriftverkehr schnell heraus. Aus einem Promemoria des Staatssekretariats vom 18. Mai 1932 geht hervor, dass man für Wien einen erfahrenen Kandidaten suchte und deshalb zunächst aus den Reihen der Diözesanbischöfe nachbesetzen wollte. Über die Herkunft der Notiz ist nur wenig bekannt, wodurch als einziger Anhaltspunkt die Unterschrift Maurilio Silvanis aus dem Sekretariat der *affari ecclesiastici* bleibt, der allem Anschein nach,

[997] Ebda., fol. 40f. Eigene Übersetzung: *„Mgr. Ignaz Seipel, geboren 1876, würde sicherlich ein herausragender Mann sein: aber sein Gesundheitszustand ist in der letzten Zeit so schlecht geworden, dass man mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen kann, dass er nicht akzeptieren wird. Sollte der Heilige Vater dennoch an ihn denken, wäre es gut, vorher vorsichtig bei ihm anzufragen. Neben der Diabetes leidet er an Tuberkulose, welche sich vor kurzem auch auf den anderen Lungenflügel ausgedehnt hat. Am 10. März kam er zu mir und erzählte mir von der Möglichkeit, die Heilige Messe am Meer zelebrieren zu können, weil ihm die Ärzte geraten haben, eine Mittelmeerreise zu machen. Er erschien mir sehr abgemagert, aber im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Und er teilte mir von der getroffenen Entscheidung mit, die Politik gänzlich zu lassen, weil ihm seine Krankheit nicht länger erlaubte, die schwere Last zu tragen. Nach der Kreuzfahrt hat sich jedoch keine große Besserung, sondern eher eine Verschlechterung eingestellt. Jetzt befindet er sich auf Kur am Semmering. Die Ärzte glauben, wenn man ihn einer strengen Diät unterziehen würde, könnte sich sein Leben vielleicht verlängern*."

der Sachbearbeiter im Auswahlverfahren war. Silvani fasste in diesem Bericht zusammen, welche Kandidaten sich in der engeren Auswahl befanden und wer für sie votierte.[998] Der Heilige Stuhl verließ sich demnach nicht ausschließlich auf das Urteil des Nuntius, sondern trat an verschiedene kirchliche Funktionäre heran. Einer davon war Kardinalvikar Marchetti-Selvaggiani. Diesen hielt man als ehemaligen Wiener Nuntius für einen profunden Kenner der österreichischen Verhältnisse.[999] Marchetti-Selvaggiani hielt die Bischöfe Hefter und Gföllner für die geeignetsten Kandidaten aus dem Episkopat. Von den von Sibilia vorgeschlagenen Äbten riet er abzusehen, da sie bei der Neugestaltung der Benediktinerkongregation dringender benötigt würden. Ebenso lehnte er die Bischöfe Waitz, Pawlikowski und Kamprath ab. Er brachte dafür Alois Hudal ins Spiel (zumindest für jene Diözese die vakant würde, sollte man Wien mit einem der Bischöfe nachbesetzen) und machte auf einen bisher noch unberücksichtigten Aspekt aufmerksam. Der Kardinalvikar schlug vor, sich auch einige der ausgezeichneten Wiener Pfarrer anzusehen, deren praktische Erfahrung gerade für die anstehende Pfarr- und Seelsorgereform von Nutzen sein könnte. Über die Eignung der einzelnen Priester müsste natürlich noch der Nuntius befragt werden. Er selbst wollte in der Zwischenzeit den Jesuitenprovinzial um weitere Auskünfte bitten.[1000] Bereits einen Tag später wusste Mgr. Silvani dem Staatssekretär von einem Meinungsumschwung Marchetti-Selvaggianis zu berichten. Der ehemalige Nuntius war nun zu dem Entschluss gekommen, dass der ideale Kandidat für Wien der Linzer Bischof Gföllner sei: „*sia per il suo spritio veramento romano, sia per lo conoscenza che egli ha dell'archidiocesi di Vienna, attesa la vicinanza di Linz alla capitale*".Er räumte zwar ein, dass sich Gföllner mit seinen 65 Jahren schon in einem fortgeschrittenen Alter befände, doch noch zu allerlei im Stande wäre („*è ancora in grado di poter far molto*"). Den Gurker Bischof hielt er zwar weiterhin für geeignet, doch würde dieser in seiner Diözese dringender benötigt.[1001]

[998] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 44. Promemoria Maurilio Silvani, 18. Mai 1932. Von diesem Promemoria wird später noch die Rede sein.
[999] Vgl. ebda., fol. 44. Notiz, 17. Mai 1932. Diese Aktennotiz (teils handschriftlich, teils maschinell) nimmt direkt auf den Nuntiaturbericht N° 618/13792 Bezug. Die Meinung des ehemaligen Wiener Nuntius dürfte von Maurilio Silvani eingeholt worden sein. Zumindest findet sich die Unterschrift „*M. Silvani*" unter einer zweiten Notiz, die einen Tag später (18. Mai 1932) auf demselben Folio verfasst wurde. Darin wird Marchettis Meinung über die Bischöfe Hefter und Gföllner festgehalten.
[1000] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 44f. Notiz von „ *Sac. M. Silvani*", 18. Mai 1932.
[1001] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 45. Notiz von „*Sac. M. Silvani*", 19. Mai 1932.

Marchetti-Selvaggiani legte seinen Ausführungen auch den Brief des Domkapitulars Spens-Booden bei. Dieser enthielt jedoch nur wenige Kandidatenvorschläge aus den unteren Chargen (genannt werden nur die Prälaten Ernst Seydl und Max Brenner), dafür jede Menge Anschuldigungen gegen Jakob Fried. Spens-Booden war offenbar von der Angst getrieben, dass Fried als Nachfolger nominiert werden könnte, und erging sich in der Folge in einer Reihe von Untergriffen gegen das Umfeld des alten Erzbischofs, wozu er auch den Volksbunddirektor zählte. Er hielt Fried vor, aus dem *Katholischen Volksbund* eine Filiale der Christlichsozialen Partei gemacht zu haben, indem er die Direktion des Volksbundes seit Jahren beinahe ausschließlich mit Politikern besetzt hätte. Selbst vor dem Komitee des Katholikentages hätte seine Postenschacherei nicht halt gemacht. Als jüngstes Beispiel nannte er die Bestellung des christlichsozialen Abgeordneten Leopold Kunschak (1871-1953) zum Präsidenten des Katholikentages („*congresso cattolico*"). Diese starke Verquickung mit der Christlichsozialen Partei würde nach Ansicht des Domkapitulars der Kirche sehr zum Schaden gereichen.[1002]

> „*Quindi noncè da meravigliarsi, che la chiesa cattolica da noi viene sempre identificata col partito christ.-soc. (che non è cattolico davero e che cagiona a Msgre. Seipel molte eccitazioni, come mi disse il suo medico) In questo riguardo, cioè che il kath. Volksbund viene considerato come una succursale del partito christ.-soc., e che la chiesa cattolica da noi in questa conseguenza dovette espiare tutti i sbagli e peccati del partito christ.-soc*."[1003]

Die Kritik an Fried war zudem von persönlichen und antisemitischen Ressentiments begleitet. So wurde dem Volksbunddirektor in dem Schreiben vorgehalten, jüdische Wurzeln zu haben. Schon der Name wäre „*un nome esclusivamente ebreo*" (ein ausschließlich jüdischer Name) und „[d]*i questa origine si spiega anche il carattere diciamo poco sympatico del detto Monsignore*" (aus dessem Ursprung sich der wenig sympathische Charakter des Monsignore erkläre).[1004] Interessant an dieser fundamentalen Kritik an den Verstrickungen zwischen Partei und Kirche ist aber, dass der Altkanzler gänzlich davon ausgenommen blieb. Immerhin pflegte Seipel nicht nur gute Kontakte zu Kardinal Piffl, sondern verfolgte auch politisch weitgehend dieselben Ziele wie Jakob Fried.

[1002] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 52-53. Italienische Übersetzung des Schreibens Spens-Boodens (an Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani?), o.D., Abschrift.
[1003] Ebda., fol. 53. Eigene Übersetzung: „*Es verwundert daher nicht, dass die katholische Kirche bei uns immer mit der christ.soz. Partei gleichgesetzt wird (welche nicht wirklich katholisch ist, was Msgr. Seipel sehr aufregt, wie mir sein Arzt sagte). Aus diesem Grund, da der kath. Volksbund als Filiale der christ.soz. Partei betrachtet wird, muss die katholische Kirche bei uns folglich für alle Fehler und Sünden der christ.soz. Partei büßen*."
[1004] Ebda., fol. 53.

Das Schreiben des Domherrn wurde von Silvani in Rom nicht weiter behandelt. Anders verhielt es sich jedoch mit dem Hinweis des Kardinalvikars, noch weitere Auskünfte aus Österreich einzuholen. Bevor Silvani diesem Ratschlag nachging, fühlte er sich zuvor veranlasst, dem Staatssekretariat Anfang Juni einen weiteren Zwischenstand zu präsentieren.[1005] Anstatt mehr Klarheit zu gewinnen, wurde die Sache aber noch komplizierter. Zu diesem Zeitpunkt begann sich Hefter bereits als Favorit abzuzeichnen: Der Nuntius und der ebenfalls in dieser Angelegenheit kontaktierte Jesuitengeneral (Wladimir Ledóchowski) traten für Adam Hefter aus Klagenfurt ein. Gföllner blieb hingegen weiterhin im Rennen, weil der Kardinalvikar Marchetti-Selvaggiani für ihn stimmte. Vom Generaloberen der Jesuiten wurde der Linzer jedoch nur als zweite Wahl gehandelt („*è ritenuto dai menzionati superiori della C.d.G.* [Gesellschaft Jesu] *come secondo candidato*.“).[1006] Bedenken gegen Gföllner kamen auch vom Nuntius, der bereits in seinem ersten Vorschlag anmerkte, dass sich der Linzer Ordinarius aufgrund seines rigorosen Führungsstils beim Volk und Klerus nicht allzu großer Beliebtheit erfreuen würde.[1007] Abgesehen von den Bischöfen fanden sich in Silvanis Promemoria auch noch Alois Hudal und Wenzel Grosam. Der von Nuntius Sibilia vorgeschlagene Innitzer war nach dieser Einschätzung kein potentieller Anwärter.[1008] Zweifelsohne standen zu diesem Zeitpunkt aber die beiden Bischöfe in der engeren Auswahl der Kirchenleitung. Als man nämlich den Wiener Nuntius am 5. Juni mit weiteren Sondierungen betraute – er sollte den Jesuitenprovinzial Pater Alois Ersin nach seiner Meinung über die vorgeschlagenen Kandidaten befragen –, machte man ihn darauf aufmerksam, dass das Hauptaugenmerk auf den beiden Oberhirten von Gurk und Linz liegen sollte („*sui quali l'Augusto Pontefice ha in modo speciale fissato la Sua attenzione*“).[1009]

[1005] Das Dokument ist zwar undatiert, muss aber nach dem 1. Juni verfasst worden sein, da es sich auf den Nuntiaturbericht N° 624/13856 vom 1. Juni bezieht.
[1006] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 43. Handschriftliche Notiz: „*Candidati per Vienna*“, o.D.
[1007] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 39vf. N° 618/13792, Nuntiaturbericht, 11. Mai 1932.
[1008] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 43. Handschriftliche Notiz: „*Candidati per Vienna*“, o.D. Hudal wurde auf Wunsch des oben genannten Kardinalvikars potentieller Anwärter. Grosam verdankte seine Nennung wiederum der Empfehlung durch den Nuntius Pater Ersin.
[1009] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 48. N° 1334/32, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 5. Juni 1932, Entwurf.

Dies ist insofern überraschend, als Adam Hefter aufgrund gesundheitlicher Probleme Mitte Mai seinen Rücktritt in Rom eingereicht hatte.[1010] Alois Hudal, der stellvertretend und mit „*schwerem Herzen*" das bischöfliche Ansuchen im Staatssekretariat deponierte, glaubte, „*es würde angenommen, doch soll vorher der Wiener Nuntius gehört werden.*"[1011] Enrico Sibilia hatte aber offenbar andere Absichten mit Hefter. Um den Gurker Ordinarius weiterhin im Rennen zu behalten, empfahl der Nuntius seinen Vorgesetzten, das Rücktrittsgesuch nicht weiter zu berücksichtigen, da er andere Gründe hinter der Resignation vermutete:

> „*La vera ragione della sua rinunzia* [sic!] *sta nelle molte difficoltà di trovare una forte somma di denaro (circa un milione di lire) per condurre a termine il nuovo edificio del suo Seminario maggiore. Crederei subordinatamente che la fatta rinunzia non venga presa in considerazione*." [1012]

Als erste Wahl wurde Hefter auch in den anderen Gutachten gehandelt. Für das Staatssekretariat bestätigte sich dieser Eindruck spätestens, nachdem Silvani dem Hinweis Marchetti-Selvaggianis folgend Kontakt mit einem gewissen Pater Joseph Grendel aufgenommen hatte.[1013] Grendel war Ordensangehöriger der *Gesellschaft des Göttlichen Wortes* und nach Meinung von Sibilias Vorgänger ein guter Kenner des heimischen Klerus. Für das Wiener Erzbistum wünschte er sich einen volksnahen Bischof. Aus diesem Grund trat er für Adam Hefter ein, den er schon aus seiner Zeit als Lehrer in Mödling kannte. Gföllner sprach er hingegen aufgrund seines aristokratischen Habitus die nötige Volksnähe ab („*pure essendo ottimo, non sia il più idoneo, perché un po' aristocratico*"). Im Gegensatz zum Nuntius gab Grendel die gesundheitlichen Beschwerden Hefters zu bedenken.[1014] Auch der in der Zwischenzeit vom Nuntius zu Rate gezogene Ersin zog Hefter dem strengen Gföllner vor. Nachdem dieser aber ablehnte, griff er auf die niederen Ränge zurück. Hier hielt der Jesuit Wenzel Grosam, den Regens des Linzer Priesterseminares,

---

[1010] Der Rücktritt Hefters wurde nach mehrmaliger Antragstellung erst unter Pius XII. im Jahr 1939 angenommen. Adam Hefter starb im Jahr 1970 im Alter von 99 Jahren! Zur Resignation Hefters siehe ADG, Bischofsakten Hefter, Karton 1920, Fasz. „Resignation".

[1011] ADG, Bischofsakten Hefter, Karton 1920, Fasz. „Resignation". Alois Hudal an Bischof Adam Hefter, 23. Februar 1933.

[1012] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 55v. N° 624/13856, Nuntiaturbericht, 1. Juni 1932, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Der wahre Grund für seinen Verzicht liegt in der Schwierigkeit eine große Summe Geld (ungefähr eine Million Lire) aufzutreiben, um sein großes Seminar fertigzustellen. Ergebenst glaube ich sagen zu können, dass der gemachte Verzicht nicht in Betracht gezogen werden muss.*"

[1013] Marchetti hatte Silvani, der offenbar für die Bischofskongregation tätig war und zugleich das Staatssekretariat über seine Recherchen am Laufenden hielt, für seine weitere Personalsuche die Namen Grendel, Testa und Ersin genannt. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 45f. Notiz, 19. Mai 1932.

[1014] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 46. N° 1334/32, Notiz von „*Sac. M. Silvani*", 6. Juni 1932.

für die beste Wahl.[1015] Über Seipel, der im Zusammenhang mit der Wiener Bischofsbestellung hier das letzte Mal in Erscheinung trat, verlor der Bericht nur wenige Worte. Der Jesuitenobere würdigte die politischen Leistungen des Priesterpolitikers, lehnt ihn aber aus zweierlei Gründen ab. Neben der angeschlagenen Gesundheit führt er auch die große Unbeliebtheit bei großen Teilen der Bevölkerung als Hindernis an: „*Mons. Dr. Ignatius Seipel, vir excellens, sed graviter decumbens et per ea, quae in policis rebus eximie quidem gessit, multis tamen exosus.*“[1016]

Wie sehr die Expertise des Jesuiten zur Richtschnur für die Entscheidung des Papstes geworden war, zeigte sich Anfang Juli. Entsprechend seines Dafürhaltens sollte Wenzel Grosam – „*Grosam omni ex parte eximius*“, hieß es in seiner Expertise[1017] – zum neuen Wiener Erzbischof nominiert werden.[1018] Bevor allerdings die nötigen Schritte eingeleitet würden, wollte man noch die Meinung des zuständigen Diözesanbischofs abwarten. In einem Schreiben vom 1. Juli 1932 wurde Bischof Johannes M. Gföllner „[s]*ub Secreto S. Officii*“ in die Absichten des Heiligen Stuhls eingeweiht.

> „*Il Santo Padre si propone di elevare alla Sede arcivescovile di Vienna l'Illmo e Revmo Mons. Venceslac Grosam, rettore di cotesto Seminario maggiore diocesano, su cui ha avuto ottiene referenze. Pirma per altro di procedere alla nomina definitiva Sua Santita desidera conoscere il pensiero dell' E.V.Rma.* “[1019]

Von Seite des Bischofs gab es keine Einwände gegen den Regens.[1020] Unmittelbar nachdem das mit 6. Juli datierte Schreiben aus Linz in Rom eingelangt war, fiel die Entschei-

---

[1015] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 62. Notiz, o.D.

[1016] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 63. Notiz, o.D. Eigene Übersetzung: „*Msgr. Dr. Ignaz Seipel, ein exzellenter Mann, aber schwer krank, der für seine ausgezeichneten politischen Leistungen von vielen gehasst wird*.“

[1017] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32, fol. 62. Notiz, o.D. Eigene Übersetzung: „*Grosam in jeder Hinsicht hervorragend*“

[1018] Sowohl in den zeitgenössischen Überlegungen als auch in der historischen Literatur wurde Msgr. Grosam als ernst zu nehmender Kandidat hingegen kaum wahrgenommen. Vgl. Viktor Reimann, Innitzer. Kardinal zwischen Hitler und Rom, Wien u. München 1967, 29; Maximilian Liebmann, Kardinal Theodor Innitzer. Von der Politik geprägt und prägend für die Kirche (1875-1955), in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs. Bd. 6, Wien 2002, 231-246.

[1019] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 3. N° 1860/32, Staatssekretariat an Johannes M. Gföllner, 1. Juli 1932, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Der Heilige Vater hat vor, Msgr. Wenzel Grosam, den Rektor des großen Diözesanseminars, auf den erzbischöflichen Stuhl Wiens zu erheben. Bevor man aber zur endgültigen Nominierung schreitet, wünscht Seine Heiligkeit die Meinung Eurer hochwürdigsten Exzellenz zu erfahren*.“ Neben der persönlichen Meinung des Bischofs, wurde auch das Urteil des Heiligen Offiziums über den Kandidaten eingeholt. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 4. N° 1860/32, Staatssekretariat an das Hl. Offizium, Abschrift. Bereits am 2. Juli erging die Antwort der *Suprema Sacra Congregazione* (Hl. Offizium). Gegen den Kandidaten lagen keine Einwände der obersten Glaubensbehörde vor. Vgl. ebda., fol. 5. N° 1860/32, Hl. Offizium an Giuseppe Pizzardo, 2. Juli 1932.

[1020] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 6. Johannes M. Gföllner an das Staatssekretariat, 6. Juli 1932.

dung. Mittels Telegramm wurde der Apostolische Nuntius von der Wahl des Papstes informiert.

> „*Santo Padre ha scelto per arcivescovo di Vienna Mons. Venceslao Grosam, rettore Seminario maggiore di Linz. Prego V.E.R. chiedere sub secreto Sancti Offici consenso del candidato e significarmelo telegraficamente. Card. Pacelli*“[1021]

Umgehend ging Sibilia dieser Verpflichtungen nach und nahm Kontakt mit Grosam auf. Dieser zeigte sich aber von seiner Wahl alles andere als begeistert. In einer Eildepeche musste der päpstliche Diplomat seinen Vorgesetzten mitteilen, dass der Regens „*non intende affatto accettare*.“[1022] Im dazugehörigen Nuntiaturbericht wurde dieser Verzicht etwas entschärft: „*L'unico mezzo perché egli accetti l'altissima dignità offertagli, se al Santo Padre così piacesse, sarebbe di obbligarlo ad accetare in virtù di santa obbedienza*.“[1023] Nur wenige Tage später erhielt der Apostolische Nunitus neue Direktiven aus Rom. Der Heilige Stuhl ersuchte den Vertreter in Wien, Grosam „*con ogni delicatezza*“ (mit allem Taktgefühl) zu bestellen, „*che si tratta non di accettare ma di obbedire et che se ha difficoltà positive et concrete può esporle a Sua Santità.*“[1024] Der leicht erhöhte Druck verfehlte seine Wirkung nicht. Grosam erbat sich einige Tage Bedenkzeit und zog sich in die Berge zurück. Am 19. Juli erschien er schließlich in der Nuntiatur, um dem vatikanischen Vertreter eine schriftliche Antwort für den Papst zu übergeben. Die kurze Zeit der Gewissenserforschung konnte den Priester nicht umstimmen. Offen sprach er mit dem Nuntius über sein inneres Dilemma: „*sebbene sia disposto ad obbedire, pure egli desidera rifiutarla, se ciò può farlo senza peccato*.“[1025]

[1021] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 10. N° 28, Telegramm: Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli an Nuntius Enrico Sibilia, 9. Juli 1932, Abschrift. „*Der Heilige Vater hat als Erzbischof von Wien Msgr. Wenzel Grosam, Rektor des großen Seminars in Linz, gewählt. Ich bitte Euer Hochwürden sub secreto Sancti Offici die Einwilligung des Kandidaten einzuholen und mir telegraphisch anzuzeigen. Kard. Pacelli*“.

[1022] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 13. N° 71, Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli, 12. Juli 1932. Eigene Übersetzung: „*überhaupt nicht akzeptieren möchte*“.

[1023] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 11. N° 634/13986, Nuntiaturbericht, 11. Juli 1932. Eigene Übersetzung: „*Er würde diese ihm angebotene allerhöchste Würde nur unter der Voraussetzung annehmen, wenn es dem Heiligen Vater so gefallen würde, ihn im Heiligen Gehorsam zu zwingen, zu aktzeptieren.*“ Dem Nuntiaturbericht war zudem eine lateinische Stellungnahme Grosams beigelegt. Siehe ebda., fol. 12.

[1024] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 14. N° 29, Telegramm: Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli an Nuntius Enrico Sibilia, 16. Juli 1932, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*dass es sich dabei nicht um akzeptieren, sondern um gehorchen handle, und dass er im Falle von konstruktiven und konkreten Schwierigkeiten, diese Seiner Heiligkeit erklären kann*.“

[1025] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 15. N° 635/14092, Nuntiaturbericht, 20. Juli 1932. Eigene Übersetzung: „*obwohl er bereit sei zu gehorchen, wünschte er dennoch darauf zu verzichten, wenn er das ohne zu sündigen machen könnte*.“

Die von Grosam in seinem an den Papst adressierten Brief genannten Gründe reichten aber nicht aus, um das Kirchenoberhaupt umzustimmen.[1026] In der Hoffnung, dass der verantwortliche Diözesanbischof einen Gesinnungswandel bei dem widerspenstigen Regens erwirken könnte, ersuchte die römische Kirchenleitung um eine Vermittlung Gföllners. Gleich im Betreff wurde der Bischof darauf aufmerksam gemacht, in dieser Angelegenheit „*sub secreto S. Officii*" größtes Stillschweigen zu bewahren. Dem Ordinarius wurde darin anvertraut, dass sein Seminarleiter schon zweimal abgelehnt hätte. Dennoch glaubte der Papst, dass sich Grosam noch nicht endgültig entschieden hätte. Aus diesem Grund wollte man ihm noch eine letzte Chance geben, allerdings hätte der Papst mit Theodor Innitzer bereits einen zweiten Kandidaten ins Auge gefasst. Diese Ankündigung sollte den Druck auf Grosam weiter erhöhen.[1027] Doch auch dieser Versuch des Kardinalsstaatssekretariats blieb ohne Erfolg. Am 2. September musste Gföllner vom Scheitern seiner Mission berichten. Wieder lehnte Grosam die Bischöfswürde ab.[1028] Der Heilige Stuhl hatte sich einstweilen schon nach anderen Optionen umgesehen. Bereits am 23. Juli machte das Staatssekretariat den Nuntius darauf aufmerksam, dass ein weiteres Drängen bei Grosam aussichtslos wäre. Aus diesem Grund sah man es an der Zeit, weitere Informationen über alternative Kandidaten einzuholen. Pius XI. hatte dabei an Theodor Innitzer gedacht, der vom Nuntius ebenfalls sehr gut beurteilt wurde.[1029] Unglücklicherweise wurden aber vom Jesuitenprovinzial Bedenken hinsichtlich Innitzers Charakterfestigkeit ausgesprochen.[1030] Im Nuntiaturbericht vom 2. August bekräftigte Sibilia seine erste positive Einschätzung über den Rektor der Universität Wien. Den Vorwurf der mangelnden Entschlossenheit konnte der päpstliche Diplomat nicht nachvollziehen.

[1026] In seiner Stellungnahme ging Grosam auf die Gründe ein, die ihn daran hinderten, das vakante Bischofsamt zu übernehmen. Er nannte drei Hauptgründe, weshalb er die Nominierung ablehnen müsste: 1) Aufgrund seiner böhmischen Herkunft und seines Namens hielt er den Zeitpunkt, wo das Verhältnis Österreichs zur Tschechoslowakei ohnehin nicht gerade gut war, für ungünstig. 2) Er gab an, die Wiener Verhältnisse zu wenig zu kennen. 3) Er fühlte sich unwürdig und dem Amt nicht gewachsen. Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 16. Wenzel Grosam an Pius XI., 20. Juli 1932.

[1027] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 18. Staatssekretariat an Johannes M. Gföllner, 24. August 1932.

[1028] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33, fol. 20. Johannes M. Gföllner an Nuntius Enrico Sibilia, 2. September 1932. Der in Deutsch verfasste Brief enthielt eine weitere ablehnende Antwort Grosams.

[1029] Liebmann deutet an, dass die Bestellung Innitzers auch auf allgemeinen Wunsch der österreichischen Bundesregierung erfolgt sei. Für eine solche Annahme gibt es in den vatikanischen Quellen jedoch keine Anzeichen. Vgl. Liebmann, Kardinal Theodor Innitzer, 2002, 233.

[1030] Der Jesuitenobere fürchtete, dass Innitzer der Aufgabe möglicherweise nicht gewachsen sei, weil er „*sit nimis debilis, in urgendis iis, quae necessaria sunt*". Das Staatssekretariat ließ diese Vorwürfe umgehend durch den Nuntius prüfen. ASV/AdNdV, Karton 874, fol. 413. N° 2152/32, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 27. Juli 1932.

„Basterà notare la fermezza di carattere dimostrata dall'Innitzer in più occasioni e particolarmente quando fu Rettore Magnifico di questa Universitá dove trovansi parecchi Professori ebrei e protestanti, che seppe con molto tatto ed energia metterli ... e quando fu Ministro della Providenza Sociale diportandosi nobilmente contro i socialisti in pubblica Camera nelle varie volte che questi intaccavano gli interessi della Chiesa. Credo che il suo carattere affabile, dolce, aperto, franco e condiscente in ciò che è possibile, abbia potuto far sorgere quel timore di debolezza, che i fatti pero dimostrando infondato."[1031]

Der weitere Verlauf der Geschichte ist hinlänglich bekannt und bedarf an dieser Stelle keiner zusätzlichen Ausführungen: Theodor Innitzer wurde am 19. September 1932 zum Erzbischof von Wien ernannt. Im Hinblick auf die Frage, ob es tatsächlich ernsthafte Absichten gegeben hat, Ignaz Seipel mit der Nachfolge Piffls zu betrauen, kann aber festgehalten werden, dass sich solche für die römische Kurie nicht nachweisen lassen. Auch konnten keine Hinweise dafür gefunden werden, dass man ihm den erzbischöflichen Stuhl in Aussicht gestellt hatte, wie es ihm nachweisbar vom Nuntius suggeriert wurde. Die treibende Kraft, die Seipel als potentiellen Kandidaten ins Rennen um die Nachfolge bringen wollte, war demnach alleine der päpstliche Repräsentant in Wien. Er selbst setzte den bereits Schwerkranken auf die Kandidatenliste, wohl im Wissen, dass Seipel den Ausgang des Auswahlverfahrens gar nicht mehr miterleben würde. Anders ist es nicht zu erklären, warum er dem Altkanzler sonst diese Zusage hätte machen sollen. Sie entsprang womöglich dem tiefen Wunsch Sibilias, seinem langjährigen Gesinnungsgenossen eine letzte „priesterliche Freude" zu bereiten.

Mehr Klarheit schufen die römischen Dokumente hingegen in der Frage, weshalb die Wahl erst so spät auf Theodor Innitzer gefallen ist. Nicht etwa weil man den Tod des Altkanzlers abwarten wollte, sondern weil gleich zwei Kandidaten die Bischofsernennung abgelehnt hatten. Besonders für Wenzel Grosam hatte man eine Engelsgeduld aufgebracht, was die gesamte Angelegenheit erheblich prolongiert hatte. Nebenbei gibt dieses ausführlich dargelegte Quellenbeispiel auch einen guten Einblick in den römischen Entscheidungsfindungsprozess. Bis eine ausgereifte Kandidatenliste den Papst erreichte, durchlief sie ein Auswahlverfahren, welches als das Ergebnis eines langwierigen Abwä-

[1031] ASV/AdNdV, Karton 874, fol. 414f. N° 639/14139, Nuntiaturbericht, 2. August 1932, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*Es wird reichen, dass Innitzer seine Charakterstärke schon in vielen Gelegenheiten und besonders als Rektor der Universität unter Beweis stellen konnte, wo sich einige jüdische und protestantische Professoren befinden, und dass er es verstand, sie mit viel Feingefühl und Energie einzusetzen ... und als er Sozialminister war, verhielt er sich nobel gegen die Sozialisten in öffentlichen Ausschüssen, als sie verschiedene Male versuchten, die Interessen der Kirche anzugreifen. Ich glaube, dass sein vertrauensvoller, süßer, offener, ehrlicher Charakter und so mild wie es möglich ist, die Angst der Schwäche hervorgerufen hat, was sich aber gemäß den Tatsachen als völlig unbegründet erwies.*"

gens ausgewählter Meinungen bezeichnet werden kann. Zwar wurden für die Urteilsbildung auch ansatzweise objektive Kriterien wie Zeugnisse und andere Leistungsbeurteilungen hinzugezogen, doch spielten sie im Vergleich zu den „subjektiven“ Meinungen eine untergeordnete Rolle. Daraus ergibt sich ein bisher wenig beachteter Rückschluss auf die kirchliche Personalpolitik. Die Kirche als „global player“ verzichtete somit bei der Besetzung der „mittleren Managementebene“ fast vollständig auf einheitliche Leistungskriterien. Vielmehr vertraute man auf die Mundpropaganda bewährter Autoritäten und im Zweifelsfall dem Urteil des Apostolischen Nuntius.

3.9. Der Tod Seipels

> *„Übrigens glaube ich, daß unsereiner es als eine große Gnade Gottes ansehen muß, wenn er zuweilen zur Ruhe gerufen wird.“*[1032]
>
> Ignaz Seipel

Die Nachricht vom Ableben des österreichischen Altbundeskanzlers am 2. August 1932 erreichte die vatikanische Führung noch am selben Tag. Per Telegramm übermittelte die päpstliche Vertretung in Wien die Trauerbotschaft: „*Monsignor Seipel morto stamane ore sette mezza Nunzio”.*[1033] Obwohl es in der Berichterstattung des Nuntius in den letzten Monaten ruhig um den „Grandseigneur“ der österreichischen Innenpolitik geworden war, kam die Nachricht für Rom keineswegs unerwartet. Spätestens seit Ende Juli rechnete man fast täglich mit dem Ableben des verdienten Politikers, zumal die erzbischöfliche Kurie schon am 29. Juli den Apostolischen Segen des Papstes für den sterbenskranken Seipel erbat. Um den Kranken allerdings nicht vor den Kopf zu stoßen – man wusste offenbar nicht, inwieweit Seipel über sein Schicksal informiert war –, erbat man eine behutsame Herangehensweise. Das bevorstehende Namensfest des Prälaten kam da gerade recht:

> „*…poiché lo stato della sua salute era talmente peggiorato da farne temere la morte da un momento all’altro, benché i medici assicurassero che poteva ancora vivere per alcuni mesi; ma che essendo il 31 l’onomastico di Mgr. Seipel avrebbe potuto anche interpretarsi non come una Benedizione in extremis*.“[1034]

Sibilia kam dieser Bitte umgehend nach und erbat angesichts der Umstände per Eildepeche den Apostolischen Segen. Auch im Vatikan zögerte man nicht lange und ließ dem Kranken den Segen telegraphisch zukommen, ohne jedoch das Namensfest des Kanzlers

[1032] Zit. nach Adam Wandruszka, Aus Ignaz Seipels letzten Lebensjahren. Unveröffentlichte Briefe aus den Jahren 1931 und 1932, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 9 (1956), 567.
[1033] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 601[a]. o.Z., Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli, 2. August 1932, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Monsignore Seipel starb heute Morgen um halb acht.*“ Es gibt zwei Folii mit der Nummer 601. Deshalb wurden die beiden Blätter vom Verfasser in 601a und 601b unterteilt.
[1034] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 65. N° 640/14140, Nuntiaturbericht, 2. August 1932. Eigene Übersetzung: „*…weil sich der Gesundheitszustand so verschlechterte, dass man täglich den Tod fürchten musste, obwohl die Ärzte versicherten, dass er noch einige Monate leben könnte; aber aufgrund des Namenstages von Msgr. Seipel am 31. hätte er es nicht unbedingt als einen Segen ’in extremi’ deuten können.*“

zu erwähnen: "*Santo Padre incarica Vostra Eccellenza esprimere Mons Seipel Auguri et benedizione propiziatrice divina assistenza = Card Pacelli*".[1035]

Der Nuntius war sich nicht sicher, ob er aus Pietätsgründen die römischen Segenswünsche in dieser Form weiterleiten sollte. Im Nuntiaturarchiv finden sich nämlich zwei Telegrammentwürfe. Im einen Entwurf hält man sich streng an die Vorgabe Roms, im anderen wird das Namensfest hingegen erwähnt.[1036] Welches Telegramm der Nuntius letztlich ins Senatorium Pernitz abschickte, lässt sich nicht mehr nachweisen. Fest steht jedoch, dass die Zeilen auf den Kranken große Wirkung hatten. Der Nuntius konnte in Erfahrung bringen, dass Seipel diese Geste tief berührte.

> „*Mi è stato riferito da persone là presenti, che Mgr. Seipel ne restò profondamente commosso e disse: "vogliate attestare al Santissimo Padre in ogni occasione la mia figliale adesione fino all'ultimo battito del mio cuore*"[1037]

Denn zwei Tage nachdem er dieses Telegramm erhalten hatte, verstarb Ignaz Seipel im Alter von 56 Jahren. Von der Reaktion des Prälaten auf die päpstlichen Wünsche, wurde man im Vatikan allerdings erst nach seinem Tod informiert. In der unmittelbaren Antwort des Kardinalstaatssekretariats auf den Nuntiaturbericht bestätigte man am 6. August den Erhalt der tragischen Nachricht und teilte dem Geschäftsträger in Wien mit, dass der Papst schmerzlich berührt wegen des Heimgangs des treuen Kirchenmannes sei.[1038] Diesem Empfinden wurde auch in offizieller Weise in Form eines Kondolenzschreibens an die österreichische Bundesregierung Ausdruck verleihen.[1039] Am 4. August widmete auch der *Osservatore Romano* dem österreichischen Altpolitiker einen umfassenden Nachruf auf der Titelseite. Darin würdigte man insbesondere seine Verdienste um die Sanierung des Staatshaushaltes und hob den priesterlichen Charakter des Verstorbenen hervor:

[1035] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 598. o.Z. Telegramm: Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli an Nuntius Enrico Sibilia, 30. Juli 1932. Eigene Übersetzung: „*Der Heilige Vater beauftragt Eure Exzellenz, Msgr. Seipel Wünsche und Segen des Vermittlers des göttlichen Beistands auszudrücken. Kard. Pacelli*".

[1036] In einer Version bleibt der Nuntius der Vorgabe aus Rom treu und erwähnt das Namensfest nicht: „*Sua Santitá mi da per telegrafo gradito incarico esprimere Vostra Eccelenza paterni auguri con particolare Benedizione Apostolica propiziatrice divini favori Nunzio*". ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 597. Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 31. Juli 1932, Entwurf. Der zweite Entwurf enthält hingegen die Namenstagswünsche: „*Con sinceri auguri onomastici offro migliori voti completo ristabilimento sua salute voglia suo celeste Patrono esaudirli Nunzio*" ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 599. o.Z., Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 31. Juli 1932, Entwurf.

[1037] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 65v. N° 640/14140, Nuntiaturbericht, 2. August 1932, Eigene Übersetzung: „*Mir wurde von Personen, die dort waren, angedeutet, dass Msgr. Seipel davon tief bewegt war und sagte: möget Ihr dem Heiligsten Vater bei jeder Gelegenheit meine kindliche Verbundenheit bis zu meinem letzten Herzschlag bestätigen'."*

[1038] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25, fol. 66. N° 2288/32, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 6. August 1932.

[1039] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 604. o.Z., Telegramm: Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli an Nuntius Enrico Sibilia, 3. August 1932. Weisung, das Kondolenzschreiben an die Regierung aufzusetzen.

„*Un uomo così esemplare nel servire il proprio Paese e nei dimostrarsi costantemente sacerdole in ogni momento della sua operosità di Capo del Governo responsabile di un'intera nazione fu confortato dalla generale stima e dai più nobile assecondamenti per l'opera sua*. (…) *Monsignore Seipel ha lasciato nel mondo l'esempio fulgido di una vita elettissima tutta spesa per una grande causa: egli ha dimostrato, con l'esempio e con la parola, come la società possa e debba migliorare – oltre tutti i disagi – in un rinnovamento vasto, profondo, necessariomente cristiano*."[1040]

In Österreich begannen indessen die Vorbereitungen, dem ehemaligen Regierungsoberhaupt ein würdiges Denkmal zu setzen. Spiritus Rector dieser Initiative war Hildegard Burjan[1041]. Tief getroffen von dem Abgang des engen Vertrauten fasste die Sozialpolitikerin nach einer schlaflosen Nacht einen kühnen Entschluss. Mitten in der wirtschaftlichen Depression überraschte sie ihren Mann am nächsten Morgen mit der Mitteilung: „*Ich muss dem Gedächtnis Seipels eine Kirche bauen!*" Als langjährige Weggefährtin des Bundeskanzlers wusste sie, wie schmerzhaft den Priester die gegen ihn gerichtete Austrittsbewegung traf: „*Darum muss ich eine Kirche bauen, durch die die Menschen wieder zum Glauben zurückfinden. Eine Pfarrkirche in einem Arbeiterviertel soll es sein. Das ist der Trost, den seine Seele verlangt.*" [1042]

Nachdem sie Anfang September 1932 den Segen für die Errichtung einer Pfarrkirche in Rom eingeholt hatte, waren die Weichen für den Gedächtnisbau gestellt.[1043] Unermüdlich kämpfte sie fortan für die Erreichung dieses Zieles. Als größtes Hindernis stellte sich – wie bereits von ihrem Mann Alexander prophezeit – die Finanzierung heraus.[1044] Um die nötigen Mittel aufzubringen, ließ sie nichts unversucht und wandte sich in der Folge mit

[1040] *L'Osservatore Romano*, 4. August 1932, 1. Eigene Übersetzung: „*Ein so beispielhafter Mann im Dienst für sein eigenes Land und der sich stets in allen Momenten seiner Tätigkeit als Regierungsoberhaupt priesterlich für eine ganze Nation verantwortlich zeigte, wurde von einer allgemeinen Wertschätzung und von den edelsten Taten für sein Werk gestärkt. (...) Monsignore Seipel hat der Welt ein leuchtendes Beispiel für ein auserwähltes Leben im Dienst einer großen Sache gegeben: er hat demonstriert, in Taten und Worten, wie man die Gesellschaft, trotz aller Beschwerlichkeiten durch eine umfangreiche, tiefgründige, christlich notwendige Erneuerung verbessern kann und muss.*"

[1041] Hildegard Burjan (1883-1933) war eine österreichische Sozialpolitikerin und die Ordensgründerin der Schwesterngemeinschaft *Caritas Socialis*. Sie zog 1919 als erste weibliche Abgeordnete für die Christlichsoziale Partei in den Nationalrat ein. Zu ihren politischen Verdiensten zählen die gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen für Heimarbeiterinnen, die Gefährdetenfürsorge und das Wiederaufleben der Bahnhofsmission. Die von ihr geführte Schwesternschaft wurde von Prälat Ignaz Seipel seelsorglich begleitet. Mit dem Priester verband Burjan eine enge Freundschaft. Vgl. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 1, Graz 1957, 130; Ekkart Sauser, Burjan, Hildegard, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 21, Nordhausen 2003, 233f.

[1042] Zit. nach Ingeborg Schödl, Zwischen Politik und Kirche. Hildegard Burjan, Wien 2000, 201.

[1043] Am 3. September 1932 ließ Kardinalstaatssekretär Pacelli Hildegard Burjan wissen, dass der Heilige Stuhl hinter ihrem Vorhaben stehe. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 874, fol. 368. N° 114811, Staatssekretär Eugenio Kardinal Pacelli an Hildegard Burjan, 3. September 1932, Abschrift.

[1044] Vgl. Schödl, Zwischen Politik und Kirche, 2000, 201.

dem Ansuchen um eine österreichweite Kirchensammlung an die österreichische Bischofskonferenz. Innerhalb des österreichischen Episkopates, der sich vorab der Herbstkonferenz darüber beratschlagte, stieß das Vorhaben auf geteilte Meinungen. Der St. Pöltener Bischof gab zu verstehen, auch wenn es zwar in seiner eigenen Diözese an Gotteshäusern mangele, *„so verpflichtet uns doch die Dankesschuld gegen den großen Staatsmann, das ideale Werk der Caritas socialis zu befürworten und zu fördern.“*[1045] Ähnlich beurteilte dies auch der Apostolische Administrator von Innsbruck-Feldkirch: „*Ja man hätte wohl kaum begriffen, wenn wir Bischöfe das ausserachtlassen wollen. Oder ausserachtgelassen hätten.“*[1046] Aus Klagenfurt kamen hingegen zaghafte Vorbehalte. Adam Hefter fand zwar den Kirchenbau der Sache nach unterstützenswert, stieß sich jedoch an der expliziten Erwähnung des Namens Seipel. Aus „*pastoralen Gründen*“ wollte er deshalb lieber „*für die Abhilfe der Kirchennot in der Grossstadt* [sic!] *Wien und in anderen Industriestädten*“ sammeln lassen.

> „*Höchstens dort, wo die Bevölkerung geschlossen und einig die Verdienste Dr. Seipels zu würdigen versteht, könnte ohne pastorale Gefahren und mit Aussicht auch auf materiellen Erfolg der Name Seipel genannt werden. Man denke, dass er durch die masslose Hetze – allerdings in ungerechtester Weise – bei vielen auch noch gläubigen Sozialisten als der „Blutprälat“ und die Ursache des Elendes gilt*.“[1047]

Einzig der Linzer Ordinarius lehnte eine solche Sammlung mit der Begründung der Kirchennot in der eigenen Diözese als „*untunlich*“ ab und wollte dem bischöflichen Spendenaufruf nicht Folge leisten.[1048]

Überraschende Unterstützung kam neben den Einnahmen aus diözesanen Kirchensammlungen und einer eigens organisierten Lotterie[1049] von der Stadt Wien. Der sozialdemokratische Bürgermeister Karl Seitz gab Burjans Ansuchen um eine Haussammlung für die Gedächtniskirche in ganz Wien trotz heftiger parteiinterner Opposition tatsächlich

[1045] AES, Altbestände 12/6, RM 4 „Korrespondenz mit kirchlichen Behörden“, Mappe „Verkehr mit den verschiedenen kirchlichen Behörden“. Bischof Michael Memelauer an Erzbischof Ignatius Rieder, 19. September 1932.
[1046] Ebda. Bischof Sigismund Waitz an Erzbischof Ignatius Rieder, 19. September 1932.
[1047] Ebda. Bischof Adam Hefter an Erzbischof Ignatius Rieder, 27. September 1932.
[1048] Ebda. Bischof Johannes M. Gföllner an Erzbischof Ignatius Rieder, 22. September 1932. Sigismund Waitz zeigte sich schon im Vorfeld der Herbstkonferenz verwundert, dass Gföllner den gemeinsamen Aufruf nicht unterstützen wollte. Am 19. September schrieb er an den Salzburger Erzbischof, der gerade den Vorsitz der Bischofskonferenz innehatte: „*Ich mache aufmerksam dass* [sic!] *Bischof von Linz den Aufruf für die Seipelgedächniskirche* [sic!] *nicht unterschrieben hat. Wenigstens war sein Name nicht auf dem Aufruf.*“ Ebda. Bischof Sigismund Waitz an Erzbischof Ignatius Rieder, 19. September 1932.
[1049] Mit den Erträgen des Losverkaufs versuchte man zusätzliche Einnahmen zu lukrieren. Dabei gelang es beachtliche Preise zusammenzutragen. Vgl. Schödl, Zwischen Politik und Kirche, 2000, 203.

statt![1050] Als die nötige finanzielle Basis gegeben war, fuhr Burjan mit den Entwürfen für den Kirchenbau Anfang Mai 1933 nach Rom, um die endgültige Zustimmung des Papstes einzuholen. Nach der Zusage vom 3. September 1932 handelte es sich jedoch nur noch um einen Formalakt. Als Staatssekretär Pacelli allerdings die Baupläne des Architekten Clemens Holzmeister zu Gesicht bekam, hegte er ernsthafte Bedenken ob der nüchternen Fassade, welche möglicherweise auf das Missfallen des Papstes stoßen könnte.[1051] Allen Befürchtungen zum Trotz erhielt Burjan schließlich den ‘päpstlichen Sanctus‘ für den modernen Sakralbau. Die Teilnahme an der Grundsteinlegung am 30. Juli 1933 war ihr allerdings nicht mehr gegeben.[1052]

[1050] Dass er sich mit dieser Zusage allerdings ‘in die Nesseln‘ gesetzt hatte, teilte er Burjan zwei Tage später telefonisch mit: „*Sie* [Hildegard Burjan] *haben mir* [Karl Seitz] *was Schönes angetan. Der ganze Gemeinderat ist über mich hergefallen, weil ich eine klerikale Sache bewilligt habe. Aber ich bleibe bei meiner Zusage*.“ Zit. nach ebda., 203. Siehe dazu auch Maximilian Liebmann, Hildegard Burjan und Ignaz Seipel, in: Ingeborg Schödl, Hg., Hoffnung hat einen Namen. Hildegard Burjan und die Caritas Socialis, Innsbruck u. Wien 1995, 122.

[1051] Die Bedenken Pacellis waren nicht unbegründet. Schon im Vorfeld der Errichtung gab es in höchsten katholischen Kreisen Widerstand gegen die Entwürfe und auch in der Bevölkerung stießen die Pläne nur auf wenig Gegenliebe. Im Volksmund wurde der Bau des Architekten Clemens Holzmeister später verächtlich „Paternoster-Garage“ genannt. Hildegard Burjan gefielen hingegen die Pläne Holzmeisters sehr gut. Für sie entsprach der Bau ganz der Persönlichkeit Seipels: „*...die Kirche wird in einem bescheidenen Bezirk stehen; der Mann, zu dessen Gedächtnis sie errichtet wird, war schlicht und arm bis zum Tod. Da muss man franziskanische Formen wählen*.“ Zit. nach Schödl, Zwischen Politik und Kirche, 2000, 204f.

[1052] Ebda., 202-205.

4. Zwischen kirchlicher Einflussnahme und gelobter Treue zur Republik

4.1. Im Dienste des Heiligen Stuhls – Beispiele vatikanischer Interventionsversuche

4.1.1. Ein Befehlsempfänger in Wien?

> „*Veda dunque la S.V. Ill.ma di interessare nel miglior modo Mgr. Seipel, e di pregarlo nelle debite forme di prudenza e di cortesia a voler fare quanto è in suo potere perchè venga accordato il favore richiesto*."[1053]
>
> Pietro Kardinal Gasparri

In seinem Artikel „Bundeskanzler Seipel und die Diplomatie der Ersten Republik" konnte Rupert Klieber am Beispiel der Russlandpolitik des Heiligen Stuhls nachweisen, dass sich der Priesterpolitiker unter Heranziehung staatlicher Stellen für vatikanische Interessen einspannen ließ. Zwar ließ Seipel die Interventionen nur so weit zu, als sie nicht mit staatlichen Interessen kollidierten, dennoch gestatte er dem Heiligen Stuhl punktuelle Zugriffe auf die staatliche Infrastruktur.[1054] Nachweislich hatte sich der Kanzler bei einer Personalentscheidung von vatikanischen Empfehlungen leiten lassen. Anlass für diese weitreichenden Konzessionen war eine von Friedrich Funder ins Rollen gebrachte Angelegenheit, die bei Klieber unter dem Namen „Affäre Schweigel" Einzug in den historischen Diskurs gehalten hat. Mit der Bitte um Bestätigung eines Gerüchts wandte sich der Chefredakteur der *Reichspost* am 17. Februar 1927 an den Bundeskanzler. Dem Journalisten war zu Ohren gekommen, dass die Gründung eines Priesterseminars in Sowjetrussland durch den Jesuitenpater Josef Schweigel aufgrund des „feindselige[n] Verhalten[s] eines österreichischen Konsuls" vereitelt worden sei. Ignaz Seipel, ob dieser Mitteilung hellhörig geworden, beschloss der Sache auf den Grund zu gehen. Die Angelegenheit war

[1053] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 628v. N° 27124, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 7. Februar 1924. Eigene Übersetzung: „*Sehen Sie hochverehrter Herr* [Nuntius Enrico Sibilia] *deshalb zu, den hochwürdigsten Herrn, Msgr. Seipel in bester Weise dafür zu interessieren und bitten Sie ihn in der geschuldeten Weise der Vorsicht und Höflichkeit, das in seiner Macht Stehende zu tun, damit der verlangte Gefallen gewährt wird*."

[1054] Vgl. Rupert Klieber, Bundeskanzler Seipel und die österreichische Diplomatie der Ersten Republik: Im Dienste von Interessen des Heiligen Stuhles in der Sowjetunion? in: Römische Historische Mitteilungen 47 (2005), 477-502. Nachdem alle Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Sowjetunion abgebrochen worden waren – Russland drängte den Kirchenstaat seine Hilfsmission in eine ständige diplomatische Vertretung umzuwandeln, ohne jedoch seine restriktive Religionspolitik lockern zu wollen –, erreichten die Kirchenverfolgungen im Sowjetstaat ein neues Ausmaß. In den Jahren 1923 und 1924 wurde die katholische Hierarchie schließlich völlig zerschlagen, weshalb der Vatikan dazu überging, heimlich neue kirchliche Strukturen (Bischofsweihen) zu errichten. In diesem Zusammenhang ist vermutlich auch der Aufenthalt des Jesuiten Schweigel zu sehen. Vgl. Köck, Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls,1975, 277f.

schnell geklärt, da sich gerade Legationsrat Hudeczek aus Moskau urlaubsbedingt in Wien aufhielt. Die Informationen Funders stellten sich als unvollständig heraus.[1055] Die Sache wäre damit erledigt gewesen, hätte sich der Vorfall nicht bis nach Rom durchgesprochen. In einem Treffen am 11. April 1927 machte der Apostolische Nuntius den Kanzler auf die prekäre Situation der russischen Katholiken aufmerksam, welche neben schweren Repressalien von Seiten der Regierung auch noch mit einem Mangel an Priestern und Seminaren zu kämpfen hätten. Der päpstliche Vertreter beklagte, dass es aufgrund der einseitigen Informationspolitik Russlands schwer sei, an gesicherte Informationen zu gelangen.[1056] Die Ungenauigkeit in den Angaben versuchte er indirekt dem österreichischen Gesandten in Moskau anzulasten. Seipel verlangte daraufhin vom Delegationsleiter Dr. Otto Pohl eine vollständige Aufklärung der Causa Schweigel. Diesem gelang es in einer ersten Stellungnahme, das Gerücht zu entkräften. Außerdem konnte er glaubhaft machen, zur vermeintlichen Zeit gar nicht in Moskau gewesen zu sein. Diese Rechtfertigung kam nicht ohne Grund. Pohl galt ob seiner sozialdemokratischen Gesinnung schon lange als „linker Fremdkörper“ im österreichischen diplomatischen Korps.[1057] Er ahnte, dass man ihn für die angeblich torpedierte Mission des Jesuiten verantwortlich machen wollte. Einige Tage später reichte er die offizielle Begründung für die Ausweisung nach. Darin wurde die Abschiebung Schweigels von den russischen Behörden damit begründet, dass dieser entgegen seines angegebenen Einreisezwecks, geologische Arbeiten durchzuführen, heimlich Seelsorge betrieben hätte, was entsprechend einer sowjetischen Verfügung, welche Ausländern seelsorgerische Aktivitäten in der Sowjetunion untersagte, zu dessen Ausweisung geführt hatte. Obwohl sich das Gerücht als falsch erwiesen hatte, demonstriert das große Aufsehen einerseits, wie wenig Einblicke man in die sowjetischen Verhältnisse tatsächlich hatte, und andererseits, wie groß das Misstrauen gegenüber dem Sozialdemokraten Pohl war.[1058]

[1055] Der Legationsrat erinnerte sich, dass Pater Schweigel tatsächlich in Moskau war und sich in der Botschaft nach den Modalitäten einer Aufenthaltsgenehmigung erkundigt hatte, von einer Priesterseminargründung wusste Hudeczek jedoch nichts zu berichten. Vgl. Klieber, Seipel und die österreichische Diplomatie, 2005, 483.
[1056] Mit Ausnahme eines Hungerhilfsabkommens zwischen dem Heiligen Stuhl und der Sowjetunion, das die rechtliche Grundlage für die Entsendung einer päpstlichen Hilfsmission nach Russland schuf, pflegten diese beiden Staaten keine diplomatischen Beziehungen. Als die russische Staatsführung immer größeren Druck auf den Vatikan ausübte, die Hilfsmission in eine diplomatische Vertretung umzuwandeln, brach der Kirchenstaat im September 1924 seine Mission ab. Darauf folgte die oben erwähnte Zerschlagung der katholischen Hierarchie in Russland. Vgl. Köck, Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls, 1975, 275-278.
[1057] Vgl. Klieber, Seipel und die österreichische Diplomatie, 2005, 478.
[1058] Vgl. ebda., 477-487.

„Zusammen mit den sog. Juli-Ereignissen in Wien, die im gesamten bürgerlichen Lager die Angst vor dem „linken Staatsstreich" aufs Neue schürten, dürfte die „Affäre Schweigel" das Ihre dazu beigetragen haben, dass der Abgang Dr. Otto Pohls in den Ruhestand Ende 1927 vielfach mit Genugtuung aufgenommen wurde. Auch von höchster kirchlicher Stelle wurde der Gesandtenwechsel ausdrücklich begrüßt; man knüpfte daran die Hoffnung auf eine *Förderung der katholischen Interessen in Russland*, insbesondere durch die diskrete Beschaffung verlässlicher Nachrichten."[1059]

Klieber stützt sich bei der Annahme, wonach die Neubesetzung der Gesandtschaft in Moskau vom Vatikan goutiert worden ist, auf ein streng geheimes Schreiben Pastors an Bundeskanzler Seipel vom 5. März 1928. Darin signalisierte der österreichische Vatikangesandte dem Kanzler die wohlwollende Aufnahme der Ablösung Pohls durch den Papst.

„*Zunächst soll ich Euer Excellenz die hohe Freude des Papstes darüber ausdrücken, daß die österreichische Vertretung in Moskau gewechselt und daß Ew. Excellenz dort einen so vortrefflichen Katholiken als Gesandten angestellt haben wie dies Baron Hein ist.*"[1060]

Wenn man jedoch bedenkt, dass die Absetzung Pohls bereits im März 1927 dem Papst von der eigens gegründeten päpstlichen Kommission *Pro Russia*[1061] vorgeschlagen wurde, stellt sich die Frage, inwiefern die Absetzung Pohls nicht nur von der Kurie goutiert, sondern sogar selbst vorangetrieben wurde. Immerhin bot sich die „Affäre Schweigel" für eine Intervention geradezu an. Problemlos konnte man dem österreichischen Außenamt, das in dieser Frage völlig im Dunkeln tappte, vor Augen führen, wie notwendig ein Gesandtenwechsel im eigenen Interesse wäre. Da man aber wusste, wie gewagt ein solcher Vorstoß war, empfahl man für den Anfang eine Fühlungnahme mit dem geistlichen Bundeskanzler, dem man ein feineres „Sensorium für die betroffenen Problemfelder" zutraute.[1062]

„*Monsignore Michele d'Herbigny ha esposto a Sua Santità quanto segue: Monsignor Nunzio in Austria potrebbe interessare alla causa dei cattolici in Russia il Governo di Austria, o, piùttosto, il Cancelliere Mons. Seipel. Il Governo Austriaco ha motivi, anche politici, di mostrare il proprio interesse in favore dei cattolici,*

[1059] Ebda., 487.
[1060] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 412, Fasz. Russland 3/2 Geheim. Z. 21.172-13, Ludwig Pastor an Bundeskanzler Ignaz Seipel, 5. März 1928.
[1061] Die *Commissio pro Russia* wurde am 28. April 1925 als „eine Art Fortsetzung der Päpstlichen Hilfsmission für Russland" gegründet. Institutionell war die Kommission innerhalb der Kongregation für die Ostkirchen angesiedelt und unterstand somit den Kardinälen Tacci und Sincero. „Die eigentliche Seele der Commissio aber war der französische Jesuitenpater d'Herbigny, der 1922 die Leitung des vatikanischen Ostinstituts übernommen hatte und seit 1923 die Zeitschrift 'Orientalia christiana' herausgab. Er stand in enger Verbindung zu den russischen Emigranten in Rom und in Frankreich." Eduard Winter, Russland und das Papsttum. Die Sowjetunion und der Vatikan, Bd. 3, Berlin 1973, 84.
[1062] Klieber, Seipel und die österreichische Diplomatie, 2005, 501.

specialmente di origine austriaca. L'Austria ha un Ambasciatore ebreo a Mosca, il quale si è rifiutato di dare in alcuna maniera appoggio a dei connazionali."[1063]

Die Kirchenleitung brachte keine Einwände gegen das Strategiepapier der Kommission vor und leitete es umgehend der Nuntiatur nach Wien weiter. Seinem Auftrag entsprechend wollte der vatikanische Gesandte diese Angelegenheit dem Kanzler persönlich unterbreiten. Seipel war an diesem Tag jedoch verhindert, weshalb der Nuntius vorerst nur mit Generalsekretär Peter vorlieb nehmen musste, welchem er laut Rapport vom 12. April erste Andeutungen in diese Richtung machte. Peter versicherte dem Diplomaten sich für die Katholiken einzusetzen („*le migliori intenzioni del Governo Austriaco a favore di quei cattolici*") und bestellte sofort den Berater der österreichischen Delegation in Moskau, Karl Hudeczek, zu sich, welcher sich gerade in Wien befand. Auch dieser zeigte sich den Anliegen des Heiligen Stuhls gegenüber sehr positiv eingestellt und versicherte dem päpstlichen Gesandten seine Unterstützung („*esser disposto a fare prudentemente quanto piacesse alla Santa sede*"). Ob bei diesen Gesprächen auch von Otto Pohl die Rede war, geht aus dem Bericht nicht hervor. Unabhängig davon gewinnt man den Eindruck, dass Seipels 'kirchliche Nebenschaukämpfe' bereitwillig von seinem Mitarbeiterstab mitgetragen worden sind.[1064]

[1063] ASV/AdNdV, Karton 870, fol. 187. N° 8961, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 23. März 1927. Eigene Übersetzung: „*Monsignore Michele d'Herbigny hat Seiner Heiligkeit folgendes dargelegt: Der Monsignore Nuntius in Wien könnte die österreichische Regierung und vor allem den Kanzler Mons. Seipel für die Sache der Katholiken in Russland interessieren. Die österreichische Regierung hätte Gründe, auch politische, Interesse zu Gunsten der Katholiken, speziell österreichischer Herkunft, zu zeigen. Österreich hat einen jüdischen Botschafter in Russland, welcher sich weigert, in irgendwelcher Weise seine Staatsbürger zu unterstützen.*" Michel-Joseph Bourguignon d'Herbigny (1880–1957) war Rektor des *Pontificio Istituto Orientale* und Titular-Bischof von Ilium. Im Oktober 1925 reiste er in dieser Funktion erstmals nach Russland. Bis September 1926 folgten noch zwei weitere Reisen in die Sowjetunion. Nach der ersten Reise wurde er am 29. März 1926 in der Berliner Nuntiatur von Eugenio Pacelli heimlich zum Bischof von Ilium geweiht. Der Zweck seiner Mission war, die im Zuge der religiösen Verfolgung eliminierte katholische Kirchenhierarchie wieder neu aufzubauen. Dazu nahm er während seiner Reisen vier Bischofsweihen vor. Eugène Neveu (1877-1946) für Moskau, Boleslas Sloskāns (1893-1981) für Mohylev, Alexander Frison (1875-1937) für Odessa, Antoni Malecki (1861-1935) für St. Petersburg. Die Mission wurde jedoch aufgedeckt und alle Bischöfe wurden daraufhin verhaftet. Am 9. April 1930 wurde d'Herbigny Vorsitzender der 1925 gegründeten päpstlichen Kommission *Pro Russia*. Damit war er am Höhepunkt seiner Laufbahn angelangt. 1931 gab er die Leitung des Ostkircheninstituts plötzlich ab. Die Gründe, weshalb er in Rom in Ungnade gefallen war, sind bis heute nicht bekannt. Vgl. Christian Weise, Michel-Joseph Bourguignon d'Herbigny, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 32, Nordhausen 2011, 667-679.

[1064] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 109. N° 275/9028, Nuntiaturbericht, 12. April 1927, Entwurf.

Am 11. April hatte der Nuntius erstmals Gelegenheit, beim Kanzler persönlich über die Lage in Russland vorzusprechen.[1065] Dabei überreichte er dem Kanzler auch die entsprechenden Unterlagen.[1066] Bei der Unterredung kam man unweigerlich auf Otto Pohl zu sprechen. Als erste Konsequenz des Gesprächs forderte der Kanzler bekanntlich eine sofortige Stellungnahme Pohls ein. Getreu seines Auftrages setzte Sibilia alles daran, den Gesandten für die österreichische Regierung als untragbares Risiko darzustellen. Dazu führte der Nuntius die jüdische Abstammung Pohls an. Nach Meinung des Kanzlers besäße der österreichische Diplomat jedoch ein noch viel größeres Handicap, worin er aber zugleich auch einen Vorteil sah.

> „*Alla mia osservazione che il Ministro Austriaco a Mosca è ebreo, Mgr. Seipel soggiune:"non solo è ebreo, è anche un gran sovietista; ma questa circostanza la credo piùttosto favorevole che dannosa, poiché il nostro Ministro eseguirà certo gli ordini del suo Governo*."[1067]

Die Reaktion des Kanzlers erhärtet die Vermutung, wonach die Absetzung Pohls nicht so sehr von diplomatischer als von klerikaler Seite vorangetrieben wurde. Noch im Dezember des gleichen Jahres beschrieb Sibilia seinem Amtskollegen Eugenio Pacelli die Haltung Seipels in der Causa als geradezu gegenteilig. Das Schreiben vermittelt den Eindruck, als hätte die Installierung eines vertrauenswürdigen Mannes auf den Moskauer Gesandtschaftsposten einzig und allein der Unterstützung der vatikanischen Interessen gedient.

> „*Colla recente nomina del nuovo Ministro austriaco a Mosca, nella persona del Signor Barone Hein, esimio cattolico, il quale parte fra breve, per presentare le sue credenziali e poi sul finire del corrente mese ritornerà per qualche giorno a Vienna, Mons. Seipel mi ha detto, appena tornato io da Roma: con tale nomina 'ci sarà più facile poterci occupare almeno in modo non officiale degli interessi cattolici in Russia'…*"[1068]

[1065] Sibilia nutzte den anstehenden Diplomatenempfang, um seine Sache vorbringen zu können. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 8, 171r, 11. April 1927.

[1066] Im entsprechenden Akt findet sich der Vermerk. „*Vom h. Nuntius selbst dem H. Bundeskanzler übergeben 11/4 27*." ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 412, Fasz. Russland 3/2 Geheim. Z. 21.781-13/27, 13. April 1927.

[1067] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 110. N° 275/9028, Nuntiaturbericht, 12. April 1927, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*Auf meine Feststellung, dass der österreichische Botschafter in Moskau Jude ist, fügte Msgr. Seipel hinzu: „er ist nicht nur Jude, er ist auch ein großer Sovietista; doch diesen Umstand halte ich eher für nützlich als schädlich, weil er sicher den Befehlen seiner Regierung folgen wird.*"

[1068] ASV/AdNdV, Karton 870, fol. 296. Nuntius Enrico Sibilia an Nuntius Eugenio Pacelli, o.D., Entwurf. Eigene Übersetzung: „*Bezüglich der jüngsten Nominierung des neuen österreichischen Botschafters in Moskau, in der Person von Herrn Baron Hein, einem hervorragenden Katholiken, welcher in Kürze aufbrechen wird, um seine Beglaubigungsschreiben vorzulegen und dann am Ende des laufenden Monats wieder für einige Tage nach Wien zurückkommen wird, hat mir Mons. Seipel, als ich gerade von Rom zurückgekommen bin, gesagt: mit dieser Nominierung 'wird es uns leichter möglich sein, zumindest in inoffizieller*

Als Ludwig Pastor am 5. März 1928 dem Bundeskanzler die „*hohe Freude*“[1069] des Papstes über die Nominierung Robert Egon Heins als Nachfolger Pohls bestellen ließ, kann man darin wohl mehr als einen bloßen Ausdruck von Zufriedenheit sehen. Denn wie dem weiteren Brief Pastors zu entnehmen ist, scheint erst die Neubesetzung in Moskau die notwendige Voraussetzung für einen noch größeren Gefallen gewesen zu sein. Dabei handelte es sich um ein Anliegen von höchster Stelle. Der Papst erbat persönlich die Dienste des österreichischen Bundeskanzlers.

> *„Nun würde Seine Heiligkeit ganz dankbar sein, wenn Euer Excellenz diesen günstigen Umstand* [die Neubesetzung der österreichischen Gesandtschaft in Moskau] *benutzen würden, um Hochdenselben bei Förderung der katholischen Interessen in Russland zu unterstützen.* (…) *Bei der Schwierigkeit, zuverlässige Nachrichten über die Sowjet Republik zu erhalten, würde es der Hl. Vater sehr dankbar entgegennehmen, glaubwürdige Nachrichten oder Dokumente über die dortige allgemeine religiöse Lage wie über die Lage der katholischen Kirche und des Klerus von Euer Excellenz zu erhalten, besonders wichtig wären Mitteilungen über die Bedrängung der Katholiken sei es in der Gegenwart, sei es in der Vergangenheit. Der strengsten Diskretion dürfen Euer Excellenz gewiss sein. Die Antwort, welche Euer Excellenz mir senden werden, werde ich nur Seiner Heiligkeit je nach Wunsch schriftlich oder nur mündlich übermitteln.*“[1070]

Der Ausgang der Geschichte ist bekannt und bei Rupert Klieber nachzulesen. Dem Heiligen Stuhl wurde zur zusätzlichen Informationsbeschaffung die diplomatische Infrastruktur in der Person Robert Egon Heins zur Verfügung gestellt. Davon setzte Pastor den Papst am 14. März persönlich in Kenntnis.

> „*Seine Excellenz Bundeskanzler Seipel teilt mir durch … Schreiben vom 14. März 1928 mit, dass er dem Wunscher* [sic!] *Euer Heiligkeit entsprechend unverzüglich den neuen Gesandten Österreichs in Moskau angewiesen habe, die ihm bereits bei seinem Abgehen aufgetragenen Erhebungen über die Lage des Katholizismus in Russland nunmehr zu beschleunigen und insbesondere auch auf die Person des Mgre. Frizon sowie auf die rechtlichen und tatsächlichen Umstände, unter denen dieser seine bischöflichen Funktionen auszuüben haben wird, seine Aufmerksamkeit zu erstrecken. Sobald wesentliche Nachrichten eingelangt sein werden, will Bundeskanzler Seipel nicht ermangeln, diese Euer Heiligkeit durch mich unterbreiten zu lassen.*“ [1071]

Damit Hein seine Aufgabe den päpstlichen Wünschen entsprechend erfüllte, wurde der katholische Diplomat vor seiner Akkreditierung in Russland persönlich von Bundeskanz-

---

Weise, sich um die Interessen der russischen Katholiken zu kümmern'…“ Die Antwort Pacellis traf am 15. Dezember 1927 in Wien ein.

[1069] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA NPA 412, Fasz. Russland 3/2 Geheim. Z. 21.172-13, Ludwig Pastor an Bundeskanzler Ignaz Seipel, 5. März 1928.

[1070] Zit. nach Klieber, Seipel und die österreichische Diplomatie, 2005, 487, Anm. 21.

[1071] ASV/Segreteria di Stato, 1928, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 2. Ludwig (von) Pastor an Pius XI., 18. März 1928.

ler und Nuntius "gebrieft". Der Informationsfluss von Moskau nach Rom fiel allerdings auch nach der personellen Rochade in der Botschaft nur sehr bescheiden aus.[1072] Ex post tat sich damit nicht nur ein zusätzlicher Kommunikationskanal auf, sondern der Vatikan konnte Dank der österreichischen Infrastruktur schon bald auch wieder missionarische Schritte in Sowjetrussland setzen. Die Initiative dazu ging wieder vom Pontifex persönlich aus. Abermals war es der Geistliche in der Wiener Regierung, an den sich die päpstliche Anfrage richtete. Der Papst erkundigte sich – wieder lief die Angelegenheit über den österreichischen Vatikanbotschafter – um die Möglichkeit, religiöse Literatur und Gebetsbücher per diplomatischer Valise nach Russland zu transportieren. Nach einer eingehenden Prüfung dieses Ansuchens genehmigte Ignaz Seipel dieses höchst riskante Unternehmen. Die Aktion geriet erst im Jahr 1931 ins Stocken.[1073]

Dass der Papst in dieser direkten Weise an Seipel herangetreten war, stellte tatsächlich eine Ausnahme dar. Abgesehen von Glück- und Genesungswünschen erfolgten „geschäftliche Angelegenheiten" fast ausschließlich über den offiziellen Kommunikationskanal, also über die Apostolische Nuntiatur und in enger Koordination mit dem Kardinalsstaatssekretär und den zuständigen Kongregationen. Indem der Papst von der gewohnten Praxis abrückte, signalisierte er die hohe Priorität dieser Angelegenheit. Zugleich wurde Seipel damit angezeigt, der Angelegenheit mit höchster Diskretion begegnen zu wollen. Denn der Kirchenführung war durchaus bewusst, Seipels Loyalität mit diesem Anliegen auf eine harte Probe zu stellen. Ein Publikmachen dieser Affäre hätte neben innenpolitischen Folgen gewiss auch diplomatische Auswirkungen gehabt. Trotz dieser schwerwiegenden Intervention des Heiligen Stuhls wurde auf den Priesterkanzler kein nachweisbarer Druck ausgeübt. Auch aus dem nachfolgenden Quellenbeispiel geht hervor, dass äußere Druckmittel nicht zum Repertoire des Vatikans im Umgang mit Ignaz Seipel gehörten. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Kirchenleitung ihre Interessen nicht mit Nachdruck vertreten konnte. Die vatikanische Führung verstand sich sogar gut darauf, geschickt an das priesterliche Pflichtgefühl zu appellieren. Druck kam demnach nur auf äußerst subtile Weise zum Einsatz.

[1072] Es ist nur ein einziger Bericht in französischer Sprache von Hein nach Rom übermittelt worden. Da der Bericht Heins mit sehr vielen allgemeinen Informationen ausgestattet war, ist anzunehmen, dass er dem Heiligen Stuhl keine Neuigkeiten zu berichten wusste. Vgl. Klieber, Seipel und die österreichische Diplomatie, 2005, 492.
[1073] Vgl. ebda., 493-495.

Eine größere Beharrlichkeit legte die römische Kurie in einem zweiten Quellenbeispiel an den Tag, obgleich man hier nur im Falle einer Lappalie aktiv wurde. Eine Gruppe von 2000 ungarischen Kindern sollte im Frühjahr 1924 über Österreich nach Belgien zur Erholung reisen.[1074] Die Weiterreise drohte jedoch an der Höhe der österreichischen Zugtarife zu scheitern.[1075] Dem Heiligen Stuhl war an der Reise der katholischen Kinder viel gelegen, und man ersuchte deshalb den Wiener Nuntius, eine einmalige Ermäßigung der österreichischen Tarife für diesen Transport zu erwirken.[1076] Dessen erste Interventionen beim Bundeskanzler blieben allerdings erfolglos. Mit dem Verweis, dass auch die staatlichen Bundesbahnen unter der Finanzkontrolle des Völkerbundes standen und er somit keinen Einfluss darauf hätte, ließ er den Apostolischen Gesandten mit seinem Gesuch abblitzen. So leicht wollte man sich in Rom aber nicht geschlagen geben. Am 7. Februar 1924 wandte sich Staatssekretär Gasparri mit einer neuen Instruktion an die Wiener Nuntiatur. Sibilia wurde darin angewiesen, erneut beim Kanzler vorzusprechen. Diesmal sollte der päpstliche Gesandte an die Mitmenschlichkeit Seipels appellieren, indem man ihn daran erinnerte, dass einst auch Österreich auf ausländische Hilfe angewiesen war. Diesem Appell konnte sich der Priester nur schwer entziehen. Rom insistierte hier wohl deshalb so beharrlich, weil man sich nicht vorstellen konnte, dass der Kanzler in dieser Sache tatsächlich nichts bewirken konnte.[1077]

> „*…sembra che si dovrebbe ancora insistere presso il Cancelliere, perché non si neghi a spendere una sua parola che non resterebbe certo senza esito. (...) Veda dunque la S.V. Ill.ma di interessare nel miglior modo Mgr. Seipel, e di pregarlo nelle debite forme di prudenza e di cortesia a voler fare quanto è in suo potere perché venga accordato il favore richiesto*."[1078]

[1074] Nähere Informationen über den Zweck dieser Reise erfährt man aus den vatikanischen Akten nicht. Für die Darstellung des Sachverhalts sind diese Hintergründe jedoch nebensächlich.
[1075] Die Klage über die hohen österreichischen Eisenbahntarife steht gewiss im Zusammenhang mit der zur gleichen Zeit stark fallenden ungarischen Krone. Aufgrund der Inflation dürften die österreichischen Preise für Ungarn kurzfristig unerschwinglich gewesen sein. Vgl. *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 17. Februar 1924, 7; *Reichspost*, 21. Februar 1924, 3.
[1076] Von dieser Weisung fehlt im Nuntiaturarchiv jede Spur. Die Existenz dieser Dienstanweisung kann jedoch aus einem darauf bezugnehmenden, späteren Schreiben des Staatssekretariats abgeleitet werden. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 628. N° 27124, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 7. Februar 1924.
[1077] Vgl. ebda., fol. 628.
[1078] Ebda., fol. 628. Eigene Übersetzung: „*…es scheint, dass man beim Kanzler noch einmal insistieren sollte, weil man nicht leugnen kann, dass eines seiner eingelegten Worte sicher nicht ohne Ausgang bleiben würde. (...) Sehen Sie deshalb zu, hochwürdigster Herr, Msgr. Seipel in bester Weise dafür zu interessieren und bitten Sie ihn mit der geschuldeten Vorsicht und Höflichkeit, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit der verlangte Gefallen gewährt wird*."

Der neuerliche Vorstoß hatte überraschend Erfolg und stieß anscheinend auf keinen großen Widerstand mehr, denn bereits am 11. Februar konnte der Nuntius seinem Vorgesetzten melden: „*Cancelliere ha concesso riduzione ferroviaria desiderata favore bambini ungheresi.*"[1079] Seipel wollte dies aber nicht so stehen lassen. Anscheinend hatte er das weitere Drängen Roms als eine Kritik gewertet, weshalb er sich zu einer Rechtfertigung genötigt fühlte. Diesen Eindruck erweckt zumindest der Nuntiaturbericht vom 16. Februar, der die Stellungnahme Seipels ausführlich wiedergibt.

> „*Mgr. Seipel era ed è sempre dispostissimo ad accordare simili riduzioni, sia per concorrere ad un opera così bella e caritatevole, sia per provare la viva gratitudine che sente l'Austria per il bene dovunque ricevuto: ma trovandosi questa nazione sotto il controllo della Società delle Nazioni, il commissario Sig. Zimmermann non le permette assolutamente alcun atto di liberalità, tanto meno poi sulle ferrovie, questo deve pagare in moneta la differenza fra il prezzo ridotto e l'intero. Quindi il Sig. Cancelliere anche per soddisfare il vivo desiderio del suo buon cuore, ha dovuto far aumentare il bilancio del Ministero degli Esteri di cinque migliardi di corone austriache, (circa 1.670.000 lire italiane), portandolo ciòe da 25 a 30 migliardi e così provvedere ai bambini non solo ungheresi, ma anche di altre nazioni.*"[1080]

Doch anstelle von langen Danksagungen fiel die Reaktion in Rom zurückhaltend aus. Zwar zollte man der geleisteten Hilfe Rechnung, doch dankte man in erster Linie dem Nuntius. Der Bundeskanzler wurde mit keinem Wort erwähnt, stattdessen sollte sich der Gesandte bei den zuständigen Stellen erkenntlich zeigen („*alle competente Autorità*").[1081]

Die Parallelen der beiden Beispiele sind nicht auf den ersten Blick auszumachen, da die Umstände der vatikanischen Interventionen sehr unterschiedlich waren. Einmal wandte man sich im Falle einer diplomatischen Lagebeurteilung an den österreichischen Bundeskanzler; das andere Mal wurde der Heilige Stuhl wegen einer Banalität wie Eisenbahnta-

---

[1079] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 630. N° 14/1915, o.Z., Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Der Kanzler hat gewünschte Eisenbahn-Ermässigung zu Gunsten ungarischer Kinder genehmigt.*" Im Tagebuch findet sich jedoch kein Hinweis, dass dieser Intervention ein persönliches Treffen vorausgegangen wäre. Erst am folgenden Tag, 12. Februar 1924, fand sich Seipel zu einem „*Tee beim Nuntius*" ein. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 7, 40v-41r, 12. Februar 1924.

[1080] ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 78, Fasz. 1, fol. 182-182v. N° 78/1943, Nuntiaturbericht, 16. Februar 1924. Eigene Übersetzung: „*Msgr. Seipel war und ist immer bereit, ähnliche Ermäßigungen zu gewähren, sei es, um sich an einem so schönen und karitativen Werk zu beteiligen, oder um lebendige Dankbarkeit zu beweisen, welche Österreich für das überall erhaltene Wohl fühlt: aber diese Nation befindet sich unter der Kontrolle des Völkerbundes, der Kommissar Zimmermann erlaubt ihr keine Akte der Großzügigkeit, nicht einmal bei der Eisenbahn, welche die Differenz zwischen dem reduzierten Tarif und dem Gesamtpreis zahlen muss. Daher hat der Bundeskanzler, um den lebendigen Wunsch seines guten Herzens zu erfüllen, die Bilanz des Außenministeriums um fünf Milliarden österreichische Kronen (ca. 1.670.000 italienische Lire) erhöhen lassen, anstelle von 25 auf 30 Milliarden Kronen, um so nicht nur für die ungarischen sondern auch Kinder aller Nationen vorzusehen.*"

[1081] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 633. N° 28077, Weisung des Staatssekretariats an Nuntius Enrico Sibilia, 6. März 1924.

rifen aktiv. Dennoch lassen sich allgemeine Schlüsse aus den Quellenbeispielen ziehen. Gerade die Verschiedenheit der Beispiele zeigt, dass nicht unbedingt die Priorität oder Dringlichkeit anlassgebend für ein beharrliches Insistieren waren, sondern der Heilige Stuhl Druck nur dann angewandt hatte, wenn man sich einem klar strukturierten Problem gegenüber sah, von dem sich die Kirchenführung eine unkomplizierte Lösung infolge klarer Handlungsanweisungen versprach. Dabei zog man stets eine inoffizielle Fühlungnahme mit dem Bundeskanzler (durch die Nuntiatur) den offiziellen diplomatischen Bemühungen vor.

4.1.2. Ein besserer Nuntius?

> „...*ein spitzfindige*[r], *wendige*[r] *Priester…zuerst und vor allem Priester und als solcher in übertriebener Weise den Wünschen des Vatikans gehorsam.*“[1082]
>
> Sir Eric Phipps, britischer Botschafter in Wien

Als Bundeskanzler konnte Seipel nicht nur verschiedene Interventionen von höchster Stelle aus vornehmen, sondern er stand in seiner Funktion als Regierungschef auch im Zentrum sämtlicher politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entscheidungen des Landes. Dieser enorme Informationsvorsprung erweckte freilich das Interesse der österreichischen Kirchenleitung, welche den Priester in den frühen 1920er Jahren regelmäßig als politischen Berater zu den Bischofskonferenzen hinzuzog. Gleichzeitig profitierte Seipel auch politisch von dieser Zusammenarbeit mit dem Episkopat. Er konnte in seiner beratenden Tätigkeit Einfluss auf kirchenpolitische Entscheidungen der Oberhirten nehmen.[1083] In der Ära Seipel mutierte das Bundeskanzleramt zunehmend zur Drehscheibe des Politischen Katholizismus in Österreich, wo sich sowohl staatliche als auch kirchliche Informationen bündelten. Dem Priesterkanzler standen dadurch kirchenpolitische Möglichkeiten zu Gebote, die sogar jene des Wiener Erzbischofs übertrafen. Dieser Sonderstatus blieb Rom nicht verborgen. Auch dort erkannte man in dem Priester einen kompetenten Ansprechpartner. Mitverantwortlich für die ausgezeichnete Kommunikation zwischen der österreichischen Staatsspitze und dem Heiligen Stuhl war zweifelsfrei die gute persönliche Basis zwischen Kanzler und Apostolischem Nuntius.[1084] Der römischen Kirchenleitung war die Konstellation in Wien folglich sehr willkommen. Doch nicht nur den Kirchenoberen in Rom war ein Priester in einem der höchsten staatlichen Ämter angenehm. Auch für den päpstlichen Repräsentanten kam dieser Umstand äußerst gelegen. Wie dieser seine guten Beziehungen zum Kanzler im Sinne seiner Aufgaben einzusetzen wusste, soll im Folgenden anschaulicher dokumentiert werden.

[1082] Zit. nach Anthony Rhodes, Der Papst und die Diktaturen. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus, Graz 1980, 122.

[1083] Gegen diese Vereinnahmung gab es bekanntlich auch Widerstände. Auf Vorschlag des Linzer Ordinarius kam es 1924 zu einer Statutenänderung, die die Heranziehung externer Berater künftig erschweren sollte. Es gibt Hinweise, dass diese Verschärfungen bewusst gegen Seipel gerichtet waren. Vgl. Kapitel 2.2.2., 139f.

[1084] Der Nachweis für die hervorragenden Kontakte zwischen Seipel und Sibilia lässt sich anhand zweier Quellenbestände erbringen. Das sind zum einen die Tagebücher Seipels, wo alle persönlichen Begegnungen eingetragen wurden, und zum anderen die Korrespondenz des Nuntius. Im schriftlichen Austausch lässt sich vornehmlich die Qualität der Beziehung ablesen.

Die weitgehend abseits der Öffentlichkeit erfolgte Überführung in Österreich lagernder vatikanischer Aktenbestände nach Rom war zum Großteil ein Verdienst Ignaz Seipels. Der Auftrag, die seit 1815 im Besitz des Österreichischen Staatsarchivs befindlichen Dokumente zurückzuerstatten[1085], wurde dem Nuntius am 12. Mai 1924 noch einmal eindringlich ins Gedächtnis gerufen. Der Kardinalpräfekt der *Congregatio de Propaganda Fide*[1086] erinnerte den Nuntius, dass man in Rom die „*73 volumi*" dringend benötigen würde, und bat ihn, bei den zuständigen Autoritäten die notwendigen Schritte setzen zu wollen („*a voler fare presso le competenti Autorità le pratiche necessarie all'uopo*").[1087] Die kompetente Stelle war schnell gefunden. Der Nuntius wandte sich mit seinem Anliegen ohne Umschweife an den Bundeskanzler. Dazu ließ er ein kurzes Promemoria für den Priesterpolitiker aufsetzen, worin die Angelegenheit im Überblick dargestellt wurde. Nach einer Beschreibung der gewünschten Aktenbestände betonte das Papier, dass die Zurückführung dieses vatikanischen Eigentums ein persönliches Anliegen des Heiligen Vaters sei. Außerdem stellte es fest, dass die Bestände der Kongregation für die österreichischen Behörden ohnehin von keinerlei Wert seien.[1088] Über den Inhalt dieses Gesprächs weiß man deshalb so gut Bescheid, da der Nuntius auf der Abschrift des Seipel ausgehändigten Promemorias eine Gesprächsnotiz hinterließ: „*Parlato della cosa con Mgr. Seipel e lasciato questa piccola pro memoria oggi mercoledi 14 maggio 1924 alle ore 1230 pom*".[1089]

Zwei Tage später kam es auf demselben Zettel zu einer weiteren Notiz. Wieder ging dem Vermerk ein Gespräch mit dem Kanzler voraus. Offenbar wurde der Nuntius ungeduldig, denn er wandte sich telefonisch an den Kanzler, um sich über den Stand der Dinge zu erkundigen. Sibilia notierte nach der Unterredung: „*telefonato Seipel oggi 16 maggio 11 50 che la cosa ci può fare*."[1090] So schnell sollte die Sache aber noch nicht erledigt sein.

[1085] In der offiziellen Stellungnahme der Nuntiatur werden die Napoleonischen Kriege als Ursache für den 'falschen' Standort der Akten genannt. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 56v. N° 2476, „*Aide Memoire*", 23. Mai 1924.

[1086] Die Kongregation *Propaganda Fide* geht auf Papst Gregor XV. zurück und ist die Vorgängerinstitution der heutigen *Kongregation für die Evangelisierung der Völker* (lat.: *Congregatio pro Gentium Evangelizatione*), welche durch die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils reformiert wurde. Die Zuständigkeit dieser Kongregation liegt in der Mission.

[1087] ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 47. N° 1750/24, Kongregation Propaganda Fide an Nuntius Enrico Sibilia, 9. Mai 1924.

[1088] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 53. „*Promemoria"*, 14. Mai 1924, Abschrift.

[1089] Ebda., fol 53. Eigene Übersetzung: „*habe über diese Sache mit Mgr. Seipel gesprochen und dieses kleine Promemoria heute Mittwoch 14. Mai 1924 um 12 Uhr 30 dagelassen*".

[1090] Ebda., fol. 53. Eigene Übersetzung: „*heute 16. Mai um 11 Uhr 50 mit Seipel telefoniert, dass er uns die Sache machen kann.*" Die Tagebuchaufzeichnungen bestätigen eine Aussprache am 14. Mai, geben aber keine Auskunft über eine telefonische Verständigung der beiden Geistlichen zwei Tage später. Vgl. DAW,

Zwar hatte Seipel in der Zwischenzeit bereits Kontakt zwischen der Nuntiatur und der Direktion des Staatsarchives hergestellt[1091], dennoch musste Sibilia am 2. Juli seine Vorgesetzten davon in Kenntnis setzen, dass es zu Schwierigkeiten gekommen sei und die Überstellung nicht so reibungsfrei vonstatten gehen werde, wie anfangs angenommen. Ausführlich beschrieb er in dem Bericht die Komplikationen, die einer schnellen Erledigung im Wege standen. Den größten Widerstand sah der Nuntius in der parlamentarischen Opposition, denn die gesetzlichen Bestimmungen verlangten für Restitutionen – darunter fiel die Überstellung der Bestände rechtlich[1092] – die Zustimmung des Nationalrates. Seipel wollte sich davon allerdings nicht abhalten lassen und suchte Wege, die parlamentarischen Hürden zu umgehen. Dazu musste der Heilige Stuhl allerdings von einer Rückerstattung absehen und sich auf einen Materialtausch einlassen, wie es auch mit Frankreich geplant war.

> „*Ad ovviare si grave difficoltà il Governo crede che, proponendo la restituzione in parola come un cambio di materiale fra la Santa Sede e l'Austria, ai socialisti verrebbe a mancare il fondamento alla loro temuta opposizione.(...)Che anzi l'idea o il desiderio di Mgr. Seipel su tale affare sarebbe di conglobare Santa Sede e Francia, per superare più facilmente l'opposizione socialistica e per evitare la taccia di favoritismo clericale.*"[1093]

Einer Rückführung standen außerdem noch weitere Schwierigkeiten im Wege. Aufgrund der Bestimmungen des Vertrags von St. Germain hätte Österreich für die geplante Rück-

---

Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 7, 67r, 14. Mai 1924. Seipel hielt gelegentlich auch Telefongespräche im Tagebuch fest.

[1091] Der Nuntius über den Staatsarchivdirektor Oskar Mitis: „*…persona di fiducia di Mgr. Seipel e colla quale mi ha egli stesso messo in relazione diretta, recandosi in questa Nunziatura.*" ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 54f. N° 2476, Nuntiaturbericht, 2. Juli 1924, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*…Vertrauensperson von Msgr. Seipel, mit welcher er mich persönlich bekannt gemacht hat, indem sie sich in die Nuntiatur begaben.*"

[1092] Aus den zur Verfügung stehenden Dokumenten lässt sich der rechtliche Hintergrund der Restitutionsbestimmungen nicht mehr nachvollziehen. Es wird auch verzichtet, dies hier nachzuholen, da die Rechtslage in diesem Falle sekundär ist. Es soll hier primär die Zusammenarbeit zwischen Nuntius und Seipel dargestellt werden.

[1093] Ebda., fol. 54v. Eigene Übersetzung: „*Um einer so ernsthaften Schwierigkeit abzuhelfen, glaubt die Regierung, indem sie die angesprochene Restitution als einen Materialaustausch zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich vorschlug, den Sozialisten die Grundlage ihrer zähen Opposition zu entziehen.* (…) *Es wäre deshalb die Idee oder der Wunsch von Msgr. Seipel bezüglich dieser Angelegenheit, den Heiligen Stuhl und Frankreich zusammenzubringen, um so leichter die sozialdemokratische Opposition zu bezwingen, um dem Vorwurf einer klerikalen Günstlingswirtschaft zu vermeiden.*" Neben dem Heiligen Stuhl stellte auch Frankreich Restitutionsansprüche. Um nicht den Eindruck einer vatikanischen Sonderbehandlung aufkommen zu lassen, strebte Seipel die gleiche Vorgehensweise an: „*Così si farà per la Francia, che trovasi nelle medesime condizioni della Santa Sede, volendo riavere tutti i documenti relativi all'Alsazia e Lorena che trovansi in possesso dell'Austria, ed offre perciò tutti i documenti che essa possiede riferentisi all'Austria!"* Ebda., fol. 54v. Eigene Übersetzung: „*So wird man es auch bei Frankreich machen, welches sich in derselben Situation wie der Heilige Stuhl befindet, und alle Dokumente zurück haben möchte, die Alsazia und Lorena betreffen und im Besitz Österreichs sind, und deshalb all jene Bestände anbietet, welche sie über Österreich haben.*"

erstattung die Restitutions-Kommission um Einwilligung bitten müssen. In diesem Fall wäre die Rückerstattung für den Heiligen Stuhl mit einer ganzen Reihe von diplomatischen Umständen verbunden gewesen.[1094] Im Gegensatz zu Seipel sah der Nuntius die Zustimmung der Kommission hingegen nicht als zwingend an.[1095] Schwierigkeiten (bei einer solchen Lösung) sah Sibilia hingegen in der Frage der Gegenleistung, war er doch von einer bedingungslosen Restitution ausgegangen. Da die österreichische Regierung unter diesen Umständen aber nicht bereit wäre, dem Heiligen Stuhl die gewünschten Bestände ohne Gegenleistung auszuhändigen, musste abgeklärt werden, was man Österreich im Gegenzug anbieten könnte. Nördlich der Alpen hatte man indess schon sehr konkrete Vorstellungen, wie sich der Vatikan 'erkenntlich' zeigen könnte.

> „*Questo Coverno* [sic!] *vorrebbe innanzi tutto che la S. Congregazione di PROPAGANDA desse quei documenti – qualora ne sia in possesso e non le fossero necessari- che riguardano l'Austria. In mancanza di questi, vorrebbe o un bel numero di pubblicazioni bibliografiche recenti, uscite in Inghilterra, Francia, Germania, Italia, &, delle quali è parola nell'Annesso A; ovvero vorebbe che la S. Congregazione venisse in aiuto, con diecimila lire all'anno e ciò per dieci anni, alla pubblicazione della Rivista „Historische Blätter" di cui si fa menzione nell'Annesso B.*"[1096]

Bisher gab der Nuntius der österreichischen Regierung noch keine verbindlichen Zusagen, bis auf das Versprechen, die Vorschläge dem Kardinalstaatssekretariat und der zuständigen Kongregation weiterleiten zu wollen. Bei dieser Gelegenheit erbat er dort auch weitere Instruktionen.[1097] In Rom hatte man jedoch keine Eile. Erst Anfang November 1924 ließ Kardinalpräfekt van Rossum ein Schreiben für den Nuntius aufsetzen. Darin gibt der Kardinal dem Nuntius ziemlich unverblümt zu verstehen, dass er vom bisherigen Stand der Verhandlungen nur sehr wenig halte und eine kostenlose Erledigung erwartet hatte.: „*…Le dirò francamente che questa Sacra Congregazione pensava di poter ottene-*

[1094] Eine Zustimmung der Restitutions-Kommission konnte nämlich nur dann ausgesprochen werden, wenn es von allen Nachfolgestaaten des alten Österreichs keine Einwände dagegen gab und der Heilige Stuhl die Erlaubnis all dieser Staaten zuvor eingeholt hatte. So wurde die Rechtslage zumindest von offizieller Seite Österreichs interpretiert. Der Nuntius leitete diese Stellungnahme auf seine offizielle Anfrage an das Staatssekretariat weiter. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 56ff. N° 2476, Beilage des Nuntiaturberichts, „*Aide Memoire*", Abschrift.

[1095] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 54v. N° 2476, Nuntiaturbericht, 2. Juli 1924, Entwurf. Dies war zugleich das einzige Mal, dass der Nuntius gegenteiliger Meinung als Bundeskanzler Ignaz Seipel war.

[1096] Ebda., fol. 54vf. Eigene Übersetzung: „*Diese Regierung möchte vor allem, dass die Hl. Kongregation Propaganda* [Fide] *jene Dokumente, die Österreich betreffen, übergibt, falls sie davon im Besitz ist und darauf verzichten kann. Sollten sie aber fehlen, so möchte sie gerne eine reichliche Anzahl an neueren, in England, Frankreich, Deutschland, Italien & herausgegebenen bibliographischen Publikationen, von denen im Anhang A die Rede ist; oder aber, dass die Hl. Kongregation die Herausgabe der Zeitschrift 'Historische Jahreshefte' ,von welcher in Anhang B die Rede ist, unterstützt, und zwar mit 10.000 Lire pro Jahr und das 10 Jahre lang.*"

[1097] Vgl. ebda., fol. 55.

re i volumi stessi senza alcun pagamento da parte sua…."[1098] Die Kongregation versuchte deshalb einen Materialaustausch sowie jede andere Form des Ausgleichs vorbeugend abzuwenden. Zu diesem Zweck insistierte die Kurie in dieser Angelegenheit parallel beim österreichischen Gesandten Pastor.[1099] Sorgen bereitete dem Kardinal jedoch der zwischenzeitliche Rücktritt des Bundeskanzlers. Da ihm der Nuntius aber versichert hatte, dass Seipel weiterhin über großen politischen Einfluss verfüge, empfahl er dem päpstlichen Diplomaten, sich in dieser Sache weiterhin an diesen zu halten.

> „*Ciò premesso, ora che il Revmo Monsig. Seipel, il quale, come Ella scrive stima giustissima la restituzione, ha lasciato la Presidenza del Consiglio, rimanendo però membro influentissimo di cotesto Parlamento, ritengo che a V.S. sarà più facile, servendosi anche dell'opera del detto Prelato, di ritornare sull'argomento, facendo rilevare tutte quelle ragioni che militano in favore della restituzione.*"[1100]

Inzwischen waren die Bemühungen um die Rückführung der vatikanischen Bestände in die nächste Runde gegangen. Am 25. Februar 1925 übersandte der Nuntius dem Kardinal einen weiteren Zwischenbericht. Trotz der aktiven Unterstützung von Altkanzler Seipel gab es darin keine großen Fortschritte zu vermelden. Neuigkeiten gab es lediglich im Hinblick auf die österreichischen Forderungen. Hier zeichnete sich ein Interesse an Sonderdrucken der Vatikandruckerei ab. Nun war dem Nuntius die Haltung der Kurie aber hinlänglich bekannt. Van Rossum zeigte sich nicht angetan von der Vorstellung einer verbindlichen Gegenleistung. Sibilia versicherte, eine solche Lösung nicht angestrebt zu haben:

> „*…ma mi sembra che pure qualche cosa bisongerà dare, affaciandosi sempre il timore che i socialisti ne trarrebero protesto per creare imbarazzi al Governo, il quale, se fosse totalmente libero, non mancherebbe di fare un gesto generoso degne delle nobili tradizioni della cattolica Austria.*"[1101]

[1098] ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 64. N° 3702/24, Wilhelmus M. Kardinal van Rossum an Nuntius Enrico Sibilia, 3. November 1924. Eigene Übersetzung: „*...ich werde Ihnen ehrlich sagen, dass die Heilige Kongregation dachte, dieselben Bestände ohne irgendeine Zahlung erhalten zu können…*"

[1099] Dass solche Schritte unternommen wurden, lässt sich allerdings nur durch dieses Schreiben nachweisen. Wörtlich teilte Kardinal van Rossum dem Nuntius mit: „*In tale senso ho anche parlato* (…) *con il Sig. Pastor, Ministro d'Austria presso la Santa Sede, ed egli mi ha promesso che non avrebbe mancato di informare in proposito il suo Governo.*" Ebda., fol 64r. Eigene Übersetzung: „*In diesem Sinn habe ich auch mit Herrn Pastor, dem Botschafter Österreichs beim Heiligen Stuhl* [...] *gesprochen, welcher mir versprochen hatte, seine Regierung darüber informiert zu haben.*"

[1100] Ebda., fol. 64rf. Eigene Übersetzung: „*Dies vorausgesetzt, nun da der ehrwürdigste Msgr. Seipel, welcher wie Sie schreiben die Restitution sehr schätzt, eben das Kabinett verlassen hat, aber weiterhin ein sehr einflussreiches Mitglied des Parlaments bleiben wird, glaube ich, dass es für Sie leichter sein wird, sich des Werkes des genannten Prälaten zu bedienen und auf diese Sache zurückzukommen, indem man alle Gründe ermitteln lässt, die für die Restitution sprechen.*"

[1101] ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 66f. N° 6060, Nuntius Enrico Sibilia an Wilhelmus M. Kardinal van Rossum, 25. Februar 1925, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*...mir scheint aber, dass es außerdem notwendig*

Es war nicht das erste Mal, dass die sozialdemokratische Opposition als Sündenbock vorgeschoben wurde. Diese Taktik bewährte sich schon des Öfteren im Umgang mit vatikanischen Stellen und stieß in Rom meistens auf Verständnis.[1102] Zusätzlich wollte er den Kardinalpräfekten aber gütig stimmen, indem er ihm eine Möglichkeit vorschlug, die Überführung beschleunigen zu können. Er regte an, Oskar Mitis, den Direktor des Staatsarchives, „*post factum*" mit dem vatikanischen Orden *la Gran Croce di San Silvestro* auszuzeichnen.[1103]

Der Nuntius lag mit dieser Einschätzung nicht falsch. Eine Beschleunigung der Überstellung lag ganz im Sinne der Kongregation. Auch gegen die Auszeichnung des Archivdirektors hatte der Kardinalpräfekt keine Einwände. Er ließ Sibilia am 23. März 1925 wissen, sofern die Überstellung zu Gunsten des Heiligen Stuhles ausfiele, „*…io non avrò difficoltà di proporla, dopo la restituzione, al Santo Padre…*"[1104] Was allerdings die Bedingungen der Überführung betraf, wurden die in Wien geäußerten Bedenken hinsichtlich der sozialistischen Gegenwehr geflissentlich überhört. In Rom wollte man von verbindlichen Gegenleistungen nach wie vor nichts wissen und trug dem Nuntius auf, weiterhin auf eine bedingungslose Restitution zu bestehen.[1105] Diese Beharrlichkeit Roms hatte auch Erfolg. Am 10. Juni 1925 konnte der Nuntius dem Kongregationspräfekten die Mitteilung machen, dass die hiesige Regierung beschlossen hat, die Restitution „*pura e semplice*" (sauber und einfach) im Sinne der Kongregation durchzuführen.[1106] Die Bestände wären demnach schnellstmöglich verladen worden und auf dem Weg in die Nuntiatur. Man wollte keine Zeit verlieren, „*onde evitare noie da parte dei socialisti*" (um Belästigungen von Seite der Sozialisten zu verhindern). Die schnelle Erledigung verdankte man nicht zuletzt der Archivleitung in Wien, weshalb Sibilia auch noch Dr. Josef Mayr, einen Mitarbeiter Oscar Mitis, für einen päpstlichen Orden vorschlug.[1107] Am 31. Oktober bestätigte Kardinal van Rossum schließlich den Erhalt der Bestände und teilte dem Nuntius

---

sein wird, irgendetwas zu geben, da sich ständig die Angst zeigt, dass die Sozialisten daraus Proteste [aus einer bedingungslosen Rückerstattung] *ziehen könnten, um der Regierung Unannehmlichkeiten zu bereiten, welche, wenn sie vollkommen frei wäre, nicht fehlen würde, eine großzügige Geste, würdig der noblen Tradition des katholischen Österreichs, zu setzen*."

[1102] Vgl. Kapitel 1.3.2., 84.

[1103] ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 67. N° 6060, Nuntius Enrico Sibilia an Wilhelmus M. Kardinal van Rossum, 25. Februar 1925.

[1104] ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 68. N° 6151, Wilhelmus M. Kardinal van Rossum an Nuntius Enrico Sibilia, 23. März 1925, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*ich* [Wilhelmus M. Kardinal van Rossum] *werde keine Schwierigkeiten haben, es nach der Restitution dem Heiligen Vater vorzuschlagen...*".

[1105] Ebda., fol. 68.

[1106] ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 70. N° 6418, Nuntius Enrico Sibilia an Wilhelmus M. Kardinal van Rossum, 10. Juni 1925, Entwurf.

[1107] Ebda., fol. 70.

mit, dass der Papst die Verleihung der Orden gewährt habe. Damit war in dieser Kausa ein vorläufiger Schlusspunkt gesetzt.[1108]

Dieses Quellenbeispiel ist in vielerlei Hinsicht bezeichnend für das Verhältnis Ignaz Seipels zu Nuntius Enrico Sibilia. Es zeigt anhand einer alltäglichen Situation wie gut die "amtliche" Zusammenarbeit der beiden Geistlichen funktioniert hat. Bedenkenlos konfrontierte der Nuntius den Bundeskanzler auch in Angelegenheiten, die eigentlich in seine Zuständigkeit gefallen wären. Daraus lässt sich erkennen, dass die Hemmschwelle, den Priesterpolitiker für kirchliche Belange zu interessieren, sehr niedrig war. Statt sich an die zuständigen Behörden zu wenden, suchte der Nuntius stets den direkten Kontakt zum Bundeskanzler. Selbst als dieser die Regierung verlassen hatte, wurde der vatikanische Gesandte auch weiterhin „*coadiuvato agregiamente dall'ottimo Mgr. Seipel*" (vorzüglichst von Msgr. Seipel unterstützt)[1109]. Dabei trat der Diplomat allerdings nicht als Bittsteller auf, welcher sich in gebotener Demut die Assistenz des Kanzlers erbat, sondern durchaus fordernd und mit dem Selbstverständnis, im Dienste des Papstes zu handeln.[1110]

[1108] Aufgrund eines Missverständnisses wurde die Angelegenheit Ende 1927 jedoch noch einmal aufgerollt. Dem internen Schriftverkehr zwischen dem Außenamt und der Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl ist zu entnehmen, dass es der Nuntius verabsäumt hatte, das Staatsarchiv davon in Kenntnis zu setzen, dass es zu keiner Gegenleistung durch den Heiligen Stuhl kommen sollte. Ungeduldig begann deshalb die Staatsarchivleitung 1927 über den Gesandten Pastor bei der Propaganda Fide die Gegenleistung einzufordern. Anstatt die Archivführung gemäß seiner Instruktionen vom 4. Jänner 1928 über die Abmachung zu informieren, wandte sich der Nuntius jedoch an den Bundeskanzler. Sich auf einen Auftrag Roms berufend, bat Sibilia um restlose Aufklärung in dieser Sache. Vgl. ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Weisungen 1928". Z. 97.551-13, Weisung des Außenamtes an den Gesandten, 12. März 1928. Dieses Vorgehen löste in Wien große Verwirrung aus, weshalb man den Gesandten Pastor um eine Aufklärung im Staatssekretariat ersuchte. Seinem Bericht zufolge reagierte man in Rom auf den Fauxpas des Nuntius mit Humor. „*Ich* [Ludwig Pastor] *stellte nun an Mons. Pizzardo die Anfrage, wie es sich damit verhalte, daß Nuntius Mons. Sibilia anläßlich des letzten Diplomatenempfangs sich ‚auf einen Auftrag auf Rom berufend' S.E. dem Herrn Bundeskanzler mitgeteilt habe, 'der Vatikan' habe aus der Betreibung für die Einlieferung der Druckwerke den Eindruck empfangen, ‚als ob die seinerzeit von der oesterr. Bundesregierung bewerkstelligte simple e pure restitutio der Akten der Propaganda Fide damit zurückgenommen werde.' Mons. Pizzardo schlug erstaunt die Hände zusammen und sagte „ein solcher Auftrag ist dem Nuntius vom Staatssekretariat absolut nicht gegeben worden, Mons. Sibilia muß das geträumt haben, denn ausser* [sic!] *dem Schreiben vom 4. Januar ist kein anderes an ihn ergangen. Ich begreife daher nicht, wie er auf eine solche unbegründete Annahme hin – ohne Auftrag des Staatssekretariats – S.E. den Herrn Bundeskanzler um Aufklärung ersuchen konnte, ob tatsächlich eine geänderte Haltung der oesterr. Bundesregierung vorliege.*" ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Berichte 1928". Z. 30 P., Gesandtschaftsbericht, 17. März 1928, Entwurf. Die Angelegenheit wurde schließlich durch ein Aufklärungsschreiben des Unterstaatssekretärs Pizzardo an das Haus-, Hof- und Staatsarchiv „*definitiv abgeschlossen*". ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Weisungen 1928". Z.103.620-13 Li, Weisung des Außenamtes an den Gesandten, 28. März 1928.

[1109] ASV/AdNdV, Karton 871, fol. 66. N° 6060, Nuntius Enrico Sibilia an Wilhelmus M. Kardinal van Rossum, 25. Februar 1925, Entwurf.

[1110] Vgl. Anm. 1108. Selbst als der Nuntius einem Irrtum erlag, trat er – gewiss unter Beachtung der geschuldeten Höflichkeit und des nötigen Respekts – selbstsicher vor den Kanzler und verlangte eine Klarstellung betreffend der Forderung des Staatsarchives nach einer Gegenleistung für die 73 Bände, obwohl er

Offensichtlich vertrat der Nuntius die Ansicht, dass Seipel als Priester in erster Linie dem Heiligen Stuhl verpflichtet war. Bestärkt hatte ihn in dieser Haltung das zweifellos sehr autoritätsorientierte Auftreten des Priesterpolitikers. Entsprechend dieser Sichtweise war es für Sibilia nur naheliegend, den Geistlichen in der Regierungsbank auch für kircheninterne Angelegenheiten in die Pflicht zu nehmen. Dass dieses Naheverhältnis zum Kanzler für den päpstlichen Vertreter in manchen Fällen bequem war, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Denn die Rückführung der vatikanischen Bestände hätte der Nuntius auch selbst durchführen können. Angesichts der hervorragenden Kontakte zum Bundeskanzler wäre ein offizielles Vorgehen jedoch umständlich und langwierig gewesen. Hätte er die zuständigen Stellen damit bemüßigt, wäre seine Anfrage wahrscheinlich verschleppt worden. Doch auch für die Kirchenführung sank durch die Präsenz eines Geistlichen an der Regierungsspitze die Hemmschwelle, Interventionen an höchste staatliche Stellen vorzubringen, wie weiter unten noch zu sehen sein wird.

Eine weit größere Bedeutung kam Ignaz Seipel jedoch im Hinblick auf die Informationsbeschaffung zu. Dass Enrico Sibilia gerne die qualifizierte Meinung des Kanzlers einholte, lässt sich durch vatikanische Akten gut belegen.[1111] Man kann daher mit Grund vermuten, dass Seipel auf die politische Berichterstattung des päpstlichen Botschafters "beratend" Einfluss nahm. Um diese Annahme zu untermauern, wurden die politischen Nuntiaturberichte Sibilias einer qualitativen Untersuchung unterzogen, deren Ergebnisse sich in fünf Thesen zusammenfassen lassen. Es soll dabei nicht unerwähnt bleiben, dass qualitative Forschungsmethoden auch Unschärfen mit sich bringen.[1112] Dies trifft besonders auf die Textanalyse der Nuntiaturberichte zu. Denn die Exegese eines Nuntiaturberichtes lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht nachvollziehen. Eine Untersuchung über das Zusammenwirken der unterschiedlichen Personen innerhalb der Nuntiatur und ihr

---

selbst verabsäumt hatte, das Archiv darüber in Kenntnis zu setzen, dass ein solcher Austausch nicht erfolgen werde.

[1111] Ein schönes Beispiel dafür findet sich in den Protokollbüchern der Wiener Nuntiatur. Hierin ist der gesamte geschäftliche Schriftverkehr des Nuntius aufgezeichnet. Am 5. Jänner ging in Wien ein Schreiben des Kardinalstaatssekretariats ein, worin man den Nuntius um Auskünfte allgemeiner Natur betreffend des Franz-Josef-Landes ersuchte. Am 9. Jänner reichte der Nuntius dieselbe Frage an den Bundeskanzler weiter. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 900b, fol. 150vf. Bereitwillig stand der Kanzler dem Nuntius auch Rede und Antwort, als sich dieser, angeregt durch ein vatikanisches Telegramm, unmittelbar nach Erhalt der Anfrage persönlich zum Bundeskanzler begab, um ihn nach der rechtlichen Stellung der Gesandtschaft Österreichs beim Heiligen Stuhl zu befragen. Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1924, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 57-58. N° 134/2980, Nuntiaturbericht, 11. Dezember 1924.

[1112] Da die politischen Berichte keine eigene Bestandsgruppe innerhalb des Nuntiaturarchivs bilden und auf zahlreiche Faszikel und Bestände aufgeteilt sind, unterliegt die Zuordnung als politischer Bericht rein subjektiven Maßstäben.

methodisches Vorgehen bei der Erstellung der Berichte hätte den Rahmen dieser Untersuchung gesprengt.[1113]

a) Ignaz Seipel kommt in den politischen Berichten von 1923 bis zu seinem Tod 1932 zweifelsohne eine dominierende Stellung zu.[1114] Quantitativ lässt sich dies allein aus der Anzahl der namentlichen Erwähnungen ableiten. Vergleicht man seine Präsenz in der Berichterstattung Sibilias mit der anderer Bundeskanzler des Untersuchungszeitraumes, ergibt sich eine signifikante Unverhältnismäßigkeit. In 59 von 132 ausgewerteten politischen Rapporten findet sich der Name des geistlichen Politikers. Am zweithäufigsten tritt Johannes Schober in Erscheinung, von ihm ist in 26 Berichten die Rede. Deutlich abgeschlagen folgen ex aequo an dritter Stelle Karl Buresch und Carl Vaugoin mit Erwähnungen in neun Berichten. Ihnen folgen Otto Ender in acht und Rudolf Ramek in vier Berichten. Das Schlusslicht bildet Ernst Streeruwitz, von dem nur in drei Nuntiaturberichten die Rede war.[1115] Gewiss könnte man einwenden, dass Seipel innerhalb des Untersuchungszeitraumes am längsten amtierte, womit man für die Dominanz des Priesters in den Berichten eine annehmbare Begründung fände. Dennoch erklärt dies nicht, weshalb sich Seipel, selbst in der Zeit als er nicht Bundeskanzler war, weiterhin einer so starken Präsenz in den Berichten erfreuen konnte.[1116]

[1113] Es ist an dieser Stelle das Editionsprojekt Hubert Wolfs erwähnt, welches sich der mühevollen Arbeit angenommen hat, neben der Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis auch die Entwicklungsstadien des Textentwurfes aufzuzeigen. Dies ist deshalb möglich, da sich in den Nuntiaturarchiven auch die Entwürfe der endgültigen Berichte befinden. Vgl. WWW Homepage „Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte 1917-1929“, Katholisch-Theologische Fakultät, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, http://www.pacelli-edition.de/index_pacelli.html (08.11.2011).

[1114] Für diese Untersuchung wurden innerhalb des Zeitraums vom 6. März 1923, dem ersten politischen Rapport Sibilias, bis zum 2. August 1932, dem Todestag des Prälaten, insgesamt 132 Nuntiaturberichte herangezogen. Da die Berichte unter Sibilia neben der laufenden Aktenzahl auch noch über eine eigene Rapportziffer verfügen, lässt sich das Ausmaß seiner gesamten Meldetätigkeit leicht ablesen. Bis zum 2. August 1932 verfasste er 640 Bulletins für seine Regierung. Daraus ergibt sich ein Monatsdurchschnitt von 5,6 Berichten. Die vorliegende Arbeit widmet sich vorrangig der politischen und kirchenpolitischen Berichterstattung des Nuntius. Da die Bestände des Nuntiaturarchives aber thematisch abgelegt sind und es mit Ausnahme von Mrkonjic 2008 erschienenem Inventar keinerlei sonstige Findbücher gibt, war eine lückenlose chronologische Aufarbeitung der Berichte nicht möglich.

[1115] Zu diesem Ergebnis gelangt man, wenn nach der namentlichen Erwähnung der Kanzler in den besagten 132 Nuntiaturberichten Ausschau gehalten wird. Würde man die gesamte Korrespondenz des Nuntius hinzuziehen, ergäbe sich ein noch größeres Ungleichgewicht.

[1116] Insgesamt konnten für die Zeit des “Interregnums“ nur neun politische Berichte ausfindig gemacht werden. Davon tritt in sechs Berichten der Priesterpolitiker weiterhin in Erscheinung: N° 134/2980 (11. Dezember 1924); N° 160/6325 (16. Mai 1925); N° 171/6624 (1. August 1925); N° 203/7298 (16. Jänner 1926); N° 228/7907 (21. Juni 1926); N° 241/8313 (9. Oktober 1926). In der gleichen Zeit fand der amtierende Bundeskanzler Ramek nur in drei Berichten eine namentliche Erwähnung.

b) Ebenfalls charakteristisch für die Berichterstattung Sibilias war, dass sie in enger Koordination mit dem österreichischen Priester erfolgte. Anhand zahlreicher Fälle konnte schon im Laufe der Arbeit festgestellt werden, dass den Berichten nicht selten ein persönliches Gespräch mit dem Kanzler vorausging. Selbst ein mehrwöchiger Auslandsaufenthalt Seipels konnte den Nuntius nicht davon abhalten, mit diesem in Kontakt zu treten. Den Anlass lieferte die Schulpolitik: Unterrichtsminister Emil Schneider nützte offenbar die Abwesenheit von Bundeskanzler Ramek (und wohl auch von Seipel), um auf eigene Faust einen Kompromiss in der Schulfrage mit den Sozialdemokraten zu finden.[1117] Diesen Eindruck erweckt zumindest der Nuntiaturbericht vom 21. Juni 1926. Als Ramek davon Wind bekam, unterband er umgehend die Bestrebungen seines Ministers und wechselte ihn in der Folge gegen einen anderen Quertreiber innerhalb der eigenen Partei aus. Schneiders Nachfolger wurde der Steirische Landeshauptmann Rintelen. Der Heilige Stuhl reagierte umgehend auf diese Ereignisse und bewies damit einmal mehr wie sensibel man in der Schulfrage war. In einem chiffrierten Telegramm zeigte man sich gegenüber Sibilia erleichtert, dass Ramek dieses Unternehmen in letzter Minute verhindern konnte. Sibilia wurde angetragen, sich persönlich zu Bundeskanzler Ramek zu begeben und ihm im Namen des Papstes für seine Verdienste zu danken. Wörtlich war vom noblen Verhalten („*nobile contegno*“) des Kanzlers die Rede. Der Nuntius war mit der Wahl des neuen Unterrichtsministers sehr zufrieden. Um Vorbehalten gegen Rintelen vorzubauen, ließ er das Staatssekretariat wissen, dass der gerade beim Eucharistischen Kongress in Chicago weilende Seipel die Wahl Rintelens getroffen hatte („*mi è stato riferito aver telegraficamente approvata detta scelta del Rinteln*“).[1118]

c) Die politische Berichterstattung nahm auf regionale Ereignisse so gut wie keine Rücksicht und hatte vornehmlich einen gesamtstaatlichen Fokus. Lokalpolitik rückte nur dann ins Interesse des vatikanischen Beobachters, wenn sich daraus Auswirkungen auf die Bundespolitik ergaben. Auch das Interesse für die Bundesländer hielt sich sehr in Grenzen. Gerade einmal Landtagswahlen wurden kom-

[1117] Ohne Wissen des Bundeskanzlers vereinbarte Schneider mit den Sozialdemokraten, dass der sozialistische Reformlehrplan in Wien und den größeren Städten, der ministerielle Lehrplan hingegen in den Landgebieten gelten sollte. Dieses eigenmächtige Vorgehen hatte seinen Sturz zur Folge, von welchem er zu seiner eigenen Überraschung aus der Zeitung erfahren musste. Vgl. Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 5, Wien 1988, 97.

[1118] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 660. N° 228/7907, Nuntiaturbericht, 21. Juni 1926, Entwurf.

mentiert. Ausgenommen davon blieb einzig die Bundeshauptstadt. Die Entwicklungen im "Roten" Wien wurden von Sibilia geradezu mit Argusaugen verfolgt. Die Gründe für diese einseitige Berichterstattung liegen auf der Hand. Auf Bundesebene ergaben sich aufgrund der Oppositionsrolle für die Sozialdemokraten kaum Gestaltungsmöglichkeiten und in den "schwarz" dominierten Bundesländern spielten sie ebenfalls keine große Rolle. In Wien kontrollierten sie jedoch die politischen Geschicke und konnten aus der Sicht des Nuntius"Schaden" anrichten.

d) Ein stilistisches Merkmal in der Berichtgestaltung war, dass den Ausführungen Seipels sehr viel Raum gegeben wurde. Zur Beschreibung politischer Ereignisse zog er besonders gerne die Standpunkte Seipels heran und wob sie in den Argumentationsfluss des Textes ein, wodurch sich seine eigene Meinung von der des Priesterpolitikers gelegentlich nur schwer unterscheiden ließ. Der Nuntius verfolgte damit wohl die Absicht, seine eigenen Beurteilungen durch eine anerkannte Expertise abzusichern. In sehr kompakter Form wird dies sichtbar, als er im August 1931 das Staatssekretariat über einen vorläufigen Konkordatsentwurf informierte. Der Nuntius stützte sich dabei vollständig auf die Meinung Seipels.

> „*Poi Mgr. Seipel mi parlò dello schema di Concordato e relativi annessi, comunicatigli dal Sig. Cancelliere Dr. Buresch; e mi disse che Egli lo giudica eccellente, e che presenterà qualche difficoltà solo quelle parte che esige il concorso pecuniario dello Stato per non trovarsi questo in floride condizione…*"[1119]

Das war nicht das erstemal, dass der päpstliche Diplomat Seipel um ein Gutachten in der Konkordatsfrage bemühte. Bereits im Jahr 1929 sollte der Politiker ein Gutachten für den Nuntius erstellen.[1120] Dem Aktenbestand im Nuntiaturarchiv nach zu schließen holte Sibilia kein zweites Gutachten ein oder teilte es der römischen Zentralbehörde zumindest nicht mit. Das Vertrauen in die Meinung Seipels war

[1119] ASV/AdNdV, Karton 853, fol. 149. N° 571/13106, Nuntiaturbericht, 29. August 1931, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*Danach erzählte mir Msgr. Seipel vom Konkordatsentwurf und den relevanten Anhängen, wie sie ihm vom Herrn Bundeskanzler Dr. Buresch mitgeteilt wurden; und er sagte mir, dass er ihn für exzellent erachte und dass Schwierigkeiten nur in jenen Bereichen zu erwarten sind, die den finanziellen Ausgleich mit dem Staat betreffen, der sich gegenwärtig in keinem florierenden Zustand befindet…*"

[1120] Am 2. Dezember findet sich folgender Eintrag im Tagebuch des Prälaten: „*Gutachten über österr. Konkordat (Vorschlag der Bischofskonferenz) für den Nunzius* [sic!] *ausgearbeitet und abgeliefert*." DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 2. Dezember 1929. Den Auftrag dazu bekam er schriftlich am 29. November 1929. Konkret stellte der Nuntius folgende Frage an Seipel. „*Particolarmente desidererai saper se Vostra Eccelenza crede che sia possibile ed utile celebrare una convenzione fra l'Austria attuale e la Santa Sede, e se il momento sia opportuno.*" DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 46. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 29. November 1929. Eigene Übersetzung: „*Besonders würde ich zu erfahren wissen, ob Eure Exzellenz glauben, dass es möglich und nützlich sei, eine Konvention zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl zu begehen und ob der Moment dafür günstig stehe.*"

offenbar so groß, dass er ein solches Vorgehen für unnötige Mühe hielt. Das Beispiel bestätigt gleichzeitig, dass der Nuntius durch Seipel weiterhin Einblicke in die höchsten Regierungskreise hatte, auch als dieser nicht mehr im Bundeskanzleramt saß.

e) Aus Punkt c lässt sich zugleich ein weiteres Merkmal ableiten. Aufgrund des großen Vertrauens und Ansehens, welches der Apostolische Vertreter den Einschätzungen des Prälaten entgegenbrachte, wurde dessen Einschätzungen nicht widersprochen. Die Meinungen Seipels waren 'Gesetz' und wurden in den Berichten als Absolutum vertreten. Es lässt sich in den Nuntiaturberichten kein einziges Beispiel finden, wo der Nuntius politische Entscheidungen des Priesterpolitikers gegenüber seinen römischen Vorgesetzten bemängelte oder gar kritisierte. Ganz im Gegenteil: die Bewunderung für Seipel ging sogar so weit, dass er selbst die Heimwehrpolitik Seipels kritiklos unterstützte. Besonders deutlich wird dies, als er ganz der Haltung Seipels entsprechend, dem von ihm anfänglich gelobten Kabinett Streeruwitz in seiner Berichterstattung plötzlich das Wohlwollen entzog. Denn anstatt den Sozialisten 'die Zähne zu zeigen'[1121], hätte Seipels Nachfolgeregierung ihnen wirtschaftliche Konzessionen gemacht. Die Demission des Kabinetts hielt er deshalb nur noch für eine Frage der Zeit.[1122]

f) Als Fortsetzung zum vorhergehenden Punkt muss als letztes Merkmal noch gelten, dass jede Kritik gegenüber Seipel vehement zurückgewiesen wurde. Diese Reaktion ist durchaus verständlich, zumal sich der Nuntius dadurch selbst angesprochen fühlte, da er ja inhaltlich mit dem geistlichen Staatsmann weitgehend übereinstimmte. Auch dies lässt sich anhand eines Quellenbeispiels belegen: Als in ausländischen Zeitungen kritisch über die Vorfälle in St. Lorenzen und die Rolle Seipels berichtet wurde, sah sich der Diplomat ohne Aufforderung Roms veranlasst, diese Berichte im Rapport vom 20. September 1929 entschieden zu relativieren. In einem Rundumschlag verteidigte er den Altkanzler, ohne jedoch inhaltlich auf Angriffe einzugehen. Lediglich als übertrieben und sehr ungenau in Bezug auf die interne Situation Österreichs („*molto inesatte intorno alla situazione interna dell'Austria*") bezeichnete er die dort getätigten Aussagen, deren Urheber und

[1121] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69v. N° 407/11235, Nuntiaturbericht, 20. September 1929.
[1122] Vgl. Kapitel 3.6., 218f.

Zweck für Sibilia schnell gefunden waren: „*Tali notizie non sono altro che manovre massoniche, diretta a danneggiare l'Austria di fronte all'estero…*"[1123]

Diese Thesen bedeuten im Umkehrschluss, dass der vatikanische Blick auf die Geschehnisse in Österreich bedingt durch die einseitige Wahrnehmung des Nuntius einer ständigen Schieflage unterlag. Inwiefern die Kirchenführung in Rom von diesem "toten Winkel" in der Berichterstattung wusste, bleibt allerdings fraglich, weil auch die dazugehörigen Quellenbelege widersprüchlich sind. Zum einen konnte den Verantwortlichen in Rom die Parteilichkeit des Nuntius nur schwer entgangen sein.[1124] Dem stehen zum anderen Gegenbeispiele gegenüber, die nachweisen, dass man in Zweifelsfällen sehr wohl auf die Einschätzungen der diplomatischen Vertretung in Wien vertraute.[1125] Man kann wohl davon ausgehen, dass es der Heilige Stuhl bewusst in Kauf nahm, die Berichte durch die Brille Seipels lesen zu müssen. Denn diese Perspektive sicherte dem Vatikan im Gegenzug hervorragende Einblicke in die innersten Machtzirkel Österreichs.

Das soll aber nicht bedeuten, dass die vatikanische Führung an den Absichten Seipels gezweifelt hätte. In Rom stand die Meinung des österreichischen Bundeskanzlers sogar hoch im Kurs. So wurde der Priesterpolitiker im Jahre 1923 zur Beurteilung einer heiklen diplomatischen Frage zu Rate gezogen. Im Auftrag der vatikanischen Führung sollte er in diplomatischen Kreisen die allgemeine Stimmungslage im Hinblick auf eine eventuelle Stellungnahme des Heiligen Stuhls zur französischen Ruhrbesetzung ausloten. Dieser Auftrag stellte zweifelsfrei eine große Auszeichnung für den österreichischen Priester dar, da der Vatikan der Beilegung dieses Konflikts höchste Priorität beimaß. Immerhin sah Rom im deutsch-französischen Konflikt die Ursache des gescheiterten Friedens in Europa. Mit der Beendigung dieses Konfliktes wollte man dem Frieden einen Schritt näher kommen.[1126] Aufgrund der Brisanz der Angelegenheit erfolgte der Schriftverkehr fast ausschließlich per Telegramm. Den ersten Quellenbefund in dieser Angelegenheit liefert

[1123] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 69v. N° 407/11235, Nuntiaturbericht, 20. September 1929. Eigene Übersetzung: „*Diese Meldungen sind nichts anderes als freimaurerische Manöver, die darauf gerichtet sind, Österreich im Ausland zu schädigen…*"

[1124] Dieser Vorwurf wurde von bedeutender Seite vorgebracht. Die vom Papst eingesetzten Apostolischen Administratoren für die österreichische(n) Benediktinerkongregation(en) unterstellten Enrico Sibilia bekanntlich, bei der von Rom ausgehenden Reform der Benediktinerklöster gegen die Interessen der Kurie gearbeitet zu haben. Vgl. Kapitel 1.3.2., 83.

[1125] Für die Nachbesetzung des Wiener Erzbistums wurde die von Sibilia zusammengestellte Kandidatenliste beispielsweise die wichtigste Entscheidungsgrundlage des Heiligen Stuhls, wenngleich man sich das Urteil von verschiedenster Seite absichern ließ. Vgl. Kapitel 3.8., 249-259.

[1126] Über die Haltung des Heiligen Stuhls gegenüber den Pariser Friedensverträgen wurde bereits ausführlich im Kapitel 1.2.2. berichtet. In diesem Zusammenhang war auch von der unnachgiebigen Position Frankreichs in Restitutionsfragen die Rede, welche vom Vatikan scharf verurteilt wurde. Vgl. Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe, 1971, 63.

eine verschlüsselte Depeche des Wiener Nuntius vom 23. März 1923. Die Eilnachricht war für Staatssekretär Pietro Gasparri bestimmt. Darin informierte der Gesandte seinen Vorgesetzten über einen Besuch des Bundeskanzlers in der Nuntiatur. Auf vertraulichem Wege teilte ihm dieser mit, „*che ha ragioni di credere che una intervenzione Santo Padre fra Germania e Francia nella nota questione sarebbe bene accolta dalla Germania stessa ed anche dall'Inghillterra e dagli Stati Uniti.*"[1127] Gleichzeitig gab Seipel dem vatikanischen Vertreter aber zu verstehen, dass er es vorziehen würde, über die Details mit dem Papst persönlich zu sprechen. Woher diese Vorsicht rührte, ist nicht klar. Möglicherweise fehlte es noch am Vertrauen zum neuen Nuntius. Immerhin hatte er Enrico Sibilia bis dahin nur zwei Mal zu Gesicht bekommen.[1128] Wahrscheinlicher ist allerdings, dass er seine Kontakte nach Rom möglichst diskret halten wollte. Es sollte nicht publik werden, dass er im Auftrag des Heiligen Stuhls tätig war. Deshalb folgte noch im selben Telegramm das von einer starken Autoritätshörigkeit gekennzeichnete Angebot, auf Wunsch des Heiligen Stuhls, gegebenenfalls auch unter Angabe von Vorwänden, nach Rom zu kommen („[*s*]*e Sua Santità fosse disposta udire Monsignor Seipel, egli si porterebbe a Roma sotto qualsiasi pretesto, volendo che tale vero scopo rimanga assolutamente segreto.*").[1129] In Rom wollte man nichts überstürzen und hielt die Audienzbestätigung vorerst zurück. Zuvor wollte man noch wissen, auf welche Quellen sich der Kanzler berief und wie er die Haltung Frankreichs beurteilte.[1130] Noch ehe dieses Telegramm in Wien eintraf, stattete Bundeskanzler Seipel – diesmal in Begleitung von Außenminister Grünberger – dem Nuntius einen weiteren Besuch ab.[1131] Sie teilten ihm mit, dass man einem Treffen mit Mussolini in Mailand zugestimmt hätte. Seipel sollte am 30. März anlässlich eines feierlichen Banketts mit dem italienischen Ministerpräsidenten zusammentreffen.

[1127] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 504. N° 84, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 23. März 1923, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*dass er Grund zu glauben habe, dass eine Intervention des Heiligen Vaters in der bekannten Frage zwischen Deutschland und Frankreich von Deutschland selbst und auch von England und den Vereinigten Staaten gut aufgenommen würde*." Seipel traf zwischen 23. und 28. März 1923 konzentriert mit ausländischen Geschäftsträgern zusammen. Am 24. März kam es beispielsweise zu einem Treffen mit dem französischen Gesandten Pierre Lefèvre-Pontalis. Diesen suchte er nach einem neuerlichen Besuch beim Apostolischen Nuntius am 26. März noch einmal auf. Für den gleichen Zeitraum lassen sich auch Begegnungen mit dem deutschen Gesandten nachweisen. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 86f.

[1128] Das erste Treffen mit Sibilia fand am 27. Februar 1923 statt. Eine weitere Zusammenkunft erfolgte am 5. März anlässlich des offiziellen Empfangs. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 76v u. 79r.

[1129] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 504. Eigene Übersetzung: „*Wenn Seine Heiligkeit die Absicht haben würde, Monsignore Seipel anzuhören, würde er sich unter irgendwelchen Vorwänden nach Rom begeben, damit die wahren Ziele absolut geheim gehalten werden*."

[1130] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 507. N° 19, chiffriertes Telegramm: Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Nuntius Enrico Sibilia, 25. März 1923, Aufgabevermerk: „*ore 15*".

[1131] Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 86v, 25. März 1923.

Danach könnte er sich sofort von Mailand nach Rom begeben, „*se Sua Santità si degnasse riceverlo*“ (sofern ihn seine Heiligkeit zu empfangen bereit ist). Allerdings, so wurde betont, verfüge der Kanzler nur über ein sehr kleines Zeitfenster, da er bereits am 2. April wieder in Wien anwesend sein müsste. Dies war wohl auch ein subtiler Wink, dass man die Audienz endlich bestätigt wissen wollte. Ob das Treffen mit dem italienischen Regierungschef im Zusammenhang mit Seipels geheimer Mission stand und einer Sondierung der italienischen Haltung diente, kann der Depeche nicht entnommen werden.[1132]

Am nächsten Tag, dem 26. März, wurde der Kanzler erneut beim Nuntius vorstellig. Der Zweck dieses neuerlichen Besuches lässt sich leicht erahnen. Seipel entsprach der vatikanischen Anfrage und nannte dem Nuntius die Quellen, welche eine Intervention des Heiligen Stuhls guthießen.[1133] Im Falle von Deutschland berief er sich auf den deutschen Botschafter in Wien, der die Zusage gegeben hat, dass seine Regierung eine Intervention des Heiligen Stuhls begrüßen würde. Was England und Amerika anging, verließ man sich auf den österreichischen Botschafter in Berlin, der positive Signale von Seiten der angelsächsischen Diplomaten erkennen konnte. Im Falle Frankreichs meldete Seipel hingegen Bedenken an und empfahl, noch weitere Informationen abzuwarten.[1134] Noch am selben Nachmittag wollte er dazu ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Pierre Lefèvre-Pontalis führen.[1135] Auf diese Auskünfte schien man in Rom noch gewartet zu haben. Noch am selben Nachmittag erreichte die Wiener Nuntiatur das ersehnte Telegramm von Kardinal Gasparri, worin die Audienz für Seipel genehmigt wurde.[1136] Alles weitere wurde zwischen dem Papst und dem Priesterkanzler unter vier Augen besprochen.[1137] Dass es zu diesem Treffen aber beinahe nicht gekommen wäre, wird im Kapitel 4.2.1. nachzulesen sein.

[1132] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 506. N° 91, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 25. März 1923, Aufgabevermerk: „*2,50 pm*“.

[1133] Dieses Gespräch führte Seipel mit dem Nuntius unter vier Augen. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 87, 26. März 1923.

[1134] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 505f. o.Z., chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 26. März 1923, Abschrift.

[1135] Laut Seipels Tagebuch fand dieses Treffen tatsächlich am 26. März 1923 statt. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 87.

[1136] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 508. N° 20, chiffriertes Telegramm: Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Nuntius Enrico Sibilia, 26. März 1923, Vermerk: „*Ricevuto a Vienna il 26. marzo 1923, ore 5,5 pom.*“.

[1137] In den *Affari ecclesiastici* zu Deutschland findet sich ein Schreiben von Gustavo Testa, dem damaligen Sekretär der Wiener Nuntiatur, das nachweist, dass Seipel dem Heiligen Stuhl auch nach seiner Intervention weiterhin Informationen über den französisch-deutschen Konflikt zuspielte. Welcher Art diese Informationen waren, lässt das Schriftstück jedoch unerwähnt. Vgl. ASV/AES, Germania, Pos. 530 P.O., Fasz. 57, fol. 21. N° 21418, Gustavo Testa an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 8. September 1923.

4.2. Ein „Diener zweier Herren“ – Loyalitätskonflikte eines christlichen Staatsmannes

4.2.1. Nie gegen die Interessen Österreichs

> „*Auch behauptete keiner, dass der Priester Seipel der Versuchung unterlag, sein Amt zu Gunsten der Interessen der katholischen Kirche in vordringlicher Weise auszunützen*.“[1138]
>
> Karl Bardolff

Aus den im vorhergehenden Kapitel präsentierten Ergebnissen von Rupert Kliebers Untersuchung über die Ostpolitik des Vatikans lässt sich die These ableiten, dass Seipel Interventionen des Heiligen Stuhls nur soweit nachgab, als er dadurch nicht die Interessen des österreichischen Staates aufs Spiel setzte.

> „Insofern hat die österreichische Diplomatie der Ersten Republik kirchlichen Anliegen in der Sowjetunion zwar willfährig ihr Ohr geliehen und etliche Schritte zu ihren Gunsten erwogen, umgesetzt wurden jedoch nur einige wenige Maßnahmen, deren Durchführung keinerlei Beeinträchtigung der öffentlich als übergeordnet betrachteten staatlichen wie wirtschaftlichen Interessen erwarten ließ.“[1139]

Diese These findet auch in der eigenen Untersuchung mehrfache Bestätigung. Als es beispielsweise unter Begleitung eines weltweiten Aufschreis von Katholiken während der Präsidentschaft Plutarco Elias Calles (1877 – 1945) zu schweren Repressionen gegen die katholische Kirche in Mexiko kam, sah sich Ignaz Seipel zwangsweise vor die Wahl gestellt, entweder seinen religiösen Gefühlen nachzugeben oder der Staatsräson den Vorrang zu geben.[1140] Mit öffentlichen Solidaritätsbekundungen und lautstarkem Protest machte die internationale katholische Presse auf die Situation der Katholiken Mexikos

[1138] DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 4, Fasz. 3, o.fol. Nachlasssammlung Karl Bardolff, Der missglückte Besuch bei Seipel 1926.
[1139] Klieber, Bundeskanzler Seipel und die österreichische Diplomatie der Ersten Republik, 2005, 502.
[1140] Der Ausbruch der mexikanischen Revolution im Jahr 1913 hatte eine Verschärfung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat zur Folge und endete 1925 in blutigen Verfolgungen von Katholiken und bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Ausgelöst wurde diese Verfolgung durch eine Auseinandersetzung um das Kirchengut. Unter kirchenfeindlichen Vorzeichen sollte nach französischem Vorbild die Trennung von Kirche und Staat gewaltsam herbeigeführt werden. Die Kirche wiederum setzte die Gottesdienste aus und die katholischen Bauern erhoben sich im Aufstand der *Cristiada*. Zur Kirchenverfolgung in Mexiko vgl. Jean-André Meyer, Lateinamerika, in: Jean-Marie Mayeur u.a., Hgg., Erster und Zweiter Weltkrieg. Demokratien und totalitäre Systeme (1914-1958) (Die Geschichte des Christentums 12), Freiburg i.B. 1992, 1169-1179.

aufmerksam und versuchte damit Druck auf die dortige Regierung auszuüben.[1141] Angetrieben wurde diese mediale Kampagne von der Kurie, die die Welt ständig mit neuen Informationen aus Mexiko versorgte.[1142] Neben der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, schöpfte der Heilige Stuhl auch alle zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel aus, um die Lage der Katholiken in Mexiko zu verbessern. Große Hoffnungen setzte man dabei auf die Hilfe der USA, die als Nachbarland und wichtiger Handelspartner Mexikos theoretisch über effektive wirtschaftliche Druckmittel verfügten. Um die Vereinigten Staaten für die 'katholische Sache' zu gewinnen, entstanden schon bald Initiativen, die in offenen, an den amerikanischen Präsidenten gerichteten Rundschreiben Maßnahmen gegen die mexikanische Regierung forderten. Ein solcher Aufruf erreichte zu Beginn des Jahres 1928 auch den Gesandten Österreichs beim Heiligen Stuhl. Der Katholik Pastor sah es als seine religiöse Pflicht, diesem Aufruf mit einem eigenen Telegramm an Präsident Coolidge zu folgen. Als erfahrener Diplomat ließ er sich aber zu keinen voreiligen Schritten hinreißen. Am 9. Februar setzte er ein Schreiben nach Wien auf, um die nötige Zustimmung einzuholen:

> „*In einem Aufruf, der auch an mich gelangt ist, wird das Verlangen gestellt, ein Kabeltelegramm an den Präsidenten Coolidge zu richten, um in höflicher Weise im Namen der Menschlichkeit und Civilisation zu bitten, die bisher im guten Glauben der gegenwärtigen Regierung von Mexiko gewährte Unterstützung einzustellen. Als überzeugter Katholik möchte ich gerne diesem Verlangen entsprechen und erlaube mir hiermit anzufragen, ob dem etwas entgegensteht.*"[1143]

Im Außenamt zeigte man Verständnis für Pastors Ansuchen, gab seiner Bitte aber mit dem Verweis auf mögliche diplomatische Schwierigkeiten nicht statt:

> „*Bei aller Anerkennung der Bedeutung dieser Kundgebung für die katholische Sache und Ihres Bedürfnisses, Ihren katholischen Gefühlen bei dieser Gelegenheit Ausdruck zu geben, kann ich mich der Aussicht nicht anschließen, dass ein solches*

[1141] Wie im Falle der Sowjetunion versuchte der Heilige Stuhl die Weltmeinung gegen das Regime in Mexiko zu mobilisieren. Vgl. Heribert F. Köck, Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls. Dargestellt an seinen Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen, Berlin 1975, 278.

[1142] Am Beispiel Österreichs wird deutlich, mit welcher Energie der Heilige Stuhl in dieser Angelegenheit vorging. In einem Schreiben vom 14. Jänner 1932 teilte der Kardinalstaatssekretär dem Nuntius mit, welche Rolle der Vatikan für die katholische Presse im Kampf gegen das Regime in Mexiko vorgesehen hatte. „*Per venerato ordine del Santo Padre Le rimetto gli acclusi appunti affinché Ella possa far preparare dalla stampa di costi degli articoli che illuminino i lettori sulla grave situazione. I giornali cattolici dovrebbero porsi all'avanguardia di questa campagna di stampa. Di tali appunti si vale anche l'Osservatore Romano.*" ASV/AdNdV, Karton 855, fol. 514. N° 84/32 Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius. Eigene Übersetzung: „*Auf geschätzte Anordnung des Heiligen Vaters vertraue ich Ihnen die angefügten Notizen an, damit Sie von der Presse Artikel vorbereiten lassen können, die die Leser über die schwierige Situation aufklären sollen. Die katholischen Zeitschriften sollten sich an die Spitze dieser Pressekampagne stellen. Auch der Osservatore Roman bedient sich dieser Punkte.*"

[1143] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1928", fol. 417r. Z. 14 P., Gesandtschaftsbericht, 9. Februar 1928.

Hervortreten Ihrerseits mit Rücksicht auf Ihre Eigenschaft als diplomatischer Vertreter Österreichs beim Hl. Stuhle zu Missdeutungen Anlass geben und möglicherweise auch zu unerwünschten politischen Weiterungen führen könnten.“[1144]

Als Angehöriger des österreichischen diplomatischen Korps hätte Pastor, den um Neutralität bemühten außenpolitischen Kurs seiner Bundesregierung kennend, mit einer solchen Reaktion rechnen müssen. Immerhin schwelte der Konflikt zwischen der mexikanischen Staatsführung und dem Heiligen Stuhl schon seit mehreren Jahren und noch nie war es zu einer klaren Positionierung der österreichischen Bundesregierung in dieser Frage gekommen. Daran konnten auch die Bemühungen des Apostolischen Nuntius nichts ändern, welcher der Staatsführung eine Stellungnahme abringen wollte. Dem indirekten Appell aus Rom, öffentlich gegen die Religionspolitik Mexikos aufzutreten, war man Anfang 1927 geschickt ausgewichen.[1145] In Wien zeigten die zuständigen Behörden nur wenig Ambitionen, dem vatikanischen Ansuchen nachzukommen und versuchten die Angelegenheit vorerst auf Eis zu legen, wie einem internen Aktenvermerk vom 9. Februar 1927 zu entnehmen ist.

„*Eine solche Parteinahme widerspräche unserer traditionellen Politik, gute Beziehungen mit allen Staaten aufrecht zu erhalten. Diese Politik involviert, im Falle zwischen zwei Mächten (Heiliger Stuhl – Mexiko) ein Konflikt, welcher Art immer, ausbricht, strengste Neutralität*. (…) *Eine Stattgebung des von der Nunziatur* [sic!] *ausgedrückten Wunsches des Heiligen Stuhles kann daher nicht ins Auge gefaßt werden. Es dürfte sich empfehlen, Seine Exzellenz den Herrn Nuntius, falls er auf die Angelegenheit zurückkommen sollte, andeutungsweise im obigen Sinne mündlich zu informieren.*“[1146]

[1144] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 563, Fasz. „Liasse Mexiko 3-9“, fol. 168. Z. 20666, Weisung des Außenamtes an den Gesandten, 13. Februar 1928.

[1145] Schon 1926 wurde der Gesandte Pastor bei diversen Audienzen im Apostolischen Palast mit dem Ausmaß der mexikanischen „Kirchenverfolgung“ konfrontiert. Österreich wusste demnach, wie bedrohlich der Heilige Stuhl die Situation in Mexiko einschätzte. Überhaupt ging die Kurie in ihrer Mexikopolitik sehr systematisch vor. Zunächst betrieb man über die Nuntiaturen eine gezielte Informationspolitik. Bei diplomatischen Empfängen sollten in weiterer Folge Regierungsvertreter über die Lage in Mexiko unterrichtet werden. ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 563, Fasz. „Liasse Mexiko 3-9“, fol. 144 u. 146. Im nächsten Schritt wandte man sich an die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter und brachte das Thema erneut vor. Der Kardinalstaatssekretär überreichte dem österreichischen Gesandten beispielsweise am 12. August 1926 ein Schreiben über die „traurigen Verhältnisse“ in Mexiko. Ebda., fol. 152. N° 1861/26, Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Ludwig Pastor, 12. August 1926. Mit zunehmender Verschärfung der Lage erhitzten sich auch im Vatikan die Gemüter. Der sonst so nüchterne Gasparri ließ sich in einem Anflug emotionaler Erregung zu einer äußerst scharfen Bemerkung über Präsident Calles hinreißen. „*Sehen Sie sich einmal dessen Porträt an, er hat durchaus die Physiognomie eines wahren Banditen.*“ Ebda., fol. 155. Z. 119 P., Gesandtschaftsbericht, 29. Oktober 1926. Am 11. Jänner 1927 erreichte das Außenamt ein weiteres Schreiben des Heiligen Stuhls. Auch diesmal informierte man Wien über die Schreckenstaten der mexikanischen Regierung und fügte erstmals die konkrete Bitte nach einer öffentlichen Stellungnahme Österreichs in dieser Angelegenheit hinzu. Vgl. ebda., fol. 161. N° 8633, Promemoria über die Verhältnisse in Mexiko, 10. Jänner 1927.

[1146] Ebda., fol. 160r. Z. 20098-13/1927, Amtsvermerk des Außenamtes, 9. Februar 1927.

Für Seipel, der als amtierender Bundeskanzler diesen Kurs mitverantwortete, gestaltete sich das Eintreten für diese Position nicht ganz so einfach wie für die Mitarbeiter des Ministeriums. Immerhin musste er als Priester den päpstlichen Gesandten persönlich davon überzeugen, dass eine Parteinahme Österreichs ausgeschlossen sei. Denn parallel zum offiziellen Schreiben an die Bundesregierung wollte der Nuntius am 10. Jänner auch beim Bundeskanzler persönlich auf das Ausmaß der barbarischen, religiösen Verfolgung in Mexiko („*lo stato di barbare persecuzione religiosa nel Messico*“)[1147] aufmerksam machen. Die Weisung, einen solchen Schritt bei der österreichischen Regierung zu setzen, erhielt der Nuntius am 8. Jänner 1927 per Eildepeche. Auch wenn die römische Instruktion mit keinem Wort erwähnte, den Kanzler in dieser Frage zu bedrängen, kann die persönliche Kontaktaufnahme dennoch als Druckausübung gewertet werden.[1148] Das Regierungsoberhaupt versicherte dem Nuntius, sich die Angelegenheit zu Herzen („*preso a cuore*“) nehmen zu wollen. Welche Maßnahmen er konkret einleitete, berichtete er Sibilia erst in einem nachfolgenden Treffen. Bis dahin blieb Seipel nicht untätig. Er gab an, die Sache im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten („*Commissione parlamentare per gli affari esteri*“) diskutiert zu haben. Bei passender Gelegenheit wollte er die Angelegenheit auch dem Nationalrat vorlegen. Zusätzlich hätte er nach eigenen Angaben bereits bei sämtlichen in Österreich akkreditierten Botschaftern, allen voran dem amerikanischen Gesandten, einem persönlichen Freund des Kanzlers, vorgesprochen und „*il desiderio del Governo austriaco di veder le Nazioni adoperarsi efficacemente onde far cessare nel Messico la barbara persecuzione*“ mitgeteilt.[1149] Dass es dabei auch zu einem Gespräch mit dem mexikanischen Botschafter in Wien kam, lässt sich einem Bericht Pastors entnehmen, der in die Unternehmungen des Bundeskanzlers offenbar eingeweiht war. Am 4. Februar übermittelte er Seipel den Dank des Kardinalstaatssekretärs für die vermittelnden Gespräche mit dem mexikanischen Diplomaten.

[1147] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 363. N° 8631, Telegramm: Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Nuntius Enrico Sibilia.

[1148] Laut Angabe eines Promemorias hielt sich Sibilia bei der Schilderung der Lage in Mexiko streng an das Telegramm des Kardinalstaatssekretariats vom 7. Jänner 1927. Darin wurde der mexikanischen Regierung vorgeworfen, nun auch die privaten religiösen Handlungen unter Strafe gesetzt zu haben. Als Beispiel nannte man eine Verordnung, die es verwitweten Frauen untersagte, als Zeichen der Trauer schwarze Kleidung zu tragen. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 365. N° 8633, „*Promemoria*“, 26. Jänner 1927.

[1149] Ebda., fol. 365. Eigene Übersetzung: „*den Wunsch der österreichischen Regierung, dass sich die Nationen wirkungsvoll für eine Beendigung der barbarischen Verfolgungen in Mexiko bemühen*“. Die Tagebücher des Prälaten bestätigen, dass es im Zeitraum vom 8. bis 26. Jänner 1927 zu Treffen mit diplomatischen Vertretern gekommen ist. Mit dem französischen Botschafter Beaumarchais nahm er am 10. Jänner ein „*Abschiedsfrühstück*“. Zwei Tage später kam es zur „*Verabschiedung Beaumarchais* [am] *Westbahnhof*“. Ob Seipel gegenüber dem scheidenden Diplomaten die Angelegenheit zur Sprache brachte, lässt sich nicht nachweisen. Eine günstigere Gelegenheit in dieser Frage zu intervenieren, bot zweifellos der „*Diplomatenempfang*“ am 24. Jänner 1927. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 8, 133-139.

„Jn der heutigen Audienz sprach Kardinalstaatssekretär Gasparri mit grosser Genugtuung davon, dass Eure Excellenz sich mit dem mexikanischen Gesandten in Wien in Verbindung gesetzt hätten, wodurch dem Heil. Stuhl ein wichtiger Dienst erwiesen worden sei, denn, wie S. Eminenz lächelnd hinzufügte, an den mexikanischen Gesandten beim italienischen Hofe können wir uns nicht wenden."[1150]

Obwohl sich nicht mehr erschließen lässt, in welcher konkreten Angelegenheit Seipel beim mexikanischen Gesandten vermittelnd tätig wurde, ist es dennoch ein weiteres Beispiel dafür, wie taktisch klug der Priesterpolitiker die österreichische Diplomatie in den Dienst des Heiligen Stuhls stellte. Einerseits gelang es ihm die neutrale Haltung Österreichs aufrechtzuerhalten – es kam nie zu einer offiziellen Note Österreichs; seine Dienste blieben eigentlich auf eine symbolische Größe reduziert. Andererseits erweckte er bei der Kurie durch solche Gesten den Eindruck, der Kirchenführung stets loyal zur Seite stehen zu wollen.

In einem zweiten Beispiel erfährt die eingangs präsentierte These, wonach Seipel niemals zu Lasten der österreichischen Staatsinteressen für vatikanische Anliegen eintrat, eine weitere Präzisierung. Demnach bedurfte es nicht unbedingt vatikanischer Interventionen, um die Loyalität des Priesterpolitikers auf die Probe zu stellen. Ungemein größer war dessen innerer Konflikt in Situationen, die dem geweihten Staatsmann ein klares Bekenntnis abverlangten. Vor eine solche Entweder-Oder-Wahl sah sich Seipel im Frühjahr 1923 gestellt, als die Verpflichtungen des geistlichen mit jenen des staatlichen Amtes zu kollidieren drohten. Denn kurz bevor er eine Romreise antreten wollte, musste er sich entscheiden, ob er als österreichischer Regierungschef zuerst dem italienischen König seine Aufwartung machen sollte oder als katholischer Priester dem Papst den Vorrang geben musste. Der Besuch des österreichischen Regierungschefs wurde im Vatikan schon ungeduldig erwartet.[1151] Einen genauen Termin der schon lange angekündigten Reise wollte man in Wien allerdings nicht festlegen. Den Gesandten Pastor brachte diese Unklarheit mit der Zeit in eine so unangenehme Situation, dass er die zuständigen Stellen am 22. März 1923 etwas ungehalten um eine rasche Entscheidung ersuchte.

[1150] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1927", fol. 266. Z. 22 P., Gesandtschaftsbericht, 4. Februar 1927.
[1151] Bereits im Mai 1922, also noch vor der Übernahme der ersten Kanzlerschaft, wollte die Kirchenführung den Prälaten persönlich zu Gesicht bekommen. Am 13. Mai findet sich folgender Eintrag in Seipels Tagebuch: „*Abermals Brief von Pastor mit der Aufforderung nach Rom zu kommen, diesmal durch Kard. Gasparri selbst, erhalten.*" DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 5, 97.

„*Bei dem grossen Jnteresse* [sic!]*, das man einem Besuch des Bundeskanzlers in Rom auch im Vatikan entgegenbringt, bin ich dort von verschiedenen Seiten über die Angelegenheit befragt worden. Da es nicht angeht, dass ich über eine so wichtige Angelegenheit immer ausweichend antworten muss, bitte ich baldmöglichst um eine Jnformation* [sic!] *nebst Angabe, wie weit ich davon im Vatikan Gebrauch machen darf.*“[1152]

Als Pastor diese Zeilen verfasste, konnte er jedoch nicht ahnen, dass Seipel mit den vatikanischen Behörden bereits in engstem Kontakt stand und schon eifrig an der Reiseplanung arbeitete. Die Dinge, die es zwischen dem österreichischen Prälaten und dem Heiligen Stuhl zu besprechen gab, waren von solcher Wichtigkeit, dass sie Seipel nicht einmal seinem Beraterstab anvertraute. Selbst Telegramme schienen ihm ungeeignet für die Übermittlung solch brisanter Inhalte.[1153] Am 23. März ließ der Nuntius seine Vorgesetzten in einem Telegramm wissen, dass der Kanzler beabsichtige, in der Geheimsache persönlich beim Papst vorsprechen zu wollen. Um die Geheimhaltung müsste man sich in Rom keine Sorgen machen, ließ der Bundeskanzler vermelden.[1154] Daraufhin begannen die Drähte zwischen der Wiener Nuntiatur und dem Kardinalstaatssekretariat heiß zu laufen. Ein Telegramm folgte nun dem nächsten.[1155] Am 25. März teilte der Nuntius dem Staatssekretariat Seipels Reisepläne mit. Diese sahen ein Zusammentreffen mit Mussolini am 30. März in Mailand vor. Einen Tag später wollte der Kanzler in Rom eintreffen. Der Nuntius wiederholte bei dieser Gelegenheit das bisher unberücksichtigte Ansuchen einer Papstaudienz für Seipel und merkte an, dass der Kanzler aufgrund bestehender Terminverpflichtung nur bis zum 2. April in Rom verweilen könnte.[1156] Die Antwort aus Rom traf tags darauf in Wien ein: „*Nulla osta venuta Cancelliere, purche egli venga prima dalla Santa Sede.*“[1157] Seipel wurde die Audienz genehmigt, allerdings knüpfte man sie an eine Bedingung, welche Seipel in einen ernsthaften Interessenskonflikt brachte und die gesamte Romreise des Kanzlers zu gefährden drohte. Der Papst vertrat nämlich die Ansicht, dass Seipel als Priester zuerst ihn zu besuchen hätte.[1158] Der Kanzler ließ dem Nun-

[1152] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923“, fol. 435. Z. 51 P., Gesandtschaftsbericht, 22. März 1923.
[1153] Über die Hintergründe seiner Reise wurde im Kapitel 4.1.2. ausführlich berichtet.
[1154] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 504. N° 84, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 23. März 1923, Abschrift.
[1155] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 504-512.
[1156] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 506. N° 91, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 25. März 1923, Abschrift.
[1157] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 508. N° 99, chiffriertes Telegramm: Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Nuntius Enrico Sibilia, 26 März 1923, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Nichts hindert das Kommen des Kanzlers, vorausgesetzt er kommt zuerst zum Heiligen Stuhl.*“
[1158] Dass diese Forderung des Papstes Seipel in einen inneren Konflikt brachte, blieb seinem engen Mitarbeiter Sektionschef Müller nicht verborgen. Vgl. Nautz, Unterhändler des Vertrauens, 1990, 133.

tius deshalb bestellen, dass ein Einhalten dieser Bedingung unter den gegebenen Umständen für ihn nicht möglich wäre. Denn auch die italienische Regierung bestand auf den Erstbesuch („*insiste che prima visita sia Quirinale*"), wie der Nuntius nach Absprache mit Seipel seine Vorgesetzten am 25. März zu überzeugen versuchte.[1159] Außerdem betonte er, dass die ökonomische Situation Österreichs es gegenwärtig nicht erlauben würde, Italien vor den Kopf zu stoßen: „*altrimenti si avrebbero dannose conseguenze*."[1160] Doch damit wollte es Seipel noch nicht belassen. Der bloße Verweis auf die wirtschaftliche Situation Österreichs, hätte die Sache nur unnötig in die Länge gezogen, an seiner ausweglosen Situation aber nichts geändert. Wollte er sich aus diesem Loyalitätskonflikt unbeschadet herausmanövrieren, blieb ihm nur eine Möglichkeit. Er setzte alles auf Karte und kündigte dem Nuntius seinen Rücktritt an.

> *„Cancelliere protesta rinunziare visita Roma e presidente Governo piùttosto che fare cosa non gradita Santa Sede. Mussolini insiste che prima visita sia Quirinale. Andata cancelliere Roma sarebbe di alta importanza economica austriaca: Altrimenti si avrebbe dannosa consequenza. In tal caso Cancelliere dovrebbe dare dimissioni tornato appena da Milano. Tale crisi porterebbe seco eccessi contro Santa sede nunziatura chiesa. Ministo* [sic!] *Austria Roma incaricato trasmettere urgenza risposta S. Sede a Milano.*"[1161]

Mit dieser Reaktion hatte man in Rom nicht gerechnet. Die Formulierung war so gewählt, dass man nicht wusste, ob man sich darüber beeindruckt oder verärgert zeigen sollte. Denn die Ankündigung, unter diesen Umständen demissionieren zu wollen, bedeutete nichts anderes, als dass Seipel dem Vatikan mit seinem Rücktritt drohte, sollte ihm die Audienz verweigert werden. Gleichzeitig konnte der Text aber auch als Geradlinigkeit und unbedingte Papsttreue ausgelegt werden, versicherte er doch der Kirchenführung damit, eher seinen Posten aufzugeben, als den Heiligen Vater brüskieren zu wollen. Letztendlich spielte Seipel mit diesem Schachzug den Ball zurück nach Rom. Es oblag

---

[1159] Auch in dieser Angelegenheit zeigt sich wieder das enge Zusammenspiel von Nuntius und Bundeskanzler. In zahlreichen persönlichen Treffen hatte man von Wien aus die Vorbereitungen für den heiklen Staatsbesuch getroffen. Nachweisliche Treffen mit dem Nuntius fanden am 23., 25., 26. und 27. März 1923 statt. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, 86v-87v.

[1160] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 509. N° 119, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 25. März 1923, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*andernfalls würden negative Konsequenzen drohen*".

[1161] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 846, 847, 848 P.O., Fasz. 20, fol. 48. N° 15385, chiffriertes Telegramm: Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 25. März 1923, Abschrift. (in Rom am 29. März 1923 eingelangt). Eigene Übersetzung: „*Der Kanzler behauptet eher auf den Rombesuch und den Regierungsvorsitz zu verzichten, als etwas zu machen, was dem Heiligen Stuhl nicht genehm ist. Eine Romreise des Kanzlers wäre von höchstem ökonomischen Interesse für Österreich: andernfalls gäbe es schädliche Konsequenzen. In diesem Fall müsste der Kanzler seine Demission sofort nach seiner Rückkehr aus Mailand geben. Eine solche Krise könnte arge Übertriebenheiten gegen den Heiligen Stuhl, den Nuntius und die Kirche mit sich bringen.*"

nun dem Heiligen Stuhl, eine Lösung zu finden. Damit befand sich nun der Vatikan in einer verfahrenen Situation. Seit Jahren war man deshalb gerade bei hochoffiziellen Anlässen bemüht, durch die strenge Einhaltung der diplomatischen Usancen, die völkerrechtliche Souveränität des Kirchenstaates zu demonstrieren. Die vatikanische Führung fürchtete deshalb, dass eine Ausnahme für den österreichischen Bundeskanzler die gesamten Bemühungen der letzten Jahre zunichte gemacht hätte und von der italienischen Regierung als Beilegung der „Römischen Frage" interpretiert werden könnte. Im Vatikan vertraute man deshalb auf ein bewährtes Mittel und versuchte das Problem zunächst auszusitzen. Als man am 28. März noch immer keine Antwort erhielt, wurde man in Wien ungeduldig und drängte auf eine Rückmeldung. Diese 'unangenehme' Aufgabe überließ Seipel jedoch den staatlichen Behörden. In einem offiziellen Schreiben wandte sich das Außenministerium an die Nuntiatur und erneuerte die Rücktrittsankündigung des Bundeskanzlers.

> „*Chancelièr est décidé de renoncer à son voyage Rome si on ne réussit pas jusqu'à vendredi au plus tard de régler question de l'ordre des visites de manière qu'il serait reçu par le Saint Père, et que tout froissement au Vatican soit évité.* […] *Pour ne pas nuire aux intérêts de sa patrie par difficultés provenant d'une collision entre sa qualité comme ecclésiastique et comme homme politique, Chancelière ne verrait pas d'autre issue que donner sa démission immédiatemente après retour et céder sa place à un laique. Chancelièr se rendrait ensuite à Rome comme personne privée pour se présenter au Saint Père. Bien que Chancelièr serait personnellement satisfait d'une telle solution Ministre fait ressortir qu'une pareille crise gouvernementale en ce moment entrainerait conséquences plus funestes*."[1162]

Ob der zögernden Haltung Roms etwas beunruhigt, wollte Seipel offenbar nichts dem Zufall überlassen, schon gar nicht seinen Rücktritt. In der Note warnte man deshalb vor einem Festhalten an der von der Kurie vorgeschlagenen Lösung, da diese zum Rücktritt des Kanzlers führen und eine schwere Regierungskrise in Österreich nachziehen könnte. Abermals waren die Argumente so formuliert, dass sie bei der Kirchenleitung einen Handlungsbedarf hervorriefen. Damit zog man in Wien den letzten Trumpf. Denn hinter

[1162] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 510. Eigene Übersetzung: „*Der Kanzler hat beschlossen, auf seine Reise nach Rom zu verzichten, wenn nicht bis spätestens am Freitag die Frage geregelt wird, wie er vom Heiligen Vater bei seinem Besuch empfangen wird, damit jeder Schaden vom Vatikan abgehalten wird. (…) Um nicht die Interessen seiner Heimat wegen der Schwierigkeiten, die aus dem Konflikt seiner Qualität als Geistlicher und Politiker resultieren, zu behindern, würde der Kanzler keinen anderen Ausweg sehen, als seine sofortige Demission nach der Rückkehr und seine Stelle einem Laien zu überlassen. Der Kanzler würde sich danach als private Person nach Rom begeben, um sich dem Heiligen Vater vorzustellen. Obgleich der Kanzler mit einer solchen Lösung zufrieden sein würde, lässt sich erkennen, dass eine solche Regierungskrise zu diesem Zeitpunkt unheilvolle Folgen haben würde.*" Auf dem Dokument findet sich der handschriftliche Vermerk: „*Ric. dal Sig. Gruneberger 28 marzo 1923 – venuto personalmente alla nunziatura alle 7 ½ pom. N° 118*". Eigene Übersetzung: „*erh. von Herrn Grünberger 28. März 1923 – persönlich in der Nuntiatur um 7 ½ nachm. N° 118*".

dieser gut gemeinten Warnung versteckte sich ein raffiniertes Druckmittel, welches der römischen Kirchenleitung keine Wahl mehr lassen sollte. Die unter dem Schreiben vorhandene handschriftliche Notiz des Nuntius beweist, dass die Warnung ernst genommen wurde. Zumindest konnte man den Nuntius von den Gefahren eines Reiseabbruchs überzeugen. Er notierte besorgt: „*La stampa attaccherebbe ferocemente il Nunzio e il vaticano come quelle che abbia impedito tale visita, e gli avversare dell'attuale regime si burlarebbera della chiesa.*" [1163]

Nun geriet man im Vatikan unter Zugzwang. Es galt eine Lösung zu finden, welche davon ablenken sollte, dass selbst ein katholischer Priester zuerst den italienischen Instanzen die Aufwartung machen musste, noch ehe er sich seinem Religionsoberhaupt zuwenden konnte. Der österreichische Gesandte Pastor war an der Lösungsfindung ebenfalls beteiligt. Seine Erinnerungen lassen erahnen, wie ausweglos die Situation allen Beteiligten erschien.

> „*Die von Seipel erbetene Audienz beim Papst ist daher erst nach seinem Besuche im Quirinal möglich. Da er aber nicht nur Bundeskanzler, sondern auch Prälat ist, ergibt sich eine doppelt schwierige Situation. Ich verhandelte zuerst mit dem Kardinalstaatssekretär über die Möglichkeit, daß Seipel nach seinem Besuche im Quirinal von der österreichischen Gesandtschaft beim Hl. Stuhl aus zum Papst fahre. Die Zustimmung zu dieser Vereinbarung wird der Kardinal morgen bei Sr. Heiligkeit einholen. Ich betonte die schwierige Lage, in der Seipel sich befinde, weil er im Interesse seines Landes nach Rom kommen muß; sollte aber sein Besuch ausfallen, so wäre seine Stellung gefährdet*."[1164]

Aus Erfahrung hätte Pastor jedoch wissen müssen, dass sein Vorschlag nur wenig Chance auf Verwirklichung haben würde. Gerade Pius XI. beharrte auf der staatlichen Souveränität des Heiligen Stuhls. Dennoch hielt Gasparri wie versprochen Rücksprache mit dem Papst. Schriftlich legte er die Angelegenheit dem Pontifex vor und berücksichtigte darin auch den Vorschlag Pastors, die Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl als österreichisches Territorium ansehen zu wollen (von wo aus ein zweiter Besuch in den Vatikan angetreten werden könnte). Der einleitenden Formulierung ist zu entnehmen, dass eine schriftliche Anfrage des Kardinalstaatssekretärs nicht gerade üblich war. Er begründete dieses Vorgehen damit, dem Papst dadurch mehr Zeit für die Entscheidung einräumen zu wollen. Allerdings benötigte er die Entscheidung noch am selben Vormittag, um sie Pastor mitteilen zu können. In dem Schreiben fasste Gasparri die Problematik der Angelegenheit aus

[1163] Ebda., fol. 510. „*Die Presse würde den Nuntius und den Vatikan als jene angreifen, die diesen Besuch verhindert hätten, und die Gegner der jetzigen Regierung würden sich über die Kirche lustig machen*."
[1164] Wühr, Ludwig von Pastor, 1950, 769.

vatikanischer Sicht anschaulich zusammen. Er gab dem Papst zu bedenken, dass die Ankunft Seipels einen Präzedenzfall darstellen würde, welcher im Protokoll noch nicht geregelt war. Da Seipel kein Staatsoberhaupt war, konnte ihn der italienische König nicht am Bahnhof, wie protokollarisch in solchem Fall vorgesehen, in Empfang nehmen. Der üblicherweise gewählte Kompromiss, dass das ausländische Staatsoberhaupt zwar am Bahnhof vom italienischen Monarchen offiziell empfangen wurde, sich allerdings im Anschluss daran in den Vatikan begab und dann erst den König im Quirinalpalast aufsuchte, konnte im Falle Seipels nicht angewendet werden, da er nicht Bundespräsident war. Für Staatssekretär Gasparri ließ der Sachverhalt nur wenig Spielraum zu, weshalb er dem Papst zu einer wenig flexiblen Lösung riet: „*Seipel sará ricevuto soltanto se dalla stazione si reca al Vaticano senza passare per il Quirinale.*"[1165] Noch am selben Tag erhielt Pastor Nachricht aus dem Apostolischen Palast. Dort hatte man sich zu einer ungewöhnlichen Lösung durchgerungen. Der Papst wollte „*den österreichischen Bundeskanzler und Prälaten nur dann empfangen, wenn derselbe nach der Audienz beim König für kurze Zeit Rom verlasse, also wenn er auch nur für einige Stunden nach einem anderen Ort fahre.*" Der Zweck dieser Ausreise war, dass der Staatsgast die Grenzen des ehemaligen Kirchenstaates verlassen sollte, um danach einen „zweiten Besuch" in den Vatikan zu unternehmen.[1166] Danach wurde Pastor versichert, werde man den Kanzler mit Freude empfangen. Umgehend ließ der Gesandte den in der Nacht in Mailand eintreffenden Bundeskanzler durch seinen Kanzleidirektor Schwendt davon in Kenntnis setzen.[1167] Dieser vatikanische Sonderwunsch bescherte dem Kanzler und seinem Stab noch lange Beratungen.[1168]

In Mailand traf Seipel tags darauf mit Mussolini zusammen.[1169] Als Zweck dieses Besuches nannte die *Neue Freie Presse* den „*Wunsch des österreichischen Kanzlers, Mussolini in diesem für den Wiederaufbau Österreichs wichtigsten Moment persönlich kennen zu lernen.*"[1170] Tatsächlich wussten die österreichischen Medien aber nur sehr wenig über die

[1165] ASV/Segreteria di Stato, 1923, Rubrik 156, Fasz. 1, fol., 32f. Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Pius XI., o.D. Eigene Übersetzung: „*Seipel wird nur empfangen werden, wenn er sich ohne Umwege über den Quirinal vom Bahnhof zum Vatikan begibt.*"
[1166] Vgl. Nautz, Unterhändler des Vertrauens, 1990, 134.
[1167] Vgl. Wühr, Ludwig von Pastor, 1950, 769f.
[1168] Wörtlich liest man im Tagebuch des Kanzlers: „*Lange Beratung wegen Beseitigung der Schwierigkeiten bezüglich Königs- und Papstbesuches in Rom.*" zit. nach Blüml, Ein großes Leben in kleinen Bildern, 1933, 270.
[1169] Seipel notierte für den 30. März im Tagebuch: „*Früh im Dom, dann Schwend mit Brief Pastors. Mittag 1 ¼ Stunden mit Contarini. Nachmittags halb 3 Uhr bei Mussolini in der Präfektur. Um halb 6 Uhr Gegenbesuch Mussolinis, dann Presseempfang. Abends Abreise nach Rom.*" zit. nach Blüml, Ein großes Leben in kleinen Bildern, 1933, 270.
[1170] *Neue Freie Presse*, Morgenblatt, 30. März 1923, 2.

Hintergründe des Staatsbesuches. Beinahe täglich mussten sie ihre Berichte revidieren.[1171] Dennoch spiegeln sich in den Zeitungsberichten die im Hintergrund ablaufenden diplomatischen Komplikationen ansatzweise wider. Als etwa der Vatikan die Audienzbewilligung hinauszögerte, baute der Kanzler einem eventuellen vorzeitigen Ende des Staatsbesuches vor und lancierte die Meldung, wonach eine Weiterreise nach Rom fraglich geworden sei und „*vom Verlaufe der Aussprache in Mailand*" abhängen würde.[1172] Als dann jedoch die Genehmigung der Papstvisite ausgesprochen wurde, waren auch in den Zeitungen die Gerüchte über eine vorzeitige Abreise Seipels vom Tisch.

> „*In den letzten Tagen hatte man mit der Möglichkeit gerechnet, dass Dr. Seipel die Reise nach Rom ganz aufgeben werde müssen, um rechtzeitig wieder in Wien eintreffen zu können. Dieses Hindernis ist jedoch nun behoben und der Bundeskanzler wird also Gelegenheit haben, nicht nur mit Mussolini, sondern auch mit dem König von Italien und dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu sprechen.*"[1173]

Was allerdings den genauen Zeitpunkt der Papstaudienz anging, bekam man in den Zeitungen Unterschiedliches zu lesen.[1174] Dies ist jedoch nicht weiter überraschend, da der genaue Ablauf der Visite im Vatikan erst im Laufe des 30. März festgelegt wurde.[1175] Gemeinsam mit Kardinalstaatssekretär Gasparri und dem Papst verständigte sich Pastor auf die weiteren Etappen der Romreise des Kanzlers. Als Ort der kurzfristigen Ausreise

[1171] Die *Neue Freie Presse* berichtete erstmals am 26. März von der Romreise des Kanzlers. Die darin gemachten Angaben sind allerdings äußerst vage. Vgl. *Neue Freie Presse,* Morgenblatt, 26. März 1923, 1. Auch tags darauf wusste sie nicht mehr zu berichten, als dass die Mailandreise an einem noch unbekannten Tag weiter nach Rom fortgesetzt werden sollte, um den italienischen König und den Papst zu treffen. Vgl. *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 27. März 1923, 1. Die *Reichspost* berichtete erstmals umfassend am 28. März von der Romreise und zeigte sich besser informiert. Sie wusste zu berichten, dass die Gespräche zwischen Seipel und Mussolini von allgemeiner Natur waren. In Rom, wo Seipel mit dem König zusammentreffen sollte, würde es hingegen zu offiziellen Verhandlungen über Handelsverträge und die Österreich in Aussicht gestellte Völkerbundanleihe kommen. Das Treffen mit dem Papst wäre hingegen erst für Montag im Vatikan vorgesehen. Vgl. *Reichspost*, 28. März 1923, 2. Von den Komplikationen war in beiden Zeitungen mit keinem Wort die Rede.

[1172] *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 28. März 1923, 1. Am 28. und 29. März wurde in der bürgerlichen Presse plötzlich Zweifel an der geplanten Weiterreise des Bundeskanzlers nach Rom angekündigt. Sowohl in der *Reichspost* als auch in der *Neuen Freien Presse* machte man die weiteren Reisepläne des Staatsbesuches von den Gesprächen mit Mussolini in Mailand abhängig. Vgl. *Reichspost*, 29. März 1923, 3.

[1173] *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 30. März 1923, 1.

[1174] Am 30. März berichtete die *Neue Freie Presse* in der Abendausgabe, dass der Kanzler am Samstag zunächst den König und dann erst den Papst besuchen werde. In der *Reichspost* vom 31. März war hingegen zu lesen, dass das Zusammentreffen mit dem Papst aufgrund des Osterfestes erst für Montag anberaumt wurde. Vgl. *Reichspost*, 31. März 1923, 1; *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 30. März 1923, 1. Über die Fahrt nach Monte Cassino berichtete die *Reichspost* erst am 1. April. Vgl. *Reichspost*, 1. April 1923, 1.

[1175] Den edierten Tagebüchern Pastors darf in Bezug auf die Datumsangaben jedoch kein Glaube geschenkt werden. Entweder ist der Edition hier ein Fehler unterlaufen oder Pastor selbst irrte sich im Datum. Am 30. März 1923 findet sich nämlich folgender Eintrag: „*Ankunft Seipels. Der Kardinalstaatssekretär und ich gehen zu Sr. Heiligkeit, um den Ort der Weiterreise Seipels festzulegen und den Tag der Audienz zu erbitten. Der Papst schlägt Monte Cassino vor. Für die Audienz wird Ostersonntag 7 ½ nachmittags festgesetzt. Um 4.40 Uhr ging es nach Monte Cassino. Herrliche Fahrt im Mondschein hinauf zur Abtei.*" Wühr, Ludwig von Pastor, 1950, 770. Diese Angabe widerspricht jedoch den Erinnerungen Seipels. Dieser datierte die Ankunft in Rom erst mit 31. März. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Tagebuch 6, 89r.

schlug der Papst Monte Cassino vor. Für die Audienz wurde der Ostersonntag um halb acht abends vereinbart. Damit waren alle Komplikationen beseitigt und die Romreise konnte doch noch zum Gefallen aller Beteiligten erfolgen.[1176] Nachdem am 2. April die Strapazen des Staatsbesuches durchgestanden waren[1177], sprach Seipel mit dem Gesandten Pastor kurz vor seiner Abreise noch einmal rückblickend über das Reiseunternehmen. Dabei gestand er dem österreichischen Diplomaten, wie knapp die Visite aufgrund seiner schweren Gewissenskonflikte vom Scheitern bedroht war. Wörtlich soll der Kanzler gesagt haben: „*Wenn ich keine Audienz beim Papst erhalten hätte, wäre ich von Mailand nach Wien zurückgekehrt und hätte sofort demissioniert*."[1178]

Dieses Quellenbeispiel zeigt sehr eindrucksvoll, dass Seipel im Falle einer Entweder-Oder-Entscheidung die Konsequenzen gezogen und das Feld geräumt hätte. Weder wollte er seinem Land noch den Verantwortlichen in der Kirche Schaden zufügen. Dennoch fällt die Beurteilung dieser Demissionsabsichten nicht leicht. Denn hinter den offenen Rücktrittsüberlegungen verbarg sich gewiss auch ein machtpolitisches Kalkül. Immerhin war es ein geschickter Schachzug, nicht nur die Entscheidung, sondern die gesamte weitere Organisation der Audienz dem Heiligen Stuhl zu überlassen. Die diplomatische Glanzleistung lag darin, eine Rücktrittsdrohung als Loyalitätsbekundung zu verkaufen. Damit spielte er sich elegant frei und übertrug dem Vatikan zugleich die weitere Verantwortung in dieser heiklen Lage. Zudem war es kein sonderlich riskanter Schritt des Prälaten, wenn man bedenkt wie zufrieden die Kirchenleitung mit Seipels Arbeit in der Regierung war. Der Kanzler konnte damit rechnen, dass man ihn nicht einfach demissionieren ließ. Eine solche Betrachtung übersieht jedoch völlig den religiösen Aspekt. Wäre ein Rücktritt angesichts der gegebenen Umstände nicht die einzig ehrliche Alternative gewesen, um aus diesem Loyalitätskonflikt ohne Schaden hervorzugehen, sondern sich selbst damit gleichzeitig auch treu zu bleiben? Ist es nicht auch möglich, dass Seipels priesterliches Pflicht-

[1176] Am 6. April 1923 ließ der Gesandte Pastor das Außenamt wissen: „*Es gereicht mir zur besondern Befriedigung berichten zu können, dass der Eindruck, welchen der Besuch unseres Bundeskanzlers im Vatikan hinterlassen hat, der denkbar günstigste gewesen ist*." ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 68, Fasz. „Rom Vat 1920-1923", fol. 437. Z. 56 P., Gesandtschaftsbericht, 6. April 1923. Für den österreichischen Gesandten in Italien blieb der diplomatische Zwischenfall allerdings nicht ohne Folgen. Er wurde in weiterer Folge frühzeitig pensioniert, da man ihm die Schuld an den Schwierigkeiten gegeben hatte. Laut Richard Schüller war jedoch Pastor der „*eigentliche Schuldige*". Nautz, Unterhändler des Vertrauens, 1990, 134.

[1177] Nach der Romreise des Kanzlers gestand Pastor dem Wiener Erzbischof. „*Ich habe auch jetzt schwierige Tage durchzumachen gehabt, denn die Audienz des Bundeskanzlers beim Papst stiess auf grosse Hindernisse*." DAW, Bischofsakten Piffl 1921-1924, Fasz. 1923, o.fol. Ludwig Pastors an den Friedrich G. Kardinal Piffl, 8. April 1923.

[1178] Wühr, Ludwig von Pastor, 1950, 770. Ähnliche Worte fand der Kanzler auch gegenüber dem damaligen Sektionschef des Außenamtes, Richard Schüller, der diesen Loyalitätskonflikt in seinen Memoiren ebenfalls festhielt. Vgl. Nautz, Unterhändler des Vertrauens, 1990, 134.

gefühl und tiefe Frömmigkeit ihn eher zurücktreten ließen, als seiner Kirche und dem Papst Schaden zuzufügen? Freilich entziehen sich diese Fragen der Überprüfbarkeit des Historikers, dennoch kann als These gelten: Das Geschick Seipels bestand darin, seine taktischen Überlegungen mit seinen religiösen Überzeugungen perfekt in Einklang gebracht zu haben.

4.2.2. Dem Papst treu ergeben

> *„Sollte sich also ein wirklicher Widerspruch zwischen den Verpflichtungen, die ich als Priester habe, und den Möglichkeiten, die mir als Politiker gegeben sind, ergeben, so bin ich eines jeden Winkes, den mir der Heilige Vater, vor dem meine Tätigkeit offen daliegt, geben wird, gewärtig, auf den hin ich mich von der Politik zurückziehen kann. In der unbedingten Bereitschaft, jedem derartigen Wink zu folgen, finde ich die Ruhe des Gewissens, die mich instand setzt, meinen Weg weiterzugehen…"*[1179]
>
> Ignaz Seipel

Wenn im vorhergehenden Kapitel die Rede von der ehrlichen Loyalität Seipels gegenüber dem österreichischen Staat war, so erfährt diese These im Folgenden eine Erweiterung. Es ist der Zusatz, bei gleichzeitiger Wahrung der österreichischen Interessen, stets für kirchliche Anliegen empfänglich gewesen zu sein. Gelegenheiten boten sich dafür in vielfacher Weise. In seiner Tätigkeit als Bundeskanzler, aber auch als Parteiobmann, war Seipel mit allen Ebenen der kirchlichen Hierarchie konfrontiert, gegenüber denen es zu potentiellen Loyalitätskonflikten kommen konnte. Neben dem Heiligen Stuhl und dem Apostolischen Nuntius, deren Anliegen, wie oben schon ausgeführt wurde, nicht immer deckungsgleich waren, ist als zentrale Instanz hier auch der österreichische Episkopat zu nennen.[1180] Obwohl man annehmen könnte, dass Seipels Verhältnis zu den Bischöfen, mit deren Zuständigkeiten der langjährige Regierungschef von Amtswegen zwangsläufig in Berührung kommen musste, längst Gegenstand verschiedener Untersuchungen geworden ist, wurde dieser Aspekt in der Forschung jedoch weitgehend ausgeblendet. Am ehesten wird in der Auseinandersetzung mit dem Wiener Erzbischof Kardinal Piffl auf das Zusammenspiel mit dem Priesterpolitiker Bezug genommen, wobei auch hier die Frage nach kirchlichen Einflussnahmen nicht aufkommt. Einen wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung der Beziehungen Seipels zu den bischöflichen Kurien könnte die systematische Auswertung seiner Tagebücher leisten, deren Edierung gerade im Gange ist. Erst eine solche Untersuchung könnte auf quantitative Weise ermitteln, welche Beziehungen der Priesterpolitiker zur kirchlichen Hierarchie unterhielt.[1181] Noch sehr viel weniger Auskunft gibt der For-

[1179] Ignaz Seipel, zit. nach Blüml, Ignaz Seipel. Mensch, Christ, Priester in seinem Tagebuch, 1933, 147.
[1180] Vgl. Kapitel 1.3.2., 83ff.
[1181] Aus den Tagebüchern Seipels geht etwa hervor, dass er sich gelegentlich Rat bei seinem Bischof geholt hat. Vgl. Liebmann, Kirche und Politik in der Ersten Republik, 1984, 21. Ebenso ist aber bekannt, dass die unterschiedlichen politischen Auffassungen auch zu Spannungen zwischen Seipel und Piffl geführt haben. Auf Initiative des Linzer Bischofs entledigte sich die Bischofskonferenz Seipels als politischen Berater, um

schungsstand über seine Loyalität gegenüber der höchsten kirchlichen Stelle. Abhilfe soll im Folgenden ein Blick in die vatikanischen Quellen schaffen. In einem eindrucksvollen Fallbeispiel soll dieser Verbundenheit auf den Grund gegangen werden. Zwischen landes- und weltkirchlichen Interessen hin- und hergerissenen, legte Seipel darin ein Glaubensbekenntnis ab, das nicht nur einmal mehr seine Prinzipientreue unter Beweis stellte, sondern zugleich tiefe Einblicke in sein religiöses Denken zulässt. Ausgelöst wurde dieser Gewissenskonflikt durch einen im Jahr 1927 erneut an Brisanz gewinnenden kirchenrechtlichen Streit um die alten Privilegien der Erzdiözese Salzburg. Als die Kathedra von Seckau durch den Tod Leopold Schusters (1842-1927) vakant wurde, sah man in Rom die Gelegenheit, den Salzburgern ihr mittelalterliches Privileg[1182], welches den Erzbischöfen erlaubte, die Bischöfe ihrer Suffraganbistümer selbst einzusetzen, endgültig streitig machen zu können.[1183] Diese rein innerkirchliche Angelegenheit hätte den Bundeskanzler nicht weiter tangiert, wäre nicht der Salzburger Erzbischof am 2. April 1927 in einem Schreiben an den geistlichen Bundeskanzler mit der Bitte herangetreten „*auch seitens der Regierung die geeignet erscheinenden Schritte beim Hl. Stuhl zur vollen Aufrechthaltung des Salzburger Privilegs gütigst zu veranlassen, oder wenigstens dahin zu äußern, daß auch die Regierung des Bundesstaates Österreich großen Wert darauf legt, dass das alte durch Jahrhunderte bestehende Privilegium erhalten bleibe.*“[1184]

Erzbischof Rieder drängte diskret auf eine schnelle Intervention, denn er befürchtete, der Heilige Stuhl würde danach streben, die Grazer Sedisvakanz zum eigenen Vorteil zu entscheiden.

> „*Gerade jetzt wird bei der Besetzung des Seckauer Bistums die Frage nach dem ungeschmälerten Fortbestand des Privilegs aktuell – und falls etwa der Hl. Stuhl die Absicht hätte, vor der eigentlichen Ernennung eines Bischofs einen Administrator einstweilen aufzustellen, dann wäre die Frage des Privilegs geradezu brennend,*

---

den Anschein der politischen Unabhängigkeit zu wahren. Vgl. Schultes, Der Episkopat und die katholischen Organisationen in der Ersten Republik, 1978, 6.

[1182] Zum *Privilegium Salisburgensis* siehe Alfred Rinnthaler, Salzburgs Diözesan- und Metropolitanrechte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Domkapitel zu Salzburg, Hg., 1200 Jahre Erzbistum Salzburg. Dom und Geschichte, Festschrift, Salzburg 1998, 201-223. Ein ausführlicher Literaturüberblick findet sich auch bei Rupert Klieber: Ders., Die Annullierung der Salzburger Privilegien und die Salzburger Bischofswahl 1934 im Lichte der Vatikanischen Quellenbestände zum Pontifikat Pius XI., in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 151 (2011), 318, Anm. 3.

[1183] Diese Vorrechte waren der römischen Kurie schon lange ein Dorn im Auge. Noch in der Monarchie sagte man ihnen den Kampf an. Die Neubesetzung mit Ferdinand Pawlikowski wurde von Rupert Klieber eingehend untersucht und analysiert. Vgl. Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien, 2011, 318-324.

[1184] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Berichte 1927“. Erzbischof Ignatius Rieder an Bundeskanzler Ignaz Seipel, 2. April 1927, Abschrift, zugleich Beilage der Weisung Z. 21.730-13, 12. April 1927.

denn durch das Privileg ist dem Salzburger Metropoliten nicht bloß die vollgültige Bestellung des Bischofs, sondern auch die Bestellung eines etwaigen Administrators zugewiesen.“[1185]

Rieders Befürchtungen waren nicht unbegründet. Was er allerdings nicht wissen konnte war, dass in Rom die nötigen Schritte dafür bereits eingeleitet waren. Am 2. Februar, also noch vor dem Ableben Schusters (!), verließ die Konsistorialkongregation ein Schreiben nach Wien, worin dem Nuntius mitgeteilt wurde, dass Ferdinand Pawlikowski zum Apostolischen Administrator ernannt werden soll. Mit diesem Schritt, der schon einen schweren Eingriff in die Salzburger Rechte bedeutet hätte, da er dem Nominationsrecht des Salzburger Erzbischofs zuvorgekommen wäre[1186], machten die römischen Behörden unmissverständlich klar, welchen Stellenwert sie dem Privileg beimaßen. Da der amtierende Bischof in Graz mit Verweis auf die Salzburger Vorrechte Bedenken gegen die Bestellung eines Apostolischen Administrators anmeldete, sah man in Rom von einem solchen Schritt vorerst ab. Kurzerhand wurde die Ernennung zu einem Apostolischen Administrator in die Nominierung zu einem Auxiliarbischof umgewandelt. Die Erhebung in den Bischofsrang erfolgte nicht zuletzt, um die Stellung des Militärvikars bei der Nachfolge zu stärken. Noch ehe Pawlikowski konsekriert werden konnte, ereilte Rom die Nachricht vom Tod Schusters am 18. März. Nun stand der schon lange beabsichtigten Ernennung zum Apostolischen Administrator nichts mehr im Wege. Überrascht musste der unmittelbar nach dem Ableben des alten Bischofs vom Domkapitel gewählte Kapitelvikar Msgr. Franz Oer die Bestellung eines Apostolischen Administrator „*ad nutum S. Sedis*“ (bis auf Widerruf des Heiligen Stuhls) zur Kenntnis nehmen und Pawlikowski die vorübergehende Leitung der Diözese abtreten.[1187]

Der Salzburger Erzbischof ließ sich davon aber nicht entmutigen, sein Privileg zu verteidigen. In einem Schreiben an den Papst beklagte er, von der Ernennung Pawlikowskis „*ex foliis publicis*“ (aus den Zeitungen) erfahren zu haben.[1188] Dass Rieder wenig Skrupel

[1185] Ebda.
[1186] Den Nachfolgern des hl. Rupert stand bis 1920 das Recht zu, ihre Suffraganbischöfe selbst zu nominieren, konfimieren und konsekrieren. Diese umfassenden Sonderrechte bewogen Papst Pius IX. dazu, den Salzburger Erzbischof als „*mezzo papa, chi può far dei vescovi*“ (ein halber Papst, der Bischöfe machen kann) zu bezeichnen. In einem Reskript vom 6. Mai 1920 wurde ohne aktuellen Anlass das Konfirmationsrecht für die Bistümer Gurk, Seckau und Lavant zurückgenommen. Im Gegenzug erhielten die Salzburger jedoch eine Art Designationsrecht, welches ihnen erlaubte, dem Papst geeignete Priester für die Ernennung und Konfirmation namhaft zu machen. Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien, 2011, 318 u. 324.
[1187] Ebda., 328-331.
[1188] AES, Altbestände 1/17, Fasz. 6, o.fol. Erzbischof Ignatius Rieder an Pius XI., 7.4.1927, Entwurf eines lateinischen Handschreibens.

hatte, die österreichische Staatsführung in dieser Angelegenheit mit in die Pflicht zu nehmen, kann nicht nur als verzweifelter Versuch gewertet werden, sein Privileg zu retten, sondern hängt auch mit dem Umstand zusammen, dass es ihm als Bischof offenbar weniger Überwindung kostete, dieses Ansuchen einem Priester zu unterbreiten. In Wien wollte man aber vorerst nichts überstürzen, wusste man doch, welche Risiken eine Einmischung barg. Erst am 12. April verfasste man eine Note an den Gesandten Pastor. Die Aufforderung zur Vorsicht zeigt, wie heikel ein solcher Schritt war:

> „*Selbstverständlich betrachten wir diese Angelegenheit nicht als eine Streitfrage zwischen dem Vatikan und der Bundesregierung, die ja an sich der Bestand oder Nichtbestand eines rein kirchlichen Privilegiums in ihren Rechten nicht im geringsten tangiert.*“[1189]

Indem man Pastor anwies, bei seiner Vorsprache darauf hinzuweisen, dass die Aufrechterhaltung der Salzburger Privilegien ein persönliches Anliegen des Bundeskanzlers wäre, versuchte man gleich vorab jeden Verdacht zu zerstreuen, der auf eine staatliche Einmischung Österreichs deuten könnte:

> „*Ich* [Franz (von) Peters Thyllenreuth, Ministerium] *ersuche Sie* [Ludwig (von) Pastor] *demgemäß, im Sinne dieser beiden Schriftstücke beim Heiligen Stuhle das Anliegen des Erzbischofs Dr. Rieder in der Ihnen am geeignetest erscheinenden Weise ungesäumt zur Sprache zu bringen und dabei ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass der Herr Bundeskanzler persönlich und die österreichische Regierung um Klärung dieser kirchenrechtlichen Fragen bitten und das Gesuch des Salzburger Erzbischofs wärmstens unterstützen.*“[1190]

Umgehend kam Pastor seinem Auftrag nach und stattete dem Kardinalstaatssekretär „*trotz des ungeeigneten Tages (Karsamstag)*“ einen Besuch ab. Sehr geschickt verstand er es, die Weisung vom 12. April, wonach er auf das bekundete persönliche Interesse des Kanzlers hinweisen sollte, auszuschmücken. Dass es sich beim Bundeskanzler um einen katholischen Geistlichen und ehemaligen Salzburger Universitätsprofessor handelte, war für die Sache nicht gerade nachteilig. Zumindest wusste Pastor dies gut auszuspielen. Gegenüber Kardinal Gasparri erklärte er, „*che Sua Eccellenza il Cancelliere Seipel, il quale è stato professore a Salisburgo, prega personalmente con istanza una soluzione favorevole in questa affare.*“[1191]. Der Kardinal versprach ihm die Eingabe des Salzburger

[1189] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Berichte 1927“. Z. 21.730-13, Weisung des Außenamtes an den Gesandten, 12. April 1927.
[1190] Ebda.
[1191] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Berichte 1927“. Ludwig (von) Pastor an das Staatssekretariat, 15. April 1927, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*dass seine Exzellenz, der Kanzler Seipel, der Professor in Salzburg gewesen ist, persönlich in einem Gesuch um eine günstige Lösung in dieser Angelegenheit bittet.*“

Erzbischofs „*eingehend studieren*“ zu wollen und „*in Erwägung* [zu] *ziehen und zwar in wohlwollende Erwägung*“, bevor er sie dem Papst zur Entscheidung vorlegen werde. Es überraschte Pastor allerdings, dass Gasparri das Schreiben des Salzburger Metropoliten noch gar nicht kannte.[1192]

In der Zwischenzeit war zwar Militärvikar Ferdinand Pawlikowski vom Heiligen Stuhl längst zum Apostolischen Administrator ernannt worden, dennoch hoffte man in Wien weiterhin auf einen positiven Ausgang zu Gunsten Salzburgs.[1193] Am 29. April war die Entscheidung allerdings gefallen. Der Papst wählte aus einem Dreiervorschlag Erzbischof Rieders den drittgereihten Ferdinand Pawlikowski. Klieber bezeichnete es als einen schweren taktischen Fehler der Salzburger, den vom Nuntius lancierten Kandidaten überhaupt auf die Liste gesetzt zu haben, da man damit indirekt dazu beitrug, die verbleibenden Reste der alten Vorrechte auszuhebeln.

> „Dadurch wurde zwar ein innerkirchliches Kräftemessen vermieden; andererseits baute man damit für das Vorhaben des Nuntius eine elegante Brücke, ohne ihn deshalb in seiner Politik beirren zu können. Diese zielte unübersehbar darauf, die seinen Einfluss schmälernden Salzburger Privilegien zu ignorieren bzw. zu beseitigen. Zudem wurde damit die letzte Chance vertan, mit einer unumstrittenen eigenen Designation den Wert des Salzburger Privilegs vor Augen zu führen.“[1194]

Diese Entscheidung sorgte verständlicherweise in Salzburg für reichlichen Unmut. Quer durch die Zeitungslandschaft regte sich Kritik an der Vorgehensweise des heiligen Stuhls. Sogar das katholische Kirchenblatt Salzburgs konnte seine Enttäuschung nur schwer zurückhalten. Am 12. Mai beklagte man dort: „*Gar hoch im Kurse scheinen also päpstliche Privilegien bei gewissen zentralistisch gesinnten italienischen Kurienprälaten und aus-*

[1192] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1927“, fol. 320. Z. 59 P., Gesandtschaftsbericht, 16. April 1927. Innerhalb der Kurie haben offensichtlich unterschiedliche Auffassungen über den Verbleib des Privilegs geherrscht. Klieber spricht deshalb von einem offenkundigen „Tauziehen hinter den Kulissen“. Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien, 2011, 330. Diese Vermutung hatte auch schon Erzbischof Rieder. Seiner Ansicht nach waren „*die Auffassungen in Rom bezüglich des Fortbestandes dieses Privilegs auseinandergehend – das Staatssekretariat hält das Privileg als noch vollständig zurecht bestehend, die Consistorialkongregation hingegen will dem Salzburger Erzbischof wohl die Designation der Person und die Consecration zugestehen, die Konfirmation – worin eben die Hauptsache des Privilegs liegt – aber dem Heiligen Stuhle reservieren.*“ ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Berichte 1927“. Erzbischof Ignatius Rieder an Bundeskanzler Ignaz Seipel, 2. April 1927, Abschrift, zugleich Beilage der Weisung Z. 21.730-13, 12. April 1927.

[1193] Klieber glaubt allerdings, dass Seipel das Salzburger Anliegen nur halbherzig unterstützte, da er seinerzeit bei der Wahl zum Erzbischof gegen Rieder den Kürzeren gezogen hatte. Vgl. Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien, 2011, 324.

[1194] Ebda. 331.

ländischen Vertretern gerade nicht zu stehen.“[1195] Nach Meinung des Wiener Nuntius, welchem ohnehin „jedes Verständnis für die Salzburger Sonderrechte fehlte“, ging das Blatt damit zu weit.[1196] Als „respektlos“ denunzierte er es bei seinen Vorgesetzten am 16. Mai.[1197] Ein Blick ins Nuntiaturarchiv zeigt jedoch, dass der Hinweis auf diesen Artikel von einem tags zuvor eingegangenen Schreiben stammte. Der Hinweisgeber war niemand geringerer als Bundeskanzler Seipel selbst. Demnach war es auch nicht so sehr der Nuntius, der sich über den Tonfall brüskierte, als vielmehr der Priesterkanzler. Der Grund, weshalb er gar so sensibel auf diese kritischen Worte des Kirchenblattes reagierte, ist wohl in der zweiten Beilage seines Briefes zu suchen, welche Sibilia ebenfalls nach Rom weiterleitete. Es handelte sich dabei um einen Artikel der Arbeiterzeitung vom 15. Mai. Die sozialdemokratische Presse griff den Artikel des Kirchenblattes auf, um darin gegen den päpstlichen Primatanspruch zu polarisieren.[1198] Die sozialdemokratische Instrumentalisierung dieser Angelegenheit ließ das vormalige Eintreten des Kanzlers nun in einem schlechten Licht erscheinen. Deshalb ersuchte er Nuntius Sibilia, den Heiligen Stuhl von seiner sofortigen Meinungsänderung informieren zu wollen.

> „*Ich fügte damals die Mitteilung hinzu, dass ich über Ersuchen des Herrn Erzbischofs von Salzburg Baron Pastor beauftragt hätte, dass er Sr. Eminenz dem Herrn Kardinal-Staatssekretär mitteilen möge, ich schlösse mich namens der österreichischen Regierung diesem Ansuchen, es aus historischen Gründen befürwortend, an. Nunmehr ist in der „Salzburger Kirchenzeitung“ eine taktlose Notiz erschienen, die heute der „Arbeiterzeitung“ den Anlaß zu Angriffen auf den heiligen Vater gab. Ich übermittle beide Zeitungen Ew. Exzellenz, indem ich meine Missbilligung dieses Vorgehens ausspreche und zugleich erkläre, dass ich Baron Pastor beauftragen werde, zum Zeichen dieser Missbilligung meine seinerzeitige Unterstützung des Salzburger Ansuchens zurückzuziehen. Sollten die Ausfälle der „Arbeiter-Zeitung“ auf parlamentarischen Boden wiederholt werden, so werde ich nicht ermangeln, ihnen öffentlich und schärfstens entgegenzutreten.*“[1199]

Diese Aussage Seipels bestätigt pointiert die beiden im Kapitel 4.2. aufgestellten Thesen, wonach Seipel zum einen die Interessen Österreichs in vollem Umfang zu wahren versuchte, sich aber gleichzeitig dem Willen des Papstes bedingungslos unterwarf. Dass es

---

[1195] *Katholische Kirchenzeitung*, 12. Mai 1927 (Nr. 19), 176. Der Nuntius schickte diese Ausgabe als Beilage seines Nuntiaturberichtes N° 278/9139 vom 16. Mai 1927. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 859 P.O., Fasz. 29, fol. 59.
[1196] Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien, 2011, 326.
[1197] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 859 P.O., Fasz. 29, fol. 59. N° 278/9139, Nuntiaturbericht, 16. Mai 1927.
[1198] Vgl. *Arbeiterzeitung*, 13. Mai 1927, 8. Verantwortlich für den Meinungsumschwung war der Artikel „*Rebellion gegen den Papst. Die römische Herrschsucht wird auch den Klerikalen unerträglich.*“
[1199] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 859 P.O., Fasz. 29, fol. 60. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 15. Mai 1927.

nicht unmöglich war, beiden Grundsätzen treu zu bleiben, konnte er nicht besser unter Beweis stellen, als in diesem Beispiel. Als Seipel von Erzbischof Rieder erfuhr, wie die Kurie das Salzburger Privileg ursprünglich auszulegen gedachte, war ihm zunächst das Hemd näher als der Rock und er trat für die österreichischen Interessen beim Heiligen Stuhl ein. Auch nachdem die Bestellung Pawlikowskis bereits erfolgt war, hielt er weiterhin an seinem Wunsch, die alten Rechte des Salzburger Erzbischofs zu wahren, fest. Die aufkommende Kritik an der vatikanischen Entscheidung veranlasste ihn aber schließlich, seine Position schlagartig zu überdenken. Dazu dürfte ihn vordergründig die politische Instrumentalisierung dieses innerkatholischen Konflikts durch die sozialdemokratische Presse bewogen haben, worin er eine potentielle Gefahr für die Einheit des katholischen Lagers sah. Die bedingungslose Annahme des päpstlichen Entschlusses war für Seipel demnach nicht nur eine Frage des Gehorsams, sondern schien ihm auch als geeignete Prävention für eine drohende Uneinigkeit. Gerade aufgrund seiner politischen Erfahrung wusste er, welche Bedeutung der Geschlossenheit zukam.[1200] Die Treue zum Papst war dem Priester deshalb nicht nur eine religiöse Pflicht, sondern zugleich ein effektives Instrument zur Herstellung der katholischen Einheit. Ob der plötzliche Meinungsschwenk Seipels in der Angelegenheit tatsächlich auf eine ehrlich empfundene Betroffenheit oder doch auch auf opportunistische Hintergedanken zurückzuführen ist, kann allerdings nicht mit Sicherheit gesagt werden und wird wohl der individuellen Auslegung des Historikers vorbehalten bleiben. Dennoch geben die Quellen keinen Anlass, an der Ehrlichkeit seiner Papsttreue zu zweifeln, vielmehr zeigen sie eine bemerkenswerte Papstorientierung und das Streben, diese Loyalität gut in Szene zu setzen. Die Schuster-Nachfolge gewann noch zusätzlich an Brisanz, als die Nachbesetzung von dem Gerücht begleitet war, Seipel selbst solle mit dem Seckauer Bischofsstuhl ein kirchliches Ausgedinge geschaffen werden. Neben den vatikanischen Bemühungen, die Vakanz in Seckau für eine Beschneidung der Salzburger Rechte zu nützen, gab es offensichtlich bereits 1926 Unternehmungen politischen Ursprungs, den Priesterkanzler auf die Grazer Kathedra ‘wegzuloben‘. Den glaubwürdigsten Hinweis dafür liefert ein Brief Seipels an Kardinal Piffl, worin er sich gegen ein Abdrängen ins Bischofsamt wehrte. In dem Schreiben vom 5. März 1926 bat er den

[1200] Die Geschlossenheit der Katholiken war ein altes Anliegen des Prälaten. Bereits nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie trat er dafür ein, dass die Katholiken möglichst als homogene politische Gruppe in die neue Republik übertreten sollten. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 842, fol. 169-173. Ignaz Seipel an alle Ordinariate und christlichsozialen Landesparteileitungen Österreichs, 25. Juli 1921, Abschrift. Diese Überzeugung vertrat er noch Jahre später in einem Interview für eine französische Zeitung. Und auch bei anderen Gelegenheiten sprach er sich für eine starke katholische Zivilgesellschaft aus, wie er sie in der Katholischen Aktion verwirklicht sah. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 705f.

Erzbischof, seinen Einfluss beim Nuntius geltend zu machen, um von dieser Idee abzusehen.

> „*Falls Eure Eminenz in der bewussten Grazer Sache noch nicht entschieden haben, bitte ich ergebenst von jeder Förderung der Pläne des Ministers Ahrer meine Person betreffend abzusehen. Es wäre mir eine große Erleichterung meines Gewissens gewesen, wenn ich wenigstens in der einen Frage, ob ich auf meinem Platz in der Politik bleiben solle oder nicht, nicht selbst hätte entscheiden müssen, doch ich sehe, es ist besser, wenn ich aus meiner Reserve heraustrete. Ew. Eminenz würden mich zum größten Danke verpflichten, wenn Sie möglichst rasch Sr. Exzellenz dem apostolischen Nunzius* [sic!] *von meinem Entschluß in Kenntnis setzen und ihn dadurch veranlassen wollten, auch seinerseits von der weiteren Verfolgung der Angelegenheit sowohl in Rom als bei der Regierung abzustehen*."[1201]

Auch im näheren Umfeld des Prälaten kursierte das Gerücht, wonach Seipel für die Nachfolge Schusters im Gespräch war. Dort stieß aber die Vorstellung, den Priesterpolitiker an das Seckauer Bischofsamt zu verlieren, auf wenig Gegenliebe. In den Erinnerungen Funders verhielt sich die Situation aber geradezu umgekehrt. Demnach soll Kardinal Piffl – als er erfahren hatte, dass Seipel die Nachfolge Schusters antreten wolle – eigens den *Reichspost*-Chefredakteur ausgesandt haben, um „den früheren Bundeskanzler davon zu überzeugen, daß er in der Hauptstadt gebraucht würde." Dem Journalisten sei es schließlich gelungen, den Prälaten zu überreden. „*Mit einem schweren Seufzer*", so erinnerte sich Funder, hätte ihm der Geistliche seine Entscheidung mit drei Worten mitgeteilt: „*Ich werde bleiben*".[1202]

Als mit der schweren Erkrankung Leopold Schusters im Frühjahr 1927 die Nachfolge in Seckau tatsächlich aktuell wurde, erhielt das alte Gerücht neue Nahrung. So glaubte der Grazer Kapitelvikar Franz Oer beispielsweise zu wissen, dass der Apostolische Administrator vom Heiligen Stuhl nur als Platzhalter eingesetzt worden sei. Dahingehend äußerte sich Oer in einem Schreiben an den Salzburger Erzbischof:

> „*Von einer hochgeschätzten politischen Persönlichkeit wurde mir „sub rosa" versichert, daß Pawlikowski nur Stellvertreter einer noch in politischer Tätigkeit stehenden Person sei, welche seinerzeit als Fürstbischof ausersehen sei.* "[1203]

[1201] DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 2, Fasz. 2, fol. 192. Ignaz Seipel an Friedrich G. Kardinal Piffl, 5. März 1926. Als Alternative schlug der Prälat Alois Hudal vor, von dessen Wahl er sich überzeugt zeigte. Vgl. Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien, 2011, 326.

[1202] Zit. nach Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, 1976, 207. Vgl. auch Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 117.

[1203] AES, Altbestände 1/17, Fasz. 6. Franz Oer an Erzbischof Ignatius Rieder, 11. April 1927. Der Dompropst Oer zeigte sich gegenüber Rieder von dieser Option allerdings nicht sehr zugetan. Er vertraute dem Erzbischof an: „*Wenn das wahr wäre, möchte ich doch wünschen, daß uns der Administrator als Fürstbischof belaßen werden möge.*"

In den vatikanischen Quellen ließen sich allerdings keine Anzeichen dafür finden, dass der Heilige Stuhl bei der Nachbesetzung tatsächlich eine „politische Persönlichkeit" in Erwägung gezogen hätte. Da die Akten zu Bischofsernennungsverfahren aber nur eingeschränkt einsehbar sind, kann es allerdings nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Folglich ist es naheliegend, den Ursprung dieses Ondits in Österreich zu suchen. Die Seckauer Nachbesetzung hatte allerdings auch noch ein politisches Nachspiel. Es waren kurioserweise die Sozialdemokraten, welche künftig die Bischofsernennungen zum österreichischen Interesse erklärten und in der Nomination des Papstes eine Beschneidung der nationalen Souveränität erblickten. In der Nationalratssitzung vom 25. Mai 1927 wandte sich der Abgeordnete Karl Leuthner mit einer parlamentarischen Anfrage „*betreffend der Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte gegenüber der röm. Kurie*" an den Bundeskanzler.[1204] Der Sozialdemokrat unterstellte in seiner Frage, dass der Heilige Stuhl bei der der Bestellung vorausgehenden Nomination der beiden unlängst eingesetzten Bischöfe Memelauer und Pawlikowski, unrechtmäßig gehandelt hätte. Er berief sich dabei auf das Nominationsrecht des österreichischen Kaisers, welches mit dem Wegfall der Monarchie seiner Meinung nach nicht auf den Papst sondern auf die Republik übergegangen sei.[1205] Der Wiener Nuntius reagierte äußerst nervös auf diese Anfrage. Die zahlreichen abgelegten Dokumente zeugen vom großen Interesse, mit dem Sibilia die Angelegenheit verfolgte.[1206] Allem Anschein nach hatten Leuthners Einwände einen empfindlichen Nerv getroffen. Seipel ließ sich dadurch allerdings nicht aus der Ruhe bringen und parierte von der Regierungsbank die Angriffe auf den Heiligen Stuhl. Zunächst stellte er klar, dass vom Nominationsrecht des Kaisers die Suffraganbistümer Salzburgs ausgenommen und durch ein eigenes Privileg geregelt waren. Indem er dieses Privileg als innerkirchliche Angelegenheit deklarierte, sprach er ihr jede innenpolitische Relevanz ab. Damit war bereits ein großer Teil der Anfrage entkräftet. Was das Nominationsrecht des Kaisers für die übrigen Bistümer anging, stützte er sich auf die Argumentation des Wiener Kirchenrechtsprofessors Rudolf Köstler, der zu einer anderen Rechtsauslegung als der sozialdemokratische

[1204] Die „Anfrage der Abgeordneten Leuthner und Genossen an die Bundesregierung betreffend Wahrung staatlicher Hoheitsrechte gegenüber der römischen Kurie" in ganzer Länge zit. in: *Salzburger Wacht,* 28. Mai 1927.
[1205] Die Erwiderung Seipels liegt dem Nuntiaturarchiv als Abschrift vor. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 139-144. Stellungnahme Ignaz Seipels, 19. Juli 1927.
[1206] Im Nuntiaturarchiv gibt es einen eigenen Faszikel zu der parlamentarischen Anfrage Leuthners. Sie umfasst die Blätter 139 bis 164. Darunter befinden sich Zeitungsartikel, zwei Schreiben von Bundeskanzler Ignaz Seipel an den Nuntius, die Stellungnahme des Bundeskanzlers zur Anfrage sowie sämtliche Übersetzungen der Texte ins Italienische. Vgl. ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 139-144.

Abgeordnete gekommen war.[1207] Für Seipel war das Nominationsrecht nur ein „*kirchliches Privatrecht des Allerhöchsten Kaisers*“, das der Papst allein diesem zugestanden habe. Zudem erachtete er diesen Punkt bereits in einem Gesetz aus dem Jahr 1874 geregelt, wo vorgesehen war, dass „*beim Aussetzen einer landesfürstlichen Ernennung*“ die „*in Aussicht genommene Person der staatlichen Kultusverwaltung anzuzeigen ist*.“ Gegen Einsprüche des Kultusministeriums dürfe eine Besetzung allerdings nicht erfolgen. Dabei handelte es sich nach Seipel aber um keine Nomination im klassischen Sinne. Denn der Kultusverwaltung würden Einsprüche gegen angezeigte Personen nur dann zustehen, wenn diese die gesetzlich vorgegebenen Erfordernisse nicht erfüllten. Um in Österreich die Bischofswürde erhalten zu können, verlangte der Staat „*die österreichische Staatsbürgerschaft, ein in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht vorwurfsfreies Verhalten und diejenige besondere Befähigung, welche für bestimmte kirchliche Ämter und Pfründe in den Staatsgesetzen vorgeschrieben ist.*“[1208] Seipel hat mit dieser Stellungnahme nicht nur die Bedenken Leuthners zerstreut, sondern zugleich angekündigt, wie er die Frage der Bischofsbenennungen in Zukunft gelösten haben wollte. Dazu äußerte er sich gegenüber dem Nuntius unmissverständlich: *„… il mio Governo vuole che la Santa Sede abbia la massima libertà nella scelta dei Vescovi: e non intende affatto di seguire il sistema di prima.*”[1209] Sibilia zeigte sich in einem privaten Schreiben an den Bundeskanzler sichtlich erleichtert über die Behandlung dieser Frage im Nationalrat und bezeichnete die Argumentation der Regierung als „sehr klug, diplomatisch und erschöpfend“.[1210]

[1207] Vgl. Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien, 2011, 333.
[1208] ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 142. Stellungnahme Ignaz Seipel, 19. Juli 1927.
[1209] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 110. N° 275/9028, Nuntiaturbericht, 12. April 1927, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*…meine Regierung wünscht, dass der Heilige Stuhl in der Wahl der Bischöfe die größte Freiheit hat: und sie hat nicht im geringsten die Absicht, das alte System weiterzuverfolgen*.“
[1210] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 164. Nuntius Enrico Sibilia an Bundeskanzler Ignaz Seipel, 22. Juli 1927.

4.3. Ein höchst selbständiger Arbeiter im "Weinstock des Herren"

4.3.1. Der Heilige Stuhl im politischen Kalkül Seipels

> *„In den eigentlichen Grundsatzfragen gibt es kein Paktieren, über sie hinaus muß aber die Taktik stets durch Berücksichtigung der Frage, was unter den gegebenen Umständen als das größere oder das kleinere Übel anzusehen ist, bestimmt werden. Die letzte Entscheidung hierüber steht ausschließlich der kirchlichen Autorität zu, die gewiß nicht, ohne die Männer der politischen Taktik gehört zu haben, urteilen wird."*[1211]
>
> Ignaz Seipel

Bisher konzentrierte sich die Arbeit vornehmlich auf die Untersuchung der von Rom nach Wien verlaufenden Kommunikation mit dem Zweck, die Bandbreite und Charakteristika der an den österreichischen Regierungsvorsitzenden herangetragenen Interventionsversuche erfassen zu können. In diesem Kapitel soll hingegen den von Wien ausgehenden Kontaktaufnahmen mit der Kurie auf den Grund gegangen werden. Im Vordergrund des Interesses steht die von der Forschung bisher noch unbeantwortete Frage, ob der Priesterpolitiker seine bekanntlich guten Beziehungen zum Apostolischen Nuntius auch für eigene Zwecke nutzen konnte oder auf andere Weise versuchte, den Heiligen Stuhl auf seine Anliegen aufmerksam zu machen. Bereits in den vorangehenden Kapiteln zeichnete sich ab, dass die Kommunikationskanäle zwischen dem Ballhausplatz und dem Apostolischen Stuhl während der Amtszeit Seipels ausgezeichnet funktionierten. Dies traf besonders für die Zeit ab 1923 zu, als mit der Berufung Enrico Sibilias eine Wachablöse in der Wiener Nuntiatur stattfand. Für den Informationsfluss wirkte sich dieser Wechsel sehr anregend aus. Nachweislich stand der Kanzler dem Apostolischen Nuntius bereitwillig für politische Auskünfte zur Verfügung. Sibilia wiederum übernahm die Sichtweisen des Priesterpolitikers großteils kritiklos und bot ihnen in den Rapporten eine breite Bühne, wodurch die politische Berichterstattung tendenziöse Einfärbungen entwickelte. Dass die Kontakte allerdings so gut waren, um ohne Weiteres kuriale Unterstützung 'in Auftrag geben' zu können, stellt, wie nachstehend zu lesen sein wird, eine völlig neue Erkenntnis dar.

[1211] ASV/AdNdV, Karton 842, fol. 172. Ignaz Seipel an alle Ordinariate und christlichsozialen Landesparteileitungen Österreichs, 25. Juli 1921, Abschrift.

Die ‘vatikanische Schützenhilfe‘ musste jedoch vorsichtig und überlegt eingesetzt werden. Auch blieb ihr Anwendungsbereich nur auf ganz spezielle Situationen beschränkt. In der Auseinandersetzung mit politischen Widersachern wäre ein römisches Wort zweifelsohne kontraproduktiv gewesen, zumal sich dieses Milieu weitgehend außerhalb des kirchlichen Einflusses bewegte. Innerhalb des eigenen Lagers konnten die Kontakte zur Kirchenleitung hingegen gut für die Durchsetzung eigener Positionen ausgespielt werden. Durch die enge Verzahnung von Christlichsozialer Partei und katholischer Kirche wurden die Aktivitäten des Heiligen Stuhls auch von der Parteileitung genauestens mitverfolgt. Für eine plumpe Einmischung in interne Flügelkämpfe hätte sich Rom kaum hergegeben. Dies war allerdings auch nicht notwendig. Spätestens nach der Konstituierung des vierten Kabinetts Seipel im Oktober 1926 war die Position des vormaligen Universitätsprofessors so gefestigt, dass der Parteikurs weitgehend nach seinem politisch-katholischen Programm ausgerichtet werden konnte.[1212] Innerhalb der katholischen Hierarchie nahm Seipel hingegen eine vergleichsweise unbedeutende Stellung ein, auch wenn er durch sein politisches Amt über deutlich mehr gestalterische Befugnisse verfügte als seine kirchlichen Vorgesetzten. Diese Konstellation sollte sich, wie in der Folge noch zu sehen sein wird, für den Priesterpolitiker aber eher als Nachteil denn als Vorteil erweisen. Er nahm zwar bei der landesweiten Koordination des Politischen Katholizismus eine Schlüsselstellung ein, doch barg diese Position zugleich das Risiko, vom Episkopat als Exekutivorgan erwünschter kirchenpolitischer Maßnahmen betrachtet zu werden. Um hier nicht unter die Räder bischöflicher Bevormundung zu geraten, wäre eine vatikanische Rückendeckung gerade im Falle von Meinungsverschiedenheiten mit dem Episkopat sehr vorteilhaft gewesen.

Aus den Quellen des vatikanischen Geheimarchivs geht hervor, dass der geistliche Bundeskanzler im Jahr 1927 tatsächlich indirekt um eine Intervention des Heiligen Stuhls beim Nuntius in Wien anfragte. Am Rande des Diplomatenempfangs am 23. Mai 1927 ließ Seipel gegenüber dem päpstlichen Gesandten Enrico Sibilia anklingen, dass er sich von kirchlicher Seite landesweit mehr Unterstützung in seinem politischen Kampf erwartete. Von wem er hier größeren Kampfgeist einforderte, ließ er vorerst offen.[1213] Ganz neu war eine solche Forderung Seipels jedoch nicht. Bereits 1921 betonte er in einem Rundschreiben an die österreichischen Bischöfe und alle christlichsozialen Parteileitungen die

[1212] Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 61. u. 78.
[1213] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 712. N° 279/9163, Nuntiaturbericht, 24. Mai 1927, Entwurf.

Notwendigkeit eines katholischen Schulterschlusses. Handlungsbedarf sah er vor allem in einer besseren Koordination aller katholischen Kräfte im Land:

> *„Die Predigt in den Kirchen, die Arbeit in den katholischen Vereinen, die Tätigkeit der großen Volksorganisationen, die Sammlung der Massen bei Katholikentagen und andere außerordentliche Anlässe müssten nach einheitlichem Plane benützt werden, um die Kirche als das geistige Vaterland der Völker, als den festen Boden, der bei den Schwankungen und dem Sturz der Staaten unerschüttert bleibt, als die Arche, durch die allein die wahren Kulturgüter selbst über eine Sündflut politischer und sozialer Revolutionen hinübergerettet werden können, aufzuzeigen*."[1214]

Ohne diplomatische Umschweife sprach er in demselben Papier auch über die österreichische Sozialdemokratie und die von ihr ausgehenden Bedrohungen für die katholischen Interessen. Um den politischen Einfluss der Sozialdemokraten möglichst ‚unschädlich' zu halten, empfahl er schon 1921 den Zusammenschluss aller bürgerlichen Kräfte, wie er bei den Nationalratswahlen 1927 in Form einer Einheitsliste von Christdemokraten und Großdeutschen in die Tat umgesetzt wurde. Der gesamte Bericht liest sich daher über weite Strecken wie das spätere Regierungsprogramm des Geistlichen. Zugleich zeigt der Befund aber auch, dass der Politische Katholizismus der frühen 1920er Jahre erhebliche organisatorische Schwächen aufwies.[1215]

Im Jahr 1927 bekamen die alten Vorwürfe über den unzureichenden politischen Gestaltungswillen der Katholiken für Seipel wieder neue Relevanz. Bei den Nationalratswahlen im April 1927 fielen die Christlichsozialen entgegen den Erwartungen des Bundeskanzlers auf 73 Abgeordnete zurück, wodurch der Abstand zur SDAP nur noch zwei Mandate betrug.[1216] Gegenüber dem Apostolischen Nuntius hatte sich Seipel kurz vor den Wahlen aufgrund der getroffenen Vorbereitungen noch zuversichtlich gezeigt. Mit Zufriedenheit erfüllte den Kanzler, alle anderen Parteien gegen die Sozialdemokraten in Stellung gebracht zu haben („*di riunire il grosso di tutti i partiti contro i socialisti"*). Bei den kommenden Wahlen, die für die 'katholische Sache' in Österreich von größter Wichtigkeit sein würden („*che sono per la causa cattolica in Austria di certa importanza"*), stünden sich „*Marxisti ed Antimarxisti"* folglich scharf gegenüber.[1217] Diese Blockbildung wurde auch von der Presse deutlich angesprochen. Am Tag nach der Wahl titelte die *Neue Freie*

[1214] ASV/AdNdV, Karton 842, fol. 172. Ignaz Seipel an alle Ordinariate und christlichsozialen Landesparteileitungen Österreichs, 25. Juli 1921, Abschrift.
[1215] Vgl. ebda., fol. 169-172.
[1216] Vgl. WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl vom 24. April 1927, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf (28.12.2010).
[1217] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 111. N° 275/9028, Nuntiaturbericht, 12. April 1927, Entwurf.

Presse mit dem Aufmacher: „*Der sozialdemokratische Ansturm zurückgeschlagen*."[1218] Deutlich polarisierender fiel verständlicherweise die Reaktion des parteinahen Organs der Christlichsozialen aus. Dort kommentierte man den Ausgang der Wahl mit der Schlagzeile: *„Marxistensieg vereitelt! Es bleibt beim Alten*."[1219] Der Wahlausgang war aber keineswegs ein Erfolg der bürgerlichen Parteien. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat zwangen die Parteien der Einheitsliste, die Regierung auf eine breitere Basis zu stellen und den Landbund in die Koalition aufzunehmen. Der Nuntius zeigte sich in seinem Rapport (30. April 1927) unmittelbar nach den Wahlen anfänglich wenig begeistert von dieser Regierungsbildung, da er davon ausging, dass sie den Christlichsozialen eine Reihe von Zugeständnissen kosten würde. Aus diesem Grund beurteilte er die Ausgangslage der Christlichsozialen Partei nach der Wahl als „*scabrosa e delicata*" (haarig und heikel).[1220]

> *„Per ottenere pero una tale unione politica, i cristiano-sociali dovranno fare dei sacrifizi* [sic!] *o concessioni a favore di que'due gruppi, pur sapendo essi per esperienza che sono degli alleati da non ispirar loro una grande fiducia. Anche i socialisti lavorano indefessamente per trarre a se con magnifiche promesse pangermanisti ed agrarii. Generalmente si crede che ciò non l'otterrano; ma se mai così avvenisse, e Dio lo permetta, i cristiano-sociali resterebbero in minoranza, e si avrebbe un Governo federale o centrale socialista."*[1221]

Sibilias größte Sorge war jedoch – wie er in einem Bericht vom 24. Mai 1927 neuerlich betonte –, dass es zu Konzessionen in kirchenpolitischen Fragen kommen könnte. Die Ankündigung des Landbundes, sich in einer zukünftigen Regierung eine „Politik der freien Hand" („*di mano libera*") vorbehalten zu wollen, löste deshalb beim Nuntius größtes Unbehagen aus. Der vatikanische Diplomat sah dadurch das alte Koalitionsabkommen

---

[1218] *Neue Freie Presse*, Abendblatt, 25. April 1927, 1.

[1219] *Reichspost*, 25. April 1927, 1. Die *Arbeiterzeitung* feierte hingegen einen dreifachen Sieg. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 497. Bei einer genaueren Betrachtung des Wahlergebnisses ist von einem großen Triumph allerdings nicht viel zu bemerken. Während die Sozialdemokraten im Vergleich zur Nationalratswahl von 1923 drei Mandate dazu gewinnen konnten, haben die Christlichsozialen neun Sitze eingebüßt. Die gemeinsame Kandidatur mit den Großdeutschen als Einheitsliste verschleierte diesen Umstand jedoch und ließ die 85 Mandate als Sieg erscheinen. Vgl. WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl vom 24. April 1927, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf (28.12.2010).

[1220] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 205. N° 277/9093, Nuntiaturbericht, 30. April 1927, Entwurf.

[1221] Ebda., fol. 204. Eigene Übersetzung: „*Um jedoch eine solche politische Union erhalten zu können, werden die Christlichsozialen Opfer und Konzessionen eben zugunsten dieser beiden Gruppen* [Großdeutsche und Landbund] *bringen müssen, obwohl sie aus Erfahrung wissen, dass diese Verbündeten nicht gerade großes Vertrauen erwecken. Auch die Sozialisten arbeiten daran, die Großdeutschen und Agrarier* [Landbund] *mit großartigen Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen. Allgemein glaubt man aber, dass sie dies nicht so einfach erreichen werden; aber falls das doch geschehen sollte und Gott dies zulässt, würden die Christlichsozialen in der Minderheit bleiben und man bekäme eine sozialistische Bundes- oder Zentralregierung.*"

zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen in Gefahr.[1222] Diese Regierungsübereinkunft hatte vorgesehen, kirchenpolitische Debatten nicht aufkommen zu lassen, wodurch die kirchenpolitische Gesetzgebung bisher unberührt blieb.[1223] Eine Regierungsbeteiligung des Landbundes wurde deshalb vom Nuntius abgelehnt, da sie nur Risiken („*pericoloso eventualità*") mit sich bringen würde.[1224] Seine Vorbehalte gegen die Regierungsbildung waren aber vornehmlich im antiklerikalen Habitus der Großbauernvertretung begründet und galten nicht Seipel, dem Architekten des neuen Kabinetts.[1225] Im Gegenteil, für den Prälaten war der Nuntius voll des Lobes, da es diesem erneut gelungen war, die Sozialisten von der Regierung fernzuhalten. Ungeachtet des Mandatsverlustes hob er die „*grande opera di purificazione e di ricostruzione*" (das große Werk der Läuterung und des Wiederaufbaus) des Priesterkanzlers hervor, das er besonders in der Ehe- und Schulfrage für unverzichtbar hielt. Allerdings war der Vertreter des Heiligen Stuhls – wie auch Seipel selbst – davon überzeugt, dass darüber hinaus ein verstärktes außerparlamentarisches Engagement der katholischen Kräfte unerlässlich wäre.[1226]

> „*Tutta la politica di Mgr. Seipel può dirsi che sia diretta innanzi tutto ad impedire, come ha fatto finora, che la legislazione relativa agl' interessi della chiesa venga comunque peggiorata, e procurare al tempo stesso di differire il "Kulturkampf", che egli stesso desidera e vorrebbe affrontare se i cattolici di Austria si persuadessero del grave pericolò in cui si trovano e della necessità di difendere le loro profonde credenze religiose, cooperando con sempre maggiore impegno agli sforzi dei loro rispettivi Vescovi e delle numerose associazioni cattoliche esistenti.*"[1227]

Dieser Passus erinnert sehr an die vorhin zitierte Expertise Seipels aus dem Jahr 1921. Schon damals klang in den Ausführungen des christlichsozialen Parteiobmanns eine stille Kritik an der bischöflichen Obrigkeit mit:

[1222] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 712. N° 279/9163, Nuntiaturbericht, 24. Mai 1927, Entwurf.
[1223] Dieses Abkommen sollte die antiklerikalen Großdeutschen davon abhalten 'Kulturkämpferei' zu betreiben. Im Gegenzug bekamen sie im Kabinett mehr Gewicht, als es ihrer eigentlichen parlamentarischen Stärke entsprochen hätte. Vgl. Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie, 1963, 58. Zur Zusammensetzung des Kabinett Seipel V siehe Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 774.
[1224] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 712. N° 279/9163, Nuntiaturbericht, 24. Mai 1927, Entwurf.
[1225] Für den Nuntius war der Landbund ein Konglomerat von „alten, wirklich antireligiösen Liberalen" („*composto degli antichi liberali veramente antireligiosi"*). ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 712. N° 279/9163, Nuntiaturbericht, 24. Mai 1927, Entwurf.
[1226] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 204-205. N° 277/9093, Nuntiaturbericht, 30. April 1927, Entwurf.
[1227] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 712. N° 279/9163, Nuntiaturbericht, 24. Mai 1927, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*Man kann sagen, die gesamte Politik von Msgr. Seipel ist vor allem darauf gerichtet, eine Verschlechterung der Kirche betreffenden Gesetzgebung zu verhindern, wie sie es schon bis jetzt getan hat, und gleichzeitig darauf zu achten, den 'Kulturkampf' zu vermeiden, welchen er sehr wohl aufnehmen würde, wenn sich Österreichs Katholiken endlich bewusst werden würden, in welch schlimmer Gefahr sie sich befinden und die Notwendigkeit, ihre tiefe Religiosität zu verteidigen, erkennen würden, indem sie mit großem Eifer mit den Kräften der für sie zuständigen Bischöfe und den zahlreichen existierenden katholischen Vereinen zusammenarbeiten.*"

„Die Organisation dieses Kampfes, der nicht als bloßer Abwehrkampf geführt werden dürfte, sondern alsbald in eine Mission am Proletariat, das allzu lang als für die Kirche verloren betrachtet wurde, übergehen müsste, wäre möglichst unabhängig von der Politik und den politischen Parteien durchzuführen.“[1228]

Dahinter stand die unausgesprochene Forderung, dass die österreichische Kirchenhierarchie bei der weltanschaulichen Auseinandersetzung mehr in die Pflicht genommen werden sollte. Die vermeintlichen Versäumnisse der Oberhirten müssten seiner Meinung nach von ihm und der Partei kompensiert werden.

„Die politisch führenden Persönlichkeiten werden sich freilich stets am Kulturkampf interessiert zeigen müssen, aber es soll ihnen nicht etwa auch noch die ganze Last der kirchen- und kulturpolitischen Aufklärungsarbeit auferlegt werden.“[1229]

Der Staatsmann fühlte sich demnach schon 1921 in seiner kirchenpolitischen Mission überfordert und alleine gelassen. Einerseits verlangte man von ihm als katholischem Priester und Politiker die Unterstützung konfessioneller Anliegen, andererseits fehlte es ihm an der nötigen innerkirchlichen Zuständigkeit. Seipels Dilemma bestand folglich darin, über mehr Verantwortung als Kompetenzen zu verfügen.[1230] Seine Stellung als einfacher Priester verwehrte es ihm allerdings, offen ein größeres Engagement der Bischöfe einzufordern. Seipel konnte deshalb seinem Anliegen nur über Umwege Gehör verschaffen. Im Apostolischen Nuntius fand der Kanzler den geeigneten Verbündeten für sein Vorhaben. Mithilfe des vatikanischen Diplomaten konnte er eine richtungsweisende Geste des Papstes anregen, ohne den Anschein zu erwecken, die Oberhirten übergehen zu wollen. Denn Seipel hätte sich auch selbst an den Heiligen Stuhl wenden können. Er bediente sich jedoch des regulären Instanzenweges, um vermutlich den offiziellen Charakter der Sache zu unterstreichen. Über die geeignete Form der gewünschten Direktive hatte

[1228] ASV/AdNdV, Karton 842, fol. 172. Ignaz Seipel an alle Ordinariate und christlichsozialen Landesparteileitungen Österreichs, 25. Juli 1921, Abschrift.
[1229] ASV/AdNdV, Karton 842, fol. 172.
[1230] Sehr pointiert beschrieb er die Schwierigkeit seiner Lage dem Direktor des Wiener Katechismusvereins, Alfred Johannes Resseguier de Miremont, der sich beim Kanzler für die Einführung der konfessionellen Schule stark machte. Seipel signalisierte dem Bittsteller, die Sache weiterhin unterstützen zu wollen, allerdings wollte er vor den Wahlen keine kulturpolitischen Diskussionen aufkommen lassen. Danach versicherte er, die Schulfrage erneut aufrollen zu wollen. Der Bundeskanzler empfahl Resseguier jedoch, auch selbst initiativ zu werden und nicht zu warten „*bis ich* [Ignaz Seipel] *imstande bin, politisch etwas zu tun, sondern die Katholiken sollen einmütig zusammenstehen, dadurch würde meine Situation auch bedeutend erleichtert.*“ DAW, BiKo, Karton 12, Fasz. 1, „*Mündliche Enquete*“. Protokolle der Sitzung am Montag, 14. Februar 1927. Dieses wahltaktische Manöver des Regierungschefs lag ganz im Sinne des Apostolischen Nuntius. Als Seipel dem vatikanischen Gesandten bei einem Diplomatenempfang am 14. Februar 1927 von den konfessionellen Schulreformvorhaben berichtete – von bischöflicher Seite trat vor allem Sigismund Waitz für die Konfessionalisierung der Schule ein –, sprach sich dieser „*ganz und gar gegen eine Aufrollung der Schulfrage vor den nächsten Nationalratswahlen*“ aus. ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 635, Fasz. „Päpstlicher Stuhl I/1-I/2“, fol. 141. Z. 20.790-13/1927, 20. Februar 1927. Laut Akt fanden der Diplomatenempfang und das Gespräch mit Resseguier am selben Tag statt.

man sich in Wien bereits Gedanken gemacht. Es sollte ein Papstschreiben an die Bischöfe sein:

> „*A questo riguardo, Mgr. Seipel, ieri nel consueto ricevimento diplomatico, con delicata allusione, mi faceva intendere quanto utile sarebbe una parola del Santo Padre (diretta ai vescovi quando se ne offra opportuna occasione, e in quella forma che è tutta propria solamente del Sommo Pontefice) la quale scuotesse i dormienti, incoraggiasse i Vescovi ed aggiungesse una maggior lena ai buoni innanzi ai pericoli da cui sono minacciati gl'interessi della Religione dai nemici della Chiesa che tentano con tutti i mezzi di scristianizzare questa cattolica nazione.*"[1231]

Die gesamte Vorgehensweise trug augenscheinlich die Handschrift Seipels. Bereits der Nuntiaturbericht vom 30. April 1927 mit dem auffallenden Bezug zur Seipel-Expertise aus dem Jahr 1921 legt den Schluss nahe, dass er in Absprache mit dem Priesterpolitiker verfasst wurde und in Rom Stimmung für eine Intervention machen sollte.[1232] Dass Seipel in dieser delikaten Angelegenheit – immerhin ging es um eine Direktive für den Episkopat – die Unterstützung des Wiener Nuntius genoss, zeigt zugleich, wie sehr sich die politischen Anschauungen der beiden Geistlichen glichen.

In Rom bedurfte es keiner langen Bedenkzeit, um dem Appell des österreichischen Bundeskanzlers nachzugeben. Bereits am 4. Juni 1927 teilte das Staatssekretariat dem Geschäftsträger in Wien mit, dass der Heilige Stuhl keine grundsätzlichen Einwände gegen eine richtungsweisende Note an den Episkopat hätte. Was Inhalt und Anlass des Schreibens anging, spielte man den Ball nach Wien zurück: „*Occorrerebbe più che Ella indicasse un'occassione conveniente per dar motivo a una lettera pontificia nella quale potrebbero essere trattati gli argomenti che V.E. vorra specificare.*"[1233] Es ist verständlich, dass man dem Nuntius vor Ort eine bessere Einschätzung der Lage zutraute, doch diese Zusage kam beinahe einem Freibrief gleich. Seipel erhielt dadurch die Möglichkeit, auf Inhalt und Zeitpunkt des Schreibens maßgeblich Einfluss zu nehmen, denn es ist nur

---

[1231] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 15f. N° 279/9163, Nuntiaturbericht, 24. Mai 1927. Eigene Übersetzung: „*Was diese Angelegenheit betrifft, gab mir Msgr. Seipel gestern beim gewohnten diplomatischen Empfang mit einer zarten Anspielung zu verstehen, wie nützlich ein Wort des Heiligen Vaters wäre (gerichtet an die Bischöfe, bei günstiger Gelegenheit, und in Form, die sich ganz der Höchste Pontifex vorbehält), welches die Schlafenden aufrütteln, die Bischöfe ermutigen und den Guten einen größeren Eifer verleihen würde, vor den Gefahren, die die Interessen der Religion durch die Feinde der Kirche bedrohen, welche mit allen Mitteln die Entchristlichung dieser katholischen Nation versuchen.*"

[1232] Tatsächlich kam es einen Tag vor der Verfassung des Nuntiaturberichtes zu einem Treffen zwischen dem Kanzler und dem päpstlichen Diplomaten. Am 23. Mai empfing Seipel den Gesandten aus Rom im Rahmen in Audienz. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 8, 187r.

[1233] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 16. N° 1661/27, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 4. Juni 1927, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Es würde besser sein, wenn Sie uns eine vorteilhafte Gelegenheit empfehlen würden, um einen Grund für einen päpstlichen Brief zu geben, in welchem die Argumente behandelt werden könnten, die Eure Exzellenz spezifizieren möchten*."

schwer vorstellbar, dass der Nuntius diesen Entwurf ohne Absprache mit dem Anreger der gewünschten päpstlichen Zeilen verfasst hat.

Am 16. September 1927 befand man in Wien die Zeit reif für ein solches Schreiben. Was genau der Kanzler den Bischöfen ins Stammbuch schreiben wollte, ist leider nicht bekannt. Aus einer Aktennotiz geht lediglich hervor, dass von der Nuntiatur ein entsprechendes Schriftstück angefordert wurde, woraufhin die zweite Sektion des Staatssekretariats mit der Erstellung einer „*lettera Pontificio all'Episcopato austriaco in occasione delle conferenze annuali*" (einem päpstlichen Brief für die Bischöfe anlässlich der jährlichen Konferenz) befasst wurde.[1234] Dem Duktus dieses den Bischöfen vorgelegten Schreibens lässt sich jedoch entnehmen, dass Seipel die Oberhirten vor allem in der Schulfrage auf Kurs bringen wollte. Für diese Annahme spricht, dass er diesbezüglich bereits im Jahr 1924 Differenzen mit dem Episkopat in Kauf genommen hatte.[1235] Die Mehrheit der Bischöfe, allen voran der Wiener Ordinarius, trat für eine Bekenntnisschule nach holländischem Vorbild ein.[1236] Seipel präferierte hingegen eine Reform der Schulgesetzgebung, „*die den Bestimmungen des kanonischen Gesetzbuches vollauf*"[1237] entsprochen hätte. Da die sogenannte „*Schule der Gewissensfreiheit*" (holländisches Modell) die religiöse Erziehung der Kinder den Eltern überließ, sah er darin eine „*Vernachlässigung der Forderung des canonischen Rechtes betreffend Religionsunterricht in allen Schulen.*" Der Politiker lehnte deshalb dieses Schulmodell „*als gefährlich, weil im liberalen Sinn mißverständlich und auf Grund einer Ueberspannung des Elternrechtes beruhend*", ab und erwies sich dadurch 'katholischer' als die Bischöfe.[1238] Zudem hatte er auch vom

[1234] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 17. „*Nota d'Archivio*", 24. November 1927.
[1235] Vgl. Krexner, Hirte an der Zeitenwende, 1988, 290. Krexners Darstellung, die sich ihrerseits auf die Erinnerungen Msgr. Wagners, dem Sekretär Kardinal Piffls, stützt, steht allerdings im Widerspruch zu der verbreiteteren Auffassung, wonach der Wiener Erzbischof gerade in seiner Funktion als Apostolischer Administrator des Burgenlandes, das im Gegensatz zu Restösterreich aufgrund seiner speziellen Rechtssituation ein konfessionelles Schulwesen hatte, die Ausdehnung dieses Modells für ganz Österreich wünschte. Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 5, Wien 1988, 90.
[1236] Im Fastenhirtenbrief von 1922 forderten die Bischöfe noch ein Schulsystem, in dem katholische Kinder „in eigenen Schulen, möglichst getrennt von andersgläubigen Kindern, unterrichtet und erzogen werden." Am Katholikentag von 1923 zeichnete sich allerdings bereits ein Schwenk in Richtung holländischer Schulverfassung ab. Vgl. ebda., 90.
[1237] DAW, Bischofsakten Piffl, Fasz. 1924, o.fol. Ludwig Rotter und Heinrich Giese an Friedrich G. Kardinal Piffl, 27. Oktober 1924. Mit diesen Worten schilderten Rotter und Giese die Haltung des Bundeskanzlers. Damit befand sich Seipel ganz auf der Linie des Papstes, der in der Enzyklika *Divini illius Magistri* die schulische Erziehung aller katholisch getauften Kinder gemäß dem kanonischen Recht einforderte. Vgl. Richard Olechowski, Schulpolitik, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz, Köln u. Wien 1983, 591f.
[1238] Hier gibt es aber auch noch eine weitere Deutungsmöglichkeit: Die Bischöfe wussten, dass die konfessionelle Schule, wie Seipel sie wollte, politisch nicht umsetzbar war bzw. auf großen Widerstand stoßen würde, und setzten deshalb im Vorhinein auf ein seelsorglich realistischeres Modell.

politischen Standpunkt aus Bedenken gegen ein voreiliges Festlegen auf die Bekenntnisschule. Diese Option wollte er sich offen halten im Falle eines „*Zurückweichen*[s] *auf eine zweite Linie, die wir vielleicht beziehen müßten, wenn der Schulkampf im großen Ganzen zu unseren Ungunsten schon entschieden wäre*."[1239]

Rechtzeitig zur Bischofskonferenz, die vom 22. bis 24. November in Wien stattfand, erreichte den Episkopat das von Seipel initiierte Schreiben aus Rom. Selbstverständlich wurde darin mit keinem Wort erwähnt, dass die Anregung dazu vom Bundeskanzler ausging. Inhaltlich stärkte es dem Politiker hingegen insofern den Rücken, als der Papst den Bischöfen die Leistungen des geistlichen Staatsmannes vor Augen hielt und der von Seipel angestrebten konfessionellen Schule das Wort redete. Darüber hinaus hielt er die Bischöfe ausdrücklich dazu an, sich energischer für eine profunde Glaubensvermittlung in der Schule einzusetzen und diese besser gegen politische Anfeindungen zu verteidigen.

> „*Nimium autem quantum alicubi, in urbe praesertim Eeipublicae* [sic!] *capite, factiones nonnullae dominantur, a quibus iniuste sane impeditur quominus Dei Ecclesia iis fruatur beneficiis quae ipsimet Eeipublicae* [sic!] *moderatores, quos inter Urbanus Antistes eminet virtute usuque rerum praecellens, pro religiosa iuvenum institutione, pro patriae prosperitate et pace sapienter deerevere* (sic!). *Instandum est igitur ut iuvenes in scholis publicis christiana doctrina imbuantur atque ad christianos mores rite informentur; siquidem dum iuvenilis aetas tanta errorum colluvie vitiorumque coeno circumvenitur, plurimum sane cum Ecclesiae tum Eeipublicae* [sic!] *interest ut ipsa in spem melioris aevi succrescat*."[1240]

Aus diesem Fallbeispiel kann folgender Schluss gezogen werden: Die Sondersituation, dass ein Priester der Bundesregierung vorstand, führte offensichtlich auch in der streng hierarchischen Kirchenführung zu Koordinationsschwierigkeiten. Einen Vertreter des heimischen Klerus mit so umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten ausgestattet zu wissen, verleitete die österreichische Kirchenleitung dazu, sich zunehmend ihrer kirchenpoli-

---

[1239] DAW, Bischofsakten Piffl, Fasz. 1924, o.fol. Ludwig Rotter und Heinrich Giese an Friedrich G. Kardinal Piffl, 27. Oktober 1924.

[1240] WWW Homepage des Heiligen Stuhls, *Acta Apostolicae Sedis* XX, Roma 1928, 72, http://www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS%2020%20%5B1928%5D%20-%20ocr.pdf (25.11.2011). Pius XI. an Friedrich G. Kardinal Piffl, 10. November 1927. Eigene Übersetzung: „*So außerordentlich wie nirgendwo herrschen vor allem in der Hauptstadt des Staates einige Parteien, von denen vollkommen ungerechtfertigt verhindert wird, dass die Kirche Gottes diejenigen Begünstigungen genießt, die die Lenker der Republik selbst, unter denen der Urbanus Antistes* [Staatenlenker: hier Synonym für Ignaz Seipel] *hervorragt, der sich durch Tugend und Erfahrung der Dinge auszeichnet, für die religiöse Unterweisung der Jugendlichen, für das Gedeihen und den Frieden des Vaterlandes weise beschlossen haben. Es muss also darauf bestanden werden, dass die Jugendlichen in den öffentlichen Schulen mit der christlichen Lehre vertraut gemacht werden und zu den christlichen Sitten mit den vorgeschriebenen Zeremonien erzogen werden; weil freilich das Jugendalter von vielen Fehlern und Lastern umgeben ist, liegt sowohl der Kirche als auch dem Staat außerordentlich viel daran, dass sie selbst* [die Jugend] *in der Hoffnung auf eine bessere Zeit heranwächst*."

tischen Verantwortung zu entziehen. Seipel sah sich wiederum durch diese defensive Haltung der Oberhirten selbst in die Pflicht genommen. Ohne aber von der Kirchenführung ausdrückliche Anweisung in diese Richtung erhalten zu haben, beschritt er damit eine Gratwanderung zwischen latenter Untergrabung der bischöflichen Amtsgewalt und couragierter Selbstinitiative. Um diesen Drahtseilakt zu bestehen, bedurfte es kreativer Strategien. Die Veranlassung eines päpstlichen Schreibens an den Episkopat war zweifellos die eindrucksvollste Demonstration seines politischen Geschicks.

Ein weiteres Quellenbeispiel für eine Intervention des Heiligen Stuhls zugunsten des österreichischen Priesterpolitikers bieten die Bestände für das Jahr 1929. Anlass war eine Diffamierung Seipels in der deutschen Presse. Der ehemalige italienische Abgeordnete Guido Miglioli (1879-1954), er gehörte früher dem linken Flügel des *Partito popolare* an[1241], brachte am 11. Oktober 1929 in der *Berliner Presseagentur* (BPA) schwere Vorwürfe gegen Ignaz Seipel vor. Unter dem Titel „*Die Krise der österreichischen christlich-sozialen Partei*" bezichtigte er Seipel, eine „*gewaltsame und absolutistische Politik*" zu verfolgen, die innerhalb der eigenen Partei bereits auf Gegenwehr stoßen würde. Als Opponenten nannte er namentlich Leopold Kunschak, der erst kürzlich von den Heimwehren deshalb *des Verrats bezichtigt* worden sei. Seine Recherchen führten Miglioli auch in die Redaktion der *Reichspost*, wo ihm von einem der „*intimsten Mitarbeiter Seipels*" die vermeintliche Parteikrise bestätigt wurde. Hoffnungen schöpfte der befragte Redakteur allerdings aus der bevorstehenden Verfassungsreform. Für Miglioli war damit der Nachweis erbracht, dass diese Reform nur dem Zweck diente, „*zu verhindern, daß die Sozialdemokratie durch die Wahlen und durch eine parlamentarische Regierung die Macht im Staate übernehmen kann.*" Folglich war es nach Ansicht des italienischen Querdenkers Gebot der Stunde, dass sich die Sozialdemokraten „*mit aller Kraft gegen die Reform*" der Regierung stellen müssten, da alles andere einem politischen „*Selbstmord*" gleichkäme.

[1241] Guido Miglioli war italienischer Politiker und Gewerkschafter. Selbst aus bäuerlichem Umfeld stammend, nahm er sich sehr bald der kleinen Bauern und landwirtschaftlichen Hilfsarbeitern an und half ihnen, sich in Gewerkschaften zu organisieren. 1919 schloss er sich der vom Priester Luigi Sturzo gegründeten christlichen Volkspartei, dem *Partito popolare,* an. Auch als Parlamentsabgeordneter verschrieb er sich weiterhin dem Kampf gegen die Großgrundbesitzer. Aufgrund seiner sehr linken Ansichten genoss er nicht nur bei den Faschisten, sondern auch innerhalb der eigenen Partei wenig Sympathien, was 1924 einen Parteiausschluss zur Folge hatte. Ende 1926 verließ er Italien und ließ sich zunächst in der Schweiz und später in Frankreich nieder. Es folgten kurze Aufenthalte in Berlin und der Sowjetunion. Unter den Nationalsozialisten wurde er 1940 in Frankreich verhaftet und der italienischen Polizei übergeben. Nach dem Krieg lehnte die aus dem *Partito popolare* hervorgegangene *Democrazia cristiana* seine Wiederaufnahme ab. Daraufhin gründete er eine Bewegung namens *Movimento Cristiano per la Pace*. Vgl. WWW Homepage Wikipedia. L'enciclopedia libera, Guido Miglioli (25. Juli 2010) http://it.wikipedia.org/wiki/Guido_Miglioli (26.01.2012).

Unter diesen Voraussetzungen würde alles auf eine gewaltsame Durchsetzung der Verfassungsreform hinauslaufen. Ein Szenario, mit welchem er auch den Mitarbeiter der *Reichspost* konfrontierte.[1242]

> „*Dann ja, – antwortete der Vertrauensmann Seipels. – Wenn die Sozialdemokraten durch ihre Intransigenz im Nationalrat die Annahme der Reform verhindern sollten, dann wird man zur Gewalt greifen müssen. Wir sind aber der Ansicht, daß die Sozialdemokraten in ihrer Intransigenz nicht einheitlich sein werden...*“[1243]

Diese Einschätzung zweifelte Miglioli an, indem er sein Gegenüber mit einer anderslautenden öffentlichen Erklärung der Sozialdemokraten konfrontierte. Zudem zerstreute er die Überzeugung des Befragten, wonach es bei einem gewaltsamen Vorgehen gegen die linke Opposition zu keinen größeren Widerständen kommen würde.

> „*Und glaubt Ihr, daß in diesem Falle die Bauern auf Befehl der Heimwehren gegen Wien marschieren würden, in der Sicherheit, dort mit den Arbeitern des Schutzbundes in einen bewaffneten Zusammenstoß zu geraten? Es folgte ein Augenblick des Schweigens. Die Augen des Gefragten leuchteten etwas verlegen auf, als berührte meine Frage einen wunden Punkt, über den er lieber Schweigen gewahrt hätte.*“[1244]

Auf diesem Eingeständnis baute Miglioli seine weitere Argumentation auf, die ihn schließlich zum schwersten Vorwurf führte. Er glaubte zu wissen, dass der Rücktritt Seipels auf Geheiß des Heiligen Stuhls erfolgt war. Nach den Ereignissen vom 15. Juli 1927 hätte der Priesterkanzler aus Rom die Order erhalten, sich aus der Regierung zurückzuziehen. Zudem sei ihm eine Bußfahrt nach Palästina aufgetragen worden. Von dieser sei er rechtzeitig wieder zurückgekehrt, „*um Schober den Auftrag zur Ausführung des von ihm vorbereiteten Staatsstreiches zu geben.*“[1245] Diese Anschuldigungen wollte Seipel nicht kommentarlos hinnehmen. Am 15. Oktober 1929 antwortete er Miglioli in einem sehr kühlen Brief.[1246] Gleich zu Beginn stellte er klar, dass er auf eine öffentliche Richtigstellung verzichten würde. Auch wollte er sich auf keine politische Diskussion einlassen, sondern sich lediglich auf „*zwei tatsächliche Behauptungen beschränken, die jederzeit leicht nachgeprüft werden können und gerade dadurch geeignet sind, die Glaubwürdigkeit des ganzen übrigen Artikels und die Arbeitsmethoden des Verfassers beurteilen zu*

[1242] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 81r u. 82v. *Berliner Presseagentur*, *Die Krise der österreichischen christlich-sozialen Partei* (Zeitungsartikel von Guido Miglioli), 11. Oktober 1929. Beilage von N° 420/11350, Nuntiaturbericht, 6. November 1929.
[1243] Ebda., fol. 81r.
[1244] Ebda., fol. 81r.
[1245] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 81-82v.
[1246] Seipel begann den Brief mit der bewusst kühlen Anrede „*Sehr geehrter Herr*“, worauf Miglioli später mit der ebenfalls abschätzig gemeinten Formel „*Mein Herr*“ antwortete. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 84v. Ignaz Seipel an Guido Miglioli, 15. Oktober 1929 (in der *Berliner Presseagentur* am 24. Oktober 1929 erschienen).

lassen.“[1247] Schon gar nicht wollte der Altkanzler die Behauptungen gelten lassen, wonach er auf Geheiß des Heiligen Stuhls die Regierung verlassen hätte und von demselben zu einer Bußfahrt angehalten worden sei. In der für ihn typischen sachlichen Nüchternheit wies er beide Aussagen als unwahr zurück.

> „*Wahr ist, daß ich mich nach dem 15. Juli 1927 überhaupt nicht von der Regierung zurückziehen mußte, sondern bis zum 4. Mai 1929, also noch fast zwei Jahre, im Amt blieb. Danach kann man die Glaubwürdigkeit dieses 'Befehls' beurteilen, der fast zwei Jahre nicht ausgeführt zu werden brauchte.* [...] *Wahr ist, daß ich niemals in meinem Leben in Palästina war, wahr ist, daß ich in der Zeit vor der Betrauung des jetzigen Bundeskanzlers Schober entweder allen sichtbar in Wien war oder an verschiedenen Orten des Deutschen Reiches Reden hielt, über die allenthalben in den deutschen Zeitungen berichtet wurde. So am 16. Juli in Tübingen, am 26. August in Frankfurt am Main, am 15. September in Bingen, am 16. September in Mainz. Für eine 'Bußfahrt nach Palästina' war also gar keine Zeit übrig…*“[1248]

Ohne Seipel davon in Kenntnis zu setzen, ließ Miglioli den Protestbrief des Politikers sowie seine Replik am 24. Oktober 1929 erneut in der *Berliner Presseagentur* abdrucken. Der Italiener hielt darin weiter an seinen Aussagen fest und stellte den Abgang Seipels in engen Zusammenhang mit der Kirchenaustrittsbewegung in Österreich.[1249]

> „*Sie schreiben mir einen Irrtum im Datum zu, indem ich in meinem Artikel gesagt hätte, der Vatikan habe Ihnen den Befehl gegeben, nach dem 15. Juli 1927 von der Regierung zurückzutreten, wogegen sie darauf hinweisen, daß sie bis zum 4. Mai 1929 an der Regierung geblieben sind. Nein, mein Herr. Ich habe geschrieben, daß nach den Ereignissen des 15. Juli 1927 'im Jahre 1927 / 28 mehr als 20 000 Männer und Frauen aus der katholischen Kirche ausgetreten' sind, und daß 'gerade diese Erscheinung es war', die den Vatikan dazu bewog, Ihnen den Befehl zu geben, sich von der Regierung zurückzuziehen. Mein Artikel enthält also kein Irrtum* [sic!] *im Datum.*“[1250]

Zusätzlich versuchte er, die Richtigkeit seiner These durch eine ins selbe Horn stoßende Äußerung Luigi Sturzos (1871-1959) vom September desselben Jahres zu bestätigen. Auch der italienische Priesterpolitiker glaubte, dass Seipel auf Verlangen des Heiligen Stuhls zurückgetreten sei.[1251] Was die Bußfahrt nach Palästina anging, so räumte Miglioli

---

[1247] Ebda., fol. 84v.
[1248] Ebda., fol. 84v.
[1249] Zu den Kirchenaustritten siehe Kapitel 3.5.
[1250] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 84v. Guido Miglioli an Ignaz Seipel, o.D. (in der *Berliner Presseagentur* am 24. Oktober 1929 erschienen), Abschrift. Beilage von N° 420/11358, Nuntiaturbericht, 6. November 1929.
[1251] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 640. Sowohl der Artikel Migliolis als auch die Äußerungen Sturzos erschienen zu einer Zeit, als in Österreich gerade heftig über die Verfassungsreform debattiert wurde. In konservativen Kreisen vermutete man dahinter von der Sozialdemokratie bewusst lancierte Aktionen mit dem Ziel, die öffentliche Meinung im Ausland gegen die geplante Verfassungsreform aufzubringen. Vgl. *Reichspost*, 6. November 1929, 5.

ein, sich bezüglich der Reisedestination auf andere Pressemitteilungen verlassen zu haben. Doch er wollte nicht davon abgehen, dass sie unternommen worden sei.

> „*Mein Herr, die Schuld, Ihnen eine Reise, anstatt – wie Sie sagen – nach der Türkei, nach Palästina zugeschrieben zu haben, fällt auf die Presse zurück, in der diese Nachricht veröffentlicht und meines Wissens nie richtiggestellt worden war. Was aber den übrigen Inhalt meines Artikels betrifft, so waren Sie vorsichtig genug, den wahren Sinn meiner Ausführungen nicht zu verstehen. Diese besagen nämlich deutlich, daß Sie es waren, der den Plan erdacht und vorbereitet hat, den Schober dann durchzuführen hatte. Sie versuchen in ihrem Brief, Ihre Verantwortung dafür durch eine lange Aufzählung von Daten zu verschleiern. Zu verschleiern, denn bestreiten können Sie sie nicht.* [...] *Sie wissen, mein Herr, wie verbreitet die Ueberzeugung auch im Ausland ist, daß Sie der Haupturheber der drohenden faschistischen Umwälzung in Ihrem Lande sind. Nun mußte ich mich zu meinem Bedauern selbst davon überzeugen, daß in der Tat die Verantwortung für die Geschehnisse, die seit dem 15. Juli 1927 Ihr Land bedrücken und seine nächste Zukunft so dunkel gestalten, auf Sie als Politiker und als katholischen Priester zurückfällt. Als Sie in der düsteren Stunde an jenem Julitage 1927 die Losung ausgaben: 'Ohne Milde niederhauen!', haben Sie Ihrem Lande den Weg zu einem faschistischen Regime vorgezeichnet, und sei es auch um den Preis eines neuen Blutvergießens.*“[1252]

Anstelle einer weiteren Erwiderung holte Seipel nach diesen Angriffen zum Gegenschlag aus. Sofort nach Erscheinen des Artikels wandte sich Seipel hilfesuchend an den Nuntius, der kurzerhand ein Schreiben an das Staatssekretariat aufsetzte.[1253] Unter dem Titel „*Mgr. Seipel e Guido Miglioli*“ schilderte er dem Kardinalsstaatssekretär am 6. November 1929 die Angelegenheit ausschließlich vom Standpunkt des Altkanzlers. Der Nuntius würdigte darin Seipels Versuch, die Sache selbst lösen zu wollen, woraufhin er von Miglioli durch das Abdrucken seiner Replik noch weiter gedemütigt worden sei. Abgesehen von dieser Vorgehensweise beklagte der päpstliche Gesandte die absurden Verleumdungen gegen den Ex-Kanzler („*assurda calunnia contro l'ex-Cancelliere*“). Als besonders haltlos kritisiert er den Vorwurf, wonach Seipel am 15. Juli den ‘Befehl zum Niederhauen‘ gegeben haben soll. So schwere Anschuldigungen hätten nicht einmal die Sozialisten gegen Seipel erhoben („*calunia che né gli stessi socialisti o comunisti hanno mai addossato al Seipel*“). Für den Nuntius stand dennoch außer Zweifel, dass Miglioli seine Informationen aus sozialdemokratischen Quellen bezogen habe.[1254] Nach dieser Sachverhaltsdarstellung leitete

[1252] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 82-83. Guido Miglioli an Ignaz Seipel, o.D. (in der *Berliner Presseagentur* am 24. Oktober 1929 erschienen), Abschrift. Beilage von N° 420/11358, Nuntiaturbericht, 6. November 1929.
[1253] Aus dem Tagebuch erfährt man, dass Seipel nicht persönlich mit dem Nuntius in Kontakt trat. Seipel notierte am 29. Oktober: „*Brief an P. Konstantin Hohenlohe für Nunzius* [sic!] *in Sache Miglioli*.“ DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11, o.S., 29. Oktober 1929.
[1254] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23, fol. 79v. N° 420/11358, Nuntiaturbericht, 6. November 1929.

der Bericht zum eigentlichen Anliegen über. Von Seipel selbst wusste der Nuntius, dass ihn die medialen Anfeindungen schwer gekränkt hätten („*è profondamente addolorato*"). Den Altkanzler belasteten allerdings weniger die Anschuldigungen des Italieners, als dass diese versteckt im Kleide eines katholischen Politikers vorgebracht wurden („*colla veste di ex-deputato cattolico, relativamente alle due gratuite affermazioni riguardanti gli ordini Vaticani a carico di lui*"). Seipel war deshalb um eine Richtigstellung von Seiten des Heiligen Stuhls bemüht. Eine Stellungnahme sollte zudem gewährleisten, dass ein Schweigen des Vatikans nicht als Bestätigung der Anschuldigungen ausgelegt werden konnte.[1255]

> „*Mons. Seipel perciò, per mezzo di un suo confidente, nel rimettermi, i due documenti acchiusi della "B.P.A." mi ha pregato di prendere conoscenza di tali pubblicazioni miglioliane, di volerne riferire alla Santa Sede, e di procurarne, se è possibile, una smentita sull'Osservatore Romano(…)Una simile smentita, sia possibile, sarebbe molto opportuna ed utile per l'Austria, ed essa verrebbe certamente riprodotta della Reichspost e dagli altri giornali cattolici.*"[1256]

Ohne noch weitere Informationen vom Nuntius einzuholen, ist man im Vatikan dieser sehr konkreten Bitte des Altkanzlers umstandslos nachgekommen. Auf der Titelseite der Ausgabe vom 15. November 1929 druckt der *Osservatore Romano* den gewünschten Widerruf ab. Unter der Rubrik *Nostre Informazioni* teilt das offiziöse Organ des Vatikans mit:

> „*Per quanto tale malevole notizia appaia a prima vista priva di ogni verosimiglianza, pure, assunte le debite informazioni siamo autorizzati a dichiarare, che essa è completamente destituita di fondamento, e deploriamo che sia stata con tanta leggerezza diffusa.*"[1257]

Als Seipel von diesem Dementi erfuhr, wusste er sofort, wem er diesen Erfolg zu verdanken hatte. Noch am selben Tag übermittelte er dem Nuntius italienische Dankesworte.

[1255] Vgl. ebda., fol. 79v. N° 420/11350, 6. November 1929.

[1256] Ebda., fol. 79vf. Eigene Übersetzung: „*Msgr. Seipel hat mich gebeten, indem er mir durch einen Vertrauten die zwei angeschlossenen Dokumente der BPA zukommen ließ, den Heiligen Stuhl von diesen miglioli*schen Veröffentlichungen in Kenntnis zu setzen und wenn möglich einen Widerruf des Osservatore Romano zu erwirken. (…) *Ein einfacher Widerruf würde für Österreich sehr vorteilhaft und nützlich sein und würde sicher in der Reichspost und anderen katholischen Zeitungen abgedruckt werden.*"

[1257] *L'Osservatore Romano*, 15. November 1929, 1. Eigene Übersetzung: „*Wenngleich eine solch boshafte Nachricht schon auf den ersten Blick jeder Wahrscheinlichkeit entbehrt, sind wir, nachdem die nötigen Informationen eingeholt wurden, berechtigt festzustellen, dass sie völlig ohne Fundament ist und beklagenswerter Weise mit so viel Leichtsinnigkeit verbreitet wurde.*"

„*So benissimo che questa smentita a mio favore sia solamente cagionato per l'intervenzione di Vostra Eccellenza, e La ringrazio di tutto il cuore della nuova prova di bontà e di amicizia di Vostra Eccelenza di cui rimango sempre.*"[1258]

Der Nuntius erwiderte die Höflichkeiten in einem privaten Schreiben vom 17. November, dem er zugleich die Ausgabe des *Osservatore Romano* mit dem Widerruf beilegte. Neben den üblichen Bewunderungen für den „*ottimo Prelato*"[1259] fanden sich auch wohlgemeinte Ratschläge. Der päpstliche Gesandte versuchte den Prälaten aufzurichten, indem er ihm empfahl, die Angriffe als Verdienst anzusehen. Angesichts seiner Fähigkeiten sei es nicht verwunderlich, dass die Feinde der Kirche zu solchen Mitteln greifen würden („*che i nemici della Chiesa usino le armi piu abiette contro di Lei*").[1260] Der Schriftverkehr zwischen Nuntius und Altkanzler ist ein weiterer Beleg für das vertrauliche Verhältnis der beiden Kirchenmänner. Seipel hatte offensichtlich keine Berührungsängste, sich dem päpstlichen Botschafter in Wien in verschiedenen Dingen anzuvertrauen: waren es nun Angelegenheiten politischer oder wie im zweiten Beispiel eher privater Natur, wobei auch die Anschuldigungen Migliolis eine bedeutende politische Komponente hatten, da sie den Politischen Katholizismus nach Seipels Vorstellungen und damit seinen gesamten Kurs massiv in Frage stellten. Verfolgt man die private Korrespondenz in dieser Sache noch weiter, so tritt die persönliche Dimension des Verhältnisses noch stärker in den Vordergrund. Miglioli traf mit seinen Aussagen über die Verantwortung des Altkanzlers bei der Niederschlagung der Revolte am 15. Juli 1927 offensichtlich einen wunden Punkt bei Seipel. Diese Zusammenstöße waren nicht zuletzt Auslöser einer gezielt initiierten Kirchenaustrittsbewegung, die von seinen politischen Gegnern zum Anlass genommen wurde, den Geistlichen aus der Politik zu drängen. Wie sehr Seipel diese Ereignisse belasteten, wurde in der Literatur schon mehrfach diskutiert. Meist bezeugen persönliche Dokumente oder Erinnerungen von Vertrauten die Gewissenskonflikte des Prälaten.[1261] Als die

[1258] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 576. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 15. November 1927. Eigene Übersetzung: „*Ich weiß sehr gut, dass dieser Widerruf zu meinen Gunsten rein auf die Intervention Eurer Exzellenz zurückgeht, und ich danke Ihnen von ganzem Herzen für den neuerlichen Beweis der Güte und Freundschaft, welche Eure Exzellenz für mich immer übrig hat.*" Woher Seipel bereits am 15. November von dem vatikanischen Dementi gewusst hat, konnte nicht festgestellt werden.

[1259] ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 574f. N° 420/11358, Nuntiaturbericht, 6. November 1929, Entwurf.

[1260] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 50r. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 17. November 1929.

[1261] Über die Betroffenheit Seipels nach diesen blutigen Ereignissen geben am deutlichsten die Erinnerungen seines persönlichen Umfelds Auskunft. Vgl. Pfarrhofer, Friedrich Funder, 1978, 119-120. Auf eine methodisch sehr interessante Weise näherte sich auch Blüml diesem biographischen Einschnitt. Anhand der Seipel Tagebücher konnte er nachweisen, dass sich im August 1927 ein markanter Bruch deutlich machte. War die Tagebuchführung zuvor noch sehr politisch orientiert, so bekam sie nach den Ereignissen eine stärker spirituelle Ausrichtung. Vgl. Blüml, Ignaz Seipel. Mensch, Christ, Priester in seinem Tagebuch, 1933. In der Literatur schrieb Friedrich Rennhofer den „Verinnerlichungs- und Wendepunktexerzitien" eine

Kirchenaustritte gerade ihren Höhepunkt erreicht hatten, stellte er sich im Tagebuch die Frage, ob er „*die Abfallhetze wegen* [s]*einer Person nicht doch ernster nehmen sollte?*“[1262] Tags zuvor befand er, dass er „*gegen Parteiangriffe u. persönliche Kritik sehr empfindlich*“ reagierte.[1263] Diesen Überlegungen ging eine Phase großer Verbitterung voraus. So notierte er noch am 8. September: „*Ich merke, daß ich mich sehr zusammennehmen muß, die Nervosität, Ungeduld und die Erbitterung gegen die Hasspropaganda zu überwinden*.“[1264] Schenkt man den Erinnerungen Friedrich Funders (1871-1959) Glauben, so erwog der Priesterpolitiker infolge der Kirchenaustrittswelle sogar ernsthaft seinen Rücktritt. Seipel betonte allerdings gegenüber Funder, „dass er weder seitens des Wiener Kardinals noch seitens des Nuntius und damit des Vatikan einen Wink zum Abtreten“ erhalten hätte.[1265] Vielmehr waren es gerade die „*stärksten und wiederholten Beschwörungen … des Nuntius und seiner hohen Auftraggeber*“*,* die ihn zum Verbleiben in der Politik bewogen hätten.[1266]

Die private Korrespondenz mit Sibilia erhärtet die Vermutung, dass insbesondere vatikanische Kreise am Weiterverbleib Seipels in der Politik interessiert waren. Insbesondere der Nuntius gehörte zu den entschiedensten Befürwortern von Seipels Verbleib an der Regierungsspitze. Neben aufmunternden Worten, die darauf schließen lassen, dass er über die inneren Konflikte Seipels genau Bescheid wusste, ermutigte Sibilia den Kanzler mit Durchhalteparolen in seinem bisherigen Kurs:

> „*Io penso che dell'opera tanto sapiente dell'E.V., ha molto bisogno ancora questa cara nazione. Ed è perciò che prego sempre il Signore affinchè Le ridoni nuove forze e Le concedo lungo vita per potersi dedicare nuovamente come per il passato, al bene della Chiesa e dell'Austria.*“[1267]

---

große „Bedeutung für die weitere Persönlichkeitsentwicklung Seipels“ zu. Ähnlich wie Blüml sah auch er, dass diese Ereignisse eine verstärkte Auseinandersetzung mit seinem geistlichen und seelsorglichen Wirken hervorgerufen haben sollen. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 517f.

[1262] DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 9, 46, 11. September 1927.

[1263] Ebda., 46, 10. September 1927.

[1264] Ebda., 45, 8. September 1927.

[1265] Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 639.

[1266] Zit. nach ebda., 639.

[1267] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 50v. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 17. November 1929. Eigene Übersetzung: „*Ich denke, dass diese teure Nation noch immer sehr großen Bedarf an dem weisen Werk Eurer Exzellenz hat. Und deshalb bitte ich immer zum Herrn, damit er Ihnen neue Kräfte gibt und ein langes Leben gewährt, um sich von Neuem, wie in der Vergangenheit, dem Wohl der Kirche und Österreichs widmen zu können.*“

Als sich Sibilia nur wenige Tage später in einer anderen Sache erneut an den Politiker wandte, kam er noch einmal auf die Anfeindungen zurück. Mit dem Bibelzitat „*Beati qui persecutionem patiuntur propter iustitiam*“[1268] brachte er in zweifacher Weise zum Ausdruck, dass er auch in Zukunft hinter dem österreichischen Politiker in der Soutane stehen werde.

Das Fazit dieser beiden Beispiele lässt sich mit wenigen Worten zusammenfassen. Auch wenn es sich um zwei sehr spezifische Beispiele handelt, kann man doch folgende allgemeine Erkenntnis aus ihnen ableiten: In beiden Fällen wandte sich der Priesterpolitiker an die höchste kirchliche Instanz, um eine Stärkung seiner eigenen Position zu erreichen. Einmal gegenüber dem bischöflichen Kollegium, dem Seipel mangels Autorität nur schwer Direktiven erteilen konnte; ein andermal um die öffentliche Anerkennung seines Kurses durch den Vatikan zu erwirken, nachdem seine Politik öffentlich diskreditiert worden war.

[1268] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 48. Nuntius Enrico Sibilia an Ignaz Seipel, 22. November 1929. Eigene Übersetzung: „*Selig sind die, die Verfolgung der Gerechtigkeit wegen erleiden*.“

4.3.2. Konfessionelle Politik aus Berufung

> „*Das Weiseste was der Mensch tun kann, ist sich immer vom lieben Gott führen lassen.*“[1269]
>
> Ignaz Seipel

In der bisherigen Annäherung an Seipels Verhältnis zu den vatikanischen Stellen wurde der Fokus auf seine Loyalität und Zugänglichkeit für Anliegen des Heiligen Stuhles gerichtet. Daraus allerdings eine etwaige Weisungsgebundenheit des Priesterpolitikers abzuleiten, wäre ein Trugschluss. Ebenso verkürzt wäre die Annahme, in Seipel nur einen skrupellosen Karrieristen zu sehen, dessen Treue zur römischen Führung alleine aus Prestigegründen inszeniert wurde. Einer solchen Annahme widersprechen zumindest die nachstehenden Quellenbeispiele, die den Geistlichen als sehr selbstbewussten Grundsatzpolitiker zeigen, der die politische Vertretung katholischer Interessen frei von kirchlicher Bevormundung ausüben konnte und dabei durchaus eigenständige Akzentsetzungen vornahm. Dass Seipel bei der Vertretung katholischer Interessen keine römischen Lektionen nötig hatte, entspricht zumindest in Ansätzen bereits dem derzeitigen Forschungsstand, obgleich im Hinblick auf die kirchlichen Netzwerke des Geistlichen noch Desiderate auszumachen sind. Die moderne Literatur geht nicht zuletzt wegen der schwachen quellengestützten Absicherung sehr sparsam mit der Zuschreibung von Abhängigkeitsverhältnissen um, allerdings leitet sie das Politikverständnis des österreichischen Prälaten vornehmlich aus dessen Priestertum ab.[1270] Zweifellos hatten theologische Überzeugungen einen großen Einfluss auf seinen politischen Führungsstil. Als Staatsmann versuchte er seine Politik fest nach den Prinzipien der Moraltheologie zu gestalten. Die schonungslose Einhaltung moralischer Grundsätze, welche er nicht nur von sich selbst sondern auch von den anderen einforderte, ließ ihn für seine politischen Gegner mitunter als kompromisslos und starrköpfig erscheinen. Dies galt besonders in kulturpolitischen Fragen, wo er vehement den katholisch-konfessionellen Standpunkt vertrat, wodurch Einigungen mit der Sozialdemokratie kaum möglich waren. Diese Unnachgiebigkeit in religiösen Belangen kam der Haltung der vatikanischen Kirchenführung sehr entgegen. Auch in Rom sah man in Kon-

[1269] Ignaz Seipel, zit. nach Blüml, Ein großes Leben in kleinen Bildern, 1933, 12.
[1270] Vgl. Boyer, Political Catholicism in Austria, 2005, 11f. Seipel war zweifelsohne eine umstrittene und polarisierende Persönlichkeit. Doch der Vorwurf einer vermeintlichen Abhängigkeit von Rom gehörte nicht zum Standardrepertoire der gegen ihn gerichteten Kritik, wenngleich Zeitgenossen sein Nahverhältnis zum Vatikan nicht verborgen blieb. Der englische Botschafter in Wien nannte ihn etwa einen „*spitzfindigen, wendigen Priester*“, der „*zuerst und vor allem Priester*“ und „*als solcher in übertriebener Weise den Wünschen des Vatikans gehorsam*“ sei. Zit. nach Anthony Rhodes, Der Papst und die Diktaturen. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus, Graz 1980, 122.

zessionen keinen gangbaren Weg für die Wahrung kirchlicher Interessen. Der Heilige Stuhl zeigte sich deshalb sehr erleichtert, als ein von Unterrichtsminister Emil Schneider eingefädelter Kompromiss in der lebhaft geführten Schulfrage, der die Einführung des Wiener Reformlehrplans in allen größeren Städten vorgesehen hätte, zu Fall gebracht wurde.[1271] In diesem Zusammenhang meinte der Kardinalstaatssekretär gegenüber dem österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl: „*Kompromisse, …, nutzen fast nie, schaden aber stets*."[1272] Angesichts dieser Haltung scheint es verständlich, dass sich der Heilige Stuhl in der Schulfrage, welche wie im vorhergehenden Kapitel gezeigt wurde, auch innerkatholisch nicht einheitlich geführt wurde, hinter den Priesterpolitiker stellte. Bemerkenswert war allerdings, dass Seipel hier deutlich mehr Profil an den Tag legte als sein Bischof. Während Kardinal Piffl für die Bekenntnisschule nach holländischem Vorbild eintrat, strebte der Staatsmann die politisch um einiges schwerer durchsetzbare Konfessionsschule an. Dieser Empfehlung folgend fasste die Bischofskonferenz den Entschluss, „dass zunächst die katholische Schule angestrebt werden sollte." Dadurch hätten die Bischöfe – so der Vorschlag Seipels – über einen größeren Handlungsspielraum in den politischen Verhandlungen verfügt, da sie die Maximalforderungen (konfessionelle Schule) immer noch aufgeben und das holländische System (das keine Zwangsschule kannte) vorschlagen konnten, falls sich keine Einigung gefunden hätte.[1273]

Diese Entschlossenheit des österreichischen Prälaten stieß in Rom auf großen Gefallen. Besonders der energische und bisweilen autoritäre Pontifex hegte Sympathien für starke Führungspersönlichkeiten, die er den schwachen Parlamenten gerne vorzog.[1274] Einem politisierenden Klerus stand er hingegen äußerst skeptisch gegenüber.[1275] Es muss deshalb als eminenter Vertrauensbeweis gelten, dass im Falle Seipels diese Skepsis allerdings schnell vergessen war. Als der österreichische Priester sich dazu entschloss, ein zweites Mal ins Bundeskanzleramt einzuziehen, nahm der Papst die Nachricht für seine Verhältnisse geradezu euphorisch auf.

[1271] Vgl. Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 5, 1988, 97.
[1272] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1926", fol. 162. Z. 88 P., Gesandtschaftsbericht,
18. Juni 1926.
[1273] Vgl. Schultes, Der Episkopat und die katholischen Organisationen in der Ersten Republik, 1978, 16; Krexner, Hirte an der Zeitenwende, 1988, 290.
[1274] Vgl. Besier, "Berufständische Ordnung" und autoritäre Diktaturen, 2005, 79.
[1275] Vgl. Prantner, Kreuz und weiße Nelke, 1984, 147.

„Nur ein so vollkommen uneigennütziger Mann wie Prälat Seipel konnte im gegenwärtigen kritischen Momente die Führung übernehmen. Prälat Seipel erscheint mir wirklich für Österreich als der Mann der Vorsehung.“[1276]

Auch Seipel gefiel sich in der ‘Führerrolle‘ ganz gut. Getragen wurden seine machtpolitischen Ambitionen ebenfalls vom festen Glauben an die Vorsehung, von Gott auf „diesen Platz gestellt“ worden zu sein.[1277] Davon war auch Jakob Fried überzeugt, als er im Jahre 1919 gemeinsam mit anderen Getreuen die Kandidatur des Priesterpolitikers für den konstituierenden Nationalrat 1919 gegen den Willen des christlichsozialen ‘Urgesteins‘ Richard Weiskirchner durchsetzte. In seinen Lebenserinnerungen glaubte Fried mit diesem frühen Triumph, Österreich einen großen Dienst erwiesen zu haben: „*Wir haben diesen seltenen Mann gekannt und haben gewusst, dass wir uns in ihm für „den Führer“ schlechthin einsetzen*.“[1278]

Bezeichnend für das enorme Sendungsbewusstsein Seipels war, dass er die Übernahme der Regierungsverantwortung als Seelsorge im weiteren Sinne verstand. „*Omnibus omnia! Indirekte Seelsorge in meinem Leben*“, notierte er am 29. Jänner 1930 in seinem Tagebuch. Dieser Auffassung vom pastoralen Dienst waren allerdings die selbstkritischen Zweifel vorausgegangen, ob nicht gerade die politische Tätigkeit seinem priesterlichen Wirken im Wege stünde. Nach reichlicher Gewissenserforschung setzte sich jedoch die Überzeugung durch, auch im säkularen Amt einen segensreichen Dienst an der Gesellschaft verrichten zu können.[1279] Diesen Dienst betrieb er schließlich bis zur Selbstaufopferung. Ein Einsatz, der in der modernen Historiographie allerdings nur wenig Beachtung findet. Zeitzeugen aus dem näheren Umfeld Seipels wussten diese Opferbereitschaft hingegen sehr zu schätzen, zumal sie darin den Grund für seine angeschlagene körperliche Verfassung erachteten.[1280] Die Parteigänger Seipels versetzte diese gesundheitliche Anfälligkeit des chronisch Zuckerkranken in ständige Alarmbereitschaft. Ernsthafte Sorge um den körperlichen Zustand des Priesterpolitikers zeigte etwa Erzbischof Piffl. Nach einer langwierigen Lungenentzündung appellierte er an den Patienten, besser auf seine Gesundheit achtzugeben: „*Folgen Sie mir nicht bloß als Ihrem aufrichtigen Freunde, der es immer mit Ihnen gut gemeint hat, folgen Sie diesmal auch im Gehorsam Ihrem Bischof,*

[1276] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1926“, fol. 191v. Z. 122 P., Gesandtschaftsbericht, 9. November 1926.
[1277] Loidl, Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz Seipel, Bezeugungen von Zeitgenossen, 1977, 9.
[1278] Zit. nach Loidl, Prälat Jakob Fried, 2. Teil, 1977, 85.
[1279] Vgl. Prantner, Kreuz und weiße Nelke. 1984, 151-153 u. 167.
[1280] Vgl. DAW, Nachlass Seipel Karton 1, Fasz. 5, fol. 45. Heinrich Mataja an Ignaz Seipel, 25. Februar 1932.

u. der im Namen des Katholischen Volkes von Österreich diese Bitte an Sie stellt.“[1281] Gleichermaßen besorgt über Seipels schlechte körperliche Verfassung war auch das *Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus*. Geleitet von der Angst den politischen Hoffnungsträger krankheitsbedingt zu verlieren, rief man 1930 öffentlich zur Schonung des Altkanzlers auf.

> „*Aber der aufrüttelnde SOS-Ruf, den seine letzte Erkrankung für uns bedeutet, muß wenigstens uns Geistlichen eine Mahnung sein, alle unnötigen Einladungen zu Festpredigten, Weiheakten u. dgl. zu unterlassen. Dr. Seipel ist ein Mann, der nicht „nein“ sagen kann, da er auch in der Kleinarbeit den Blick aufs große Ganze gerichtet hat. So müssen wir wenigstens in dieser Hinsicht – in allen anderen Belangen wird es ohnehin schwer gehen – gescheiter sein als er und allen Vereinsegoismus zurückhalten, damit seine kostbare Kraft und Gesundheit zur Lösung der ganz großen Aufgaben, die in Staat und Kirche auf ihn warten, erhalten bleibt.*“[1282]

Dass sich der Theologe die Sensibilität für kirchliche Problemfelder trotz seiner politischen Auslastung bewahrte, konnte auch der Apostolische Nuntius vielfach feststellen. Selbst während eines Kuraufenthaltes im tschechischen Karlsbad verlor der Priesterpolitiker die Interessen der Kirche nicht aus den Augen.[1283] Als ihm der ehemalige Generalkommissär des Völkerbundes, Dr. Alfred Zimmermann (1869-1937), mitteilte, noch im Juli 1928 nach Mexiko abzureisen, um dort „*als Präsident eines Britisch-mexikanischen Schiedsgerichtes in Sachen von Entschädigungen im Zusammenhang mit den mexikanischen Revolutionen tätig zu sein*“[1284], erkannte er sofort die Bedeutung dieser Fügung. Seit Jahren versuchte der Heilige Stuhl, den im Zuge der mexikanischen Revolution ausgebrochenen Kirchenkampf der sozialistischen Regierung zu entschärfen, indem man mit Hilfe der öffentlichen Meinung Druck auf die dortige Staatsführung ausübte.[1285] Sofort setzte er ein Privatschreiben für den Apostolischen Nuntius auf, um ihn über die sich bietende Möglichkeit zu informieren.

[1281] DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 4, fol. 22v. Friedrich G. Kardinal Piffl an Ignaz Seipel, 12. Dezember 1930.
[1282] Zit. nach Franz Dür, Dr. Ignaz Seipel, der Bundeskanzler und Priester. Nach seinem Tagebuch, in: Zeitschrift für christliche Spiritualität (=Zeitschrift für Aszese und Mystik) 9/1 (1934), 22.
[1283] Seipel trat am 4. April 1928 eine Erholungsreise nach Karlsbad an. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 558.
[1284] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 387. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 18. April 1928. Zimmermann war von 1927 bis 1932 Vorsitzender der Anglo-Mexican Claims Commission zur Regelung englischer Ansprüche in Mexiko. WWW Homepage Bundesarchiv, Online Version der Edition „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik”, http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0021/adr/adrsz/kap1_7/para2_31.html (31.12.2011).
[1285] Ehe es zu den blutigen Verfolgungen gekommen ist, verhandelte der Vatikan mit Hilfe ausländischer Diplomaten und amerikanischer Vermittler drei Jahre mit dem mexikanischen Regime. Vgl. Meyer, Lateinamerika (Die Geschichte des Christentums 12), 1992, 1170.

„*Möglicherweise könnte der apostolische Stuhl die Gelegenheit, sei es zu einer Message nach Mexiko, sei es zur Einholung von Informationen, oder sonst irgendwie benützen. Da Ew Exzellenz* [Nuntius Enrico Sibilia] *mit Dr. Zimmermann von der Zeit seiner Wirksamkeit in Wien her bekannt sind, hätten Sie leicht die Gelegenheit, mit ihm in Verbindung zu treten. Außerdem steht meine Vermittlung jederzeit zur Verfügung*."[1286]

Um dem Heiligen Stuhl sofortige Handlungsmöglichkeit zu geben, fügte der Kanzler dem Schreiben die Brüsseler Adresse Zimmermanns bei. Allerdings versuchte er, voreilige Erwartungen in den Holländer gleich vorweg abzuschwächen.

„*Der Vollständigkeit halber füge ich hinzu, dass Dr. Zimmermann, wie Sie* [Nuntius Enrico Sibilia] *sich erinnern werden nicht Katholik, sondern holländischer Protestant ist und für katholische Angelegenheiten ein tieferes Verständnis nicht besitzt.*"[1287]

Seipel nützte zudem die Gelegenheit, um den Nuntius auch über sein körperliches Wohlergehen zu informieren. In wenigen Worten teilte er seinem italienischen Vertrauten mit, dass die Kur bereits anschlagen würde. Anknüpfend an diese privaten Zeilen des Kanzlers, gab sich der Nuntius in seinem Antwortschreiben vom 23. April hocherfreut über die allmähliche Genesung des hohen Patienten. Besonders würdigte er aber, „*che in mezzo a tanti affari V.E.* [Ignaz Seipel] *ha pur un pensiero delicatissimo in favore del povero Messico.*"[1288] Umgehend, so versicherte er dem kränkelnden Politiker weiters, hätte er seine Regierung von „*la buona opportunità*" in Kenntnis gesetzt. Sobald er Nachricht aus Rom erhalten würde, versprach er, wieder von sich hören zu lassen. Danach schloss der Diplomat sein Schreiben „[c]*on mille ringraziamenti veramente cordiali, e col vivo augurio di un completo ristabilimento in salute*".[1289]

Tatsächlich hatte Sibilia nach Erhalt des Schreibens aus Karlsbad einen Bericht an das Staatssekretariat verfasst. Sowohl sein privates Schreiben an den Kanzler als auch der dazugehörende Nuntiaturbericht sind mit 23. April 1928 datiert. Dem Rapport lässt sich entnehmen, dass die Lage Mexikos schön öfter Gesprächsthema in Wien war. „*Più volte ho conversato con quell'egregio Prelato sopra la grave situazione del Messico*", ließ der

[1286] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 387. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 18. April 1928.
[1287] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 387. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 18. April 1928.
[1288] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 390. Nuntius Enrico Sibilia an Bundeskanzler Ignaz Seipel, 23. April 1928, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*dass inmitten so vieler Angelegenheiten, Ihre Exzellenz noch einen so rücksichtsvollen Gedanken zu Gunsten des armen Mexikos haben.*"
[1289] Ebda., fol. 390. Eigene Übersetzung: „*mit tausend dankenden Grüßen und herzlichen Wünschen zur vollständigen Genesung*".

Nuntius seine Vorgesetzten darin wissen.[1290] Der Kanzler hätte sich dabei stets sehr anteilnehmend gezeigt und es auch nicht an Taten fehlen lassen. Konkrete Schritte setzte er nach Angaben Sibilias beim amerikanischen Botschafter in Wien, bei dem er „*con molta prudenza*" (mit großer Vorsicht) eine Intervention seiner Regierung gegen „*l'atroce persecuzione religiosa"* (die brutale Religionsverfolgung) in „*quell'infelice paese"* (in diesem unglücklichen Land) angeregt haben soll.[1291] Der Priesterpolitiker konnte also annehmen, dass die Nachricht von der Bestellung Zimmermanns als internationalen Schiedsrichter in Rom mit Interesse aufgenommen würde. Erwartungsgemäß stand das Kardinalstaatssekretariat einer Fühlungnahme mit Zimmermann positiv gegenüber. Allerdings zeigte sich die Kirchenleitung zunächst zurückhaltend und ließ den Wiener Gesandten wissen: „*che sarà bene che egli stesso* [Ignaz Seipel]*, come di sua iniziativa, rivolga una viva raccomandazion al Dr. Zimmermann, perché veda di interessarsi del suo meglio presso quel governo in favore della pace religiosa.*" [1292] Dass der Heilige Stuhl hier in den Hintergrund treten wollte, ist wenig überraschend. Für die katholische Kirchenführung erschien es wohl inopportun, einen Protestanten um einen Gefallen zu bitten. Es lag nun an Seipel, den Kontakt zu Zimmermann herzustellen. Einer handschriftlichen Notiz Sibilias auf der besagten Weisung vom 2. Mai lässt sich entnehmen, dass es unmittelbar nach Erhalt der römischen Nachricht zu einem Gespräch mit dem gerade in Karlsbad verweilenden Kanzler gekommen ist. Darin teilte ihm der vatikanische Diplomat mit, dass man es in Rom lieber sehen würde, wenn er selbst die Verbindung zu Zimmermann herstellen könnte. Die Antwort des Kanzlers ist sinngemäß auf dem vatikanischen Schriftstück festgehalten: „*Oggi Mgr. Seipel mi ha detto che con molto piacere egli scriverà al Dr. Zimmermann…* "[1293]

[1290] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 392. N° 328/9979, Nuntiaturbericht, 23. April 1928, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*Schon viele Male habe ich mit dem vortrefflichen Prälaten über die schlimme Situation in Mexiko gesprochen*".
[1291] Ebda., fol 392.
[1292] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 396. N° 328/9979, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 2. Mai 1928. Eigene Übersetzung: „*dass es besser sein wird, wenn er selbst* [Ignaz Seipel]*, aus eigener Initiative, eine Empfehlung an Dr. Zimmermann richtet, sich bestmöglich bei jener Regierung um einen religiösen Frieden zu bemühen.*"
[1293] ASV/AdNdV, Karton 861, fol. 396. Handschriftlicher Vermerk des Nuntius auf der Weisung N° 328/9979, 2. Mai 1928. Eigene Übersetzung: „*Heute hat mir Msgr. Seipel gesagt, dass er mit großer Freude an Dr. Zimmermann schreiben wird…*" Da Seipels Tagebuch keinen Eintrag über eine persönliche Begegnung mit dem Nuntius enthält und auch Hinweise auf ein diesbezügliches Schreiben fehlen, erfolgte die Verständigung aller Voraussicht nach auf telefonischem Wege. Dies ist naheliegend, da sich Seipel noch bis 2. Mai 1928 in Karlsbad auf Kur befand. Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 9, 129.

Neben der Bereitschaft kirchlichen Agenden ein offenes Ohr zu schenken, bemühte sich der katholische Staatsmann zudem um eine gute Zusammenarbeit mit dem Nuntius, um den Heiligen Stuhl weitestgehend Anteil an den Regierungsgeschäften nehmen zu lassen. Bezeichnend für diese vatikanisch-österreichische Zusammenarbeit war die Vorgehensweise Seipels anlässlich einer von ihm vorangetriebenen Strafrechtsreform in Österreich. Nur wenige Tage nach den blutigen Ausschreitungen vom 15. Juli 1927 weihte der Regierungschef den Apostolischen Nuntius über die seit langer Hand geplante Strafrechtsreform ein. Dazu bat der Kanzler den Vertreter des Vatikans, seiner Regierung vertraulich zu bestellen, dass er gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien ein nach katholischen Richtlinien ausgearbeitetes Strafrecht („*più corrispondente alle nostre persuasioni cattoliche"*)[1294] beschließen wollte. In diesem geschlossenen Vorgehen sah er zugleich einen ersten Schritt bei der Errichtung einer bürgerlichen Front gegen den Marxismus („*fronte borghese contro il marxismo*").[1295] Worauf das Hauptaugenmerk der Reform gelegt werden sollte, schilderte Seipel dem Nuntius in einem Schreiben vom 22. Juli 1927: „*Die Hauptsache ist und bleibt, wie ich* [Ignaz Seipel] *neulich schon hervorhob, die Behandlung der Procuration abortus und der Sittlichkeitsdelikte*."[1296] Außerdem ver-

[1294] ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 121. N° 288/9318, Nuntiaturbericht, 20. Juli 1927, Entwurf. Eigene Übersetzung: „*mehr unseren katholischen Überzeugungen entsprechend*"**.**

[1295] Ebda., fol. 121.

[1296] ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 158. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 22. Juli 1927. Bereits 1925 wurde bei der Bischofskonferenz über die Abtreibung im Strafrecht gesprochen. Das bezeugt ein Brief Sigismund Waitz' vom 7. Jänner desselben Jahres. Der Apostolische Administrator von Tirol wandte sich darin an Kardinal Piffl und berichtete von seinem Gespräch mit dem Nationalrat Franz Schumacher. Schumacher teilte Waitz mit, dass dem Parlament die Strafgesetznovelle bald vorgelegt werden sollte. In dieser Novelle sei unter anderem „*die Abänderung des §144-d.h.* [sic!] *die Gewährung der Abtreibung der Leibesfrucht auf Grund ärztlicher Indikation erhalten …. Man hoffe dadurch die Aerzte zu gewinnen."* Schumacher, der bei der Bischofskonferenz zu diesem Punkt referieren sollte, war allerdings unsicher, wie er als Katholik diese bevorstehende Änderung zu bewerten hätte. Deshalb konsultierte er einen Jesuiten, der offenbar keine Einwände gegen eine solche Rechtsbestimmung hatte. In diesem Sinne wollte er schließlich auch bei der Bischofskonferenz vorsprechen. Um ganz sicher zu gehen, fragte er auch noch bei Bischof Sigismund Waitz um Rat. Nach seiner eigenen Meinung gefragt, antwortete der Bischof: „*Ich sagte darauf, daß ich ganz entschieden gegen eine solche Verschlimmerung des Strafgesetzes sei.-Die katholischen Abgeordneten sollen endlich die Gelegenheit benützen, umim* [sic!] *Parlament Kath. Grundsätze zu bertreten* [sic!].*-Die Aufnahme dieses Gewährenlassens wäre eine schwere Niederlage des Kath. Standpunktes, welche durch keine anderen Erfolge aufgewogen werden könne.-Gestatte man die ärztliche Indikation, so sei die soziale Indikation ebenso gegeben, da ja jetzt schon die Aerzte hauptsächlich die soziale Indikation zur Voraussetzung nehmen und viel Missbrauch getrieben werde.*" Dies brachte Schumacher in einen schweren Gewissenskonflikt, woraufhin er das Referat nicht mehr halten wollte. „*Er sagte weiter, er sehe ein, daß er seiner Aufgabe als Nationalrat nicht gewachsen sei. (Wie sollten dann andere gewachsen sein?)"* DASP, Bischofsakten Rössler, Karton 5, Fasz. 1925, o.fol. Bischof Sigismund Waitz an Friedrich G. Kardinal Piffl, 7. Jänner 1925, Abschrift.
Kardinal Piffl setzte daraufhin alle Hebel in Bewegung, um diese im Raum stehende Novellierung zu verhindern. Nach einem persönlichen Gespräch mit Bundeskanzler Ramek und einer Anfrage an die christlichsoziale Parteileitung konnte er Waitz am 20. Jänner 1925 antworten: „*Es wurde mir mitgeteilt, daß die Partei in der Angelegenheit nicht die geringste Konzession gemacht hat und sie auch in Zukunft nicht machen wird. Waber hatte allerdings die Straflosigkeit des Eingriffes auf Grund ärztlicher Indikation im Ent-*

sprach er sich von einer Rechtsnovellierung eine einfachere Handhabe gegen politisch motivierte Angriffe auf die katholische Kirche. Dafür sollte ein besserer „*Schutz gegen Religionsdelikte*“ Sorge tragen. Zudem räumte Seipel ein, dass es auch noch ausreichend Spielraum für etwaige Verschärfungen geben würde. Er versicherte nämlich dem Nuntius, dass der Entwurf „*unschwer durch Anträge meiner Parteigänger noch verstärkt werden*“ könnte.[1297]

Trotz dieser für die Kirche entgegenkommenden Veränderungen dürfte der Nuntius in seinem Antwortschreiben Bedenken gegen das Vorhaben angemeldet haben. Diese richteten sich aber nicht gegen die Reform als Ganzes oder einzelne inhaltliche Bestimmungen, sondern alleine gegen den Zeitpunkt der Einbringung der geplanten Strafrechtsnovellierung. Angesichts der gerade erst abgeklungenen Ausschreitungen fürchtete Sibilia, dass ein solcher Vorstoß noch weiteres Öl ins Feuer gießen würde und von der Sozialdemokratie als Provokation gedeutet werden könnte. Für den Taktiker Seipel verhielt sich die Lage hingegen genau umgekehrt. Gerade weil die Sozialdemokraten im Moment am verwundbarsten waren, wollte er ihre Schwäche gezielt ausnützen. Bei der ersten Sitzung des christlichsozialen Klubs nach den blutigen Unruhen sprach er sich beispielsweise für die „*Ablehnung jeglicher Kompromisse gegenüber der Sozialdemokratie*“ aus, da „*die Sozialdemokraten in sich zerfahren und schwach sind und in einem Zustande, wie er in den vergangenen Jahren nicht zu beobachten war*.“[1298] Das Ziel der Strafrechtsreform sollte für Seipel gerade in der weitern politischen Einkesselung der Sozialdemokraten bestehen,

---

wurf der Strafprozess-Ordnung, aber Ramek bedeutete ihm, daß er diesen Entwurf nicht einmal in den Ministerrat, geschweige ins Plenum zulasse. Auch Abg. Schönsteiner hat mir dasselbe versichert. Er hofft, daß, wenn im Justiz-Ausschuß der Antrag Sever (Ehereform) und der Antrag §144 endlich doch einmal zur Beratung kommen sollten, dies nur geschehen würde, wenn die Ablehnung schon im Ausschusse gesichert sei. Bei beiden Anträgen kommt eben alles auf das Verhalten der Großdeutschen an.“ DASP, Bischofsakten Rössler, Karton 5, Fasz. 1925, o.fol. Friedrich G. Kardinal Piffl an Bischof Sigismund Waitz, 20. Jänner 1925, Abschrift. Bei der Bischofskonferenz 1927 kam erneut Bewegung in die Angelegenheit. Die Bischofskonferenz hatte beschlossen, ein Memorandum ausarbeiten zu lassen, das dem Bundeskanzler vorgelegt werden sollte. Der Episkopat bestand darauf, dass vor der Einbringung eines neuen Strafrechts unbedingt die Meinung der Bischofskonferenz eingeholt werden musste. Außerdem distanzierten sie sich von der Haltung der deutschen Bischöfe, die bei der Frage der ärztlichen Indikation zu einer anderen Ansicht gelangt waren. Vgl. DAL, BI-A/9, Schachtel 5, Fasz. 10 c/4, o.fol. Protokoll der Bischofskonferenz 1927, 8f.

[1297] ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 158v. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 22. Juli 1927.

[1298] Zit. nach Staudinger, Christlichsoziale Partei und Heimwehren bis 1927, 1975, 133. Die Ereignisse des 15. Juli 1927 bedeuteten für die Sozialdemokratie eine schwere Niederlage. Die Ereignisse zeigten den „nationalen Mehrheitsparteien“ nicht nur, dass der sozialdemokratische Einfluss auf Exekutive und Bundesheer schwächer war als bisher angenommen, sondern machten auch offenkundig, wie wenig Kontrolle die Parteileitung über die Massen hatte. Vgl. Isabella Ackerl, Der 15. Juli 1927 und die„ nationalen” Mehrheitsparteien, in: Rudolf Neck u. Adam Wandruszka, Hg., Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Protokoll des Symposiums in Wien am 15. Juni 1977, Wien 1979, 171 u. 176.

um ihren Aktionsradius weiter zu beschneiden. Dazu war es notwendig, so schnell wie möglich vorzugehen, um den Überraschungsmoment optimal nützen zu können. Aus diesem Grund bestand er auf einer schnellen Umsetzung und verwahrte sich gegen weitere Einmischungen.

> „*Ein Aufschieben der Einbringung wäre äußerst schädlich, da später wohl nie mehr ein so den Grundsätzen der katholischen Moral entsprechender Entwurf vorgelegt werden könnte.(…) In der Beurteilung des Zeitpunktes bitte ich mir zu vertrauen, hier handelt es sich um die eigentliche u. ausschließliche Angelegenheit des Politikers*."[1299]

Diese deutlichen Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Postwendend revidierte Sibilia seine anfänglichen Bedenken und versprach in dieser Sache ganz auf die Urteilskraft des Bundeskanzlers vertrauen zu wollen.

> „*…mögen Euer Excellenz versichert sein, dass mein Vertrauen in Sie nicht größer sein könnte und dass ich wohl verstehe, dass bezüglich der Beurteilung des günstigen Augenblickes den Entwurf einzubringen, niemand besser urteilen kann als nur Euer Excellenz*."[1300]

Was der Nuntius nicht wusste, war, dass die Einführung eines neuen Strafrechts zu diesem Zeitpunkt schon sehr weit gediehen war.[1301] Bereits bei der Ministerratssitzung am 15. Juli 1927 – die Ministerversammlung fand zwischen 16 und 19 Uhr statt, also während der Unruhen – einigten sich die Ressortleiter auf einen Entwurf des neuen Strafgesetzes. Dieser Entwurf sah die „Ausscheidung der Bestimmungen über die Straflosigkeit der medizinisch indizierten Schwangerschaftsunterbrechung" vor.[1302] Ein Vorstoß, der

[1299] ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 158v. Bundeskanzler Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 22. Juli 1927.
[1300] ASV/AdNdV, Karton 876, fol. 164. Nuntius Enrico Sibilia an Bundeskanzler Ignaz Seipel, 22. Juli 1927.
[1301] Gemeinsam mit der deutschen Justizverwaltung hatte man seit Jahren an einer Strafgesetznovellierung gearbeitet. „Der Entwurf ist schon im Jahre 1922 allen Bundesministerien mitgeteilt worden. Auch die vom deutschen Reichsrat beschlossenen Änderungen sind ihnen alsbald nach dem Erscheinen des Entwurfes bekanntgegeben worden und vor einigen Wochen hat eine interministerielle Besprechung stattgefunden, die zu einer vollständigen Einigung über den dem österreichischen Nationalrat vorzulegenden Text geführt hat. Nur einige Wünsche des Unterrichtsministeriums konnten damals nicht bereinigt werden; seither ist aber auch in diesen Punkten eine Lösung gefunden worden, der sowohl der Unterrichts- wie die Justizverwaltung zuzustimmen in der Lage ist. Es sind insbesondere die Bestimmungen über die Straflosigkeit der ärztlich indizierten Schwangerschaftsunterbrechung gestrichen und einzelne Bestimmungen über die Religionsdelikte und die Gleichstellung der Träger geistlicher Ämter mit den Amtsträgern des Bundes, der Länder und der Gemeinden geändert worden." Gertrude Enderle-Burcel, Hg., Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. 1918 – 1938. Kabinett Dr. Ignaz Seipel: 20. Okt. 1926 bis 4. Mai 1929, Veröff. der Österreichischen Gesellschaft für Historische Quellenstudien, Bd. 1/2, Wien 1986, 581. Im Übrigen kannte der österreichische Entwurf im Gegensatz zum deutschen keine Todesstrafe.
[1302] Ebda., 581. Seit Beginn der Ersten Republik waren sozialdemokratische Politikerinnen die treibende Kraft für eine Lockerung des Abtreibungsrechtes. Auf Antrag von Adelheid Popp forderten die Sozialdemokraten 1920, dass Schwangerschaftsabbrüche innerhalb von drei Monaten straffrei gestellt werden sollten, wenn sie „mithilfe eines Arztes" durchgeführt würden. Anstelle von Strafen wollte man Abtreibungen

sehr kurzfristig noch vom Unterrichtsministerium, wohl auf Initiative Seipels, ins Spiel gebracht wurde. Die Großdeutschen stimmten dem Entwurf zwar grundsätzlich zu, behielten sich jedoch im Hinblick auf die „christlichsoziale Anpassung" vor, „im Zuge der parlamentarischen Beratungen den Antrag auf Wiederherstellung der ursprünglichen Bestimmungen des Entwurfs in diesen Belangen zu beantragen". In diesem Fall kündigten die Christlichsozialen an, im Gegenzug die Hereinnahme des „Deliktbegriffes der Gotteslästerung" zu verlangen.[1303] Seipel zeigte sich jedoch überzeugt, dass der Antrag in der vom Ministerrat beschlossenen Form bestehen bleiben würde. Noch am 15. Juli notierte er im Tagebuch: „*In diesem Ministerrat Einbringung des neuen Strafgesetzentwurfes beschlossen.*"[1304] So einfach wie sich Seipel die Verschärfung des Strafrechts vorgestellt hatte, war es dann doch nicht. Der von Seipel präferierte Rechtsentwurf wurde niemals umgesetzt. Gleichzeitig konnte durch die konservative Haltung der Christlichsozialen Partei aber auch jede weitere Liberalisierung des Strafrechts erfolgreich abgewendet werden.[1305]

Schon Sibilias Vorgänger Marchetti-Selvaggiani musste die Erfahrung machen, dass sich der geistliche Politiker trotz seiner gezielten Einbindung des Heiligen Stuhls in wichtige Entscheidungsprozesse gegen unliebsame Einmischungen abzugrenzen wusste. Im Jänner 1922 – zu diesem Zeitpunkt war Seipel noch nicht Bundeskanzler, bestimmte aber als Parteiobmann schon maßgeblich den Kurs der Christlichsozialen – erzählte der Priesterpolitiker seinem Diözesanbischof Kardinal Piffl, dass der Nuntius bei Sektionschef Löbenstein die Einführung eines Pfarrgemeindegesetzes nach amerikanischem Muster[1306] vorantreiben würde. Damit wollte er den Sozialdemokraten zuvorkommen und ihnen so den Wind aus den Segeln nehmen. Doch voreiliges Nachgeben widersprach gänzlich dem kämpferischen Credo Seipels, wonach alle kirchlichen Bastionen gehalten werden mussten. Niemals wollte er dem politischen Gegner voreilig das Feld überlassen.[1307] Er trat

---

durch „Beratung und soziale Fürsorge" bekämpfen. Nachdem man sich am Parteitag von 1926 auf eine gemeinsame Parteilinie in dieser Frage einigen konnte, brachte die Arbeiterpartei 1927 erneut eine ähnliche Gesetzesinitiative ein, die abermals vom Parlament abgelehnt wurde. Vgl. Maria Mesner, Frauensache? Zur Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch in Österreich, zugl. phil. Diss., Universität Wien, Wien 1994, 17-21.

[1303] Enderle-Burcel, Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Kabinett Dr. Ignaz Seipel: 20. Okt. 1926 bis 4. Mai 1929, 574-576.

[1304] Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 9, 13, 15. Juli 1927.

[1305] Vgl. Mesner, Frauensache? 1994. 21f.

[1306] Vgl. Krexner, Hirte an der Zeitenwende, 1988, 249.

[1307] In dieser Arbeit konnte schon mehrfach der Nachweis erbracht werden, dass es Seipel zutiefst widerstrebte, dem politischen Gegner voreilig das Feld zu überlassen. Vgl. Kapitel 4.3.1., 321f. Die gleiche Haltung nahm er auch während der Verfassungsreform ein. So riet er seinem Vertrauten Heinrich Mataja im

deshalb weiterhin für die Beibehaltung der Kongrua[1308] ein, obwohl er dem Erzbischof eröffnete, dass „*alle Kulturkämpferei der Sozialdemokraten*“ mit einem Mal zurückgeschlagen werden könnte, würde man erneut eine Koalition mit ihnen eingehen. Davon riet er allerdings ab.[1309]

Die Quellenlage erlaubt es, Ignaz Seipel als einen höchst eigenständigen Politiker zu sehen, der zwar Zurufen aus Rom stets bereitwillig Gehör schenkte und auch sonst danach strebte, die politischen Vorgänge in Österreich für den Heiligen Stuhl weitestgehend durchsichtig zu gestalten, aber dennoch Vereinnahmungen nicht willenlos hinnahm. Das Eintreten für katholische Interessen geschah bei ihm aus religiöser Überzeugung und musste ihm nicht eigens angetragen werden. Für Seipel war es demnach eine Selbstverständlichkeit, als Vertreter der Regierung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln schützend die Hand über die römische Kirche zu halten. Sein politisches Geschick ließ ihn dabei höchst selbständige Wege gehen.

September 1929 in der Verfassungsfrage, keine voreiligen Konzessionen zu machen. In diesem Zusammenhang verwendete er die Worte: „*Aber wer wird in der Zeit des Vormarsches ans Zurückziehen denken.*“ DAW, Nachlass Seipel, Karton 1, Fasz. 5, 28f. Ignaz Seipel an Heinrich Mataja, 4. September 1929.

[1308] Vgl. Kapitel 1.3.2., 91., Anm. 354.

[1309] Vgl. Krexner, Hirte an der Zeitenwende, 1988, 249.

IGNAZ SEIPEL – EIN „MANN ROMS“ IM BUNDESKANZLERAMT? ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

QUALITÄT DER BEZIEHUNGEN

Die vorwiegend auf der qualitativen Auswertung der Nuntiaturberichte basierende Untersuchung hat ergeben, dass die Kommunikation zwischen Ignaz Seipel und der römischen Kirchenzentrale fast ausschließlich über die päpstliche Vertretung in Wien gelaufen ist und intensiver war, als die österreichischen Akten bisher vermuten ließen. Nur in wenigen Ausnahmen fungierte der österreichische Gesandte beim Heiligen Stuhl als Drehscheibe der Verständigung. Den direkten Kontakt mit vatikanischen Stellen hat der Priesterpolitiker niemals gesucht. Schon dieses strenge Einhalten des kirchlichen Instanzenweges macht auf zwei wesentliche Merkmale des Verhältnisses Seipels zum Heiligen Stuhl aufmerksam: Seipel selbst verfügte über keine nennenswerten Beziehungen zur Kurie und die Inhalte der Kommunikation hielt man für wenig geeignet, um sie über den staatlichen diplomatischen Dienst auszutauschen. Dennoch erlauben Seipels Tagebücher, den Priesterpolitiker als geschickten kirchenpolitischen ‘Networker‘ zu sehen, der wiederholt mit hochrangigen Kirchenvertretern zusammentraf. Insbesondere bei seinen offiziellen als auch privaten Auslandsreisen nahm Seipel regelmäßig Kontakt zu lokalen Kirchengrößen und den dortigen Nuntien auf. Förderlich für die Kontaktaufnahmen war zweifelsohne, dass sich der österreichische Bundeskanzler als Priester bewusst im klerikalen Milieu bewegte und oft in kirchlichen Häusern untergebracht war. Ähnlich verhielt er sich im Umgang mit den österreichischen Nuntien. Auch hier gingen Initiativen häufig von Seipel aus. Aus den Forschungsergebnissen wird ersichtlich, dass vorwiegend Seipel die Nähe zum Apostolischen Nuntius gesucht hat und die Kurie bereitwillig Anteil an den Regierungsgeschäften nehmen ließ. Dies geschah aber nicht nur aus dem Pflichtgefühl, als Priester den kirchlichen Vorgesetzten Rechenschaft über seine Handlungen abzulegen. In Enrico Sibilia hatte Seipel einen Gesinnungsgenossen in der Wiener Nuntiatur gefunden, mit dem der Kanzler nicht nur offen über seine politischen Ansichten sprechen konnte, sondern dem er gelegentlich auch sehr private Details anvertraute. Ab Oktober 1929 begann Seipel sogar beinahe täglich Italienisch zu lernen.[1310] Dem Nuntius, der mangels

[1310] Vgl. DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 11.

ausreichender Deutschkenntnisse und bedingt durch seine zurückgezogene Lebensweise keine bedeutenden kirchenpolitischen Netzwerke aufbauen konnte, kam diese offensive Informationspolitik des Priesterkanzlers sehr entgegen. Ungeprüft verließ er sich auf die Einschätzungen Seipels, gab sie kritiklos seinen Vorgesetzten nach Rom weiter oder verteidigte sie gegebenenfalls, wenn er glaubte, sie könnten Kritik hervorrufen. Auch nach Seipels Amtszeit als Bundeskanzler blieb er der wichtigste politische Berater Sibilias, wenngleich der Kontakt an Intensität verlor. So begutachtete der Moraltheologe für den Nuntius zweimal Konkordatsentwürfe. Den Entwurf aus dem Jahr 1931 hielt er für „*eccellente*". Auf Seipels politische Erfahrung wollte auch die Bischofskonferenz bei der Ausarbeitung des Konkordattextes nicht verzichten. Im Auftrag des Episkopates begutachtete Seipel Entwürfe und wurde von Kardinal Piffl gelegentlich zu Konkordatsbesprechungen hinzugezogen. Doch abgesehen von dieser schon bei Kremsmair nachgewiesenen beratenden Rolle, konnte in den römischen Dokumenten keine aktivere Einbindung Seipels in die Konkordatsverhandlungen nachgewiesen werden.[1311]

In der Funktion als Berater hatte Seipel zweifellos großen meinungsbildenden Einfluss auf die politische Berichterstattung des isolierten Nuntius. Besonders auffällig ist dabei, dass Sibilia den ausgeprägten Antisozialismus des Kanzlers teilte. In seinem politischen Denken war der Nuntius, dessen intellektuelle Kapazitäten – auch bedingt durch eine sprachliche Barriere – nicht an jene des Universitätsprofessors heranreichten, jedoch ein stückweit dogmatischer und tendierte stärker zu ideologischen Verkürzungen. Diese Haltung ließ ihn alle gesellschaftlichen und politischen Missstände auf die fortschreitende Säkularisierung und den Einfluss der Sozialdemokratie zurückführen. Kein Wunder also, dass die scharf antisozialistische Ausrichtung der antiparlamentarischen Heimwehren auf das grundsätzliche Wohlwollen des Nuntius stieß. Ausschlaggebend für seine offene Sympathie war, dass auch der Bundeskanzler nicht davor zurückscheute, diese radikalen Kräfte in sein politisches Kalkül einzubeziehen. Sibilia unterstützte diesen Kurs, indem er die Gefährlichkeit der Heimwehren bei jeder Gelegenheit herunterspielte. Sowohl seine Bewunderung für den Priesterkanzler als auch die ideologische Borniertheit verstellten ihm aber die Sicht auf die innenpolitischen Konsequenzen dieses kompromisslosen Kurses, den er in Anbetracht der politischen Lage als einzig gangbare Alternative ansah. Mehr Weitblick in politischen Fragen hatte Sibilias Vorgänger Marchetti-Selvaggiani

[1311] Vgl. Josef Kremsmair, Der Weg zum österreichischen Konkordat von 1933/34. zugl. phil. Diss., Universität Salzburg, Wien 1980, 120 u. 135-137.

bewiesen, der aus Angst vor einer fortschreitenden politischen Radikalisierung seine Vorgesetzten bereits 1922 von einem Rückzug Seipels aus der Politik zu überzeugen versuchte. In Rom blieb diese Warnung allerdings ungehört. Dort glaubte man in dem geistlichen Staatsmann einen „*Mann der Vorsehung*" gefunden zu haben und dachte deshalb nicht daran, Seipels politischer Tätigkeit ein vorzeitiges Ende zu setzen.[1312] Seine Bereitschaft, kompromisslos konfessionelle Politik zu betreiben, hat vielmehr die Hemmschwelle der vatikanischen Führung noch weiter gesenkt, sich intervenierend an Seipel zu wenden (ebenfalls stets über den Apostolischen Nuntius). Die Bandbreite kirchlicher Einflussnahmen reichte dabei von banalen bürokratischen Anfragen bis hin zur Beeinflussung personeller Entscheidungen. Die nachweisbar schwerwiegendste Intervention war zweifellos die von Rom initiierte Neubesetzung der österreichischen Gesandtschaft in Moskau. Der Vatikan erhoffte sich von der Ablöse des der Sozialdemokratie nahe stehenden Otto Pohls durch einen 'verlässlichen' Nachfolger bessere Einblicke hinter die Grenzen Sowjetrusslands, zu dem man selbst keine diplomatischen Beziehungen unterhielt. Über die österreichische Auslandsvertretung in Moskau bezog der Heilige Stuhl jedoch nicht nur vertrauliche Informationen. Auf persönlichen Wunsch des Papstes nützte man in weiterer Folge heimlich den diplomatischen Kurierdienst, um die unter den rigorosen Religionsgesetzen leidenden Katholiken über Jahre, aber in überschaubarem Maße mit religiöser Literatur zu versorgen. Grundsätzlich wurden vatikanische Interventionen aber sehr behutsam und überraschend selten gesetzt, wie die anschließende 'Chronologie der Beziehungen' zeigt. Außerdem wurde dabei stets Bedacht genommen, den Priester nicht in den Ruf der römischen Abhängigkeit zu bringen. Auch Seipel war nach außen hin sehr bemüht, diesen Verdacht nicht aufkommen zu lassen. So wurde er Zeit seines Lebens nur zweimal im Apostolischen Palast empfangen. Tatsächlich zielten Interventionen des Heiligen Stuhls niemals auf inhaltliche Einmischungen ab, sondern bestanden aus klar formulierten Anliegen. Trotz dieser sanften Vorgangsweise verstand sich die katholische Führung auf die Durchsetzung ihrer Interessen. Dabei bediente man sich eines subtilen Instrumentariums. Druck auf den Kanzler wurde ausschließlich dadurch erzeugt, dass man an sein priesterliches Pflichtbewusstsein appellierte. Allerdings musste man davon nicht oft Gebrauch machen. Seipel war für konfessionelle Anliegen überaus empfänglich und nahm nur in den wenigsten Fällen widersprüchliche Positionen zu vatikanischen Anre-

[1312] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA 69, Fasz. „Rom Vat 1926", fol. 191v. Z. 122 P., Gesandtschaftsbericht, 9. November 1926. Vgl. dazu auch ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 25, N° 9160, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 3. November 1922.

gungen ein. Allerdings folgte er ihnen auch nur soweit, wie er es für seine eigenen politischen Absichten opportun hielt.

Diese Ergebnisse geben zwar erstmals detailliert Auskunft über die Beschaffenheit der Beziehungen Seipels zum Heiligen Stuhl, daraus lässt sich aber noch nicht erschließen, wie typisch dieses Verhältnis für einen Priesterpolitiker seiner Zeit war. Um die Qualität der Beziehungen Seipels zum Heiligen Stuhl abschließend beurteilen zu können, ist ein Vergleich mit anderen Priesterpolitikern aufschlussreich. Die meisten Parallelen bietet dafür wohl Ludwig Kaas (1881-1952). Schon bei einem oberflächlichen Vergleich der Lebensläufe finden sich auffallende Übereinstimmungen. Beide gehörten einer Generation von katholischen Priestern an, die „eine Zeit zunehmenden Selbstvertrauens und politischer Reife der Kirche in ganz Europa" miterlebten und sich davon inspirieren ließen. Beide schlugen eine akademische Laufbahn ein und brachten es in ihrem politischen Gestaltungswillen bis zur Spitze staatstragender Parteien.[1313] Doch auch bei genauerer Betrachtung weisen die Werdegänge der Priesterpolitiker erstaunliche Ähnlichkeiten auf: Der nur unwesentlich jüngere Zentrumspolitiker entstammte wie Ignaz Seipel einem kleinbürgerlichen Herkunftsmilieu und hatte schon in jungen Jahren den Verlust der Mutter zu erleiden. Charakterbildend wirkte auch, dass beide ihren sozialen Aufstieg ausschließlich den eigenen Fähigkeiten und nicht einflussreichen Beziehungen oder anderen Formen der Protektion verdankten. Schon im Priesterseminar erkannte man das Potential Kaas' für eine hochkirchliche Laufbahn, weshalb man ihm am *Collegium Germanicum*, einer geistlichen Kaderschmiede in Rom, eine entsprechende Ausbildung angedeihen ließ. Nach dem Erwerb des Doktorgrades im kanonischen Recht an der *Gregoriana* (Pontificia Universitas Gregoriana) promovierte der Rheinländer 1918 in Bonn zum *Doctor iuris utriusque* und wurde noch im selben Jahr zum Professor für Kirchenrecht am Trierer Priesterseminar bestellt. Nur ein Jahr später erfolgte bereits die Berufung zum Ordinarius für Kirchenrecht an der Bonner Universität, die er aber auf Wunsch seines Bischofs ablehnte. Neben dieser kirchlich-akademischen Tätigkeit begann sich Kaas auch politisch zu engagieren. Nach der Wahl zum Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar im Jahr 1919 folgte eine Zeit als Abgeordneter zum Reichstag. Wie Seipel gehörte Kaas zu Beginn seiner politischen Karriere dem Verfassungsausschuss an, wo er an der Ausarbeitung der kirchenpolitischen Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung beteiligt war und den Religionsgemeinschaften die bestmöglichen Voraussetzun-

[1313] Boyer, Karl Lueger, 2010, 422.

gen für ihr Wirken verschaffen wollte. Zufrieden konnte er nach der Annahme der Verfassung durch die Nationalversammlung sagen, dass die Konstitution „*trotz allem Vorwärtsdrängen nach der Richtung der Trennung von Kirche und Staat den organischen Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit und ihrer vielfältigen staatlich-kirchlichen Bindungen nicht verleugnet*“.[1314] Den Höhepunkt seiner politischen Karriere erreichte er, als er am 8. Dezember 1928 zum Vorsitzenden der Zentrumspartei gewählt wurde.[1315] Im Gegensatz zu Seipel fehlte es ihm aber an Sendungsbewusstsein und dem nötigen Streben zur Macht, um sich als unumstrittene Führungsfigur des Zentrums zu positionieren. Programmatisch waren sie sich hingegen sehr ähnlich. Wie Seipel besaß Kaas eine große Ergebenheit gegenüber der Kirche und versuchte ihre Stellung in Staat und Recht zu festigen. „Kaas war jedoch nicht der Mann der einseitig und blind einen kirchlichen Maximalstandpunkt vertreten hätte. Er war vielmehr bemüht, den Belangen beider Partner gerecht zu werden. Es war ihm klar, daß dauerhafte Lösungen nur zu erzielen waren, wenn eine relative Ausgewogenheit der Interessen erreicht wurde.“[1316] In dieser Kompromissbereitschaft unterschied er sich von seinem österreichischen Gegenüber. Seipel war ein Prinzipienmensch und sah Kompromisse als Verwässerungen an. Deswegen strebte er nicht wie Kaas nach einer „Condordia zwischen Kirche und Staat“, sondern nach einem Staat mit hoher moralischer Autorität (nach kirchlicher Vorstellung).[1317] Hinzu kam, dass auch die Parteien unterschiedlich aufgestellt waren. Das Zentrum stand in der Tradition Kettelers und fühlte sich in erster Linie der Sozialpolitik verpflichtet. Außerdem war sie eine typische Partei der Mitte, die ständig auf Ausgleich gerichtet war.[1318] Die Bereitschaft mit der Linken zusammenzuarbeiten, war bei den politisch organisierten deutschen Katholiken ungleich höher als in der Christlichsozialen Partei. Auch Kaas gehörte zunächst jenem Flügel an, der glaubte, „den sozialen Volksstaat allein mit den Linken“ verwirklichen zu können, da es einer „mit beiden Füßen auf dem Boden des republikanischen Staatswesens“ stehenden rechten Opposition mangeln würde.[1319] Kaas erkannte zwar das religionsfeindliche Element des Sozialismus und hielt auch den Klassenkampf für ein verfehltes ideologisches Konstrukt, dennoch glaubte er, die Sozialdemokraten ‘er-

[1314] Zit. nach Georg May, Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Bd. 2, Amsterdam 1982, 323f.
[1315] Vgl. Arthur Wynen, Ludwig Kaas. Aus seinem Leben und Wirken, Trier 1953, 9-12.
[1316] May, Ludwig Kaas, Bd. 2, 1982, 327f.
[1317] Vgl. May, Ludwig Kaas, Bd. 2, 1982, 329; Boyer, Karl Lueger, 2010, 423.
[1318] May, Ludwig Kaas, Bd. 2, 1982, 518 u. 534.
[1319] Vgl. ebda., 511

ziehen‘ zu können.[1320] Es gelang ihm aber nicht, die Partei auf einen einheitlichen Kurs einzuschwören. Kaas war eher der „geschmeidige Vermittler, nicht der zielklare Führer, der notfalls auch vor harten Maßnahmen nicht zurückschreckt[e]“.[1321] Ein schlechtes Licht auf seine Führungsqualitäten warf schließlich auch das abrupte politische Ende des Priesterpolitikers. Während er im April 1933 in Rom weilte, kam es zum politischen Umsturz in Deutschland und er entschloss sich kurzfristig, seinen dauernden Wohnsitz nach Rom zu verlagern, was ihm vielfach als Fahnenflucht ausgelegt wurde.

Da es an einer vergleichbaren Studie (wie der vorliegenden) über Ludwig Kaas fehlt, lässt sich nicht sagen, inwieweit der Zentrumspolitiker seine Religionspolitik tatsächlich mit dem Heiligen Stuhl abgestimmt hat. Die äußeren Bedingungen für eine enge Zusammenarbeit waren allerdings gegeben. Bis zu seinem Tod verband Ludwig Kaas zu Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII., „ein richtiges Freundschaftsverhältnis“.[1322] Diese Freundschaft ging sogar soweit, dass die beiden gelegentlich gemeinsam den Urlaub in Rorschach am Bodensee verbrachten. Und als Pacelli später Papst wurde, hatte Kaas angeblich „freien Zutritt zu den päpstlichen Gemächern“.[1323] Der Beginn dieser Freundschaft geht auf die Zeit zurück als Eugenio Pacelli Apostolischer Nuntius in Deutschland war. Ursprünglich sollte der Kirchenrechtler Kaas dem Nuntius nur „in diffizilen Fragen der Concordatsverhandlungen“ zur Verfügung stehen. Auf Wunsch Pacellis wurde Kaas ab 1920 zunehmend beratend und begutachtend für die Nuntiatur tätig. In den frühen zwanziger Jahren begleitete er den päpstlichen Vertreter auch wiederholt bei offiziellen Anlässen und Dienstreisen.[1324] In seiner Funktion als Nuntiaturmitarbeiter wurde der Reichstagsabgeordnete Kaas vom Heiligen Stuhl sogar gelegentlich offiziell mit Aufträgen und kleineren Missionen betraut.[1325] Dem Verhältnis zwischen Kaas und Pacelli lag demnach eine klare Rollenverteilung zugrunde. „Pacelli blieb in dem Bund der beiden Männer stets der Führende. Er begab sich nie in die Abhängigkeit von Kaas, bewahrte sich vielmehr die Freiheit, von seinen Ratschlägen abzuweichen. Pacelli vergab sich gegenüber Kaas nichts. Trotz ihrer Freundschaft wurde das hierarchische Verhältnis gewahrt.“[1326] Anders verhielt es sich in Wien. Während Ludwig Kaas mit Eugenio Pacelli ein kirchlich gut vernetzter, perfekt deutsch sprechender und hochintellektueller Nuntius

[1320] Vgl. ebda., 666f.
[1321] May, Ludwig Kaas, Bd. 1, 1982, 201.
[1322] Wynen, Ludwig Kaas, 1953, 48.
[1323] Karin Schauff, Erinnerung an Ludwig Kaas. Zum 20. Todestag am 25. April 1972, Stuttgart 1972, 31.
[1324] Vgl. May, Ludwig Kaas, Bd. 1, 1982, 193-197.
[1325] Vgl. May, Ludwig Kaas, Bd. 2, 1982, 328.
[1326] May, Ludwig Kaas, Bd. 1, 1982, 201.

gegenüberstand, kam Ignaz Seipel die überlegene und dominierende Rolle im Verhältnis mit Enrico Sibilia zu. Bei beiden Priesterpolitikern wurden die Beziehungen zur römischen Kirchenzentrale demnach ausschließlich über die Nuntien vermittelt und waren von der Qualität des persönlichen Verhältnisses mit diesen abhängig.

CHRONOLOGIE DER BEZIEHUNGEN[1327]

15. 8. 1919 — Ignaz Seipel unternimmt eine Reise in die Steiermark und nach Kärnten und berichtet Nuntius Teodoro Valfrè di Bonzo über die kirchlichen Verhältnisse vor Ort.[1328]

30. 3. 1921 — Stellungnahme Seipels über die Haltung der Christlichsozialen Partei betreffend der geforderten Eingliederung der evangelischen Fakultät in die Universität Wien: Der Priesterpolitiker berichtet, dass er diese Angelegenheit bisher erfolgreich hinausgezögert hätte. Falls der politische Druck von Seiten der Großdeutschen aber größer werden würde, müsste er der Christlichsozialen Partei von einem öffentlichen Kampf gegen die Eingliederung aus mehreren Gründen abraten, da:

a) sie für die Protestanten nur einen kleinen Zuwachs an Rechten bedeuten würde.
b) die Position der katholischen Fakultät dadurch gestärkt würde. Denn dieselben Parteien, die jetzt für die Aufnahme wären, könnten nicht gleichzeitig die verfassungsrechtliche Verankerung der katholisch-theologischen Fakultät an staatlichen Hochschulen in Frage stellen.
c) dies einen Kulturkampf entfachen würde.

Sollte sich die Kurie aber gegen eine solche Eingliederung aussprechen, wäre die Christlichsoziale Partei „*gerne bereit … selbstständig und ohne den hl. Stuhl, die apostolische Nuntiatur oder den Episkopat in Mitleidenschaft zu ziehen, mit rein politischen Argumenten den notwendigen Kampf zu führen*."[1329]

25. 7. 1921 — In einem an alle Landesparteileitungen, alle Ordinariate und den Apostolischen Nuntius gerichteten Rundschreiben warnt der christlichsoziale Parteiobmann vor einem bevorstehenden Kulturkampf in Österreich.[1330]

2. 5. 1922 — Am 2. Mai erhält Seipel einen Brief vom österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, indem er von einer Denunziation in Rom unterrichtet wird.[1331]

13. 5. 1922 — Die römische Kirchenleitung verlangt ein Treffen mit Seipel. Erneut erhält man nur durch das Tagebuch Auskunft über diese Fühlungnahme: „*Abermals Brief von Pastor mit der Aufforderung nach Rom zu kommen,*

[1327] Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die große Menge an Akten des vatikanischen Archives ließ keine lückenlose Überprüfung zu. In der Chronologie sind des Weiteren die regelmäßigen Treffen im Zuge der allgemeinen Diplomatenempfänge nicht enthalten.
[1328] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 794, fol. 220-224. Ignaz Seipel an Nuntius Teodoro Valfrè di Bonzo, 25. August 1919.
[1329] ASV/AdNdV, Karton 847, fol. 155. Ignaz Seipel an Nuntius Marchetti-Selvaggiani, 30. März 1921.
[1330] Vgl. Kapitel 2.2.1., 129.
[1331] DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 5, fol. 26. 2. Mai 1922. Nähere Hintergründe zu dieser Causa ließen sich in den Archiven leider nicht finden.

diesmal durch Kard. Gasparri selbst, erhalten.“[1332]

30. 5. 1922 Seipel informiert den Apostolischen Nuntius, dass man ihn „*probabilmente*“ zum Bundeskanzler ernennen wird. Der Geistliche erbittet im Fall seiner Nominierung die Zustimmung des Heiligen Stuhls: Seipel versichert, dass Amt nicht freiwillig anstreben zu wollen, sondern „*solo per dovere, è disposto accettare, pronto pero rinunziare se Santa Sede così desidera*“[1333] (nur aus Pflicht annehmen wird, aber sofort bereit sei abzulehnen, wenn dies im Sinne des Heiligen Stuhls sei). Er ersucht den Nuntius, auch seinen Vorgesetzten Erzbischof Piffl davon in Kenntnis zu setzen.

18. 8. 1922 Im Zuge von Seipels Italienreise im Vorfeld der Unterzeichnung der Genfer Sanierung suchte der Bundeskanzler via Nuntiatur um eine Privataudienz bei Papst Pius XI. an. Der österreichische Regierungschef bietet der Kurie an, den italienischen Außenminister auch außerhalb Roms zu treffen oder überhaupt nur den österreichischen Außenminister zu den Verhandlungen zu entsenden, falls dies vom Heiligen Stuhl gewünscht sei. Die vatikanische Führung geht auf dieses Angebot nicht näher ein und lässt die Wiener Nuntiatur nur wissen: „*Per ora nessuna difficoltà circa Cancelliere.*“ [1334] Das Treffen wurde jedoch obsolet, nachdem Außenminister Carlo Schanzer den österreichischen Kanzler nach Verona einlud.[1335]

24. 10. 1922 Angesichts der zunehmenden innenpolitischen Spannungen spricht sich Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani gegenüber dem Staatssekretariat für einen Rücktritt Seipels aus. Seiner Meinung würde ein Geistlicher zu sehr polarisieren.[1336] Die Kurie weist die Bedenken des Gesandten in Wien zurück.[1337]

12. 1. 1923 Abschiedsessen für den scheidenden Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani.[1338]

5. 3. 1923 Der neue Nuntius Enrico Sibilia lädt anlässlich seines Dienstantritts in Österreich zum Empfang: Persönliche Huldigung des Papstes durch Ignaz Seipel. Der Bundeskanzler gesteht dem päpstlichen Repräsentanten, dass er das politische Amt gerne aufgeben würde, da es ihn hindere, sich ganz seinen priesterlichen Pflichten zu widmen („*quanto volentieri egli lascerebbe il posto politico che occupa per dedicarsi tutto al ministero ecclesiastico*“). Der Nuntius zerstreut seine Bedenken mit den Worten: „*servire*

[1332] DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 5, fol. 97. 13. Mai 1922.
[1333] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 12. N° 28, Telegramm: Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 30. Mai 1922, Abschrift.
[1334] ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 14. N° 16. Telegramm: Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri an Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani, 20. August 1920, Abschrift. Eigene Übersetzung: „*Chiffre 20 erhalten. Vorläufig keine Schwierigkeit bezüglich Kanzler.*“
[1335] Vgl. *Reichspost*, 24. August 1922, 1.
[1336] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 24. N° 3068, Nuntiaturbericht, 24. Oktober 1922.
[1337] Vgl. ebda., fol. 25. N° 9160, Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius, 3. November 1922.
[1338] DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, o.fol. 12. Jänner 1923.

Deo regnare est“. Außerdem antwortete er ihm, dass man auch in einer hohen Position, die er als Ausdruck der Vorsehung sah („*cui sembra posto dalla providenza*“), der Kirche und dem Vaterland dienen kann.[1339]

23. 3. 1923 Der Apostolische Nuntius tritt an Bundeskanzler Ignaz Seipel mit dem Wunsch heran, bei den Vertretern der europäischen Großmächte auszuloten, wie sie einem Schiedsspruch des Heiligen Stuhls in der Frage der Ruhrbesetzung gegenüberstehen: Nach einer intensiven Zusammenarbeit mit dem Nuntius schlägt Seipel eine Audienz in Rom vor. Auf Wunsch Roms würde er auch unter Angabe falscher Gründe in den Vatikan reisen.

2. 4. 1923 Privataudienz Seipels bei Papst Pius XI.: Da sowohl das offizielle Italien als auch der Papst auf einem Erstbesuch des Kanzlers bestanden, stellte dies das diplomatische Protokoll vor eine große Herausforderung. Der Zwischenfall wurde schließlich dadurch gelöst, dass Seipel nach seiner Aufwartung im Quirinal die Grenzen des ehemaligen Kirchenstaates (Montecassino) überschreiten musste, um am darauffolgenden Tag vom Papst in Audienz empfangen zu werden.

15. 6. 1923 In der Überzeugung, dass „*ein empfehlendes Wort Eurer Eminenz* [Nuntius Enrico Sibilia] *beim Bundeskanzler viel vermag*“, versucht der Anwalt des in der Strafanstalt Graz-Karlau inhaftierten Ugo Marchesini über die päpstliche Vertretung eine Amnestie seines Mandanten zu erwirken. Unterstützt wird sein Anliegen vom Bischof von Livorno.[1340] Im Bundeskanzleramt gab man der Angelegenheit aufgrund der schweren Erkrankung des Bittstellers gute Chancen auf Erfolg und empfiehlt dem Nuntius die persönliche Vorsprache beim Bundeskanzler.[1341] Am 31. Juli sucht der Nuntius Seipel im Amt auf.[1342]

28. 12. 1923 Bundeskanzler Ignaz Seipel begibt sich in die Nuntiatur und lanciert eine päpstliche Auszeichnung für Ludwig Pastor, den österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhl.[1343]

28. 1. 1924 Ignaz Seipel teilt dem Nuntius im Vertrauen mit, dass er im Zuge seiner Rumänienreise (die vorrangig wirtschaftlichen Interessen Österreichs diente) nach Absprache mit dem dortigen Nuntius bei der Regierung die Stellung des katholischen Erzbischofs Raymund Netzhammer zur Sprache bringen werde. Netzhammer hatte sich aufgrund seiner Bestrebungen, die unterschiedlichen Nationalitäten in einer katholischen Religion zu einen, in Nationalitätskonflikte verstrickt.[1344]

[1339] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 860, fol. 49. N° 20, Nuntius Enrico Sibilia an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 6. März 1923.
[1340] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 850, fol. 243. Valentin Rosenfeld an Nuntius Enrico Sibilia, 15. Juni 1923.
[1341] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 850, fol. 238. Bundeskanzleramt (Sektion Außenamt) an Nuntius Enrico Sibilia, 25. Juli 1923.
[1342] DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 6, fol. 136.
[1343] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 884, fol. 607. N° 1710, Nuntiaturbericht, 28. Dezember 1923, Entwurf.
[1344] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 516. N° 69/1830, Nuntiaturbericht, 28. Jänner 1924, Entwurf.

7. 2. 1924	Auf Drängen des Heiligen Stuhls gibt Seipel nach anfänglichem Zögern einer Reduzierung der Eisenbahntarife für karitative ungarische Kindertransporte statt.[1345]
25. 3. 1924	Seipel sendet dem päpstlichen Repräsentanten ein Exemplar seiner Publikation über den hl. Thomas.[1346]
28. 4. 1924	Gemeinsames Essen mit Kardinallegaten Andreas Frühwirth in der Apostolischen Nuntiatur.[1347]
14. 5. 1924	Ignaz Seipel unterstützt die Auslieferung vatikanischer Akten im Besitz des österreichischen Staatsarchivs an den Heiligen Stuhl zu sehr günstigen Konditionen.[1348]
28. 5. 1924	Enrico Sibilia und Ludwig Pastor animieren Kardinal Frühwirth, Bundeskanzler Ignaz Seipel wegen seiner vorzüglichen Behandlungen des Kardinallegaten zur Linzer Domweihe als Titularerzbischof vorzuschlagen. Trotz wohlmeinender Stimmen aus dem Staatssekretariat scheitert das Bemühen an der zögernden Haltung des Wiener Erzbischofs und des Papstes.[1349]
20./23. 6. 1924	Der päpstliche Nuntius besucht Bundeskanzler Seipel nach dem Attentat im Krankenhaus. Offen spricht Seipel über seine Verletzung.[1350]
24. 7. 1924	Der Nuntius überreicht Ignaz Seipel eine Glückwunschadresse des Papstes anlässlich seines silbernen Priesterjubiläums. In einem sehr amikalen Gespräch vertraut der Politiker Enrico Sibilia Versagensängste an.[1351]
18. 8. 1924	Ignaz Seipel schlägt den Priester Matthäus Bauchinger anlässlich seines 50. Priesterjubiläums für die Prälatenwürde vor. Sibilia unterstützt dieses Gesuch.[1352]
11. 12. 1924	Nachdem Sibilia erfahren hat, dass die österreichische Vertretung beim Heiligen Stuhl nur eine „*posta nella seconda categoria*" ist – also keine vollwertige Botschaft im rechtlichen Sinn – bittet er den Kanzler um eine Klarstellung. Seipel erklärt, dass die Vertretung langfristig in den Rang einer Botschaft erhoben werden solle, dies aber vor allem aus finanziellen Gründen noch nicht geschehen sei.
30. 3. 1925	Ignaz Seipel informiert den Nuntius über die Haltung der österreichischen Regierung in Bezug auf die Diözese Brixen. Laut Seipel hat sich die Regierung gegen eine Teilung ausgesprochen und die umstrittene Mensalgü-

[1345] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 628. N° 27124, Nuntiaturbericht, 7. Februar 1924.
[1346] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 900a. N° 2096, 25. März 1924 (Registereintrag).
[1347] DAW, Nachlass Seipel, Karton 2, Tagebuch 7, 62.
[1348] Vgl. Kapitel 4.1.2., 277ff.
[1349] Vgl. Kapitel 3.2., 176ff.
[1350] Vgl. Kapitel 3.2., 172.
[1351] Vgl. Kapitel 3.2., 173.
[1352] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 900a. N° 2594, 15. August 1924 (Registereintrag); ASV/AdNdV, Karton 883, fol. 484. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 15. August 1924.

terfrage als rein innerkirchliche Angelegenheit betrachtet. Seipel rät dem Heiligen Stuhl via Nuntius, dies im Hinblick auf eventuelle Forderungen anderer Sukzessionsstaaten weiterhin so zu handhaben.[1353]

1.8.1925 Seipel entschuldigt sich beim Nuntius, dass das Verhalten des Botschaftsmitarbeiters Blaas im Vatikan Anlass zur Klage gegeben hat. Auf dem Nuntiaturbericht findet sich der Vermerk des Staatssekretärs, dass er sich niemals negativ gegenüber Blaas geäußert habe. Man versichert dem Nuntius, dass der österreichische Diplomat in Rom stets „*la migliore impressione*“ mache. Womöglich wurde dieses Gerücht von Pastor gestreut.[1354]

27. 8. 1926 Die Länderbank will der Prinzessin Beatrice von Bourbon-Massimo den Prozess wegen ausstehender Zinsschulden machen. Daraufhin wandte sich die Beklagte an das Staatssekretariat und den Wiener Nuntius und bittet um eine Intervention bei Ignaz Seipel. Durch Seipels Vermittlung wurden der Prinzessin entgegenkommende Konzessionen gemacht.[1355]

10. 1. 1927 Der Apostolische Nuntius informiert Bundeskanzler Seipel persönlich über die Kirchenverfolgung in Mexiko und bittet um eine offizielle Stellungnahme der Regierung. Der Prälat versichert, die Angelegenheit im parlamentarischen Ausschuss und gegenüber dem amerikanischen Botschafter zur Sprache zu bringen. Die gewünschte Stellungnahme blieb jedoch aus.[1356]

6. 3. 1927 Seipel bedauert, dass er aufgrund seines politischen Amtes nur wenig Zeit für seine priesterlichen Verpflichtungen habe. Umso mehr freute er sich, dem Nuntius „*zum Zeichen* [s]*einer besonderen Verehrung für Ew. Exzellenz* [Nuntius]“ seine in der Zeitschrift *Soziale Hilfe* publizierten geistlichen Vorträge zu Ehren des hl. Franziskus übermitteln zu dürfen.[1357]

23. 3. 1927 Im Streben nach gesicherten Informationen über die repressive Religionspolitik in Sowjetrussland betreibt die Kurie die Ablöse des der Sozialdemokratie nahe stehenden österreichischen Gesandten in Moskau.[1358]

2. 4. 1927 Bundeskanzler Seipel setzt sich beim Nuntius für die Wahrung der Salzburger Privilegien ein, ohne aber die Freiheit des Heiligen Stuhls bei Bischofsnominierungen in Frage stellen zu wollen. Als der Heilige Stuhl jedoch die Neubesetzung des Seckauer Bistums dazu nützte, die Salzburger Vorrechte weiter auszuhebeln, gab dies antikurialen Agitationen Rückenwind. Seipel kündigte daraufhin umgehend seine Unterstützung für die Privilegien auf.[1359]

[1353] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 878, fol. 83. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, o.D.
[1354] Vgl. ASV/Segreteria di Stato, 1925, Rubrik 156, Fasz. 1, fol. 73. N° 47131, Weisung des Staatssekretariats an Nuntius Sibilia, 11. August 1925.
[1355] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 675. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 27. August 1926.
[1356] Vgl. Kapitel 4.2.1., 291ff.
[1357] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 568. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 6. März 1927.
[1358] Vgl. Kapitel 4.1.1., 266-272; Klieber, Bundeskanzler Seipel und die österreichische Diplomatie der Ersten Republik, 2005, 477-502
[1359] Vgl. Kapitel 4.2.2., 309f.

5. 4. 1927 Zu Ehren des 70. Geburtstags des Papstes empfiehlt der Gesandte Pastor die Übermittlung eines Gratulationshandschreibens des Bundespräsidenten per Spezialkurier, weil er „*angesichts des grossen und tatkräftigen Interesses Seiner Heiligkeit für Oesterreich und des besonderen Ansehens, das Seine Excellenz der Bundeskanzler bei Seiner Heiligkeit geniesst, eine besondere Ehrung für sehr angebracht hielt*."[1360] Aus protokollarischen Gründen war es aber nicht möglich, das Gratulationsschreiben des Regierungschefs in gleicher Weise zu übermitteln wie jenes des Staatsoberhauptes. Aus diesem Grund sollte Pastor „*anlässlich der Ueberreichung des Schreibens des Herrn Bundespräsidenten im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers dessen Glückwünsche sowie jene der österr. Bundesregierung zum Ausdruck* [*zu*] *bringen*."[1361]

24. 5. 1927 In Kooperation mit dem Nuntius regt Seipel ein päpstliches Schreiben für den österreichischen Episkopat an, worin die Bischöfe zu einer restriktiveren Schulpolitik animiert werden sollen. Die Mehrheit der Bischöfe, allen voran der Wiener Ordinarius, trat für eine Bekenntnisschule nach holländischem Vorbild ein. Seipel präferierte hingegen eine Reform der Schulgesetzgebung, „*die den Bestimmungen des kanonischen Gesetzbuches vollauf*" entsprochen hätte.[1362] Das Staatssekretariat bereitete daraufhin ein solches Schreiben vor.

15. 7. 1927 Der Nuntius vermutet hinter den Ausschreitungen am 15. Juli einen sozialistischen Staatsstreich und bietet dem Bundeskanzler als Doyen des diplomatischen Corps Unterstützung an (vermutlich in Form einer Demarche).[1363]

22. 7. 1927 Der Sozialdemokrat Karl Leuthner stellt in der Nationalratssitzung vom 25. Mai 1927 eine parlamentarische Anfrage „*betreffend der Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte gegenüber der röm. Kurie*" an den Bundeskanzler, weil er bei der Bestellung der Bischöfe Memelauer und Pawlikowski eine Missachtung des Nominationsrechtes des Staates Österreich (vormaliges Kaiserrecht) durch den Heiligen Stuhl vermutete. Der Nuntius, der in dieser Angelegenheit Aufklärung von Seipel wünscht, wird ausführlich über dessen Antwort informiert. Die Rechtsauffassung Seipels sieht dieses Recht als erloschen an. Im gleichen Schreiben vertraut der Bundeskanzler dem päpstlichen Gesandten an, dass er eine Verschärfung des Strafrechtes anstrebe.[1364]

30. 11. 1927 Seipel lädt den Nuntius zu einer Feier der *Caritas Socialis* ein.[1365]

[1360] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA NPA-Präs 46, fol. 66. Ludwig (von) Pastor an Generalsekretär Franz (von) Peters, 5. April 1927.
[1361] ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA NPA-Präs 46, fol. 66. Generalsekretär Franz (von) Peters an Ludwig (von) Pastor, 26. März 1927.
[1362] Ignaz Seipel zit. nach DAW, Bischofsakten Piffl, Fasz. 1924, o.fol. Ludwig Rotter und Heinrich Giese an Friedrich G. Kardinal Piffl, 27. Oktober 1924. Siehe dazu auch Kapitel 4.3.1., 321.
[1363] Vgl. Kapitel 3.4., 187.
[1364] Vgl. Kapitel 4.2.2., 312f u. 337f.
[1365] ASV/AdNdV, Karton 900a. N° 9602, 30. November 1927 (Registereintrag).

9. 1. 1928	Der Nuntius bittet den Bundeskanzler um Informationen über das Franz-Josef-Land.[1366]
8. 2. 1928	Im Zuge eines diplomatischen Empfanges spricht der Nuntius den Kanzler auf das Gerücht betreffend die Verlegung des Völkerbundsitzes von Genf nach Wien an. Sibilia hatte den Eindruck, dass der Kanzler trotz des Wissens um die damit einhergehende wirtschaftliche und politische Bedeutung einen Wechsel als schädlich für die öffentliche Moral ansehe („*danno della pubblica moralità*“).[1367]
18. 4. 1928	Seipel stellt (von sich aus) für den Heiligen Stuhl den Kontakt zu Alfred Zimmermann her. Der ehemalige Völkerbundkommissar wurde zum Präsidenten „*eines Britisch-mexikanischen Schiedsgerichtes in Sachen von Entschädigungen im Zusammenhang mit den mexikanischen Revolutionen*“ bestellt. Der Bundeskanzler erkannte, dass sich dieser Kontakt für die Mexiko-Politik des Heiligen Stuhls als nützlich erweisen könnte und bietet sich als Vermittler an.[1368]
31. 1. 1929	Der päpstliche Gesandte ersucht den Bundeskanzler, sich diplomatisch für die Freilassung von in Sowjetrussland gefangen genommenen Ordensschwestern stark zu machen. Seipel gibt diesem Unternehmen allerdings nur wenige Chancen auf Erfolg.[1369]
4. 4. 1929	Der Nuntius informiert seine Vorgesetzten, dass die Demission Seipels der Auftakt für ein ‘energischeres Vorgehen‘ gegen die Sozialdemokraten sein würde.[1370]
6. 5. 1929	Seipel erklärt dem Nuntius in einem privaten Schreiben die Gründe seines Rücktritts.[1371]
4./14. 6. 1929	Im Auftrag der Kurie untersucht der Priester und vatikanische Diplomat Luigi Faidutti die religiösen Verhältnisse Wiens. Zu diesem Zweck holt er die Meinung hochrangiger kirchlicher und staatlicher Vertreter ein, darunter auch Altkanzler Ignaz Seipel.[1372]
20. 9. 1929	Der Nuntius berichtet, dass Seipel bei Bundeskanzler Ernst Streeruwitz die Idee einer Verfassungsreform lanciert habe. Mit dieser Verfassungsänderung könnte man den Sozialdemokraten auf legale Weise „*il primo colpo mortale*” (den ersten tödlichen Schlag) verpassen.[1373]

[1366] ASV/AdNdV, Karton 900b. N° 9709, 30. Jänner 1928 (Registereintrag).
[1367] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 854, fol. 230. N° 313/9789, Nuntiaturbericht, 8. Februar 1928, Entwurf.
[1368] Vgl. Kapitel 4.3.2., 334f.
[1369] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 870, fol. 284. N° 372/1065731, Nuntiaturbericht, 31. Jänner 1929, Entwurf.
[1370] Vgl. Kapitel 3.6., 212.
[1371] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 900c. N° 10891, 6. Mai. 1929 (Registereintrag). Die Existenz dieses Schreibens scheint nur in Registratur der Nuntiatur auf!
[1372] Vgl. Kapitel 3.5., 201f; 3.6., 215f.
[1373] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 853 P.O., Fasz. 23, fol. 70. N° 407/ 11235, Nuntiaturbericht, 20 September 1929.

6. 11. 1929	Ignaz Seipel erwirkt über den Wiener Nuntius ein Dementi des *Osservatore Romano*, wonach er – wie von Guido Miglioli medial behauptet wurde – infolge der blutigen Ausschreitungen vom 15. Juli 1927 auf Geheiß des Heiligen Stuhls zurücktreten habe müssen.[1374]
22. 4. 1930	Der Altkanzler stellt beim Nuntius das Ansuchen, anlässlich einer Vortragsreise nach Rom vom Papst in Privataudienz empfangen zu werden, um persönlich den Apostolischen Segen zu empfangen („*di ricevere personalmente una particolare Benedizione del Nostro Santo Padre*").[1375] Dem Gesuch wird stattgegeben.[1376] Krankheitsbedingt musste Seipel die Romreise aber kurzfristig absagen.
20. 11. 1930	Bei einem Treffen zeigt Seipel dem Nuntius an, dass er die Zeit für den Abschluss eines Konkordates als günstig ansehe. („*prevedo che giunge l'opportunità di celbrare un concordato con la Santa Sede, se Sua Santità si degnerà accedervi*").[1377]
20. 11. 1930	Der Heilige Stuhl zeigt sich irritiert über ein Zeitungsinterview Seipels, worin er erklärte, dass viele junge Katholiken bei den letzten Reichstagswahlen für Hitler gestimmt hätten. Umgehend bietet der Politiker eine öffentliche Richtigstellung an und beteuert, niemals positiv zum Nationalsozialismus Stellung genommen zu haben.[1378]
29. 8. 1931	Seipel teilt dem Nuntius mit, von mehreren Mandataren als Bundespräsidentschaftskandidat vorgeschlagen worden zu sein und erbittet dafür die Dispens des Apostolischen Stuhls, welche umstandslos gewährt wird.[1379]
29. 8. 1931	Der Priesterpolitiker begutachtet für Enrico Sibilia den Konkordatsentwurf. Seipel hält ihn für „exzellent".[1380]
17. 1. 1932	Seipel interveniert zugunsten der Prinzessin Dagmar Habsburg-Lothringen bei der päpstlichen Vertretung in Wien. Die Prinzessin möchte in einer äußerst wichtigen familiären Angelegenheit beim Belgrader Nuntius vorsprechen. Seipel bittet um Vermittlung.[1381]
2. 7. 1932	Der Nuntius suggeriert dem schwerkranken Seipel, im Falle seiner vollständigen Genesung vom Papst zum Wiener Erzbischof ernannt zu werden. Dazu empfiehlt er dem Altkanzler eine Wallfahrt nach Lourdes.[1382]

[1374] Vgl. Kapitel 4.3.1., 324.
[1375] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 849, fol. 587. N° 458/11855, Nuntiaturbericht, 22. April 1930.
[1376] Vgl. ebda., fol. 588. Weisung des Staatssekretariats an den Nuntius Enrico Sibilia, 1. Mai 1930.
[1377] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 853 P.O., Fasz. 24, fol. 72. N° 500/12378, Nuntiaturbericht, 20. November 1930.
[1378] Vgl. Kapitel 3.6., 236ff.
[1379] Vgl. Kapitel 3.7., 241f.
[1380] ASV/AdNdV, Karton 853, fol. 149. N° 571/13106, Nuntiaturbericht, 29. August 1931.
[1381] Vgl. ASV/AdNdV, Karton 862, fol. 249. Ignaz Seipel an Nuntius Enrico Sibilia, 17. Jänner 1932.
[1382] Vgl. Kapitel 3.8., 247.

Aus dieser Auflistung wird ersichtlich, dass sich das Verhältnis zwischen Ignaz Seipel und den österreichischen Nuntien (und hier v.a. Enrico Sibilia) nicht durch häufige persönliche Kontakte ausgezeichnet hat. Nur gemessen an der Anzahl der direkten Begegnungen (ausgehend von den Vermerken im Tagebuch) kann von keiner sehr intensiven Beziehung gesprochen werden. Zu einem ähnlichen Schluss muss man kommen, wenn man ausschließlich die Anlassfälle der Kontaktaufnahmen berücksichtigt. Stets boten rein 'dienstliche' Angelegenheiten Anlass für Treffen und Korrespondenzen, wenngleich der Schriftverkehr sehr amikale Züge trug und Seipel dem Nuntius mitunter Persönliches anvertraute. Dieses entspannte Verhältnis senkte die Hemmschwelle für Interventionen auf beiden Seiten.

DAS CHARAKTERBILD SEIPELS IM SPIEGEL VATIKANISCHER QUELLEN

Die Ergebnisse der Untersuchung decken sich großteils mit den bisher bekannten Charakterbeschreibungen Seipels. In der Wahrnehmung von Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani war Ignaz Seipel „*un degno ecclesiastico*"[1383], den er innerhalb der Christlichsozialen Partei zwar als fähigsten Mann erkannte[1384], seiner Wahl zum Bundeskanzler aber aus Angst vor negativen Konsequenzen für die katholische Kirche skeptisch gegenüberstand.[1385] Unter seinem Nachfolger waren diese Bedenken schnell verflogen. Für Nuntius Enrico Sibilia war der Priesterpolitiker „*un vero uomo di Stato*" (ein wahrer Staatsmann) mit „*virtù esimie e le doti straordinarie*" (hervorragenden Tugenden und außergewöhnlichen Begabungen). Wie Richard Schüller bewunderte er den scharfen Verstand des Geistlichen.[1386] Als noch größere Auszeichnung galten ihm aber die priesterlichen Tugenden des Bundeskanzlers. Aufgrund seiner sehr auf Seipel zentrierten Berichterstattung blieben diese auch dem Heiligen Stuhl nicht verborgen. Gegenüber Pastor erklärte der Papst, dass Seipels Priestertum untrennbar mit seinem politischen Wirken verbunden sein würde: „*Weil er ein so guter Priester ist, ist er auch ein so trefflicher Staats-*

[1383] ASV/AdNdV, Karton 860, fol. 90. Instruktionen für den Dienstantritt für Nuntius Enrico Sibilia.
[1384] Vgl. ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14, fol. 12. N° 28, Telegramm: Nuntius Francesco Marchetti-Selvaggiani an Staatssekretär Pietro Kardinal Gasparri, 30. Mai 1922, Abschrift.
[1385] Ebda., fol. 24. N° 3068, Nuntiaturbericht, 24. Oktober 1922.
[1386] Vgl. Nautz, Unterhändler des Vertrauens, 1990, 226; ASV/AdNdV, Karton 857, fol. 371. N° 102/2450, Nuntiaturbericht, 20. Juni 1924.

mann."[1387] Zweifellos trug der Prälat sein Standesethos selbstbewusst zur Schau und definierte sich auch darüber. Zum Selbstverständnis seiner Priestergeneration gehörte es, sich ganz der Sache hinzugeben und die eigene Person völlig zurücktreten zu lassen.[1388] In seinem Einsatz für die Interessen der katholischen Kirche zeichnete er sich durch Rastlosigkeit und eine überdurchschnittlich hohe, bis an die Grenzen der körperlichen Gesundheit reichende Arbeitsleistung aus. Inspiriert von einer erstarkenden katholischen Kirche mit „einem höheren Maß an Einigkeit, neu definierten Ansprüchen und klareren Zielen" trat jene Priestergeneration, der Kaas und Seipel angehörten, mit neuem Selbstvertrauen und Sendungsbewusstsein auf.[1389] Noch bestärkt durch den Wiener Erzbischof, dem Nuntius und die Kurie war Seipel trotz ständiger Selbstzweifel, seiner priesterlichen Berufung nicht gerecht zu werden[1390], davon überzeugt, „dass er ein Werkzeug Gottes war und wenigstens mit Gottes Duldung, wenn nicht gar mit seinem ausdrücklichen Segen agierte."[1391] (siehe: Kandidatur für die Bundespräsidentenwahl)

Die vatikanischen Quellenbefunde zeigen aber auch eine Seite des Priesterpolitikers, die in der bisherigen Literatur wenig bekannt ist. Sein gesamtes Auftreten gegenüber vatikanischen Stellen war gekennzeichnet von einer erstaunlichen Autoritätsbezogenheit, die sich in einer tiefen Ergebenheit vor dem Heiligen Stuhl und dem Streben nach päpstlicher Anerkennung ausdrückte, die ihm die Institutionen und Vertreter der Republik offensichtlich nicht geben konnten. In der Mentalität des noch in der Monarchie sozialisierten Seipels nahmen Institutionen, mit dem Anspruch die göttliche Ordnung zu repräsentieren, einen festen Platz ein. Die alleinige Bestätigung seines Könnens von den eigenen Parteiführern, deren intellektuelle Fähigkeiten er bisweilen für „*jämmerlich*"[1392] hielt, war dieser Denkart folgend nur wenig zufriedenstellend. Mit dem Wegfall der Monarchie blieb als letzte 'wahre' Instanz, der man sich treu ergeben konnte, nur noch der Papst. Diese Orientierung an der 'höchsten Autorität' erlaubte ihm, sich der Bevormundung durch unmittelbare kirchliche Vorgesetzte wie dem Wiener Erzbischof wirksam zu entziehen. Aufgrund seines vorzüglichen diplomatischen Geschicks, das ihm bereits Charles Gulick

[1387] ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5, Fasz. „pol. Berichte 1926". Z. 122 P., Gesandtschaftsbericht, 9. November 1926, Entwurf.
[1388] Vgl. May, Ludwig Kaas, Bd. 1, 199.
[1389] Boyer, Karl Lueger, 2010, 422.
[1390] Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 517-518 u. 548-549. Der eindeutigste Hinweis, dass man von hochkirchlicher Seite daran interessiert war, Seipel so lang als möglich im politischen Amt zu halten, stammt von Seipel selbst. Vgl. Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, 1978, 639.
[1391] Boyer, Karl Lueger, 2010, 424.
[1392] Zit. nach ebda., 421.

bei der Formulierung der Verzichterklärung Kaiser Karls attestiert hatte (ein „typisches Jesuitenstück"), gelang es ihm, auch bei für ihn inopportun erscheinenden Interventionen stets den Eindruck größter Kooperation zu erwecken, wenngleich seine Dienste oft nur auf symbolische Gesten beschränkt blieben. Einen Konflikt der Loyalitäten hat es demnach nicht gegeben. Neben seinem diplomatisch-intellektuellen Geschick lag dies aber vorwiegend daran, dass nach Seipels Verständnis die Umsetzung kirchlicher Interessen nur zum Wohle des Staates sein konnte. Sollten staatliche und kirchliche Interessen aber tatsächlich zuwiderlaufen, endete für ihn die Protektion konfessioneller Anliegen dort, wo sie zum Nachteil des Staates betrieben wurde. Vor eine solche Entscheidung wurde der Priesterpolitiker aber niemals gestellt. Die Quellenlage erlaubt folglich, in Ignaz Seipel einen höchst eigenständigen Politiker zu sehen, der aus tiefsten religiösen Überzeugungen agierte und nicht auf Zurufe Roms angewiesen war. Schon gar nicht benötigte er theologische Ratschläge oder Lektionen in Staatstheorie. Ausgestattet mit politischem Geschick und diplomatischer Raffinesse gelang ihm zur großen Zufriedenheit der vatikanischen Führungsriege der Spagat, sowohl die Staatsgeschäfte im Auge zu behalten als auch den konfessionellen Anforderungen gerecht zu werden. Für die österreichische Geschichte erwies sich diese Fähigkeit ebenso fatal wie seine Überzeugung, die 'Häresie Sozialismus' aus dem politischen Leben ausschalten zu müssen. In seinem Kampf gegen den Sozialismus ging Seipel sogar soweit, notfalls auch mit den Nationalsozialisten politisch zusammenarbeiten zu wollen. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus führte letztlich zur einzigen nachweisbaren Irritation zwischen dem österreichischen Priesterpolitiker und dem Heiligen Stuhl.

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

Ungedruckte Quellen:

- **Archivum Secretum Vaticanum (ASV)**
  - Archivio della Nunziatura di Vienna (AdNdV):

    ASV/AdNdV, Karton 842
    ASV/AdNdV, Karton 843
    ASV/AdNdV, Karton 844
    ASV/AdNdV, Karton 845
    ASV/AdNdV, Karton 847
    ASV/AdNdV, Karton 849
    ASV/AdNdV, Karton 850
    ASV/AdNdV, Karton 853
    ASV/AdNdV, Karton 854
    ASV/AdNdV, Karton 855
    ASV/AdNdV, Karton 857
    ASV/AdNdV, Karton 859
    ASV/AdNdV, Karton 860
    ASV/AdNdV, Karton 861
    ASV/AdNdV, Karton 862
    ASV/AdNdV, Karton 870
    ASV/AdNdV, Karton 871
    ASV/AdNdV, Karton 874
    ASV/AdNdV, Karton 876
    ASV/AdNdV, Karton 878
    ASV/AdNdV, Karton 883
    ASV/AdNdV, Karton 884
    ASV/AdNdV, Karton 900a
    ASV/AdNdV, Karton 900b

  - Archivio della Sacra Congregazione degli Affari Ecclesiastici Straordinari (AES):

    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1393-1396, Fasz. 554
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1399-1404, Fasz. 558
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 1488, Fasz. 615
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 810, 818, 822 P.O., Fasz. 14
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 848 P.O., Fasz. 20
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 848-849 P.O., Fasz. 21
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850 P.O., Fasz. 22
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 850-851 P.O., Fasz. 22
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 23
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 24
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 852 P.O., Fasz. 25
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 859 P.O., Fasz. 29
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 860-861 P.O., Fasz. 30
    ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 32

ASV/AES, Austria-Ungheria, Pos. 869 P.O., Fasz. 33
ASV/AES, Germania, Pos. 530 P.O., Fasz.57

- Segreteria di Stato:
  ASV/Segreteria di Stato, Jahr 1923, Rubrik 156, Fasz. 1
  ASV/Segreteria di Stato, Jahr 1924, Rubrik 78, Fasz. 1
  ASV/Segreteria di Stato, Jahr 1924, Rubrik 156, Fasz. 1
  ASV/Segreteria di Stato, Jahr 1924, Rubrik 311, Fasz. 3
  ASV/Segreteria di Stato, Jahr 1927, Rubrik 15, Fasz. 1
  ASV/Segreteria di Stato, Jahr 1928, Rubrik 156, Fasz. 1
  ASV/Segreteria di Stato, Jahr 1929, Rubrik 156, Fasz. 1

- **Archiv der Diözese Gurk (ADG)**

  Bischofsakten Hefter:
  ADG, Bischofsakten Hefter, Karton 20, Fasz. „Resignation“

- **Archiv der Diözese Feldkirch (ADF)**

  Bischofsakten Waitz (GE):
  ADF, GE 9/2, IX.7.1.3.

  Apostolische Administratur Innsbruck-Feldkirch 1918-1938 (GC):
  ADF, GC IV, 1.1.1.

- **Archiv der Erzdiözese Salzburg (AES)**

  Bischofsakten Rieder (Altbestand 1/17):
  AES, Altbestände 1/17, Fasz. 6

  Ordinariatsakten:
  AES, Altbestände 12/6, RM 4 „Korrespondenz mit kirchlichen Behörden“

- **Diözesanarchiv Graz-Seckau (DAG),**

  Bischofsakten Leopold Schuster:
  DAG, Nachlass Bischof Leopold Schuster, Bischofskonferenzen 1901-1926

  Ordinariatsakten-Altbestand:
  DAG, Ordinariatsakten-Altbestand, Dechantenkonferenz 1928-1961, Fasz. 1928

- **Diözesanarchiv Linz (DAL),**

  Bischofsakten Johannes M. Gföllner (Bi-A/9):
  DAL, Bi -A/9, Schachtel 2, Fasz. 4a

DAL, BI -A/9, Schachtel 5, Fasz. 10a
DAL, BI-A/9, Schachtel 5, Faszikel 10c/4
DAL, BI -A/9, Schachtel 5, Fasz. 10 c/5

- **Diözesanarchiv St. Pölten (DASP)**

Bischofsakten Johannes B. Rössler:
DASP, Bischofsakten Rössler, Karton 5

- **Diözesanarchiv Wien (DAW),**

Bischofsakten Piffl:
DAW, Bischofsakten Piffl, Karton „1921-1924"
DAW, Bischofsakten Piffl, Karton „1925-1929"
DAW, Bischofsakten Piffl, Karton „1930-1932"

Bischofsakten Innitzer:
DAW, Bischofsakten Innitzer, Kass. 15, Fasz. 8.
DAW, Bischofsakten Innitzer, Kass. 13, Fasz. 1.

Bischofskonferenz:
DAW, BiKo, Karton 12, Fasz. 1.

Nachlass Seipel:
DAW, Nachlass Seipel, Karton 1
DAW, Nachlass Seipel, Karton 2

Seipelforschung Rennhofer:
DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 2, Fasz. 2.
DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 3, Fasz. 4.
DAW, Seipelforschung Rennhofer, Karton 4, Fasz. 3.

- **Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA):**

  - Archiv der Republik (AdR),
    Österreichische Vertretungsbehörden im Ausland 1. Republik (1893-1945), Rom-Vatikan Gesandtschaft, 1912-1938:
    ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 1
    ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 2
    ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 4
    ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 5
    ÖSTA/AdR, AAng ÖVB 1Rep, Gesandtschaft Rom-Vatikan 1912-1938, Karton 6

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (1918-1938),
Neues Politisches Archiv:

ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA (Karton) 68
ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA (Karton) 69
ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA (Karton) 70
ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA (Karton) 412
ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA (Karton) 563
ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA (Karton) 635

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (1918-1938),
Neues Politisches Archiv, Präsidium:

ÖSTA/AdR, AAng BKA-AA, NPA-Präs (Karton) 46

- Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA)

Nachlass Friedrich Funder (E 1781):

ÖSTA/AVA, E/1781 (Nachlass Friedrich Funder), Karton 152
ÖSTA/AVA, E/1781 (Nachlass Friedrich Funder), Karton 153
ÖSTA/AVA, E/1781 (Nachlass Friedrich Funder), Karton 154
ÖSTA/AVA, E/1781 (Nachlass Friedrich Funder), Karton 155

Nachlass Richard Schmitz (E 1786):

ÖSTA/AVA, E/1786 (Nachlass Richard Schmitz), Karton 31
ÖSTA/AVA, E/1786 (Nachlass Richard Schmitz), Karton 32
ÖSTA/AVA, E/1786 (Nachlass Richard Schmitz), Karton 33
ÖSTA/AVA, E/1786 (Nachlass Richard Schmitz), Karton 34
ÖSTA/AVA, E/1786 (Nachlass Richard Schmitz), Karton 35

Nachlass Ignaz Seipel (E 1721)

ÖSTA/AVA, E/1721 (Nachlass Ignaz Seipel), Karton 1
ÖSTA/AVA, E/1721 (Nachlass Ignaz Seipel), Karton 2
ÖSTA/AVA, E/1721 (Nachlass Ignaz Seipel), Karton 3
ÖSTA/AVA, E/1721 (Nachlass Ignaz Seipel), Karton 4
ÖSTA/AVA, E/1721 (Nachlass Ignaz Seipel), Karton 5
ÖSTA/AVA, E/1721 (Nachlass Ignaz Seipel), Karton 6

Gedruckte Quellen:

- Benedictus/Papa XV., Hg., Codex iuris canonici. Romae 1917.
- Bernhard Birk, Dr. Ignaz Seipel. Ein österreichisches und europäisches Schicksal, Regensburg 1932.
- Rudolf Blüml, Ignaz Seipel. Mensch, Christ, Priester in seinem Tagebuch, Wien 1933.
- Rudolf Blüml, Prälat Dr. Ignaz Seipel. Ein großes Leben in kleinen Bildern, Klagenfurt u. Rosenheim 1933.
- Ecclesia Catholica, Hg., Annuario pontificio per l'anno 1932. Città del Vaticano 1932.
- Erzdiözese Wien, Hg., Personalstand der Säkular- u. Regular-Geistlichkeit der Erzdiözese Wien nach dem Stande vom 1. April 1924, Wien 1924.
- Erzdiözese Wien, Hg., Personalstand der Säkular- u. Regular-Geistlichkeit der Erzdiözese Wien nach dem Stande vom 15. März 1925, Wien 1925.
- Deutsche Bischöfe, Hg., Katholischer Katechismus für den Religionsunterricht an den Volksschulen, Regensburg 1924.
- Jakob Fried, Wiener Seelsorgenot. Anregungen zur Wiedergewinnung der religionslosen Massen, Wien 1929.
- Alois Hudal, Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs, Graz u. Stuttgart 1976.
- Max Hussarek, Die kirchenpolitische Gesetzgebung der Republik Österreich, in: Alois Hudal, Hg., Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen, Wien u.a. 1931, 27-40.
- Karl Leuthner, Religion und Sozialdemokratie. Wien 1923.
- Raimund Poukar, Dr. Ignaz Seipel. 2. Aufl., Wien 1935.
- Eli Rubin, Ignaz Seipel, der Herr über den Vulkan. Wien 1929.
- Ignaz Seipel, Nation und Staat, Wien 1916.
- Ernst R. Starhemberg, Memoiren. München u. Wien 1971.
- Heinrich Swoboda, Großstadtseelsorge. Eine pastoraltheologische Studie, 2. Aufl., Regensburg u.a. 1911.
- Werner Thormann, Ignaz Seipel, der europäische Staatsmann. Frankfurt a.M. 1932.

Zeitungen:

- *Arbeiterzeitung*
  Ausgabe: 13. Mai 1927.
  Ausgabe: 7. Oktober 1931.

- *Die Neue Zeitung*
  Ausgabe: 4. Juni 1930.

- *Linzer Diözesanblatt*
  Ausgabe: 1923 (Nr. 4), 42.
  Ausgabe: 1924 (Nr. 8), 97.

- *L'Osservatore Romano*
  Ausgabe: 15. November 1929.
  Ausgabe: 18. Juni 1930.
  Ausgabe: 4. August 1932.

- *Neue Freie Presse*
  Ausgabe: Abendblatt, 19. August 1922.
  Ausgabe: Morgenblatt, 20. März 1923.
  Ausgabe: Morgenblatt, 26. März 1923.
  Ausgabe: Abendblatt, 27. März 1923.
  Ausgabe: Abendblatt, 28. März 1923.
  Ausgabe: Morgenblatt, 30. März 1923.
  Ausgabe: Morgenblatt, 17. Februar 1924.
  Ausgabe: Abendblatt, 2. Juni 1924.
  Ausgabe: Morgenblatt, 8. November 1924.
  Ausgabe: Morgenblatt, 19. Juli 1927.
  Ausgabe: Morgenblatt, 18. Oktober 1927.
  Ausgabe: Abendblatt, 5. Oktober 1928.
  Ausgabe: Morgenblatt, 7. Oktober 1928.
  Ausgabe: Abendblatt, 8. Oktober 1928.
  Ausgabe: Abendblatt, 4. Jänner 1929.
  Ausgabe: Abendblatt, 28. August 1931.

- *Reichspost*:
  Ausgabe: 28. März 1923.
  Ausgabe: 29. März 1923.
  Ausgabe: 31. März 1923.
  Ausgabe: 1. April 1923.
  Ausgabe: 28. April 1924.
  Ausgabe: 2. Juni 1924 bis 26. Juni 1924.
  Ausgaben: 8. November 1924 bis 21. November 1924.
  Ausgabe: 9. September 1926.
  Ausgabe: 2. Dezember 1926.
  Ausgabe: 25. April 1927.
  Ausgabe: 18. Juli 1927.
  Ausgabe: 19. Juli 1927.
  Ausgabe: 1. Oktober 1927.

Ausgabe: 1. November 1927.
Ausgabe: 5. November 1927.
Ausgaben: 6. Oktober 1928 bis 9. Oktober 1928.
Ausgabe: 4. Jänner 1929.
Ausgabe: 13. Februar 1929.
Ausgabe: 16. Juni 1929.
Ausgabe: 21. August 1929.
Ausgabe: 19. August 1929.
Ausgabe: 22. September 1929.
Ausgabe: 6. November 1929.
Ausgabe: 10. April 1930.
Ausgabe: 29. August 1931.
Ausgabe: 10. September 1931.
Ausgabe: 9. Oktober 1931.

- *Salzburger Wacht*
  Ausgabe: 28. Mai 1927.

- *Vorarlberger Tagblatt*
  Ausgabe: 4. September 1922.

- *Wiener Diözesanblatt*
  Ausgabe: 18. November 1918 (Nr. 21/22).

- *Die Presse*
  Ausgabe: 12. März 2008.

Internet:

- Kurt Bauer, „Austrofaschismus“, nein danke, in: *Der Standard*, 30. September 2011, (29.09.2011) http://derstandard.at/1317018853516/Dollfuss-Debatte-Austrofaschismus-nein-danke (31.12. 2011).

- Georg C. Berger-Waldenegg, Das große Tabu! Historiker-Kontroversen in Österreich nach 1945 über die nationale Vergangenheit, http://www.eforum-zeitgeschichte.at/1_2002a2.html (28.06.2010).

- WWW Homepage Bundesarchiv, Online Version der Edition „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik”, http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0021/adr/adrsz/kap1_7/para2_31.html (31.12.2011).

- WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl, Historischer Rückblick, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx (28.12.2010).

- WWW Homepage des Bundesministeriums für Inneres, Wahlen, Nationalratswahl vom 24. April 1927, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf (28.12.2010).

- WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Die Römische Kurie, Staatssekretariat, http://www.vatican.va/roman_curia/secretariat_state/documents/rc_seg-st_12101998_profile_ge.html (09.10.2011).

- WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Acta Apostolicae Sedis, Bd. 16, Roma 1924, 358, http://www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS%2016%20%5B1924%5D%20-%20ocr.pdf (27.10.2011).

- WWW Homepage des Heiligen Stuhls, Ezechiele Moreno y Diaz (1848-1906), http://www.vatican.va/news_services/liturgy/saints/ns_lit_doc_19921011_moreno-y-diaz_it.html (17.04.2012).

- WWW Homepage „H-Soz-u-Kult",Tagungsbericht: Pius XI. und Österreich. 30.01.2009, Wien, (20.02.2009) http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2531> (15.09.2001).

- WWW Homepage des Instituts für Kirchengeschichte der Universität Graz, Wissensbilanz der Akademischen Einheit, https://online.uni-graz.at/kfu_online/wbldb.displayOrgLeisttypListe?pMode=O&pOrgNr=14047&pLstTypNr=32&pJahr= (31.12.2011).

- WWW Homepage „Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte 1917-1929", Katholisch-Theologische Fakultät, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, http://www.pacelli-edition.de/index_pacelli.html (08.11.2011).

- WWW Homepage des Landesarchives Oberösterreich, Laufende Projekte, Forschungsprojekt „Erste Republik http://www.landesarchiv-ooe.at/xchg/SID-FFCEF468-6A8C5DAA/hs.xsl/2330_DEU_HTML.htm (15.09.2011).

- WWW Homepage des Parlaments, Republik Österreich, Parlamentsdirektion, Die ParlamentariarInnen seit 1918, http://www.parlament.gv.at/WWER/PARL/ (28.12.2010)

- WWW Homepage „Pius XI. und Österreich", Institut für Kirchengeschichte, Universität Wien, http://www.piusxi.univie.ac.at (15.09.2011).

- WWW Homepage „Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie", Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien, http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=12239 (21.10.2011).

- Friedrich Weissensteiner, Bundeskanzler Seipels Graue Eminenz, http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/57-60/59-Weissensteiner.htm (28.06.2010).

Literatur:

- Alfred Ableitinger, Das konservative und christdemokratische Lager. Christlichsoziale und Österreichische Volkspartei, in: Erich Zöllner, Hg., Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer Strukturen und Probleme, Wien 1985, 57-80.

- Isabella Ackerl, Das Ende der christlichsozial-großdeutschen Regierungskoalition, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 82-94.

- Isabella Ackerl, Der 15. Juli 1927 und die „nationalen" Mehrheitsparteien, in: Rudolf Neck u. Adam Wandruszka, Hg., Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Protokoll des Symposiums in Wien am 15. Juni 1977, Wien 1979, 169-177.

- Alois Adler, Seipels Weg zum Staatsmann. Anmerkungen zur politischen Karriere Ignaz Seipels, in: Geschichte und Gegenwart 1 (1982), 221-229.

- Helmut Alexander, Hg., Sigismund Waitz. Seelsorger, Theologe und Kirchenfürst, Innsbruck 2010.

- Johann Auer, Seipels Verhältnis zu Demokratie und autoritärer Staatsführung. phil. Diss., Universität Wien 1963.

- Karl Ausch, Genfer Sanierung und der 12. Februar 1934, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 32-35.

- Karl Bachinger u. Peter Berger, Das Sanierungswerk 1922, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 197-274.

- Karl Bachinger, Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit. Der Schilling in der Ersten Republik, in: Karl Bachinger u.a., Hgg, Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte, Graz, Köln u. Wien 2001, 11-134.

- Wolfgang Bandion, Apostolische Nuntiatur in Wien, Wien 2005.

- Richard Barta, Katholikentage, Wege und Irrwege des österreichischen Katholizismus, in: Norbert Leser, Hg., Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, Wien 1984, 357-376.

- Friedrich W. Bautz, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 2, Herzberg 1990.

- Siegfried Beer, Die Außenpolitik, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 223-232.

- Mario Bendiscioli, Die italienischen Katholiken zwischen dem Vatikan und dem Quirinal. Das „Non expedit" zur Zeit Leox XIII., in: Hubert Jedin, Hg., Die Kir-

che in der Gegenwart. Die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand (Handbuch der Kirchengeschichte 6/2), Freiburg i.B. 1985, 86-100.

- Markus Benesch, Die Geschichte der Wiener christlichsozialen Partei zwischen dem Ende der Monarchie und dem Beginn des Ständestaates. phil. Diss., Universität Wien 2010.

- Klaus Berchthold, Verfassungsgeschichte der Republik Österreich. Bd. 1, Wien 1998.

- Gerhard Besier, Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006.

- Gerhard Besier, "Berufständische Ordnung" und autoritäre Diktaturen. Zur politischen Umsetzung einer „klassenfreien" katholischen Gesellschaftsordnung in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Gerhard Besier u. Hermann Lübbe, Hg., Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit, Göttingen 2005, 79-110.

- Gerhard Besier, Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, München 2000.

- Dieter A. Binder, „Der christliche Ständestaat". Österreich 1934 bis 1938, in: Bischöfl. Ordinariat Graz-Seckau, Hg., Thron und Altar. 1000 Jahre Staat und Kirche, Graz 1996, 157-171.

- Dieter A. Binder, Fresko in Schwarz? Das christlichsoziale Lager, in: Helmut Konrad u. Wolfgang Maderthaner, Hg., …der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, 1. Bd., Wien 2008, 241-246.

- Korbinian Birnbacher u. Friedrich Hermann, Die österreichische Benediktinerkongregation vom hl. Joseph 1889-1930, in: Bayerische Benediktinerakademie München, Hg., Germania Benedictina. Die Reformverbände und Kongregationen der Benediktiner im deutschen Sprachraum (bearb. von Ulrich Faust u. Franz Quarthal), Bd. 1., München 1999, 755-796.

- Jutta Bohn, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933). Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, zugl. phil. Diss., Universität Freiburg, Frankfurt a.M. 1992.

- Gerhard Botz, Der „15. Juli 1927", seine Ursachen und Folgen, in: Österreich 1927 bis 1938, Protokoll eines Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972, München u. Wien 1973, 31-42.

- Gerhard Botz, Der „15. Juli 1927": Ablauf, Ursachen und Folgen, in: Norbert Leser u. Paul Sailer-Wlasits, Hg., 1927 – als die Republik brannte. Wien-Klosterneuburg 2001, 33-52.

- Gerhard Botz, Der „Schattendorfer Zusammenstoss“: Territorialkämpfe, Politik und Totschlag im Dorf, in: Norbert Leser u. Paul Sailer-Wlasits, Hg., 1927 – als die Republik brannte. Wien-Klosterneuburg 2001, 11-31.

- Gerhard Botz, Die Regierungszeit Seipels aus sozialdemokratischer Sicht, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 241-249.

- Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, 2. Aufl., München 1983.

- Gerhard Botz, Faschismus und „Ständestaat“ vor und nach dem „12. Februar 1934“, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 311-332.

- John W. Boyer, Catholics, Christians and the Challanges of Democracy. The Heritage of the Nineteenth Century, in: Michael Gehler u. Wolfram Kaiser, Hg., Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien u.a. 2001, 23-59.

- John W. Boyer, Political Catholicism in Austria, 1880-1960, in: Günter Bischof, Anton Pelinka u. Hermann Denz, Hg., Religion in Austria. Contemporary Austrian Studies 13, Innsbruck 2005, 6-36.

- John W. Boyer, Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf, Wien u.a. 2010.

- John W. Boyer, Wiener Konservativismus vom Reich zur Republik. Ignaz Seipel und die österreichische Politik, in: Ulrich E. Zellenberg, Hg., Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz u. Stuttgart 2003, 341-361.

- Wilhelm Brauneder, Die Verfassungssituation 1918: ein Staat entsteht, ein Staat geht unter, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 15-23.

- Thomas Brechenmacher, Der Vatikan und die Juden. Geschichte einer unheiligen Beziehung, München 2005.

- Ernst Bruckmüller, Die christlichsoziale Partei 1918-1920, in: Niederösterreichisches Institut für Landeskunde, Hg., Niederösterreich 1918 bis 1922. Die Vorträge des 19. Symposions des NÖ-Instituts für Landeskunde, Obersiebenbrunn, 5. bis 8. Juli 1999, Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, St. Pölten 2007, 71-90.

- Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei bis zum Ersten Weltkrieg, in: Christliche Demokratie 9/4 (1991/92), 343-368.

- Ernst Bruckmüller, Sozialstruktur und Sozialpolitik. Österreich 1918-1938, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz, Köln u. Wien 1983, 381-436.

- Anton Burghardt, Kirche und Arbeiterschaft, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 265-276.

- Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977.

- Francis L. Carsten, Zwei oder drei faschistische Bewegungen in Österreich? in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 181-192.

- Felix Czeike, Hg., Historisches Lexikon Wien, Bd. 2, Wien 1993.

- Felix Czeike, Hg., Historisches Lexikon Wien, Bd. 4, Wien 1995.

- Felix Czeike, Hg., Historisches Lexikon Wien, Bd. 5, Wien 1997.

- Werner Dallamaßl, Seipels Rücktritt und die Regierung Streeruwitz. phil. Diss., Universität Wien 1964.

- Ursula Daniel, Ignaz Seipel im Spiegel der österreichischen Presse, phil. Diss., Universität Graz 1980.

- Heinrich Denzinger u. Adolf Schönmetzer, Enchiridion Symbolorum definitionum et Declarationum de rebus fidei et morum, Freiburg i.B. 1967.

- Alfred Diamant, Die österreichischen Katholiken und die 1. Republik, Wien 1960.

- Heinz Dopsch, Der Primas in Purpur: Legatenwürde, Primat und Eigenbistümer der Erzbischöfe von Salzburg, in: Heinz Dopsch, Peter F. Kramml u. Alfred S. Weiß, Hg., 1200 Jahre Erzbistum Salzburg. Die älteste Metropole im deutschen Sprachraum, Beiträge des Internationalen Kongresses in Salzburg vom 11. bis 13. Juni 1998, Salzburg 1999, 97-110.

- Alexander Dordett, Kirche zwischen Hierarchie und Demokratie, Wien 1974.

- Franz Dür, Dr. Ignaz Seipel, der Bundeskanzler und Priester. Nach seinem Tagebuch, in: Zeitschrift für christliche Spiritualität (=Zeitschrift für Aszese und Mystik) 9/1 (1934), 19-36.

- Johannes Ebner, Bischofskonferenz beschließt Rückzug des Klerus aus der Politik (30.11.1933). Eine kleine Dokumentation, in: Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz 2/1 (1982/83), 69-77.

- Ecclesia Catholica, Katechismus der Katholischen Kirche, München 1993.

- Gertrude Enderle-Burcel, Hg., Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. 1918 – 1938. Kabinett Dr. Ignaz Seipel: 20. Okt. 1926 bis 4. Mai 1929, Veröff. der Österreichischen Gesellschaft für Historische Quellenstudien, Bd. 1/2, Wien 1986.

- Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 5, Wien 1988.

- Friedrich Engel-Janosi, Die diplomatische Mission Ludwig von Pastors beim heiligen Stuhle1920-1928. Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien u.a. 1968.

- Friedrich Engel-Janosi, Österreich und der Vatikan 1846-1918, Bd. 2, Wien u.a. 1960.

- Friedrich Engel-Janosi, Vom Chaos zur Katastrophe. Vatikanische Gespräche 1918 bis 1938, Wien 1971.

- Michael Feldkamp, Geheim und effektiv. Über 1000 Jahre Diplomatie der Päpste, Augsburg 2010.

- Fritz Fellner, Johannes Schober und Josef Redlich. Aus den Tagebüchern und Korrespondenzen I, in: Zeitgeschichte 4 (1977), 9/19, 305-317.

- Annemarie Fenzl, Ignaz Seipel. Priester und Politiker, Gedanken und Reflexionen aus seinen Tagebüchern, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte (=Beilage zum Wiener Diözesanblatt) 33 (1992), 17-20.

- Thomas Figl, Die Enzyklika Quadragesimo anno und ihr Einfluß auf die österreichische Verfassung vom 1. Mai 1934. Schriftenreihe des Instituts für Ethik und Sozialwissenschaften, Institut für Ethik und Sozialwissenschaften der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien, Wien 1994.

- Manfred Fink, Hg., Das Archiv der Republik und seine Bestände. Das Archivgut der 1. Republik und aus der Zeit von 1938 bis 1945, Teil 1, (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Inventare 2) Horn u. Wien 1996.

- Heinz Frankl u. Peter G. Tropper, Hg., Das „Frintaneum“ in Wien und seine Mitglieder aus den Kirchenprovinzen Wien, Salzburg und Görz (1816-1918). Ein biographisches Lexikon, Klagenfurt, Laibach u. Wien 2006.

- Georg Franz-Willing, Die bayerische Vatikangesandtschaft 1803-1934. München 1965.

- Josef Gelmi, Kirchengeschichte Tirols. Innsbruck u. Wien 1986.

- Walter Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, Wien 1962.

- Walter Goldinger, Wilhelm Miklas, in: Friedrich Weissensteiner, Hg., Die österreichischen Bundespräsidenten. Leben und Werk, Wien 1982, 82-120.

- Walter Goldinger u. Stefan Verosta, Lammasch Heinrich, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950, Bd. 4, Graz u. Wien 1969, 415f.

- Walter Goldinger u. Dieter Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.

- Andreas Gottsmann, Archivbericht: „Finis Austriae" im Archiv der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten (Affari Ecclesiastici Straordinarii), in: Römische Historische Mitteilungen 50 (2008), 545-556.

- Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler. Bd. 3, Wien 1948.

- Ernst Hanisch, Anmerkungen zu Klemens von Klemperers Seipel-Biographie, in: Zeitgeschichte 4 (1977), 9/10, 359-362.

- Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), Wien, Köln u. Weimar 2011.

- Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte hrsg. von Herwig Wolfram), Wien 2005.

- Ernst Hanisch, Der österreichische Katholizismus zwischen Anpassung und Widerstand (1938-1945), in: Zeitgeschichte 15/5 (1988), 171-179.

- Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus", in: Tálos Emmerich u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 – 1938, 4. Aufl. Wien 1988, 53-73.

- Ernst Hanisch, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus", in: Emmerich Tálos u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Austrofaschismus. Politik Ökonomie Kultur, 1933-1938, 5. Aufl., Wien 2005, 68-87.

- Ernst Hanisch, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938. Veröffentlichungen des Instituts für Kirchliche Zeitgeschichte am Internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg, Salzburg u. Wien 1977.

- Ernst Hanisch, Zeitgeschichte als politischer Auftrag, in: Zeitgeschichte 13/3 (1985), 81- 91.

- Anneliese Harasek, Bundespräsident Wilhelm Miklas. phil. Diss., Universität Wien 1967.

- Ulrike Harmat, Ehe auf Widerruf? Der Konflikt um das Eherecht in Österreich 1918-1938, Wien 1999.

- Gerhard Hartmann, Der CV in Österreich. Seine Entstehung, seine Geschichte, seine Bedeutung, 4. Aufl., Kevelaer 2011.

- Gerhard Hartmann, Priester als Politiker in Österreich, in: Historicum. Zeitschrift für Geschichte (1995/96), 32-36.

- Romuald R. Haule, Der Heilige Stuhl. Vatikanstaat im Völkerrecht, Lohmar u.a. 2006.

- Friedrich-Wilhelm Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3/1, Paderborn u.a. 2003.

- Lothar Höbelt, Konservative und Christlichsoziale. Phasen des Übergangs – und seine Folgen, in: Ulfried Burz, Hg., Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumpler zum 65. Geburtstag, Klagenfurt 2000, 345-352.

- Lothar Höbelt, Vom ersten zum dritten Lager. Großdeutsche und Landbund in der Ersten Republik, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck, Wien u. Bozen 2008, 81-90.

- Everhard Holtmann, Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 113-120.

- Josef Honeder, Johann Nepomuk Hauser. Landeshauptmann von Oberösterreich (1866-1927), in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Bd. 7, Wien 2003, 75-100.

- Rainer Hubert, Johannes Schober. Eine Figur des Übergangs, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 227-233.

- Heinz Hürten, Politischer Katholizismus, in: Walter Kasper u.a., Hgg., Lexikon für Theologie und Kirche. Bd. 8, Freiburg u.a. 1999, 394f.

- Walter M. Iber, Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus der Christlichsozialen Partei 1918-1934, in: Römische Historische Mitteilungen 49 (2007), 511-540.

- Walter M. Iber, Im Bann des Priesterpolitikers. Die Christlichsoziale Partei in der Ersten Republik Österreich, in: Hubert Wolf, Hg., Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 121), Paderborn u.a. 2012, 257-274.

- Hubert Jedin, Die Päpste Benedikt XV., Pius XI. und Pius XII. Biographie und innerkirchliches Wirken, in: Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Hg., Die Weltkirche

im 20. Jahrhundert. (Handbuch der Kirchengeschichte 7), Freiburg i.B. 1985, 22-36.

- Ludwig Jedlicka, Die Außenpolitik der Ersten Republik, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975, 103-113.

- Ludwig Jedlicka, Die Außenpolitik der Ersten Republik. Diplomatie und Außenpolitik Österreichs, in: Erich Zöllner, Hg., Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. 11 Beiträge zu ihrer Geschichte, Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien 1977, 152-168.

- Herbert Kalb, Kongrua, in: Walter Kasper u.a., Hgg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 6, Freiburg i.B. u.a. 1997, 252f.

- Peter C. Kent, The Pope and the Duce. The International Impact of the Lateran Agreements, London u.a. 1981.

- Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien u.a. 1966.

- Lajos Kerekes, Österreichs internationale Lage und die Ereignisse vom 12. Februar 1934, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 395-406.

- Klemens Klemperer, Ignaz Seipel. Christian Statesman in a Time of Crisis, Princeton 1972.

- Klemens Klemperer, Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, Graz u.a. 1976.

- Rupert Klieber, Bundeskanzler Seipel und die österreichische Diplomatie der Ersten Republik: Im Dienste von Interessen des Heiligen Stuhles in der Sowjetunion? in: Römische Historische Mitteilungen 47 (2005), 477-502.

- Rupert Klieber, Der volkskirchliche Riese und sein Erwachen zum *Movimento Cattolico*. Katholische Kirche und Katholizismus im alten und neuen Österreich bis 1938, in: Werner Drobesch u.a., Hgg., Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938, Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit. Klagenfurt u. Wien 2007, 11-28.

- Rupert Klieber, Die Annullierung der Salzburger Privilegien und die Salzburger Bischofswahl 1934 im Lichte der Vatikanischen Quellenbestände zum Pontifikat Pius XI., in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 151 (2011), 317-361.

- Rupert Klieber, Repräsentanten, Impulsgeber, Störenfriede? Die Nuntien der Ära Papst Pius XI. in Wien, in: Hubert Wolf, Hg., Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Ver-

gleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 121), Paderborn u.a. 2012, 129-144.

- Rupert Klieber, Verhinderte Priestergewerkschaften? Vom Schicksal ‚freier' Standesorganisationen österreichischer Kleriker 1869-1907, in: Bericht über den 23. Österreichischen Historikertag in Salzburg (veranstaltet vom Verband Österreichischer Historiker und Geschichtsvereine in der Zeit vom 24. bis 27. September 2002), Salzburg 2003, 303-309.

- August M. Knoll, Österreichs Anteil am Entstehen der Rerum Novarum und der Quadragesimo Anno. in: Wissenschaft und Weltbild 14 (1961), 81-90.

- August M. Knoll, Von Seipel zu Dollfuß. Eine historisch-soziologische Studie, Mainz u. Wien 1934.

- Reinhold Knoll, Die geistesgeschichtliche Bedeutung des Prälaten Ignaz Seipel, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 259-273.

- Klaus Koch, Walter Rauscher u. Arnold Suppan, Hg., Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938. Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung, Bd. 4, Wien 1998.

- Heribert F. Köck, Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls. Dargestellt an seinen Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen, Berlin 1975.

- Helmut Konrad, Das sozialdemokratische „Lager", in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 63-70.

- Alfred Kostelecky, Kirche und Staat, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 201-217.

- Ludwig Kösters, Kirche, in: Michael Buchberger, Hg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 5, Freiburg 1933, 972-975.

- Ludwig Kösters, Papst, in: Michael Buchberger, Hg., Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 7, Freiburg 1935, 924-933.

- Josef Kremsmair, Der Weg zum österreichischen Konkordat von 1933/34. zugl. phil. Diss., Universität Salzburg, Wien 1980.

- Martin Krexner, Hirte an der Zeitenwende. Kardinal Friedrich Gustav Piffl und seine Zeit, Wien 1988.

- Martin Krexner, Kardinal Friedrich Gustav Piffl. Biographie eines Volksbischofs und seiner Zeit, phil. Diss., Universität Wien 1987.

- Robert Kriechbaumer, Paralyse, Neuorientierung, Staatspartei: die Christlichsoziale Partei 1918-1922, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich.

90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 71-80.

- Hans Kriegl, Kirche und Schule, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1. Wien u. München 1966, 302-315.

- Gottlieb Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922, Graz u. Wien 1964.

- Clemens Lashofer, Die österreichische Kongregation von der unbefleckten Empfängnis (1889 bis 1930), in: Bayerische Benediktinerakademie München, Hg., Germania Benedictina. Die Reformverbände und Kongregationen der Benediktiner im deutschen Sprachraum (bearb. von Ulrich Faust u. Franz Quarthal), Bd. 1., München 1999, 731-754.

- Oskar Lehner, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. 3. Aufl., Linz 2002.

- August Leidl, Simon Konrad Landersdorfer (Taufname: Josef) (1880-1971), in: Erwin Gatz, Hg., Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1983, 429-431.

- Norbert Leser, Die politischen Aspekte der Krise der Demokratie und der Sozialdemokratie, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 143-154.

- Norbert Leser, Die Innenpolitik, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 215-222.

- Norbert Leser, Österreichs Demokratie am 19. Juni 1931. Das Koalitionsangebot Ignaz Seipels an Otto Bauer, in: Christliche Demokratie 2/1 (1984/85), 52-62.

- Norbert Leser, Seipels Angebot war ernst gemeint. Österreichs Demokratie am 19. Juni 1931. Das Koalitionsangebot Ignaz Seipels an Otto Bauer, in: Österreichische Monatshefte 40/1 (1984), 14-17.

- Gavin Lewis, Kirche und Partei im Politischen Katholizismus. Klerus und Christlichsoziale in Niederösterreich 1885-1907, Salzburg u. Wien 1977.

- Maximilian Liebmann, Bundeskanzler Seipels Frauenbild, in: Christliche Demokratie 2/1 (1984), 253-261.

- Maximilian Liebmann, Die Entstehung der Österreichischen Bischofskonferenz. Politische, gesellschaftliche, und kulturelle Rahmenbedingungen, in: Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz, Hg., 150 Jahre Österreichische Bischofskonferenz 1849-1999, Wien 1999, 9-32.

- Maximilian Liebmann, Die Rolle Kardinal Piffls in der österreichischen Kirchenpolitik seiner Zeit. phil. Diss., Universität Graz 1960.

- Maximilian Liebmann, Hildegard Burjan und Ignaz Seipel, in: Ingeborg Schödl, Hg., Hoffnung hat einen Namen. Hildegard Burjan und die Caritas Socialis, Innsbruck u. Wien 1995, 106-125.

- Maximilian Liebmann, Kardinal Theodor Innitzer. Von der Politik geprägt und prägend für die Kirche (1875-1955), in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Bd. 6, Wien 2002, 231-246.

- Maximilian Liebmann, Kirche und Politik in der Ersten Republik von 1918 bis 1938, in: Christliche Demokratie 2/1 (1984), 20-41.

- Maximilian Liebmann, Von der Dominanz der katholischen Kirche zu freien Kirchen im freien Staat – vom Wiener Kongreß 1815 bis zur Gegenwart, in: Rudolf Leeb u.a., Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte hrsg. von Herwig Wolfram), Wien 2003.

- Maximilian Liebmann, Vom politischen Katholizismus zum Pastoralkatholizismus, in: Franz Schausberger, Hg., Geschichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag, Wien u.a. 2008, 255-269.

- Roger Liggenstorfer, Netzwerke, Strategien und Risiken von Nuntien – das Beispiel Domenico Passionei, in: Daniel Büchel u. Volker Reinhard, Hg., Die Kreise der Nepoten. Neue Forschungen zu alten und neuen Eliten Roms in der frühen Neuzeit (Freiburger Studien zur Frühen Neuzeit 5), Bern u.a. 2001, 43-60.

- Franz Loidl, Hg., Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz Seipel. Priester und Seelsorger (1876-1932). Bezeugungen von Zeitgenossen (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 24), Wien 1977.

- Franz Loidl, Hg., Prälat Jakob Fried. Erinnerungen aus meinem Leben (1885-1936) (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 30/1), Wien 1977.

- Franz Loidl, Hg., Prälat Jakob Fried. Erinnerungen aus meinem Leben (1885-1936) (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 30/2), Wien 1977.

- Franz Loidl, Hg., Suffragan Gföllner an Metropoliten Piffl (Briefe und Anhang). (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 81), Wien 1979.

- Franz Loidl, Hg., Von den 13 Allgemeinen gesamtösterreichischen Katholikentagen 1877/1974. (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 176), Wien 1983.

- Max Löwenthal, Doppeladler und Hakenkreuz. Erlebnisse eines österreichischen Diplomaten, Innsbruck 1985.

- Robert Lukan, Der Kampf um den Mieterschutz in der Ära Seipel 1922-1929. phil. Diss. Universität Wien 2005.

- Heinrich Lutz, Die Bedeutung der Nuntiaturberichte für die europäische Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung, in: Deutsches Historisches Institut in Rom, Hg., Nuntiaturberichte und Nuntiaturforschung. Kritische Bestandsaufnahme und neue Perspektiven, Sonderausgabe aus Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, Rom 1976, 152-167.

- Joseph Marko, Ernst Karl Winters Kritik an Ignaz Seipel. Ein kritischer Beitrag zum Staats- und Demokratieverständnis der Ersten Republik, in: Geschichte und Gegenwart 2/2 (1983), 128-149.

- Gottfried Maron, Die römisch-katholische Kirche von 1870 bis 1970, Göttingen 1972.

- Georg May, Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Bd. 1 – 3, Amsterdam 1982.

- Jean-Marie Mayeur, Die Kirche und die internationalen Beziehungen, in: Jean-Marie Mayeur u.a., Hgg., Erster und Zweiter Weltkrieg. Demokratien und totalitäre Systeme (1914-1958) (Die Geschichte des Christentums 12), Freiburg i.B. 1992, 374-435.

- Christoph Mentschl u. Karl Vocelka, Schönerer Georg von, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 11, Wien 1999, 66-68.

- Maria Mesner, Frauensache? Zur Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch in Österreich, zugl. phil. Diss., Universität Wien, Wien 1994.

- Johannes Messner, Schindler Franz Martin, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 10, Wien 1994, 150.

- Jean-André Meyer, Lateinamerika, in: Jean-Marie Mayeur u.a., Hgg., Erster und Zweiter Weltkrieg. Demokratien und totalitäre Systeme (1914-1958) (Die Geschichte des Christentums 12), Freiburg i.B. 1992, 1169-1179.

- Tomislav Mrkonjic, Archivio della Nuntiatura apostolica di Vienna. Cancelleria e Segreteria, Città del Vaticano 2008.

- Jürgen Nautz, Hg., Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller, Wien 1990.

- Rudolf Neck, Karl Seitz. Mensch und Politiker, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 204-208.

- Rudolf Neck u. Adam Wandruszka, Hg., Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abt. V (Kabinett Dr. Ignaz Seipel 21. Oktober 1926 bis 29. Juli 1927), Bd. 1, Wien 1983.

- Alexander Novotny, Ignaz Seipel im Spannungsfeld zwischen den Zielen des Anschlusses und der Selbständigkeit Österreichs, in: Österreich in Geschichte und Literatur 7 (1963), 260-266.

- Franz Oellerer, Seipel, der 15. Juli 1927 und die Wiener Presse. phil. Diss. Universität Wien 1953.

- Richard Olechowski, Schulpolitik, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz, Köln u. Wien 1983, 589-607.

- Gustav Otruba, Kienböck, Viktor, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Hg., Neue Deutsche Bibliographie, Bd. 11, Berlin 1977, 583f.

- Bruce F. Pauley, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Gerhard Botz u.a., Hgg., Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Wien 2002, 241-260.

- Anton Pelinka, Verlust des Gleichgewichtes. Zur Politischen Struktur Österreichs vor 1934, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 155-163.

- Hedwig Pfarrhofer, Bemerkungen zu Rennhofers Seipel-Biographie, in: Zeitgeschichte 7/2 (1979), 73-77.

- Hedwig Pfarrhofer, Friedrich Funder. Ein Mann zwischen gestern und morgen, Graz, Köln u. Wien 1978.

- Roman Pfefferle, Schule macht Politik. Schulbücher als Gegenstand politischer Kulturforschung am Beispiel politischer Erziehung im Österreich der Zwischenkriegszeit, phil. Diss., Universität Wien 2009.

- Peter Pfleger, Gab es einen Kulturkampf in Österreich? München 1997.

- Robert Prantner, Katholische Kirche und christliche Parteipolitik in Österreich im Spiegel der katholischen Presse der Erzdiözese Wien unter der Regierung Kardinal Piffls von der Gründung der Republik Österreich bis zum Tode des Kirchenfürsten (1918 – 1932), phil. Diss., Universität Wien 1955.

- Robert Prantner, Kreuz und weiße Nelke. Katholische Kirche und Christlichsoziale Partei im Spiegel der Presse (1918 – 1932), Graz u. Wien 1984.

- Peter Putzer, Die Rechtsstellung der Salzburger Erzbischöfe vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: Heinz Dopsch, Peter F. Kramml u. Alfred S. Weiß,

Hg., 1200 Jahre Erzbistum Salzburg. Die älteste Metropole im deutschen Sprachraum, Beiträge des Internationalen Kongresses in Salzburg vom 11. bis 13. Juni 1998, Salzburg 1999, 295-308.

- Anson Rabinbach, Der Parteitag im Oktober 1933. Die innere Krise der österreichischen Sozialdemokratie und die Ursprünge des Februar 1934, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 341-366.

- Cölestin R. Rapf, Das Schottenstift. Wien u. Hamburg 1974.

- Cölestin R. Rapf u. Heinrich Ferenczy, Wien, Schotten, in: Bayerische Benediktinische Akademie München, Hg., Germania Benedictina. Die benediktinischen Mönchs- und Nonnenklöster in Österreich und Südtirol (bearb. von Ulrich Faust u. Waltraud Krassnig), Bd. 3/3, München 2002. 779–817.

- Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2005, Wien 2005.

- Walter Rauscher, Ignaz Seipel, Edvard Beneš und der Mitteleuropagedanke in den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen 1927-1929, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 43 (1993), 342-365.

- Wilhelm Rees, Staat und Kirche in Österreich und Slowenien. Kirchliche Erwartungen – Entwicklungen – Zukunftsperspektiven, in: Dieter A. Binder, Klaus Lüdicke u. Hans Paarhammer, Hg., Kirche in einer säkularisierten Gesellschaft, Innsbruck u.a. 2006, 121-152.

- Ludwig Reichhold, Die Christlichsoziale Partei unter Seipel, in: Christliche Demokratie 3/3 (1985/86), 251-257.

- Ludwig Reichhold, Ignaz Seipel. Die Bewahrung der österreichischen Identität (Reihe Kurzbiographien, Karl von Vogelsang-Institut), Wien 1988.

- Viktor Reimann, Ignaz Seipel und der politische Katholizismus der Zwischenkriegszeit, in: Norbert Leser, Hg., Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, Wien u. München 1984, 261-273.

- Viktor Reimann, Innitzer. Kardinal zwischen Hitler und Rom, München u. Wien 1967.

- Viktor Reimann, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik, Wien, Frankfurt a.M. u. Zürich 1968.

- Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann; eine biographische Dokumentation. Graz, Köln u. Wien 1978.

- Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel zum Gedenken, in: Österreich in Geschichte und Literatur 10/9 (1966), 469-472.

- Konrad Repgen, Zur vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31/3 (1983), 506-535.

- Konrad Repgen, Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege, in: Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Die Weltkirche im 20. Jahrhundert. (Handbuch der Kirchengeschichte 7), Freiburg i.B. 1985, 36-96.

- Anthony Rhodes, Der Papst und die Diktaturen. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus, Graz 1980.

- Reinhard Richter, Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik. zugl. phil. Diss. Universität Bochum, Münster 2000.

- Hermann Riepl, Scheicher Josef, in: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Hg., Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 10, Wien 1994, 61f.

- Ludwig Ring-Eifel, Weltmacht Vatikan. Päpste machen Politik, München 2004.

- Alfred Rinnthaler, Salzburgs Diözesan- und Metropolitanrechte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Domkapitel zu Salzburg, Hg., 1200 Jahre Erzbistum Salzburg. Dom und Geschichte, Festschrift, Salzburg 1998, 201-223.

- Ralph Rotte, Die Außen- und Friedenspolitik des Heiligen Stuhls. Eine Einführung, Wiesbaden 2007.

- Helmut Rumpler, Kirche und Staat in Österreich im 19. Jahrhundert, in: Werner Drobesch u.a., Hgg., Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848-1938. Einblicke in Religion, Politik, Kultur und Wirtschaft einer Übergangszeit, Klagenfurt u. Wien 2007, 127-139.

- Ekkart Sauser, Francesco Marchetti-Selvaggiani, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 17, Herzberg 2000, 1286f.

- Ekkart Sauser, Enrico Sibilia, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 17, Herzberg 2000, 1292f.

- Ekkart Sauser, Burjan, Hildegard, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 21, Nordhausen 2003, 233f.

- Ekkart Sauser, Pfliegler, Michael, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 21, Nordhausen 2003, 1168f.

- Herbert Schambeck, Kirche, Staat und Demokratie. Ein Grundthema der katholischen Soziallehre, Berlin 1992.

- Karin Schauff, Erinnerung an Ludwig Kaas. Zum 20. Todestag am 25. April 1972, Stuttgart 1972.

- Franz Schausberger, Rudolf Ramek. Notizen zu einer politischen Biographie, in: Reinhard Krammer, Christoph Kühberger u. Franz Schausberger, Hg., Der for-

schende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag, Wien, Köln u. Weimar 2010, 179-227.

- Peter Schmidt, 100 Jahre Forschung zur päpstlichen Politik und Diplomatie (1500-1800), in: Alexander Koller, Hg., Kurie und Politik. Stand und Perspektiven der Nuntiaturberichtsforschung, Rom 1998, 395-412.

- Josef Schoiswohl, Die kirchliche Finanzverwaltung, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 101-107.

- Ingeborg Schödl, Hildegard Burjan, in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs, Bd. 1, Wien 2000, 51-78.

- Ingeborg Schödl, Zwischen Politik und Kirche. Hildegard Burjan, Wien 2000.

- Otto Schulmeister, Kirche, Ideologien und Parteien, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 218-240.

- Gerhard Schultes, Der Episkopat und die katholischen Organisationen in der Ersten Republik. (Wiener Katholische Akademie, Arbeitskreis für kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte 57), Wien 1978.

- Georg Schwaiger, Päpstlicher Primat und Autorität der allgemeinen Konzilien im Spiegel der Geschichte. Paderborn u.a. 1977.

- Georg Schwaiger, Papsttum und Päpste im 20. Jahrhundert. 2. Aufl., München 1999.

- Gerhard Senft, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates, Österreich 1934-1938, (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 15), Wien 2002.

- Salvatore Sibilia, Il Cardinale Enrico Sibilia. Un diplomatico della Santa Sede (1861-1948), Roma 1960.

- Klaus-Jörg Siegfried, Klerikalfaschismus. Zur Entstehung und sozialen Funktion des Dollfußregimes in Österreich, Frankfurt a.M. 1979.

- Kurt Skalnik, Die christlichsoziale Bewegung, in: Josef Zeilinger, Hg., 1469-1969. 500 Jahre Diözese Wien. Offizielle Festschrift, Wien 1969, 51-55.

- Michaela Sohn-Kronthaler, Die Entwicklung der Österreichischen Bischofskonferenz. Von den ersten gesamtbischöflichen Beratungen 1849 bis zum Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils, in: Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz, Hg., 150 Jahre Österreichische Bischofskonferenz 1849-1999, Wien 1999, 33-97.

- Michaela Sohn-Kronthaler, Entwicklungsphasen des politischen Katholizismus in Österreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, In: Historicum. Zeitschrift für Geschichte (1995/96), 29-32.

- Michaela Sohn-Kronthaler, Von der Stütze der Monarchie zur Mitgestalterin des demokratischen Staatswesens. Katholische Kirche und Republik in Österreich (1918-2008), in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck, Wien u. Bozen 2008, 347-358.

- Donato Squicciarini, Die Apostolischen Nuntien in Wien. 2. Aufl., Vatikanstadt 2000.

- Karl R. Stadler, Die SDAP in der ersten Republik, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 165-172.

- Ernst R. Starhemberg, Memoiren. München u. Wien 1971.

- Anton Staudinger, Aspekte christlichsozialer Politik 1917-1920, Wien 1979.

- Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz, Köln u. Wien 1983, 249-276.

- Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates" in Österreich, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 65-81.

- Anton Staudinger, Wolfgang C. Müller u. Barbara Steininger, Die Christlichsoziale Partei. in: Emmerich Tálos u.a., Hg., Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, 160-176.

- Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und Heimwehren bis 1927, in: Ludwig Jedlicka u. Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975, 110-136.

- Anton Staudinger, Die Mitwirkung der christlichsozialen Partei an der Errichtung des autoritären Ständestaates, in: Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien. 23. bis 28. Oktober 1972, Wien 1973, 68-75.
- Anton Staudinger, Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik, in: Gerhard Botz u.a., Hgg., Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Wien 2002, 261-282.

- Anton Staudinger, Konzentrationsregierung, Bürgerblock oder präsidiales Minderheitsregime? Zum angeblichen Koalitionsangebot Ignaz Seipels an die Sozialdemokratie im Juni 1931, in: Zeitgeschichte 12/1 (1984), 1-18.

- Anton Staudinger, Zum Plan einer Konzentrationsregierung im Juni 1931, in: Archiv. Mitteilungsblatt des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung 24/2 (1984), 2-7.

- Anton Staudinger, Zur Entscheidung der christlichsozialen Abgeordneten für die Republik, in: Isabella Ackerl u. Rudolf Neck, Hg., Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik, Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978, Wien 1986, 168-172.

- Rolf Steininger, Deutschland – der große Nachbar, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 513-525.

- Rolf Steininger, Südtirol in der Ersten und Zweiten Republik, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 171-180.

- Robert Stöger, Der christliche Führer und die "wahre Demokratie". Zu den Demokratiekonzeptionen von Ignaz Seipel, in: Archiv. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung 2 (1986), 54-57.

- Arnold Suppan, Österreich und seine Nachbarn 1918-1938, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 499-512.

- Emmerich Tálos, Politische Struktur und politische Entwicklung 1927 bis 1934, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts vom 13. bis 15. Februar 1984, Wien 1984, 65-73.

- Emmerich Tálos u. Walter Manoschek, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, in: Emmerich Tálos u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Austrofaschismus. Politik Ökonomie Kultur 1933-1938, 5. Aufl., Wien 2005, 6-25.

- Hellwig Valentin, Vom Länderpartikularismus zum föderalen Bundesstaat, in: Stefan Karner u. Lorenz Mikoletzky, Hg., Österreich. 90 Jahre Republik, Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Bozen, Innsbruck u. Wien 2008, 35-50.

- Paolo Valvo, La Santa Sede e l'Anschluss (1918-1938). phil. Dipl.-Arbeit, Università cattolica del Sacro Cuore Milano 2007/08.

- Stephan Verosta, Die österreichische Außenpolitik 1918-1938 im europäischen Staatensystem 1914-1955, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz, Köln u. Wien 1983, 107-146.

- Stephan Verosta, Ignaz Seipels Weg von der Monarchie zur Republik (1917-1919), in: Die österreichische Verfassung von 1918 bis 1938. (Protokoll des Symposiums in Wien am 19. Oktober 1977, Veröffentlichungen der Wissenschaftli-

chen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938), Wien 1980, 13-52.

- Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur Gesellschaft Politik, 2. Aufl., München 2002.

- Karl Vocelka, Thron und Altar im alten Österreich, in: Norbert Leser, Hg., Religion und Kultur an Zeitenwenden. Auf Gottes Spuren in Österreich, Wien u. München 1984, 200-211.

- Kora Waibel, Dissertation zur Kündbarkeit des österreichischen Konkordats. Über Möglichkeiten und Folgen einer Abschaffung des Vertrags zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl vom 5. Juni 1933. iur. Diss., Universität Wien 2008.

- Gudula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß. Arbeitermörder oder Heldenkanzler? Wien 2004.

- Elisabeth Walz-Babor, Politik und Weltanschauung im publizistischen Werk von Ignaz Seipel und Otto Bauer. phil. Diss., Universität Wien 1987.

- Adam Wandruszka, Aus Ignaz Seipels letzten Lebensjahren. Unveröffentlichte Briefe aus den Jahren 1931 und 1932, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 9 (1956), 565-569.

- Wilhelm Weber, Statistik: Weltbevölkerungsstatistik, Weltreligionsstatistik, Anteil der Katholiken, in: Hubert Jedin u. Konrad Repgen, Hg., Die Weltkirche im 20. Jahrhundert (Handbuch der Kirchengeschichte 7), Freiburg i.B. 1979, 1-20.

- Erika Weinzierl, Das neue Verhältnis der Kirche zur Politik, in: Josef Zeilinger, Hg., 1469-1969. 500 Jahre Diözese Wien, Offizielle Festschrift, Wien 1969, 73-75.

- Erika Weinzierl, Das Selbstverständnis der päpstlichen Autorität bei Pius XII, in: Erika Weinzierl, Hg., Die päpstliche Autorität im katholischen Selbstverständnis des 19. und 20. Jahrhunderts, München u. Salzburg 1970. 125-139.

- Erika Weinzierl, Der Episkopat, in: Ferdinand Klostermann u.a., Hgg., Kirche in Österreich 1918-1965, Bd. 1, Wien u. München 1966, 21-77.

- Erika Weinzierl, Der österreichische Episkopat 1918-1965, in: Erika Weinzierl, Ecclesia semper reformanda. (Beiträge zur österreichischen Kirchengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert), Salzburg u. Wien 1985, 199-255.

- Erika Weinzierl, Die Haltung der katholischen Kirche Österreichs zu Beginn des Ersten und des Zweiten Weltkrieges, in: Anton Pelinka, Hg., Zwischen Austromarxismus und Katholizismus. Festschrift für Norbert Leser. Wien 1993, 229-244.

- Erika Weinzierl, Kirche und Demokratie in Österreich 1918-1945, in: Ulrich Körtner, Hg., Kirche – Demokratie – Öffentlichkeit. Ort und Auftrag der Kirchen in der demokratischen Gesellschaft, Innsbruck u. Wien 2002, 47-64.

- Erika Weinzierl, Kirche und Politik, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik, Hg., Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz, Köln u. Wien 1983, 437-496.

- Erika Weinzierl, Kirche und Politik in der Ersten Republik, in: Erich Fröschl u. Helge Zoitl , Hg., Februar 1934. Ursachen Fakten Folgen, Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien 1984, 209-219.

- Erika Weinzierl, Seipel und die Konkordatsfrage, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 12 (1959), 437-445.

- Christian Weise, Michel-Joseph Bourguignon d'Herbigny, in: Traugott Bautz, Hg., Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 32, Nordhausen 2011, 667-679.

- Friedrich Weissensteiner, Der ungeliebte Staat. Österreich zwischen 1918 und 1938, Wien 1990.

- Johann Weissensteiner, Prälat Michael Pfliegler. Rufer über die Grenzen (1891-1972), in: Jan Mikrut, Hg., Faszinierende Gestalten der Kirche Österreichs. Bd. 5, Wien 2002, 263-313.

- Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985.

- Gerhard B. Winkler, Das Papsttum. Entwicklung der Amtsgewalt von der Antike bis zur Gegenwart, Innsbruck 2002.

- Eduard Winter, Russland und das Papsttum. Die Sowjetunion und der Vatikan, Bd. 3, Berlin 1973.

- Helmut Wohnout, Bürgerliche Regierungspartei und weltlicher Arm der katholischen Kirche. Die Christlichsozialen in Österreich 1918-1934, in: Michael Gehler u. Wolf-ram Kaiser, Hg., Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Köln, Weimar u. Wien 2001, 181-207.

- Helmut Wohnout, Die Janusköpfigkeit des autoritären Österreich. Katholischer Antisemitismus in den Jahren vor 1938, in: Geschichte und Gegenwart 13/1 (1994), 3-16.

- Helmut Wohnout, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich, Wien u. Graz 1993.

- Wilhelm Wühr, Hg., Ludwig von Pastor. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Heidelberg 1950.

- Arthur Wynen, Ludwig Kaas. Aus seinem Leben und Wirken, Trier 1953.
- Rudolf Zinnhobler, Das Bistum Linz. Seine Bischöfe und Generalvikare, (Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz 15/1) Linz 2002.
- Rudolf Zinnhobler, Die Bischöfe von Linz, Linz 1985.
- Rudolf Zinnhobler, Kirche in Oberösterreich 4: Vom Josephinismus zur Gegenwart, Strasbourg 1995.
- Rudolf Zinnhobler, Von Pius IX. zu Benedikt XV., in: Josef Lenzenweger u.a., Hgg., Geschichte der Katholischen Kirche, 3. Aufl., Graz, Wien u. Köln 1995, 428-446.
- Erich Zöllner, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 8. Aufl., Wien u. München 1990.
- Wolfgang Zorn u. Franz Menges, Hugo Graf v. und zu L.-Köfering, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Hg., Neue Deutsche Bibliographie, Bd. 14, Berlin 1985, 314f.

Abstract/deutsch

Mit der Öffnung der Archivbestände für das Pontifikat Pius' XI. (1922-1939) im Vatikanischen Geheimarchiv stehen der historischen Forschung eine Fülle bedeutender, bisher unbearbeiteter Quellen zur Verfügung. Dieser „historiographische Glücksfall" bot Anlass, das Verhältnis des österreichischen Bundeskanzlers und katholischen Priesters Ignaz Seipel zur römischen Kirchenzentrale einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Denn die bisherige, vorwiegend auf nationalen Quellen beruhende Forschung ließ diesen Aspekt weitgehend unbeachtet und konnte nur mutmaßen, inwieweit der christlichsoziale Bundeskanzler sein politisches Handeln mit kirchlichen Stellen abgestimmt hatte. Die Untersuchung der Wiener Nuntiaturberichte zeigt nun, dass die Kontakte Seipels nach Rom viel intensiver waren, als es die österreichischen Akten vermuten ließen. Die römischen Dokumente lassen den Prälaten als autoritätsbezogen und papstorientiert erscheinen, der den Kontakt mit den römischen Behörden häufig von sich aus suchte. Die Kommunikation zwischen Ignaz Seipel und der Kurie verlief dabei fast ausschließlich über die päpstliche Vertretung in Wien, wo Seipel in Nuntius Enrico Sibilia einen loyalen Gesinnungsgenossen gefunden hatte, dem sich der Kanzler auch in privaten Angelegenheiten anvertrauen konnte. Umgekehrt hatte aber auch die kirchliche Hierarchie den praktischen Nutzen eines begabten Priesters in dieser hohen Position erkannt und für eigene Zwecke einzusetzen gewusst. Die Bandbreite der an Seipel herangetragenen Interventionen reichte von banalen bürokratischen Anfragen bis hin zur Beeinflussung personeller Entscheidungen. Grundsätzlich gestalteten sich die vatikanischen Einflussnahmen aber sehr behutsam und in überschaubarem Ausmaß. Inhaltliche Direktiven von nennenswerter innenpolitischer Relevanz blieben aus und wären auch nicht nötig gewesen. Ignaz Seipels stark von religiösen Überzeugungen geprägtes politisches Verständnis deckte sich größtenteils mit jenem der Kurie. Von sich aus nahm er sich konfessioneller Anliegen an und musste nicht eigens dafür interessiert werden. Noch weniger war er auf theologische Ratschläge oder Lektionen in Staatstheorie angewiesen. Zu einem Konflikt zwischen staatlichen und kirchlichen Interessen konnte es folglich nur schwer kommen, da für Seipel kirchliche Anliegen stets zum Wohle des Staates waren. Loyalitätskonflikte entzündeten sich deshalb weniger an grundsätzlichen Richtungsfragen, sondern waren eher Folge von Interventionen. Sein diplomatisches Geschick erlaubte ihm aber, Gewissenskonflikte elegant zu entschärfen.

Abstract/englisch

The Secret Archives of the Vatican have recently made accessible the records for the period of the pontificate of Pius XI. (1922-1939). The archives now provide a pool of so far unexplored resources to scholars of the historical sciences. The emergence of these new sources presented an occasion to undertake research on the relations between Austrian chancellor and catholic priest Ignaz Seipel and the Roman Church headquarters. Despite obvious close connections between the two, this aspect has not been studied so far. Earlier research which was predominantly based on national sources had ignored this aspect to a large part and had only speculated on how the Christian Social Chancellor had arranged his political action with church authorities. The investigation into the reports of the Viennese Nunciature which was undertaken for this dissertation reveals that Seipel's liaison with Rome was much more intensive than it was documented in Austrian sources. The Roman documents portray the prelate as a person who was submissively following authorities and who was strongly oriented towards the pope, often seeking contact with the Roman authorities on his own initiative. The communication between Ignaz Seipel and the Roman Curia was based almost exclusively on the papal diplomatic mission in Vienna. There Seipel had met nuncio Enrico Sibilia, a loyal like-minded person, to whom the chancellor confided even private matters. Conversely, the church hierarchy recognized the practical value of an able priest in this high position and used their influence for their own ends. The variety of interferences by the church ranged from mundane bureaucratic inquiries to influencing personnel decisions. Generally, the interferences of the Vatican were cautious and had a moderate extent. Substantial directives with high political relevance have not been issued and were also not necessary. The political understanding of Ignaz Seipel was strongly shaped by his religious beliefs. Thus, it coincided largely with the ideas of the Curia. Least of all he needed theological advices or lessons in political theory. Because Seipel found that ecclesiastical concerns were always for the good of the state, a conflict between the interests of Church and State was unlikely. Loyalty conflicts were more often the result of diplomatic interventions than that of debates on principles. However, his diplomatic skills enabled Seipel to defuse such conflicts.

Lebenslauf

Jürgen Steinmair
geboren am 13. Juni 1982

09/1996 – 06/2001	Handelsakademie Steyr, Matura 21. Juni 2001
01/2002 – 09/2002	Präsenzdienst in der Panzerpionierkompanie in Linz Ebelsberg
10/2002 – 02/2008	Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung/ UF Geographie und Wirtschaftskunde an der Universität Wien Thema der Diplomarbeit: Vergelt's Gott! Stiftungsrealitäten im Steyr des 14. Jahrhunderts.
seit 10/2004	Lehramtsstudium UF Katholische Religion
seit 03/2008	Doktoratsstudium im Bereich Geschichte, Institut für Kirchengeschichte der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien
01/2009 – 06/2009	Forschungsaufenthalt in Rom als Stipendiat des ROM-Stipendiums am Österreichischen Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften: Quellenstudium im Archivum Secretum Vaticanum
10/2010 – 02/2011	Studienassistent am Institut für Kirchengeschichte der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien
10/2010 – 06/2011	Archivrecherchen in allen Diözesanarchiven Österreichs im Rahmen des Forschungsprojektes „Pius XI. und Österreich"
08/2011 – 08/2012	Unterrichtspraktikum am Piaristengymnasium in Krems
seit 09/2012	Gymnasiallehrer am Erzbischöflichen Gymnasium Hollabrunn

Krems, November 2011